

Boston Athenaeum.

From the income of the fund given by

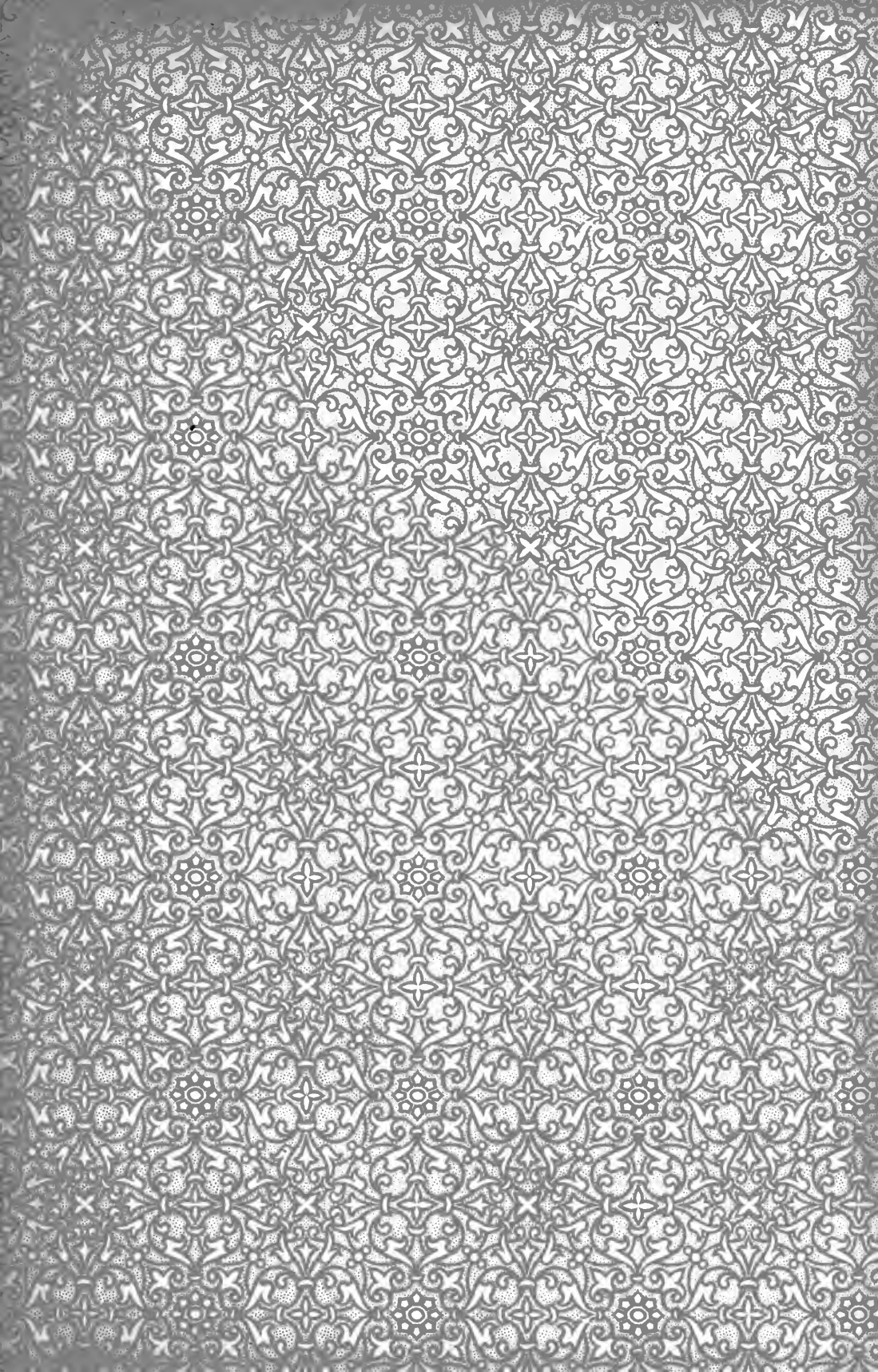
John Brainerd

of Boston, deceased, 1779, d. 1849.

Received July 19, 1895.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE
LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.


“If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set.”



UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES







Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

<http://www.archive.org/details/staatsarchiv56inst>

Das Staatsarchiv.

Sammlung
der officiellen Actenstücke
zur
Geschichte der Gegenwart.

Begründet
von
Aegidi und Klauhold.

Herausgegeben
von
Gustav Roloff.

Sechsfundfünfzigster Band.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1895.

327.08

5775

v. 56



59568

B. 56

July 19.95

F.R.

78x2

(B. 56)

Inhaltsverzeichnis.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vergl. Bd. 54.)

1892.	Juni	20.	Deutsches Reich und Uruguay. Handels- und Schiff- fahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Orientalischen Republik Uruguay	10429.
„	Juli	23.	Deutsches Reich und Kolumbien, Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Kolumbien	10373.
„	Aug.	21./9.	Deutsches Reich und Serbien, Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien	10371.
1893.	„	8.	Deutsches Reich und Spanien, Handels- und Schiffahrts- vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien.	10369.
„	Oct.	3.	Frankreich und Siam, Vertrag	10399.
„	„	21.	Deutsches Reich und Rumänien. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien	10370.
„	Nov.	23.	Deutsches Reich, Aus der dem Deutschen Reichstage bei der Einbringung der Verträge mit Serbien, Spanien und Rumänien vorgelegten Denkschrift	10372.
1894.	März	20.	Deutsches Reich und Russland, Handels- und Schiffahrts- vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Russland. (Nebst Denkschrift)	10428.

Handels-Verträge, siehe: Bündnisse, Conventionen etc.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893).

1889.	April	3.	Grossbritannien, Minister des Auswärtigen an den Bot- schafter in Paris. Frankreich schlägt die Neutrali- sation Siams vor	10430.
„	Aug.	27.	— Der engl. Minister des Auswärtigen an den französ. Botschafter. Die Grenzen Siams	10431.
1892.	Febr.	16.	— Minister des Auswärtigen an die indische Regierung. Frankreich will die engl. und französ. Machtsphäre durch den Mekong begrenzen	10432.
„	April	5.	— Indische Regierung an das Auswärtige Amt. Frank- reich soll seine Vorschläge näher auseinandersetzen.	10433.
„	Mai	10.	— Minister des Auswärtigen an die engl. Botschaft in Paris. Frankreich wiederholt seine Vorschläge	10434.
„	„	14.	— Auswärtiges Amt an die Indische Regierung. Frank- reich hat seine Vorschläge präzisiert	10435.
„	„	27.	— Indische Regierung an das Auswärtige Amt. Ableh- nung der französischen Vorschläge	10436.
„	Oct.	26.	— Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Paris. Frankreich kommt auf seinen Vorschlag zurück	10437.
„	Dec.	23.	— Minister des Auswärtigen an den französischen Bot- schafter in London. Die Abgrenzung der Interessens- sphären	10438.
1893.	Febr.	22.	Frankreich, Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Das englisch-siamesische Abkommen widerspricht der Erklärung Salisburys und Roseberys, dass Englands Einfluss den Mekong nicht überschreiten werde	10439.
„	März	8.	Grossbritannien, Minister des Auswärtigen an den eng- lischen Botschafter in Paris. Frankreich behauptet, die Ostseite des Mekong gehöre nicht zu Siam	10440.

1893.	April	3.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den franz. Botschafter in London. Ablehnung des französischen Vorschlages über die Begrenzung der Interessensphären	10441.
"	"	12.	— Minister des Auswärtigen an den engl. Gesandten in Bangkok. England kann nicht zwischen Frankreich und Siam interveniren	10442.
"	"	13.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreichs Forderungen an Siam	10443.
"	"	14.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siams Vorschläge	10444.
"	"	24.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich besteht auf seinen Forderungen	10445.
"	"	24.	— Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. Siam soll vorsichtig vorgehen	10446.
"	"	30.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Die Erklärungen Roseberys über die Begrenzung der Interessensphären widersprechen denen Salisburys	10447.
"	Mai	12.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die französische Botschaft in London. Die Unterhandlungen zwischen Waddington und Salisbury über die Abgrenzung der Interessensphären	10448.
"	"	16.	— Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. Zusammenstoss zwischen Franzosen und Siamesen	10449.
"	Juni	4.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll den Bruch mit Frankreich vermeiden	10450.
"	"	6.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will den Kapitän Thoreux ausliefern	10467.
"	"	17.	— Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. Ermordung Groscurins durch Siamesen	10451.
"	"	19.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will Genugthuung für die Ermordung Groscurins geben	10452.
"	"	19.	— Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Die französischen Forderungen	10453.
"	"	19.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England hofft, nicht in den französisch-siamesischen Konflikt verwickelt zu werden	10454.
"	"	19.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen	10455.
"	"	27.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Offizieller franz. Bericht über den Tod Groscurins	10456.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Frankreich will die Unabhängigkeit und Neutralität Siams nicht gefährden	10457.
"	"	29.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Englische Matrosen in Siam	10458.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Dasselbe	10459.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Bewegungen der französischen Flotte	10460.
"	"	30.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10461.
"	"	30.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Englische Matrosen in Siam	10462.
"	"	30.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich verlangt von Siam nur Abstellung von drei Beschwerden	10464.
"	Juli	1.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. England hat Siam nicht zum Widerstande ermuthigt.	10463.

1893.	Juli	3.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Unterredung mit dem franz. Geschäftsträger.	10465.
"	"	5.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dem französ. Minister ist mitgetheilt, dass England Siam nie ermuthigt hat	10466.
"	"	8.	Frankreich. M. Develle, Minister des Auswärtigen, an M. le Myre de Vilers, französ. Bevollmächtigten in Siam. Die französischen Forderungen	10374.
"	"	8.	— M. Develle an M. Pavie, franz. Gesandten in Bangkok. Verstärkung des französ. Geschwaders	10375.
"	"	9.	— M. Pavie an M. Develle. Geschwader fremder Mächte in Siam	10376.
"	"	11.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich will zwei weitere Kriegsschiffe in die siamesischen Gewässer schicken	10468.
"	"	11.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Verhandlung mit Siam	10377.
"	"	12.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. England glaubt nicht an ein feindliches Vorgehen Frankreichs	10469.
"	"	13.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10470.
"	"	13.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe	10471.
"	"	13.	Frankreich. M. Develle an M. Pavie. Verhandlung mit Siam	10378.
"	"	13.	— M. Pavie an M. Develle. Siam weist die französ. Forderungen ab	10379.
"	"	13.	— M. Pavie an M. Develle. Angriff auf die franz. Schiffe	10380.
"	"	14.	— M. Develle an M. Pavie. Protest	10381.
"	"	14.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Fordert Aufklärung über das Vorgehen zweier französischer Kriegsschiffe	10472.
"	"	14.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die franz. Schiffe haben die Instructionen nicht erhalten	10473.
"	"	14.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Note an den französ. Minister des Auswärtigen über die Haltung der französ. Schiffe in Siam	10474.
"	"	15.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Plünderung eines Schiffes	10382.
"	"	15.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französische Regierung hat seit dem 13. keine Nachricht aus Siam	10475.
"	"	17.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Erklärung der Regierung im Parlament	10476.
"	"	17.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich fordert die Abtretung des linken Mekongufers	10477.
"	"	17.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Misshandlung eines französischen Offiziers	10383.
"	"	17.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam bittet um die Vermittlung Englands	10478.
"	"	17.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam	10519.
"	"	18.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Die siamesische Regierung hätte den Angriff vermeiden können	10384.
"	"	19.	— M. Develle an M. Pavie. Französisches Ultimatum	10385.
"	"	19.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französischen Forderungen	10479.
"	"	20.	— Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. Wünscht nähere Bestimmung der ersten französischen Forderung	10480.
"	"	20.	— Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die nähere Bestimmung ist noch nicht möglich	10481.

VI Sachregister: Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893.)

1893.	Juli	20.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den engl. Botschafter in Paris. Er soll nach Paris zurückkehren	10482.
"	"	20.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen	10483.
"	"	20.	Frankreich. M. Develle an M. Pavie. Mittheilung der Abreise von Myre de Vilers	10386.
"	"	21.	Grossbritannien. Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Nähere Bezeichnung der ersten franz. Forderung	10484.
"	"	21.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kriegerische Nachrichten aus Bangkok	10485.
"	"	22.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Siam lehnt das Ultimatum ab	10387.
"	"	22.	— M. Develle an M. Pavie. Frankreich besteht auf seinen Forderungen	10388.
"	"	23.	— M. Develle an M. Pavie. Die niederländische Regierung soll den Schutz der französischen Interessen übernehmen	10389.
"	"	23.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Interpretation des Ultimatus muss mit den franz. Erklärungen übereinstimmen	10486.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Antwort Siams auf das franz. Ultimatum	10487.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Der französische Gesandte will Bangkok verlassen	10488.
"	"	23.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem franz. Minister des Auswärtigen	10489.
"	"	25.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger	10490.
"	"	25.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen über die Haltung Englands	10491.
"	"	26.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Frankreich schlägt einen Bufferstaat am linken Mekongufer vor	10492.
"	"	26.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam	10525.
"	"	26.	Frankreich. M. Pavie an M. Develle. Abreise des französischen Gesandten	10390.
"	"	27.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kann er ankündigen, dass Frankreich einen Bufferstaat errichten will?	10493.
"	"	27.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ankündigung des Bufferstaates	10494.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Austausch von Noten über den Bufferstaat ist wünschenswerth	10495.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Fordert Erklärung über die Blockade der siamesischen Küste	10496.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die französ. Bedingungen annehmen	10497.
"	"	27.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat, Battambang und Angkor	10498.
"	"	28.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Blockade soll eine friedliche sein	10499.
"	"	28.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Blockade soll am 31. beginnen	10500.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England sieht die Blockade als eine kriegerische an	10501.
"	"	28.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. England besteht auf der Errichtung des Bufferstaates	10502.

1893.	Juli	28.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Mittheilung einer Note an den französ. Minister wegen des Anfangs der Blockade	10503.
"	"	29.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Siam hat die französischen Bedingungen angenommen	10504.
"	"	29.	Frankreich, M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen Generalkonsuls in Bangkok. Siam giebt nach	10391.
"	"	29.	Siam. Der Gesandte Siams in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahme der französischen Vorschläge	10392.
"	"	29.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über Battambang und Angkor	10508.
"	"	30.	Frankreich, M. Develle an Prinz Vadhana, Gesandten Siams in Paris. Antwort auf 10392	10393.
"	"	30.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über die Aufhebung der Blockade	10509.
"	"	31.	Siam. Die siamesische Gesandtschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen	10505.
"	"	31.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterzeichnung eines Protokolls über die Errichtung einer neutralen Zone	10506.
"	"	31.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die französischen Garantieforderungen bewilligen	10507.
"	"	31.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahme des Ultimatums durch Siam. Protokoll über den Bufferstaat	10510.
"	August	1.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam hat die von Frankreich verlangten Garantien bewilligt	10511.
"	"	1.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Nimmt die sofortige Aufhebung der Blockade an	10512.
"	"	1.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10513.
"	"	1.	Frankreich, M. Develle an M. Le Myre de Vilers, durch Vermittlung des französischen Konsuls in Singapore. Instruction zu den Friedensverhandlungen	10394.
"	"	1.	— M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen General-Konsuls in Bangkok. Dasselbe	10395.
"	"	2.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Billigt das Verfahren des Botschafters	10514.
"	"	4.	Frankreich. Französ. Botschaft in London an den engl. Minister des Auswärtigen. Aufhebung der Blockade	10515.
"	"	4.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet eine vom französischen Minister des Auswärtigen erhaltene Note über den Anfang der Blockade	10516.
"	"	5.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Bemerkungen über seine Unterredung mit Waddington	10517.
"	"	5.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Unterhandlungen über die neutrale Zone sind zu verschieben	10518.
"	"	6.	Frankreich, M. Pavie an M. Develle. Offizielle Annahme des Ultimatums durch Siam	10396.
"	"	21.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Frankreich weisst jede Intervention ab	10520.
"	"	21.	— Derselbe an denselben. Besetzung von Chantaboon	10521.
"	"	23.	— Derselbe an denselben. Fortgang der Verhandlungen zwischen Siam und Frankreich	10522.

1893.	August	24.	Grossbritannien. Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Französ. Vertragsentwurf	10523.
"	"	25.	— Derselbe an denselben. Der französische Unterhändler ändert seine Haltung	10524.
"	Sept.	1.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Erkundigung nach dem Vertragstext	10526.
"	"	1.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die Sprache der engl. Presse erregt Aufsehen in Paris	10527.
"	"	2.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Summarische Darstellung der Ereignisse . .	10528.
"	"	2.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Text des Vertrages zwischen Siam und Frankreich	10529.
"	"	5.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Antwort auf Nr. 10527	10530.
"	"	5.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Grundlose Beschwerden des französischen Unterhändlers	10531.
"	"	7.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Verhandlungen in Bangkok. Differenz zwischen dem Ultimatum und den Forderungen le Myres . .	10532.
"	"	7.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Der französische Minister will die Unterhandlung über den Bufferstaat verschieben	10533.
"	"	9.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Die Verhandlungen über den Bufferstaat sind zu beschleunigen	10534.
"	"	13.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger in London über die Verhandlung in Bangkok . . .	10535.
"	"	14.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Der französische Minister erklärt le Myres Eröffnungen für Vorschläge, nicht für Forderungen	10536.
"	"	15.	— Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. Siam soll die Verpflichtungen peinlich erfüllen.	10537.
"	"	25.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Fortgang der Verhandlungen	10538.
"	"	28.	— Derselbe an Denselben. Neuer französischer Vertragsentwurf	10539.
"	"	29.	— Derselbe an Denselben. Einwände Siams gegen den Entwurf	10540.
"	"	30.	— Derselbe an Denselben. Modifikation des französischen Entwurfes	10541.
"	Oct.	1.	Frankreich. M. le Myre de Vilers M. Develle	10397.
"	"	2.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Vertrag zwischen Frankreich und Siam	10542.
"	"	2.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Erläuterungen zur Konvention zwischen Frankreich und Siam	10543.
"	"	3.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Besprechung mit dem französischen Minister über Chantaboon und den Bufferstaat	10544.
"	"	3.	Frankreich und Siam. Vertrag zwischen Frankreich und Siam	10399.
"	"	5.	Frankreich. M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Bericht über eine Audienz beim Könige von Siam . .	10398.
"	"	25.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Verhandlung mit dem französischen Geschäftsträger über den Bufferstaat . . .	10545.
"	"	27.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Langsamer Fortschritt der Verhandlungen	10546.
"	"	31.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10547.
"	Nov.	9.	— Derselbe an denselben. Räumung von Chantaboon .	10548.

1893.	Nov.	11.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich	10550.
"	"	14.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Der Botschafter soll mit dem französischen Minister über den Bufferstaat verhandeln	10549.
"	"	20.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Ubersendet zwei Protokolle über den Bufferstaat	10552.
"	"	21.	— Derselbe an Denselben. Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat	10553.
"	"	26.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. China soll an dem Abkommen über den Bufferstaat theilnehmen	10551.
"	Dec.	1.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Übersendet die unterzeichneten Protokolle über den Bufferstaat und den Notenwechsel mit dem französischen Minister	10554.
"	"	7.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Genehmigung der Abkommen über den Bufferstaat	10555.
"	"	8.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Kommission zur Abgrenzung des Bufferstaates muss bald zusammentreten	10556.
"	"	9.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Note an den französischen Minister über die Bufferstaatskommission	10557.
"	"	11.	— Derselbe an Denselben. Antwort des französischen Ministers	10558.
"	"	16.	China. Chinesische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. China wünscht an der Errichtung des Bufferstaates theilzunehmen	10559.
"	"	20.	Grossbritannien. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Beginn der Arbeiten der Bufferstaatskommission	10560.
"	"	22.	— Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Dasselbe	10561.
1894.	Jan.	18.	— Derselbe an Denselben. Verhandlungen zwischen Frankreich und Siam über einen Handelsvertrag	10562.
"	Febr.	2.	— Minister des Auswärtigen an die chinesische Botschaft in London. Antwort auf Nr. 10559	10563.
"	"	23.	— Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Prozess der Mörder Grosgruns	10564.
"	März	17.	— Derselbe an Denselben. Dasselbe	10565.
"	April	25.	— Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Räumung von Chantaboon	10566.

Die Neufundländer Fischereifrage. (Vergl. Bd. 54.)

1891.	März	22.	Frankreich. Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Einbringung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 11. März seitens der englischen Regierung	10400.
"	April	15.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Text des Gesetzes	10401.
"	"	23.	— Botschafter in London an das franz. auswärtige Amt. Die Neufundländer Delegation im engl. Oberhause	10402.
"	"	28.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Verhandlung über das Gesetz im Oberhause	10403.
"	Mai	12.	— Derselbe an dasselbe. Annahme des Gesetzes im Oberhause	10404.
"	"	28.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die Durchführung des Schiedsspruches ist zu sichern, unabhängig von den Verhandlungen zwischen Colonie und Mutterland	10405.
"	"	29.	— Vice-Consul in Neufundland an das französische auswärtige Amt. Gesetz, beschlossen von der Legislatur Neufundlands	10406.

1891.	Mai	29.	Frankreich, Botschafter in London an das franz. auswärtige Amt. Stellungnahme der französischen Regierung . . .	10407.
"	"	30.	— Derselbe an Dasselbe. Resolution des Unterhauses	10408.
"	Juni	2.	— Derselbe an Dasselbe. Antwort des englischen Premiers auf das Schreiben des französischen Botschafters vom 28. Mai. (Nr. 10407 Anlage.) . . .	10410.
"	"	3.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Entgegnung der französischen Regierung auf das vorige	10411.
"	"	8.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10412.
"	"	11.	— Derselbe an Dasselbe. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier über denselben Gegenstand . . .	10413.
"	"	20.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Verletzungen des Modus vivendi in Neufundland . . .	10414.
"	"	22.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand, Englische Erklärung . . .	10415.
"	"	23.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die englische Regierung allein wird verantwortlich gemacht für die Durchführung der Verträge und Abkommen. . .	10416.
"	"	24.	— Botschafter in London an das auswärtige Amt. Englische Ansicht zur Sache . . .	10417.
"	"	28.	— Derselbe an Dasselbe. Erklärung der englischen Regierung . . .	10418.
"	"	29.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Französische Antwort auf das vorige . . .	10419.
"	Juli	16.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier zur Sache . . .	10420.
1892.	Febr.	5.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Wiederaufnahme der Verhandlung betreffend den Schiedsspruch . . .	10421.
"	"	18.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10422.
"	April	5.	— Derselbe an Dasselbe. Erneuerung des modus vivendi	10423.
"	Mai	17.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Ausführung des Abkommens vom 11. März 1891. . .	10424.
"	"	20.	— Botschafter in London an das auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . .	10425.
"	"	20.	— Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Gesetzesvorschlag für die Legislatur von Neufundland	10426.
"	"	29.	— Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Vertagung der Sache . . .	10427.

Der Robbenfang im Behringsmeere. (Vgl. Bd. 52.)

1890.	Dec.	17.	Vereinigte Staaten. Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Antwort auf die engl. Note vom 2. August	10362.
1891.	Febr.	21.	Grossbritannien. Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. Antwort auf das Vorige. Englische Bedingungen für ein Schiedsgericht . . .	10363.
"	Mai	4.	Vereinigte Staaten. Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Vorschläge über einen modus vivendi . . .	10364.
"	Juni	11.	Grossbritannien. Gesetz v. 11. Juni 1891, betr. den Robbenfang im Behringsmeere. 54. Vict. Ch. 19. Chapter 19	10365.
1892.	Febr.	29.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten. Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten über Einsetzung eines Schiedsgerichts . . .	10366.
"	April	18.	Grossbritannien. Convention zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über einen modus vivendi im Behringsmeer . . .	10367.
1893.	August	16.	Grossbritannien und Vereinigte Staaten. Urtheil des Schiedsgerichts über den Robbenfang im Behringsmeere	10368.

Der Robbenfang im Behringsmeere*).

Nr. 10362. **VEREINIGTE STAATEN.** — Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Antwort auf die englische Note vom 2. August (Staatsarchiv Nr. 10132.)

Department of State, Washington, December 17, 1890.

Sir, || Your note of the 12th August, which I acknowledged on the 1st September, inclosed a copy of a despatch from the Marquis of Salisbury, dated the 2nd August, in reply to my note of the 30th June. || The consideration advanced by his Lordship have received the careful attention of the President, and I am instructed to insist upon the correctness and validity of the position which has been earnestly advocated by the Government of the United States in defence of American rights in the Behring's Sea. || Legal and diplomatic questions, apparently complicated, are often found, after prolonged discussion, to depend on the settlement of a single point. Such, in the judgment of the President, is the position in which the United States and Great Britain find themselves in the pending controversy touching the true construction of the Russo-American and Anglo-Russian Treaties of 1824 and 1825. Great Britain contends, that the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaties, was intended to include, and does include, the body of water which is now known as the Behring's Sea. The United States contends, that the Behring's Sea was not mentioned, or even referred to, in either Treaty, and was in no sense included in the phrase "Pacific Ocean." If Great Britain can maintain her position, that the Behring's Sea at the time of the Treaties with Russia of 1824 and 1825 was included in the Pacific Ocean, the Government of the United States has no well-grounded complaint against her. If, on the other hand, this Government can prove beyond all doubt, that the Behring's Sea, at the date of the Treaties, was understood by the three Signatory Powers to be a separate body of water, and was not included in the phrase "Pacific Ocean," then the American case against Great Britain is com-

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

*) Vgl. Bd. 52 Nr. 10132 bis Nr. 10188. Die nachfolgenden Documente sind entnommen den englischen Blaubüchern, United States Nr. 1 und 2 (1891), Nr. 2 (1892) und anderen Parlamentspapieren.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1850.

plete and undeniable. || The dispute prominently involves the meaning of the phrase "north-west coast," or "north-west coast of America." Lord Salisbury assumes, that the "north-west coast" has but one meaning, and that it includes the whole coast stretching northward to the Behring's Straits. The contention of this Government is, that by long prescription the "north-west coast" means the coast of the Pacific Ocean, south of the Alaskan Peninsula, or south of the 60th parallel of north latitude; or, to define it still more accurately, the coast, from the northern border of the Spanish possessions, ceded to the United States in 1819, to the point where the Spanish claims met the claims of Russia, viz., from 42° to 60° north latitude. The Russian authorities for a long time assumed, that 59° 30' was the exact point of latitude; but subsequent adjustments fixed it at 60°. The phrase "northwest coast," or "north-west coast of America," has been well known and widely recognized in popular usage in England and America from the date of the first trading to that coast, about 1784*. So absolute has been this prescription, that the distinguished historian Hubert Howe Bancroft has written an accurate history of the north-west coast, which at different times, during a period of seventy-five years, was the scene of important contests between at least four Great Powers. To render the understanding explicit, Mr. Bancroft has illustrated the north-west coast by a carefully prepared Map. The Map will be found to include precisely the area which has been steadily maintained by this Government in the pending discussion.

The phrase "north-west coast of America" has not infrequently been used simply as the synonym of the "north-west coast"; but it has also been used in another sense as including the American coast of the Russian possessions as far northward as the Straits of Behring. Confusion has sometimes arisen in the use of the phrase "north-west coast of America"; but the true meaning can always be determined by reference to the context. || The Treaty between the United States and Russia was concluded on the 17th April, 1824, and that between Great Britain and Russia was concluded on the 28th February, 1825. The full and accurate text of both Treaties will be found in Inclosure (A). The Treaty between the United States and Russia is first in the order of time; but I shall consider both Treaties together. I quote the first Articles of each Treaty, for, to all intents and purposes, they are identical in meaning, though differing somewhat in phrase.

The 1st Article in the American Treaty is as follows:—

"Article I. It is agreed, that, in any part of the Great Ocean, commonly called the Pacific Ocean or the South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained,

* The same designation obtained in Europe. As early as 1803, in a Map published by the Geographic Institute at Weimar, the coast from Columbia River (49°) to Cape Elizabeth (60°) is designated as the "Nord West Küste."

either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon points which may not already have been occupied, for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles.”

Nr. 10362.
Vereinigtes
Staaten.
17. Dec. 1890.

The 1st Article in the British Treaty is as follows:—

“Article I. It is agreed, that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested, in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions specified in the following Articles.”

Lord Salisbury contends, that—

“The Russian Government had no idea of any distinction between Behring’s Sea and the Pacific Ocean, which latter they considered as reaching southward from Behring’s Straits. Nor throughout the whole of the subsequent correspondence is there any reference whatever on either side to any distinctive name for Behring’s Sea, or any intimation that it could be considered otherwise than as forming an integral part of the Pacific Ocean.”

The Government of the United States cordially agrees with Lord Salisbury’s statement, that throughout the whole correspondence connected with the formation of the Treaties there was no reference whatever by either side to any distinctive name for Behring’s Sea, and for the very simple reason which I have already indicated, that the negotiation had no reference whatever to the Behring’s Sea, but was entirely confined to a “strip of land” on the north-west coast and the waters of the Pacific Ocean adjacent thereto. For future reference I call special attention to the phrase “strip of land.” || I venture to remind Lord Salisbury of the fact that Behring’s Sea was, at the time referred to, the recognized name in some quarters, and so appeared on many authentic Maps several years before the Treaties were negotiated. But, as I mentioned in my note of the 30th June, the same sea had been presented as a body of water separate from the Pacific Ocean for a long period prior to 1825. Many names had been applied to it; but the one most frequently used and most widely recognized was the Sea of Kamschatka. English statesmen of the period when the Treaties were negotiated had complete knowledge of all the geographical points involved. They knew, that on the Map published in 1784 to illustrate the voyages of the most eminent English navigator of the eighteenth century the “Sea of Kamschatka” appeared in absolute contradistinction to the “Great South Sea” or the Pacific Ocean. And the Map, as shown by the words on its margin, was “prepared by Lieutenant Henry Roberts under the immediate inspection of Capitain Cook.” Twenty years before Capitain Cook’s Maps appeared, the “London Magazine” contained a Map on which the Sea of Kamschatka was conspicuously engraved. At a still earlier date—even as far back as 1732—Gvosdef, Surveyor of the Russian

Nr. 10362.
Vereinigtes
Staaten.
17. Dec. 1890.

expedition of Shestakoff in 1730 (who, even before Behring, sighted the land of the American continent), published the sea as bearing the name of Kamtschatka. Muller, who was Historian and Geographer of the second expedition of Behring in 1741, designated it as the Sea of Kamtschatka in his Map published in 1761. || I inclose a list of a large proportion of the most authentic Maps published during the ninety years prior to 1825 in Great Britain, in the United States, the Netherlands, France, Spain, Germany and Russia—in all 105 Maps—on every one of which the body of water now known as Behring's Sea was plainly distinguished by a name separate from the Pacific Ocean. On the great majority it is named the Sea of Kamtschatka, a few use the name of Behring, while several other designations are used. The whole number, aggregating, as they did, the opinion of a large part of the civilized world, distinguished the sea, no matter under what name, as altogether separate from the Pacific Ocean. (See Inclosure B.) || Is it possible, that with this great cloud of witnesses before the eyes of Mr. Adams and Mr. George Canning, attesting the existence of the Sea of Kamtschatka, they would simply include it in the phrase "Pacific Ocean," and make no allusion whatever to it as a separate sea, when it was known by almost every educated man in Europe and America to have been so designated numberless times? Is it possible, that Mr. Canning and Mr. Adams, both educated in the common law, could believe that they were acquiring for the United States and Great Britain the enormous rights inherent in the Sea of Kamtschatka without the slightest reference to that sea, or without any description of its metes and bounds, when neither of them would have paid for a village house lot unless the deed for it should recite every fact and feature necessary for the identification of the lot against any other piece of ground on the surface of the globe? When we contemplate the minute particularity, the tedious verbiage, the duplications and the reduplications employed to secure unmistakable plainness in framing Treaties, it is impossible to conceive that a fact of this great magnitude could have been omitted from the instructions written by Mr. Adams and Mr. G. Canning as Secretaries for Foreign Affairs in their respective countries—impossible that such a fact could have escaped the notice of Mr. Middleton and Count Nesselrode, of Mr. Stratford Canning and M. Poletica, who were the negotiators of the two Treaties. It is impossible, that, in the Anglo-Russian Treaty, Count Nesselrode, Mr. Stratford Canning and M. Poletica could have taken sixteen lines to recite the titles and honours they had received from their respective Sovereigns, and not even suggest the insertion of one line, or even word, to secure so valuable a grant to England as the full freedom of the Behring's Sea.

There is another argument of great weight against the assumption of Lord Salisbury that the phrase "Pacific Ocean," as used in the 1st Article of both the American and British Treaties, was intended to include the waters

of the Behring's Sea. It is true, that, by the Treaties with the United States and Great Britain, Russia practically withdrew the operation of the Ukase of 1821 from the waters of the north-west coast on the Pacific Ocean; but the proof is conclusive, that it was left in full force over the waters of the Behring's Sea. Lord Salisbury cannot have ascertained the value of the Behring's Sea to Russia when he assumed that, in the Treaties of 1824 and 1825, the Imperial Government had, by mere inclusion in another phrase, with apparent carelessness, thrown open all the resources and all the wealth of those waters to the citizens of the United States and to the subjects of Great Britain.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Lord Salisbury has, perhaps, not thought it worth while to make any examination of the money value of Alaska and the waters of the Behring's Sea at the time the Treaties were negotiated and in the succeeding years. The first period of the Russian-American Company's operations had closed before the Ukase of 1821 was issued. Its affairs were kept secret for a long time, but are now accurately known. The money advanced for the capital stock of the Company at its opening in 1799 amounted to 1,238,746 roubles. The gross sales of furs and skins by the Company at Kodiak and Canton from that date up to 1820 amounted to 20,024,698 roubles. The net profit was 7,685,000 roubles for the twenty-one years—over 620 per cent. for the whole period, or nearly 30 per cent. per annum. || Reviewing these facts, Bancroft, in his "History of Alaska," a standard work of exhaustive research, says:— || "We find this powerful monopoly firmly established in the favour of the Imperial Government, many Nobles of high rank and several members of the Royal Family being among the shareholders."

And yet Lord Salisbury evidently supposes, that a large amount of wealth was carelessly thrown away by the Royal Family, the Nobles, the courtiers the capitalists and the speculators of St. Petersburg in a phrase which merged the Behring's Sea in the Pacific Ocean. That it was not thrown away is shown by the transactions of the Company for the next twenty years. || The second period of the Russian-American Company began in 1821 and ended in 1841. Within that time the gross revenues of the Company exceeded 61,000,000 roubles. Besides paying all expenses and all taxes, the Company largely increased the original capital, and divided 8,500,000 roubles among the shareholders. These dividends and the increase of the stock showed a profit on the original capital of 55 per cent. per annum for the whole twenty years—a great increase over the first period. It must not be forgotten, that, during sixteen of these twenty years of constantly increasing profits, the Treaties which, according to Lord Salisbury, gave to Great Britain and the United States equal rights with Russia in the Behring's Sea, were in full force. || The proceedings which took place when the second period of the Russian-American Company was at an end are thus described in Bancroft's "History of Alaska":—

Nr. 10362.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

“ ‘In the variety and extent of its operations,’ declare the members of the Imperial Council, ‘no other Company can compare with it. In addition to a commercial and industrial monopoly, the Government has invested it with a portion of its own powers in governing the vast and distant territory over which it now holds control. A change in this system would now be of doubtful benefit. To open our ports to all hunters promiscuously would be a death-blow to the fur trade, while the Government, having transferred to the Company the control of the Colonies, could not now resume it without great expense and trouble, and would have to create new financial resources for such a purpose.’”

The Imperial Council, it will be seen, did not hesitate to call the Russian-American Company a monopoly, which it could not have been if Lord Salisbury's construction of the Treaty was correct. Nor did the Council feel any doubt that to open the ports of the Behring's Sea “to all hunters promiscuously would be a death-blow to the fur trade.”

Bancroft says further:—

“ . . . ‘This opinion of the Imperial Council, together with a Charter defining the privileges and duties of the Company, was delivered to the Czar, and received his signature on the 11th October, 1844. The new Charter did not differ in its main features from that of 1821, though the boundary was of course, changed in accordance with the English and American Treaties. None of the Company's rights were curtailed, and the additional privileges were granted of trading with certain ports in China and of shipping tea direct from China to St. Petersburgh.’”

The Russian-American Company was thus chartered for a third period of twenty years, and at the end of the time it was found that the gross receipts amounted to 75,770,000 roubles, a minor part of it from the tea trade. The expenses of administration were very large. The shareholders received dividends to the amount of 10,210,000 roubles—about 900 per cent. for the whole period, or 45 per cent. per annum on the original capital. At the time the third period closed, in 1862, the Russian Government saw an opportunity to sell Alaska, and refused to continue the Charter of the Company. Agents of the United States had initiated negotiations for the transfer of Alaska as early as 1859. The Company continued, practically, however, to exercise its monopoly until 1867, when Alaska was sold by Russia to the United States. The enormous profits of the Russian American Company in the fur trade of the Behring's Sea continued under the Russian flag for more than forty years after the Treaties of 1824 and 1825 had been concluded. And yet Lord Salisbury contends, that during this long period of exceptional profits from the fur trade Great Britain and the United States had as good a right as Russia to take part in these highly lucrative ventures. || American and English ships in goodly numbers during this whole period annually visited and traded on the north-west coast on the Pacific Ocean. And yet, of

all these vessels of the United States and Great Britain, not one ever sought to disturb the fur-fisheries of the Behring's Sea or along its coasts, either of the continent or of the islands. So far as known, it is believed, that neither American nor English ships ever attempted to take one fur-seal at the Pribyloff Islands or in the open waters of the Behring's Sea during that period. The 100-mile limit was for the preservation of all these fur animals, and this limit was observed for that purpose by all the maritime nations that sent vessels to the Behring waters. || Can any one believe it to be possible that the maritime, adventurous, gain-loving people of the United States and of Great Britain could have had such an inviting field open to them forty years and yet not one ship of either nation enter the Behring's Sea to compete with the Russian-American Company for the inordinate profits which had flowed so steadily and for so long a period into their treasury from the fur trade? The fact that the ships of both nations refrained, during that long period, from taking a single fur-seal inside the shores of that sea is a presumption of their lack of right and their recognized disability so strong that, independently of all other arguments, it requires the most authentic and convincing evidence to rebut it. That English ships did not enter the Behring's Sea to take part in the catching of seals is not all that can be said. Her acquiescence in Russia's power over the seal fisheries was so complete, that during the forty years of Russia's supremacy in the Behring's Sea (that followed the Treaties of 1824-25) it is not believed that Great Britain even made a protest, verbal or written, against what Bancroft describes at the "Russian monopoly." || A certain degree of confusion and disorganization in the form of the government that had existed in Alaska was the inevitable accompaniment of the transfer of sovereignty to the United States. The American title was not made complete until the money, specified as the price in the Treaty, had been appropriated by Congress and paid to the Russian Minister by the Executive Department of the Government of the United States. This was effected in the latter half of the year 1868. The acquired sovereignty of Alaska carried with it by Treaty "all the rights, franchises and privileges" which had belonged to Russia. A little more than a year after the acquisition, the United States transferred certain rights to the Alaska Commercial Company over the seal fisheries of Behring's Sea for a period of twenty years. Russia had given the same rights (besides rights of still larger scope) to the Russian-American Company for three periods of twenty years each, without a protest from the British Government, without a single interference from British ships. For these reasons this Government again insists, that Great Britain and the United States recognized, respected and obeyed the authority of Russia in the Behring's Sea; and did it for more than forty years after the Treaties with Russia were negotiated. It still remains for England to explain why she persistently violates the same rights when transferred to the ownership of the United States.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Nr. 10862.

Vereinigte

Staaten.

17. Dec. 1890.

The IInd Article of the American Treaty is as follows: —

“Article II. With a view of preventing the rights of navigation and of fishing exercised upon the Great Ocean by the citizens and subjects of the High Contracting Powers from becoming the pretext for an illicit trade, it is agreed that the citizens of the United States shall not resort to any point where there is a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects of Russia shall not resort, without permission, to any establishment of the United States upon the north-west coast.”

The IInd Article of the British Treaty is as follows: —

“Article II. In order to prevent the right of navigation and fishing, exercised upon the ocean by the subjects of the High Contracting Parties, from becoming the pretext for an illicit commerce, it is agreed that the subjects of His Britannic Majesty shall not land at any place where there may be a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commandant; and, on the other hand, the Russian subjects shall not land, without permission, at any British establishment on the north-west coast.”

In the IInd Articles of the Treaties it is recognized that both the United States and Great Britain have establishments on the “north-west coast,” and, as neither country ever claimed any territory north of the 60th parallel of latitude, we necessarily have the meaning of the north-west coast significantly defined in exact accordance with the American contention.

An argument, altogether historical in its character, is of great and, I think, conclusive force touching this question. It will be remembered that the Treaty of the 20th October, 1818, between the United States and Great Britain, comprised a variety of topics, among others, in Article III, the following: —

“It is agreed that any country that may be claimed by either party on the north-west coast of America, westward of the Stony Mountains, shall, together with its harbours, bays, and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from the date of the signature of the present Convention, to the vessels, citizens, and subjects of the two Powers; it being understood that this Agreement is not to be construed to the prejudice of any claim which either of the two High Contracting Parties may have to any part of the said country, nor shall it be taken to affect the claims of any other Power or State to any part of the said country, the only object of the High Contracting Parties, in that respect, being to prevent disputes and differences amongst themselves.”

While this Article placed upon a common basis for ten years the rights of Great Britain and America on the north-west coast, it made no adjustment of the claims of Russia on the north, or of Spain on the south, which are referred to in the Article as “any other Power or State.” Russia had claimed down to latitude 55° under the Ukase of 1799. Spain had claimed in-

definitely northward from the 42nd parallel of latitude. But all the Spanish claims had been transferred to the United States by the Treaty of 1819, and Russia had been so quiet until the Ukase of 1821 that no conflict was feared. But after that Ukase a settlement, either permanent or temporary, was imperatively demanded. || The proposition made by Mr. Adams which I now quote shows, I think, beyond all doubt, that the dispute was wholly touching the north-west coast on the Pacific Ocean. I make the following quotation from Mr. Adam's instruction to Mr. Middleton, our Minister at St. Petersburg, on the 22th July, 1823: —

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“By the Treaty of the 22nd February, 1819, with Spain, the United States acquired all the rights of Spain north of latitude 42°; and by the IIIrd Article of the Convention between the United States and Great Britain of the 20th October, 1818, it was agreed that any country that might be claimed by either party on the north-west coast of America, westward of the Stony Mountains, should, together with its harbours, bays, and creeks, and the navigation of all rivers within the same, be free and open, for the term of ten years from that date, to the vessels, citizens, and subjects of the two Powers, without prejudice to the claims of either party or of any other State.

“You are authorized to propose an Article of the same import for a term of ten years from the signature of a Joint Convention between the United States, Great Britain, and Russia.”

Instructions of the same purport were sent by the same mail to Mr. Rush, our Minister at London, in order that the proposition should be completely understood by each of the three Powers. The confident presumption was that this proposition would, as a temporary settlement, be acceptable to all parties. But before there was time for full consideration of the proposition, either by Russia or Great Britain, President Monroe, in December 1823, proclaimed his famous doctrine of excluding future European Colonies from this continent. Its effect on all European nations holding unsettled or disputed claims to territory was to create a desire for prompt settlement so that each Power could be assured of its own, without the trouble or cost of further defending it. Great Britain was already entangled with the United States on the southern side of her claims on the north-west coast. That Agreement she must adhere to, but she was wholly unwilling to postpone a definite understanding with Russia as to the northern limit of her claims on the north-west coast. Hence a permanent Treaty was desired, and in both Treaties the “ten-year” feature was recognized—in the VIIth Article of the British Treaty and in the IVth Article of the American Treaty. But neither in correspondence nor in the personal conferences that brought about the Agreement was there a single hint that the settlement was to include anything else whatever than the north-west coast on the Pacific-Ocean, south of the 60th parallel of north latitude.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Fortunately, however, it is not necessary for the United States to rely on this suggestive definition of the north-west coast, or upon the historical facts above given. It is easy to prove from other sources that in the Treaty between the United States and Russia the coast referred to was that which I have defined as the "north-west coast" on the Pacific Ocean south of 60° north latitude, or, as the Russians for a long time believed it, 59° 30'. We have in the Department of State the originals of the Protocols between our Minister at St. Petersburg, Mr. Henry Middleton, and Count Nesselrode, of Russia, who negotiated the Treaty of 1824. I quote, as I have quoted in my note of the 30th June, a Memorandum submitted to Count Nesselrode by Mr. Middleton as part of the 4th Protocol: —

"Now, it is clear, according to the facts established, that neither Russia nor any other European Power has the right of dominion upon the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude. || "Still less has she the dominion of the adjacent maritime territory, or of the sea which washes these coasts, a dominion which is only accessory to the territorial dominion. || "Therefore, she has not the right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas. || "The right of navigating all the free seas belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence. || "The United States have exercised navigation in the seas, and commerce upon the coasts above mentioned, from the time of their independence; and they have a perfect right to this navigation and to this commerce, and they can only be deprived of it by their own act or by a Convention."

Mr. Middleton declares that Russia had not the right of dominion "upon the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude." Still less has she the dominion of "the adjacent maritime territory or the sea which washes these coasts." He further declares that Russia had not the "right of exclusion or of admission on these coasts, nor in these seas, which are free seas" — that is, the coast and seas between the 40th and 60th degrees of north latitude on the body of the continent.

The following remark of Mr. Middleton deserves special attention: —

"The right of navigating all the free seas belongs, by natural law, to every independent nation, and even constitutes an essential part of this independence."

This earnest protest by Mr. Middleton, it will be noted, was against the Ukas of Alexander which proposed to extend Russian sovereignty over the Pacific Ocean as far south as the 51st degree of latitude, at which point, as Mr. Adams reminded the Russian Minister, that ocean is 4,000 miles wide. It is also to be specially noted that Mr. Middleton's double reference to "the free seas" would have no meaning whatever if he did not recognize that freedom on certain seas had been restricted. He could not have used the phrase if he had regarded all seas in that region as "free seas."

In answer to my former reference to these facts (in my note of the 30th June) Lord Salisbury makes this plea: —

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“Mr. Blaine states that when Mr. Middleton declared that Russia had no right of exclusion on the coasts of America between the 50th and 60th degrees of north latitude, nor in the seas which washed those coasts, he intended to make a distinction between Behring’s Sea and the Pacific Ocean. But on reference to a Map it will be seen that the 60th degree of north latitude strikes straight across Behring’s Sea, leaving by far the larger and more important part of it to the south; so that I confess it appears to me that by no conceivable construction of his words can Mr. Middleton be supposed to have excepted that sea from those which he declared to be free.”

If his Lordship had examined his Map somewhat more closely, he would have found my statement literally correct. When Mr. Middleton referred to “the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude,” it was impossible that he could have referred to the coast of Behring’s Sea, for the very simple reason that the 50th degree of latitude is altogether south of the Behring’s Sea”. The fact that the 60th parallel “strikes straight across the Behring’s Sea” has no more pertinence to this discussion than if his Lordship had remarked that the same parallel passes through the Sea of Okhotsk, which lies to the west of Behring’s Sea, just as the arm of the North Pacific lies to the east of it. Mr. Middleton was denying Russia’s dominion upon a continuous line of coast upon the continent between two specified points and over the waters washing that coast. There is such a continuous line of coast between the 50th and 60th degrees on the Pacific Ocean; but there is no such line of coast on the Behring’s Sea, even if you measure from the southernmost island of the Aleutian chain. In a word, the argument of Lord Salisbury on this point is based upon a geographical impossibility.

But, if there could be any doubt left as to what coast and to what waters Mr. Middleton referred, an analysis of the last paragraph of the 4th Protocol will dispel that doubt. When Mr. Middleton declared that “the United States have exercised navigation in the seas, and commerce upon the coasts above mentioned, from the time of their independence,” he makes the same declaration that had been previously made by Mr. Adams. That declaration could only refer to the north-west coast as I have described it, or as Mr. Middleton phrases it, “the Continent of America between the 50th and 60th degrees of north latitude.”

Even his Lordship would not dispute the fact that it was upon this coast and in the waters washing it that the United States and Great Britain had exercised free navigation and commerce continuously since 1784. By no possibility could that navigation and commerce have been in the Behring’s Sea. Mr. Middleton, a close student of history, and experienced in diplomacy, could not have declared that the United States had “exercised navigation” in

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

the Behring's Sea, and "commerce upon its coasts," from the time of their independence. As a matter of history, there was no trade and no navigation (except the navigation of explorers) by the United States and Great Britain in the Behring's Sea in 1784, or even at the time these Treaties were negotiated. Captain Cook's voyage of exploration and discovery through the waters of that sea was completed at the close of the year 1778, and his "Voyage to the Pacific Ocean" was not published in London until five years after his death, which occurred at the Sandwich Islands on the 14th February, 1779. The Pribyloff Islands were first discovered, one in 1786 and the other in 1787. Seals were taken there for a few years afterwards by the Lebedef Company of Russia, subsequently consolidated into the Russian-American Company; but the taking of seals on those islands was then discontinued by the Russians until 1803, when it was resumed by the Russian-American Company.

At the time these Treaties were negotiated there was only one Settlement, and that of Russians, on the shores of the Behring's Sea, and the only trading vessels which had entered that sea were the vessels of the Russian Fur Company. Exploring expeditions had, of course entered. It is evident, therefore, without further statement, that neither the vessels of the United States nor of Great Britain nor of any other Power than Russia had traded on the shores of Behring's Sea prior to the negotiations of these Treaties. No more convincing proof could be adduced that these Treaties had reference, solely to the waters and coasts of the continent south of the Alaskan Peninsula—simply the "Pacific Ocean" and the "north-west coast" named in the Treaties.

The IIIrd Article of the British Treaty, as printed in the British State Papers, is as follows:—

"The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west shall be drawn in the manner following:—

„Commencing from the southernmost point of the island called Prince of Wales Island, which point lies in the parallel of 54° 40' north latitude, and between the 131st and the 133rd degree of west longitude (meridian of Greenwich), the said line shall ascend to the north along the channel called Portland Channel, as far as the point of the continent where it strikes the 56th degree of north latitude; from this last-mentioned point the line of demarcation shall follow the summit of the mountains situated parallel to the coast, as far as the point of intersection of the 141st degree of west longitude (of the same meridian); and, finally, from the said point of intersection the said meridian line of the 141st degree, in its prolongation as far as the Frozen Ocean, shall form the limit between the Russian and the British possessions on the Continent of America to the north-west."

It will be observed that this Article explicitly delimits the boundary between British America and the Russian possessions. This delimitation is in minute detail from $54^{\circ} 40'$ to the northern terminus of the coast known as the north-west coast. When the boundary-line reaches that point (opposite 60° north latitude) where it intersects the 141st degree of west longitude, all particularity of description ceases. From that point it is projected directly northward for 600 or 700 miles without any reference to coast-line, without any reference to points of discovery or occupation (for there were none in that interior country), but simply on a longitudinal line as far north as the Frozen or Arctic Ocean.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

What more striking interpretation of the Treaty could there be than this boundary-line itself? It could not be clearer if the British negotiators had been recorded as saying to the Russian negotiators:—

“Here is the north-west coast to which we have disputed your claims—from the 51st to the 60th degree of north latitude. We will not, in any event, admit your right south of $54^{\circ} 40'$. From $54^{\circ} 40'$ to the point of junction with the 141st degree of west longitude we will agree to your possession of the coast. That will cover the dispute between us. As to the body of the continent above the point of intersection, at the 141st degree of longitude, we know nothing, nor do you. It is a vast unexplored wilderness. We have no Settlements there, and you have none. We have, therefore, no conflicting interests with your Government. The simplest division of that territory is to accept the prolongation of the 141st degree of longitude to the Arctic Ocean as the boundary. East of it the territory shall be British. West of it the territory shall be Russian.”

And it was so finally settled.

Article IV of the Anglo-Russian Treaty is as follows:—

“With reference to the line of demarcation laid down in the preceding Article it is understood:

“1. That the island called Prince of Wales Island shall belong wholly to Russia.

“2. That wherever the summit of the mountains which extend in a direction parallel to the coast, from the 56th degree of north latitude to the point of intersection of the 141st degree of west longitude, shall prove to be at the distance of more than 10 marine leagues from the ocean, the limit between the British possessions and the line of coast which is to belong to Russia, as above mentioned, shall be formed by ‘a line parallel to the windings of the coast, and which shall never exceed the distance of 10 marine leagues therefrom.’”

The evident design of this Article was to make certain and definite the boundary-line along the line of coast, should there be any doubt as to that line as laid down in Article III. It provided that the boundary-line, following the windings of the coast, should never be more than 10 marine leagues therefrom.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The Vth Article of the Treaty between Great Britain and Russia reads thus:—

“It is, moreover, agreed that no establishment shall be formed by either of the two Parties within the limits assigned by the two preceding Articles to the possessions of the other. Consequently, British subjects shall not form any establishment either upon the coast or upon the border of the continent comprised within the limits of the Russian possessions, as designated in the two preceding Articles; and, in like manner, no establishment shall be formed by Russian subjects beyond the said limits.”

The plain meaning of this Article is that neither Party shall make Settlements within the limits assigned by the IIIrd and IVth Articles to the possession of the other. Consequently, the IIIrd and IVth Articles are of supreme importance as making the actual delimitations between the two countries, and forbidding each to form any establishments within the limits of the other.

The VIth Article of Russia's Treaty with Great Britain is as follows:—

“It is understood that the subjects of His Britannic Majesty, from whatever quarter they may arrive, whether from the ocean or from the interior of the continent, shall for ever enjoy the right of navigating freely, and without any hindrance whatever, all the rivers and streams which, in their course toward the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III of the present Convention.”

The meaning of this Article is not obscure. The subjects of Great Britain, whether arriving from the interior of the continent or from the ocean, shall enjoy the right of navigating freely all the rivers and streams which, in their course to the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III. As is plainly apparent, the coast referred to in Article III is the coast south of the point of junction already described. Nothing is clearer than the reason for this provision. A strip of land, at no point wider than 10 marine leagues, running along the Pacific Ocean from 54° 40' to 60° (320 miles by geographical line, by the windings of the coast three times that distance), was assigned to Russia by the IIIrd Article. Directly to the east of this strip of land—or, as might be said, behind it—lay the British possessions. To shut out the inhabitants of the British possessions from the sea by this strip of land, would have been not only unreasonable, but intolerable to Great Britain. Russia promptly conceded the privilege, and gave to Great Britain. The right of navigating all rivers crossing that strip of land from 54° 40' to the point of intersection with the 141st degree of longitude. Without this concession the Treaty could not have been made. It do not understand that Lord Salisbury dissents from this obvious construction of the VIth Article, for in his despatch he says that the Article has a “restricted bearing,” and refers only to “the line of coast described in Article III” (the italics are his own), and the only line of coast described in Article III is the coast from 54° 40' to 60°.

There is no description of the coast above that point stretching along the Behring's Sea from latitude 60° to the Straits of Behring.

Nr. 10862.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1899.

The VIIth Article of the Anglo-Russian Treaty, whose provisions have led to the principal contention between the United States and Great Britain, is as follows:—

"It is also understood that for the space of ten years from the signature of the present Convention the vessels of the two Powers, or those belonging to their respective subjects, shall mutually be at liberty to frequent, without any hindrance whatever, all the inland seas, the gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purposes of fishing and of trading with the natives."

In the judgment of the President the meaning of this Article is altogether plain and clear. It provides that for the space of ten years the vessels of the two Powers should mutually be at liberty to frequent all the inland seas, &c., "on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and trading with the natives." Following out the line of my argument and the language of the Article, I have already maintained that this privilege could only refer to the coast from $54^{\circ} 40'$ to the point of intersection with the 141st degree of west longitude; that, therefore, British subjects were not granted the right of frequenting the Behring's Sea.

Denying this construction, Lord Salisbury says:—

"I must further dissent from Mr. Blaine's interpretation of Article VII of the latter Treaty (British). That Article gives to the vessels of the two Powers 'liberty to frequent all the inland seas, gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purpose of fishing and of trading with the natives.' The expression 'coast mentioned in Article III' can only refer to the first words of the Article, 'the line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west shall be drawn,' &c., that is to say, it included all the possessions of the two Powers on the north-west coast of America. For there would have been no sense whatever in stipulating that Russian vessels should have freedom of access to the small portion of coast which, by a later part of the Article, is to belong to Russia. And, as bearing on this point, it will be noticed that Article VI, which has a more restricted bearing, speaks only of 'the subjects of His Britannic Majesty' and of 'the line of coast described in Article III.'"

It is curious to note the embarrassing intricacies of his Lordship's language and the erroneous assumption upon which his argument is based. He admits that the privileges granted in the VIth Article to the subjects of Great Britain are limited to "the coast described in Article III of the Treaty." But when he reaches the VIIth Article, where the privileges granted are limited to "the coast mentioned in Article III of the Treaty," his Lordship maintains that the two references do not mean the same coast at all. The coast de-

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

scribed in Article III and the coast mentioned in Article III are, therefore, in his Lordship's judgment, entirely different. The "coast described in Article III" is limited, he admits, by the intersection of the boundary-line with the 141st degree of longitude, but the "coast mentioned in Article III" stretches to the Straits of Behring.

The IIIrd Article is, indeed, a very plain one, and its meaning cannot be obscured. Observe that the "line of demarcation" is between the possessions of both parties on the coast of the continent. Great Britain had no possessions on the coast-line above the point of junction with the 141st degree, nor had she any Settlements above 60° north latitude. South of 60° north latitude was the only place where Great Britain had possessions on the coast-line. North of that point her territory had no connection whatever with the coast either of the Pacific Ocean or the Behring's Sea. It is thus evident the only coast referred to in Article III was this strip of land south of 60° or 59° 30'.

The preamble closes by saying that the line of demarcation between the possessions on the coast "shall be drawn in the manner following," viz.: From Prince of Wales Island, in 54° 40', along Portland Channel and the summit of the mountains parallel to the coast as far as their intersection with the 141st degree of longitude. After having described this line of demarcation between the possessions of both parties on the coast, the remaining sentence of the Article shows that, "finally, from the said point of intersection, the said meridian-line . . . shall form the limit between the Russian and British possessions on the Continent of America." South of the point of intersection the Article describes a line of demarcation between possessions on the coast; north of that point of intersection the Article designates a meridian-line as the limit between possessions on the continent. The argument of Lord Salisbury appears to this Government not only to contradict the obvious meaning of the VIIth and IIIrd Articles, but to destroy their logical connection with the other Articles. In fact, Lord Salisbury's attempt to make two coasts out of the one coast referred to in the IIIrd Article is not only out of harmony with the plain provisions of the Anglo-Russian Treaty, but is inconsistent with the preceding part of his own argument.

These five Articles in the British Treaty (the IIIrd, IVth, Vth, VIth, and VIIth) are expressed with an exactness of meaning which no argument can change or pervert. In a later part of my note I shall be able, I think, to explain why the Russian Government elaborated the Treaty with Great Britain with greater precision and at greater length than was employed in framing the Treaty with the United States. It will be remembered that between the two Treaties there was an interval of more than ten months—the Treaty with the United States being negotiated in April 1824, and that with Great Britain in February 1825. During that interval something occurred which made Russia

more careful and more exacting in her negotiations with Great Britain than she had been with the United States. What was it?

It is only necessary to quote the IIIrd and IVth Articles of the American Treaty to prove that less attention was given to their consideration than was given to the formation of the British Treaty with Russia. The two Articles in the American Treaty are as follows:—

“Article III. It is, moreover, agreed that hereafter there shall not be formed by the citizens of the United States, or under the authority of the said States, any establishment upon the north-west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of 54° 40' of north latitude; and that, in the same manner, there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel.

“Article IV. It is, nevertheless, understood that during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours, and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country.”

It will be noted that in the British Treaty four Articles, with critical expression of terms, take the place of the IIIrd and IVth Articles of the American Treaty, which were evidently drafted with an absence of the caution on the part of Russia which marked the work of the Russian Plenipotentiaries in the British negotiation.

From some cause, not fully explained, great uneasiness was felt in certain Russian circles, and especially among the members of the Russian-American Company, when the Treaty between Russia and the United States was made public. The facts leading to the uneasiness were not accurately known, and from that cause they were exaggerated. The Russians who were to be affected by the Treaty were in doubt as to the possible extent implied by the phrase “north-west coast of America,” as referred to in the IIIrd and IVth Articles. The phrase, as I have before said, was used in two senses, and they feared it might have such a construction as would carry the American privilege to the Straits of Behring. They feared, moreover, that the uncertainty of the coast referred to in Article III might, by construction adverse to Russia, include the Behring's Sea among the seas and gulfs mentioned in Article IV. If that construction should prevail, not only the American coast, but the coast of Siberia and the Aleutian coasts, might also be thrown open to the ingress of American fishermen. So great and genuine was their fright that they were able to induce the Russian Government to demand a fresh discussion of the Treaty before they would consent to exchange ratifications.

It is easy, therefore, to discern the facts which caused the difference in precision between the American and British Treaties with Russia, and which

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

at the same time give conclusive force to the argument steadily maintained by the Government of the United States. These facts have thus far only been hinted at, and I have the right to presume that they have not yet fallen under the observation of Lord Salisbury. The President hopes that after the facts are presented the American contention will no longer be denied or resisted by Her Majesty's Government.

Nearly eight months after the Russo-American Treaty was negotiated, and before the exchange of ratifications had yet taken place, there was a remarkable interview between Secretary Adams and the Russian Minister. I quote from Mr. Adam's diary, the 6th December, 1824:—

"6th, Monday. — Baron Tuyl, the Russian Minister, wrote me a note requesting an immediate interview, in consequence of instructions received yesterday from his Court. He came, and, after intimating that he was under some embarrassment in executing his instructions, said that the Russian-American Company, upon learning the purport of the North-West Coast Convention concluded last June by Mr. Middleton, were extremely dissatisfied ('a jetée de hauts cris'), and, by means of their influence, had prevailed upon his Government to send him these instructions upon two points. One was that he should deliver, upon the exchange of the ratifications of the Convention, an explanatory note purporting that the Russian Government did not understand that the Convention would give liberty to the citizens of the United States to trade on the coast of Siberia and the Aleutian Islands. The other was to propose a modification of the Convention, by which our vessels should be prohibited from trading on the north-west coast north of latitude 57°. With regard to the former of these points he left with me a Minute in writing."

With this preliminary statement Baron Tuyl, in accordance with instructions from his Government, submitted to Mr. Adams the following note:—

"Explanatory Note from Russia.

"Explanatory note to be presented to the Government of the United States at the time of the exchange of ratifications, with a view to removing with more certainty all occasion for future discussions; by means of which note it will be seen that the Aleutian Islands, the coasts of Siberia, and the Russian possessions in general on the north-west coast of America to 59° 30' of north latitude are positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of citizens of the United States for ten years.

"This seems to be only a natural consequence of the stipulations agreed upon, for the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the South Sea mentioned in the Ist Article of the Convention of the 5th (17th) April, 1824. The Aleutian Islands are also washed by the Sea of Kamschatka, of Northern Ocean.

"It is not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean. She would be satisfied with causing to be recognized, as well understood and placed beyond all manner of doubt, the principle that beyond 59° 30' no foreign vessel can approach her coasts and her islands, nor fish or hunt within the distance of 2 marine leagues. This will not prevent the reception of foreign vessels which have been damaged or beaten by storm."

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The course pursued by Mr. Adams, after the Russian note had been submitted to him, is fully told in his diary, from which I again quote:—

"I told Baron Tuyl that we should be disposed to do every thing to accommodate the views of his Government that was in our power, but that a modification of the Convention could be made no otherwise than by a new Convention, and that the construction of the Convention as concluded belonged to other Departments of the Government, for which the Executive had no authority to stipulate. . . . I added that the Convention would be submitted immediately to the Senate; that if anything affecting its construction, or, still more, modifying its meaning, were to be presented on the part of the Russian Government before or at the exchange of the ratifications, it must be laid before the Senate, and could have no other possible effect than of starting doubts, and, perhaps, hesitation, in that body, and of favouring the views of those, if such there were, who might wish to defeat the ratification itself of the Convention. . . . If, therefore, he would permit me to suggest to him what I thought would be his best course, it would be to wait for the exchange of the ratifications, and make it purely and simply; that afterwards, if the instructions of his Government were imperative, he might present the note, to which I now informed him what would be, in substance, my answer. It necessarily could not be otherwise. But, if his instructions left it discretionary with him, he would do still better to inform his Government of the state of things here, of the purport of our conference, and of what my answer must be if he should present the note. I believed his Court would then deem it best that he should not present the note at all. Their apprehension had been excited by an interest not very friendly to the good understanding between the United States and Russia. Our merchants would not go to trouble the Russians on the coast of Siberia, or north of the 57th degree of latitude, and it was wisest not to put such fancies into their heads. At least the Imperial Government might wait to see the operation of the Convention before taking any further steps, and I was confident they would hear no complaint resulting from it. If they should, then would be the time for adjusting the construction or negotiating a modification of the Convention." . . .

The Russian Minister was deeply impressed by what Mr. Adams had said. He had not before clearly perceived the inevitable effect if he should insist on presenting the note in the form of a demand. He was not prepared

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

for so serious a result as the destruction or the indefinite postponement of the Treaty between Russia and the United States, and Mr. Adams readily convinced him that at the exchange of ratifications no modification of the Treaty could be made. The only two courses open were, first, to ratify; or second, to refuse, and annul the Treaty. Mr. Adams reports the words of the Minister in reply:—

“The Baron said that these ideas had occurred to himself; that he had made this application in pursuance of his instructions, but he was aware of the distribution of powers in our Constitution, and of the incompetency of the Executive to adjust such questions. He would therefore wait for the exchange of the ratifications without presenting his note, and reserve for future consideration whether to present it shortly afterwards or to inform his Court of what he has done and ask their further instructions upon what he shall definitely do on the subject.” . . .

As Baron Tuyl surrendered his opinions to the superior judgment of Mr. Adams, the ratifications of the Treaty were exchanged on the 11th day of January, and on the following day the Treaty was formally proclaimed. A fortnight later, on the 25th January, 1825, Baron Tuyl, following the instructions of his Government, filed his note in the Department of State. Of course, his act at that time did not affect the text of the Treaty; but it placed in the hands of the Government of the United States an unofficial note which significantly told what Russia's construction of the Treaty would be if, unhappily, any difference as to its meaning should arise between the two Governments. But Mr. Adams' friendly intimation removed all danger of dispute, for it conveyed to Russia the assurance that the Treaty, as negotiated, contained, in effect, the provisions which the Russian note was designed to supply. From that time until Alaska, with all its rights of land and water, was transferred to the United States—a period of forty-three years—no act or word on the part of either Government ever impeached the full validity of the Treaty as it was understood both by Mr. Adams and by Baron Tuyl at the time it was formally proclaimed.

While these important matters were transpiring in Washington, negotiations between Russia and England (ending in the Treaty of 1825) were in progress in St. Petersburg. The instructions to Baron Tuyl concerning the Russian-American Treaty were fully reflected in the care with which the Anglo-Russian Treaty was constructed, a fact to which I have already adverted in full. There was, indeed, a possibility that the true meaning of the Treaty with the United States might be misunderstood, and it was therefore the evident purpose of the Russian Government to make the Treaty with England so plain and so clear as to leave no room for doubt and to baffle all attempts at misconstruction. The Government of the United States finds the full advantage to it in the caution taken by Russia in 1825, and can therefore quote the Anglo-Russian Treaty, with the utmost confidence that its

meaning cannot be changed from that clear unmistakable text which, throughout all the Articles, sustains the American contention.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The "explanatory note," filed with this Government by Baron Tuyl, is so plain in its text that, after the lapse of sixty-six years, the exact meaning can neither be misapprehended nor misrepresented. It draws the distinction between the Pacific Ocean and the waters now known as the Behring's Sea so particularly and so perspicuously that no answer can be made to it. It will bear the closest analysis in every particular. "It is not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean!" This frank and explicit statement shows with what entire good faith Russia had withdrawn, in both Treaties, the offensive Ukase of Alexander, so far as the Pacific Ocean was made subject to it. Another avowal is equally explicit, viz., that "the coast of Siberia, the north-west coast of America to $59^{\circ} 30'$ of north latitude [that is, down to $59^{\circ} 30'$, the explanatory note reckoning from north to south] and the Aleutian Islands are positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of citizens of the United States for ten years." The reason given for this exclusion is most significant in connection with the pending discussion, namely, that the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the "South Sea" [Pacific Ocean] mentioned in the 1st Article of the Convention of the 5th (17th) April, 1824. The Aleutian Islands are also washed by the Sea of Kamschatka, or Northern Ocean (Northern Ocean being used in contradistinction to South Sea or Pacific Ocean). The liberty of hunting, fishing, and commerce mentioned in the Treaties was therefore confined to the coast of the Pacific Ocean south of $59^{\circ} 30'$ both to the United States and Great Britain. It must certainly be apparent now to Lord Salisbury that Russia never intended to include the Behring's Sea in the phrase "Pacific Ocean." The American argument on that question has been signally vindicated by the official declaration of the Russian Government.

In addition to the foregoing, Russia claimed jurisdiction of 2 marine leagues from the shore in the Pacific Ocean, a point not finally insisted upon in either Treaty. The Protocols, however, show that Great Britain was willing to agree to the 2 marine leagues, but the United States was not; and, after the concession was made to the United States, Mr. G. Canning insisted upon its being made to Great Britain also.

In the interview between the American Secretary of State and the Russian Minister, in December 1824, it is worth noting that Mr. Adams believed that the application made by Baron Tuyl had its origin "in the apprehension of the Court of Russia which had been caused by an interest not very friendly tho the good understanding between the United States and Russia." I presume no one need be told that the reference here made by Mr. Adams was to the Government of Great Britain; that the obvious effort of the British

Nr. 10362. Government at that time was designed to make it certain that the United
 Vereinigte States should not have the power in the waters and on the shores of Behring's
 Staaten. Sea which, Lord Salisbury now argues, had undoubtedly been given both to
 17. Dec. 1890. the United States and Great Britain by the Treaties.

It is to be remembered that Mr. Adams' entire argument was to quiet Baron Tuyl with the assurance that the Treaty already negotiated was, in effect, just what the Russian Government desired it to be by the incorporation of the "explanatory note" of which Baron Tuyl was the bearer. Mr. Adams was not a man to seize an advantage merely by cunning construction of language which might have two meanings. He was determined to remove the hesitation and distrust entertained for the moment by Russia. He went so far, indeed, as to give an assurance that American ships would not go above 57° north latitude (Sitka), and he did not want the text of the Treaty so changed as to mention the facts contained in the explanatory note, because, speaking of the hunters and the fishermen, it "was wisest not to put such fancies into their heads."

It is still further noticeable that Mr. Adams, in his sententious expression, spoke of the Treaty in his interview with Baron Tuyl as "the North-West Coast Convention." This closely descriptive phrase was enough to satisfy Baron Tuyl that Mr. Adams had not taken a false view of the true limits of the Treaty, and had not attempted to extend the privileges granted to the United States a single inch beyond their plain and honourable intent.

The three most confident assertions made by Lord Salisbury, and regarded by him as unanswerable, are, in his own language, the following:—

1. That England refused to admit any part of the Russian claim asserted by the Ukase of 1821 of a maritime jurisdiction and exclusive right of fishing throughout the whole extent of that claim, from Behring's Straits to the 51st parallel.

2. That the Convention of 1825 was regarded on both sides as a renunciation on the part of Russia of that claim in its entirety.

3. That, though Behring's Straits were known and specifically provided for, Behring's Sea was not known by that name, but was regarded as a part of the Pacific Ocean.

The explanatory note of the Russian Government disproves and denies in detail these three assertions of Lord Salisbury. I think they are completely disproved by the facts recited in this despatch, but the explanatory note is a specific contradiction of each one of them.

The inclosures which accompanied Lord Salisbury's despatch, and which are quoted to strengthen his arguments, seem to me to sustain, in a remarkable manner, the position of the United States. The first inclosure is a despatch from Lord Londonderry to Count Lieven, Russian Minister at London,

dated Foreign Office, the 18th January, 1822. The first paragraph of this despatch is as follows:—

Nr. 10362
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“The Undersigned has the honour to acknowledge the note addressed to him by Baron de Nicolai of the 12th September last, covering a copy of a Ukase issued by his Imperial Master, Emperor of all the Russias, bearing date the 4th September, 1821, for various purposes therein set forth, especially connected with the territorial rights of his Crown on the north-west coast of America bordering on the Pacific Ocean, and the commerce and navigation of His Imperial Majesty's subjects in the seas adjacent thereto.”

It is altogether apparent that this despatch is limited to the withdrawal of the provisions of the Ukase issued by the Emperor Alexander, especially connected with the territorial rights on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean. Evidently Lord Londonderry makes no reference, direct or indirect, to the Behring's Sea. The whole scope of his contention, as defined by himself, lies outside of the field of the present dispute between the British and American Governments. This Government heartily agrees with Lord Londonderry's form of stating the question.

The Duke of Wellington was England's Representative in the Congress of Verona, for which place he set out in the autumn of 1822. His instructions from Mr. G. Canning, British Secretary of Foreign Affairs, followed the precise line indicated by Lord Londonderry in the despatch above quoted. This is more plainly shown by a “Memorandum on the Russian Ukase” delivered by the Duke on the 17th October to Count Nesselrode, Russia's Representative at Verona. The Duke was arguing against the Ukase of Alexander, as it affected British interests, and his language plainly shows that he confined himself to the “north-west coast of America bordering on the Pacific Ocean.” To establish this it is only necessary to quote the following paragraph from the Duke's Memorandum viz.:—

“Now, we can prove that the English North-West Company and the Hudson's Bay Company have for many years established forts and other trading places in a country called New Caledonia, situated to the west of a range of mountains called the Rocky Mountains, and extending along the shores of the Pacific Ocean from latitude 49° to latitude 60° north.”

The Duke of Wellington always went directly to the point at issue, and he was evidently not concerning himself about any subject other than the protection of the English territory south of the Alaskan Peninsula, and on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean. England owned no territory on the coast north of the Alaskan Peninsula, and hence there was no reason for connecting the coast above the peninsula in any way with the question before the Congress. Evidently the Duke did not, in the remotest manner, connect the subject he was discussing with the waters or the shores of the Behring's Sea.

The most significant and important of all the inclosures is No. 12, in

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

which Mr. Stratford Canning, the British negotiator at St. Petersburg, communicated, under date of the 1st March, 1825, to Mr. G. Canning, Minister of Foreign Affairs, the text of the Treaty between England and Russia. Some of Mr. Stratford Canning's statements are very important. In the second paragraph of his letter he makes the following statement:—

“The line of demarcation along the strip of land on the north-west coast of Amerika assigned to Russia is laid down in the Convention agreeably to your directions.” . . .

After all, then, it appears that the “strip of land,” to which we have already referred more than once, was reported by the English Plenipotentiary at St. Petersburg. This clearly and undeniably exhibits the field of controversy between Russia and England, even if we had no other proof of the fact. It was solely on the north-west coast bordering on the Pacific Ocean, and not in the Behring's Sea at all. It is the same strip of land which the United States acquired in the purchase of Alaska, and runs from 54° 40' to 60° north latitude—the same strip of land which gave to British America, lying behind it, a free access to the ocean.

Mr. Stratford Canning also communicated, in his letter of the 1st March, the following:—

“With respect to Behring's Straits, I am happy to have it in my power to assure you, on the joint authority of the Russian Plenipotentiaries, that the Emperor of Russia has no intention whatever of maintaining any exclusive claim to the navigation of those straits or of the seas to the north of them.”

This assurance from the Emperor of Russia is of that kind where the power to give or to withhold is absolute. If the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia had conceded such rights in the Behring waters as Lord Salisbury now claims, why was Sir Stratford Canning so “happy” to “have it in his power to assure” the British Foreign Office, on “the authority of two Russian Plenipotentiaries,” that “the Emperor had no intention of maintaining an exclusive claim to the navigation of the Behring's Straits,” or of the “seas to the north of them.” The seas to the south of the straits were most significantly not included in the Imperial assurance. The English statesmen of that day had, as I have before remarked, attempted the abolition of the Ukase of Alexander only so far as it affected the coast of the Pacific Ocean from the 51st to the 60th degree of north latitude. It was left in full force on the shores of the Behring's Sea. There is no proof whatever that the Russian Emperor annulled it there. That sea, from east to west, is 1,300 miles in extent; from north to south it is 1,000 miles in extent. The whole of this great body of water, under the Ukase, was left open to the world, except a strip of 100 miles from the shore. But with these 100 miles enforced on all the coasts of the Behring's Sea it would be obviously impossible to approach the Straits of Behring, which were less than 50 miles in extreme width. If enforced strictly, the Ukase would cut off all vessels from passing

through the straits to the Arctic Ocean. If, as Lord Salisbury claims, the Ukase had been withdrawn from the entire Behring coast, as it was between the 51st and 60th degrees on the Pacific coast, what need would there have been for Mr. Stratford Canning, the English Plenipotentiary, to seek a favour from Russia in regard to passing through the straits into the Arctic Ocean, where scientific expeditions and whaling vessels desired to go? || I need not review all the inclosures, but I am sure that, properly analyzed, they will all show that the subject-matter touched only the settlement of the dispute on the north-west coast, from the 51st to the 60th degree of north latitude. In other words, they related to the contest which was finally adjusted by the establishment of the line 54° 40', which marked the boundary between Russian and English territory at the time of the Anglo-Russian Treaty, as to-day it marks the line of division between Alaska and British Columbia. But that question in no way touched the Behring's Sea; it was confined wholly to the Pacific Ocean and the north-west coast. || Lord Salisbury has deemed it proper, in his despatch, to call the attention of the Government of the United States to some elementary principles of international law touching the freedom of the seas. For our better instruction he gives sundry extracts from Wheaton and Kent—our most eminent publicists—and, for further illustration, quotes from the despatches of Secretaries Seward and Fish, all maintaining the well-known principle that a nation's jurisdiction over the sea is limited to 3 marine miles from its shore line. Commenting on these quotations, his Lordship says:—

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

“A claim of jurisdiction over the open sea which is not in accordance with the recognized principles of international law or usage may, of course, be asserted by force, but cannot be said to have any legal validity as against the vessels of other countries, except in so far as it is positively admitted in Conventional Agreements with those countries.”

The United States, having the most extended sea-coast of all the nations of the world, may be presumed to have paid serious attention to the laws and usages which define and limit maritime jurisdiction. The course of this Government has been uniformly in favour of upholding the recognized law of nations on that subject. While Lord Salisbury's admonitions are received in good part by this Government, we feel justified in asking his Lordship if the Government of Great Britain has uniformly illustrated these precepts by example, or whether she has not established at least one notable precedent which would justify us in making greater demands upon Her Majesty's Government touching the Behring's Sea than either our necessities or our desires have ever suggested? The precedent to which I refer is contained in the following narrative:—

Napoleon Bonaparte fell into the power of Great Britain on the 15th July, 1815. The disposition of the illustrious prisoner was primarily determined by a Treaty negotiated at Paris on the 2nd of the following August between Great Britain, Russia, Prussia, and Austria. By that Treaty “the

Nr. 10362.
Vereinigtes
Staaten.
17. Dec. 1890.

custody of Napoleon is specially intrusted to the British Government." The choice of the place and of the measures which could best secure the prisoner were especially reserved to His Britannic Majesty. In pursuance of this power, Napoleon was promptly sent by Great Britain to the Island of St. Helena as a prisoner for life. Six months after he reached St. Helena the British Parliament enacted a special and extraordinary Law for the purpose of making his detention more secure. It was altogether a memorable Statute, and gave to the British Governor of the Island of St. Helena remarkable powers over the property and rights of other nations. The Statute contains eight long sections, and in the 4th section assumes the power to exclude ships of any nationality, not only from landing on the island, but forbids them "to hover within 8 leagues of the coast of the island." The penalty for hovering within 8 leagues of the coast is the forfeiture of the ship to His Majesty the King of Great Britain, on trial to be had in London, and the offence to be the same as if committed in the County of Middlesex. This power was not assumed by a military commander, pleading the silence of law amid the clash of arms; nor was it conferred by the power of civil government in a crisis of public danger. It was a Parliamentary enactment in a season of profound peace that was not broken in Europe by war among the Great Powers for eight-and-thirty years thereafter. (See Inclosure C.)

The British Government thus assumed exclusive and absolute control over a considerable section of the South Atlantic Ocean, lying directly in the path of the world's commerce, near the capes which mark the southernmost points of both hemispheres, over the waters which for centuries had connected the shores of all continents, and afforded the commercial highway from and to all the ports of the world. The body of water thus controlled, in the form of a circle nearly 50 miles in diameter, was scarcely less than 2,000 square miles in extent; and whatever ship dared to tarry or hover within this area might, regardless of its nationality, be forcibly seized and summarily forfeited to the British King. || The United States had grave and special reasons for resenting this peremptory assertion of power by Great Britain. On the 3rd day of July, 1815, a fortnight after the Battle of Waterloo and twelve days before Napoleon became a prisoner of war, an important Commercial Treaty was concluded at London between the United States and Great Britain. It was the sequel to the Treaty of Ghent, which was concluded some six months before, and was remarkable, not only from the character of its provisions, but from the eminence of the American negotiators—John Quincy Adams, Henry Clay, and Albert Gallatin. Among other provisions of this Treaty relaxing the stringent colonial policy of England was one which agreed that American ships should be admitted and hospitably received at the Island of St. Helena. Before the ratifications of the Treaty were exchanged in the following November, it was determined that Napoleon should be sent to St. Helena. England thereupon declined to ratify the Treaty un-

less the United States should surrender the provision respecting that island. After that came the stringent enactment of Parliament forbidding vessels to hover within 24 miles of the island. The United States was already a great Commercial Power. She had 1,400,000 tons of shipping; more than 500 ships bearing her flag were engaged in trade around the capes. Lord Salisbury has had much to say about the liberty of the seas, but these 500 American ships were denied the liberty of the seas within a space of 50 miles wide in the South Atlantic Ocean by the express authority of Great Britain. || The Act of Parliament which asserted this power over the sea was to be in force as long as Napoleon should live. Napoleon was born the same year with Wellington, and was therefore but 46 years of age when he was sent to St. Helena. His expectation of life was then as good as that of the Duke who lived until 1852. The order made in April 1816 to obstruct free navigation in a section of the South Atlantic might, therefore, have been in force for the period of thirty-six years, if not longer. It actually proved to be for five years only. Napoleon died in 1821. || It is hardly conceivable that the same nation which exercised this authority in the broad Atlantic, over which, at that very time, 800,000,000 of people made their commercial exchanges, should deny the right of the United States to assume control over a limited area, for a fraction of each year, in a sea which lies far beyond the line of trade, whose silent waters were never cloven by a commercial prow, whose uninhabited shores have no port of entry, and could never be approached on a lawful errand under any other flag than that of the United States. Is this Government to understand that Lord Salisbury justifies the course of England? Is this Government to understand that Lord Salisbury maintains the right of England, at her will and pleasure, to obstruct the highway of commerce in mid-ocean, and that she will at the same time interpose objections to the United States exercising her jurisdiction beyond the 3-mile limit, in a remote and unused sea, for the sole purpose of preserving the most valuable fur-seal fishery in the world from remediless destruction? || If Great Britain shall consider that the precedent set at St. Helena of obstruction to the navigable waters of the ocean is too remote for present quotation, I invite her attention to one still in existence. Even to-day, while Her Majesty's Government is aiding one of her Colonies to destroy the American seal fisheries, another Colony, with her consent, has established a pearl fishery in an area of the Indian Ocean 600 miles wide. And so complete is the assumption of power that, according to Sir George Baden-Powell, a licence-fee is collected from the vessels engaged in the pearl fisheries in the open ocean. The asserted power goes to the extent of making foreign vessels that have procured their pearls far outside the 3-mile limit pay a heavy tax when the vessels enter an Australian port to land cargoes and refit. Thus the foreign vessel is hedged in on both sides, and is bound to pay the tax under British law, because, as Sir George Baden-Powell intimates, the voyage to

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Nr. 10362. another port would probably be more expensive than the tax. I quote further
 Vereinigte from Sir George to show the extent to which British assumption of power
 Staaten. over the Ocean has gone:—
 17. Dec. 1890.

“The right to charge these dues and to exercise this control outside the 3-mile limit is based on an Act of the Federal Council of Australasia, which (Federal Council Act, 1885, sec. 15) enacts that the Council shall have legislative authority, *inter alia*, in respect to fisheries in Australian waters outside territorial limits. In 1889 this Council passed an Act to ‘regulate the pearl-shell and *bêche-de-mer* fisheries in Australian waters adjacent to the Colony of Western Australia.’ In 1888 a similar Act had been passed, dealing with the fisheries in the seas adjacent to Queensland (on the east coast).”

I am directed by the President to say that, on behalf of the United States, he is willing to adopt the text used in the Act of Parliament to exclude ships from hovering nearer to the Island of St. Helena than 8 marine leagues, or he will take the example cited by Sir George Baden-Powell, where, by permission of Her Majesty's Government, control over a part of the ocean 600 miles wide is to-day authorized by Australian law. The President will ask the Government of Great Britain to agree to the distance of 20 marine leagues—within which no ship shall hover around the Islands of St. Paul and St. George, from the 15th May to the October of each year. This will prove an effective mode of preserving the seal fisheries for the use of the civilized world—a mode which, in view of Great Britain's assumption of power over the open ocean, she cannot with consistency decline. Great Britain prescribed 8 leagues at St. Helena; but the obvious necessities in the Behring's Sea will, on the basis of this precedent, justify 20 leagues for the protection of the American seal fisheries. || The United States desires only such control over a limited extent of the waters in the Behring's Sea, for a part of each year, as will be sufficient to insure the protection of the fur-seal fisheries, already injured, possibly, to an irreparable extent by the intrusion of Canadian vessels, sailing with the encouragement of Great Britain and protected by her flag. The gravest wrong is committed when (as in many instances is the case) American citizens, refusing obedience to the laws of their own country, have gone into partnership with the British flag and engaged in the destruction of the seal fisheries which belong to the United States. So general, so notorious, and so shamelessly avowed has this practice become that last season, according to the Report of the American Consul at Victoria, when the intruders assembled at Ounalaska on the 4th July, previous to entering Behring's Sea, the day was celebrated in a patriotic and spirited manner by the American citizens, who, at the time, were protected by the British flag in their violation of the laws of their own country. || With such agencies as these, devised by the Dominion of Canada and protected by the flag of Great Britain, American rights and interests have, within the past four years been, damaged to the extent of millions of dollars, with no corresponding gain to those who caused the loss.

From 1870 to 1890 the seal fisheries—carefully guarded and preserved—yielded 100,000 skins each year. The Canadian intrusions began in 1886, and so great has been the damage resulting from their destruction of seal life in the open sea surrounding the Pribyloff Islands, that in 1890 the Government of the United States limited the Alaska Company to 60,000 seals. But the Company was able to secure only 21,000 seals. Under the same evil influences that have been active now for five seasons the seal fisheries will soon be utterly destroyed. Great Britain has been informed, advised, warned over and over again, of the evil effects that would flow from her course of action; but, against testimony that amounts to demonstration, she has preferred to abide by personal representations from Ottawa, by Reports of Commissioners who examined nothing, and heard nothing, except the testimony of those engaged in the business against which the United States has earnestly protested. She may possibly be convinced of the damage if she will send an intelligent Commissioner to the Pribyloff Islands.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

In general answer to all these facts, Great Britain announces that she is willing to settle the dispute by arbitration. Her proposition is contained in the following paragraph, which I quote in full:

"I have to request that you will communicate a copy of this despatch, and of its inclosures, to Mr. Blaine. You will state that Her Majesty's Government have no desire whatever to refuse to the United States any jurisdiction in Behring's Sea which was conceded by Great Britain to Russia, and which properly accrues to the present possessors of Alaska in virtue of Treaties or the law of nations; and that, if the United States' Government, after examination of the evidence and arguments which I have produced, still differ from them as to the legality of the recent captures in that sea, they are ready to agree that the question, with the issues that depend upon it, should be referred to impartial arbitration. You will in that case be authorized to consider, in concert with Mr. Blaine, the method of procedure to be followed."

In his annual Message, sent to Congress on the 1st of the present month, the President, speaking in relation to the Behring's Sea question, said:—

"The offer to submit the question to arbitration, as proposed by Her Majesty's Government, has not been accepted, for the reason that the form of submission proposed is not thought to be calculated to assure a conclusion satisfactory to either party."

In the judgment of the President, nothing of importance would be settled by proving that Great Britain conceded no jurisdiction to Russia over the seal fisheries of the Behring's Sea. It might as well be proved that Russia conceded no jurisdiction to England over the River Thames. By doing nothing in each case everything is conceded. In neither case is anything asked of the other "Concession," as used here, means simply acquiescence in the rightfulness of the title, and that is the only form of concession which Russia asked of Great Britain, or which Great Britain gave to Russia.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

The second offer of Lord Salisbury to arbitrate amounts simply to a submission of the question whether any country has a right to extend its jurisdiction more than one marine league from the shore? No one disputes that, as a rule; but the question is whether there may not be exceptions whose enforcement does not interfere with those highways of commerce which the necessities and usage of the world have marked out. Great Britain, when she desired an exception, did not stop to consider or regard the inconvenience to which the commercial world might be subjected. Her exception placed an obstacle in the highway between continents. The United States, in protecting the seal fisheries, will not interfere with a single sail of commerce on any sea of the globe.

It will mean something tangible, in the President's opinion, if Great Britain will consent to arbitrate the real questions which have been under discussion between the two Governments for the last four years. I shall endeavour to state what, in the judgment of the President, those issues are:—

1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert and exercise prior and up to time of the cession of Alaska to the United States?

2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries recognized and conceded by Great Britain?

3. Was the body of water now known as the Behring's Sea included in the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia; and what rights (if any) in the Behring's Sea were given or conceded to Great Britain by the said Treaty?

4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction, and as the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary, in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?

5. What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits, whether such rights grow out of the cession by Russia of any special rights or jurisdiction held by her in such fisheries or in the waters of Behring's Sea, or out of the ownership of the breeding islands and the habits of the seals in resorting thither and rearing their young thereon and going out from the islands for food, or out of any other fact or incident connected with the relation of those seal fisheries to the territorial possessions of the United States?

6. If the determination of the foregoing questions shall leave the subject in such a position that the concurrence of Great Britain is necessary in prescribing Regulations for the killing of the fur-seal in any part of the waters of Behring's Sea, then it shall be further determined: (1) How far, if at all, outside the ordinary territorial limits it is necessary that the United States should exercise an exclusive jurisdiction in order to protect the seal for the time living upon the islands of the United States and feeding therefrom?

(2) Whether a closed season (during which the killing of seals in the waters of Behring's Sea outside the ordinary territorial limits shall be prohibited) is necessary to save the seal fishing industry, so valuable and important to mankind, from deterioration or destruction? And, if so, (3) What months or parts of months should be included in such season, and over what waters it should extend? || The repeated assertions that the Government of the United States demands that the Behring's Sea be pronounced mare clausum are without foundation. The Government has never claimed it and never desired it. It expressly disavows it. At the same time the United States does not lack abundant authority, according to the ablest exponents of international law, for holding a small section of the Behring's Sea for the protection of the fur-seals. Controlling a comparatively restricted area of water for that one specific purpose is by no means the equivalent of declaring the sea, or any part thereof, mare clausum. Nor is it by any means so serious an obstruction as Great Britain assumed to make in the South Atlantic, nor so groundless an interference with the common law of the sea as is maintained by British authority to-day in the Indian Ocean. The President does not, however, desire the long postponement which an examination of legal authorities from Ulpian to Phillimore and Kent would involve. He finds his own views well expressed by Mr. Phelps, our late Minister to England, when, after failing to secure a just arrangement with Great Britain touching the seal fisheries, he wrote the following in his closing communication to his own Government, 12th September, 1888:—

Nr. 10362.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

“Much learning has been expended upon the discussion of the abstract question of the right of mare clausum. I do not conceive it to be applicable to the present case. || “Here is a valuable fishery, and a large and, if properly managed, permanent industry, the property of the nations on whose shores it is carried on. It is proposed by the Colony of a foreign nation, in defiance of the joint remonstrance of all the countries interested, to destroy this business by the indiscriminate slaughter and extermination of the animals in question, in the open neighbouring sea, during the period of gestation, when the common dictates of humanity ought to protect them, were there no interest at all involved. And it is suggested that we are prevented from defending ourselves against such depredations because the sea at a certain distance from the coast is free. || “The same line of argument would take under its protection piracy and the Slave Trade when prosecuted in the open sea, or would justify one nation in destroying the commerce of another by placing dangerous obstructions and derelicts in the open sea near its coasts. There are many things that cannot be allowed to be done on the open sea with impunity, and against which every sea is mare clausum: and the right of self-defence as to person and property prevails there as fully as elsewhere. If the fish upon the Canadian coasts could be destroyed by scattering poison in the open sea adjacent with some small profit to those engaged in it, would Canada, upon the just principles of international law, be held defenceless in such a case?

Nr. 10362. Yet that process would be no more destructive, inhuman, and wanton than this. ||
 Vereinigte "If precedents are wanting for a defence so necessary and so proper, it is
 Staaten. because precedents for such a course of conduct are likewise unknown. The
 17. Dec. 1890. best international law has arisen from precedents that have been established
 when the just occasion for them arose, undeterred by the discussion of abstract
 and inadequate rules."

I have, &c.

James G. Blaine.

Inclosure (A).

Convention* between the United States and Russia relative to Navigation, Fishing, and Trading in the Pacific Ocean, and to Establishments on the North-West Coast. — Concluded April 17, 1824; Ratifications exchanged at Washington, January 11, 1825; Proclaimed January 12, 1825.

In the Name of the Most Holy and Indivisible Trinity.

The President of the United States of America and His Majesty the Emperor of All the Russias, wishing to cement the bonds of amity which unite them, and to secure between them the invariable maintenance of a perfect concord, by means of the present Convention, have named as their Plenipotentiaries to this effect, to wit:

The President of the United States of America, Henry Middleton, a citizen of said States, and their Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary near His Imperial Majesty; and His Majesty the Emperor of All the Russias, his beloved and faithful Charles Robert, Count of Nesselrode, Actual Privy Counsellor, Member of the Council of State, Secretary of State directing the administration of Foreign Affairs, Actual Chamberlain, Knight of the Order of St. Alexander Nevsky, Grand Cross of the Order of St. Wladimir of the first class, Knight of that of the White Eagle of Poland, Grand Cross of the Order of St. Stephen of Hungary, Knight of the Orders of the Holy Ghost and St. Michael, and Grand Cross of the Legion of Honour of France, Knight Grand Cross of the Orders of the Black and of the Red Eagle of Prussia, of the Annunciation of Sardinia, of Charles III of Spain, of St. Ferdinand and of Merit of Naples, of the Elephant of Denmark, of the Polar Star of Sweden, of the Crown of Würtemberg, of the Guelphs of Hanover, of the Belgic Lion, of Fidelity of Baden, and of St. Constantine of Parma; and Pierre de Poletica, Actual Counsellor of State, Knight of the Order of St. Anne of the first class, and Grand Cross of the Order of St. Wladimir of the second;

Who, after having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed upon and signed the following stipulations:—

Article I.

It is agreed that, in any part of the Great Ocean, commonly called the

*) Translation from the original, which is in the French language.

Pacific Ocean or South Sea, the respective citizens or subjects of the High Contracting Powers shall be neither disturbed nor restrained, either in navigation or in fishing, or in the power of resorting to the coasts, upon points which may not already have been occupied, for the purpose of trading with the natives, saving always the restrictions and conditions determined by the following Articles.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article II.

With a view of preventing the rights of navigation and of fishing exercised upon the Great Ocean by the citizens and subjects of the High Contracting Powers from becoming the pretext for an illicit trade, it is agreed that the citizens of the United States shall not resort to any point where there is a Russian establishment without the permission of the Governor or Commander; and that, reciprocally, the subjects of Russia shall not resort, without permission, to any establishment of the United States upon the north-west coast.

Article III.

It is moreover agreed that, hereafter, there shall not be formed by the citizens of the United States, or under the authority of the said States, any establishment upon the north-west coast of America, nor in any of the islands adjacent, to the north of $54^{\circ} 40'$ of north latitude; and that, in the same manner, there shall be none formed by Russian subjects, or under the authority of Russia, south of the same parallel.

Article IV.

It is, nevertheless, understood that during a term of ten years, counting from the signature of the present Convention, the ships of both Powers, or which belong to their citizens or subjects respectively, may reciprocally frequent, without any hindrance whatever, the interior seas, gulfs, harbours and creeks upon the coast mentioned in the preceding Article, for the purpose of fishing and trading with the natives of the country.

Article V.

All spirituous liquors, fire-arms, other arms, powder, and munitions of war of every kind are always excepted from this same commerce permitted by the preceding Article; and the two Powers engage, reciprocally, neither to sell nor suffer them to be sold to the natives by their respective citizens and subjects, nor by any person who may be under their authority. It is likewise stipulated that this restriction shall never afford a pretext, nor be advanced in any case to authorize either search or detention of the vessels, seizure of the merchandize, or, in fine, any measures of constraint whatever towards the merchants or the crews who may carry on this commerce; the High Contracting Powers reciprocally reserving to themselves to determine upon the penalties to be incurred, and to inflict the punishments in case of the contravention of this Article by their respective citizens or subjects.

Article VI.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1850

When this Convention shall have been duly ratified by the President of the United States, with the advice and consent of the Senate on the one part, and on the other by His Majesty the Emperor of All the Russias, the ratifications shall be exchanged at Washington in the space of ten months from the date below, or sooner if possible.

In faith whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Convention, and thereto affixed the seals of their arms.

Done at St. Petersburg the 5th (17th) April, of the year of Grace one thousand eight hundred and twenty four.

Henry Middleton.

Le Comte Charles de Nesselrode.

Pierre de Poletica.

Convention between Great Britain and Russia. — Signed at St. Petersburg, February 16 (28), 1825; Presented to Parliament May 16, 1825.

In the Name of the Most Holy and Undivided Trinity.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and His Majesty the Emperor of All the Russias, being desirous of drawing still closer the ties of good understanding and friendship which unite them, by means of an Agreement which may settle, upon the basis of reciprocal convenience, different points connected with the commerce, navigation, and fisheries of their subjects on the Pacific Ocean, as well as the limits of their respective possessions on the north-west coast of America, have named Plenipotentiaries to conclude a Convention for this purpose, that is to say:

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Stratford Canning, a Member of His said Majesty's Most Honourable Privy Council, &c.

And His Majesty the Emperor of All the Russias, the Sieur Charles Robert, Count de Nesselrode, His Imperial Majesty's Privy Councillor, a Member of the Council of the Empire, Secretary of State for the Department of Foreign Affairs, &c.; and the Sieur Pierre de Poletica, His Imperial Majesty's Councillor of State, &c.;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and signed the following Articles:—

Article I.

It is agreed that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing

at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions and conditions specified in the following Articles.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article II.

In order to prevent the right of navigating and fishing exercised upon the ocean by the subjects of the High Contracting Parties from becoming the pretext for an illicit commerce, it is agreed that the subjects of His Britannic Majesty shall not land at any place where there may be a Russian establishment, without the permission of the Governor or Commandant; and, on the other hand, that Russian subjects shall not land, without permission, at any British establishment on the north-west coast.

Article III.

The line of demarcation between the possessions of the High Contracting Parties, upon the coast of the continent and the islands of America to the north-west, shall be drawn in the manner following:—

Commencing from the southernmost point of the island called Prince of Wales Island, which point lies in the parallel of $54^{\circ} 40'$ north latitude, and between the 131st and the 133rd degree of west longitude (meridian of Greenwich), the said line shall ascend to the north along the channel called Portland Channel, as far as the point of the continent where it strikes the 56th degree of north latitude; from this last-mentioned point the line of demarcation shall follow the summit of the mountains situated parallel to the coast, as far as the point of intersection of the 141st degree of west longitude (of the same meridian); and, finally, from the said point of intersection, the said meridian line of the 141st degree, in its prolongation as far as the Frozen Ocean, shall form the limit between the Russian and British possessions on the Continent of America to the north-west.

Article IV.

With reference to the line of demarcation laid down in the preceding Article, it is understood:—

1. That the island called Prince of Wales Island shall belong wholly to Russia.

2. That wherever the summit of the mountains which extend in a direction parallel to the coast, from the 56th degree of north latitude to the point of intersection of the 141st degree of west longitude, shall prove to be at the distance of more than 10 marine leagues from the ocean, the limit between the British possessions and the line of coast which is to belong to Russia, as above mentioned, shall be formed by a line parallel to the windings of the coast, and which shall never exceed the distance of 10 marine leagues therefrom.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
Dec. 1890.

Article V.

It is, moreover, agreed that no establishment shall be formed by either of the two Parties within the limits assigned by the two preceding Articles to the possessions of the other; consequently, British subjects shall not form any establishment either upon the coast or upon the border of the continent comprised within the limits of the Russian possessions, as designated in the two preceding Articles; and, in like manner, no establishment shall be formed by Russian subjects beyond the said limits.

Article VI.

It is understood that the subjects of His Britannic Majesty, from whatever quarter they may arrive, whether from the ocean or from the interior of the continent, shall for ever enjoy the right of navigating freely, and without any hindrance whatever, all the rivers and streams which, in their course towards the Pacific Ocean, may cross the line of demarcation upon the line of coast described in Article III of the present Convention.

Article VII.

It is also understood that, for the space of ten years from the signature of the present Convention, the vessels of the two Powers, or those belonging to their respective subjects, shall mutually be at liberty to frequent, without any hindrance whatever, all the inland seas, the gulfs, havens, and creeks on the coast mentioned in Article III, for the purposes of fishing and of trading with the natives.

Article VIII.

The port of Sitka, or Novo Archangelsk, shall be open to the commerce and vessels of British subjects for the space of ten years from the date of the exchange of the ratifications of the present Convention. In the event of an extension of this term of ten years being granted to any other Power, the like extension shall be granted also to Great Britain.

Article IX.

The above-mentioned liberty of commerce shall not apply to the trade in spirituous liquors, in fire-arms, or other arms gunpowder, or other warlike stores; the High Contracting Parties reciprocally engaging not to permit the above-mentioned articles to be sold or delivered, in any manner whatever, to the natives of the country.

Article X.

Every British or Russian vessel navigating the Pacific Ocean, which may be compelled by storms or by accident to take shelter in the ports of the respective Parties, shall be at liberty to refit therein, to provide itself with all necessary stores, and to put to sea again, without paying any other than port and lighthouse dues, which shall be the same as those paid by national

vessels. In case, however, the master of such vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandize in order to defray his expenses, he shall conform himself to the Regulations and Tariffs of the place where he may have landed.

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Article XI.

In every case of complaint on account of an infraction of the Articles of the present Convention, the civil and military authorities of the High Contracting Parties, without previously acting or taking any forcible measure, shall make an exact and circumstantial report of the matter to their respective Courts, who engage to settle the same in a friendly manner, and according to the principles of justice.

Article XII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London, within the space of six weeks, or sooner if possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at St. Petersburg the 16th (28th) day of February, in the year of our Lord One thousand eight hundred and twenty five.

Stratford Canning.

The Count de Nesselrode.

Pierre de Poletica.

Inclosure (B).

List of Maps, with Designation of Waters now known as the Behring's Sea, with Date and Place of Publication.

[In these Maps the waters south of Behring's Sea are variously designated as the Pacific Ocean, Ocean Pacifique, Stilles Meer; the Great Ocean, Grande Mer, Grosse Ocean; the Great South Sea, Gross Süd-See, Mer du Sud. And they are again further divided, and the northern part designated as North Pacific Ocean, Partie du Nord de la Mer du Sud, Partie du Nord de la Grande Mer, Grand Océan Boréal, Nördlicher Theil des Grossen Süd-Meers, Nördlicher Theil des Stillen Meers, Nördliches Stilles Meer, &c. In all the Maps, however, the Pacific Ocean, under one of these various titles, is designated separate from the sea.]

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
Accurate Charte von Nord Amerika, from the best sources	Sea of Anadir	—	Unknown
Map made under direction of Mikhael Gvosdef, Surveyor of the Shestakof Expedition in 1730	Kamtschatskisches Meer	St. Petersburg	1743
Mappemonde, by Lowitz	Mare Andiricum	Berlin	1746
Geographical Atlas of the Russian Empire, Alexander Vostchinine	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1748

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Name of Maps, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
Carte de l'Isle de Ieso, corrected to date, by Philippe Buache, Academy of Sciences, and Geographer to the King	Mer de Kamtschatka	Paris	1754
Müllers's Map of the Discoveries by the Russians on the North-West Coast of America, prepared for the Imperial Academy of Sciences	Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1758
D'Auville's Map of the Western Hemisphere	Sea of Anadir	Paris	1761
Map of Hémisphère Septentrional, by Count Redfern, published by Royal Academy of Sciences	Mer Dormant	Berlin	1762
Map published in the "London Magazine"	Sea of Kamtschatka	London	1764
Map by S. Bellin, Engineer of the Royal Academy	" " "	"	1766
Nouvelle Carte des Découvertes par les Vaisseaux Russes aux côtes inconnues de l'Amérique Septentrionale; Müller	Mer de Kamtschatka and Mer d'Anadir	Amsterdam	1766
Jeffery's American Atlas, printed by R. Sayers and J. Bennett	Sea of Kamtschatka and Sea of Anadir	London	1768-72
Road Map from Paris to Tobolsken	Sea of Kamtschatka	Paris	1769
Bowle's Atlas; Map of the World	Sea of Anadir	London	1770
Map of the Eastern part of the Russian Territory, by J. Truscott	Mare Kamtschatkiensae	St. Petersburg	1771
Map of the New Northern Archipelago, in J. von Staehlin Storcksburg's Account of the Northern Archipelago, lately discovered by the Russians in the Seas of Kamtschatka and Anadir	Sea of Kamtschatka and Sea of Anadir	London	1774
Samuel Dunn's Map of North America	Sea of Anadir	"	1774
Chart of Russian Discoveries from the Map published by the Imperial Academy of St. Petersburg (Robert Sayer, printseller), published as the Act directs.	Sea of Kamtschatka	"	1775
Jeffery's Atlas; Chart containing part of Icy Sea and adjacent Coasts of Asia and America; published in 1775, according to Act of Parliament, by Sayer and Bennett	" " "	"	1776
Jeffery's Atlas; Chart of the Russian Discoveries, from Map published by Imperial Academy of Sciences; published by Robert Sayer, March 2, 1775.	" " "	"	1776
Atlas, Thomas Jeffery's (Geographer to King), American; Chart containing the Coasts of California, New Albion, and the Russian discoveries to the North	" " "	"	1776
Map in the French Encyclopædia	" " "	Paris	1777
Schmidt's Atlas	" " "	"	1777
Jeffery's Atlas	" " "	London	1778
Carte der Entdeckungen zwischen Siberia und Amerika to the year 1780	Kamtschatkisches Meer		1780

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
Map of the New Discoveries in the Eastern Ocean	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1781
St. Petersburg Atlas	Sea of Kamtschatka	" "	1782
Halbkugel der Erde, by Bode . . .	Kamtschatka Sea	Berlin	1783
Chart of the North-West Coast of America and the North-East Coast of Asia, prepared by Lieutenant Henry Roberts, under the immediate inspection of Captain Cook; published by William Faden	Sea of Kamtschatka	London	1784
Map of the Empire of Russia and Tartary, by F. L. Gulsefeld	Kamtschatkische oder Biber Meer	Nuremburg	1786
Map of Discoveries made by the Russians and by Captain Cook; Alexandre Vilbrech	Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1787
Dunn's Atlas; Map of the World .	" " "	London	1788
D'Auville's Atlas; Map of the World, with improvements; prepared for J. Harrison, as the Act directs	" " "	"	1788
Meares' Voyages; Chart of North-West Coast of America	" " "	"	1790
Chart of the World, exhibiting all the new discoveries to the present time, with the tracts of the most distinguished navigators from the year 1700, carefully collected from the best Charts, Maps, Voyages, &c., extant, by A. Arrowsmith, Geographer, as the Act directs	" " "	"	1790
Chart of the Great Ocean, or South Sea, conformable to the account of the voyage of discovery of the French frigates "La Boussole" and "L'Astrolabe"; La Pérouse	Sea of Kamtschatka	Paris	1791
Karted. Nordens v. Amerika; G. Forster	Kamtschatka Sea	Berlin	1791
Greenough's Map in Wilkinson's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1791
Map of the North-Eastern part of Siberia, the Frozen Sea, the Eastern Ocean, and North-Western Coasts of America, indicating Billing's expedition	Kamtschatka Sea	St. Petersburg	1791
Arrowsmith's Map of the World .	Sea of Kamtschatka	London	1794
Charte von Amerika, F. L. Gulsefeld	Kamtschatkisches Meer	Nurnberg	1796
Atlas of Mathew Carey; Map of the World from the best authorities, and Map of Russian Empire in Europe and Asia	Sea of Kamtschatka	Philadelphia	1796
Chart of North Amerika, by J. Wilkes, "as Act directs"	" " "	London	1796
Halbkugel der Erde	" " "	Nuremberg	1797
Chart von Nord Amerika, by F. L. Gulsefeld	Kamtschatka Sea	Nurnberg	1797
C. F. Delmarche's Atlas; Mappemonde, by Robert du Vaugondy, including new Discoveries of Captain Cook	Kamtschatkisches Meer	Paris	1797
La Pérouse's Chart of the Great Ocean, or South Sea, conformably to the discoveries of the French frigates "La Boussole" and "L'Astrolabe",	Sea of Kamtschatka	London	1798

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
published in conformity with the Decree of the French National Assembly, 1791, translated and printed by J. Johnson.			
W. Heather's Marine Atlas . . .	Sea of Kamtschatka	London	1799
Greenough's Atlas: Map by Vibrecht entitled "Carte de la Côte Nord-Ouest de l'Amérique Septentrionale", and showing the discoveries of the Russians and Portlock and Dickson	Mer de Kamtschatka	Edinburgh	1800
Wilkinson's General Atlas; a new Mercator's Chart drawn from the latest discoveries	Sea of Kamtschatka	London	1800
Map of the World; Graberg . . .	Bacino di Behring	Geneva	1802
Map Magazine, composed according to the latest observations of foreign navigators, corrected to 1802	Beaver Sea or Sea of Kamtschatka	St. Petersburg	1802
Map of Meer von Kamtschatka, with the routes of Captain Jos. Billings and Mart. Sauer, drawn by Fred. Gotze, to accompany Report of Billings' Russian Official Visit to Aleutia and Alaska.	Meer von Kamtschatka	Weimar	1803
Atlas des Ganzen Erdkreises, by Christian Gottlieb Reichard	Meer von Kamtschatka	"	1803
Arrowsmith's General Atlas . . .	Sea of Kamtschatka	London	1804
Map of Savrilia Sarytscheff's journey in the North-East Sea	" " "	Leipsic	1805
Jedediah Morse's Map of North America	" " "	Boston	1805
Robert Wilkinson's General Atlas; new Mercator's Chart	" " "	London	1807
Atlas of the Russian Empire, adopted by the General Direction of Schools.	Kamtschatka or Beaver Sea	St. Petersburg	1807
General Map of the travels of Captain Golovnin	Kamtschatka Sea	" "	1807-9
Map in Carey's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1808
Lieutenant Roberts' Chart, improved to date	" " "	"	1808
Mappemonde in Atlas of Malte-Brun	Bassing de Behring	Paris	1809
Dunn's Atlas	Sea of Kamtschatka	London	1810
Karte des Grossen Oceans, usually the South Sea; Sotzmann	Kamtschatkisches Meer	Hamburg	1810
Chart von Amerika; Streits . . .	Sea of Kamtschatka	Weimar	1810
Arrowsmith's Map of North America	" " "	London	1811
Map of the World in Pinkerton's Atlas	" " "	"	1812
Map by Lapie	Bassin du Nord	Paris	1812
"Carte d'Amérique, rédigée d'après celle d'Arrowsmith, en quatre planches et soumise aux observations astronomiques de M. de Humboldt"; by Champion	Bassin de Behring	"	1813
Map of Oceania, or the Fifth Part of the World, including a portion of America and the coasts of Asia, by H. Brue	Bassin du Nord	Paris	1814
Neele's General Atlas; Samuel and George Neele	Sea of Kamtschatka	London	1814

Name of Map, &c.	Name of Sea.	Place of Publication.	Date.
*Chart v. Amerika; Geogr. Institute Map of the World, by Von Krusenstern Eucyp prototype de l'Amérique Septentrionale, by Brué Smith's General Atlas Allgemeines Welt Chart, with Voyage of Krusenstern Grand Atlas Universel, edited by Desray; Mappemonde, by Goujon, Geographer Atlas Élémentaire, by Lapie et Poirson	Meer von Kamtschatka Meer von Kamtschatka Bassin du Nord Sea of Kamtschatka " " " Bassin du Nord Bassin du Nord ou de Behring Mer de Behring ou Bassin du Nord Sea of Kamtschatka " " " " " " " " " " " " " " " " " " Mer de Behring ou Bassin du Nord Bassin du Nord Behring Sea " "	Weimar St. Petersburg Paris London " " Paris " " Edinburgh Baltimore Weimar Edinburgh Philadelphia Edinburgh London Paris " " " " Philadelphia Paris " " St. Petersburg Philadelphia Baltimore Paris " " Philadelphia Paris London Paris	1814 1815 1815 1815 1815 1816 1816 1817 1817 1818 1818 1818 1819 1819 1820 1821 1821 1821 1821 1821 1822 1823 1823 1823 1823 1824 1824 1824 1825 1825 1829

Nr. 10362.
Vereinigto
Staaten.
17. Dec. 1890.

*) This Chart also designates the coast from Columbia River (49°) to Cape Elizabeth (60°) as the "Nord-West-Küste".

Inclosure (C).

Section 4 of "An Act for regulating the Intercourse with the Island of St. Helena during the time Napoleon Bonaparte shall be detained there, and for indemnifying Persons in the cases therein mentioned (11th April, 1816)."

Section 4. And be it further enacted, that it shall and may be lawful for

Nr. 10362.
Vereinigte
Staaten.
17. Dec. 1890.

the Governor, or, in his absence, the Deputy Governor, of the said Island of St. Helena, by all necessary ways and means, to hinder and prevent any ship, vessel, or boat from repairing to, trading, or touching at said island, or having any communication with the same, and to hinder and prevent any person or persons from landing upon the said island from such ship, vessel, or boats, and to seize and detain all and every person and persons that shall land upon the said island from the same; and all such ships, vessels, or boats (except as above excepted) as shall repair to, or touch at, the said island, or shall be found hovering within 8 leagues of the coast thereof, and which shall or may belong, in the whole or in part, to any subject or subjects of His Majesty, or to any person or persons owing allegiance to His Majesty, shall and are hereby declared to be forfeited to His Majesty, and shall and may be seized and detained, and brought to England, and shall and may be prosecuted to condemnation by His Majesty's Attorney-General, in any of His Majesty's Courts of Record at Westminster, in such manner and form as any ship, vessel, or boat may be seized, detained, or prosecuted for any breach or violation of the Navigation or Revenue Laws of this country; and the offence for which such ship, vessel, or boat shall be proceeded against shall and may be laid and charged to have been done and committed in the County of Middlesex; and if any ship, vessel, or boat, not belonging in the whole or in part to any person or persons the subject or subjects of, or owing allegiance to, His Majesty, his heirs and successors, shall repair to, or trade or touch at, the said Island of St. Helena, or shall be found hovering within 8 leagues of the coast thereof, and shall not depart from the said island or the coast thereof when and so soon as the master or other person having the charge and command thereof shall be ordered so to do by the Governor or Lieutenant-Governor of the said island for the time being, or by the Commander of His Majesty's naval or military force stationed at or off the said island for the time being (unless in case of unavoidable necessity or distress of weather), such ship or vessel shall be deemed forfeited, and shall and may be seized and detained and prosecuted, in the same manner as is herein before enacted as to ships, vessels, or boats of or belonging to any subject or subjects of His Majesty.

Nr. 10363. **GROSSBRITANNIEN.** — Auswärtiges Amt an den englischen Vertreter in Washington. Antwort auf das Vorige. Englische Bedingungen für ein Schiedsgericht.

Foreign Office, February 21, 1891.

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

The Marquis of Salisbury to Sir J. Pauncefoot.

Sir, The despatch of Mr. Blaine, under date of the 17th December, has been carefully considered by Her Majesty's Government. The effect of the discussion which has been carried on between the two Governments has been

materially to narrow the area of controversy. It is now quite clear that the advisers of the President do not claim Behring's Sea as a *mare clausum*, and indeed that they repudiate that contention in express terms. Nor do they rely, as a justification for the seizure of British ships in the open sea, upon the contention that the interests of the seal fisheries give to the United States' Government any right for that purpose which, according to international law, it would not otherwise possess. Whatever importance they attach to the preservation of the fur-seal species,—and they justly look on it as an object deserving the most serious solicitude,—they do not conceive that it confers upon any Maritime Power rights over the open ocean which that Power could not assert on other grounds. || The claim of the United States to prevent the exercise of the seal fishery by other nations in Behring's Sea rests now exclusively upon the interest which by purchase they possess in a Ukase issued by the Emperor Alexander I. in the year 1821, which prohibits foreign vessels from approaching within 100 Italian miles of the coasts and islands then belonging to Russia in Behring's Sea. It is not, as I understand, contended that the Russian Government, at the time of the issue of this Ukase, possessed any inherent right to enforce such a prohibition, or acquired by the act of issuing it any claims over the open sea beyond the territorial limit of 3 miles, which they would not otherwise have possessed. But it is said that this prohibition, worthless in itself, acquired validity and force against the British Government because that Government can be shown to have accepted its provisions. The Ukase was a mere usurpation; but it is said that it was converted into a valid international law, as against the British Government, by the admission of that Government itself. || I am not concerned to dispute the contention that an invalid claim may, as against another Government, acquire a validity which in its inception it did not possess, if it is formally or effectively accepted by that Government. But the vital question for decision is whether any other Government, and especially whether the Government of Great Britain, has ever accepted the claim put forward in this Ukase. Our contention is, that not only can it not be shown that the Government of Great Britain, at any time since 1821, has admitted the soundness of the pretension put forward by that Ukase, but that it can be shown that it has categorically denied it on more than one occasion. On the 18th January, 1822, four months after the issue of the Ukase, Lord Londonderry, then British Foreign Secretary, wrote in the following terms to Count Lieven, the Russian Ambassador, in London:—

“Upon the subject of this Ukase generally, and especially upon the two main principles of claim laid down therein, viz., an exclusive sovereignty alleged to belong to Russia over the territories therein described, as also the exclusive right of navigating and trading within the maritime limits therein set forth, His Britannic Majesty must be understood as hereby reserving all his rights, not being prepared to admit that the intercourse which is allowed

Nr. 10363.
Gross-
britannien,
21. Febr. 1891.

Nr. 10363. on the face of this instrument to have hitherto subsisted on those coasts and
 Gross- in those seas can be deemed to be illicit; or that the ships of friendly Powers,
 britannien. even supposing an unqualified sovereignty was proved to appertain to the
 21. Febr. 1891. Imperial Crown, in these vast and very imperfectly occupied territories, could
 by the acknowledged law of nations, be excluded from navigating within the
 distance of 100 Italian miles, as therein laid down, from the coast."

On the 17th October in the same year the Duke of Wellington, Ambassador at Verona, addressed to Count Nesselrode a note containing the following words:—

"Objecting, as we do, to this claim of exclusive sovereignty on the part of Russia, I might save myself the trouble of discussing the particular mode of its exercise as set forth in this Ukase. But we object to the sovereignty proposed to be exercised under this Ukase not less than we do to the claim of it. We cannot admit the right of any Power possessing the sovereignty of a country to exclude the vessels of others from the seas on its coasts to the distance of 100 Italian miles.."

Again, on the 28th November, 1822, the Duke of Wellington addressed a note to Count Lieven containing the following words:—

"The second ground on which we object to the Ukase is that His Imperial Majesty thereby excludes from a certain considerable extent of the open sea vessels of other nations. We contend that the assumption of this power is contrary to the law of nations; and we cannot find a negotiation upon a paper in which it is again broadly asserted. We contend that no Power whatever can exclude another from the use of the open sea; a Power can exclude itself from the navigation of a certain coast, sea, &c., by its own act or engagement, but it cannot by right be excluded by another. This we consider as the law of nations; and we cannot negotiate upon a paper in which a right is asserted inconsistent with this principle."

It is evident, therefore, that so far as diplomatic representation went, the King's Government of that date took every step which it was in their power to take, in order to make it clear to the Russian Government that Great Britain did not accept the claim to exclude her subjects for 100 miles distance from the coast, which had been put forward in the Ukase of 1821. || Mr. Blaine does not deal with these protests, which appear to Her Majesty's Government to be in themselves amply sufficient to decide the question, whether Great Britain did or did not acquiesce in the Russian claim put forward by the Ukase. He confines himself mainly, in the despatch under consideration, to the consideration of the Treaties which were subsequently made between Great Britain and Russia and America and Russia in the year 1825; and especially of that between Russia and Great Britain. This Treaty, of which the text is printed at the close of Mr. Blaine's despatch, does not contain a word to signify the acquiescence of Great Britain in the claim recently put forward by Russia to control the waters of the sea for 100 miles

from her coast. There is no stipulation upon which this interpretation can be imposed by any process of construction whatsoever. But there is a provision having in our judgment a totally opposite tendency, which indeed to negative the extravagant claim that had recently been made on the part of Russia; and it is upon this provision that the main part of Mr. Blaine's argument, as I understand it, is founded. The stipulation to which I refer is contained in the 1st Article, and runs as follows:—

Nr. 10363,
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

"Article I. It is agreed that the respective subjects of the High Contracting Parties shall not be troubled or molested in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, either in navigating the same, in fishing therein, or in landing at such parts of the coast as shall not have been already occupied, in order to trade with the natives, under the restrictions and conditions specified in the following Articles."

I understand Mr. Blaine's argument to be that if Great Britain had intended to protest against the claim of Russia to exclude ships for 100 miles from her coasts in Behring's Sea, she would have taken this opportunity of doing so; but that in confining herself to stipulations in favour of full liberty of navigation and fishing in any part of the ocean, commonly called the Pacific Ocean, she, by implication, renounced any claim that could arise out of the same set of circumstances in regard to any sea that was not part of the Pacific Ocean. And then Mr. Blaine goes on to contend that the phrase "Pacific Ocean" did not and does not include Behring's Sea. || Even if this latter contention were correct, I should earnestly demur to the conclusion that our inherent rights to free passage and free fishing over a vast extent of ocean could be effectively renounced by mere reticence or omission. The right is one of which we could not be deprived unless we consented to abandon it, and that consent could not be sufficiently inferred from our negotiators having omitted to mention the subject upon one particular occasion. || But I am not prepared to admit the justice of Mr. Blaine's contention that the words "Pacific Ocean" did not include Behring's Sea. I believe that in common parlance, then and now, Behring's Sea was and is part of the Pacific Ocean; and that the latter words were used in order to give the fullest and widest scope possible to the claim which the British negotiators were solemnly recording of a right freely to navigate and fish in every part of it, and throughout its entire extent. In proof of the argument that the words "Pacific Ocean" do not include Behring's Sea, Mr. Blaine adduces a long list of Maps in which a designation distinct from that of "Pacific Ocean" is given to Behring's Sea; either "Behring's Sea," or "Sea of Kamschatka" or the "Sea of Anadir." The argument will hardly have any force unless it is applicable with equal truth to all the other oceans of the world. But no one will dispute that the Bay of Biscay forms part of the Atlantic Ocean, or that the Gulf of Lyons forms part of the Mediterranean Sea; and yet in most Maps it will be found that to those portions of the larger sea a separate designation has been given.

Nr. 10363. The question whether by the words "Pacific Ocean" the negotiators meant to
 Gross- include or to exclude Behring's Sea depends upon which locution was esteemed
 britanniën. to be the correct usage at the time. The date is not a distant one, and
 21. Febr. 1891. there is no ground for suggesting that the usage has changed since the
 Anglo-Russian Treaty of 1825 was signed. The determination of this point
 will be most satisfactorily ascertained by consulting the ordinary books of
 reference. I append to this despatch a list of some thirty works of this class,
 of various dates from 1795 downwards, and printed in various countries,
 which combine to show that, in customary parlance, the words "Pacific Ocean"
 do include Behring's Sea. || If, then, in ordinary language, the Pacific Ocean
 is used as a phrase including the whole sea from Behring's Straits to the
 Antarctic Circle, it follows that the 1st Article of the Treaty of 1825 did
 secure to Great Britain in the fullest manner the freedom of navigation and
 fishing in Behring's Sea. In that case no inference, however indirect or
 circuitous, can be drawn from any omission in the language of that instrument
 to show that Great Britain acquiesced in the usurpation which the Ukase of 1821 had
 attempted. The other documents which I have quoted sufficiently establish that she
 only did not acquiesce in it, but repudiated it more than once in plain and
 unequivocal terms; and as the claim made by the Ukase has no strength or
 validity except what it might derive from the assent of any Power whom it
 might affect, it results that Russia has never acquired by the Ukase any
 right to curtail the natural liberty of Her Majesty's subjects to navigate or
 fish in these seas anywhere outside territorial waters. And what Russia did
 not herself possess she was not able to transmit to the United States. || Her
 Majesty's Government have, in view of these considerations, no doubt whatever
 that British subjects enjoy the same rights in Behring's Sea which belong to
 them in every other portion of the open ocean; but it is, nevertheless, a matter
 of sincere satisfaction that the President is willing to refer to arbitration
 what he conceives to be the matters which have been under discussion between
 the two Governments for the last four years. In regard to the questions as
 they are proposed by Mr. Blaine, I should say that as to the first and second,
 no objection will be offered by Her Majesty's Government. They are as follows:—

"1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's
 Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert
 and exercise prior and up to the time of the cession of Alaska to the
 United States?

"2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries
 recognized and conceded by Great Britain?"

The third question is expressed in the following terms: "Was the body
 of water now known as the Behring's Sea included in the phrase 'Pacific
 Ocean,' as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia;
 and what rights (if any) in the Behring's Sea were given or conceded to
 Great Britain by the said Treaty?"

Her Majesty's Government would have no objection to referring to arbitration the first part of that question, if it should be thought desirable to do so; but they would give that consent with the reservation that they do not admit that the decision of it can conclude the larger questions which the Arbitrator would have to determine. To the latter part of No. 3 it would be their duty to take exception:—

Nr. 10363.
Gross-
britannien,
21. Febr. 1891.

"What rights, if any, in the Behring's Sea were given or conceded to Great Britain by the said Treaty?"

Great Britain has never suggested that any rights were given to her or conceded to her by the said Treaty. All that was done was to recognize her natural right of free navigation and fishing in that as in all other parts of the Pacific Ocean. Russia did not give those rights to Great Britain, because they were never hers to give away.

"4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction and as to the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?"

This fourth question is hardly worth referring to an Arbitrator, as Great Britain would be prepared to accept it without dispute.

The fifth proposed question runs as follows:—

"5. What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits, whether such rights grow out of the cession by Russia of any special rights or jurisdiction held by her in such fisheries or in the waters of Behring's Sea, or out of the ownership of the breeding islands, and the habits of the seals in resorting thither and rearing their young thereon, and going out from the islands for food, or out of any other fact or incident connected with the relation of those seal fisheries to the territorial possessions of the United States?"

The first clause, "What are now the rights of the United States as to the fur-seal fisheries in the waters of the Behring's Sea outside of the ordinary territorial limits?" is a question which would be very properly referred to the decision of an Arbitrator. But the subsequent clause, which assumes that such rights could have grown out of the ownership of the breeding islands, and the habits of the seals in resorting thereto, involves an assumption as to the prescriptions of international law at the present time to which Her Majesty's Government are not prepared to accede. The sixth question, which deals with the issues that will arise in case the controversy should be decided in favour of Great Britain, would perhaps more fitly form the substance of a separate reference. Her Majesty's Government have no objection to refer the general question of a close time to arbitration, or to ascertain by that means how far the enactment of such a provision is necessary for the preservation of the seal species; but any such reference ought not to contain words

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

appearing to attribute special and abnormal rights in the matter to the United States. || There is one omission in these questions which I have no doubt the Government of the President will be very glad to repair; and that is the reference to the Arbitrator of the question, what damages are due to the persons who have been injured, in case it shall be determined by him that the action of the United States in seizing British vessels has been without warrant in international law. Subject to these reservations, Her Majesty's Government will have great satisfaction in joining with the Government of the United States in seeking by means of arbitration an adjustment of the international questions which have so long formed a matter of controversy between the two Governments. || I have to request that you will read this despatch to Mr. Blaine, and leave a copy of it with him should he desire it.

I am, &c. Salisbury.

Appendix.

Kamschatka Sea, is a large branch of the Oriental or North Pacific Ocean.

Beering's Straits, which is the passage from the North Pacific Ocean to the Arctic Sea. (*Malham, John. "Naval Gazetteer," 1795.*)

Beering's Island. An island in the Pacific Ocean. [Behring's Island is in Behring's Sea.]

Kamschatka. Bounded east and south by Pacific. (*Brookes, R. "General Gazetteer". 1802.*)

Kamtschatka. Bounded on the north by the country of the Koriacs, on the east and south by the North Pacific Ocean, and on the west by the Sea of Okotsk. (*Montefiore. "Commercial Dictionary." 1803.*)

Beering's Island. In the North Pacific Ocean. (*"Geographical Dictionary." London 1804.*)

Beering's Island. An island in the North Pacific Ocean.

Kamtchatka. River, which runs into the North Pacific Ocean.

Kamtchatka. Peninsula, bounded on the east and south by the North Pacific Ocean. (*Cruttwell, C. "New Universal Gazetteer." 1808.*)

Islands in the Eastern or Great Pacific Ocean: Bhering's Isle. (*Mangnall, R. "Compendium of Geography." 1815.*)

Stilles Meer. Vom 5 nördl. Br. an bis zur Beringsstrasse aufwärts stets heftige Stürme, [Behring's Strait is at the northern extremity of Behring's Sea.] (*Galletti, J. G. A. "Geographisches Wörterbuch." Pesth, 1822.*)

Behring's Island. An island in the North Pacific Ocean. (*"Edinburgh Gazetteer," Edition 1822, vol. i, p. 432.*)

Beering's Island. In the North Pacific Ocean. (*"General Gazetteer." London, 1823.*)

Beering's Island. In the Pacific. (*"New London Universal Gazetteer." 1826.*)

Mer Pacifique. Il s'étend du nord au sud depuis le Cercle Polaire Arctique, c'est-à-dire, depuis le Détroit de Behring, qui le fait communiquer à l'Océan Glacial Austral. (*"Dictionnaire Géographique Universel, 1828."*)

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

Stilles Meer. Vom 30 südlicher Breite bis zum 5 nördlicher Breite verdient es durch seine Heiterkeit und Stille den namen des Stillen Meers; von da an bis zur Beringsstrasse ist es heftigen Stürmen unterworfen. (*Seitz, Dr. J. C. "Geographisches-Statistisches Handwörterbuch." Halberstadt, 1829*)

Beering's Island. In the North Pacific Ocean. (*"Penny National Library: Geography and Gazetteer." 1830.*)

Bhering's Strait connects the Frozen Ocean with the Pacific. (*Arrowsmith.*)

The Anadir flows into the Pacific Ocean. (*"Grammar of Modern Geography." 1832.*)

The principal gulfs of Asiatic Russia are: the Gulf of Anadir, near Bhering's Strait; the Sea of Penjina, and the gulf of Okhotsk, between Kamtschatka and the mainland of Russia—all three in the Pacific Ocean.

L'Océan Pacifique Boréal s'étend depuis le Détroit de Behring jusqu'au tropique de Cancer. (*"Précis de la Géographie Universelle," par Malte-Brun, vol. II, p. 181, Édition 1835.*)

Le Détroit de Behring. A commencer par ce détroit, le Grand Océan (ou Océan Pacifique) forme la limite orientale de l'Asie. (*Ditto, vol. VIII, p. 4.*)

Behring (Détroit célèbre). Il joint l'Océan Glacial Arctique au Grand Océan. (*Langlois. "Dictionnaire de Géographie." 1838.*)

The Pacific Ocean. Its boundary-line is pretty well determined by the adjacent continents, which approach one another towards the north, and at Behring's Strait which separates them, are only about 36 miles apart. This strait may be considered as closing the Pacific on the north. (*"Penny Cyclopaedia," 1840.*)

Behring (Détroit de) à l'extrémité nord-est de l'Asie, sépare ce Continent de l'Amérique et l'Océan Glacial Arctique de l'Océan Pacifique.

Behring (Mer de), partie de l'Océan Pacifique. (*"Dictionnaire Universel d'Histoire et de Géographie," par M. N. Bouillet. Paris, 1842.*)

Behring (Détroit de). Canal de l'océan . . . unissant les eaux de l'Océan Pacifique à celles de l'Océan Arctique. (*"Dictionnaire Géographique et Statistique," par Adrien Guibert. Paris, 1850.*)

Pacific Ocean. Between longitude 70° west and 110° east, that is for a space of over 180°—it covers the greater part of the earth's surface, from Behring's Straits to the Polar Circle, that separates it from the Antarctic Ocean. (*"The New American Cyclopaedia," edited by George Ripley and Charles A. Dana. New York, 1851.*)

Behring (Détroit de). Canal du Grand Océan unissant les eaux de l'Océan Pacifique à celles de l'Océan Glacial Arctique. (*"Grand Dictionnaire de Géographie Universelle," par M. Bescherelle Aîné. 4 vols. 1855.*)

Behring's Sea, sometimes called the Sea of Kamtschatka, is that portion

Nr. 10363. of the North Pacific Ocean lying between the Aleutian Islands and Behring's
Gross- Strait. "*Imperial Gazetteer*," 1855.)
britannien.
21, Febr. 1891. Behring's Island. An island in the North Pacific Ocean. (*Fullartons "Gazetteer of the World."* 1856.)

Behring's Strait, which connects the Pacific with the Arctic Ocean, is formed by the approach of the Continents of America and Asia. ("*Cyclopaedia of Geography*," by *Charles Knight*. 1856.)

Pacific Ocean. Its extreme southern limit is the Antarctic Circle, from which it stretches northward through 132 degrees of latitude to Behring's Strait, which separates it from the Arctic Ocean. (*McCulloch's "Geographical Dictionary*," edited by *F. Martin*. 1866.)

Bering (Détroit de). Canal ou bras de mer unissant les eaux de l'Océan Glacial Arctique à celles de l'Océan Pacifique. ("*Grand Dictionnaire Universel*," par *M. Pierre Labousse*. Paris, 1867.)

Behring's Strait. The narrow sea between the north-east part of Asia and the north-west part of North America, connecting the North Pacific with the Arctic Ocean. ("*Encyclopaedia Britannica*," 1875.)

Behring (Détroit de). Passage qui unit l'Océan Glacial Arctique au Grand Océan. (*St.-Martin. "Nouveau Dictionnaire de Géographie Universelle."* Paris, 1879.)

Behring Sea, or Sea of Kamchatka, is that part of the North Pacific Ocean between the Aleutian Islands in latitude 55° north and Behring Strait in latitude 66° north, by which latter it communicates with the Arctic Ocean. (*Lippincott's "Gazetteer of the World."* Philadelphia, 1880.)

Behring, or Bhering. A strait, sea, island and bay, North Pacific Ocean. (*Bryce and Johnston, Cyclopaedia of Geography.* London and Glasgow, 1880.)

Bering's Meer. Der nordöstlichste Teil des Stillen Ocean's. (*Brockhaus' "Conversations-Lexicon"* Leipzig, 1882.)

Beringsstrasse. Meerenge das nordöstlichste Eismeer mit dem Stillen Ocean verbindend. (*Ritter's "Geographisch-Statistisches Lexicon."* Leipzig, 1883.)

Behring's Sea. North-east part of the Pacific between Asia and America. ("*Pocket Encyclopaedia.*" Sampson Low. 1888.)

Behring Strait connects the Pacific with the Arctic Ocean.

Behring Sea. A part of the Pacific Ocean, commonly known as the Sea of Kamchatka. (*Chamber's "Encyclopaedia"*, 1888.)

Behring's Strait, connecting the North Pacific with the Arctic Ocean.

Behring's Sea, sometimes called the Sea of Kamchatka, is that portion of the North Pacific Ocean lying between the Aleutian Islands and Behring's Strait. (*Blakie's "Modern Cyclopaedia"*, 1889. Edition.)

In support of his argument that the term "Pacific Ocean" was not understood at the time as including Behring's Sea, Mr. Blaine has quoted a note which, it appears, was presented by the Russian Minister at Washington after

the ratification of the Treaty of the 5th (17th) April, 1824, between the United States and Russia.

Nr. 10363.
Gross-
britannien.
21. Febr. 1891.

In this note Baron Tuyl stated that "the Aleutian Islands, the coasts of Siberia, and the Russian possessions in general on the north-west coast of America to 59° 30' of north latitude were positively excepted from the liberty of hunting, fishing, and commerce stipulated in favour of United States' citizens for ten years." The rights alluded to could not be those contained in the Ist Article of the Treaty, which is unlimited in duration, but those of frequenting the interior seas, harbours, and creeks conferred by Article IV.

Baron Tuyl grounded this construction of the Treaty on the argument that "the coasts of Siberia are washed by the Sea of Okhotsk, the Sea of Kamschatka, and the Icy Sea, and not by the South Sea mentioned in the Ist Article of the Convention," and that "the Aleutian Islands were also washed by the Sea of Kamschatka or Northern Ocean."

He added that "it was not the intention of Russia to impede the free navigation of the Pacific Ocean, and that she would be satisfied with causing to be recognized, as well understood and placed beyond all manner of doubt, the principle that beyond 59° 30' no vessel could approach her coasts and islands, nor fish or hunt within the distance of 2 marine leagues."*

Mr. Adams, on being shown the draft of the note, stated to Baron Tuyl that, if it were presented, he should return an answer to the effect that "the construction of Treaties depending here upon the Judiciary Tribunals, the Executive Government, even if disposed to acquiesce in that of the Russian Government, as announced by him (Baron Tuyl), could not be [? make it] binding upon the Courts or upon this nation." He went on to say that it would be much better not to present the note, as the United States' merchants would not go to trouble the Russians on the coast of Siberia or north of the 57th degree of latitude, and it was wisest not to put such fancies into their heads.

The incident, therefore, shows nothing material to the present issue except that the Russian Minister attempted in a note, which has hitherto been kept secret, to argue that Behring's Sea was not a part of the South Sea (a term which is not employed in the British Treaty), and that Mr. Adams stated that, even if the United States' Government were disposed to acquiesce in this view, they could not bind the nation or the Courts to it.

On the other hand, the Regulations of 1881, under which the American schooners "Eliza" and "Henrietta" were seized by the Russian authorities, are headed:—

* It does not appear, however, that the proposed limit of 2 leagues was observed or enforced, for in 1868 the Russian Minister for Foreign Affairs, explaining the treatment of the American sealer "Java" in the Sea of Okhotsk, writes:—

"Considering that foreign sealers are forbidden by the laws in force to fish in the Russian gulfs and bays at a distance less than 3 miles from the shore." (M. Westmann to Mr. Clay, 31st July, 1868, Ex. Doc. No. 106, 50th Congress, 2nd Session, 253.)

Nr. 10363.

“Notice of Order relative to Commerce on Russian Pacific Coast:—

Gross-
britannien.

21. Febr. 1891.

“Without a special permit or licence from the Governor-General of Eastern Siberia, foreign vessels are not allowed to carry on trading, hunting, fishing, &c., on the Russian coasts or islands in the Okhotsk and Behring’s Seas, or on the north-eastern coast of Asia, or within their sea boundary-line.”

(Memorandum in Mr. Lothrop’s despatch to Mr. Bayard of the 7th March, 1882. Exec. Doc. No. 106, 50th Congress, 2nd Session, p. 271.)

M. de Giers, in his subsequent note of the 8th May, 1882, speaks of these Regulations as “a notice published by our Consul at Yokohama relative to fishing, hunting, and to trade in the Russian waters of the Pacific.” (Ibid., p. 262.)

Mr. Frelinghuysen also speaks of the matter as “touching the Pacific coast fisheries.” (Ibid., p. 258.)

Nr. 10364. VEREINIGTE STAATEN. — Der Staatssecretär an den englischen Gesandten. Vorschläge über einen modus vivendi.

Washington, May 4, 1891.

Nr. 10364.

Vereinigte
Staaten.

1. Mai 1891.

Sir, During the month of March last, a few days after the adjournment of Congress, acting under the instructions of the President, I proposed to you that a modus vivendi be agreed upon touching the seal fisheries pending the result of arbitration of the question at issue between the two Governments. The President’s first proposal which I submitted to you was that no Canadian sealer should be allowed to come within a certain number of miles of the Pribyloff Islands. || It was, however, the conclusion of the President, after reading Lord Salisbury’s despatch of the 21st February, that this modus vivendi might possibly provoke conflict in the Behring’s Sea, and to avoid that result, he instructed me to propose that sealing, both on land and sea, should be suspended by both nations during the progress of arbitration, or during the season of 1891. On both occasions it was a conversational exchange of views, the first at my office at the State Department, the second at my residence. || The President was so desirous of a prompt response from Lord Salisbury to his second proposition, that I ventured to suggest that you request an answer by cable if practicable. Especially was the President anxious to receive an answer, which he trusted would be favourable, before he should set out on his tour to the Pacific States. He left Washington on the night of the 13th April without having heard a word from your Government. It was then a full month after he had instructed me to open negotiations on the question, and the only probable inference was that Lord Salisbury would not agree to his proposal. || The silence of Lord Salisbury implied, as seemed not improbable, that he would not restrain the Canadian sealers from entering Behring’s Sea, and as all intelligence from British Columbia showed that the

sealers were getting ready to sail in large numbers, the President found that he could not with justice prevent the lessees from taking seals on the Pribyloff Islands. The President therefore instructed the Secretary of the Treasury, who has official charge of the subject, to issue to the lessees the privilege of killing on the Pribyloff Islands the coming season the maximum number of 60,000 seals, subject, however, to the absolute discretion and power of an agent appointed by the Secretary of the Treasury to limit the killing to as small a number as the condition of the herd might, in his opinion, demand.

On the 22nd April, eight days after the President had left Washington, you notified me when I was absent from the capital that Lord Salisbury was ready to agree that all sealing should be suspended pending the result of arbitration. || On the 23rd April I telegraphed Lord Salisbury's proposition to the President. || He replied on the 25th April, expressing great satisfaction at Lord Salisbury's message, but instructing me to inform you that "some seals must be killed by the natives for food;" that "the lessees are bound under their lease from the Government to feed and care for the natives, making it necessary to send a ship to the Pribyloff Islands at their expense;" and that for this service—a very expensive one—the "lessees should find their compensation in taking a moderate number of seals under the lease." The President expressed his belief that this allowance would be readily agreed to by Lord Salisbury, because the necessity is absolute. || You will remember that when I communicated this proposition from the President to you on the evening of Monday, the 27th April, you did not agree to the President's suggestion. On the contrary, you expressed yourself as confident that Lord Salisbury would not accept it; that, in your judgment, the killing of seals must be cut off absolutely on the land and in the water; and that it could not be stopped on either unless stopped on both. || The narrative of facts which I have now given, absolutely necessary for clearly understanding the position of this Government, brings me to a further statement which I am directed by the President to submit. The President refuses to believe that Lord Salisbury could possibly maintain the position you have taken when his Lordship is placed in full possession of the facts, which I shall now submit to you somewhat in detail. || When the privilege of killing seals on the Islands of St. George and St. Paul in Behring's Sea was leased to the North American Company for a certain sum per skin to be paid to the Government, other duties of an onerous, costly, and responsible character were imposed upon the Company. || Under their lease, the Company is obliged "to furnish to the inhabitants of the Islands of St. George and St. Paul annully such quantity or number of dried salmon, and such quantity of salt and such number of salt barrels for preserving their necessary supply of meat, as the Secretary of the Treasury shall from time to time determine." || The Company is further obliged to "furnish to the inhabitants of these islands 80 tons of coal annually, and a sufficient number of comfortable dwellings in which said natives may

Nr. 10864.
Vereinigte
Staaten.
4. Mai 1891.

Nr. 10364.
Vereinigte
Staaten.
4. Mai 1891.

reside, and shall keep such dwellings in proper repair." || The Company is further obliged "to provide and keep in repair such suitable school houses as may be necessary, and shall establish and maintain during eight months of each year proper schools for the education of the children on said islands, the same to be taught by competent teachers, who shall be paid by the Company a fair compensation, all to the satisfaction of the Secretary of the Treasury." || The Company is further obliged to "maintain a suitable house for religious worship, and will also provide a competent physician, or physicians, and necessary and proper medicines and medical supplies." || The Company is still further obliged "to provide the necessities of life for the widows and orphans, aged and infirm inhabitants of said islands, who are unable to provide for themselves." || And it is finally provided that "all the foregoing agreements shall be done and performed by the Company free of all costs and charges to the said native inhabitants of said islands, or to the United States." || And it is made still further the duty of the Company "to employ the native inhabitants of said islands to perform such labour upon the islands as they are fitted to perform, and to pay therefor a fair and just compensation, such as may be fixed by the Secretary of the Treasury." And also the Company "agrees to contribute as far as in its power all reasonable efforts to secure the comfort, health, education, and promote the morals and civilization of said native inhabitants." || In short, then, the means of living, the facilities for education, the care of health, the religious teaching, the training of the young, and the comfort of the old, in a community of over 300 persons, are all imposed upon the Company as its solemn duty by specific Articles of the lease. I inclose you a copy of Census of 1890, giving every name of the 303 persons, old and young, male and female, who constitute the whole community of the Pribyloff Islands.

The duties thus imposed upon the Company must be discharged annually with punctuality and exactness. The comfort, possibly the safety, of all these human beings, peculiarly helpless when left to themselves, is dependent upon the Company under the lease, and the lessees are paid therefor by the Government in the seal-skins which the Company receive for the service. If the Company shall, as you say Lord Salisbury requests, be deprived of all privilege of taking seals, they certainly could not be compelled to minister to the wants of these 300 inhabitants for an entire year. If these islanders are to be left to charity, the North American Company is under no greater obligation to extend it to them than are other citizens of the United States. It evidently requires a considerable sum of money to furnish all the supplies named in the lease—supplies which must be carried 4,000 miles on a specially chartered steamer. If the lessees are not to be allowed payment in any form for the amount necessary to support these 300 people on the islands, they will naturally decline to expend it. || No appropriation of money has been made by Congress for the purpose, and the President cannot leave these,

worthy and innocent people to the hazard of starvation even to secure any form of Agreement with Lord Salisbury touching seal life. Seal life may be valuable, but the first duty of the Government of the United States in this matter is to protect human life. || In this exigency, the President instructs me to propose to Lord Salisbury that he concede to the North American Company the right to take a sufficient number of seals, and no more than sufficient, to recompense them for their outlay in taking care of the natives, and that, in the phrase of the President, all "commercial killing of seals be prohibited pending the result of arbitration." || The Secretary of the Treasury has a right to fix the number necessary to the end desired. After full consideration, he has limited the number to 7,500 to be killed by the Company to repay them for the outlay demanded for the support of the 300 people on the Pribyloff Islands. || He further directs that no females be killed, and that thus the productive capacity of the herd shall not in the slightest degree be impaired. || This point being fixed and agreed to, the proposed Arrangement between the two countries would be as follows:—

The Government of the United States limits the number of seals to be killed on the islands for purposes just described to 7,500. || The Government of the United States guarantees that no seals shall be killed in the open waters of Behring's Sea by any person on any vessel sailing under the American flag, or by any American citizen sailing under any other flag. || The Government of Great Britain guarantees that no seals shall be killed in the open waters of Behring's Sea by any person on any vessel sailing under the British flag, and that no British subject shall engage in killing seals for the time agreed upon on any vessels sailing under any other flag. || These prohibitions shall continue until the 1st day of May, 1892, within which time the Arbitrators shall render final award or awards to both Governments. || These several propositions are submitted for the consideration of Lord Salisbury. The President believes that they are calculated to produce a result at once fair and honourable to both Governments, and thus lead to the permanent adjustment of a controversy which has already been left too long at issue.

I have, &c.

J. G. Blaine.

Nr. 10365. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesetz v. 11. Juni 1891, betr. den Robbenfang im Behringsmeere. 54. Vict. Ch. 19.

Chapter 19.

An Act to enable Her Majesty, by Order in Council, to make Special Provision for prohibiting the Catching of Seals in Behring's Sea by Her Majesty's Subjects during the Period named in the Order. (11th June 1891.)

Nr. 10 65.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows:

No. 10365.

Gross-
britannien.

11. Juni 1891.

1.—(1.) Her Majesty the Queen may, by Order in Council, prohibit the catching of seals by British ships in Behring's Sea, or such part thereof as is defined by the said Order, during the period limited by the Order.

(2.) While an Order in Council under this Act is in force—

(a.) A person belonging to a British ship shall not kill, or take, or hunt, or attempt to kill or take, any seal within Behring's Sea during the period limited by the Order; and

(b.) A British ship shall not, nor shall any of the equipment or crew thereof, be used or employed in such killing, taking, hunting, or attempt.

(3.) If there is any contravention of this Act, any person committing, procuring, aiding, or abetting such contravention shall be guilty of a misdemeanor within the meaning of the Merchant Shipping Act, 1854, and the ship and her equipment, and everything on board thereof shall be forfeited to Her Majesty as if an offence had been committed under section one hundred and three of the said Act, and the provisions of sections one hundred and three and one hundred and four, and Part Ten of the said Act (which are set out in the Schedule to this Act) shall apply as if they were herein re-enacted, and in terms made applicable to an offence and forfeiture under this Act.

(4.) Any commissioned officer on full pay in the naval service of Her Majesty shall have power, during the period limited by the Order, to stop and examine any British ship in Behring's Sea, and to detain her, or any portion of her equipment, or any of her crew, if in his judgment the ship is being or is preparing to be used or employed in contravention of this section.

(5.) If a British ship is found within Behring's Sea having on board thereof fishing or shooting implements or seal skins or bodies of seals, it shall lie on the owner or master of such ship to prove that the ship was not used or employed in contravention of this Act.

2.—(1.) Her Majesty the Queen in Council may make, revoke, and alter Orders for the purposes of this Act, and every such Order shall be forthwith laid before both Houses of Parliament and published in the London Gazette.

(2.) Any such Order may contain any limitations, conditions, qualifications, and exceptions which appear to Her Majesty in Council expedient for carrying into effect the object of this Act.

3.—(1.) This Act shall apply to the animal known as the fur seal, and to any marine animal specified in that behalf by an Order in Council under this Act, and the expression "seal" in this Act shall be construed accordingly.

(2.) The expression "Behring's Sea" in this Act means the seas known as Behring's Sea within the limits described in an Order under this Act.

(3.) The expression "equipment" in this Act includes any boat, tackle, fishing or shooting instruments, and other things belonging to the ship.

(4.) This Act may be cited as the Seal Fishery (Behring's Sea) Act, 1891.

Schedule.

Enactments of Merchant Shipping act (17 & 18 Vict. c. 104.) Applied.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 103.

And in order, that the above provisions as to forfeitures may be carried into effect, it shall be lawful for any commissioned officer on full pay in the military or naval service of Her Majesty, or any British officer of Customs, or any British Consular officer, to seize and detain any ship which has, either wholly or as to any share therein, become subject to forfeiture as aforesaid, and to bring her for adjudication before the High Court of Admiralty in England or Ireland, or any court having Admiralty jurisdiction in Her Majesty's dominions; and such court may thereupon make such order in the case as it may think fit, and may award to the officer bringing in the same for adjudication such portion of the proceeds of the sale of any forfeited ship or share as it may think right.

Section 104.

No such officer as aforesaid shall be responsible, either civilly or criminally, to any person whomsoever, in respect of the seizure or detention of any ship, that has been seized or detained by him in pursuance of the provisions herein contained, notwithstanding that such ship is not brought in for adjudication, or, if so brought in, is declared not to be liable to forfeiture, if it is shown to the satisfaction of the judge or court before whom any trial relating to such ship or such seizure or detention is held, that there were reasonable grounds for such seizure or detention; but if no such grounds are shown, such judge or court may award payment of costs and damages to any party aggrieved, and make such other order in the premises as it thinks just.

Part X.—Legal Procedure.

Application.

Section 517.

The Tenth Part of this Act shall in all cases, where no particular country is mentioned, apply to the whole of Her Majesty's dominions.

Legal Procedure (General).

Section 518.

In all places within Her Majesty's dominions, except Scotland, the offences herein-after mentioned shall be punished and penalties recovered in manner following; (that is to say)

(1.) Every offence by this Act declared to be a misdemeanor shall be punishable by fine or imprisonment with or without hard labour, and the court

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

before which such offence is tried may in England make the same allowances and order payment of the same costs and expenses as if such misdemeanor had been enumerated in the Act passed in the seventh year of His late Majesty King George the Fourth, chapter sixty-four, or any other Act, that may be passed for the like purpose, and may in any other part of Her Majesty's dominions make such allowances and order payment of such costs and expenses (if any) as are payable or allowable upon the trial of any misdemeanor under any existing Act or Ordinance or as may be payable or allowable under any Act or law for the time being in force therein:

(2.) Every offence declared by this Act to be a misdemeanor shall also be deemed to be an offence hereby made punishable by imprisonment for any period not exceeding six months, with or without hard labour, or by a penalty not exceeding one hundred pounds, and may be prosecuted accordingly in a summary manner, instead of being prosecuted as a misdemeanor:

(3.) Every offence hereby made punishable by imprisonment for any period not exceeding six months, with or without hard labour, or by any penalty not exceeding one hundred pounds, shall in England and Ireland be prosecuted summarily before any two or more justices, as to England in the manner directed by the Act of the eleventh and twelfth years of the reign of Her Majesty Queen Victoria, chapter forty-three, and as to Ireland in the manner directed by the Act of the fourteenth and fifteenth years of the reign of Her Majesty Queen Victoria, chapter ninety-three, or in such other manner as may be directed by any Act or Acts, that may be passed for like purposes: And all provisions contained in the said Acts shall be applicable to such prosecutions in the same manner as if the offences in respect of which the same are instituted were hereby stated to be offences in respect of which two or more justices have power to convict summarily or to make a summary order:

(4.) In all cases of summary convictions in England, where the sum adjudged to be paid exceeds five pounds, or the period of imprisonment adjudged exceeds one month, any person who thinks himself aggrieved by such conviction may appeal to the next court of general or quarter sessions.

(5.) All offences under this Act shall in any British possession be punishable in any court or by any justice of the peace or magistrate in which or by whom offences of a like character are ordinarily punishable, or in such other manner, or by such other courts, justices, or magistrates, as may from time to time be determined by any Act or Ordinance duly made in such possession in such manner as Acts and Ordinances in such possession are required to be made in order to have the force of law.

Section 519.

Any stipendiary magistrate shall have full power to do alone whatever two justices of the peace are by this Act authorised to do.

— Section 520.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

For the purpose of giving jurisdiction under this Act, every offence shall be deemed to have been committed, and every cause of complaint to have arisen, either in the place in which the same actually was committed or arose, or in any place in which the offender or person complained against may be.

Section 521.

In all cases where any district within which any court or justice of the peace or other magistrate has jurisdiction, either under this Act or under any other Act or at common law, for any purpose whatever, is situate on the coast of any sea, or abutting on or projecting into any bay, channel, lake, river, or other navigable water, every such court, justice of the peace, or magistrate shall have jurisdiction over any ship or boat being on or lying or passing off such coast, or being in or near such bay, channel, lake, river, or navigable water as aforesaid, and over all persons on board such ship or boat or for the time being belonging thereto, in the same manner as if such ship, boat, or persons were within the limits of the original jurisdiction of such court, justice, or magistrate.

Section 522.

Service of any summons or other matter in any legal proceeding under this Act shall be good service, if made personally on the person to be served, or at his last place of abode, or if made by leaving such summons for him on board any ship to which he may belong with the person being or appearing to be in command or charge of such ship.

Section 523.

In all cases where any court, justice or justices of the peace, or other magistrate, has or have power to make an order directing payment to be made of any seaman's wages, penalties, or other sums of money, then, if the party so directed to pay the same is the master or owner of a ship, and the same is not paid at the time and in manner prescribed in the order, the court, justice or justices, or other magistrate, who made the order, may, in addition to any other powers they or he may have for the purpose of compelling payment, direct the amount remaining unpaid to be levied by distress or poinding and sale of the said ship, her tackle, furniture, and apparel.

Section 524.

Any court justice, or magistrate imposing any penalty under this Act, for which no specific application is herein provided, may, if it or he thinks fit, direct the whole or any part thereof to be applied in compensating any person for any wrong or damage which he may have sustained by the act or default in respect of which such penalty is imposed, or to be applied in or towards payment of the expenses of the proceedings; and, subject to such

No. 10865. directions or specific application as aforesaid, all penalties recovered in the
 Gross- United Kingdom shall be paid into the receipt of Her Majesty's Exchequer in
 britannien. such manner as the Treasury may direct, and shall be carried to and form
 11. Juni 1891. part of the Consolidated Fund of the United Kingdom; and all penalties
 recovered in any British possession shall be paid over into the public treasury
 of such possession, and form part of the public revenue thereof.

Section 525.

The time for instituting summary proceedings under this Act shall be limited as follows; (that is to say,)

(1.) No conviction for any offence shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in the United Kingdom, unless such proceeding is commenced within six months after the commission of the offence; or, if both or either of the parties to such proceeding happen during such time to be out of the United Kingdom, unless the same is commenced within two months after they both first happen to arrive or to be at one time within the same:

(2.) No conviction for any offence shall be made under this Act in any proceeding instituted in any British possession, unless such proceeding is commenced within six months after the commission of the offence; or if both or either of the parties to the proceeding happen during such time not to be within the jurisdiction of any court capable of dealing with the case, unless the same is commenced within two months after they both first happen to arrive or to be at one time within such jurisdiction:

(3.) No order for the payment of money shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in the United Kingdom, unless such proceeding is commenced within six months after the cause of complaint arises; or, if both or either of the parties happen during such time to be out of the United Kingdom, unless the same is commenced within six months after they both first happen to arrive or to be at one time within the same:

(4.) No order for the payment of money shall be made under this Act in any summary proceeding instituted in any British possession, unless such proceeding is commenced within six months after the cause of complaint arises; or, if both or either of the parties to the proceeding happen during such time not to be within the jurisdiction of any court capable of dealing with the case, unless the same is commenced within six months after they both first happen to arrive or be at one time within such jurisdiction:

And no provision contained in any other Act or Acts, Ordinance or Ordinances, for limiting the time within which summary proceedings may be instituted shall affect any summary proceeding under this Act.

Section 526.

Any document required by this Act to be executed in the presence of or to be attested by any witness or witnesses, may be proved by the evidence of

any person who is able to bear witness to the requisite facts, without calling the attesting witness or witnesses or any of them.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 527.

Whenever any injury has, in any part of the world, been caused to any property belonging to Her Majesty or to any of Her Majesty's subjects by any foreign ship, if at any time thereafter such ship is found in any port or river of the United Kingdom or within three miles of the coast thereof, it shall be lawful for the judge of any court of record in the United Kingdom, or for the judge of the High Court of Admiralty, or in Scotland the Court of Session, or the sheriff of the county within whose jurisdiction such ship may be, upon its being shown to him by any person applying summarily, that such injury was probably caused by the misconduct or want of skill of the master or mariners of such ship, to issue an order directed to any officer of Customs or other officer named by such judge, requiring him to detain such ship until such time as the owner, master, or consignee thereof has made satisfaction in respect of such injury, or has given security, to be approved by the judge, to abide the event of any action, suit, or other legal proceeding, that, may be instituted in respect of such injury, and to pay all costs and damages that may be awarded thereon; and any officer of Customs or other officer to whom such order is directed shall detain such ship accordingly.

Section 528.

In any case where it appears, that before any application can be made under the foregoing section such foreign ship will have departed beyond the limits therein mentioned, it shall be lawful for any commissioned officer on full pay in the military or naval service of Her Majesty, or any British officer of Customs, or any British consular officer, to detain such ship until such time as will allow such application to be made and the result thereof to be communicated to him; and no such officer shall be liable for any costs or damages in respect of such detention unless the same is proved to have been made without reasonable grounds.

Section 529.

In any action, suit, or other proceeding in relation to such injury, the person so giving security as aforesaid shall be made defendant or defender, and shall be stated to be the owner of the ship, that has occasioned such damage; and the production of the order of the judge made in relation to such security shall be conclusive evidence of the liability of such defendant or defender to such action, suit, or other proceeding.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Legal Procedure (Scotland).

Section 530.

In Scotland every offence which by this Act is described as a felony or misdemeanor may be prosecuted by indictment or criminal letters at the instance of Her Majesty's Advocate before the High Court of Justiciary, or by criminal libel at the instance of the procurator fiscal of the county before the sheriff, and shall be punishable with fine and with imprisonment, with or without hard labour in default of payment, or with imprisonment, with or without hard labour, or with both, as the court may think fit, or in the case of felony with penal servitude, where the court is competent thereto; and such court may also, if it think fit, order payment by the offender of the costs and expenses of the prosecution.

Section 531.

In Scotland, all prosecutions, complaints, actions, or proceedings under this Act, other than prosecutions for felonies or misdemeanors, may be brought in a summary form before the sheriff of the county, or before any two justices of the peace of the county or burgh where the cause of such prosecution or action arises, or where the offender or defender may be for the time, and when of a criminal nature or for penalties, at the instance of the procurator fiscal of court, or at the instance of any party aggrieved, with concurrence of the procurator fiscal of court; and the court may, if it think fit, order payment by the offender or defender of the costs of the prosecution or action.

Section 532.

In Scotland, all prosecutions, complaints, actions, or other proceedings under this Act may be brought either in a written or printed form, or partly written and partly printed, and where such proceedings are brought in a summary form it shall not be necessary in the complaint to recite or set forth the clause or clauses of the Act on which such proceeding is founded, but it shall be sufficient to specify or refer to such clause or clauses, and to set forth shortly the cause of complaint or action, and the remedy sought; and when such complaint or action is brought in whole or in part for the enforcement of a pecuniary debt or demand, the complaint may contain a prayer for warrant to arrest upon the dependence.

Section 533.

In Scotland, on any complaint or other proceeding brought in a summary form under this Act being presented to the sheriff clerk or clerk of the peace, he shall grant warrant to cite the defender to appear personally before the said sheriff or justices of the peace on a day fixed, and at the same time shall appoint a copy of the same to be delivered to him by a sheriff officer or constable, as the case may be, along with the citation; and such deliverance

shall also contain a warrant for citing witnesses and havers to compear at the same time and place to give evidence and produce such writs as may be specified in their citation; and where such warrant has been prayed for in the complaint or other proceeding, the deliverance of the sheriff clerk or clerk of the peace shall also contain warrant to arrest upon the dependence in common form: Provided always, that where the apprehension of any party, with or without a warrant, is authorised by this Act, such party may be detained in custody until he can be brought at the earliest opportunity before any two justices, or the sheriff who may have jurisdiction in the place, to be dealt with as this Act directs, and no citation or induciæ shall in such case be necessary.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 534.

When it becomes necessary to execute such arrestment on the dependence against goods or effects of the defender within Scotland, but not locally situated within the jurisdiction of the sheriff or justices of the peace by whom the warrant to arrest has been granted, it shall be competent to carry the warrant into execution on its being indorsed by the sheriff clerk or clerk of the peace of the county or burgh respectively within which such warrant comes to be executed.

Section 535.

In all proceedings under this Act in Scotland the sheriff or justices of the peace shall have the same power of compelling attendance of witnesses and havers as in cases falling under their ordinary jurisdiction.

Section 536.

The whole procedure in cases brought in a summary form before the sheriff or justices of the peace in Scotland shall be conducted vivâ voce, without written pleadings, and without taking down the evidence in writing, and no record shall be kept of the proceedings other than the complaint, and the sentence or decree pronounced thereon.

Section 537.

It shall be in the power of the sheriff or justices of the peace in Scotland to adjourn the proceedings from time to time to any day or days to be fixed by them, in the event of absence of witnesses or of any other cause which shall appear to them to render such adjournment necessary.

Section 538.

In Scotland all sentences and decrees to be pronounced by the sheriff or justices of the peace upon such summary complaints shall be in writing; and where there is a decree for payment of any sum or sums of money against a defender, such decree shall contain warrant for arrestment; poinding, and imprisonment in default of payment, such arrestment, poinding, or imprison-

No. 10365.
Gross-
britannien.
1. Juni 1891.

ment to be carried into effect by sheriffs officers or constables, as the case may be, in the same manner as in cases arising under the ordinary jurisdiction in the sheriff or justices: Provided always, that nothing herein contained shall be taken or construed to repeal or affect an Act of the fifth and sixth years of William the Fourth, intituled "An Act for abolishing, in Scotland, imprisonment for civil debts of small amount."

Section 539.

In all summary complaints and proceedings for recovery of any penalty or sum of money in Scotland, if a defender who has been duly cited shall not appear at the time and place required by the citation, he shall be held as confessed, and sentence or decree shall be pronounced against him in terms of the complaint, with such costs and expenses as to the court shall seem fit: Provided always, that he shall be entitled to obtain himself reponed against any such decree at any time before the same be fully implemented, by lodging with the clerk of court a reponing note, and consigning in his hands the sum decerned for, and the costs which had been awarded by the court, and on the same day delivering or transmitting through the post to the pursuer or his agent a copy of such reponing note; and a certificate by the clerk of court of such note having been lodged shall operate as a sist of diligence till the cause shall have been reheard and finally disposed of, which shall be on the next sitting of the court, or on any day to which the court shall then adjourn it.

Section 540.

In all summary complaints or other proceedings not brought for the recovery of any penalty or sum of money in Scotland, if a defender, being duly cited, shall fail to appear, the sheriff or justices may grant warrant to apprehend and bring him before the court.

Section 541.

In all cases where sentences or decrees of the sheriff or justices require to be enforced within Scotland, but beyond the jurisdiction of the sheriff or justices by whom such sentences or decrees have been pronounced, it shall be competent to carry the same into execution upon the same being indorsed by the sheriff clerk or clerk of the peace of the county or burgh within which such execution is to take place.

Section 542.

No order, decree, or sentence pronounced by any sheriff or justice of the peace in Scotland under the authority of this Act shall be quashed or vacated for any misnomer, informality, or defect of form; and all orders, decrees, and sentences so pronounced shall be final and conclusive, and not subject to suspension, advocacy, reduction, or to any form of review or stay of execu-

tion, except on the ground of corruption or malice on the part of the sheriff or justices, in which case the suspension, advocacy, or reduction must be brought within fourteen days of the date of the order, decree, or sentence complained of: Provided always, that no stay of execution shall be competent to the effect of preventing immediate execution of such order, decree, or sentence.

No. 10365.
Gross-
britannien.
11. Juni 1891.

Section 543.

Such of the general provisions with respect to jurisdiction, procedure and penalties contained in this Act as are not inconsistent with the special rules herein-before laid down for the conduct of legal proceedings and the recovery of penalties in Scotland, shall, so far as the same are applicable, extend to such last-mentioned proceedings and penalties: Provided always, that nothing in this Act contained shall be held in any way to annul or restrict the common law of Scotland with regard to the prosecution or punishment of offences at the instance or by the direction of the Lord Advocate, or the rights of owners or creditors in regard to enforcing a judicial sale of any ship and tackle, or to give to the High Court of Admiralty of England any jurisdiction in respect of salvage in Scotland which it has not heretofore had or exercised.

Nr. 10366. Vertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten über Einsetzung eines Schiedsgerichts vom 29. Februar 1892.

(Ratifications exchanged at London, May 7, 1892.)

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the United States of America, being desirous to provide for an amicable settlement of the questions which have arisen between their respective Governments concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in or habitually resorting to the said sea, and the rights of the citizens and subjects of either country as regards the taking of fur-seal in or habitually resorting to the said waters, have resolved to submit to arbitration the questions involved, and to the end of concluding a Convention for that purpose have appointed as their respective Plenipotentiaries:

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Sir Julian Pauncefote, G.C.M.G., K.C.B., Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the United States; and the President of the United States of America, James G. Blaine, Secretary of State of the United States;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, which were found to be in due and proper form, have agreed to and concluded the following Articles:—

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article I.

The questions which have arisen between the Government of Her Britannic Majesty and the Government of the United States concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in or habitually resorting to the said sea, and the rights of the citizens and subjects of either country as regards the taking of fur-seal in or habitually resorting to the said waters, shall be submitted to a Tribunal of Arbitration, to be composed of seven Arbitrators, who shall be appointed in the following manner, that is to say: two shall be named by Her Britannic Majesty; two shall be named by the President of the United States; his Excellency the President of the French Republic shall be jointly requested by the High Contracting Parties to name one; His Majesty the King of Italy shall be so requested to name one! and His Majesty the King of Sweden and Norway shall be so requested to name one. The seven Arbitrators to be so named shall be jurists of distinguished reputation in their respective countries; and the selecting Powers shall be requested to choose, if possible, jurists who are acquainted with the English language. || In case of the death, absence, or incapacity to serve of any or either of the said Arbitrators, or in the event of any or either of the said Arbitrators omitting or declining or ceasing to act as such, Her Britannic Majesty, or the President of the United States, or his Excellency the President of the French Republic, or His Majesty the King of Italy, or His Majesty the King of Sweden and Norway, as the case may be, shall name, or shall be requested to name forthwith, another person to act as Arbitrator in the place and stead of the Arbitrator originally named by such head of a State.

And in the event of the refusal or omission for two months after receipt of the joint request from the High Contracting Parties of his Excellency the President of the French Republic, or His Majesty the King of Italy, or His Majesty the King of Sweden and Norway, to name an Arbitrator, either to fill the original appointment or to fill a vacancy as above provided, then in such case the appointment shall be made or the vacancy shall be filled in such manner as the High Contracting Parties shall agree.

Article II.

The Arbitrators shall meet at Paris within twenty days after the delivery of the counter-cases mentioned in Article IV, and shall proceed impartially and carefully to examine and decide the questions, that have been or shall be laid before them as herein provided on the part of the Governments of Her Britannic Majesty and the United States respectively. All questions considered by the Tribunal, including the final decision, shall be determined by a majority of all the Arbitrators. || Each of the High Contracting Parties shall also name one person to attend the Tribunal as its Agent to represent it generally in all matters connected with the arbitration.

Article III.

No. 10356.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

The printed Case of each of the two parties, accompanied by the documents, the official correspondence, and other evidence on which each relies, shall be delivered in duplicate to each of the Arbitrators and to the Agent of the other party as soon as may be after appointment of the members of the Tribunal, but within a period not exceeding four months from the date of the exchange of the ratifications of this Treaty.

Article IV.

Within three months after the delivery on both sides of the printed case, either party may, in like manner, deliver in duplicate to each of the said Arbitrators, and to the Agent of the other party, a counter-case, and additional documents, correspondence, and evidence, in reply to the case, documents, correspondence, and evidence so presented by the other party. || If, however, in consequence of the distance of the place from which the evidence to be presented is to be procured, either party shall, within thirty days after the receipt by its Agent of the case of the other party, give notice to the other party, that it requires additional time for the delivery of such counter-case, documents, correspondence, and evidence, such additional time so indicated, but not exceeding sixty days beyond the three months in this Article provided, shall be allowed. || If in the case submitted to the Arbitrators either party shall have specified or alluded to any Report or document in its own exclusive possession, without annexing a copy, such party shall be bound, if the other party thinks proper to apply for it, to furnish that party with a copy thereof; and either party may call upon the other, through the Arbitrators, to produce the originals or certified copies of any papers adduced as evidence, giving in each instance notice thereof within thirty days after delivery of the Case; and the original or copy so requested shall be delivered as soon as may be, and within a period not exceeding forty days after receipt of notice.

Article V.

It shall be the duty of the Agent of each party, within one month after the expiration of the time limited for the delivery of the counter-case on both sides, to deliver in duplicate to each of the said Arbitrators and to the Agent of the other party a printed argument showing the points and referring to the evidence upon which his Government relies, and either party may also support the same before the Arbitrators by oral argument of Counsel; and the Arbitrators may, if they desire further elucidation with regard to any point, require a written or printed statement or argument, or oral argument by Counsel, upon it; but in such case the other party shall be entitled to reply either orally or in writing, as the case may be.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article VI.

In deciding the matters submitted to the Arbitrators, it is agreed that the following five points shall be submitted to them, in order that their award shall embrace a distinct decision upon each of said five points, to wit:—

1. What exclusive jurisdiction in the sea now known as the Behring's Sea, and what exclusive rights in the seal fisheries therein, did Russia assert and exercise prior and up to the time of the cession of Alaska to the United States?

2. How far were these claims of jurisdiction as to the seal fisheries recognized and conceded by Great Britain?

3. Was the body of water now known as the Behring's Sea included in the phrase "Pacific Ocean," as used in the Treaty of 1825 between Great Britain and Russia; and what rights, if any, in the Behring's Sea, were held and exclusively exercised by Russia after said Treaty?

4. Did not all the rights of Russia as to jurisdiction and as to the seal fisheries in Behring's Sea east of the water boundary, in the Treaty between the United States and Russia of the 30th March, 1867, pass unimpaired to the United States under that Treaty?

5. Has the United States any right, and, if so, what right, of protection or property in the fur-seals frequenting the islands of the United States in Behring Sea when such seals are found outside the ordinary 3-mile limit?

Article VII.

If the determination of the foregoing questions as to the exclusive jurisdiction of the United States shall leave the subject in such position that the concurrence of Great Britain is necessary to the establishment of Regulations for the proper protection and preservation of the fur-seal in, or habitually resorting to, the Behring Sea, the Arbitrators shall then determine what concurrent Regulations outside the jurisdictional limits of the respective Governments are necessary, and over what waters such Regulations should extend, and to aid them in that determination, the Report of a Joint Commission, to be appointed by the respective Governments, shall be laid before them, with such other evidence as either Government may submit. || The High Contracting Parties furthermore agree to co-operate in securing the adhesion of other Powers to such Regulations.

Article VIII.

The High Contracting Parties having found themselves unable to agree upon a reference which shall include the question of the liability of each for the injuries alleged to have been sustained by the other, or by its citizens, in connection with the claims presented and urged by it; and, being solicitous that this subordinate question should not interrupt or longer delay the submission and determination of the main questions, do agree that either may

submit to the Arbitrators any question of fact involved in said claims, and ask for a finding thereon, the question of the liability of either Government upon the facts found to be the subject of further negotiation.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article IX.

The High Contracting Parties having agreed to appoint two Commissioners on the part of each Government to make the joint investigation and Report contemplated in the preceding Article VII, and to include the terms of the said Agreement in the present Convention, to the end that the joint and several Reports and recommendations of said Commissioners may be in due form submitted to the Arbitrators, should the contingency therefor arise, the said Agreement is accordingly herein included as follows:

Each Government shall appoint two Commissioners to investigate, conjointly with the Commissioners of the other Government, all the facts having relation to seal-life in Behring's Sea, and the measures necessary for its proper protection and preservation. || The four Commissioners shall, so far as they may be able to agree, make a joint Report to each of the two Governments, and shall also report, either jointly or severally, to each Government on any points upon which they may be unable to agree. || These Reports shall not be made public until they shall be submitted to the Arbitrators, or it shall appear that the contingency of their being used by the Arbitrators cannot arise.

Article X.

Each Government shall pay the expenses of its members of the Joint Commission in the investigation referred to in the preceding Article.

Article XI.

The decision of the Tribunal shall, if possible, be made within three months from the close of the argument on both sides.

It shall be made in writing and dated, and shall be signed by the Arbitrators who may assent to it. || The decision shall be in duplicate, one copy whereof shall be delivered to the Agent of Great Britain for his Government, the other copy shall be delivered to the Agent of the United States for his Government.

Article XII.

Each Government shall pay its own Agent, and provide for the proper remuneration of the Counsel employed by it and of the Arbitrators appointed by it, and for the expense of preparing and submitting its case to the Tribunal. All other expenses connected with the arbitration shall be defrayed by the two Governments in equal moieties.

Article XIII.

The Arbitrators shall keep an accurate record of their proceedings, and may appoint and employ the necessary officers to assist them.

No. 10366.
England und
Vereinigte
Staaten.
29. Febr. 1892.

Article XIV.

The High Contracting Parties engage to consider the result of the proceedings of the Tribunal of Arbitration as a full, perfect, and final settlement of all the questions referred to the Arbitrators.

Article XV.

The present Treaty shall be duly ratified by Her Britannic Majesty and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged either at Washington or at London within six months from the date hereof, or earlier if possible.

In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Treaty, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate, at Washington, the 29th day of February, 1892.

Julian Pauncefote.

James G. Blaine.

Nr. 10367. GROSSBRITANNIEN. Convention zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten über einen Modus Vivendi im Behringsmeer. 18. April 1892.

[Ratifications exchanged at London, May 7, 1892.]

No. 10367.
Gross-
britannien.
18. April 1892.

Whereas, by a Convention concluded between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the United States of America on the 29th day of February, 1892, the High Contracting Parties have agreed to submit to arbitration, as therein stated, the questions which have arisen between them concerning the jurisdictional rights of the United States in the waters of Behring's Sea, and concerning also the preservation of the fur-seal in, or habitually resorting to, the said sea, and the rights of the subjects and citizens of either country as regards the taking of fur-seal in, or habitually resorting to, the said waters; and whereas the High Contracting Parties, having differed as to what restrictive regulations for seal hunting are necessary during the pendency of such arbitration, have agreed to adjust such difference in manner hereinafter mentioned, and without prejudice to the rights of either party:

The said High Contracting Parties have appointed as their Plenipotentiaries to conclude a Convention for this purpose, that is to say:—

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Sir Julian Pauncefote, Knight Grand Cross of the most distinguished Order of St. Michael and St. George, Knight Commander of the most honorable Order of the Bath, and Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of Her Britannic Majesty to the United States;

And the President of the United States of America, James G. Blaine, Secretary of State of the United States;

Who, after having communicated to each other their respective Full Powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles:—

Article I.

Her Majesty's Government will prohibit, during the pendency of the arbitration, seal killing in that part of Behrings's Sea lying eastward of the line of demarcation described in Article I of the Treaty of 1867 between the United States and Russia, and will promptly use its best efforts to insure the observance of this prohibition by British subjects and vessels.

Article II.

The United States' Government will prohibit seal killing for the same period in the same part of Behring's Sea, and on the shores and islands thereof, the property of the United States (in excess of 7,500 to be taken on the islands for the subsistence and care of the natives), and will promptly use its best efforts to insure the observance of this prohibition by United States' citizens and vessels.

Article III.

Every vessel or person offending against this prohibition in the said waters of Behring's Sea, outside of the ordinary territorial limits of the United States, may be seized and detained by the naval or other duly commissioned officers of either of the High Contracting Parties, but they shall be handed over as soon as practicable to the authorities of the nation to which they respectively belong, who shall alone have jurisdiction to try the offence and impose the penalties for the same. The witnesses and proofs necessary to establish the offence shall also be sent with them.

Article IV.

In order to facilitate such proper inquiries as Her Majesty's Government may desire to make, with a view to the presentation of the case and arguments of that Government before the Arbitrators, it is agreed that suitable persons designated by Great Britain will be permitted at any time, upon application, to visit or remain upon the seal islands, during the sealing season, for that purpose.

Article V.

If the result of the arbitration be to affirm the right of British sealers to take seals in Behring's Sea within the bounds claimed by the United States, under its purchase from Russia, then compensation shall be made by the United States to Great Britain (for the use of her subjects) for abstaining from the exercise of that right during the pendency of the arbitration upon the basis of such a regulated and limited catch or catches as in the opinion

Nr. 10367. of the Arbitrators might have been taken without an undue diminution of the
 Gross- seal herds; and on the other hand, if the result of the arbitration shall be
 britannien. to deny the right of British sealers to take seals within the said waters, then
 18. April 1892. compensation shall be made by Great Britain to the United States (for itself,
 its citizens, and lessees) for this agreement to limit the island catch to
 7,500 a season, upon the basis of the difference between this number and
 such larger catch as in the opinion of the Arbitrators might have been taken
 without an undue diminution of the seal herds. || The amount awarded, if
 any, in either case, shall be such as under all the circumstances is just and
 equitable, and shall be promptly paid.

Article VI.

This Convention may be denounced by either of the High Contracting Parties at any time after 31st day of October, 1893, on giving to the other party two months' notice of its termination, and at the expiration of such notice the Convention shall cease to be in force.

Article VII.

The present Convention shall be duly ratified by Her Britannic Majesty and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged, either at London or at Washington, as early as possible. || In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention, and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate, at Washington, the 18th day of April, 1892.

Julian Pauncefote.

James G. Blaine

Nr. 10368. **ENGLAND UND VEREINIGTE STAATEN.** Urtheil des Schiedsgerichts über den Robbenfang im Behringsmeere.*)

Mr. Tupper to the Earl of Rosebery. — (Received August 16.)

My Lord,

Paris, August 5, 1893.

Nr 10368.
 England und
 Vereinigte
 Staaten.
 16. Aug. 1893.

I have the honour to transmit to your Lordship the decision of the Behring Sea Tribunal of Arbitrators, which has been delivered to me this day in accordance with Article XI of the Treaty of the 29th February, 1892.

I have, &c.

Charles H. Tupper.

*) Entnommen den „Papers by Command“ (United States Nr. 10, 1893).

Inclosure 1.

Sentence du Tribunal d'Arbitrage constitué en vertu du Traité conclu à Washington, le 29 Février, 1892, entre les États-Unis d'Amérique et Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande.

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

Attendu que, par un Traité entre les États-Unis d'Amérique et la Grande-Bretagne, signé à Washington le 29 Février, 1892, et dont les ratifications par les Gouvernements des deux pays ont été échangées à Londres le 7 Mai, 1892, il a été, entre autres stipulations, convenu et réglé que les différends qui avaient surgi entre le Gouvernement des États-Unis d'Amérique et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, au sujet des droits de juridiction des États-Unis dans les eaux de la Mer de Behring, et aussi relativement à la préservation des phoques à fourrure habitant ou fréquentant ladite mer et aux droits des citoyens et des sujets des deux pays en ce qui concerne la capture des phoques à fourrure se trouvant dans les dites eaux ou les fréquentant, seraient soumis à un Tribunal d'Arbitrage composé de sept Arbitres, qui seraient nommés de la manière suivante, savoir: deux Arbitres seraient désignés par le Président des États-Unis; deux Arbitres seraient désignés par Sa Majesté Britannique; son Excellence le Président de la République Française serait prié, d'un commun accord, par les Hautes Parties Contractantes de désigner un Arbitre; Sa Majesté le Roi d'Italie serait prié de la même manière de désigner un Arbitre; Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège serait prié de la même manière de désigner un Arbitre: les sept Arbitres ainsi nommés devant être des jurisconsultes d'une réputation distinguée dans leurs pays respectifs, et les Puissances auxquelles leur désignation serait remise devant être priées de choisir, autant que possible, des jurisconsultes sachant la langue Anglaise;

Et attendu qu'il a été pareillement convenu, par l'Article II du dit Traité, que les Arbitres se réuniraient à Paris dans les vingt jours qui suivraient la remise des Contre-Mémoires mentionnés à l'Article IV, qu'ils examineraient et décideraient avec impartialité et soin les questions qui leur étaient ou qui leur seraient soumises dans les conditions prévues par ledit Traité, de la part des Gouvernements des États-Unis et de Sa Majesté Britannique respectivement, et que toutes les questions examinées par le Tribunal, y compris la sentence finale, seraient décidées par les Arbitres à la majorité absolue des voix;

Et attendu que, par l'Article VI du dit Traité; il a été pareillement convenu ce qui suit:—

“En vue de la décision des questions soumises aux Arbitres, il est entendu que les cinq points suivants leur seront soumis, afin que leur sentence comprenne une décision distincte sur chacun desdits cinq points, savoir:—

“1. Quelle juridiction exclusive dans la mer aujourd'hui connue sous le nom de Mer de Behring et quels droits exclusifs sur les pêcheries de phoques

Nr. 10368. dans cette mer la Russie a-t-elle affirmés et exercés avant et jusqu'à l'époque
England and de la cession de l'Alaska aux États-Unis?
Vereinigte
Staaten.

16. Aug. 1893. "2. Jusqu'à quel point la revendication de ces droits de juridiction en ce
qui concerne les pêcheries de phoques a-t-elle été reconnue et concédée par
la Grande-Bretagne?

"3. L'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring
était-il compris dans l'expression 'Océan Pacifique', telle qu'elle a été employée
dans le texte du Traité conclu en 1825 entre la Grande-Bretagne et la Russie,
et quels droits, si droits il y avait, la Russie a-t-elle possédés et exclusivement
exercés dans la Mer de Behring, après ledit Traité?

"4. Tous les droits de la Russie, en ce qui concerne la juridiction et en
ce qui concerne les pêcheries de phoques, dans la partie de la Mer de Beh-
ring qui s'étend à l'est de la limite maritime déterminée par le Traité du
30 Mars, 1867, entre les États-Unis et la Russie, ne sont-ils pas intégrale-
ment passés aux États-Unis en vertu de ce même Traité?

"5. Les États-Unis ont-ils quelque droit, et, en cas d'affirmative, quel
droit ont-ils, soit à la protection, soit à la propriété des phoques à fourrure
qui fréquentent les îles appartenant aux États-Unis dans la Mer de Behring,
quand ces phoques se trouvent en dehors de la limite ordinaire de 3 milles?"

Et attendu que, par l'Article VII dudit Traité, il a été pareillement con-
venu ce qui suit:—

"Si la décision des questions qui précèdent, en ce qui concerne la juri-
diction exclusive des États-Unis, laisse les choses en tel état que le concours
de la Grande-Bretagne soit nécessaire pour l'établissement de Règlements en
vue de la protection et de la préservation convenables des phoques à fourrure
habitant ou fréquentant la Mer de Behring, les Arbitres auront à déterminer
quels Règlements communs sont nécessaires, en dehors des limites de la juri-
diction des Gouvernements respectifs, et sur quelles eaux ces Règlements
devraient s'appliquer

"Les Hautes Parties Contractantes s'engagent en outre à unir leurs efforts
pour obtenir l'adhésion d'autres Puissances à ces Règlements;"

Et attendu que, par l'Article VIII dudit Traité, après avoir exposé que
les Hautes Parties Contractantes n'avaient pu s'entendre sur une formule qui
comprît la question des responsabilités à la charge de l'une d'elles, à raison
des préjudices allégués avoir été causés à l'autre, ou aux citoyens de l'autre,
à l'occasion des réclamations présentées et soutenues par ladite partie, et
qu'elles "désiraient que cette question secondaire ne suspendît ou ne retardât
pas plus longtemps la production et la décision des questions principales," les
Hautes Parties Contractantes sont convenues que "chacune d'elles pourrait
soumettre aux Arbitres toute question de fait impliquée dans lesdites récla-
mations et demander une décision à cet égard, après quoi la question de la
responsabilité de chacun des deux Gouvernements à raison des faits établis
serait matière à négociations ultérieures;"

Et attendu que le Président des États-Unis d'Amérique a désigné l'Honorable John M. Harlan, Juge de la Cour Suprême des États-Unis, et l'Honorable John T. Morgan, Sénateur des États-Unis, pour être deux desdits Arbitres; que Sa Majesté Britannique a désigné le Très Honorable Lord Hannen et l'Honorable Sir John Thompson, Ministre de la Justice et Attorney-Général pour le Canada, pour être deux desdits Arbitres; que son Excellence le Président de la République Française a désigné le Baron Alphonse de Courcel, Sénateur, Ambassadeur de France, pour être un desdits Arbitres; que Sa Majesté le Roi d'Italie a désigné le Marquis Emilio Visconti Venosta, ancien Ministre des Affaires Etrangères et Sénateur du Royaume d'Italie, pour être un desdits Arbitres; et que Sa Majesté le Roi de Suède et de Norvège a désigné M. Gregers Gram, Ministre d'État, pour être un desdits Arbitres;

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

Et attendu que nous susnommés, Arbitres désignés et investis de la manière qui vient d'être relatée, ayant accepté de prendre la charge de cet Arbitrage, et nous étant dûment réunis à Paris, avons procédé avec impartialité et soin à l'examen et à la décision de toutes les questions qui ont été soumises à nous, Arbitres susnommés, en vertu du dit Traité, ou à nous présentées, au nom des Gouvernements des États-Unis et de Sa Majesté Britannique respectivement, de la manière prévue par ledit Traité;

Nous Arbitres susnommés, ayant examiné avec impartialité et soin lesdites questions, décidons et prononçons de même, sur lesdites questions, par notre présente sentence, de la manière qui suit, à savoir:—

En ce qui concerne les cinq points mentionnés dans l'Article VI et sur chacun desquels notre jugement doit comprendre une décision distincte, nous décidons et prononçons ce qui suit:—

Sur le premier de cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitres, décidons et prononçons ce qui suit:

Par l'Ukase de 1821 la Russie a revendiqué des droits de juridiction, dans la mer connue aujourd'hui sous le nom de Mer de Behring, jusqu'à la distance de 100 milles Italiens au large des côtes et îles lui appartenant; mais, au cours de négociations qui ont abouti à la conclusion des Traités de 1824 avec les États-Unis et de 1825 avec la Grande-Bretagne, elle a admis que sa juridiction dans ladite mer serait limitée à une portée de canon de la côte; et il apparaît que, depuis cette époque jusqu'à l'époque de la cession de l'Alaska aux États Unis, elle n'a jamais affirmé en fait ni exercé aucune juridiction exclusive dans la Mer de Behring, ni aucun droit exclusif sur les pêcheries de phoques à fourrure dans ladite mer, au delà des limites ordinaires des eaux territoriales.

Sur le second des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des

Nr. 10368. Arbitres, décidons et prononçons que la Grande-Bretagne, n'a reconnu ni
 England und concédé à la Russie aucun droit à une juridiction exclusive sur les pêcheries
 Vereinigte de phoques dans la Mer de Behring, en dehors des eaux territoriales ordi-
 Staaten. naires.
 16. Aug. 1893.

Sur le troisième des cinq points susdits, et quant à la partie dudit troisième point où nous est soumise la question de savoir si l'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring était compris dans l'expression "Océan Pacifique" telle qu'elle a été employée dans le texte du Traité de 1825 entre la Grande-Bretagne et la Russie, nous, Arbitres susnommés, décidons et prononçons à l'unanimité que l'espace de mer aujourd'hui connu sous le nom de Mer de Behring était compris dans l'expression "Océan Pacifique" telle qu'elle a été employée dans ledit Traité.

Et quant à la partie dudit troisième point d'après laquelle nous avons à décider quels droits, si droits il y avait, la Russie a possédés et exclusivement exercés après ledit Traité de 1825, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, le Juge Harlan, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitres, décidons et prononçons que la Russie n'a possédé ni exercé, après le Traité de 1825, aucun droit exclusif de juridiction dans la Mer de Behring ni aucun droit exclusif sur les pêcheries de phoques dans cette mer, au delà de la limite ordinaire des eaux territoriales.

Sur le quatrième des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, décidons et prononçons à l'unanimité que tous les droits de la Russie, en ce qui concerne la juridiction et en ce qui concerne les pêcheries de phoques, dans la partie de la Mer de Behring qui s'étend à l'est de la limite maritime déterminée par le Traité du 30 Mars, 1867, entre les États-Unis et la Russie, sont intégralement passés aux États-Unis en vertu de ce même Traité.

Sur le cinquième des cinq points susdits, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, Lord Hannen, Sir John Thompson, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, constituant la majorité des Arbitres, décidons et prononçons que les États-Unis n'ont aucun droit de protection ou de propriété sur les phoques à fourrure qui fréquentent les îles appartenant aux États-Unis dans la Mer de Behring, quand ces phoques se trouvent en dehors de la limite ordinaire de 3 milles.

Et attendu que les décisions ci-dessus relatées, sur les questions concernant la juridiction exclusive des États-Unis mentionnées dans l'Article VI, laissent les choses en état tel que le concours de la Grande-Bretagne est nécessaire pour l'établissement de Règlements en vue de la protection et de la préservation convenables des phoques à fourrure habitant ou fréquentant la Mer de Behring, le Tribunal ayant décidé à la majorité absolue des voix sur chacun des Articles des Règlements qui suivent, nous, Arbitres susnommés, le Baron de Courcel, Lord Hannen, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, donnant notre assentiment à l'ensemble des Articles des Règlements qui

suivent, et constituant la majorité absolue des Arbitres, décidons et prononçons, d'après le mode prescrit par le Traité, que les Règlements communs qui suivent, applicables en dehors des limites de la juridiction des Gouvernements respectifs, sont nécessaires, et qu'ils doivent s'étendre sur les eaux ci-après déterminées;—

Nr. 10368,
England und
Vereinigto
Staaten.
16. Aug. 1893.

Article 1. Les Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne interdiront à leurs citoyens et sujets respectifs de tuer, prendre ou poursuivre, en tout temps et de quelque manière que ce soit, les animaux communément appelés phoques à fourrure, dans une zone de 60 milles autour des Iles Pribbyloff, en y comprenant les eaux territoriales.

Le milles mentionnés dans le paragraphe précédent sont des milles géographiques de 60 au degré de latitude.

Article 2. Les deux Gouvernements interdiront à leurs citoyens et sujets respectifs de tuer, prendre ou poursuivre les phoques à fourrure, de quelque manière que ce soit, pendant la saison s'étendant chaque année du 1^{er} Mai au 31 Juillet inclusivement, sur la haute mer, dans la partie de l'Océan Pacifique, en y comprenant la Mer de Behring, qui est sise au nord du 35^e degré de latitude nord, et à l'est du 180^e degré de longitude de Greenwich jusqu'à sa rencontre avec la limite maritime décrite dans l'Article 1^{er} du Traité de 1867 entre les États-Unis et la Russie, et ensuite à l'est de cette ligne jusqu'au Détroit de Behring.

Article 3. Pendant la période de temps et dans les eaux où la pêche des phoques à fourrure demeurera permise, les navires à voiles seront seuls admis à l'exercer ou à s'associer aux opérations de cette pêche. Ils auront cependant la faculté de se faire assister par des pirogues ou autres embarcations non pontées, mues par des pagaies, des rames ou des voiles, du genre de celles qui sont communément employées comme bateaux de pêche.

Article 4. Tout navire à voiles autorisé à se livrer à la pêche des phoques à fourrure devra être muni d'une licence spéciale délivrée à cet effet par son Gouvernement et devra porter un pavillon distinctif qui sera déterminé par ledit Gouvernement.

Article 5. Les patrons des navires engagés dans la pêche des phoques à fourrure devront mentionner exactement sur leurs livres de bord la date et le lieu de chaque opération de pêche des phoques à fourrure, ainsi que le nombre et le sexe des phoques capturés chaque jour. Ces mentions devront être communiquées par chacun des deux Gouvernements à l'autre à la fin de chaque saison de pêche.

Article 6. L'emploi des filets, des armes à feu et des explosifs sera interdit dans la pêche des phoques à fourrure. Cette restriction ne s'appliquera pas aux fusils de chasse, quand cette pêche sera pratiquée en dehors de la Mer de Behring et pendant la saison où elle pourra être légitimement exercée.

Article 7. Les deux Gouvernements prendront des mesures en vue de

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

contrôler l'aptitude des hommes autorisés à exercer la pêche des phoques à fourrure; ces hommes devront être reconnus aptes à manier avec une habileté suffisante les armes au moyen desquelles cette pêche pourra être faite.

Article 8. Les Règlements contenus dans les précédents Articles ne s'appliqueront pas aux Indiens habitant sur les côtes du territoire des États-Unis ou de la Grande-Bretagne et pratiquant la pêche des phoques à fourrure dans des pirogues ou embarcations non pontées, non transportées par d'autres navires, ni employées à l'usage de ceux-ci, mues exclusivement à l'aide de pagaies, d'avirons ou de voiles, et manœuvrées chacune par cinq personnes au plus, de la manière jusqu'à présent usitée par les Indiens; pourvu que ceux-ci ne soient pas engagés au service d'autres personnes, et qu'alors qu'ils chassent ainsi dans des pirogues ou embarcations non pontées, ils ne poursuivent pas les phoques à fourrure, en dehors des eaux territoriales, en vertu d'engagements contractés pour la livraison des peaux à une personne quelconque.

Cette exception n'aura pas pour effet de porter atteinte à la législation nationale de l'un ou de l'autre des deux pays; elle ne s'étendra pas aux eaux de la Mer de Behring, ni aux eaux des passes Aléoutiennes.

Aucune des dispositions qui précèdent n'a pour objet de s'opposer à ce que les Indiens soient employés, comme chasseurs ou à tout autre titre, ainsi qu'ils l'ont été jusqu'à présent, sur des navires se livrant à la poursuite des phoques à fourrure.

Article 9. Les Règlements communs établis par les Articles précédents, en vue de la protection et de la préservation des phoques à fourrure, demeureront en vigueur jusqu'à ce qu'ils aient été en tout ou partie abolis ou modifiés par un accord entre les Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne.

Lesdits Règlements communs seront soumis tous les cinq ans à un nouvel examen, pour que les deux Gouvernements intéressés se trouvent en mesure d'apprécier, à la lumière de l'expérience acquise, s'il y a lieu d'y apporter quelque modification.

Et attendu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a soumis au Tribunal d'Arbitrage, par application de l'Article VIII dudit Traité, certaines questions de fait impliquées dans les réclamations dont il est fait mention audit Article VIII, et a soumis également à nous, formant ledit Tribunal, un exposé des faits dans les termes suivants:—

“Conclusions de fait proposées par l'Agent de la Grande-Bretagne, acceptées par l'Agent des États-Unis, qui en admet l'exactitude, et soumises à l'examen du Tribunal d'Arbitrage.

“1. Que les diverses visites et saisies de navires ou de marchandises et les diverses arrestations de patrons et d'équipages, mentionnées dans l'Annexe au Mémoire Britannique (pages 1 à 60 inclusivement), ont été faites par autorité du Gouvernement des États-Unis; les questions se rapportant à la valeur

desdits navires ou de leur contenu, ensemble ou séparément, et la question de savoir si les navires désignés dans l'Annexe au Mémoire Britannique, ou certains d'entre eux, étaient, en totalité ou en partie, la propriété de citoyens des États-Unis, ont été retirées et non pas été l'objet de l'examen du Tribunal, sous cette réserve que les États-Unis gardent le droit de soulever ces questions ou quelqu'une d'entre elles, s'ils le jugent à propos, dans toute négociation ultérieure pouvant engager la responsabilité du Gouvernement des États-Unis, en ce qui touche le paiement des sommes mentionnées dans l'Annexe au Mémoire Britannique.

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

"2. Que les susdites saisies, sauf en ce qui concerne le 'Pathfinder,' saisi à Neah Bay, ont été effectuées dans la Mer de Behring, aux distances de la côte mentionnées au Tableau ci-annexé, sous la lettre (C).

"3. Que lesdites visites et saisies de navires ont été faites par des navires armés pour le service public des États-Unis, dont les Commandants avaient reçu, toutes les fois qu'elles ont eu lieu, du Pouvoir Exécutif du Gouvernement des États-Unis, des instructions dont un exemplaire est reproduit en copie ci-après, Annexe (A), les autres exemplaires desdites instructions étant conformes à ce modèle sur les points essentiels; que, dans toutes les occasions où des poursuites entamées devant les Cours de District des États-Unis ont été suivies de condamnations, ces poursuites ont débuté par le dépôt d'un acte d'accusation, dont un modèle est annexé ci-dessous, Annexe (B), les actes d'accusation déposés dans les autres procédures étant, en tous points essentiels, semblables à ce modèle; que les actes ou délits, allégués comme motifs de ces visites et saisies, ont été accomplis ou commis dans la Mer de Behring, aux distances de la côte déjà indiquées; que, dans tous les cas où une condamnation a été prononcée, excepté ceux où les navires ont été relâchés après condamnation, la saisie a été approuvée par le Gouvernement des États-Unis, et que, dans les cas où les navires ont été relâchés, la saisie avait été opérée par autorité du Gouvernement des États-Unis; que les amendes et emprisonnements susdits ont été prononcés à raison d'infractions aux lois nationales des États-Unis— infractions toutes commises dans la Mer de Behring, aux distances de la côte déjà indiquées.

"4. Que les différents ordres mentionnés dans l'Annexe ci-jointe sous la lettre (C) enjoignant à certains navires de quitter la Mer de Behring, ou de ne pas y entrer, ont été donnés par des navires armés pour le service public des États-Unis, dont les Commandants avaient toutes les fois qu'ils ont donné ces ordres, des instructions conformes à celles mentionnées si-dessus sous le No. 3, et que les navires qui ont reçu ces injonctions étaient occupés à la chasse des phoques ou faisaient route pour entreprendre cette chasse; et que cette façon de procéder a été sanctionnée par le Gouvernement des États-Unis.

"5. Que les Cours de District des États-Unis, devant lesquelles des poursuites ont été entamées ou suivies pour obtenir des condamnations contre les

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

navires saisis, dont il est fait mention dans l'Annexe au Mémoire de la Grande-Bretagne (pages 1 à 60 inclusivement), avaient tous droits de juridiction et pouvoirs appartenant au Cour d'Amirauté, y compris la juridiction de Tribunaux de Prises, mais que, dans chaque cas particulier, la sentence prononcée par la Cour s'appuyait sur les causes mentionnées dans l'acte d'accusation.

"Annexe (A).

"Traduction.)" Département du Trésor, Cabinet du Secrétaire, Washington,
"Monsieur, "21 Avril, 1886.

"Comme suite à une lettre du Département, en date de ce jour, vous enjoignant de vous diriger avec le vapeur du Service des Douanes 'Bear', placé sous votre commandement, vers les îles aux phoques, vous êtes par les présentes investi de tous les pouvoirs nécessaires pour assurer l'exécution de la Loi dont les termes sont contenus dans la Section 1956 des Statuts Révisés des États-Unis, et ordre vous est donné de saisir tout navire et d'arrêter et livrer aux autorités compétentes tout individu ou toutes personnes que vous trouveriez agissant en violation de la Loi susmentionnée, après qu'un avertissement suffisant leur aura été donné.

"Vous saisirez également tous spiritueux et armes à feu que l'on chercherait à introduire dans le pays sans une permission en règle, en exécution de la Section 1955 des Statuts Révisés et de la Proclamation du Président en date du 4 Février, 1870.

"Respectueusement à vous.

"C. S. Fairchild,
"Secrétaire par intérim.

"Au Capitaine M. A. Healy,

"Commandant le vapeur du Service des Douanes 'Bear',
"à San Francisco (Californie).

"Annexe (B).

"Devant la Cour de District des États-Unis pour le District d'Alaska.

"Session (Special Term) d'Août 1886.

"(Traduction.)

"A l'Honorable Lafayette Dawson, Juge de ladite Cour de District.

"Le réquisitoire à fin d'information par lequel M. D. Ball, Attorney des États-Unis pour le District d'Alaska, poursuivant au nom des États-Unis et présent ici devant la Cour, en sa personne, comme Représentant des États-Unis et en leur nom, contre la goélette 'Thornton,' ses agrès, apparaux, embarcations, cargaison et matériel, et contre toutes personnes intervenant comme ayant des intérêts engagés dans ce navire, en poursuite à fin de confiscation, présente les allégations et déclarations suivantes:

“Que Charles A. Abbey, officier du Service des Douanes Maritimes des États-Unis, chargé d’une mission spéciale dans les eaux du District d’Alaska, antérieurement au présent jour, à savoir le 1^{er} Août, 1886, dans les limites du territoire d’Alaska et dans ses eaux, et dans les limites du district civil et judiciaire d’Alaska, à savoir dans l’étendue des eaux de cette partie de la Mer de Behring qui appartient audit district, dans des eaux navigables pour des navires venant de la haute mer et jaugeant 10 tonneaux ou au-dessus, a saisi le vaisseau ou navire communément dénommé goélette, le ‘Thornton’, ses agrès, apparaux, embarcations, cargaison et matériel, lesquels étaient la propriété d’une ou de plusieurs personnes inconnues dudit attorney, et les a confisqués au profit des États-Unis pour les causes ci-après:

Nr. 10368.
England und
Vereingte
Staaten.
16. Aug. 1893.

“Que ledit navire ou goélette a été trouvé se livrant à la destruction des phoques à fourrure, dans les limites du territoire d’Alaska et de ses eaux, en violation des dispositions de la Section 1956 des Statuts Révisés des États-Unis;

“Et ledit attorney déclare que toutes les propositions ci-dessus énoncées et chacune d’elles sont et étaient vraies, et qu’elles tombent sous la juridiction maritime et d’amirauté de cette Cour, et que, pour cette raison, et en exécution des Statuts des États-Unis établis et édictés pour de tels cas, le navire ou la goélette mentionnée et décrite ci-dessus, jaugeant plus de 20 tonneaux, ses agrès, apparaux, embarcations, cargaison et matériel ont été et sont confisqués au profit des États-Unis, et que ladite goélette se trouve maintenant dans le district susdit.

“Ce pourquoi ledit demande que l’honorable Cour de Justice procède et avise comme d’usage en cette affaire, et que toutes personnes ayant un intérêt dans ladite goélette ou navire soient citées par voie d’assignation générale ou spéciale, afin de répondre aux propositions susénoncées, et que, à la suite de la procédure à ce nécessaire, ledit navire ou goélette, ses agrès, apparaux, embarcations, cargaison et matériel soient condamnés pour ladite cause ou tout autre qu’il apparaîtrait juste, par arrêt formel et décret de cette honorable Cour, et confisqués au profit desdits États-Unis, selon la forme des Statuts desdits États-Unis, établis et édictés pour de tels cas.

“M. D. Ball,

“Attorney des États-Unis pour le district d’Alaska.

Annexe (C).

“La Table ci-dessous contient les noms des navires Britanniques employés à la chasse des phoques qui ont été saisis ou avertis par les croiseurs du Service des Douanes des États-Unis, de 1886 à 1890 et la distance approximative de la terre où ces saisies ont eu lieu. Ces distances sont indiquées, en ce qui concerne les navires ‘Carolena’, ‘Thornton’, et ‘Onward’, d’après le témoignage du Commandant Abbey, de la Marine des États-Unis (voir 50^e Con-

Nr. 10368.
England und
Vereinigte
Staaten.
16. Aug. 1893.

grès, 2^e Session, Sénat, Documents Exécutifs, No. 106, pp. 20, 30, et 40). Elles sont indiquées, en ce qui concerne les navires 'Anna Beck', 'W. P. Sayward', 'Dolphin', et 'Grace', d'après le témoignage du Capitaine Shepard, de la Marine du Trésor des États-Unis (Livre Bleu, États-Unis, No. 2, 1890, pp. 80—82 (voir 'Appendice au Mémoire Britannique', vol. III) ”

Nom du Navire.	Date de la Saisie.	Distance approximative de Terre au moment de la Saisie.	Navire des États-Unis qui a fait la Saisie.
Carolena	1 ^{er} Août, 1886	75 milles	Corwin.
Thornton	1 ^{er} „ 1886	70 milles	Idem.
Onward	2 „ 1886	115 milles	Idem.
Favourite	2 „ 1886	Averti par le Corwin, à peu près dans la même position que "l'Onward."	
Anna Beck	2 Juillet, 1887	66 milles	Rush.
W. P. Sayward	9 „ 1887	59 milles	Idem.
Dolphin	12 „ 1887	40 milles	Idem.
Grace	17 „ 1887	96 milles	Idem.
Adolf Adams	10 Août, 1887	62 milles	Idem.
Ada	25 „ 1887	15 milles	Bear.
Triumph	4 „ 1887	Averti par le "Rush" de ne pas entrer dans la Mer de Behring.	
Juanita	31 Juillet, 1889	66 milles	Rush.
Pathfinder	29 „ 1889	50 milles	Idem.
Triumph	11 „ 1889	Averti par le "Rush" d'avoir à quitter la Mer de Behring. Position au moment de l'avertissement (?)	
Black Diamond	11 „ 1889	35 milles	Idem.
Lily	6 Août, 1889	66 milles	Idem.
Ariel	30 Juillet, 1889	Averti par le "Rush" d'avoir à quitter la Mer de Behring	
Kate	13 Août, 1889	Idem.	
Minnie	15 Juillet, 1889	65 milles	Idem.
Pathfinder	27 Mars, 1890	Saisi dans la Baie de Neah*) . . .	Corwin.

Et attendu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique a demandé à nous, Arbitres susnommés, de décider sur lesdites questions de fait, telles qu'elles résultent de l'exposé susmentionné; que l'Agent et les Conseils du Gouvernement des États-Unis ont, en notre présence et s'adressant à nous, déclaré que ledit exposé des faits était confirmé par les dépositions des témoins, et qu'ils s'étaient mis d'accord avec l'Agent et les Conseils de Sa Majesté Britannique pour s'en remettre à nos Arbitres de dire et prononcer véritable, en tant que nous le jugerions à propos, ledit exposé des faits.

Nous, Arbitres susnommés, disons et prononçons à l'unanimité que lesdits faits, tels qu'ils se trouvent dans ledit exposé, sont véritables.

Et attendu que toutes et chacune des questions qui ont été examinées par le Tribunal ont été décidées à la majorité absolue des voix,

Nous, le Baron de Courcel, Lord Hannen, le Juge Harlan, Sir John Thompson, le Sénateur Morgan, le Marquis Visconti Venosta, et M. Gregers Gram, étant entendu que les Arbitres qui se sont trouvés en minorité sur

*) La Baie de Neah est située dans l'Etat de Washington et le "Pathfinder" y a été saisi du chef de délits commis par lui dans la mer de Behring l'année précédente.

certaines questions, ne retirent pas leurs votes, déclarons que le présent acte contient la décision finale et la sentence écrite du Tribunal, conformément aux prescriptions du Traité.

Nr. 10368.
England und
Vereinigtes
Staaten.
16. Aug. 1893.

Fait en double à Paris, et signé par nous, le 15^e jour d'Août de l'année 1893.

Alph. de Courcel. John M. Harlan.
John T. Morgan. Hannen.
Ino. S. D. Thompson. Visconti Venosta.
G. Gram.

Inclosure 2.

Déclarations faites par le Tribunal d'Arbitrage et présentées aux Gouvernements des États-Unis et de la Grande-Bretagne pour être prises en considération par ces Gouvernements.

1. Les Arbitres déclarent que les Règlements communs tels qu'ils sont établis par le Tribunal d'Arbitrage, en vertu de l'Article VII du Traité du 29 Février, 1892, n'étant applicables que sur la haute mer, devront, dans leur pensée, être complétés par d'autres Règlements applicables dans les limites de la souveraineté de chacune des deux Puissances intéressées et qui devront être fixés par elles d'un commun accord.

2. Vu l'état critique auquel il paraît constant que la race des phoques à fourrure se trouve actuellement réduite par suite de circonstances incomplètement éclaircies, les Arbitres croient devoir recommander aux deux Gouvernements de se concerter en vue d'interdire toute destruction des phoques à fourrure, tant sur terre que sur mer, pendant une période de deux ou trois ans, ou d'une année au moins, sauf telles exceptions que les deux Gouvernements pourraient trouver à propos d'admettre.

Si cette mesure donnait de bons résultats, elle pourrait être appliquée de nouveau, à certains intervalles, suivant les circonstances.

3. Les Arbitres déclarent en outre que, dans leur pensée, l'exécution des Règlements établis par le Tribunal d'Arbitrage devra être assurée par un ensemble de stipulations et de mesures qu'il appartiendra aux deux Puissances d'arrêter, et que le Tribunal doit s'en remettre en conséquence à ces deux Puissances pour rendre effectifs les Règlements établis par lui.

Fait et signé à Paris, le 15 Août, 1893.

Alph. de Courcel. John M. Harlan. John T. Morgan.
J'approuve les Déclarations 1 et 3.

Hannen.

J'approuve les Déclarations 1 et 3.

Ino. S. D. Thompson. Visconti Venosta. G. Gram.

Handels-Verträge.

Nr. 10369. **DEUTSCHES REICH** und **SPANIEN**. Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Spanien.*) 8. August 1893.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
S. Aug. 1893.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und Ihre Majestät die Königin von Spanien, im Namen Ihres Erhabenen Sohnes, Seiner Majestät des Königs Don Alfonso XIII., von dem Wunsche geleitet, die zwischen beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft enger zu schliessen und die Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath und ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Ihrer Majestät der Königin Regentin von Spanien, Joseph von Radowitz, und

Ihre Majestät die Königin Regentin von Spanien, || Allerhöchstihren Staatsminister, Don Segismundo Moret y Prendergast, welche, nach Austausch Ihrer in guter und gehöriger Form befindlichen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Zwischen den vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des anderen Theiles, soweit nicht der gegenwärtige Vertrag Ausnahmen festsetzt, in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Ab-

*) Von den Cortes bis zum Moment der Drucklegung noch nicht angenommen. — Ueber die Editionsgrundsätze vgl. Bd. LII Nr. 10201 Anmerkung.

gaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 2.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des anderen in gleichem Masse wie die Inländer befugt sein, in alle Häfen und Flüsse mit ihren Fahrzeugen und Ladungen einzulaufen, zu reisen, sich aufzuhalten und sich niederzulassen, Handel und Gewerbe im Grossen wie im Kleinen zu betreiben, Häuser, Magazine und Läden zu miethen oder zu besitzen, Waaren oder Gelder zur See oder zu Lande zu versenden und sowohl vom Inlande wie vom Auslande in Konsignation zu nehmen, alles dieses nur gegen Zahlung derjenigen Abgaben, welche gesetzlich von den Inländern gegenwärtig oder künftig erhoben werden, sie sollen daselbst kaufen und verkaufen können, unmittelbar oder durch Vermittelung einer von ihnen gewählten Mittelsperson, und die Preise der Güter, Effekten, Waaren und sonstigen Gegenstände, sowohl der eingeführten wie der inländischen bestimmen können, sei es, dass sie solche im Inlande verkaufen oder ausführen, jedoch unter Beobachtung der im Lande bestehenden Gesetze und Verordnungen; sie können ihre Geschäftsangelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Deklarationen einreichen, sowohl in ihrem eigenen Namen als auch an ihrer Stelle durch jeden Dritten, je nachdem sie es für angemessen befinden und nur gegen die zwischen ihnen verabredete Vergütung.

Artikel 3.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben, zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben. Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen als die Inländer.

Die freie Ausübung ihrer Religion wird ihnen gegenseitig nach Massgabe der Landesgesetze gewährt werden.

Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte und in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Beistände zu bedienen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Ge-

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

biete des anderen Theiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften irgend eines anderen Landes zustehen.

Artikel 5.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetrieb berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waarenkäufe zu machen oder Bestellungen auch unter Mitführung von Mustern zu suchen. Solange solche Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende oder Handlungsreisende, welche in Spanien angesessen sind und in Deutschland für Rechnung eines spanischen Hauses reisen, von der Zahlung einer Gewerbe- oder Einkommensteuer befreit sind, soll auf Grund der Gegenseitigkeit dasselbe stattfinden bei Kaufleuten, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden, welche in Deutschland angesessen sind und in Spanien für Rechnung eines deutschen Hauses reisen. || Ueberdies wird jedes in dieser Hinsicht von dem einen der vertragschliessenden Theile einem dritten Staate gemachte Zugeständniss auch dem anderen Theile eingeräumt werden.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. || Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarte soll nach dem in der Anlage A enthaltenen Muster erfolgen. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen und welche Vorschriften bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichlichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Dem freien Verkehr der Reisenden wird kein Hinderniss in den Weg gelegt, und die auf die Reisedokumente bezüglichlichen administrativen Förmlichkeiten beim Eintritte in das Gebiet der vertragschliessenden Theile, wie beim Austritte aus demselben, werden auf die unumgänglichen Anforderungen der öffentlichen Sicherheit beschränkt werden.

Artikel 6.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, admini-

strativer oder munizipaler Art, von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Land- und Seewehr und in der Nationalmiliz, von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen, wie sie auch heissen mögen, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, frei sein, jedoch unbeschadet der Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit sie den Inländern als Eigenthümern oder Miethern von Immobilien obliegt. Ihr Eigenthum soll keinem Sequester unterworfen, ihre Schiffe, Ladungen, Waaren, Effekten sollen nicht zurückgehalten werden zu irgend welchem öffentlichen Gebrauche ohne vorgängige Bewilligung einer auf gerechten und billigen Grundlagen unter den betheiligten Parteien festgesetzten Entschädigung.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 7.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch auf alle diejenigen Nationen Anwendung fände, bei welchen die gleichen Voraussetzungen zutreffen.

Artikel 8.

Die in dem Tarif der Anlage B bezeichneten spanischen Boden- und Gewerbserzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zollsätzen zugelassen, welche alle Zollaufschläge in sich schliessen. Auch sollen diese, sowie die in dem Verzeichniss der Anlage C aufgeführten spanischen Boden- und Gewerbserzeugnisse bei ihrer Einfuhr in Deutschland weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes. || Die in dem Tarif der Anlage D bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Spanien zu den durch diesen Tarif und die darin enthaltenen Bestimmungen festgestellten Zollsätzen zugelassen, welche alle Zollaufschläge in sich schliessen. Auch sollen diese sowie die in dem Verzeichniss der Anlage E aufgeführten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse bei ihrer Einfuhr in Spanien weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes.

Artikel 9.

Bei der Ausfuhr nach Spanien wird in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland wird in Spanien kein anderer oder höherer Ausfuhrzoll erhoben, als bei der Ausfuhr derselben Gegenstände nach irgend einem anderen Lande.

Artikel 10.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waaren und zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
S. Ang. 1893.

Fabrikation die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern. Die Zeugnisse können in Deutschland in deutscher und französischer Sprache und in Spanien in spanischer und französischer Sprache nach Massgabe des in der Anlage F enthaltenen Musters abgefasst werden.

Artikel 11.

Die deutschen Erzeugnisse können durch das spanische Zollgebiet und umgekehrt die spanischen Erzeugnisse durch das deutsche Zollgebiet, sofern sie nicht zum Verbrauch deklariert werden, in Gemässheit der für den Transitverkehr gegenwärtig oder künftig stehenden Vorschriften frei durchgeführt werden. || Dieselben Erzeugnisse können im Gebiet der vertragschliessenden Theile auf Handelsniederlagen gebracht und, wenn sie nicht innerhalb der von der Zollverwaltung festgesetzten Frist zum Verbrauch deklariert worden sind, wieder ausgeführt werden, ohne irgend welchen anderen Abgaben als den Niederlagegebühren unterworfen zu werden. Um jedoch an dieser Begünstigung theilzunehmen, müssen die Waaren von dem Versendungsorte nach einem Orte im Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles gesandt werden, wo vorschriftsmässig eingerichtete Handelsniederlagen bestehen, und es müssen sich die Absender oder betheiligten Geschäftsleute den für diese Niederlagen geltenden internen Bestimmungen unterwerfen.

Artikel 12.

Falls einer der vertragschliessenden Theile irgend einem dritten Staate Begünstigungen oder Befreiungen hinsichtlich der Sicherstellung oder der Erhebung der Zölle, oder hinsichtlich der Durchfuhr, der zollamtlichen Niederlagen oder der örtlichen Abgaben bewilligen sollte, so wird der andere vertragschliessende Theil ohne Weiteres die gleichen Zugeständnisse geniessen. || Die vorausgehenden Bestimmungen beziehen sich nicht auf die Begünstigungen, welche von Spanien an Portugal gegenwärtig zugestanden sind oder künftig zugestanden werden könnten, sofern dieselben nicht auch einem anderen Staate gewährt werden.

Artikel 13.

Die Bestimmungen der Artikel 7, 8 und 9 finden auf die von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht im grenznachbarlichen Verkehr eingeräumten Begünstigungen keine Anwendung.

Artikel 14.

Innere Abgaben, welche in dem einen der vertragschliessenden Theile, sei es für Rechnung des Staates selbst oder für Rechnung von Provinzen, Kommunen oder Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbräuche eines Erzeugnisses gegenwärtig ruhen oder künftig ruhen möchten, dürfen Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes. ||

Keiner der beiden vertragschliessenden Theile wird Gegenstände, welche im eigenen Gebiet nicht erzeugt werden und welche in den Tarifen und Verzeichnissen zu gegenwärtigem Vertrage begriffen sind, unter dem Vorwande der inneren Besteuerung mit neuen oder erhöhten Abgaben bei der Einfuhr belegen. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile es nöthig findet, auf einen in den Tarifen und Verzeichnissen zu gegenwärtigem Vertrage begriffenen Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation eine neue innere Steuer oder Accisegebühr oder einen Gebührenzuschlag zu legen, so soll der gleichartige ausländische Gegenstand sofort mit einem gleichen Zolle oder Zollzuschlage bei der Einfuhr belegt werden können.

Nr. 10359.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Artikel 15.

Waaren nicht deutschen Ursprungs, welche aus Deutschland sei es zu Land oder zur See in Spanien eingeführt werden, sollen dort weder anderen noch höheren Zollzuschlägen unterworfen werden, als Waaren gleicher Art, welche über irgend ein anderes europäisches Land auf indirektem Wege in Spanien eingeführt werden.

Artikel 16.

Als deutsche oder spanische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des Deutschen Reichs als deutsche oder nach den spanischen Gesetzen als spanische Schiffe anzuerkennen sind. || Die beiderseitigen Schiffsmessbriefe finden nach Massgabe der zwischen den vertragschliessenden Theilen getroffenen besonderen Vereinbarungen Anerkennung.

Artikel 17.

Die Schiffe eines der vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst, welcher auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, in jeder Hinsicht auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen, wie während ihres Aufenthaltes und bei ihrem Auslaufen werden sie keine anderen oder höheren Leuchtturm-, Lootsen-, Tonnen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstige auf dem Schiffskörper lastende, wie immer benannte Gebühren, dieselben mögen im Namen und zu Gunsten des Staates, der öffentlichen Beamten, der Gemeinden oder was immer für Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden.

In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Plätzen und Bassins, sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man über-

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

eingekommen, dass den eigenen Schiffen des einen der vertragschliessenden Theile kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen zukommen, indem es der bestimmte Wille der vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Artikel 18.

Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der vertragschliessenden Theile alle Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird, insoweit für seine Schiffe in Anspruch nehmen können, als er den Schiffen des anderen Theiles für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht. || Es sollen die Schiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theiles einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen, ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 19.

Von Tonnengeldern und Expeditionsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der vertragschliessenden Theile völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem anderen Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die schon erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können: || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und denselben wieder verlassen, ohne irgend welches Handelsgeschäft vorgenommen zu haben. || Im Falle des durch Noth veranlassten Einlaufens sollen das Löschen und Wiedereinladen der Waaren behufs Ausbesserung des Schiffs, die Ueberladung auf ein anderes Schiff im Falle der Unbrauchbarkeit des ersten, die zur Wiederverproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren, wenn die Zollverwaltung hierzu die Genehmigung erteilt hat, als Handelsgeschäfte nicht angesehen werden.

Artikel 20.

Die Kriegsschiffe der vertragschliessenden Theile sollen in den beiderseitigen Häfen dieselben Begünstigungen geniessen, wie die Kriegsschiffe irgend eines anderen Landes.

Artikel 21.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden ohne Ausnahme auf alle mit dem Deutschen Reich gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete Anwendung.

Artikel 22.

Da die überseeischen Provinzen und Besitzungen Spaniens einer besonderen Gesetzgebung unterliegen, so finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Vertrages auf sie nur insoweit Anwendung, als die besondere Gesetzgebung dies gestattet. Die deutschen Reichsangehörigen sollen daselbst in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Befreiungen, Begünstigungen und Ausnahmen genießen, welche den Angehörigen irgend einer anderen Nation bereits bewilligt werden. || Die vertragschliessenden Theile behalten sich vor, über die Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Deutschen Reich und den spanischen überseeischen Provinzen und Besitzungen besondere Vereinbarung zu treffen.

Artikel 23.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden so bald als möglich in Madrid ausgetauscht werden. Derselbe soll alsbald nach Austausch der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und bis zum 31. Dezember 1903 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieses Zeitraums seine Absicht, die Wirkung des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, soll derselbe bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, wo der eine der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen zu Madrid, den 8. August 1893.

von Radowitz. S. Moret.

Schlussprotokoll.

Bei der am heutigen Tage stattgehabten Unterzeichnung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Spanien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Bemerkungen, Erklärungen und Verabredungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt:

Zu Artikel 5.

Durch die Verabredungen in diesem Artikel geschieht den Gesetzen und Verordnungen kein Eintrag, welche in jedem der beiden Länder hinsichtlich des Gewerbebetriebes im Umherziehen bestehen und auf alle Ausländer Anwen-

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

dung finden. || Unter den gleichen Bedingungen wie für Muster, die von Handlungsreisenden eingebracht werden, wird die Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben auch für diejenigen Waaren zugestanden, welche sonst als Muster aus Deutschland nach Spanien oder aus Spanien nach Deutschland eingebracht werden.

Zusätze zu Artikel 8 und 9 sind Tarifbestimmungen.

Zu Artikel 10.

Die Kosten für die Legalisierung der Ursprungszeugnisse dürfen einschliesslich etwaiger Stempel- oder sonstiger Steuer spanischerseits den Betrag von 5 Peseten und deutscherseits den Betrag von 4 Mark nicht übersteigen. || Jedes in dieser Hinsicht seitens des einen der vertragschliessenden Theile einem dritten Staate gemachte Zugeständniss soll ohne Weiteres auch dem anderen vertragschliessenden Theile zu gute kommen. Doch soll, insoweit der eine der vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber irgend welche Legalisationsgebühr, Stempel- oder sonstige Steuer für die Ursprungszeugnisse erhebt, der letztere ohne Rücksicht auf die vorstehende Bestimmung berechtigt sein, auch seinerseits dem anderen Theile gegenüber eine Abgabe in gleicher Höhe zu erheben.

Zu Artikel 13.

Der grenznachbarliche Verkehr umfasst den nachbarlichen Verkehr der Grenzörter, welche nicht weiter als 15 Kilometer von der Grenze entfernt gelegen sind.

Zu den Artikeln 16, 17, 18 und 19.

Diese Bestimmungen finden auf die Regelung des Fischereibetriebes in den territorialen Gewässern der beiden vertragschliessenden Theile keine Anwendung.

Zu Artikel 18.

Der spanische Bevollmächtigte erklärt, dass die Küstenschiffahrt in Spanien im Allgemeinen den Schiffen der spanischen Handelsmarine vorbehalten ist. Der deutsche Bevollmächtigte nimmt diese Erklärung an und erklärt seinerseits, dass, solange deutsche Schiffe in Spanien nicht zur Küstenschiffahrt zugelassen werden, auch spanische Schiffe auf Zulassung zur Küstenschiffahrt in Deutschland keinen Anspruch haben. Der spanische Bevollmächtigte nimmt diese Erklärung an.

Hinsichtlich der Bestimmungen über Anwendung der Zolltarife in den Gebieten der beiden vertragschliessenden Theile, wird keiner derselben die Boden- und Gewerbezeugnisse des anderen ungünstiger behandeln, wie die irgend eines anderen Landes.

Die Bevollmächtigten sind endlich darüber einverstanden, dass hinsichtlich der Bezeichnung der Waaren und deren Verpackung, der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle, sowie der Erfindungspatente die sämtlichen im Artikel 7 des deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883 und im Schlussprotokoll hierzu enthaltenen Bestimmungen einstweilen wieder in Kraft treten und bis zur anderweitigen Regelung des Gegenstandes, die von den vertragschliessenden Theilen in Aussicht genommen ist, in Kraft bleiben sollen.

Nr. 10369.
Deutsches
Reich und
Spanien.
8. Aug. 1893.

Das gegenwärtige Protokoll soll zugleich mit dem Vertrage den vertragschliessenden Theilen vorgelegt werden, und im Falle der Ratifikation des letzteren sollen auch die in dem ersteren enthaltenen Erklärungen und Verabredungen ohne weitere förmliche Ratifikation als genehmigt angesehen werden.

So geschehen zu Madrid, den 8. August, in doppelter Ausfertigung.

von Radowitz. S. Moret.

Erklärung.

Le traité signé entre l'Allemagne et l'Espagne ce 8 Août 1893, sera soumis, le plus tôt possible, à l'approbation des Parlements respectifs des deux Pays et les ratifications seront échangées, au plus tard, le 31 Décembre 1893.

Madrid, le 8 Août 1893.

von Radowitz. S. Moret.

Nr. 10370. DEUTSCHES REICH und RUMAENIEN. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien. (Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Majestät der König von Rumänien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rumänien durch den Abschluss eines neuen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrags zu fördern, haben zu diesem Zwecke Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, und

Seine Majestät der König von Rumänien: || Allerhöchstihren ausser-

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

ordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Gregor J. Ghika, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Zwischen beiden Ländern soll vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen, die Angehörigen der vertragschliessenden Theile sollen hinsichtlich ihres Handels und ihres Gewerbes in den Häfen, Städten und an anderen Orten des betreffenden Landes, sei es, dass sie sich daselbst niederlassen, sei es, dass sie sich zeitweilig dort aufhalten, keinen anderen oder höheren Steuern, Abgaben, Auflagen oder Gewerbegebühren unterworfen werden, als denjenigen, welche von den Inländern erhoben werden; die Vorrechte, Befreiungen und andere Vergünstigungen, welche die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile in Bezug auf Handel und Gewerbe geniessen, sollen auch den Angehörigen des anderen Theils zustehen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Apotheker, Handels- und Börsenmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein im Umherziehen ausgeübtes Gewerbe betreiben; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden, wie die Angehörigen des meistbegünstigten Staates, welche dasselbe Gewerbe betreiben.

Artikel 2.

Bezüglich des Rechts, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Eigenthum zu erwerben, zu besitzen oder zu veräussern, sollen die Deutschen in Rumänien und die Rumänen in Deutschland die Rechte der Angehörigen des meistbegünstigten Staates geniessen, ohne anderen oder höheren Abgaben, Auflagen oder Lasten, unter welcher Benennung es auch sei, zu unterliegen, als jenen, welche von den Inländern gegenwärtig oder künftig erhoben werden. || Ebenso sollen sie den Erlös aus dem Verkaufe ihres Eigenthums und ihr Vermögen überhaupt frei ausführen können, ohne zur Entrichtung anderer oder höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als derjenigen, welche die Inländer unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden.

Artikel 3.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch Vorlegung einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Handels- und Gewerbebetrieb berechtigt sind und die gesetzlichen Steuern und Abgaben entrichten, sollen befugt sein, persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theils bei Kaufleuten oder in offenen Verkaufsstellen oder bei solchen Personen, welche die Waaren produziren, Waareneinkäufe zu machen. Sie sollen ferner befugt sein, bei Kaufleuten oder anderen Personen,

in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art Verwendung finden, Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, aufzusuchen. Weder im einen noch im andern Falle sollen sie hierfür eine besondere Abgabe entrichten müssen. || Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Die Ausfertigung der Gewerbelegitimationskarten soll nach dem in der Anlage A enthaltenen Muster erfolgen. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, und welche Vorschriften von den Reisenden bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten sind. ||

Die obigen Bestimmungen finden keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschliesslich des Hausierhandels und des Aufsuchens von Bestellungen bei Personen, welche nicht Handel oder Gewerbe treiben. || Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den Handlungsreisenden eingeführt werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel steht. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Hinterlegung des Betrages der bezüglichlichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort ihren Handel zu betreiben oder daselbst ihre Erzeugnisse abzusetzen, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen anderen oder höheren als den von letzteren erhobenen Abgaben unterworfen werden.

Artikel 4.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen im Gebiete des anderen von jedem Militärdienst und von der militärischen Leistung, sowie von allen ausserordentlichen Anforderungen, welche in Folge aussergewöhnlicher Umstände gestellt werden, befreit sein.

Ausgenommen hiervon sind jedoch die an irgend eine Art des Besitzes unbeweglichen Vermögens geknüpften Lasten, sowie die militärischen Leistungen und Anforderungen, zu welchen alle Inländer als Eigenthümer, Pächter oder Miether unbeweglicher Güter herangezogen werden können. || Auch sollen sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste in der Rechtspflege, Staats- oder Gemeindeverwaltung befreit sein.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht gleichzeitig auf alle anderen Nationen

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

oder doch auf alle diejenigen zur Anwendung gebracht wird, welche sich in denselben Verhältnissen befinden. || Unter aussergewöhnlichen Umständen kann jedoch ohne Rücksicht auf die vorhergehende Bestimmung die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsbedürfnissen verboten werden.

Artikel 6.

Bezüglich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Ein- und Ausfuhrzölle, sowie in Bezug auf die Durchfuhr, die Wiederausfuhr, die zollamtliche Niederlage, die örtlichen Gebühren und die Zollformalitäten verpflichtet sich jeder der beiden vertragschliessenden Theile, den anderen bei der Ein- oder Ausfuhr der Boden- und Gewerbserzeugnisse der beiden Länder an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres den Boden- und Gewerbserzeugnissen des anderen vertragschliessenden Theils zustatten kommen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung: 1. auf die Begünstigungen, welche angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu 10 Kilometer Breite gegenwärtig gewährt werden sollten, und || 2. auf die einem vertragschliessenden Theile durch die Bestimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten.

Artikel 7.

Die rumänischen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche nach Deutschland eingeführt werden, und die deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche nach Rumänien eingeführt werden, sollen, mögen sie zum Verbrauch, zur zollamtlichen Niederlage, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, derselben Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Zöllen unterworfen werden, als es in dieser Hinsicht die Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation sind. || Im Uebrigen sollen von den in der Anlage B zu dem gegenwärtigen Vertrage aufgeführten rumänischen Boden- und Gewerbserzeugnissen bei ihrer Einfuhr in Deutschland und von den in der Anlage C zu dem gegenwärtigen Vertrage aufgeführten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnissen bei ihrer Einfuhr in Rumänien keine anderen oder höheren als die in diesen Anlagen festgesetzten Eingangszölle erhoben werden.

Artikel 8.

Bei der Ausfuhr nach Rumänien dürfen in Deutschland und bei der Ausfuhr nach Deutschland dürfen in Rumänien weder andere noch höhere Ausgangsabgaben erhoben werden, als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung am meisten begünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht in Beziehung auf die Ausfuhr

zugestandene Begünstigung wird gleichzeitig und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Artikel 9.

Die Waaren aller Art, welche von einem der beiden Gebiete kommen oder dahin gehen, sollen wechselseitig in dem anderen Gebiete von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden müssen.

Artikel 10.

Von jedem der vertragschliessenden Theile können Ursprungszeugnisse in dem Fall gefordert werden, dass er verschiedene Zölle je nach dem Ursprunge der Waaren festgesetzt hat.

Artikel 11.

Nachstehende Gegenstände sollen beiderseits völlig zollfrei zur Ein- und Ausfuhr zugelassen werden, sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände ausser Zweifel ist: || a) alle Waare (Nahrungsmittel ausgenommen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile auf Messen und Märkten im Gebiete des anderen gesendet werden, oder welche, ohne diese Bestimmung zu haben, in das Gebiet des anderen vertragschliessenden Theiles gebracht werden, um dort in zollamtliche Niederlagen oder Läger eingelagert zu werden, unter der Bedingung, dass alle diese Waaren binnen einer im voraus bestimmten Frist wieder ausgeführt werden; || b) Gegenstände, welche bestimmt sind, ausgebessert zu werden, vorausgesetzt, dass ihre wesentliche Natur und ihre Benennung im Handel die gleichen bleiben und ohne dass wesentliche, einem Einfuhrzoll unterliegende neue Theile zu denselben hinzugefügt werden; || c) leere Fässer, zur Verpackung dienende Säcke u. s. w., welche aus dem Gebiet des einen der vertragschliessenden Theile eingeführt werden, um gefüllt mit Oel, Getreide und dergleichen im Gebiet des anderen Theiles eingekauften Erzeugnissen wieder ausgeführt zu werden, oder welche, nachdem sie gefüllt ausgeführt worden sind, wieder zur Einfuhr gelangen.

Artikel 12.

Wird innerhalb des Gebietes eines der vertragschliessenden Theile im ganzen Lande oder in einem beschränkten Umkreise, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung einer Gemeinde oder Korporation, von der Hervorbringung, der Herstellung oder dem Verbrauch eines Artikels eine innere Abgabe erhoben, so darf der gleiche Artikel, wenn er aus dem Gebiete des anderen Theiles eingeführt wird, in diesem Lande oder diesem Umkreise nur mit einer gleichen und mit keiner höheren oder lästigeren Abgabe belegt werden. || Keinerlei Abgaben dürfen erhoben werden, falls in diesem Lande oder in diesem Umkreise Artikel derselben Art nicht erzeugt oder hergestellt werden, oder, wenn sie auch daselbst erzeugt oder hergestellt werden, nicht von denselben Abgaben getroffen sind.

Gleichwohl dürfen ausnahmsweise in den Städten oder anderen engeren

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Bezirken Accisegebühren für den Verbrauch von Getränken und Esswaaren, von Futterstoffen, Brennstoffen, auch wenn diese zur Beleuchtung dienen sollen, Seifen, sowie von Baumaterialien (mit Ausnahme von schmiede- oder gusseisernen Balken, Säulen, Röhren, Platten und anderen ähnlichen Gegenständen) erhoben werden, auch wenn diese Artikel in dem Erhebungsbezirk der Accise nicht erzeugt oder hergestellt werden. Es bleibt hierbei stets vorausgesetzt, dass die im Inlande erzeugten oder hergestellten Kategorien der vorerwähnten Artikel, wenn sie in dem Erhebungsbezirk der Accise zum Verbrauch gestellt werden oder zur Einfuhr gelangen, von denselben Accisegebühren wie die fremden Erzeugnisse getroffen werden. || Boden- und Gewerbszeugnisse des einen Landes, welche in das Gebiet des andern eingeführt werden und zur zollamtlichen Niederlegung oder zur Durchfuhr bestimmt sind, unterliegen keiner inneren Abgabe.

Artikel 13.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Rumänien und die rumänischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland völlig auf dem Fusse der inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen oder wohin sie bestimmt sind, und gleichviel, woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind. || Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragsschliessenden Theile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll gleichzeitig und bedingungslos auch dem andern Theile zustehen. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht in Betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche den Erzeugnissen des inländischen Fischfangs in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten.

Artikel 14.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits nach den jedem Lande eigenenthümlichen Gesetzen und Verordnungen auf Grund der durch die zuständigen Behörden den Kapitänen, Schiffseignern oder Schiffern ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden.

Artikel 15.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem rumänischen Hafen, und umgekehrt die rumänischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen kommen, um daselbst nur ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, dass sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 16.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und denselben wieder verlassen, ohne irgend welches Handelsgeschäft vorgenommen zu haben. || Im Falle des durch Noth veranlassten Einlaufes sollen das Löschen und Wiedereinladen der Waaren belufs Ausbesserung des Schiffes, das Ueberladen auf ein anderes Schiff im Falle der Seeuntüchtigkeit des ersten, die zur erneuten Verproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren, wenn die Zollverwaltung hierzu die Genehmigung erteilt hat, als Handelsgeschäfte nicht angesehen werden.

Artikel 17.

Im Falle des Strandens oder des Schiffbruchs eines Schiffes eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung jedes der betreffenden Länder den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt. Es soll jederlei Hülfe und Beistand dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Person, wie für das Schiff und dessen Ladung geleistet werden. Die auf die Rettung bezüglichen Massregeln sollen den Landesgesetzen gemäss getroffen werden. Es soll jedoch den betreffenden Konsuln und Konsularagenten gestattet sein, im Falle Schiffe, welche an der Küste gestrandet sind oder Schiffbruch gelitten haben, ausgebessert, neu verproviantirt oder verkauft werden, die hierauf bezüglichen Geschäfte zu überwachen. Alles was von dem Schiffe und dessen Ladung gerettet worden ist, oder, im Falle des Verkaufs, der für diese Gegenstände erzielte Erlös soll den Eigenthümern oder deren Vertretern zurückgegeben werden, und es sollen für die Rettung keine höheren Kosten bezahlt werden, als diejenigen, zu welchen die Inländer im gleichen Falle verpflichtet sein würden. || Die vertragschliessenden Theile kommen ausserdem dahin überein, dass die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 18.

Hinsichtlich der Abgaben und sonstigen ähnlichen Gebühren, welche in den Häfen, Bassins, Docks, Rheden und Buchten der vertragschliessenden Länder als Entgelt erhoben werden, und in jeder anderen Beziehung sollen die deutschen Schiffe und Waaren in Rumänien und die rumänischen Schiffe und Waaren in Deutschland ebenso behandelt werden, wie die inländischen Schiffe und Waaren und diejenigen, welche der meistbegünstigten Nation angehören.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Artikel 19.

Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auch auf die mit einem der ver-
tragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder
Gebiete.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 1. Januar 1894 in Kraft treten und
bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Im Falle keiner der ver-
tragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf des letzteren Termins
seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben
haben sollte, soll dieser in Geltung bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von
dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden
Theile ihn gekündigt haben wird. || Die beiden vertragschliessenden Theile be-
halten sich das Recht vor, später im Wege gemeinsamer Verständigung an
diesem Vertrage Abänderungen vorzunehmen, welche dem Geist und den Grund-
lagen desselben entsprechend befunden werden möchten, und deren Zweck-
mässigkeit durch die Erfahrung dargethan sein sollte.

Artikel 21.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikationsurkunden
sollen in Berlin sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen
haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre
Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung, den
21. Oktober 1893.

Freiherr von Marschall.

Gr. J. Ghika.

(Uebersetzung.)

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des zu Berlin am heutigen Tage abge-
schlossenen Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrages zwischen Deutschland und
Rumänien zu schreiten, sind die Unterzeichneten über folgende Punkte über-
eingekommen:

Zu Artikel 1 des Vertrages.

Es besteht Einverständniss darüber, dass in jedem der beiden Länder den
besonderen, die Polizei und die öffentliche Sicherheit betreffenden, auf alle
Fremden anwendbaren Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften durch die
Bestimmungen des ersten Absatzes des Artikels 1 kein Eintrag geschieht.

Des Weiteren lässt der vorgenannte Absatz diejenigen, gegenwärtig in
Rumänien in Kraft befindlichen gesetzlichen Bestimmungen unberührt, durch
welche den Inländern das Recht zum Grunderwerb und zum Schankgewerbe in
den ländlichen Gemeinden vorbehalten wird, oder welche die Niederlassung der
Fremden in diesen Gemeinden an besondere Bedingungen knüpfen.

Zu Artikel 4.

Nr. 10370.

Man ist darüber einig, dass die deutschen Reichsangehörigen in Rumänien als Miether von unbeweglichen Sachen von der Einquartierung befreit sind, nicht aber von den sonstigen militärischen Leistungen und Anforderungen, zu denen die Inländer in dieser nämlichen Eigenschaft herangezogen werden können.

Deutsches
Reich und
Rumänien.

Zu Artikel 7.

Tarifbestimmungen.

Zu Artikel 18.

Keine besondere Abgabe, welche es auch immer sei, darf von den auf dem Wasserwege nach Rumänien eingeführten deutschen Waaren erhoben werden, indem diese, nachdem sie den Eingangszoll entrichtet haben, keinem Zollzuschlag mehr unterliegen. || Gleichwohl dürfen diejenigen Abgaben, welche zu dem alleinigen Zweck eingeführt worden sind, um die Häfen zu verbessern und die Ausführung gewisser, zur Erleichterung des Ein- und Ausladens der Waaren bestimmten, öffentlichen Arbeiten zu fördern, als besonderer Zollzuschlag sowohl von den Schiffen als von den Waaren unter Beobachtung der mit Bezug hierauf veröffentlichten Gesetze und besonderen Vorschriften erhoben werden. || Die auf dem Landwege in Rumänien eingehenden Waaren bleiben von jedem Zollzuschlage befreit.

Zu Artikel 13—18.

Den Schiffahrtsgesellschaften und den Eigenthümern der deutschen Schiffe welche einen regelmässigen Frachtdienst versehen, soll es gestattet sein, in den Hafenbezirken die für ihre Buchhaltereien, Werkstätten und Lager nöthigen Grundstücke zu miethen, und zwar auch staatliche gegen einen angemessenen Preis, sofern der Staat ihrer nicht zu anderen Zwecken bedarf. Es besteht Einverständniss darüber, dass die gedachten Lager, sobald sie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, als zollamtliche Niederlagen gelten sollen. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, auf Grund der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf den es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den 21. Oktober 1893.

(Uebersetzung.)

Protokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des unter dem heutigen Datum zwischen Deutschland und Rumänien abgeschlossenen Handelsvertrages zu schreiten, kommen die, hierzu gebührend ermächtigten Unterzeichneten dahin überein, dass bei der Anwendung der Artikel 279 und 278 des rumänischen Tarifes die nachstehende Erläuterung als Regel dienen soll:

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

1. Nach Artikel 279 werden verzollt die Gewebe aus Abfällen mit 12 oder weniger Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter; || 2. Nach Artikel 278 werden verzollt die Gewebe, auch diejenigen aus Abfällen, mit mehr als 12 Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter; || 3. Nach Artikel 278 wird verzollt jeder bedruckte Stoff, selbst wenn er weniger als 12 Fäden Einschlag auf den Quadratcentimeter enthält. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation, auf Grund der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zu dem Vertrage, auf den es sich bezieht, als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten soll, aufgenommen und dasselbe mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den 21. Oktober 1893.

Freiherr von Marschall.

Gr. J. Ghika.

(Uebersetzung.)

Rumänische Gesandtschaft in Deutschland.

Berlin, den 3./15. Oktober 1893.

Herr Baron,

Bevor zur Unterzeichnung des zwischen Rumänien und Deutschland vereinbarten Handelsvertrages geschritten wird, bin ich verpflichtet, Euere Excellenz zu bitten, von zwei Punkten Kenntniss zu nehmen, welche ich unterlassen habe im Laufe der Verhandlungen hervorzuheben. || Erstens wird den in Absatz 2 des ersten Artikels aufgeführten Ausnahmen noch die fernere hinzuzufügen sein, dass die Ausübung des Gewerbes als Tabackverschleisser den rumänischen Staatsangehörigen vorbehalten wird, indem dieser Gewerbebetrieb in Gemässheit der Bestimmungen des Tabackmonopolgesetzes die rumänische Staatsangehörigkeit und die Ertheilung eines Konzessionspatentes seitens der zuständigen Behörde zur Voraussetzung hat. || Was zweitens die Bemerkungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 anlangt, so verlangt das Gesetz über die Organisation der Dobrudscha für die Niederlassung eines Ausländers in irgend einem Orte des rumänischen Gebietes auf dem rechten Donauufer die vorhergehende Erlaubniss der höheren rumänischen Verwaltungsorgane. || Indem ich ausserdem auf die während der Verhandlungen gegenseitig erfolgten Aussprachen und Darlegungen Bezug nehme, bin ich noch beauftragt, hinsichtlich der Niederlassungsfrage von Neuem hervorzuheben, dass, da die allgemeinen Festsetzungen des Vertrags nur die physischen und nicht die juristischen Personen im Auge haben, Einverständniss darüber obwaltet, es solle die Gewährung der Erlaubniss zur Niederlassung und die Kontrolle über den Geschäftsbetrieb von Gesellschaften kommerzieller, industrieller oder finanzieller Natur, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile gegründet sind, im Gebiete des anderen Theiles den Bestimmungen der betreffenden Gesetze vorbehalten bleiben. || Ebenso herrscht in dieser Hinsicht Einverständniss darüber, dass ein jedes

Zugeständniss, welches einer der vertragschliessenden Theile in Zukunft einer dritten Macht gewährt, vom anderen Theile zu seinen Gunsten unter der Bedingung der Gegenseitigkeit wird in Anspruch genommen werden können.

Nr. 10370.
Deutsches
Reich und
Rumänien.

Genehmigen Sie, Herr Baron, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Gr. J. Ghika.

Seiner Excellenz Herrn Freiherrn

Marschall von Bieberstein,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts
etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Berlin, den 16. Oktober 1893.

Herr Minister,

Indem ich Ihnen den Empfang Ihres an mich gerichteten, auf den zwischen Deutschland und Rumänien vereinbarten Handelsvertrag bezüglichen Schreibens vom gestrigen Tage bestätige, beeile ich mich, im Namen meiner Regierung von den in dem gedachten Schreiben gemachten Vorbehalten Akt zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Freiherr von Marschall.

An Herrn Gr. J. Ghika,
etc. etc. etc.

Nr. 10371. DEUTSCHES REICH und SERBIEN. Handels- und Zollvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Serbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs, und die Regentschaft des Königreichs Serbien im Namen Seiner Majestät des Königs von Serbien, von dem gleichen Wunsche beseelt, die zwischen den beiderseitigen Gebieten bestehenden Handelsbeziehungen zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen neuen Vertrag abzuschliessen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Generaladjutanten und General der Kavallerie, Seine Durchlaucht den Prinzen Heinrich VII., Reuss, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc., und Apostolischen König von Ungarn,

die Regentschaft des Königreichs Serbien: || G. S. Simics, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Serbiens bei Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc., und Apostolischen König

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

von Ungarn, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den nachstehenden Handels- und Zollvertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Artikel I.

Zwischen den Gebieten der beiden vertragschliessenden Theile soll volle Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen dieselben Rechte, Begünstigungen und Befreiungen in Ansehung des Handels und Verkehrs, der Schifffahrt und des Gewerbebetriebes geniessen, welche in eben diesem Gebiete die eigenen Staatsangehörigen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder geniessen werden.

Artikel II.

Demgemäss sollen die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile gegenseitig in dem Gebiete des anderen in gleichem Masse wie die Einheimischen und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation befugt sein, an beliebigem Orte sich vorübergehend aufzuhalten oder dauernd niederzulassen, Grundstücke jeder Art und Häuser zu kaufen, oder dieselben ganz oder theilweise zu miethen und zu besitzen, überhaupt bewegliche und unbewegliche Güter zu erwerben, darüber durch Rechtsgeschäfte jeder Art zu verfügen, dieselben insbesondere zu verkaufen und zu vererben, sowie Erbschaften vermöge letzten Willens oder kraft Gesetzes zu erwerben; alles dies Vorstehende, ohne hierzu einer besonderen Autorisation oder Genehmigung der Landesbehörden zu bedürfen; sie sollen daselbst Handel und Gewerbe treiben, Geschäfte jeder Art selbst oder vermittelt einer von ihnen gewählten Mittelperson, allein oder in Gesellschaften betreiben, Waaren und Personen verfrachten, Geschäftsniederlagen errichten, die Preise, Löhne und Vergütungen ihrer Waaren und Leistungen bestimmen, sowie ihre Angelegenheiten besorgen, den Zollämtern ihre Deklarationen einreichen können. || In allen diesen Beziehungen sollen andere, höhere oder lästigere Abgaben, Steuern, Gebühren oder Taxen, als die Inländer oder Angehörigen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben, nicht erhoben und ein Unterschied nach der Konfession nicht gemacht werden. || Soweit die beiderseitigen Angehörigen wegen Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte und Interessen sich an die Behörden und Gerichte des Landes zu wenden haben, sollen sie gleichfalls alle Rechte und Befreiungen der Inländer und der Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. || Es ist selbstverständlich, dass hierbei die im Lande in Bezug auf Handel, Gewerbe und öffentliche Sicherheit bestehenden und auf die Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation anwendbaren Gesetze und Verordnungen zu beobachten sind. || Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Massgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in

dem Gebiete des anderen Theiles diejenigen Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel III.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee, als in der Miliz und Nationalgarde befreit sein. Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder kommunalartiger Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen, sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, befreit sein; jedoch unbeschadet ihrer Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, soweit eine solche Verpflichtung den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation obliegt. || Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel IV.

Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Kommiss, Agenten, Reisenden und sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zweck, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie überhaupt im Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen weder diese Geschäftsleute, noch ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse einer weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, insofern durch eine nach beigeschlossenem Formular A ausgefertigte Legitimationskarte nachgewiesen wird, dass das Geschäftshaus, für dessen Rechnung die Reise vollzogen wird, in seinem Heimathlande die vom Betriebe seines Handels und Gewerbes entfallenden Steuern und Abgaben entrichtet hat. || Auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Nichtgewerbetreibenden findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung; es werden indess auch in dieser Hinsicht die deutschen Handlungsreisenden in Serbien nicht ungünstiger behandelt werden als die inländischen. || Die Angehörigen der vertragschliessenden Theile werden wechselseitig wie die Inländer behandelt werden, wenn sie sich aus einem Lande in das andere zum Besuch der Märkte und Messen begeben, um dort ihren Handel zu treiben und ihre Produkte abzusetzen. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche die Spedition zwischen den verschiedenen Punkten der beiderseitigen Gebiete ausüben, oder welche sich der Schifffahrt widmen, werden auf dem Gebiete des anderen aus Anlass der Ausübung dieses Gewerbes keiner Gewerbe- oder speziellen Abgabe unterliegen.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel V.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch keinerlei Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Artikel VI.

Die in dem beiliegenden Tarife (B) bezeichneten deutschen Boden- und Industrieerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Serbien zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Die in dem beiliegenden Tarife (C) bezeichneten serbischen Boden- und Industrieerzeugnisse werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Bedingungen zugelassen. || Jeder der beiden vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, den anderen bei der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Verträge genannten oder nicht genannten Waaren unverzüglich und ohne Weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrechte oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird. || Für Waaren, welche nach ihrer Herkunft verschiedenen Zollsätzen unterliegen, können im wechselseitigen Verkehr Ursprungszeugnisse gefordert werden.

Artikel VII.

Hinsichtlich des Betrages, der Sicherstellung und der Erhebung der Einfuhr- und Ausfuhrzölle, der zollamtlichen Niederlagen, der Nebengebühren, der Zollformalitäten, ferner in Bezug auf die für Rechnung des Staates, einer Gemeinde oder Korporation zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchsabgaben und Accisegebühren jeder Art verpflichtet sich jeder der beiden vertragschliessenden Theile, den anderen an jeder Begünstigung, jedem Vorrechte und jeder Herabsetzung in den Tarifen theilnehmen zu lassen, welche einer von ihnen einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne Weiteres dem anderen vertragschliessenden Theile zu statten kommen.

Artikel VIII.

Eine zeitweilige Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben wird beiderseits für folgende Gegenstände unter der Bedingung, dass dieselben binnen einer im Voraus bestimmten Frist zurückgeführt werden, und dass deren Identität ausser Zweifel ist, zugestanden: || Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen), welche aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen auf Märkte oder Messen oder auf ungewissen Verkauf ausser dem Mess- oder Marktverkehr versendet, in dem Gebiete des anderen Theiles aber nicht in den freien Verkehr gesetzt,

sondern unter Kontrolle der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen gelagert oder als Muster von Geschäftsreisenden eingebracht werden.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Artikel IX.

Sowie in Deutschland rücksichtlich der Zahlungen der Zölle und Nebengebühren die gegenüber der meistbegünstigten Nation anwendbaren Bestimmungen auch für serbische Boden- und Industrieerzeugnisse gelten, so werden auch in Serbien deutsche Boden- und Industrieerzeugnisse keinen lokalen oder anderweitigen Zollzuschlägen, keinen neuen oder höheren Nebengebühren als den derzeit gegenüber der meistbegünstigten Nation bestehenden unterworfen werden, nämlich: || 1. Ladegebühr: 20 Dinarpara per 100 Kilogramm, und nur dort, wo der Dienst von den Angestellten des Zollamts besorgt wird; || 2. Waagegeld: 8 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 3. Pflastergeld: 10 Dinarpara per 100 Kilogramm; || 4. Lagerzins: 5 Dinarpara per 100 Kilogramm und Tag; diese Taxe erhöht sich um 10 Para per 100 Kilogramm und Tag für leicht entzündbare und explodirende Waaren. || Es versteht sich, dass die vorstehenden Nebengebühren nur dann und nur insoweit erhoben werden können, als die Leistung, für welche sie bezahlt werden sollen, thatsächlich und auf Grund der Zollvorschriften oder Gesetze erfolgt. || Es bleibt übrigens vereinbart, dass jede Verminderung dieser Zuschlagsgebühren, welche den Waaren eines dritten Staates zugestanden würde, ohne Verzug auch auf die gleichartigen deutschen Boden- und Industrieerzeugnisse Anwendung finden soll.

Artikel X.

Der gegenwärtige Vertrag findet seine Anwendung auf alle mit Deutschland gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Gebietstheile.

Artikel XI.

Der gegenwärtige Vertrag tritt vom 1. Januar 1893 ab an Stelle des Handelsvertrages vom 6. Januar 1883 und wird bis zum 31. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Falls keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum Ablauf eines Jahres, vom Tage, wo einer oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Artikel XII.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikationen werden sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Wien in doppelter Ausfertigung, den 21./9. August 1892.

H. VII. P. Reuss.

G. S. Simics.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Schlussprotokoll.

Bei der Unterzeichnung des Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Serbien haben die beiderseitigen Bevollmächtigten hinsichtlich des Vertrages die nachstehenden Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

Zu Artikel II.

1. Bestimmungen im Artikel II, betreffend den Antritt und die Ausübung von Gewerben, finden beiderseits keine Anwendung auf das Apotheker- und Handelsmaklergewerbe, dann das Hausirgewerbe und andere ausschliesslich im Umherwandern ausgeübte gewerbliche Verrichtungen. || 2. Die im Schlusssatze des Artikels II bezeichneten Gesellschaften (mit Inbegriff der Versicherungsgesellschaften jeder Art), welche in dem Gebiete des einen vertragenden Theiles rechtlich bestehen, werden gegen Befolgung der diesbezüglich im anderen Gebiete geltenden Gesetze und Vorschriften auch dort alle ihre Rechte, auch dasjenige der Verfolgung ihrer Rechte vor Gericht ausüben können. || Die deutschen Gesellschaften werden während der ganzen Dauer des gegenwärtigen Vertrages bezüglich ihrer Anerkennung und Zulassung in Serbien in keiner Beziehung ungünstiger behandelt werden als die serbischen Gesellschaften und die Gesellschaften jedes anderen Staates. Bei der Feststellung der Bedingungen für die Anerkennung und Zulassung der Gesellschaften in Serbien wird die Königlich serbische Regierung auf die Wünsche soviel als möglich Bedacht nehmen, welche ihr im Interesse der in Serbien Geschäfte betreibenden deutschen Gesellschaften empfohlen werden. || Bis zur Regelung dieser Materie verbleibt es bei der Bestimmung im Punkt 2 zu Artikel II des Schlussprotokolls zum Handelsvertrage vom 6. Januar 1883. || 3. Unter dem Ausdrucke „Geschäftsniederlagen“ im Artikel II werden öffentliche Lagerhäuser nicht verstanden.

Zu Artikel VI.

Tarifbestimmungen.

Zu Artikel VI und VII.

Die Königlich serbische Regierung wird keinesfalls für das aus dem freien Verkehr Serbiens nach Deutschland eingehende, aus einem in Deutschland nicht meistbegünstigten Lande stammende Getreide, sowie für dergleichen Weine die deutschen Vertragszölle beanspruchen. || Die Bestimmungen der Artikel VI und VII haben keine Anwendung zu finden: || a) auf die Begünstigungen, welche anderen unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs, das heisst für eine zehn Kilometer Breite nicht übersteigende Grenzzone gewährt werden;

b) auf die einem der beiden vertragschliessenden Theile durch die Be-

stimmungen einer schon abgeschlossenen oder etwa künftighin abzuschliessenden Zolleinigung auferlegten Verbindlichkeiten. || Das gegenwärtige Protokoll, welches ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechsellung der Ratifikationen des Vertrages, auf welchen es sich bezieht, als gebilligt und bestätigt anzusehen ist, wurde in Wien in doppelter Ausfertigung am 21./9. August 1892 verfasst.

(L. S.) H. VII. P. Reuss.

(L. S.) G. S. Simics.

Nr. 10371.
Deutsches
Reich und
Serbien.

Erklärung.

In Abänderung der Bestimmung in Artikel XI des am 21./9. August 1892 zu Wien unterzeichneten Handels- und Zollvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Serbien haben die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen Folgendes vereinbart: || Die Festsetzung des Termins für das Inkrafttreten des Handels- und Zollvertrages vom 21./9. August 1892 wird der Vereinbarung der beiderseitigen Regierungen vorbehalten.

Gegenwärtige Erklärung soll zugleich mit dem Vertrage vom 21./9. August 1892 ratifizirt werden.

Geschehen zu Berlin, den 24. Juni 1893.

Freiherr von Rotenhan.

Ivan Pavlovitch.

Nr. 10372. DEUTSCHES REICH. Aus der dem Deutschen Reichstage bei der Einbringung der vorstehenden Verträge vorgelegten Denkschrift.

I. Einleitung.

Schon bei dem Abschlusse der am 1. Februar 1892 in Kraft getretenen Handels- und Zollverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz durfte von der Erwartung ausgegangen werden, dass diese Verträge zugleich den geeigneten Anknüpfungspunkt für die wünschenswerthe vertragsmässige Sicherstellung unserer Handelsbeziehungen auch zu anderen Staaten bilden würden. In diesem Sinne ist seiner Zeit mit Serbien, Spanien und Rumänien in Verhandlungen eingetreten worden, welche zum Abschlusse der nunmehr vorliegenden Verträge geführt haben. || Alle drei genannten Länder hatten im Laufe der letzten Jahre durch den Ablauf ihrer früheren, umfangreiche Tarifbestimmungen enthaltenden Verträge ihre volle Zollautonomie wiedererlangt und, von dem Bestreben geleitet, sowohl ihre finanziellen Einnahmen zu heben, als auch ihren aufstrebenden Industrien den bis dahin nicht durchweg in ausreichendem Masse zugestandenen Zollschutz gegen die Konkurrenz des wirtschaftlich vorgeschrittenen Auslandes zu gewähren, nach dem Beispiele anderer Länder, die ihnen darin vorangegangen waren, ihre verhältnissmässig niedrigen Zolltarife wesentlich erhöht. || Unter solchen Umständen

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

konnten wir diesen Ländern die Begünstigungen unseres durch die Eingangs genannten Verträge ermässigten Zolltarifs ohne entsprechende Gegenleistungen auf die Dauer nicht gewähren. || Ausser vielen anderen Vortheilen waren es Spanien gegenüber namentlich unsere ermässigten Zölle auf Wein und Südfrüchte, und Serbien sowie Rumänien gegenüber unsere ermässigten Getreidezölle, welche als geeignete Aequivalente bei der vertragsmässigen Regelung unserer Handelsbeziehungen zu diesen Ländern verwerthet werden konnten. || Thatsächlich ist es denn auch gelungen, innerhalb der durch die Schutzbedürftigkeit der einheimischen Erwerbszweige der mehrgenannten Staaten gezogenen Schranken, angemessene Vortheile für unseren Güteraustausch mit denselben zu erlangen, ohne unsererseits im Wesentlichen über die in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz bereits gemachten Tarifikonzessionen hinauszugehen.

Was zunächst Serbien betrifft, so bestand eines der empfindlichsten Hemmnisse für die Entwicklung unseres Handels mit diesem Lande in der Vorzugsstellung, welche dessen Nachbarreich, Oesterreich-Ungarn, auf Grund seines früheren Vertrages unter dem Titel von Grenzbegünstigungen für eine Reihe wichtiger Industrieerzeugnisse hinsichtlich der Eingangszölle in Serbien genoss. Die Beseitigung dieser Vorzugsrechte durch die neuen Verträge Serbiens mit uns und mit Oesterreich-Ungarn darf als eine wesentliche Er rungenschaft angesehen werden. Auch ausserdem enthält der Vertrag wichtige Zugeständnisse in Bezug auf den bestehenden serbischen Zolltarif. || Der neue Vertrag tritt an Stelle des im Juli 1893 ausser Kraft getretenen früheren Vertrages. Bei Ablauf des letzteren ist der deutschen Einfuhr in Serbien bis zum 31. Dezember d. J. die Meistbegünstigung zugestanden worden.

Bei den Verhandlungen mit Spanien ist das Bestreben in erster Linie darauf gerichtet gewesen, dem deutschen Sprit das für unsere Landwirthschaft wichtige spanische Absatzgebiet wieder zu eröffnen. Alle auf die Erreichung dieses Zieles gerichteten Anträge und Vorschläge sind aufs Sorgfältigste geprüft worden und haben bei den Verhandlungen volle Vertretung gefunden, wie überhaupt Alles aufgeboten worden ist, um eine befriedigende Lösung dieser Frage herbeizuführen. Leider sind alle Bemühungen an der Wucht der entgegenstehenden thatsächlichen Verhältnisse gescheitert. || Die Aufnahmefähigkeit des spanischen Marktes für den deutschen Sprit, welche um die Mitte der achtziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte und um so wichtiger für uns war, als Spanien nicht nur ein ausgedehntes, sondern auch nahezu das einzige ausländische Absatzgebiet für deutschen Sprit bildete, hatte ihren Grund fast ausschliesslich in der, einen erheblichen Spritverbrauch bedingenden Ausfuhr stark alkoholisirter spanischer Weine nach Frankreich. Diese Ausfuhr wiederum wurde durch den in Folge der Reblausverwüstungen in steigendem Masse hervorgetretenen Bedarf Frankreichs an ausländischen Weinen bedingt und durch den in dem früheren französisch-spanischen Handelsvertrag vom Jahre 1882 festgelegten niedrigen französischen Einfuhrzoll für Weine bis

zu einem hohen Alkoholgehalt begünstigt. || Schon um die Mitte der achtziger Jahre machte Frankreich Anstrengungen, der Konkurrenz entgegenzutreten, welche die gewaltige Einfuhr der stark alkoholisirten spanischen Weine der französischen Branntweinproduktion bereitete. Dies blieb nicht ohne Rückwirkung auf die deutsche Spritausfuhr nach Spanien, da dieses Land, um seine Weinausfuhr nach Frankreich nicht zu gefährden, seither anfang, der Spriteinfuhr aus dem Auslande Hindernisse in den Weg zu legen. Doch war es damals noch möglich, der deutschen Spritausfuhr auf Grund der bestehenden Verträge einen Theil ihres Absatzes nach Spanien zu erhalten. Als aber im Jahre 1892 der spanisch-französische Handelsvertrag sein Ende erreichte, säumte Frankreich nicht, seinen Weinzoll zu erhöhen und gleichzeitig die Alkoholgrenze für Wein wesentlich herabzusetzen. Durch diese Massregel sah Spanien seine Weinausfuhr nach Frankreich, welche im Jahre 1890 die Ziffer von nahezu 8 Millionen Hektoliter im Werth von 240 Millionen Franken erreicht hatte, mit einem Schlage etwa auf die Hälfte reduziert, und gleichzeitig war der Alkoholisirung des noch zur Ausfuhr dorthin gelangenden Weines der Boden entzogen. Soweit Spanien darnach überhaupt noch einen Bedarf an Branntwein besass, musste es darauf Bedacht nehmen, seinen sonst werthlosen Ueberschuss an Wein zur Deckung dieses Bedarfs zu verwerthen. Die Fabrikation von Weinsprit hat daher in Spanien einen sehr grossen Aufschwung genommen. An diesen Thatsachen scheitern alle Bemühungen, dem deutschen Sprit das verloren gegangene Absatzgebiet in Spanien wiederzugewinnen.

Mussten demzufolge alle hierauf gerichteten Bestrebungen als unbedingt aussichtslos erkannt werden, so hätte es den Boden realer Handelspolitik verlassen heissen, hätte man um der verlorenen Sache unserer Branntwein-Interessenten willen, so bedauerlich dieser Verlust namentlich auch vom Standpunkte unserer landwirthschaftlichen Interessen aus erscheinen musste, die Gesamt-Interessen aller übrigen an dem Güteraustausch mit Spanien betheiligten deutschen Erwerbszweige aufs Spiel setzen wollen. Denn während die deutsche Spritausfuhr nach Spanien im Gesamteigenhandel in dem letzten, dem Ablauf der Verträge vorausgegangenen Jahre nur noch einen Werth von etwa 8 Millionen Mark darstellte und, nach Ansicht der Interessenten selbst, in Zukunft im besten Falle nur einen kleinen Bruchtheil dieses Werthes wieder zu erreichen vermöchte, hat die Ausfuhr aller übrigen Waaren aus dem deutschen Zollgebiete nach Spanien im gedachten Jahre ausweislich der deutschen Statistik einen Werth von nahezu 41 Millionen Mark erreicht. || Soweit sich eine Handhabe hierfür bot, ist mit allem Nachdruck darauf hingewirkt worden, unserer Landwirthschaft wenigstens einigen Ersatz für den verlorenen Spritabsatz durch Ermässigung der spanischen Minimalzölle für wichtige landwirthschaftliche Artikel zu verschaffen. Besonders darf in dieser Beziehung die Wiederherstellung des früheren Zollsatzes für Satzmehl (Kartoffelmehl) zum Gewerbegebrauch hervorgehoben werden, ein Artikel, der in den

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

letzten Jahren reichlichen Absatz nach Spanien gefunden hat. Auch ausserdem enthält der vorliegende Vertrag zahlreiche und nicht unwesentliche Herabsetzungen des spanischen Minimaltarifs und sichert für die Vertragsdauer allen für unsere Ausfuhr nach Spanien in Betracht kommenden Artikeln die Gleichstellung mit den übrigen Ländern. || In der Zwischenzeit seit Ablauf des früheren deutsch-spanischen Handelsvertrages ist der deutsche Handelsverkehr mit Spanien durch mehrfache Provisorien interimistisch geregelt worden, zuletzt mit Gültigkeit bis zum Schlusse d. J. auf der Basis, dass die deutsche Einfuhr in Spanien den Zollsätzen des zur Zeit auf alle übrigen Vertragsländer Spaniens zur Anwendung gelangenden spanischen Minimaltarifs und die spanische Einfuhr in Deutschland, mit Ausnahme des Weines, den deutschen Vertragszöllen unterliegt.

Was endlich Rumänien betrifft, so hatte die deutsche Ausfuhr nach diesem Lande im letzten Dezennium einen bedeutenden Aufschwung genommen und es war ihr gelungen, auf dem rumänischen Markte die erste Stelle zu gewinnen. || Bis zum Jahre 1886 war der rumänische Zolltarif durch den österreichisch-rumänischen Handelsvertrag auf der Basis eines 7prozentigen Werthzolles in seinem ganzen Umfange gebunden. Auch nach Ablauf dieses Vertrages blieb die deutsche Ausfuhr dorthin noch durch den deutsch-rumänischen Handelsvertrag, sowie durch einzelne andere Verträge Rumäniens für eine Reihe wichtiger Artikel geschützt, woraus Deutschland um so mehr Vortheil zu ziehen in der Lage war, als es zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn zum Zollkriege kam. Als sodann im Jahre 1891 sämmtliche Tarifverträge Rumäniens ausser Kraft traten und die dortige Regierung zum Schutze der eigenen Industrie einen Generaltarif einfuhrte, wurden die Bedingungen für den deutschen Absatz nach diesem Lande allerdings ungünstiger, zumal zu jener Zeit auch die Konkurrenz Oesterreich-Ungarns auf dem rumänischen Markte in Folge der Beendigung des Zollkrieges zwischen beiden Ländern sich wieder fühlbar machte. || Unter diesen Umständen konnte der im Februar 1892 in Kraft getretene deutsche Vertragstarif, welcher namentlich in den ermässigten Getreidezöllen für Rumänien erhebliche Vortheile enthält, Rumänien nicht ohne Weiteres zugestanden werden. Immerhin zeigte es sich bald, dass auch unter der Herrschaft des neuen rumänischen Zolltarifs der rumänische Markt für die deutsche Ausfuhr noch von erheblicher Bedeutung blieb und die deutsche Industrie auf die Pflege ununterbrochener Handelsbeziehungen zu demselben besonderen Werth legte. Als daher die rumänische Regierung nach einiger Zeit ihre Geneigtheit kundgab, einen neuen Vertrag zu schliessen, und die Verhandlungen soweit vorgeschritten waren, dass sie einen befriedigenden Ausgang erhoffen lassen konnten, schien es im Juli v. J. angezeigt, Rumänien gegen Bindung seines Generaltarifs die ermässigten deutschen Getreidezölle interimistisch zuzugestehen, ein *modus vivendi*, welcher, da sich die Verhandlungen noch längere Zeit hinauszogen, wiederholt, zuletzt mit Gültigkeit bis zum Schlusse dieses Jahres verlängert worden ist. || Durch den nunmehr vorliegenden

definitiven Vertrag werden dem deutschen Ausfuhrhandel nach Rumänien auf längere Zeit die wünschenswerthe Stabilität und volle Meistbegünstigung gesichert und durch die rumänischerseits zugestandenen Ermässigungen des rumänischen Tarifs Erleichterungen für verschiedene Industriezweige gewährt. || Im Ganzen genommen wird durch die vorliegenden Verträge der deutschen Erwerbsthätigkeit ein ausländisches Absatzgebiet von weit über 100 Millionen Mark auf längere Zeit und mit der Aussicht auf fernere gedeihliche Entwicklung erhalten.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

II. Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien.

Der am 12. Juli 1893 zwischen dem Reich und Spanien abgeschlossene, durch Vertrag vom 10. Mai 1885 in einigen Theilen abgeänderte und durch Abkommen vom 28. August 1886 verlängerte Handels- und Schiffahrtsvertrag ist seitens der Königlich Spanischen Regierung innerhalb der vertragsmässigen Frist gekündigt worden und am 2. Februar 1892 ausser Wirksamkeit getreten. Behufs Erneuerung des Vertragsverhältnisses wurde nach längeren Vorverhandlungen im November 1892 in Madrid zwischen dem Reich und Spanien in Unterhandlungen eingetreten, deren Ergebniss der vorliegende, am 8. August 1893 unterzeichnete Handels- und Schiffahrtsvertrag bildet.

1. Vertragstext.

Dem Vertrage ist der Text des abgelaufenen deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 12. Juli 1883 zu Grunde gelegt.

Die Artikel 1 bis 4 entsprechen den gleichen Artikeln des früheren Vertrages. Sie halten an dem Zugeständniss der Freiheit des Handels und der Schiffahrt zwischen den beiderseitigen Gebieten fest und ebenso an der Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern in Bezug auf Handel, Verkehr, Schiffahrt und Gewerbebetrieb, soweit der Vertrag nicht Ausnahmen enthält. Sie sichern ferner die Gleichstellung mit den Inländern auch hinsichtlich des Niederlassungsrechtes, der Vermögensrechte und der Rechtsverfolgung und gewähren den beiderseitigen Aktien- etc. Gesellschaften dieselben Rechte wie den gleichartigen Gesellschaften irgend eines anderen Landes.

Artikel 5 nebst Anlage A regelt die Rechte und Befugnisse der Handlungsreisenden. Die neuen Bestimmungen beruhen im Wesentlichen auf der gleichen Grundlage wie die betreffenden Bestimmungen in den Verträgen des Reiches mit anderen Staaten. Den beiderseitigen Handlungsreisenden ist die Befugniss zur Ausübung ihres Geschäftes in dem anderen Lande, unter Gleichstellung mit den Handlungsreisenden anderer Staaten, gestattet. Die Mitführung von Waaren ist wie in anderen Verträgen untersagt und nur die Mitführung von Waarenmustern gestattet. Den deutschen Handlungsreisenden ist die Steuerfreiheit in Spanien zugesichert, so lange dieselbe den spanischen Handlungsreisenden in Deutschland gewährt wird.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Die Muster der Handlungsreisenden sollen unter Beding der Wiederausfuhr und unter entsprechenden Kontrollmaassregeln beiderseits zollfrei zugelassen werden.

Wegen Gewährung der Zollfreiheit für Mustersendungen, welche nicht durch Handlungsreisende persönlich eingeführt werden, ist eine Bestimmung in das Schlussprotokoll aufgenommen worden. Dasselbst ist ferner zur Vermeidung von Missverständnissen ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, dass die in dem Artikel 5 enthaltenen Verabredungen, abgesehen von der Gleichstellung mit anderen Ländern, auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen keine Anwendung finden.

Artikel 6 entspricht im Wesentlichen dem gleichen Artikel des früheren Vertrages und enthält die Befreiung der beiderseitigen Angehörigen von persönlichen Dienstleistungen und von Abgaben zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände mit den herkömmlichen Ausnahmen. Eine Abweichung von den früheren Bestimmungen besteht lediglich darin, dass die Ausnahme, wonach die Angehörigen des anderen Theiles hinsichtlich gewisser militärischer Leistungen den Inländern gleichgestellt sein sollen, auf die betreffenden Leistungen beschränkt sind, welche dem Inländer als Eigenthümer oder Miether von Immobilien obliegen.

Artikel 7 knüpft, entsprechend dem Artikel 8 des früheren Vertrages, die Zulässigkeit von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten an die Voraussetzung der Ausdehnung solcher Verbote auf alle anderen Nationen, auf welche die gleichen Voraussetzungen zutreffen.

Artikel 8 nebst den dazu gehörigen Anlagen B, C, D und E und den Schlussprotokollbestimmungen zu diesem Artikel tritt an Stelle des Artikel 9 des früheren Vertrages und der dazu gehörigen Schlussprotokollbestimmungen und bezieht sich auf die neu vereinbarten Vertragstarife, deren Inhalt an anderer Stelle näher beleuchtet ist. Abweichend von dem früheren Vertrage ist an Stelle der allgemeinen Meistbegünstigung die Gleichstellung der Boden- und Industrie-Erzeugnisse des einen Landes bei der Einfuhr in das andere mit den übrigen Ländern hinsichtlich der Einfuhrzölle gegenseitig nur insoweit gewährt worden, als beiderseitig ein thatsächliches Interesse hierfür vorhanden ist. In dieser Hinsicht ergänzen sich die Listen der Anlagen B und C und bezw. der Anlagen D und E insofern, als die beiden ersteren zusammen alle diejenigen spanischen Boden- und Industrie-Erzeugnisse enthalten, welche bei der Einfuhr in Deutschland weder anderen noch höheren Zöllen unterworfen werden dürfen als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines anderen Landes, während die gleiche Behandlung hinsichtlich der Einfuhrzölle allen in den Anlagen D und E aufgeführten deutschen Boden- und Industrie-Erzeugnissen bei der Einfuhr in Spanien gewährleistet ist. Ergänzend ist im viertletzten Absatze des Schlussprotokolles ausdrücklich vereinbart worden, dass gegenseitig die Boden- und Gewerbs-Erzeugnisse auch hinsichtlich der Bestimmungen über Anwendung der Zolltarife nicht ungünstiger behandelt werden sollen, wie die

irgend eines anderen Landes. Deutscherseits wäre es vorgezogen worden, das Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung auch hinsichtlich der Einfuhrzölle aufrecht zu erhalten. Alle hierauf gerichteten Bestrebungen sind aber an dem Widerstande Spaniens gescheitert. Da die Anlagen D und E alle diejenigen Artikel enthalten, welche für den deutschen Handelsverkehr nach Spanien überhaupt von Bedeutung sind, so dürfte die getroffene Vereinbarung im Erfolg der allgemeinen Meistbegünstigung nahe kommen.

Artikel 9 sichert in Hinsicht auf die Ausfuhrzölle die Gleichstellung mit allen anderen Ländern und entspricht dem Artikel 11 des früheren Vertrages. In einer Schlussprotokollbestimmung zu diesem Artikel hat Spanien den bestehenden spanischen Ausfuhrzoll auf Kork in Platten oder Tafeln gebunden und die Aufhebung des bestehenden Ausfuhrzolles für nicht silberhaltigen Bleiglanz in bedingter Weise in Aussicht gestellt.

Artikel 10 enthält ebenso wie Artikel 12 des früheren Vertrages die beiderseitige Berechtigung, bei der Einfuhr von Waaren zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder Fabrikation Ursprungszeugnisse zu fordern. Durch das für die letzteren in der Anlage F vereinbarte Formular ist Vorsorge getroffen, dass in denselben nur der deutsche bzw. spanische Ursprung der Waare im Allgemeinen bescheinigt werden muss, ohne dass der Name und Wohnort des Produzenten oder Fabrikanten der Waare genannt zu werden braucht. Schwer ist es in unseren an dem Geschäft mit Spanien beteiligten Kreisen empfunden worden, dass spanischerseits zur Zeit die Ausstellung der Ursprungszeugnisse ausschliesslich in spanischer oder französischer Sprache, andernfalls aber die Beibringung einer beglaubigten spanischen Uebersetzung gefordert wird. Die in dieser Hinsicht getroffene Vereinbarung ist geeignet, entsprechende Abhülfe zu schaffen.

Durch eine zu diesem Artikel gehörige Schlussprotokollbestimmung sind die eventuell für Legalisirung von Ursprungszeugnissen zu erhebenden Kosten limitirt und in diesem Punkte die Gleichbehandlung mit dritten Staaten, bedingt durch die Gewährung der Gegenseitigkeit, gesichert.

Artikel 11 setzt die Freiheit des Transitverkehrs fest, ebenso, in Anlehnung an Artikel 13 des früheren Vertrages, die Freiheit der auf Handelsniederlagen gebrachten Waaren im Falle der Wiederausfuhr unter entsprechenden Kontrollen. In Spanien bestehen staatliche Zollniederlagen nicht, sondern nur an wenigen Plätzen vom Staate genehmigte Handelsniederlagen. Demgemäss war auch bereits im früheren Vertrage von spanischer Seite im Schlussprotokoll ein entsprechender Vorbehalt gemacht worden.

Artikel 12 sichert wie Artikel 14 des früheren Vertrages, jedoch unter Ausscheidung der durch die Artikel 8 und 9 geregelten Bestimmungen über die Ein- und Ausfuhrzölle, die gegenseitige Meistbegünstigung hinsichtlich aller mit der Sicherstellung oder der Erhebung der Zölle, mit der Durchfuhr, den zollamtlichen Niederlagen oder den örtlichen Abgaben verbundenen Maassnahmen.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Die Portugal in diesem Artikel eingeräumte Sonderstellung findet ihre Erklärung in dem durch die geographische Lage Spaniens und Portugals bedingten engen wirthschaftlichen Zusammenhange beider Länder. Bei der Art des Güteraustausches zwischen denselben, welcher sich auf beiden Seiten in der Hauptsache auf Artikel beschränkt, an denen Deutschland nicht wesentlich interessirt ist, steht eine Beeinträchtigung deutscher Interessen hieraus nicht zu befürchten.

Artikel 13 enthält den herkömmlichen Vorbehalt für etwaige Bevorzugungen des grenznachbarlichen Verkehrs, welche letztere im Schlussprotokoll auf den nachbarlichen Verkehr der Grenzzörter, die nicht weiter als 15 km von der Grenze entfernt gelegen sind, fixirt ist.

Artikel 14 behandelt etwas eingehender als der Artikel 15 des früheren Vertrages die Frage der Belastung der aus dem anderen Vertragslande eingeführten Waaren mit inneren Abgaben. Der Wortlaut ist dem Artikel 8 des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages entlehnt.

Artikel 15 bestimmt, dass die deutsche Einfuhr in Spanien keiner höheren *surtaxe d'entrepot* unterworfen werden darf, als diejenige anderer europäischer Länder. Eine analoge Bestimmung findet sich in dem neuen Handelsvertrage Spaniens mit Schweden und Norwegen. Es schien angezeigt, die Aufnahme einer gleichen Bestimmung auch in unseren Vertrag zu bewirken.

Artikel 16 bis 20 nebst den zugehörigen Bestimmungen des Schlussprotokolls regeln in gleicher Weise, wie dies in dem früheren Vertrage geschehen, die beiderseitigen Schifffahrtsbeziehungen, und zwar im Allgemeinen nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung beider Flaggen und bezüglich der Küstenschifffahrt nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung, bedingt durch die Gewährung der Gegenseitigkeit. Der autonomen Gesetzgebung vorbehalten ist die Regelung des Fischereibetriebes in den territorialen Gewässern der beiden vertragschliessenden Theile. Die in dem früheren Vertrage erwähnte Vereinbarung vom Jahre 1879 über die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmessbriefe ist inzwischen durch anderweitige Abmachungen ersetzt worden. Durch die in den vorliegenden Vertrag aufgenommene allgemeine Fassung (Artikel 16 Absatz 2) sind die gegenseitigen Interessen gewahrt.

Artikel 21 entspricht der in den neueren Verträgen enthaltenen Form für die Erstreckung des Vertrages auf die mit einem der vertragschliessenden Theile zollgeeinten Länder und Gebiete.

Artikel 22 enthält die Anwendung der Vertragsbestimmungen auf die spanischen überseeischen Provinzen, soweit die besondere Gesetzgebung dieser Gebiete es gestattet, und sichert den deutschen Reichsangehörigen daselbst die gleichen Rechte mit den Angehörigen aller anderen Nationen. Dagegen ist die Regelung der Verkehrsverhältnisse zwischen dem Deutschen Reiche und den spanischen überseeischen Provinzen und Besitzungen besonderer Vereinbarung vorbehalten. Deutscherseits wäre es erwünscht gewesen, auch den Waarenverkehr mit diesen Gebieten gleichzeitig auf eine dauernde vertrags-

mässige Grundlage zu stellen. Die einer Verständigung hierüber zur Zeit entgegenstehenden Schwierigkeiten haben es zweckmässig erscheinen lassen, die Verhandlungen über diesen Gegenstand vorläufig auszuschneiden. Es darf erwartet werden, dass es gelingen wird, auch den Waarenverkehr mit den fraglichen Gebieten auf einer für uns annehmbaren Basis vertraglich zu regeln.

Artikel 23 sieht für den Vertrag dieselbe Dauer vor, welche für die Verträge des Reichs mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vereinbart ist.

Im Laufe der Verhandlungen war eine Verständigung mit Spanien dahin erzielt worden, die gegenseitige Gewährung des Marken-, Muster- und Patentschutzes ausserhalb des Handelsvertrages durch ein besonderes, ausführlicheres Uebereinkommen zu regeln, in ähnlicher Weise, wie dies in neuerer Zeit auch gegenüber anderen Ländern, insbesondere gegenüber Oesterreich-Ungarn und Italien geschehen ist. Da es nicht möglich war, dieses Sonderabkommen gleichzeitig zum Abschluss zu bringen, ist durch eine Bestimmung des Schlussprotokolls zum vorliegenden Vertrage der diese Materie betreffende Artikel 7 des früheren Vertrages nebst den in dessen Schlussprotokoll enthaltenen Bestimmungen einstweilen wieder in Kraft gesetzt worden, wodurch den Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen in Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder deren Verpackung, sowie bezüglich der Fabrik- und Handelsmarken, der Muster und Modelle und der Erfindungspatente mit gewissen Einschränkungen derselbe Schutz gewährt wird, welchen die eigenen Angehörigen geniessen.

2. Zölle bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet.

Die zolltarifarischen Zugeständnisse Deutschlands an Spanien sind im Tarif B und im Verzeichniss C des Vertrages aufgeführt. Tarif B enthält diejenigen Artikel, für welche deutscherseits die Bindung oder Ermässigung der Eingangszölle zugestanden und daneben die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung gewährt wird. Für die im Verzeichniss C aufgeführten Artikel ist Spanien nur die Meistbegünstigung zugesichert. Die allgemeine Meistbegünstigung auf dem Gebiete des Zolltarifs ist spanischerseits weder bewilligt noch gefordert worden. Durch das Verzeichniss C wird die deutsche Autonomie hinsichtlich der darin bezeichneten Artikel in keiner Weise beschränkt; dieselben sind aber zum Theil Gegenstand von Tarifkonzessionen in den neuen Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz und insoweit der freien Verfügung Deutschlands entzogen.

Die im Tarif B Spanien zugestandenen Zollermässigungen decken sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl mit dem bestehenden deutschen Vertragstarif, welcher den spanischen Boden- und Industrieerzeugnissen auf Grund der Gesetze vom 30. Januar und 24. November 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 300, 301 und 1039) und vom 23. März d. J. (Reichs-Gesetzbl. S. 96) schon seither eingeräumt worden ist; und zwar bis zum 1. Juli d. Js. ohne Einschränkung,

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

späterhin aber mit Ausschluss der auf die Zollbegünstigung von Wein Bezug habenden Bestimmungen.

Ueber den bestehenden deutschen Vertragstarif hinaus gehen folgende Zugeständnisse:

Herabsetzung des tarifmässigen Zolls

1. für grobe Korkwaaren von 10 auf 5 Mark;
2. für Korkstopfen, Korksohlen und Korkschnitzereien von 30 auf 10 Mark;
3. für Safran von 50 auf 40 Mark;
4. für ausgezählte frische Apfelsinen, Citronen, Limonen, Pommeranzen, Granaten, Datteln und Mandeln von 2 Mark auf 0,80 Mark für 100 Stück.

Abgesehen von der Ziffer 4 waren die gleichen Zollsätze auch im deutsch-spanischen Handelsvertrage vom Jahre 1883 und im Zusatzvertrage vom Jahre 1885 festgesetzt; für ausgezählte frische Südfrüchte hatte Deutschland damals den niedrigeren Satz von 65 Pfg. eingeräumt. Seit 1. Februar 1892 sind für alle diese Artikel die Sätze des allgemeinen Zolltarifs wieder in Geltung.

Zugeständnisse, welche weder in den früheren Verträgen gewährt waren, noch im bestehenden deutschen Vertragstarif enthalten sind, wurden Spanien nicht bewilligt. Anderseits befindet sich unter den im Tarif B des neuen Vertrags aufgeführten Artikeln ausser den vorstehend unter 1 bis 4 genannten auch noch eine Reihe anderer, für welche Spanien bereits in den Jahren 1883 und 1885 theils dieselben, theils etwas geringere Zollermässigungen erhalten hatte. Behufs Erleichterung der Vergleichung der Sätze des Tarifs B mit jenen des allgemeinen deutschen Zolltarifs, des deutschen Vertragstarifs und der deutsch-spanischen Verträge von 1883 und 1885 sind in der nachfolgenden Uebersicht für die in Betracht kommenden Artikel die verschiedenen Zollsätze einander gegenüber gestellt.

Folgen tarifarische Bestimmungen.

III. Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrag mit Rumänien.

Die zwischen Deutschland und Rumänien bestehende Handelskonvention vom 14. November 1877 (Reichs-Gesetzbl. S. 199) nebst der Nachtragskonvention vom 1. März 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 213) ist seitens der Königlich Rumänischen Regierung im Juni 1890 gekündigt worden, sodass die beiden Verträge nach Massgabe der bezüglichlichen Vertragsbestimmungen (Artikel 25 der Konvention von 1877 und Artikel 4 der Nachtragskonvention) am 10. Juli 1891, dem Endtermin aller übrigen Tarifverträge Rumäniens, abliefen. Die wegen Abschlusses eines neuen Vertrages zwischen beiden Regierungen angeknüpften Verhandlungen haben zu dem vorliegenden, am 21. Oktober d. J. gezeichneten Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage geführt.

1. Vertragstext.

Die Bestimmungen des neuen Vertrages lehnen sich im Allgemeinen an diejenigen der Konvention vom 14. November 1877 an.

Artikel 1 stellt in etwas abweichender Fassung den Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb fest. || Bezüglich der Apotheker, Hausirer, und Handelsmakler ist in Absatz 2, nach Analogie der neueren deutschen Verträge, lediglich die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung vereinbart. || Nach den Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 besteht Einverständniss darüber, dass die polizeilichen und sicherheitspolizeilichen Vorschriften jedes Landes durch den Grundsatz des Artikels 1 nicht berührt werden. Ferner ist durch das Schlussprotokoll festgestellt, dass für die Niederlassung, den Grunderwerb und das Schankgewerbe der Fremden in den ländlichen Gemeinden Rumäniens, die bestehenden rumänischen Gesetze unberührt bleiben. || Für das Dobrudscha-Gebiet, in welchem bezüglich der Niederlassung Ausnahmenvorschriften gelten, ist durch die dem Vertrage beigefügte rumänische Note vom 15. Oktober d. J. ein Vorbehalt insofern gemacht worden, als rumänischerseits nur allgemein die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung zugesagt ist. || Einen fernerer Vorbehalt enthält die gedachte Note in Betreff des Tabacksdebts. || Endlich ist in jener Note vorgesehen, dass die Gesellschaften kommerzieller, industrieller oder finanzieller Natur, welche in dem Gebiete des einen vertragschliessenden Theiles ihren Sitz haben, bezüglich der Erlaubniss zur Niederlassung und bezüglich der Kontrolle ihres Geschäftsbetriebes im Gebiete des anderen Theiles den dort geltenden Gesetzen unterstehen. Begünstigungen, die einer der vertragschliessenden Theile in dieser Hinsicht einer dritten Macht gewährt, kommen auch der anderen vertragschliessenden Partei zu Gute unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.

Artikel 2 sichert in Betreff des Erwerbs und der Veräusserung von Eigenthum den beiderseitigen Angehörigen die Meistbegünstigung mit der Maassgabe zu, dass hierbei eine Belastung durch Abgaben nicht in höherem Grade stattfinden darf als bezüglich der Einheimischen. Hinsichtlich des Grunderwerbs in den ländlichen Gemeinden Rumäniens ist auf die Bestimmungen des Schlussprotokolls zu Artikel 1 zu verweisen.

Artikel 3 betrifft die Behandlung der Handlungsreisenden und die Ausstellung von Gewerbe-Legitimationskarten für diese sowie die Zollfreiheit der Waarenmuster. Der Artikel schliesst sich an die analogen Bestimmungen der neueren deutschen Verträge an (vergl. Anlage A des Vertrages).

Artikel 4 stellt die Befreiung der Fremden von militärischen und anderen öffentlichen Leistungen fest. Zu bemerken ist, dass die deutschen Reichsangehörigen in Rumänien zur Einquartierungslast nur als Eigenthümer oder Pächter, nicht aber als Miether herangezogen werden dürfen (vergl. Schlussprotokoll zu Artikel 4). Im Uebrigen sind die Deutschen in Rumänien bezüglich ihrer Grundstücke zur Leistung aller Grundlasten pflichtig, einschliesslich der militärischen, gerade so wie die Einheimischen.

Artikel 5 regelt die Zulässigkeit von gegenseitigen Verkehrsbe-

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

schränkungen. Solche Beschränkungen sollen nur insoweit gestattet sein, als sie gleichzeitig auch auf alle anderen Nationen Anwendung finden, auf welche die gleichen Voraussetzungen zutreffen. || Der Handel mit Kriegsbedürfnissen unterliegt lediglich der autonomen Gesetzgebung.

Artikel 6 sichert den beiderseitigen Boden- und Gewerbeerzeugnissen generell die Meistbegünstigung für Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr zu. Begünstigungen, welche einem dritten Staate entweder auf Grund einer Zolleinigung oder für den örtlichen Verkehr einer Grenzzone eingeräumt werden, können jedoch von den Vertragsstaaten auf Grund der Meistbegünstigung nicht in Anspruch genommen werden.

Artikel 7, welcher aus den Artikeln 7 und 8 der früheren Konvention hervorgegangen ist, spricht den Grundsatz der Meistbegünstigung aus in Betreff der Einfuhrzölle für die beiderseitigen Boden- und Gewerbeerzeugnisse und setzt für die in den Anlagen B und C aufgeführten Waaren die daselbst angegebenen Zollsätze fest.

Artikel 8 wendet den Grundsatz der Meistbegünstigung auf die Ausfuhr von Waaren von dem einen Vertragsstaate nach dem Gebiet des anderen an.

Artikel 9 stipulirt die gegenseitige Durchfuhrfreiheit in der Fassung des früheren Vertrages.

Artikel 10 erkennt ausdrücklich die Berechtigung beider Theile zur Forderung von Ursprungszeugnissen für den Fall an, dass je nach dem Ursprunge der Waaren verschieden hohe Zölle erhoben werden.

Artikel 11. Der zollfreie Verkehr von Waaren, welche zur Wiederausfuhr oder zur Reparatur bestimmt sind, oder von Gegenständen, welche zur Verpackung dienen, ist durch Artikel 11 nach Analogie der Bestimmungen in Artikel 12 des früheren Vertrages sowie der neueren deutschen Verträge festgesetzt.

Artikel 12 regelt die Octroipflicht der Einfuhrwaaren. Es ist der Grundsatz an die Spitze gestellt, dass Einfuhrwaare in keinem Falle einer höheren Belastung unterliegt, als die einheimischen Erzeugnisse und ferner, dass Einfuhrwaare nicht mit inneren Abgaben belastet werden darf, wenn nicht gleichartige Waaren im Inlande bzw. in dem betreffenden Steuerbezirke erzeugt werden. Von dem zweiten Grundsatz ist eine Ausnahme bezüglich der Erhebung von Gemeinde-Accisen nur für Getränke, Esswaaren, Futter-, Beleuchtungs- und Brennstoffe, Seifen und Baumaterialien (eiserne ausgeschlossen) vorgesehen.

Artikel 13—17 regeln die Rechte der beiderseitigen Schiffe im Wesentlichen nach Analogie der Artikel 17—21 des früheren Vertrags auf der Basis der Gleichstellung der fremden Flagge mit der einheimischen.

Artikel 18 bestimmt, dass die Schiffe und Waaren jedes der vertragsschliessenden Theile in dem Gebiete des anderen Theiles keinen höheren Abgaben und Gebühren unterliegen sollen, als die einheimischen Schiffe und Waaren und diejenigen der meistbegünstigten Nation. || An derartigen Abgaben

dürfen in Rumänien in Gemässheit der Schlussprotokoll-Bestimmungen nur solche erhoben werden, welche gesetzlich zur Verbesserung der Häfen und zur Ausführung von Dock- etc. Einrichtungen dienen sollen. || Die auf dem Landwege eingehenden Waaren bleiben von jedem Zollzuschlage befreit. || Nach dem Schlussprotokoll ist den regelmässigen Schifffahrtslinien das Recht vorbehalten, in den Hafenbezirken die nöthigen Etablissements zu miethen und daselbst zollamtliche Niederlassungen einzurichten.

Artikel 19 erstreckt die Geltung des Vertrages auf die mit den Vertragsländern in Zollunion stehenden Gebiete.

Artikel 20 setzt die Dauer des Vertrages und die Kündigungs-Modalitäten nach Analogie der neueren deutschen Handelsverträge fest.

IV. Handels- und Zollvertrag mit Serbien.

Der am 6. Januar 1883 zwischen dem Reich und Serbien abgeschlossene Handelsvertrag ist seitens der Königlich serbischen Regierung innerhalb der im Artikel XIII des Vertrages vorgesehenen Frist gekündigt worden und ist demzufolge am 25. Juni 1893 ausser Wirksamkeit getreten. Behufs Erneuerung des Vertragsverhältnisses haben im vorigen Jahre zu Wien, im Anschlusse an die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, Unterhandlungen zwischen dem Reich und Serbien stattgefunden, deren Ergebniss der vorliegende, am 21. August 1892 unterzeichnete Handels- und Zollvertrag bildet.

1. Vertragstext.

Der Text des neuen Vertrages stimmt im Allgemeinen mit demjenigen des Vertrages von 1883 überein:

Artikel I enthält unverändert das Zugeständniss der Freiheit des Handels und der Schifffahrt zwischen den beiderseitigen Gebieten und die Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation in Bezug auf Handel, Verkehr, Schifffahrt und Gewerbebetrieb.

Artikel II, gleichlautend mit Artikel II des bisherigen Vertrages, sichert die Gleichstellung mit den Inländern und die Meistbegünstigung auch für das Gebiet des Niederlassungsrechts, der Vermögensrechte und der Rechtsverfolgung und gewährt den beiderseitigen Aktien- etc. Gesellschaften die Behandlung auf dem Fusse der Meistbegünstigung. || Von den bisherigen Schlussprotokollbestimmungen zu Artikel II ist Punkt 1, wonach bezüglich des Apotheker- und Handelsmaklergewerbes und der Wandergewerbe nicht Gleichstellung mit den Nationalen, sondern nur Meistbegünstigung eingeräumt wird, sowie Punkt 3 unverändert übernommen worden. Als Punkt 2 ist vereinbart, dass die Aktien- etc. Gesellschaften, einschliesslich der Versicherungsgesellschaften, welche in dem Gebiete des einen Theiles zu Recht bestehen, im Gebiete des anderen Theiles gegen Befolgung der dortigen Gesetze ihre Rechte ausüben,

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

und dass in Serbien die deutschen Gesellschaften nicht nur gleich denjenigen der meistbegünstigten Nation, sondern auch gleich den einheimischen anzuerkennen und zuzulassen sind. Auch sollen bei der gesetzlichen Regelung des Gegenstandes in Serbien deutsche Wünsche thunlichst berücksichtigt werden. Bis zu dieser Regelung soll es beim bisherigen Zustande verbleiben. Diese Verabredungen schliessen sich denjenigen an, welche zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien in diesem Punkte getroffen sind.

Artikel III regelt, wie in dem bisherigen Vertrage, die wechselseitige Befreiung der Angehörigen des anderen Landes vom Militärdienste, zwangsweisen Amtsdiensten, Einquartierungen und ähnlichen Lasten.

In Artikel IV sind die Bestimmungen über die Steuerfreiheit der in dem Gebiete des anderen Theiles bereits besteuerten Geschäftsreisenden, über die Gleichstellung der Angehörigen des anderen Landes mit den Inländern beim Besuche von Märkten und Messen und über die Steuerfreiheit der Spediteure und Schifffahrttreibenden aus dem bisherigen Vertrage übernommen. Eingeschaltet ist nach Analogie der Bestimmung im Artikel IX des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages der Zusatz, dass die Vorschriften über die Behandlung der Geschäftsreisenden auf das Aufsuchen von Bestellungen bei Nichtgewerbetreibenden keine Anwendung finden, jedoch mit dem Vorbehalt, dass in Serbien die deutschen Geschäftsreisenden jedenfalls die gleichen Rechte wie die inländischen geniessen sollen.

Artikel V, betreffend die Zulässigkeit von Ein-, Aus- oder Durchfuhrverboten ist unverändert geblieben. Vermöge der Meistbegünstigung wird dem deutschen Handel die Bestimmung im Schlussprotokoll zu Artikel V des neuen Handelsvertrags zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu gute kommen, wonach in Serbien ausser den bestehenden Monopolen nur solche auf Petroleum, Cigarettenpapier, Zündhölzchen und Sprit aus mehlhaltigen Stoffen oder Melasse eingeführt werden dürfen.

Der Artikel VI des bisherigen Vertrages, welcher das Verbot von Ausfuhrprämien enthielt, ist in Wegfall gekommen. Der neue Artikel VI betrifft die beiderseitigen Vertragstarife, deren Begründung weiter unten gegeben wird, die gegenseitige Meistbegünstigung der beiderseitigen Waaren, sowie die Zulässigkeit von Ursprungszeugnissen.

Artikel VII, entsprechend dem früheren Artikel VIII, wiederholt den Grundsatz der Meistbegünstigung in Bezug auf die Eingangs- und Ausgangs-abgaben, die Zollbehandlung, sowie hinsichtlich der inneren Verbrauchsabgaben und Akzisegebühren.

Die zu Artikel VI und beziehungsweise zu den Artikeln VI und VII im Schlussprotokoll vereinbarten Bestimmungen sind zum Theil schon in dem Schlussprotokoll des bisherigen Vertrages enthalten, so die Bestimmungen über die Zollfreiheit der Reiseeffekten und Musterkarten und der Vorbehalt besonderer Vergünstigungen für zollgeehrte Gebiete und für den Grenzverkehr; jedoch ist die Zulässigkeit von Vergünstigungen für den Grenzverkehr

abweichend von dem bisherigen Verträge, auf den kleinen Grenzverkehr, d. h. auf eine zehn Kilometer Breite nicht übersteigende Grenzzone beschränkt worden. Von den neu aufgenommenen Bestimmungen ist zu erwähnen der bereits in anderen Verträgen enthaltene Vorbehalt, dass die deutschen Vertragszölle nur für serbisches, beziehungsweise aus meistbegünstigten Ländern kommendes Getreide und für dergleichen Weine beansprucht werden können. || Hinsichtlich der in Serbien zur Hebung gelangenden inneren Verbrauchssteuern und Akzisegebühren genügte, wie in dem Verträge von 1883, so auch in dem neuen Verträge die Meistbegünstigung, da der Gegenstand in dem neuen Handelsverträge zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien wiederum eine eingehende Regelung gefunden hat.

Nr. 10372.
Deutsches
Reich.

Artikel VIII, betreffend die zeitweilige Zollbefreiung wieder zur Ausfuhr gelangender Waaren, und Artikel IX, betreffend die Zoll-Nebengebühren, sind aus dem bisherigen Verträge übernommen.

Bestimmungen über den Marken- und Musterschutz, wie im Artikel XI des Vertrages von 1883, sind im neuen Verträge nicht enthalten, weil der Gegenstand durch das gleichzeitig abgeschlossene besondere Abkommen geregelt ist.

Artikel X entspricht dem Artikel XII des früheren Vertrages.

Artikel XI sieht für den Vertrag die gleiche Dauer vor, welche für die Verträge des Reichs mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz vereinbart ist. Der ursprünglich auf den 1. Januar 1893 festgesetzte Termin für das Inkrafttreten des Vertrages ist durch die Erklärung vom 24. Juni d. J. der Vereinbarung der Regierungen vorbehalten worden. Die Vereinbarung über die Dauer des Vertrages entspricht derjenigen in dem neuen Verträge zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien.

Nr. 10373. DEUTSCHES REICH UND KOLUMBIEN. Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Kolumbien.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen etc., im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und Seine Excellenz der Herr Präsident des Freistaates Kolumbien andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, sind übereingekommen, einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Zweck haben die vertragschliessenden Theile Bevollmächtigte ernannt, und zwar:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren Ministerresidenten bei dem Freistaate Kolumbien Herrn
Karl Konrad Friedrich Lueder,
und

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Seine Excellenz der Herr Präsident des Freistaates von Kolumbien:

den Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien, Herrn
Marco Fidel Suárez,

welche nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Voll-
machten sich über nachstehende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Zwischen dem Deutschen Reich einerseits und dem Freistaate Kolumbien
andererseits sowie zwischen den beiderseitigen Angehörigen soll für immer
Friede und Freundschaft bestehen.

Artikel 2.

Der Handel zwischen den beiderseitigen Ländern soll vollständige Frei-
heit geniessen.

Die Angehörigen der beiden vertragschliessenden Theile dürfen frei und
in aller Sicherheit mit ihren Schiffen und Ladungen in alle diejenigen Plätze,
Häfen und Flüsse Deutschlands und Kolumbiens einlaufen, welche für die
Schifffahrt und den Handel irgend einer anderen Nation geöffnet sind und ge-
öffnet sein werden.

Die vorstehende Bestimmung soll sich nicht auch auf die Küstenfracht-
fahrt beziehen, das heisst auf das Recht, Güter in einem Seehafen eines der
vertragschliessenden Theile zu laden und nach einem anderen Seehafen des-
selben Theiles zu befördern und daselbst auszuladen.

Jeder der vertragschliessenden Theile soll jedoch Anspruch auf alle
Rechte und Begünstigungen, welche der andere Theil hinsichtlich der Küsten-
frachtfahrt irgend einer dritten Nation eingeräumt hat oder einräumen wird,
für seine Schiffe insoweit haben, als er den Fahrzeugen des anderen Theiles
für sein Gebiet dieselben Rechte und Begünstigungen zugesteht.

Artikel 3.

Die Angehörigen beider vertragschliessenden Theile dürfen wechselseitig
mit voller Freiheit jeden Theil der betreffenden Gebiete betreten, daselbst
ihren Wohnsitz nehmen, reisen, Gross- und Kleinhandel treiben, Grundstücke,
Lagerräume und Läden kaufen, miethen und innehaben, Waaren und edle
Metalle versenden, Konsignationen aus dem Inlande wie aus fremden Ländern
annehmen, ohne dass sie in irgend einem Falle anderen allgemeinen oder ört-
lichen Leistungen, Auflagen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unter-
worfen werden dürfen als solchen, welche den Inländern und den Angehörigen
der meistbegünstigten Nation auferlegt sind oder auferlegt werden.

Es soll ihnen vollkommen freistehen, ihre Geschäfte persönlich zu führen,
bei den Zollbehörden ihre Erklärungen selbst abzugeben oder sich hierbei
nach Belieben von anderen Personen unterstützen oder vertreten zu lassen.
Dasselbe gilt für den Kauf und Verkauf von Gegenständen aller Art, sowie

für das Laden, Löschen und Abfertigen von Schiffen. Sie sind ferner berechtigt, ihrerseits Aufträge jeder Art auszuführen, welche ihnen von Landesleuten, Fremden oder Inländern anvertraut werden. In allen diesen Beziehungen sollen sie keinen anderen Abgaben oder Auflagen als solchen unterliegen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden.

Dieselben Begünstigungen sollen sie bei allen ihren Käufen und Verkäufen hinsichtlich der Feststellung des Preises jeder Art von Gegenständen geniessen, mögen diese eingeführt oder zur Ausfuhr bestimmt sein.

Es versteht sich jedoch, dass sie in allen diesen Fällen nach den Gesetzen und Verordnungen des Landes sich zu richten haben.

Artikel 4.

Den Deutschen soll in Kolumbien und den Kolumbianern soll in Deutschland vollständiger und immerwährender Schutz ihrer Personen und ihres Eigenthums zu Theil werden; sie sollen freien Zutritt zu allen Gerichten behufs Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte haben. Zu diesem Zweck dürfen sie unter allen Umständen sich der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigte oder Beistände bedienen. Auch sollen sie die Befugniß haben, in jedem Prozessverfahren, bei welchem sie betheiligt sind, den Zeugenvernehmungen und Verhandlungen, sowie den Beschlüssen und Urtheilssprüchen der Gerichte beizuwohnen, sofern nach den Gesetzen des betreffenden Landes die Oeffentlichkeit dieser Handlungen zugelassen ist. Sie werden im Uebrigen hinsichtlich des Prozessverfahrens die nämlichen Rechte wie die Inländer geniessen und denselben gesetzlichen Ordnungen und Bedingungen wie diese unterworfen sein.

Artikel 5.

Die Angehörigen des einen Theiles sollen im Gebiet des anderen sowohl von allen persönlichen Diensten im Heere oder in der Marine, in der Landwehr oder in der Nationalgarde, als auch von der Verpflichtung, politische, richterliche und Verwaltungsämter zu übernehmen, befreit sein. Sie dürfen dagegen nicht in die politischen Angelegenheiten und inneren Streitigkeiten des Landes, in welchem sie sich aufhalten, eingreifen, und die kolumbische Regierung behält sich mit Rücksicht hierauf die Befugniß vor, Deutsche, welche freiwillig eine Empörung unterstützen, in Bezug auf die gesetzliche Verantwortlichkeit für ihr Verhalten wie die Inländer zu behandeln.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, nach Massgabe ihrer Gesetze Personen auszuweisen beziehungsweise nicht zuzulassen, welche auf Grund ihres übeln Vorlebens oder ihres Verhaltens für schädlich anzusehen sind.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 7.

Die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles sollen im Gebiete des anderen von ausserordentlichen Kriegskontributionen, erzwungenen Anleihen, militärischen und politischen Dienstleistungen jeglicher Art befreit sein. Auch dürfen ihre Schiffe, Ladungen, Waaren und andere Gegenstände für militärische Unternehmungen oder sonstige Zwecke irgend welcher Art aussergerichtlich weder mit Beschlag belegt noch zurückbehalten werden. Im Falle der Unvermeidlichkeit einer solchen Massregel ist ihnen eine gerechte Entschädigung zu gewähren, und zwar soll diese Entschädigung, falls die Massregel in Friedenszeiten erfolgt, vorab mit ihnen vereinbart werden. Uebrigens sind sie in allen Fällen rücksichtlich ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens keinen anderen Lasten, Abgaben und Auflagen zu unterwerfen, als denen, welche die Inländer und Angehörigen der meistbegünstigten Nation zu entrichten haben.

Artikel 8.

Die Deutschen, welche sich in Kolumbien, und die Kolumbianer, welche sich in Deutschland aufhalten, geniessen vollständige Kultus- und Gewissensfreiheit, und es werden die betreffenden Regierungen nicht zugeben, dass sie wegen ihres religiösen Glaubens belästigt oder in der Ausübung ihres Gottesdienstes gestört werden, welchen sie in Privathäusern, Kapellen, Kirchen oder an sonstigen für gottesdienstliche Zwecke bestimmten Orten unter Beobachtung der kirchlichen Schicklichkeit und der den Sitten und Gebräuchen des Landes gebührenden Achtung abhalten.

Auch sollen die Deutschen in Kolumbien und die Kolumbianer in Deutschland die Befugniss haben, ihre Landsleute, welche mit Tod abgehen, an angemessenen Orten, welche sie selbst im Einverständniss mit der Ortsobrigkeit bestimmen und einrichten, oder an jedem anderen Begräbnissorte, welchen die Hinterbliebenen oder Bekannten des Verstorbenen wählen mögen, zu bestatten, und es sollen die nach den kirchlichen Gebräuchen ihrer Konfession begangenen Begräbnissfeierlichkeiten in keiner Weise gestört noch die Gräber aus irgend welchem Grunde beschädigt oder zerstört werden.

Artikel 9.

Die Angehörigen eines der beiden vertragschliessenden Theile sollen das Recht haben, in dem Gebiete des anderen Theiles jede Art beweglichen und unbeweglichen Vermögens zu erwerben und zu besitzen, dasselbe mit aller den Inländern zustehenden Freiheit auszubeuten und darüber nach ihrem Belieben durch Verkauf, Schenkung, Tausch, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen. Desgleichen können die Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles, welchen in dem Gebiete des anderen eine Erbschaft zufällt, unbehindert diejenigen Erbtheile, welche ihnen kraft Gesetzes oder vermöge letzten Willens zugefallen sind, erwerben und darüber nach Belieben verfügen, un-

beschadet der Entrichtung aller derjenigen Abgaben, welche von den Landes-angehörigen in gleichen Fällen zu tragen sind.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Von dem Vermögen, welches aus irgend welchem Rechtsgrunde von einem Deutschen in Kolumbien oder von einem Kolumbianer in Deutschland erworben ist, dürfen, wenn es ausser Landes geführt wird, weder Abschoss oder Nachsteuer (*gabella hereditaria, census emigrationis*) noch sonstige Abgaben erhoben werden, welchen die Angehörigen des Landes nicht unterworfen sind oder sein werden.

Artikel 10.

Wenn unglücklicherweise der Frieden zwischen den beiden vertragsschliessenden Theilen gestört werden sollte, so wird, um die Uebel des Krieges zu vermindern, den Angehörigen des einen Theiles, welche in dem Gebiete des anderen sich befinden und daselbst Handel oder irgend ein anderes Gewerbe betreiben, gestattet sein, dort zu bleiben und ihre Geschäfte fortzuführen, solange sie sich keiner Verletzung der Landesgesetze schuldig machen oder sonst lästig fallen.

Im Falle eines Krieges oder eines Zerwürfnisses zwischen beiden Ländern soll das Eigenthum der Angehörigen des einen der vertragsschliessenden Theile, welcher Art es auch sei, in dem Gebiete des anderen Theiles einer Beschlagnahme, Sequestration oder irgend welchen anderen Lasten und Auflagen als denjenigen, welche den Inländern auferlegt sind, nicht unterworfen werden.

Ebenso dürfen während der Unterbrechung des Friedens die von Privatpersonen geschuldeten Beträge, Staatspapiere, Bankantheile, Aktien und was denselben gleichkommt, zum Schaden der betreffenden Angehörigen und zum Vortheile des Landes, in welchem sie sich befinden, nicht mit Beschlagnahme belegt, sequestrirt oder eingezogen werden.

Artikel 11.

Die deutschen Kaufleute in Kolumbien und die kolumbischen Kaufleute in Deutschland werden bei ihrem Handel alle Rechte und Zollbefreiungen geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden. Demgemäss sollen in Deutschland auf die Gegenstände kolumbischer Herkunft und in Kolumbien auf die Gegenstände deutscher Herkunft keine anderen oder höheren Eingangsabgaben gelegt werden, als diejenigen, denen die nämlichen Erzeugnisse der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder sein werden. Derselbe Grundsatz soll für die Ausfuhr und Durchfuhr gelten.

Kein Verbot und keine Beschränkung der Einfuhr oder Ausfuhr irgend eines Gegenstandes soll in dem gegenseitigen Handelsverkehr der beiden Länder Anwendung finden, wenn eine solche Massregel sich nicht gleichmässig auf alle anderen Nationen erstreckt. Auch sollen die Förmlichkeiten bei der zollamtlichen Behandlung der eingeführten oder ausgeführten Waaren keine anderen als diejenigen sein, welche für alle anderen Nationen in Anwendung kommen.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 12.

Die deutschen Schiffe, welche in kolumbischen, und die kolumbischen Schiffe, welche in deutschen Häfen ankommen oder dieselben verlassen, sollen keinen anderen oder höheren Abgaben an Tonnengeldern, Leuchtfeuer-, Hafen-, Lootsen-, Quarantäne- und anderen den Schiffskörper treffenden Gebühren als denjenigen unterworfen sein, welchen die Schiffe des eigenen Landes unterworfen sind oder sein werden.

Die Tonnengelder und andere Abgaben, welche im Verhältniss zur Tragfähigkeit der Schiffe erhoben werden, sind in Kolumbien von deutschen Schiffen nach Massgabe der deutschen Messbriefe zu berechnen und umgekehrt.

Artikel 13.

Gegenstände aller Art, welche in die Häfen des einen der beiden Länder unter der Flagge des anderen eingeführt werden, welchen Ursprungs dieselben auch seien und aus welchem Lande auch die Einfuhr erfolgen möge, sollen keine anderen oder höheren Abgaben entrichten und keinen anderen Lasten. unterworfen sein, als wenn sie unter der Nationalflagge eingeführt würden. Desgleichen sollen Gegenstände aller Art, welche aus einem der beiden Länder unter der Flagge des anderen, nach welchem Lande es auch sein möge, ausgeführt werden, keinen anderen Abgaben oder Förmlichkeiten unterliegen, als wenn sie unter der Nationalflagge ausgeführt würden.

Artikel 14.

Die deutschen Schiffe in Kolumbien und die kolumbischen Fahrzeuge in Deutschland dürfen einen Theil ihrer aus dem Auslande kommenden Ladung in dem einen Hafen und den Rest dieser Ladung in einem oder mehreren anderen Häfen desselben Landes löschen. Nicht minder dürfen sie ihre Rückfracht in verschiedenen Häfen des gedachten Landes einnehmen, ohne in jedem Hafen andere oder höhere Abgaben zu entrichten als diejenigen, welche unter ähnlichen Umständen die Schiffe des eigenen Landes zu entrichten haben. Bezüglich der Küstenfrachtfahrt sollen die Bestimmungen des zweiten Artikels dieses Vertrages massgebend sein.

Artikel 15.

Die den Angehörigen des einen der beiden vertragschliessenden Theile gehörenden Schiffe, welche an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, oder welche in Folge von Seenoth oder erlittener Haverie in die Häfen des andern Theiles einlaufen oder dessen Küsten berühren, sind keinerlei Schiffsabgaben irgend welcher Art oder Bezeichnung als solchen unterworfen, welchen in ähnlichen Umständen die Nationalschiffe und die Schiffe der meistbegünstigten Nation unterliegen oder unterliegen werden.

Ausserdem ist es ihnen gestattet, auf andere Schiffe überzuladen, sowie ihre ganze Ladung oder einen Theil derselben am Lande und in Lagerräumen

unterzubringen, ohne dafür andere Gebühren zu entrichten als die Entlöschungskosten und die auf die Miethe öffentlicher Lagerräume sowie den Gebrauch öffentlicher Schiffswerfte bezüglichen Ausgaben, vorausgesetzt, dass die Waaren nicht für den inländischen Verbrauch bestimmt sind. Zu diesem Zweck sowie zur Beschaffung von Lebensmitteln und zur Befriedigung aller Bedürfnisse für die Beschleunigung der Reise soll ihnen Erleichterung und Schutz jeder Art zu Theil werden.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 16.

Sollten Schiffe von Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles an den Küsten des anderen Schiffbruch leiden oder stranden, so werden die Ortsbehörden es sich angelegen sein lassen, alle nöthigen Rettungsmassregeln zu ergreifen und den Konsularbeamten des betreffenden Bezirks oder, in Ermangelung eines solchen, den dem Orte des Unfalls zunächst wohnenden Konsularbeamten von dem Unfalle zu benachrichtigen.

Für die Thätigkeit der Ortsbehörden sollen in allen diesen Fällen keinerlei Kosten ausser solchen erhoben werden, welche durch die Rettungsmassregeln und durch die Erhaltung der geborgenen Gegenstände veranlasst sind.

Artikel 17.

Ein jeder der vertragschliessenden Theile wird als Schiffe des anderen Theiles diejenigen Fahrzeuge ansehen und behandeln, welche unter der Flagge dieses Theiles fahren und mit solchen Schiffspapieren und Urkunden versehen sind, wie sie die Gesetze des letzteren behufs Nachweisung der Nationalität erfordern.

Artikel 18.

Die Dampfschiffe jedes der vertragschliessenden Theile, welche eine periodische Verbindung zwischen den beiden Ländern unterhalten, sollen bei dem Einlaufen, der Abfertigung und dem Auslaufen dieselben Erleichterungen wie die Dampfschiffe der meistbegünstigten Nation geniessen.

Artikel 19.

Den Kriegsschiffen eines jeden der vertragschliessenden Theile wird es freistehen, sicher und ungehindert in alle Häfen, Flüsse und Plätze des anderen Theiles einzulaufen, wo das Einlaufen den Kriegsschiffen der meistbegünstigten Nation erlaubt ist oder in Zukunft erlaubt werden sollte, und sie sollen daselbst gleich jenen behandelt werden.

Artikel 20.

Die vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, den Gesandten, Ministern und öffentlichen Agenten gegenseitig dieselben Vorrechte, Begünstigungen und Freiheiten einzuräumen, welche diejenigen der meistbegünstigten Nation geniessen oder in Zukunft geniessen werden.

Auch sind sie, geleitet von dem Wunsche, jeden Anlass zur Trübung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu vermeiden, dahin übereingekommen, dass ihre diplomatischen Vertreter aus Anlass der Rechtsansprüche oder Beschwerden von Privatpersonen nicht in Angelegenheiten eingreifen sollen, welche dem Bereiche der bürgerlichen oder Strafrechtspflege oder Entscheidung im Ver-

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

waltungswege angehören, es sei denn, dass es sich um Rechtsverweigerung, um ungewöhnliche oder ungesetzliche Rechtsverzögerung oder um Nichtvollstreckung eines rechtskräftigen Urtheils handelt, oder endlich, dass nach Erschöpfung der gesetzlichen Rechtsmittel eine klare Verletzung der zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen bestehenden Verträge oder der von den gesitteten Nationen allgemein anerkannten Bestimmungen des Völkerrechts oder des internationalen Privatrechts vorliegen sollte.

Unter den vertragschliessenden Theilen besteht ferner darüber Einverständniss, dass die deutsche Regierung mit Ausnahme der Fälle, in welchen ein Verschulden oder ein Mangel an schuldiger Sorgfalt seitens der Behörden Kolumbiens oder ihrer Organe vorliegt, die kolumbische Regierung nicht verantwortlich machen wird für Schäden, Bedrückungen oder Erpressungen, welche die Angehörigen des deutschen Reichs in dem Gebiete Kolumbiens bei Empörungen oder Bürgerkriegen seitens Aufständischer zu erleiden haben sollten, oder welche ihnen durch wilde, der Regierung ungehorsame Stämme zugefügt werden.

Artikel 21.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich vor, eine Vereinbarung über die Befugnisse und Pflichten ihrer beiderseitigen Konsularbeamten abzuschliessen. Sie sind übereingekommen, sich bis zum Inkrafttreten einer solchen Vereinbarung wechselseitig in Konsularangelegenheiten die der meistbegünstigten Nation eingeräumten und in Zukunft einzuräumenden Rechte und Begünstigungen zu gewähren. Auch sollen bis dahin die Konsularbeamten des einen vertragschliessenden Theiles, falls ein Angehöriger des letzteren in dem Gebiete des anderen Theiles stirbt, ohne daselbst Erben oder Testamentsvollstrecker zu hinterlassen, die Befugniss haben, den beweglichen Nachlass in amtliche Verwahrung zu nehmen und zu verwalten. Der betreffende Konsularbeamte hat sich in einem solchen Falle an die zuständige Ortsbehörde zu wenden, damit dieselbe bei Anlegung amtlicher Siegel und bei Aufnahme eines Verzeichnisses des beweglichen Vermögens mitwirken kann.

Der Konsularbeamte soll nach Aufnahme des Verzeichnisses dies Vermögen in seinem Gewahrsam behalten und verwalten, in seinem Bezirk den Todesfall veröffentlichen, diejenigen Gegenstände, welche dem Verstorbenen ausgesetzt sind, bedeutendere Kosten durch die Aufbewahrung verursachen, leicht abhanden kommen können oder behufs Bezahlung von Schulden des Verstorbenen verkauft werden müssen, veräussern und über die anderen nach Massgabe der Weisungen seiner Regierung verfügen.

Er darf jedoch weder die Gegenstände noch ihren Reinerlös den Erben eher ausantworten, als bis allen Verpflichtungen, welche vom Verstorbenen im Lande des Ablebens übernommen wurden, Genüge geleistet ist, oder bis zwölf Monate, von der erwähnten konsularischen Veröffentlichung an gerechnet, verflossen sind, ohne dass irgend ein Anspruch wider den Nachlass geltend gemacht wurde.

Streitigkeiten, welche aus Ansprüchen wider den Nachlass entstehen mögen, sollen nach den Gesetzen des Gebietes, in welchem der Todesfall stattfand, entschieden werden.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Wenn am Orte des Ablebens kein Konsularbeamter des vertragschliessenden Theiles, welchem der Verstorbene angehörte, sich befindet, so hat die zuständige Ortsbehörde nach den Gesetzen ihres Landes zu handeln; sobald aber die Auslieferung des beweglichen Vermögens seitens des betreffenden Konsularbeamten nachgesucht ist, soll dasselbe gegen Empfangsbescheinigung entweder ihm selbst oder einer von ihm unter seiner Verantwortlichkeit zu dem fraglichen Zweck bezeichneten Persönlichkeit ausgeliefert werden.

Artikel 22.

Die beiden vertragschliessenden Theile sind übereingekommen, sich gegenseitig in Angelegenheiten des Handels, der See- und Binnenschifffahrt, sowie des Schutzes ihrer Angehörigen dieselben Rechte und Vortheile einzuräumen, welche sie der meistbegünstigten Nation zugestanden haben oder in Zukunft zugestehen sollten.

Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten zur Erleichterung des Verkehrs in den Grenz-zonen gewährt hat oder gewähren sollte, dürfen von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen übrigen nicht angrenzenden Staaten vorenthalten bleiben.

Artikel 23.

Ueber die gegenseitige Auslieferung von Verurtheilten und Angeschuldigten, sowie über die Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den vertragschliessenden Theilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem ersuchenden Theile, gegenüber dem ersuchten Theile, dieselben Rechte und Begünstigungen, welche von dem letzteren der meistbegünstigten Nation mit Bezug auf die Auslieferung von Verurtheilten und Angeschuldigten, sowie in Betreff der Erledigung von Requisitionen in Strafsachen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden sollten, insoweit zustehen, als seitens des ersuchenden Theiles bei Stellung des Antrages für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit dem ersuchten Theile zugesichert wird.

Artikel 24.

Sollte einer der vertragschliessenden Theile der Meinung sein, dass eine Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages zu seinem Nachtheile verletzt sei, so wird er alsbald eine mit dem Verlangen der Abhülfe und mit den nöthigen Urkunden und Belägen zur Begründung seiner Beschwerde versehene Auseinandersetzung der Thatfachen dem anderen Theile zugehen lassen, und er wird weder zu einer Massnahme der Wiedervergeltung schreiten, noch Feindseligkeiten begehen, es sei denn, dass die verlangte Genugthuung verweigert oder willkürlich verzögert wird.

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Artikel 25.

Der vorliegende Vertrag erstreckt sich auf die mit einem der vertragsschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollvereinten Länder oder Landestheile.

Artikel 26.

Dieser Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden in Bogotá sobald als möglich ausgetauscht werden.

Der Vertrag soll drei Monate nach dem Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und vom Tage des Inkrafttretens ab zehn Jahre in Geltung bleiben; wenn keiner der vertragsschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf dieser Frist durch eine ausdrückliche Erklärung seine Absicht ankündigt, die Wirksamkeit dieses Vertrages aufhören zu lassen, soll derselbe für ein weiteres Jahr Geltung behalten und so fort bis zum Ablaufe eines Jahres, nachdem die erwähnte amtliche Ankündigung erfolgt sein wird.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Bogotá in zwei Urschriften am dreiundzwanzigsten Juli des Jahres eintausend achthundert und zweiundneunzig.

Lueder.

Marco F. Suárez.

Bogotá, den 23. Juli 1892.

Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Minister-Resident beehrt sich, Seiner Excellenz Herrn Marco F. Suárez, Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien, die nachstehende Mittheilung zu machen:

Mit Bezug auf Artikel 20 Absatz 3 des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrages, welcher heute zwischen dem deutschen Reiche und dem Freistaate Kolumbien vereinbart worden ist, herrscht unter den vertragsschliessenden Theilen darüber Einverständniss, dass die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft Schäden einem Nicht-Deutschen ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden oder ihrer Organe nicht vorliegt, die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, welche sich in ähnlicher Lage befinden.

Der Unterzeichnete benutzt diesen Anlass, um Seiner Excellenz die Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung zu erneuern.

(gez.) Lueder.

Seiner Excellenz Herrn

Marco F. Suárez,

Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung des Ministeriums
der auswärtigen Angelegenheiten des Freistaates Kolumbien
etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

Der unterzeichnete Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, hat die Ehre, Seiner Excellenz Herrn C. Lueder, Minister-Residenten des deutschen Reichs, folgende Mittheilung zu machen:

Mit Bezug auf Artikel 20 Absatz 3 des Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrtsvertrages, welcher heute zwischen dem deutschen Reiche und dem Freistaate Kolumbien vereinbart worden ist, herrscht unter den vertragsschliessenden Theilen darüber Einverständniss, dass die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft Schäden einem Nicht-Deutschen ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden oder ihrer Organe nicht vorliegt, — die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, welche sich in ähnlicher Lage befinden.

Der Unterzeichnete benutzt diese Gelegenheit, um Seiner Excellenz Herrn Lueder den Ausdruck seiner höchsten und vorzüglichsten Hochachtung zu wiederholen.

gez. Marco F. Suárez.

Bogotá, den 23. Juli 1892.

Seiner Excellenz Herrn C. Lueder,
Minister-Residenten des deutschen Reichs.

Denkschrift.

Mit dem Freistaate Kolumbien, früher Neu-Granada, haben die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck unter dem 3. Juni 1854 einen Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrtsvertrag abgeschlossen, dessen Ratifikation im Jahre 1857 erfolgte. Wenngleich das im Artikel 25 dieses Vertrages den übrigen Staaten des damaligen Deutschen Bundes vorbehaltene Beitrittsrecht formell niemals ausgeübt worden ist, so wurde doch deutscherseits stets versucht, der kolumbischen Regierung gegenüber den Grundsatz zu vertreten, dass der Geltungsbereich des Vertrages sich thatsächlich auf ganz Deutschland erstrecke.

Diese Auffassung begegnete indess bei der kolumbischen Regierung theoretischen Zweifeln, welche der kolumbische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, nach wiederholter Erörterung der Frage, in einer an den Kongress gerichteten Denkschrift vom 31. Juli 1890 in die Erklärung zusammenfasste, es sei zwar aus Rücksichten („conveniencia“) die Gültigkeit des hanseatisch-neugranadinischen Vertrages „nicht zu verkennen“; der Vertrag bleibe aber selbstverständlich auf die Städte, welche ihn unterzeichneten, beschränkt und sei in keiner Weise auf das gesammte deutsche Reich auszudehnen.

Die ablehnende Haltung, welche die kolumbische Regierung von Anfang an seit Bildung des früheren Norddeutschen Bundes gegen die rechtliche Geltung des hanseatisch-neugranadinischen Vertrages und gegen dessen An-

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

wendung auf das deutsche Reich einnahm, veranlasste bereits im Jahre 1883 die Aufnahme einer Anregung des hiesigen kolumbischen Vertreters wegen Abschlusses eines Handels-Vertrages und einer Konsular-Konvention zwischen dem Reiche und Kolumbien. Die zu dem Zwecke eingeleiteten Verhandlungen gelangten jedoch durch die Abberufung des kolumbischen Vertreters zum Stillstand und konnten in Bogotá in Folge der damals dort herrschenden unsicheren Zustände eine Zeit lang nicht fortgesetzt werden. Im Jahre 1886 erst war es dem deutschen Vertreter in Kolumbien wieder möglich, auf die Frage des Vertragsabschlusses zurückzukommen; die mit Unterbrechungen zwei Jahre hindurch fortgeführten Unterhandlungen verliefen indessen gleichfalls ergebnisslos, weil die kolumbische Regierung schliesslich erklärte, sie wolle, bevor sie sich überhaupt zum Abschluss von Handels- und Schiffahrtsverträgen verstände, zuvor der Frage prüfen, ob solche Verträge auf Grundlage der Meistbegünstigung oder gebundener Zolltarife zu vereinbaren seien.

Die Verhandlungen ruhten hierauf; erst im Jahre 1891 gelang es, die Vertragsfrage erneut in Fluss zu bringen, nachdem unser Handelsverkehr mit Kolumbien bis dahin stetig zugenommen hatte und beiderseits das Bedürfniss einer festen vertragsmässigen Regelung unserer wirthschaftlichen Beziehungen mehr und mehr fühlbar geworden war.

Ziffermässig gestaltete sich der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Kolumbien in den letzten Jahren wie folgt:

Die Ausfuhr Deutschlands nach Kolumbien betrug im Jahresausserhandel im Jahre 1889: 3 823 000 *M* und im Jahre 1890: 4 761 000 *M*; die Einfuhr Deutschlands von Kolumbien belief sich im Jahre 1889 auf: 5 101 000 *M* und im Jahre 1890 auf: 8 890 000 *M*; Hauptausfuhrartikel von Deutschland nach Kolumbien sind Wollen- und Baumwollenwaaren, Eisenwaaren und Bier; Haupteinfuhrartikel von Kolumbien nach Deutschland Tabakblätter, Rohkaffee und Steinnüsse.

Das Ergebniss der mit der Regierung des Freistaates geführten letzten Verhandlungen, denen der Kaiserliche Ministerresident auftragsgemäss die Handelsverträge des Reichs mit San Domingo und bezw. Ecuador zu Grunde gelegt hat, bildet der vorliegende, zu Bogotá am 23. Juli 1892 unterzeichnete Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag, welcher die Zustimmung des kolumbischen Kongresses bereits gefunden hat.

Während Artikel 13 des Vertrages mit den Hansestädten die Meistbegünstigung nur in beschränkter Form enthält, sichert Artikel 22 des neuen Vertrages dem deutschen Handel und der deutschen Schiffahrt diesen Vortheil unbedingt zu. Die grosse Bedeutung dieser Erweiterung der Meistbegünstigung bedarf bei der gegenwärtigen handelspolitischen Lage Amerikas keiner näheren Darlegung.

Dem Vertrage hat im Wesentlichen der zwischen dem Reiche und der dominikanischen Republik am 30. Januar 1885 (Reichs-Gesetzblatt 1886 Seite 3) abgeschlossene Vertrag zum Vorbilde gedient. Zu den Abweichungen von dem

letzteren ist — abgesehen von solchen Aenderungen, die lediglich redaktionelle Verbesserungen bezwecken — im Einzelnen Folgendes zu bemerken:

Die Artikel 4, 5 und 7, welche in veränderter Fassung den Inhalt der Artikel 6 bis 8 des deutsch-dominikanischen Vertrages wiedergeben, sichern den beiderseitigen Staatsangehörigen volle Reziprozität hinsichtlich des Rechtsschutzes. Die Bestimmung des zweiten Absatzes im Artikel 5 entspricht allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts und schliesst sich ausserdem dem Artikel 12 des kolumbischen Fremden Gesetzes vom 26. November 1888 an, wonach Ausländer, welche sich an einem Aufruhr betheiligen, wie Kolumbianer behandelt werden sollen.

Der die Ausweisung übelbeleumundeter Individuen betreffende Artikel 6 ist dem Artikel III des Vertrages zwischen dem Reiche und Ecuador vom 28. März 1887 (Reichs-Gesetzblatt 1888 Seite 136) nachgebildet.

Artikel 20 entspricht dem Artikel 18 des deutsch-mexikanischen Vertrages vom 5. Dezember 1882 (Reichs-Gesetzblatt 1883 Seite 247). Analoge Vereinbarungen, wie sie die Absätze 2 und 3 dieses Artikels enthalten, hat die französische Regierung unter Hinweis auf den mit dem vorbezeichneten Artikel des deutsch-mexikanischen Vertrages wesentlich übereinstimmenden Artikel 11 des französisch-mexikanischen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 27. November 1886 in einem besonderen Notenaustausch, welcher den Abschluss der französisch-kolumbischen Konvention vom 30. Mai 1892 begleitete, getroffen. Ferner haben in dem am 27. September v. Js. abgeschlossenen italienisch-kolumbischen Handelsvertrage sachlich gleiche Bestimmungen Aufnahme gefunden, wie sich denn überhaupt der italienische Vertrag dem vorliegenden Abkommen aufs engste anschliesst. Uebrigens entsprechen die in dem Artikel entwickelten Grundsätze dem vom auswärtigen Amt seit einer Reihe von Jahren in zahlreichen Einzelfällen vertretenen Standpunkt, zu dem auch die grossbritannische Regierung auf Grund der Gutachten der englischen Kronjuristen sich mehrfach bekannt hat. Um indessen jede Möglichkeit zu beseitigen, dass bei Ersatz von Rebellenschäden etc. Angehörige einer dritten Nation vor Reichsangehörigen bevorzugt werden könnten, sind zwischen dem kaiserlichen Ministerresidenten in Bogotá und der kolumbischen Regierung die beifolgenden Noten ausgetauscht worden, wonach die kolumbische Regierung, falls sie in Zukunft einem Nichtdeutschen Schäden ersetzen sollte, welche in Kolumbien von Aufständischen oder wilden Stämmen verursacht sind, obgleich ein Verschulden oder ein Mangel schuldiger Sorgfalt seitens der kolumbischen Behörden und ihrer Organe nicht vorliegt, die gleiche Entschädigung Deutschen zu gewähren hat, die sich in ähnlicher Lage befinden.

Artikel 21 spricht den Grundsatz aus, dass bis zum Abschluss einer Konsular-Konvention die beiderseitigen Konsuln die Rechte der Konsuln der meistbegünstigten Nation geniessen sollen. Insbesondere ist ihnen die im hanseatisch-neugranadinischen Verträge nicht berührte Befugnis der freien Verwahrung und Verwaltung der Nachlässe von solchen ihrer Landsleute bei-

Nr. 10373.
Deutsches
Reich und
Kolumbien.

gelegt worden, welche im Konsulatsbezirk versterben, ohne in dem Lande, wo der Sterbefall stattfindet, Erben oder Testamentsvollstrecker zu hinterlassen. Der Artikel 21 ersetzt die ausführlichen Vorschriften im Artikel 20 bis 28 des deutsch-dominikanischen Vertrages. Wenn es im Absatz 3 des Artikels heisst, dass Streitigkeiten, welche aus Ansprüchen wider den Nachlass entstehen, nach den Gesetzen des Gebietes, in welchem der Todesfall stattfand, entschieden werden sollen, so ist deutscherseits dabei von der Auffassung ausgegangen worden, dass unter dieser Vorschrift die Gesetze des letzten Wohnorts des Erblassers zu verstehen sind.

Artikel 22 enthält die allgemeine Zusicherung der unbedingten gegenseitigen Meistbegünstigung mit alleiniger Ausnahme der den Nachbarstaaten gewährten Erleichterungen im Grenzverkehr. Neben diesem Artikel, sowie dem die Meistbegünstigung in Bezug auf Handel und Zölle speziell behandelnden Artikel 11 erschien die Aufnahme einer, dem Artikel 4 des deutsch-dominikanischen Vertrages entsprechenden Vorschrift entbehrlich.

Artikel 23 bestimmt, dass bis zum Abschluss eines Auslieferungsvertrages die vertragschliessenden Theile sich in Auslieferungssachen, unter Voraussetzung der Reziprozität bei gleichartigen Fällen, gegenseitig auf dem Meistbegünstigungsfusse behandeln.

Eine Bestimmung über den künftigen Abschluss einer Vereinbarung wegen gegenseitigen Muster- und Markenschutzes, wie im Artikel 5 des deutsch-dominikanischen Vertrages, ist fortgelassen worden, weil zu einer derartigen Abmachung ein Bedürfniss nicht vorhanden war.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam 1893*).

Nr. 10374. **FRANKREICH.** — M. Develle, Minister des Auswärtigen, Nr. 10374.
Frankreich.
8. Juli 1893.
an M. le Myre de Vilers, französischen Bevollmächtigten in Siam. Die französischen Forderungen.

Paris, le 8 juillet 1893.

En présence des derniers événements survenus dans la vallée du Mékong et de l'attitude prise à notre égard par le Gouvernement siamois, le Gouvernement de la République a pensé qu'il y aurait intérêt à profiter du voyage que vous vous proposez de faire à Saïgon, pour vous confier le soin de poursuivre, s'il est possible, le règlement amiable des questions actuellement pendantes. || Il a, en conséquence, après en avoir conféré avec vous, décidé de vous envoyer à cet effet à Bangkok, en mission extraordinaire, et vous trouverez sous ce pli les lettres qui vous accréditent auprès du Roi de Siam avec les pouvoirs les plus étendus. || Des ordres vont être donnés pour qu'un bâtiment de guerre vous attende à Singapore, d'où il vous conduira immédiatement à Bangkok. || Comme vous le savez, nos revendications à l'égard du Siam sont de deux sortes. D'une part, nous avons mis le Gouvernement siamois en demeure de retirer les postes qu'il avait établis sur la rive gauche du Mékong au mépris des droits du Cambodge et de l'Annam. D'autre part, nous avons demandé satisfaction pour l'insulte faite à notre drapeau à Tong-Xieng-Kham, pour les mauvais traitements et l'expulsion dont deux de nos compatriotes, MM. Esquilat et Champenois, ont été l'objet l'année dernière à Outhène, pour les vexations infligées à un autre Français, M. Baraton, pour l'enlèvement par surprise du capitaine Thoreux, enfin pour l'assassinat par le mandarin siamois de Kammoun de l'inspecteur Groscurin, suivi du massacre d'un certain nombre de nos miliciens. Les démarches pressantes faites à ce sujet par notre Représentant au Siam sont demeurées jusqu'à présent sans effet, et nous n'avons pu obtenir de la cour de Bangkok que des réponses dilatoires. || Vous aurez

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen dem französischen Gelbbuche „Affaires de Siam“ 1893.

Nr. 10374.
Frankreich.
8. Juli 1893.

donc à réclamer du Gouvernement siamois: 1. la reconnaissance de nos revendications territoriales sur la rive gauche du Mékong; 2. les réparations dues pour les incidents que je viens de rappeler, ainsi que le paiement d'une indemnité. || Au cas, où le Gouvernement siamois se refuserait à faire droit à ces diverses demandes, vous devriez, à l'expiration du délai que vous auriez fixé, amener le pavillon et quitter Bangkok avec le personnel du Consulat général et les navires de guerre français qui se trouveraient dans le port. Vous aviseriez immédiatement le Commandant de la division navale qui procéderait sans retard à la notification et à l'établissement du blocus. || Je m'empresse, d'ailleurs, d'ajouter que le Gouvernement conserve l'espoir qu'il ne sera pas nécessaire de recourir à des mesures de coercition, et qu'il compte sur votre tact et votre fermeté pour amener la Cour de Bangkok à donner satisfaction à nos légitimes revendications. || Il n'est jamais, vous le savez, entré dans notre pensée de porter atteinte à l'indépendance du Siam. Vous pourrez, si vous le jugez utile, vous expliquer nettement à cet égard avec la Cour de Bangkok et vous attacher à dissiper les craintes qu'elle aurait pu concevoir sur nos intentions. J'appelle, d'ailleurs, votre attention sur l'intérêt qui s'attache à ce que, dans les pourparlers que vous aurez à suivre à Bangkok, vous vous refusiez catégoriquement à entrer en rapport avec d'autres personnes que le Roi ou ses Ministres et repoussiez l'intervention des conseillers étrangers. || Je vous serais reconnaissant de me tenir très exactement au courant, par le télégraphe, de la marche des pourparlers.

J. Develle.

Nr. 10375.
Frankreich.
8. Juli 1893.

Nr. 10375. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie, französischen Gesandten in Bangkok. Verstärkung des französischen Geschwaders.

Paris, le 8 juillet 1893.

Le Gouvernement anglais ayant résolu d'envoyer plusieurs bâtiments de guerre à Bangkok, en vue de protéger ses nationaux, nous avons décidé de renforcer nos forces navales. Veuillez annoncer au Gouvernement siamois l'arrivée de navires qui rejoindront le *Lutin*, en précisant qu'il s'agit exclusivement d'une mesure identique aux dispositions dont l'Angleterre et d'autres pays ont pris l'initiative. Il est, d'ailleurs, entendu qu'on ne devra engager aucune hostilité sans qu'il nous en ait été référé, sauf le cas où nos bâtiments seraient attaqués et forcés ainsi de répondre au feu de l'ennemi.

J. Develle.

Nr. 10376. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Geschwader fremder Mächte in Siam. Nr. 10376.
Frankreich.
9. Juli 1893.

Bangkok, le 9 juillet 1893.

Un bâtiment de guerre hollandais vient d'arriver à Bangkok. On annonce qu'une nouvelle canonnière anglaise a mouillé à Kosichan, ce qui porte à trois le nombre des bâtiments britanniques dans les eaux siamoises. Un quatrième est attendu à Paknam. Le Ministre d'Allemagne a demandé à la station navale de Chine d'envoyer à Bangkok une canonnière, qui arrivera le 10.

Pavie.

Nr. 10377. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Verhandlung mit Siam. Nr. 10377.
Frankreich.
11. Juli 1893.

Bangkok, le 11 juillet 1893.

Je viens de recevoir la réponse du Ministre des Affaires étrangères à la communication que je lui ai adressée conformément à vos instructions du 8 de ce mois. Cette réponse porte que le Gouvernement siamois n'a pas reçu du Gouvernement anglais notification de l'intention d'envoyer dans le Ménam un autre bâtiment que la canonnière qui s'y trouve actuellement dans les mêmes conditions que le Lutin; il conclut des termes de notre déclaration que la France n'insistera pas pour envoyer un second navire dans le Ménam, aussi longtemps qu'une autre Puissance n'en aura pas plus d'un. || Je viens de faire connaître au prince Devawongse qu'en attendant votre réponse j'insiste pour que, conformément au traité, l'Inconstant, qui est attendu le 13, mouille à Paknam.

Pavie.

Nr. 10378. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Dasselbe. Nr. 10378.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Paris, le 13 juillet 1893.

J'ai reçu du Ministre de Siam une communication semblable à celle dont vous me rendez compte par votre dépêche du 11 de ce mois. Le prince Vadhana a ajouté qu'il croyait devoir prévenir le Gouvernement français que des torpilles avaient été immergées dans la passe. || Veuillez déclarer au prince Devawongse que nous n'admettons à aucun degré les prétentions du Siam et que nous nous réservons d'user à notre convenance des droits formels que nous tenons de l'article 15 du traité de 1856. || Faites prévenir la division navale que le Gouvernement français a décidé qu'aucun navire ne doit franchir la barre pour le moment. Tant qu'aucune autre puissance n'aura pas plus d'un bateau dans la rivière, nous ne changerons rien à la situation. || Avisez, en outre, l'amiral Humann que vous avez expressément réservé auprès du Gouvernement siamois les droits que nous tenons de l'article 15 du traité de 1856.

J. Develle.

Nr. 10379.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Nr. 10379. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Siam weist die französischen Forderungen ab.

Bangkok, le 13 juillet 1893.
(Expédié à 10 h. 30 du matin.)

Le Gouvernement siamois persiste dans son refus et déclare que, dans les circonstances présentes, il ne peut consentir à ce que chaque puissance ait plus d'un bateau dans la rivière.

Pavie.

Nr. 10380.
Frankreich.
13. Juli 1893.

Nr. 10380. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Angriff auf die französischen Schiffe.

Bangkok, le 13 juillet 1893.
(Expédié à 10 h. 15 du soir.)

Au moment, où ils passaient la barre, l'Inconstant et la Comète ont été attaqués par les forts siamois. Après le dixième coup de canon, ils ont riposté et forcé la passe. Ils ont mouillé devant la Légation de France à Bangkok. Un de nos marins a été tué, deux ont été blessés.

Pavie.

Nr. 10381.
Frankreich.
14. Juli 1893.

Nr. 10381. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie. Protest.

Paris, le 14 juillet 1893.

Veuillez provoquer immédiatement les explications du Ministre des Affaires étrangères sur les faits relatés dans votre dépêche en date d'hier soir. Le Gouvernement siamois était prévenu de nos intentions pacifiques et il ne pouvait ignorer que nous avons envoyé des instructions à l'amiral Humann pour que nos navires s'arrêtassent à la barre. J'en avais avisé le prince Vadhana. Il y a, dans ces conditions, un véritable guet-apens qui ne peut être justifié. Protestez avec la plus grande énergie en déclinant la responsabilité des conséquences éventuelles de l'initiative assumée par le Gouvernement siamois. Les navires devront rester mouillés devant Bangkok. Toutefois, ils ne recommenceront le feu que s'ils sont attaqués ou sous le coup de menaces.

J. Develle.

Nr. 10382.
Frankreich.
15. Juli 1893.

Nr. 10382. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Plünderung eines Schiffes.

Bangkok, le 15 juillet 1893.

Le J.-B.-Say, vapeur des messageries maritimes de Cochinchine, passait la barre le 13, en même temps que nos bâtiments. Un projectile siamois

l'obligea à s'échouer. La réparation ayant été faite dans la nuit, il allait monter le 14, lorsque des Siamois vinrent s'en emparer, ouvrirent les prises d'eau, pillèrent le bateau, s'emparèrent des lettres confiées par l'amiral au capitaine, firent l'équipage prisonnier et, finalement, vinrent le déposer cette nuit devant l'hôtel de la Légation à Bangkok.

Nr. 10382.
Frankreich.
15. Juli 1893.

Pavie.

Nr. 10383. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Misshandlung eines französischen Offiziers.

Nr. 10383.
Frankreich.
17. Juli 1893.

Bangkok, le 17 juillet 1893.

J'avais prié le commandant du Forfait, d'accord avec le Ministre des Affaires étrangères, de venir à Bangkok. Il remarqua, en passant en canot à vapeur devant le J.-B.-Say, que le pavillon français était hissé au grand mât, au-dessous du pavillon siamois; il fit amener les deux pavillons et continua sa route. Un peu après, il fut rejoint par une chaloupe portant un officier européen et une quinzaine d'hommes armés, fut arrêté, insulté et menacé d'être fusillé. Grâce à son sang-froid, il se dégagea de cette agression. J'ai protesté énergiquement auprès du Gouvernement siamois.

Pavie.

Nr. 10384. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Die siamesische Regierung hätte den Angriff verhindern können.

Nr. 10384.
Frankreich.
18. Juli 1893.

Bangkok, le 18 juillet 1893.

Il résulte de la déclaration que vient de me faire le Ministre des Affaires étrangères que le télégramme du Ministre de Siam à Paris était arrivé à 11 heures du matin le 13 juillet. Le Gouvernement siamois avait donc le temps nécessaire pour empêcher l'attaque, qui a commencé à 6 h. 6 m. du soir; en effet Bangkok est relié par le télégraphe à Paknam et par le téléphone aux forts de la pointe ouest.

Pavie.

Nr. 10385. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Französisches Ultimatum.

Nr. 10385.
Frankreich.
19. Juli 1893.

Paris, le 19 juillet 1893.

Nous sommes aujourd'hui en mesure d'apprécier la gravité des récents incidents et les responsabilités nouvelles qui sont venues s'ajouter à celles que le Gouvernement siamois avait déjà encourues vis-à-vis de nous. Nous étions en droit de penser que la Cour de Bangkok serait la première à se rendre

Nr. 10385.
Frankreich.
19. Juli 1893.

compte de cette situation. Vos dernières dépêches indiquent au contraire que l'on persiste au Siam dans l'attitude dilatoire opposée jusqu'ici à nos légitimes revendications et que nous ne saurions tolérer plus longtemps. || Veuillez vous rendre immédiatement auprès du prince Devawongse. Vous lui signalerez une dernière fois les conséquences auxquelles son Gouvernement — dont nous n'entendons, d'ailleurs, à aucun degré menacer l'indépendance, — s'exposerait en ne nous accordant pas immédiatement satisfaction. Enfin, vous lui remettrez une communication ainsi conçue: || „Le Gouvernement français exige: || 1° La reconnaissance formelle par le Siam des droits de l'Empire d'Annam et du Royaume du Cambodge sur la rive gauche du Mékong, et sur ses îles; || 2° L'évacuation des postes siamois établis sur la rive gauche du Mékong, dans un délai qui ne pourra excéder un mois; || 3° Les satisfactions que comportent les incidents de Tong-Xieng-Kham et de Kam-Mon et les agressions dont nos navires et nos marins ont été l'objet dans la rivière du Ménam; || 4° Le châtimement des coupables et les réparations pécuniaires dues aux familles des victimes; || 5° Une indemnité de deux millions de francs pour les divers dommages causés à nos nationaux; || 6° Le dépôt immédiat d'une somme de trois millions de francs en piastres pour garantir ces réparations pécuniaires et ces indemnités, ou, à défaut, la remise à titre de gage de la perception des fermes et revenus des provinces de Battambang et de Siem-Real. || Le Gouvernement siamois devra faire connaître dans un délai de quarante-huit heures s'il accepte ces conditions. Dans ce cas, l'accord sera constaté par un échange de lettres entre le Prince Devawongse et le Ministre de France. || A défaut de réponse, ou en cas de refus, à l'expiration dudit délai, le Ministre de France quittera Bangkok et se retirera à bord du Forfait. || Le blocus sera immédiatement déclaré sur les côtes du Siam. || Si dans le trajet de Bangkok à la barre un acte hostile se produit contre nos canonnières, le Gouvernement siamois est avisé qu'il s'expose à des représailles immédiates.“ || Si vous n'avez pas reçu une réponse satisfaisante dans les formes expresses indiquées plus haut, à l'expiration du délai de quarante-huit heures, vous rejoindrez le Forfait avec les trois canonnières après avoir prévenu l'amiral Humann, qui reçoit de son côté les instructions nécessaires. || J'ai la confiance que votre expérience et votre dévouement vous permettront de vous acquitter de votre mission dans les conditions les plus propres à ménager tous les intérêts qui se recommandent à notre sollicitude dans les circonstances actuelles.

J. Develle.

Nr. 10386.
Frankreich.
20. Juli 1893.

Nr. 10386. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Mittheilung der Abreise von Myre de Vilers.

Paris, le 20 juillet 1893.

Le Gouvernement avait décidé, antérieurement aux derniers incidents du Ménam, de profiter du voyage à Saigon de M. le Myre de Vilers, député de

la Cochinchine, pour l'envoyer en mission extraordinaire à Bangkok en vue de hâter le règlement des questions pendantes. M. le Myre de Vilers s'est embarqué le 9 de ce mois: un bâtiment de guerre devait l'attendre à Singapore et l'emmener au Siam. Je viens de l'aviser à Aden des derniers événements et de lui annoncer qu'il recevra à Singapore de nouvelles instructions. Si le Gouvernement siamois accepte les bases fixées par nous, M. le Myre de Vilers se rendra à Bangkok pour procéder à la conclusion de l'arrangement définitif. || J'ai vu hier le Prince Vadhana et je lui ai fait connaître les résolutions du Gouvernement français.

J. Develle.

Nr. 10387. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Siam lehnt das Ultimatum ab.

Nr. 10386.
Frankreich.
20. Juli 1893.

Bangkok, le 22 juillet 1893.

La réponse du Gouvernement siamois vient de me parvenir. Il ne cède la rive gauche que jusqu'au dix-huitième degré. Je lui fais connaître que sa réponse n'étant pas pleinement satisfaisante, je quitterai Bangkok le 26 juillet avec les canonnières.

Pavie.

Nr. 10388. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Frankreich besteht auf seinen Forderungen.

Nr. 10388.
Frankreich.
22. Juli 1893.

Paris, le 22 juillet 1893.

J'ai reçu la visite du Ministre de Siam, qui m'a demandé, au nom de son Gouvernement, une prolongation du délai fixé pour l'acceptation de nos conditions; j'ai répondu négativement.

J. Develle.

Nr. 10389. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie. Die niederländische Regierung soll den Schutz der französischen Interessen übernehmen.

Nr. 10389.
Frankreich.
23. Juli 1893.

Paris, le 23 juillet 1893.

La réponse du Gouvernement siamois ne nous donnant pas satisfaction, j'approuve les dispositions que vous avez prises en vue de quitter Bangkok. J'avise le Gouvernement néerlandais des motifs qui nous mettent dans la nécessité de recourir aux bons offices de son représentant à Bangkok, en lui demandant d'autoriser celui-ci par le télégraphe à se charger de la protection des intérêts français au Siam.

J. Develle.

Nr. 10390.
Frankreich.
26. Juli 1893.

Nr. 10390. **FRANKREICH.** — M. Pavie an M. Develle. Abreise des französischen Gesandten.

Paknam, le 26 juillet 1893.

Nous avons mouillé hier ici après avoir quitté Bangkok à 3 heures. Nous avons été salués par tous les pavillons consulaires. Le départ a eu lieu sans incident; nous passons la barre ce soir à 5 heures.

Pavie.

Nr. 10391.
Frankreich.
29. Juli 1893.

Nr. 10391. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen Generalkonsuls in Bangkok. Siam giebt nach.

Paris, le 29 juillet 1893.

Le Ministre de Siam est venu m'annoncer ce matin que son Gouvernement acceptait sans réserves les conditions de l'ultimatum. J'ai réservé ma réponse jusqu'à ce que j'aie pu en entretenir le Conseil des Ministres.

J. Develle.

Nr. 10392.
Siam.
29. Juli 1893.

Nr. 10392. **SIAM.** — Der Gesandte Siams in Paris an den Minister des Auswärtigen. Annahmeder französischen Vorschläge.

Paris, le 29 juillet 1893.

Mon Auguste Souverain, S. M. le Roi de Siam, ayant, avec de sincères regrets, constaté que la réponse faite par son Gouvernement à la Note comminatoire du 20 juillet dernier et aux conditions à lui imposées par celle-ci fut considérée comme ne donnant pas toutes les satisfactions que le Gouvernement de la République réclamait, j'ai été chargé par mon Gouvernement de porter à la connaissance de Votre Excellence que S. M. le Roi de Siam, inspiré par les meilleurs sentiments d'amitié pour la France, acceptait, sans réserve, les réclamations du Gouvernement de la République. || Je viens confirmer, par les présentes, ce que j'ai eu l'honneur de communiquer verbalement à Votre Excellence au cours de l'entrevue qu'Elle a bien voulu m'accorder ce matin, et je viens préciser, autant que possible, les motifs qui avaient amené S. M. le Roi à accepter définitivement les conditions de la France. C'était: || 1° Pour apaiser et mettre fin à l'excitation, de jour en jour grandissante, de la population de Bangkok, excitation qui menaçait la vie et la propriété des indigènes comme des étrangers; || 2° Pour le repos et le bonheur de son peuple; || 3° Pour le maintien de la paix; || 4° Pour sauvegarder les intérêts du commerce; || 5° Pour renouveler les relations diplomatiques à Bangkok entre le Siam et la France, relations interrompues d'une façon

regrettable; || 6° Pour reprendre les traditions d'un amical et cordial voisinage, et dans l'intérêt des deux nations. || Je me félicite d'avoir l'honneur de porter ce qui précède à la connaissance de Votre Excellence, et je ne doute point que le Gouvernement de la République, pour mettre, de son côté, fin au différend qui s'est élevé entre le Siam et la France, ne donne les contre-ordres nécessaires en ce qui concerne le blocus que la flotte française, actuellement dans le golfe de Siam, se préparait à établir.

Vadhana.

Nr. 10393. **FRANKREICH.** — M. Develle an Prinz Vadhana, Gesandten Siams in Paris. Antwort auf das Vorige. Nr. 10393.
Frankreich.
29. Juli 1893.

Paris, le 30 juillet 1893.

(Note.)

Le retard apporté par le Gouvernement siamois à accepter l'ultimatum, qui lui a été remis par le Ministre-Résident de France à Bangkok le 20 juillet, autorisait le Gouvernement de la République française à en aggraver les conditions. || Désireux de donner une nouvelle preuve des sentiments de modération qui l'ont constamment inspiré, le Gouvernement français se contentera, comme garantie indispensable de l'exécution pratique des clauses de l'ultimatum, d'occuper la rivière et le port de Chantaboun jusqu'à la complète et pacifique évacuation des postes établis par les Siamois sur la rive gauche du Mékong. || D'autre part, en vue de garantir les bonnes relations heureusement rétablies entre la France et le Siam et de prévenir tout conflit dans la région du Grand-Lac et du Mékong, le Gouvernement siamois s'engagera à n'entretenir désormais aucune force militaire à Battambang et à Siem-Reap ainsi que dans les localités situées dans un rayon de 25 kilomètres sur la rive droite du Mékong à partir des frontières du Cambodge. Il y maintiendra seulement le personnel de police nécessaire pour assurer l'ordre. En outre, il s'abstiendra d'entretenir ou de faire circuler des navires et embarcations armés sur les eaux du Grand-Lac et sur celles du Mékong. || Le Gouvernement français se réserve d'établir des consulats à M-Nan et à Khorat. || L'acceptation par le Siam de ces garanties permettra au Gouvernement français de lever immédiatement le blocus.

Nr. 10394. **FRANKREICH.** — M. Develle an M. Le Myre de Vilers, durch Vermittlung des französischen Konsuls in Singapore. Instruction zu den Friedensverhandlungen. Nr. 10394.
Frankreich.
1. Aug. 1893.

Paris, le 1^{er} août 1893.

Le Siam vient d'accepter les conditions de notre ultimatum et de souscrire aux garanties complémentaires que nous avons dû lui demander. Je vous

Nr. 10394.
Frankreich.
1. Aug. 1893.

prie de vous rendre directement à Bangkok sur un de nos bâtiments qui ira incessamment se mettre à votre disposition. L'arrangement que vous aurez à soumettre au Gouvernement siamois devra naturellement reproduire les différentes clauses dont le principe a été accepté par lui. Il vous appartiendra d'y introduire les dispositions qui vous paraîtraient de nature à garantir les bonnes relations heureusement rétablies entre nous et le Siam et à prévenir toute difficulté pour l'avenir.

J. Develle.

Nr. 10395.
Frankreich.
1. Aug. 1893.

Nr. 10395. FRANKREICH. — M. Develle an M. Pavie, durch Vermittlung des niederländischen General-Konsuls in Bangkok. Dasselbe.

Paris, le 1^{er} août 1893.

J'ai reçu ce matin le Prince Vadhana, qui est venu m'annoncer que le Gouvernement siamois souscrivait aux garanties réclamées par la note du 30 juillet. Le Prince Devawongse vous fera part à vous-même de l'acceptation du Gouvernement siamois. Dès que vous aurez échangé avec le Prince Devawongse les communications écrites constatant l'acceptation formelle de l'ultimatum et des garanties complémentaires, vous en donnerez avis à l'amiral Humann, qui lèvera alors le blocus et occupera simultanément la rivière de Chantaboun. Prenez toutes les précautions nécessaires d'accord avec les autorités siamoises pour que cette opération ne donne lieu à aucun incident. Je vous autorise à vous réinstaller à Bangkok. M. Le Myre de Vilers y arrivera incessamment. La solution de notre conflit avec le Siam a été accueillie en France avec satisfaction. J'ai apprécié l'utilité de votre concours dans ces circonstances et je tiens à vous en exprimer mes remerciements.

J. Develle.

Nr. 10396.
Frankreich.
6. Aug. 1893.

Nr. 10396. FRANKREICH. — M. Pavie an M. Develle. Offizielle Annahme des Ultimatums durch Siam.

Bangkok, le 6 août 1893.

Kosichan, le 6 août 1893.

Le Ministre des Affaires étrangères vient de me faire parvenir la lettre dont il m'avait annoncé l'envoi et qui est ainsi conçue: "J'ai l'honneur de confirmer formellement l'acceptation par le Gouvernement de Sa Majesté de l'Ultimatum du 20 juillet et des garanties complémentaires contenues dans la Note de Paris du 30 juillet." Un haut fonctionnaire est arrivé pour m'accompagner à Bangkok, et aussi un envoyé qui doit se rendre à Chantaboun avec le Lutin.

Pavie.

Nr. 10397. **FRANKREICH.** — M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Nr. 10397.
Frankreich.
1. Oct. 1893.

Bangkok, le 1^{er} octobre 1893.

Le Traité et la Convention sont signés. Je vous envoie par lettre le texte des instruments.

Le Myre de Vilers.

Nr. 10398. **FRANKREICH.** — M. Le Myre de Vilers an M. Develle. Nr. 10398.
Frankreich.
5. Oct. 1893.

Bericht über eine Audienz beim Könige von Siam.

Bangkok, le 5 octobre 1893.

Je vous serais reconnaissant de faire parvenir à M. le Président de la République le télégramme suivant: || "Au cours de l'audience de congé que le Roi m'a accordée à son palais de Bangpoin, Sa Majesté m'a chargé de vous exprimer ses sentiments d'amitié et de vous assurer que son Gouvernement exécuterait scrupuleusement le Traité. Sa Majesté m'a répété plusieurs fois que les intérêts de son Royaume exigeaient impérieusement une entente cordiale avec la France, et qu'Elle apporterait tous ses soins à la maintenir."

Le Myre de Vilers.

Nr. 10399. **FRANKREICH und SIAM.** — Vertrag zwischen Frankreich und Siam. Nr. 10399.
Frankreich
und Siam.

Le Président de la République française et Sa Majesté le Roi de Siam, voulant mettre un terme aux contestations survenues dans ces derniers temps entre les deux États et consolider les relations d'amitié qui existent depuis des siècles entre la France et le Siam, ont nommé pour leurs plénipotentiaires: || Le Président de la République française, || M. Charles-Marie Le Myre de Vilers, Grand-Officier de la Légion d'Honneur et de l'Éléphant Blanc, Ministre plénipotentiaire de première classe, député, || Et Sa Majesté le Roi de Siam, || Son Altesse Royale le Prince Devawongse Varoprakar, Chevalier de l'Ordre de Maha Chakrakri, Grand-Officier de la Légion d'Honneur, etc., Ministre des Affaires étrangères, || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs et les avoir reconnus en due et bonne forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Le Gouvernement siamois renonce à toute prétention sur l'ensemble des territoires de la rive gauche du Mékong et sur les îles du fleuve.

Article II.

Le Gouvernement siamois s'interdit d'entretenir ou de faire circuler des embarcations ou des bâtiments armés sur les eaux du Grand-Lac, du Mékong et de leurs affluents situés dans les limites visées à l'article suivant.

Nr. 10399.
Frankreich
und Siam.

Article III.

Le Gouvernement siamois ne construira aucun poste fortifié ou établissement militaire dans les provinces de Battambang et de Siem-Reap et dans un rayon de vingt-cinq kilomètres sur la rive droite du Mékong.

Article IV.

Dans les zones visées par l'article III, la police sera exercée selon l'usage, par les autorités locales, avec les contingents strictement nécessaires. Il n'y sera entretenu aucune force armée régulière ou irrégulière.

Article V.

Le Gouvernement siamois s'engage à ouvrir, dans un délai de six mois, des négociations avec le Gouvernement français en vue du règlement du régime douanier et commercial des territoires visés à l'article III et de la revision du traité de 1856. Jusqu'à la conclusion de cet accord, il ne sera pas établi de droit de douane dans la zone visée à l'article III. La réciprocité continuera à être accordée par le Gouvernement français aux produits de ladite zone.

Article VI.

Le développement de la navigation du Mékong pouvant rendre nécessaires sur la rive droite certains travaux ou l'établissement de relais de batellerie et de dépôts de bois et de charbon, le Gouvernement siamois s'engage à donner, sur la demande du Gouvernement français, toutes les facilités nécessaires à cet effet.

Article VII.

Les Citoyens, sujets ou ressortissants français pourront librement circuler et commercer dans les territoires visés à l'article III, munis d'une passe délivrée par les autorités françaises. La réciprocité sera accordée aux habitants desdites zones.

Article VIII.

Le Gouvernement français se réserve d'établir des Consuls où il le jugera convenable dans l'intérêt de ses ressortissants, et notamment à Korat et à Muang-Nau.

Article IX.

En cas de difficultés d'interprétation, le Texte français fera seul foi.

Article X.

Le présent traité devra être ratifié dans un délai de quatre mois à partir du jour de la signature. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs sus-nommés ont signé le présent Traité en duplicata et y ont apposé leurs cachets.

Fait au Palais de Vallabha, à Bangkok, le 3 octobre 1893.

Le Myre de Vilers.

Devawongse-Varoprakar.

Convention.

Nr. 10399.
Frankreich
und Siam.

Les Plénipotentiaires ont arrêté dans la présente Convention les différentes mesures et les dispositions qu'entraîne l'exécution du Traité de paix signé en ce jour et de l'Ultimatum accepté le 5 août dernier.

Article I.

Les derniers postes militaires siamois de la rive gauche du Mékong devront être évacués dans le délai maximum d'un mois à partir du 5 septembre.

Article II.

Toutes les fortifications de la zone visée à l'article III du Traité en date de ce jour devront être rasées.

Article III.

Les auteurs des attentats de Tong-Xieng-Kham et de Kammoun seront jugés par les autorités siamoises; un représentant de la France assistera au jugement et veillera à l'exécution des peines prononcées. Le Gouvernement français se réserve le droit d'apprécier si les condamnations sont suffisantes, et, le cas échéant, de réclamer un nouveau jugement devant un tribunal mixte dont il fixera la composition.

Article IV.

Le Gouvernement siamois devra remettre à la disposition du Ministre de France à Bangkok ou aux autorités françaises de la frontière tous les sujets français, annamites, laotiens de la rive gauche et les Cambodgiens détenus à un titre quelconque; il ne mettra aucun obstacle au retour sur la rive gauche des anciens habitants de cette région.

Article V.

Le Bam-Bien de Tong-Xieng-Kham et sa suite seront amenés par un délégué du Ministre des Affaires étrangères à la Légation de France, ainsi que les armes et le pavillon français saisis par les autorités siamoises.

Article VI.

Le Gouvernement français continuera à occuper Chantaboun jusqu'à l'exécution des stipulations de la présente Convention et notamment jusqu'à complète évacuation et pacification tant de la rive gauche que des zones visées à l'article III du Traité en date de ce jour. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait double au Palais de Vallabha, à Bangkok, le 3 octobre 1893.

Le Myre de Vilers.

Devawongse-Varoprakar.

Die Neufundländer Fischereifrage*).

Nr. 10400.
Frankreich.
22 März 1891.

Nr. 10400. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Einbringung des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens vom 11. März seitens der englischen Regierung.

Londres, le 22 mars 1891.

Les négociations étant terminées au sujet de Terre-Neuve, le Gouvernement anglais se préoccupe à présent de préparer l'exécution des arrangements intervenus. || Lord Salisbury a pris le parti de s'adresser directement au Parlement impérial et de lui demander de donner aux commandants des forces navales anglaises les pouvoirs que leur conteste le Parlement de Saint-Jean. || Il a commencé par faire présenter le projet de loi à la Chambre des Lords, où il n'a pas soulevé d'opposition en première lecture. Lord Knutsford, Ministre des Colonies, s'était chargé, le 19, de cette présentation, et Lord Kimberley, du parti libéral, avait répondu à ses déclarations très catégoriques par l'expression d'une confiance dont Lord Salisbury s'est empressé de prendre acte dans un discours. || A la Chambre des Communes, deux députés libéraux, Sir J.-P. Hennessy et M. S. Hill, ont demandé: || 1° S'il était vrai qu'on eût négligé de consulter la Colonie sur le projet de loi; || 2° Si on attendrait les délégués du Parlement de Saint-Jean, qui demandent à être entendus. || Sir J. Fergusson a répondu à la première question que le Gouvernement de Terre-Neuve, ayant déjà manifesté d'avance son opposition, on n'avait pas cru devoir le consulter et, quant à la seconde, M. W.-H. Smith, premier Lord de la Trésorerie, a déclaré que la question était d'une importance si grave qu'il demandait, avant d'y répondre, à se consulter avec ses collègues, et il a remis sa réponse à lundi. || Hier, j'ai interrogé Lord Salisbury à ce sujet. Il m'a dit que le Gouvernement s'attendait à la démarche de la législature de Terre-Neuve et qu'il donnerait le temps aux délégués d'arriver à Londres et de faire

*) Die nachfolgenden Dokumente 10400—10427 sind entnommen dem französischen Gelbbuche „Affaires de Terre-Neuve“ 1892.

valoir leurs griefs; mais il est résolu à passer outre ensuite et il espère que le bill sera voté pour la fin d'avril. Lord Salisbury tient absolument à ce que l'arrangement relatif à l'arbitrage soit fidèlement exécuté, et, dans un précédent entretien, il m'a dit qu'il en ferait une question de cabinet.

Waddington.

Nr. 10401. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Text des Gesetzes.

Nr. 10401.
Frankreich.
15. April 1891.

Londres, le 15 avril 1891.

Lord Kimberley a demandé hier à la Chambre des Lords quand le Gouvernement se proposait de procéder à la seconde lecture du bill relatif à l'arbitrage de Terre-Neuve et au renouvellement du modus vivendi; il a exprimé en même temps le regret qu'éprouveraient les Délégués en arrivant ce soir ou demain matin à Londres de n'y pas trouver le Premier Ministre. Lord Knutsford, en annonçant pour lundi le commencement de la discussion et en déposant le texte ci-joint du bill, a profité de l'occasion pour faire savoir que les Délégués seraient admis à présenter eux-mêmes devant le Parlement leurs objections.

d'Estournelles de Constant.

Annexe à la Dépêche du Baron d'Estournelles de Constant à M. Ribot, en date du 15 avril 1891.

A Bill Intituled

an Act to revive certain sections of an Act of the fifth year of the reign of King George the Fourth, chapter fifty-one, for the purpose of carrying into effect engagements with France respecting Fisheries in Newfoundland.

Whereas divers engagements beginning in the year one thousand seven hundred and thirteen have been entered into between Great Britain and France respecting the Newfoundland fisheries: || And whereas for the purpose of carrying into effect such engagements (in this Act referred to as the Newfoundland fishery engagements) the Act of 1824 mentioned in the Schedule to this Act enacted the sections set out in that schedule: || And whereas a legislature known as the General Assembly was duly constituted in and for Newfoundland, in the year one thousand eight hundred and thirty-two; || And whereas in view of the powers so vested in the Legislature of Newfoundland, the Act of 1824, which was a temporary Act, was continued for a limited time only, and was allowed to expire on the thirty first day of December one thousand eight hundred and thirty-four; but the Legislature of Newfoundland

Nr. 10401.
Frankreich.
15 April 1891.

have made no provision of a similar character: || And whereas since the expiration of the Act of 1824, the officers of Her Majesty's ships have continued as before to carry into effect under Her Majesty's orders and instructions the Newfoundland fishery engagements, and recently, in consequence of the absence of legislative provision, doubts have arisen as to the powers of the said officers for that purpose: || And whereas differences have arisen between the United Kingdom and France with respect to the Newfoundland fishery engagements, and negotiations are in progress with a view to arrange such differences, by referring the questions in dispute to arbitration, and pending the completion of such negotiations temporary arrangements may from time to time be necessary, and it is expedient to remove the above doubts, and revive the enactments set out in the Schedule to this Act, and apply the same to any temporary arrangements that may be made as aforesaid, and to any permanent arrangement with respect to such differences: || Be it therefore enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows: || 1. — (1). The enactments set out in the Schedule to this Act shall be revived and have full effect, and the treaty or treaties therein named shall include not only the Newfoundland fishery engagements but also any temporary arrangement made with France either before or after the passing of this Act for adjusting the differences arising out of those engagements. || (2). If any permanent arrangement is made between the United Kingdom and France with respect to the differences which have arisen upon the Newfoundland fishery engagements, it shall be lawful for Her Majesty, by Order in Council, to direct that the enactments hereby revived shall apply, and the same shall apply accordingly as if such permanent arrangement were a treaty mentioned in the said enactments: || (3.) Provided that before such Order is made, the draft thereof shall have been communicated to the Government of Newfoundland, and lain on the table of both Houses of the Imperial Parliament for not less than one month. 2. Where Her Majesty the Queen in Council is satisfied, that by any law made before or after the passing of this Act by the Legislature of Newfoundland, sufficient provision is made for carrying into effect under Her Majesty's orders and instructions the Newfoundland fishery engagements, or any such arrangement as above in this Act mentioned, it shall be lawful for Her Majesty in Council to suspend the operation of this Act, or any part thereof, so long as such law continues in force and no longer, and to direct that such law or any part thereof shall have effect with or without modifications and alterations as if it were part of this Act, and any Order in Council so made shall have full effect. || 3. This Act may be cited as the Newfoundland Fisheries Act, 1891.

Schedule.

Enactments of Act of 1824 applied.

Nr. 10401.
Frankreich.
15. April 1891.

5 Geo. 4. c. 51., intituled. "An Act to repeal several laws relating to the fisheries carried on upon the Banks and Shores of Newfoundland, and to make provision for the better conduct of the said Fisheries for five years, and from thence to the end of the then next session of Parliament."

Section XII.

It shall and may be lawful for His Majesty, His Heirs and Successors, by advice of His or their Council, from Time to Time to give such Orders and Instructions to the Governor of Newfoundland, or to any Officer or Officers on that Station, as He or they shall deem proper and necessary to fulfil the purposes of any Treaty or Treaties now in force between His Majesty and any Foreign State or Power; and in case it shall be necessary to that end to give Orders and Instructions to the Governor, or other Officer or Officers aforesaid, to remove or cause to be removed any Stages, Flakes, Train vats, or other Works whatever, for the Purpose of carrying on the Fishery, erected by His Majesty's Subjects on that Part of the Coast of Newfoundland which lies between Cape Saint John passing to the North, and descending to the Western Coast of the said Island to the Place called Cape Raye, and also all Ships, Vessels and Boats belonging to His Majesty's Subjects which shall be found within the Limits aforesaid; and also, in case of Refusal to depart from within the Limits aforesaid, to compel any of His Majesty's Subjects to depart from thence; any Law, Custom, or Usage to the contrary notwithstanding.

Section XIII.

If any Person or Persons shall refuse, upon Requisition made by the Governor, or any Officer or Officers acting under him in pursuance of His Majesty's Orders or Instructions as aforesaid, to depart from within the Limits aforesaid, or otherwise to conform to such Requisitions and Directions as such Governor or other Officer as aforesaid shall make or give for the Purposes aforesaid, every such Person or Persons so refusing or otherwise offending against the same, shall forfeit the Sum of fifty Pounds sterling Money: Provided always, that every such Suit or Prosecution, if the same is commenced in Newfoundland, shall be commenced within One Year, and if commenced in any of His Majesty's Courts of Record at Westminster, within Two Years from the Time of the Commission of such Offence.

Nr. 10402. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Die Neufundländer Delegation im englischen Oberhause.

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

Londres, 23 avril 1891.

Les délégués de Terre-Neuve ont été admis tantôt, sur la proposition de Lord Dunraven à la barre de la Chambre des Lords. Le premier Ministre

No. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

de la Colonie, Sir W. Whiteway, a lu un long plaidoyer contenant l'historique de la question et les objections de la Colonie tant à l'adoption du „Bill Knutsford“, qu'à l'application de l'arrangement anglo-français. La conclusion de ce document est que le Gouvernement de Terre-Neuve consentirait à accepter et à assurer lui-même le renouvellement et l'exécution du *modus vivendi*, mais à la condition que l'arbitrage fût général et non pas limité. || La Chambre des Lords, sur la proposition de Lord Knutsford, a décidé d'ajourner la discussion à lundi prochain. Votre Excellence trouvera ci-joint le texte du memorandum lu par Sir W. Whiteway.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot, en date du 23 avril 1891.

Mémoire lu à la Chambre des Lords, le 23 avril 1892,
par Sir William Whiteway.

May it please your Lordships,

On behalf of the Legislature of Newfoundland, I beg to express deep gratitude for the great privilege which has been conceded to its Delegates by your Lordships in permitting us to appear at the Bar of this most noble and august assembly, to express the Legislature's objections to the Bill entitled "An Act to revive certain Sections of an Act of the Fifth Year of the reign of George IV., chap. 51, for the purpose of carrying into effect engagements with France respecting Fisheries in Newfoundland." || I shall express those objections as concisely as possible. || It will not be necessary to tire your Lordships by reading those portions of the treaties and declarations which refer to Newfoundland, with all of which you are already familiar; and I will therefore content myself with saying that the 13th article of the Treaty of Utrecht (1713) was revived by the 5th article of the Treaty of Paris (1763), and that the Treaty of Versailles (1783) again restored the fishery rights of the French to their position under the Treaty of Utrecht. The Treaty of Paris (1814) restored matters to the status they were in 1792, under the Treaty of Versailles, and in 1815 the third Treaty of Paris confirmed the treaty made in the previous year. Your Lordships attention is particularly drawn to the 6th article of the Treaty of Paris (1763), to the 4th article of the Treaty of Versailles (1783) and to the declarations which accompanied the latter treaty.

History of Legislation.

A brief history of the legislation in connection with the Treaties and Declarations will be found instructive and significant when the arguments which I shall venture to adduce come to be considered. || It is a remarkable fact that for 75 years—from 1713 to 1788—no legislation seems to have taken place with reference to the execution of the Treaties of Utrecht, Paris,

or Versailles. The first Act upon the subject was passed in July, 1788—five years after the Treaty of Versailles was signed. It first set forth the engagements made by the treaties and declarations accompanying the Treaty of Versailles, and then enacted as follows:

[Nr. 10402-
Frankreich.
23. April 1891.

Section I.

"It shall and may be lawful for his Majesty, his heirs and successors, by advice of Council, from time to time to give such orders and instructions to the Governor of Newfoundland, or to any officer or officers on that station, as he or they shall deem proper and necessary to fulfil the purposes of the definitive treaty and declaration aforesaid; and, if it shall be necessary to that end, to give orders and instructions to the Governor, or other officer aforesaid, to remove or cause to be removed any stages, flakes, train vats, or other works whatever, for the purpose of carrying on fishery, erected by his Majesty's subjects on that part of the coast of Newfoundland which lies between Cape St. John passing to the north, and descending by the western coast of the said island to the place called Cape Raye, and also all ships, vessels and boats belonging to his Majesty's subjects which shall be found within the limits aforesaid; and also, in case of refusal to depart from within the limits aforesaid, to compel any of his Majesty's subjects to depart from thence; any law, custom, or usage to the contrary notwithstanding."

Section II.

"And be it further enacted by the authority aforesaid, That if any person or persons shall refuse, upon requisition made by the Governor, or any officer or officers acting under him, in pursuance of his Majesty's orders or instructions as aforesaid, to depart from within the limits aforesaid, or otherwise to conform to such requisitions and directions as such Governor or other officer as aforesaid shall make or give for the purposes aforesaid, every such persons so refusing or otherwise offending against the same, shall forfeit the sum of two hundred pounds, to be recovered in the Court of Session or Court of Vice-Admiralty in the said Island of Newfoundland, or by bill, plaint, or information in any of his Majesty's Courts of Record at Westminster; one moiety of such penalty to belong to his Majesty, his heirs and successors, and the other moiety to such person or persons as shall sue or prosecute for the same: provided always that every such suit or prosecution, if the same is commenced in Newfoundland, shall be commenced within three months, and if commenced in any of his Majesty's Courts of Record at Westminster, within twelve months from the time of the commission of such offence."

War terminated the Treaty of Versailles; and though the Treaty of Paris (1814) restored to France "the colonies, fisheries and factories of every kind which were possessed by France on the 1st January, 1792," it does not appear to have been considered, that this treaty revived the Act above quoted,

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

for in 1824 an Act intituled, "An Act to repeal several Laws relating to the Fisheries carried on upon the Banks and Shores of Newfoundland, and to make provision for the better conduct of the Fisheries for Five Years, and from thence to the end of the then next Session of Parliament", contened two sections—12 and 13—which were almost literally the same as those above quoted; and these two sections it is proposed to re-enact by the Bill now before your Lordships. || An Act was passed in 1829 to continue the Act 5 Geo. IV., chap. 51, last referred to, until the 31st December, 1832; and in 1832 the Act 5 Geo. IV., chap. 51, was further extended until 1834, "and no longer". In 1832 a Legislature was granted to Newfoundland, its first assembling taking place in 1833; and Parliament did not in 1834 further continue in force the law enacted in 1824, leaving to the Legislature of the Colony the task of passing laws and enforcing regulations the carry out the treaties and declarations. || The Legislature of the Colony did not, however, assume this duty, nor does it appear by the records that its attention was ever called to the matter. The fact remains, however, that in 1834 the last Act of Parliament in this connection expired by virtue of one of its own provisions, and that from that year until the present time, no legal authority has existed for the enforcement of her Majesty's instructions to naval commanders upon the coast of Newfoundland. It is now proposed to re-enact the provisions of the Act 5 Geo. IV., chap. 51, and to give them an application in a manner never before suggested. || The Act now before your right honourable House contains the following clauses:

[Le mémoire lu par Sir W. Whiteway reproduit ici les paragraphes 1, 2 et 3 du projet de loi de lord Knutsford, insérés plus haut, page 152.]

Objections.

Having thus briefly stated the provisions of the treaties and declarations, and the history of the legislation connected therewith, we humbly beg to solicit your attention to the objections which the Colony entertains to the Bill now proposed.

First. — We object to the passage of the Bill now before your Lordships, because it was introduced into Parliament before the Government, the Legislature, or the people of Newfoundland had an opportunity to accept or oppose it, or to suggest its amendment; which is opposed to the principles of responsible government granted to the Colony, and in direct opposition, as we conceive, to the assurance given to the Colony in 1857, when the Right Honourable the Secretary of State sent the following despatch to the Government of Newfoundland announcing the abandonment of a proposed Convention with France:

Downing street, 26th march 1857.

"Sir, — When her Majesty's Government entered into the Convention with that of France, they did so in the hope of bringing to a satisfactory

arrangement the many complicated and difficult questions which have arisen between the two countries on the subject of the Newfoundland fisheries. But they did so with the full intention of adhering to two principles which have guided them, and will continue to guide them namely, that the rights at present enjoyed by the community of Newfoundland are not to be ceded or exchanged without their assent; and that the constitutional mode of submitting measures for that assent is by laying them before the Colonial Legislature. || For this reason they pursued the same form of proceeding which had been before pursued in the case of the Reciprocity Convention with the United States, and which was in that case adopted and acted upon by the Newfoundland Legislature. It was in perfect uniformity with the same precedent, that it appeared necessary in the present instance to add a condition respecting Parliamentary enactment, in order that, if necessary, any existing obstacles to the arrangement in the series of Imperial Statutes might be subsequently removed. || The proposals contained in the Convention having been now unequivocally refused by the Colony, they will, of course, fall to the ground. And you are authorised to give such assurance as you may think proper that the consent of the community of Newfoundland is regarded by her Majesty's Government as the essential preliminary to any modification of their territorial or maritime rights."

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

H. Labouchère.

To Governor Darling, etc., etc., Newfoundland.

Neither the present Act nor any other specific Act has ever been submitted to the Colonial Government or Legislature for definite acceptance, rejection, or amendment. Information that this Act would be introduced was not given to the Government of the Colony till the 17th day of March last, nor to the Legislature till the 18th day of the same month, though the British Government determined in the middle of January to procure its enactment, and transmitted a despatch to Governor O'Brien on the 19th of that month giving information in regard to this Bill, which must have been received by him before the middle of February, but was not submitted to the Government of the Colony until the date above mentioned. Knowledge of the introduction of the Act into Parliament on the 19th day of March last was first received by the Government and Legislature of the Colony on the same day by means of telegrams from private persons, and repeated applications by the Legislature to the British Government for a copy of the text of the Bill failed to procure it prior to our departure from the Colony. If this Bill had before its introduction been submitted to the Government and Legislature of the Colony, with an intimation of the British Government's intention to procure its enactment by Parliament, such arrangements might have been made as would have prevented the present unpleasant condition of affairs. || We respectfully submit, that the power of legislation on all matter concerning

No. 10402.
Frankreich.
29. April 1891.

the territory within the jurisdiction of the Colony is vested in the Local Legislature, subject, of course, to her Majesty's assent; and although we do not pretend to contend, that power to legislate for the Colony does not reside in the Imperial Parliament, we most humbly urge that it is a power which should not be exercised before the Local Legislature has most clearly and distinctly refused to enact laws adequately meeting the necessities of the case, and then only in cases of extreme emergency. || By Clause 1, "any temporary arrangement made with France either before or after the passing of this Act" is enforceable as though it were a treaty; and by Clause 2, "any permanent arrangement" with France "with respect to the differences which have arisen upon the Newfoundland fishery engagements" are also enforceable as though they were treaties. To us it appears, that these provisions are intended to legalise the *modus vivendi* made with France in 1890, as well as its renewal this year, and therefore that it is retroactive legislation, calculated to injuriously affect suitors claiming damages for losses sustained in 1890 in consequence of the operation of that *modus vivendi*; and we submit, that this is an interference with a right of the subject which ought not to be permitted. But a far more serious danger, and a far greater infringement of constitutional right, than this, appears to be contemplated by the provisions legalising future arrangements. As we interpret the Act, the Government would have power, were it enacted, to cede to France the most valued rights of the Colony, without the Colony's consent, and in spite, indeed, of its most earnest protests. Nay, more, the Imperial Parliament itself seems by the terms of the Bill to be virtually deprived of a constitutional check which it has exercised at all times. || It is proposed by the Bill that when any permanent arrangement with France has been made, it shall be lawful for her Majesty to enforce it by Order in Council; and although it is provided, that such Order must be „communicated to the Government of Newfoundland, and lain on the table of both Houses of the Imperial Parliament for not less than one month", no effective means of protest, and no power of rejection, is secured to the Colony, while the mere omission of the Imperial Parliament to express its disapproval of the Order in Council would for ever fasten upon the Colony the burden of any arrangement which might be made. || The Legislature of the Colony is appalled at the danger with which it is thus menaced. Arrangements proposed in the past have caused it to fear undue concession of the rights of the Colony to France, and it is feared that it is now intended to impose upon the Colony an arrangement to which it would not willingly consent. Whether this be the intention or not, the Bill now before your Lordships evidently confers power to do so, and is, therefore, a menace to that right of prior consent promised to the Colony by the British Government in 1857. || The people of the island may at any moment find themselves hampered by arrangements which may prove ruinous to their interests, without any opportunity to prevent them; and we beg further to remind your Lordships, that Conventions

were made in 1857, and in 1884—1885, which provided for concessions to the French, which, if carried out, would have been attended with disastrous results to the fishing interests of the Colony. What has occurred may occur again, and the Bill now before your Lordships provides the opportunity of making such arrangements permanent. It is indeed provided, that the Legislature of the Colony may enact legislation to take the place of the present Bill; but this Bill is not to be suspended until the Local Legislature confers upon her Majesty in Council the precise powers she would have under this Bill, and this provision is therefore but an illusory concession, meaning only that the burden of an Act of this Parliament can only be removed by enacting a similar Act in the Colonial Legislature. || In referring to the arrangement of 1884—1885, the Right Honourable the First Lord of the Treasury has publicly stated, that it was at first accepted by the Government and Legislature of Newfoundland, and afterwards rejected. In this the right honourable gentleman was misinformed. The Government of the Colony refused at the outset to do more than submit the arrangement to the Legislature after certain amendments were made, and the Legislature was not consulted in any manner at that time. Before the proposed amendments were agreed to, a new Administration had come into office; and in the session of 1886 the concluded arrangement was first submitted to the Legislature, which referred it to a Joint Select Committee of both Houses, which considered the matter for two sessions, and ultimately the arrangement was unanimously rejected. We may be allowed, in reply to a statement that the Colonial Legislature acted unreasonably in rejecting the Convention, to call attention to a very significant fact. Sir George William des Voeux, now Governor of Hong Kong, was sent to Newfoundland to induce the Legislature to adopt the Convention. Within a few months of his arrival he expressed his views on the subject, in a despatch to the Colonial Office, in the following forcible language: || "Now that I fully comprehend the present position of the Colony, it is to me no longer a matter of wonder that the Legislature has hitherto failed to ratify the proposed (arrangement) with France; indeed, I can scarcely conceive it possible, that this arrangement will ever be accepted so long as the bait clause remains in it, and no security is taken that the export bounties will not be maintained in their present footing. || For though all the other articles have the appearance of concession on the part of the French, and some are no doubt substantial concessions, they are all immeasurably outweighed by the single concession required on the part of this Colony. For if there were granted to the French an inalienable right to procure bait here, the future, not only of the coast where they already have fishing rights, but of the whole Colony, would practically be placed within the control of their Government."

Second. — We object to this Act because it is modelled after an Act passed at a period when the Colony had no Legislature of its own, and when there was but a small population upon the coast directly affected, whereas

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

the Colony has had a Legislature for over half a century, and the treaty shore is now settled from end to end. The Colony was granted a Legislature in 1832, and settlement upon the treaty shore has been permitted by the British Government for many years past. With their consent grants of land, subject to French treaty rights, have been given, and the land has been settled upon and improved; with their consent representation in the Legislature has been granted to the settlers, magistrates and customs officers have been appointed upon the coast; telegraphic, steam and mail communication have been established, taxes are collected, and public money expended. In face of this great alteration in the whole condition of affairs it should be impossible to reenact a law first made over a century ago, and which would make it possible for naval officers to render valueless every iota of property on the land or in the waters of the treaty shore — the property not alone of the thousands who dwell there, but also of the other thousands who annually visit and fish there — for no provision of any kind is made in the proposed Act for compensating persons whose property may be in any way affected; and under this Bill power would be vested in the Governor of Newfoundland, or any officer on the station, on his mere volition, arbitrarily to remove a British subject and his property from the treaty coast, and to leave him absolutely divested of any redress or compensation whatever. || In the face of these facts, we submit it would be a terrible injustice to British subjects to give the power to naval officers which is contemplated and given by this Bill. || Should this Bill become law, it must necessarily have the effect of preventing capital being invested for the development of the minerals, of agricultural and lumbering resources, on one half of the island of Newfoundland. This part must ever remain a wilderness, for with the possibility of establishments being removed at any moment, on the mere volition of one man, persons will not be found to risk their capital in so uncertain and precarious a venture. || If this Bill becomes law, and British people can be removed from British soil at the will of a naval officer, we humbly submit, that, so far as this part of the island is concerned, the sovereignty of the island is a mere myth, a name without value, whilst the possession of an easement by the French to catch and dry fish on the strand vests in them all that is of value.

Third. — We object to the Act now before your Lordships because it is to be used to enforce regulations to carry out treaties the interpretation of which is disputed, and which regulations have hitherto been framed in a manner making them oppressive and unjust to British subjects. British statesmen have declared, that under the treaties the French have only a right to fish in the waters along the treaty shore in common with British subjects; but, acting, under regulations and orders similar to those which this Act seeks to legalise, British naval officers have prevented our fishermen from exercising common rights with the French, have driven our boats out of the harbours of shelter along the shore, and have otherwise acted as though British sub-

jects had no rights at all upon the treaty shore which were not inferior to those possessed by the French. Thus British statesmen have practically invited our people to do those acts for which British officers have punished them, and thus it will be in the future until the meaning of the treaties is definitely decided. We ought not to be subjected to burdens at once odious and uncertain.

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

Fourth. — We object to this Bill because, utterly ignoring the Municipal Courts, it commits the enforcement of the treaties and regulations to the care and supreme control of naval officers not learned in the law, unskilled in legal procedure, and not trained in a manner qualifying them to adjudicate upon abstruse questions affecting the peace of the Empire upon the one hand, and the rights of individuals upon the other. The sovereignty of the island of Newfoundland is in her Majesty, and the right of fishing and drying fish on the coast was conceded to the French merely as an easement. To the enjoyment of this easement they are entitled, and for any interruption or injury they may allege to have sustained, appeal for redress should be made by them to the judicial tribunals of the sovereign of the soil in the first place. || We therefore most earnestly urge, that her Majesty's ordinary Courts of justice in Newfoundland are the tribunals which should adjudicate upon questions arising between British and French fishermen. From any judgment a final appeal would lie to her Majesty and the Privy Council. In no case should naval officers be permitted to try causes arising as aforesaid, since Courts of justice already exist in the Colony for the purpose, and if it be deemed impossible for the ordinary Courts to enforce the law in such a manner as to adequately insure justice to the French, special Courts could and should be provided.

Fifth. — We object to this Bill because it is intended to aid in the enforcement of a *modus vivendi* — || (a) Both made and renewed without the Colony's consent; || (b) Renewed after a positive pledge, that it was "for one year only"; || (c) Renewed without providing for the operation of factories erected, completed, or made ready for operation in consequence of the pledge, that the original *modus vivendi* was "for one year only"; || (d) Renewed without providing for the compensation of those who relied upon this pledge. ||

Sixth. — We object to the Bill because it provides for the enforcement of the award of an Arbitration Commission definitively empowered to deal with one issue only, and that an issue against the separate submission of which the Colony has again and again protested. The Colony is ready and willing to submit to unconditional arbitration all the questions arising under the treaties and declarations, asking only that no single question shall be decided until a decision has been arrived at as to all other points at issue, and that the award shall then be enforceable as a whole. According to the terms of the agreement for arbitration recently entered into, no questions can

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

be submitted except those which affect the fishery upon the French treaty shore, and these only as they may be agreed upon from time to time. This totally excludes from the purview of this arbitration one most important question which the Colony desires to have decided (that, namely, which refers to the French occupation and use of the islands of St. Pierre and Miquelon), and makes it possible for either of the high contracting parties to withhold any of those questions affecting even the fisheries themselves which such party may deem it inexpedient in its own interests to have decided. Either party at any time after the settlement of the lobster question, or whenever dissatisfied with a decision upon any particular point, may withdraw from further arbitration; and such a result may occur at a time most embarrassing to the other side. While, therefore, the Colony perceives, that under the present arrangement it will be impossible to have all questions decided, it has no assurance that upon certain issues adverse decisions may not be arrived at, with no compensating advantages from decisions in its favour upon other points. While, therefore, it would welcome arbitration upon every question at issue, it deprecates in the most earnest manner a piecemeal settlement. || It has been publicly stated by the Right Hon. the First Lord of the Treasury, that the terms of the arbitration agreement were made known to the Government of the Colony before they were finally agreed to. This, we regret to say, is not the case. On the 7th of March last, the Right Hon. the Secretary of State for the Colonies informed the Governor, that arbitration would shortly take place on the lobster fishery question, and the Government of the Colony promptly telegraphed a protest against any arbitration which did not include all the questions arising under the treaties and declarations. Seven days afterwards — on the 16th of March last, that is — the Right Hon. Secretary of State telegraphed, that an agreement for arbitration had been signed five days before, and then first made known its terms.

Seventh. — We object to this Bill because, while it permits the removal of property from the treaty coasts, it makes no provision for the compensation of those who may suffer loss thereby, and thus makes the title to property extremely precarious. The effect which this Bill will have in retarding the development of the Colony's resources has been already dwelt upon; but we cannot too strongly urge the duty of protecting private rights; and if the settlers upon the French treaty coasts are to be liable at all times to removal by naval officers, they ought at least to be assured compensation. If the few are to be sacrificed for the good of the many, the many should compensate them, and to this compensation they should, we submit, be entitled by the terms of any Bill which may be enacted by Parliament. || We are not unaware or unappreciative of the difficulties with which her Majesty's Government have to grapple, and we are sincerely desirous of aiding in their solution. Actuated with this spirit, we have approached the Government with proposals calculated, we sincerely believe, to give all necessary power to

execute the treaties, declarations and agreements with France according to their true intent and meaning. Those proposals are as follows:

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

First. — (a) The Newfoundland Legislature to pass immediately an Act authorising the execution for this year of the *modus vivendi*, the award of the Arbitration Commission regarding the lobster question, and the treaties and declarations under instructions from her Majesty in Council; || (b) The further progress of the Bill now before Parliament to be deferred until the passing of the above Act, and the Bill then to be withdrawn; || (c) The terms of an Act to empower Courts and provide for regulations to enforce the treaties and declarations to be discussed and arranged with the Delegates now in this city as rapidly as possible, and to be enacted by the Legislature of the Colony as soon as agreed upon.

Second. — (a) The present arbitration agreement not to be allowed to operate further than the lobster question without the prior consent of the Colony, and in this case the Colony to be represented upon the Commission. || (b) The Colony desires an agreement for an unconditional arbitration on all points that either party can raise under the treaties and declarations; and if this be arranged between Great Britain and France, Newfoundland will ask to be represented upon such arbitration, and will pass an Act to carry out the award. || We regret, that up to the present moment these propositions have not been accepted, nor any hope been held out that they will be. The temporary legislation which we have proposed to procure the enactment of would be immediately adopted by the Legislature of the Colony, and present needs thereby amply met. The details of a permanent and thoroughly satisfactory measure could be arranged and enacted without delay by the Legislature of the Colony. The adoption of our proposals would at once cause excitement to subside, and would induce peace under conditions which make coercion by war-ships extremely difficult, if not impossible. If the Bill now before your Lordships becomes law, its provisions will have to be enforced upon a resentful people; but if our propositions are adopted, every good object which the present Bill can have in view will be easily and pleasantly attained, and without injury to the proper pride of a people who, though few in number, are as much entitled to consideration as the inhabitants of the proudest portion of the British Empire. No good can possibly come from coercing, or threatening to coerce, a people willing to do their whole duty; and to enact the Bill now before your Lordships, in face of the propositions made by us, would be a needless indignity to a loyal people. || In humbly praying that the Bill now before your Lordships may not be read a second time, we feel confident that we are consulting the best interests of Newfoundland and of the Empire. Its enactment will leave a rankling wound in the hearts of the Colonists, and establish a precedent that must ever give a feeling of insecurity to every self-governing Colony. In offering, on behalf of the Colonial Legislature, to enact laws adequately providing for the honourable fulfilment

Nr. 10402.
Frankreich.
23. April 1891.

of obligations of an exceedingly odious kind, we are animated by a spirit of patriotism and devotion to the Empire; and we most respectfully submit, that persistence in the passage of the present Bill would under the circumstances be but a poor return for that faith in Parliament which animated the Legislature when sending us to the Bar of this House. || In conclusion, I may add that the time at our disposal has not enabled us to prepare such a full and complete statement of our case as we wished to lay before you, and we had hoped that the time for making this statement would have been extended; but we have to express our gratitude for the patient hearing which you have afforded us, and we are confident that the defects in our case will be supplied by your Lordships, as we are aware of the deep interest which you take in, and your knowledge of, the subject under consideration. We therefore leave the matter with your Lordships, in perfect confidence that you will mete out to the Colony we represent that justice which is traditional of this most noble House.

Nr. 10403.
Frankreich.
28. April 1891.

Nr. 10403. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Verhandlung über das Gesetz im Oberhause.

Londres, le 28 avril 1891.

La discussion du bill présenté par Lord Knutsford était hier à l'ordre du jour de la Chambre des Lords. La seconde lecture a été votée à la suite d'un long débat. Du côté du Gouvernement, le Marquis de Salisbury et Lord Knutsford, Secrétaire d'État pour les Colonies, ont pris la parole et, du côté de l'opposition, trois anciens Ministres du parti libéral, Lord Kimberley, le Duc d'Argyll et Lord Herschell. Lord Knutsford a ouvert le débat en rappelant les points principaux sur lesquels ont porté les négociations du Gouvernement Impérial avec la Colonie de Terre-Neuve et avec les Délégués, lorsque ceux-ci sont venus précédemment en Angleterre. Le Secrétaire d'État pour les Colonies s'est appliqué à démontrer que rien n'avait été caché des négociations avec le Gouvernement de la République, non plus que des conséquences qu'entraînerait l'opposition éventuelle de la Colonie aux arrangements intervenus entre la France et l'Angleterre. || Lord Salisbury, ainsi que l'avait déjà fait Lord Knutsford, a protesté, dans un discours, de son désir de ne pas blesser sans un motif impérieux les sentiments des colonies anglaises. Il a pris, au nom du Gouvernement, l'engagement d'abroger plus tard la loi dont il demande la seconde lecture, au cas où le Parlement de Terre-Neuve prendrait des mesures qui rendraient superflues les dispositions du bill actuel. Et pour donner au Parlement colonial le temps de satisfaire à cette condition, Lord Salisbury a annoncé que le Gouvernement ne saisirait pas la Chambre des Communes de ce bill avant les vacances de la Pentecôte, c'est-à-dire avant le 21 mai. Quant à la question de procédure, la raison qui a

déterminé Lord Salisbury à présenter sans retard ce bill à la Chambre des Lords est que, s'il avait commencé par le soumettre à la législature de Terre-Neuve, il n'aurait pu connaître sa décision que trop tard pour prendre les dispositions que nécessite la campagne de pêche de cette année. Pour ces motifs, Lord Salisbury refuse de suspendre ou d'abandonner, ainsi que le lui demandait l'opposition, la seconde lecture du bill. Il ne met pas en doute la sincérité des promesses faites par les Délégués; mais, quand on a affaire à une assemblée parlementaire, il faut toujours, a-t-il dit, compter avec l'imprévu. || Il faut noter que Lord Salisbury ne repousse pas une autre concession réclamée par les Délégués et consent, ce qui serait fort grave, à transférer aux tribunaux de la Colonie une partie de la juridiction exercée jusqu'à présent par des officiers de marine. Lord Salisbury a paru admettre le principe de cette réforme, non sans stipuler que cette question devrait faire l'objet d'un examen ultérieur. || Comme les orateurs n'avaient parlé jusque là que des susceptibilités de Terre-Neuve, Lord Salisbury n'a pas cru pouvoir passer sous silence celles que cette question avait éveillées en France et a rappelé à quel point le Gouvernement de la République s'était montré jaloux, au cours des négociations, de n'accepter qu'un arbitrage limité.

Waddington.

Nr. 10404. FRANKREICH. — Derselbe an dasselbe. Annahme des Gesetzes im Oberhause.

Nr. 10404.
Frankreich.
28. Mai 1891.

Londres, le 12 Mai 1891.

Le bill sur Terre-Neuve, présenté au Parlement, a été voté à la Chambre des Lords dans la séance d'hier en troisième lecture. Ce vote a été précédé d'un débat auquel, parmi les membres de l'opposition, Lord Kimberley et Lord Herschell ont pris part.

Waddington.

Nr. 10405. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die Durchführung des Schiedsspruches ist zu sichern, unabhängig von den Verhandlungen zwischen Colonie und Mutterland.

Nr. 10405.
Frankreich.
28. Mai 1891.

Paris, le 28 mai 1891.

Nous n'avons pas à nous occuper de ce qui se passe entre la Colonie de Terre-Neuve et la Métropole; mais nous sommes fondés à espérer que le Gouvernement anglais se munira des pouvoirs nécessaires pour faire exécuter la décision des arbitres. Or si l'on se borne à faire voter par le Parlement colonial une loi provisoire, devant prendre fin en 1893, il est clair que nous ne serons assurés de rien après cette échéance. || D'autre part, nous ne pouvons accepter, qu'à aucun moment le Gouvernement anglais se désintéresse de

Nr. 10405.
Frankreich.
28. Mai 1891.

l'exécution des traités, en remettant aux tribunaux de Terre-Neuve le jugement des contestations auxquelles ces traités peuvent donner lieu. Les tribunaux anglais ne sont pas compétents pour appliquer un acte international. || Veuillez faire les réserves nécessaires.

Ribot.

Nr. 10406.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Nr. 10406. FRANKREICH. — Vice-Consul in Neufundland an das französische auswärtige Amt. Gesetz, beschlossen von der Legislatur Neufundlands.

Saint-Jean, le 29 mai 1891.

La législature de Terre-Neuve a voté, le 26 de ce mois, à titre temporaire (trois saisons de pêche), le bill dit coercitif. || Votre Excellence trouvera ci-joint le texte de la loi en question.

Riballier des Isles.

Annexe à la Dépêche de M. Riballier des Isles à M. Ribot,
en date du 29 mai 1891.

An Act for the purpose of carrying into effect engagements with France
respecting Fisheries in Newfoundland.

Whereas, by Treaties and Declarations entered into and exchanged between the Kings of Great Britain and France certain engagements were made and declared relative to Newfoundland and the Island of St. Pierre and Miquelon and in relation to the Fisheries on a part of the coast of Newfoundland — which Treaties and Declarations are as follows:

(Folgt der Text der Verträge über Neufundland, s. Nr. 10086.)

And whereas differences have arisen between Her Majesty the Queen and the Government of the Republic of France respecting the rights of the citizens of the Republic of France as to the catching and canning of Lobsters on the said portion of the coast of Newfoundland and the erection of factories or buildings for that purpose, and an agreement has been made between the High Contracting Parties for the submission to arbitration of the said differences, which agreement is as follows:

(Folgt der Text des Abkommens vom 11. März 1891, s. Nr. 10133.)

And whereas the said High Contracting Parties have agreed to extend for the fishery season of 1891 the modus vivendi agreed to in 1890, which was as follows:

(S. Nr. 10123.)

Be it therefore enacted by the Governor, the Legislative Council and House of Assembly, in Legislative Session convened: || (1) In case Her Majesty, Her Heirs and Successors, by advice of Her or their Council, shall give orders or instructions to the Governor of Newfoundland, or to any officer or

officers on that station, which She or They deem necessary and proper to fulfil the purposes of the said Treaties, Declarations and Agreements, and to that end shall give orders and instructions to the Governor or officer or officers aforesaid to remove or cause to be removed any stages, flakes, train vats or other works whatever for the purpose of carrying on the Fishery erected by Her Majesty's subjects on that part of the coast of Newfoundland which lies between Cape Saint John's passing to the North descending to the Western Coast of the said Island to the place called Cape Raye, and also all ships, vessels and boats belonging to Her Majesty's subjects which shall be found within the limits aforesaid; and also, in case of refusal to depart from within the limits aforesaid, to compel any of Her Majesty's subjects to depart from thence; any law, custom, or usage to the contrary notwithstanding; any such orders or instructions as aforesaid shall be lawful, and no action, suit or other proceeding shall be brought or maintained in respect of the same || (2) In case Her Majesty, Her Heirs and Successors, by advice of Her or their Council, shall give orders or instructions to the said Governor, or officer or officers, which She or They deem necessary for the purpose of carrying out or enforcing the said *modus vivendi* during the fishery season of 1891 or any continuation thereof pending the arbitration aforesaid, and for the purpose of giving effect to the decision in said arbitration, any acts done by the said Governor or officer or officers in pursuance of such orders or instructions shall be lawful, and no action suit or other proceeding shall be maintained in respect of the same. || (3) If any person shall refuse, upon requisition made by the said Governor or officers lawfully acting in pursuance of such orders or instructions as aforesaid, to conform to such requisition and directions as the said Governor or officers shall lawfully make or give for the purposes aforesaid, such person so offending shall forfeit the sum of Two Hundred Dollars: Provided always, that every such suit or prosecution shall be commenced within one year from the commission of such offence. (4) This Act may be cited as the "Newfoundland French Treaties Act", and shall continue in force only until the end of 1893, and no longer.

Nr. 10406.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Nr. 10407. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Stellungnahme der französischen Regierung.

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Londres, le 29 mai 1891.

J'ai fait part sans délai et par écrit au Premier Ministre de vos observations sur le bill terre-neuvien limité à trois ans, et je lui ai envoyé à cet effet la lettre dont vous trouverez ci-joint copie. || Je vous transmets en outre, pour ordre, le texte d'une importante lettre adressée aux délégués de Terre-Neuve, au nom de Lord Knutsford, par sir R. G. W. Herbert.

Waddington.

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

I^{re} Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 29 mai 1891.

M. Waddington, Ambassadeur de la République française à Londres,
au Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'Etat aux
Affaires étrangères.

Londres, le 28 mai 1891.

Suivant le désir que Votre Seigneurie m'en a exprimé hier, j'ai fait savoir à M. le Ministre des Affaires étrangères que le Parlement de Terre-Neuve avait décidé d'adopter un bill conforme à celui que proposait le Gouvernement de Sa Majesté, mais dont les effets ne s'étendraient pas au delà de trois années. J'ai ajouté que le Gouvernement de Sa Majesté était disposé à accepter cette solution. J'ai prié en même temps M. Ribot de me mettre à même de vous faire part le plus tôt possible des observations que lui suggérerait cette communication. || M. le Ministre des Affaires étrangères vient de confirmer entièrement l'impression que je n'avais pas dissimulée hier à Votre Seigneurie et pense comme moi que la question ne nous concerne pas et regarde exclusivement le Gouvernement britannique. Nous ne pouvons que nous borner à demander que les mesures soient prises du côté du Gouvernement anglais, comme elles le seront du nôtre, pour assurer d'une façon permanente l'exécution des décisions arbitrales. Or, puisque vous avez bien voulu nous demander notre sentiment, il est clair qu'une loi provisoire, devant prendre fin en 1893, n'assurera rien après cette échéance. Et je ne vois pas comment, en présence d'une pareille incertitude, nous pourrions procéder à l'échange des ratifications de notre arrangement. || Votre Seigneurie m'a laissé entendre, il est vrai, qu'on pourrait, d'ici à la fin de 1893, procéder à l'organisation de tribunaux, dont l'action serait substituée à celle des officiers de la marine anglaise, mais, sans entrer dans l'examen de cette question, je dois vous faire observer que le jugement des contestations auxquelles peut donner lieu l'exécution d'un acte international n'est de la compétence ni des tribunaux anglais, ni des tribunaux coloniaux. || Je ne puis donc que renouveler auprès de Votre Seigneurie les réserves que je lui ai exprimées hier et appeler son attention sur l'impossibilité où nous serions de ratifier définitivement la Convention d'arbitrage si le Gouvernement anglais ne prévoit les moyens d'en assurer l'exécution que d'une façon momentanée. Waddington.

II^e Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 29 mai 1891.

Downing street, May 8 1891.

Gentlemen, I am directed by the Secretary of State for the Colonies to acknowledge the receipt of your letter of the 6th inst., from which, and especially from its concluding paragraph, his Lordship fears, that he must

conclude that you are not yet prepared to procure the passing by the Colonial Legislature of such an Act as would relieve her Majesty's Government from the necessity of proceeding further with the Imperial Bill after it has passed the House of Lords. || As you are aware, that her Majesty's Government had formally undertaken to give full effect, not for one year only, but absolutely, to all the decisions of the Arbitrators concerning the lobster fishery, and further, that it was necessary to make effective and not merely temporary provisions for the due execution of the existing Treaties and Declarations, Her Majesty's Government did not hesitate to accept the words "for this year" in the first proposal in the speech at the Bar of the House of Lords as applying only to the *modus vivendi* for 1891, to which their application would naturally be limited, as this alone of the three matters which have to be provided for is of a temporary character; and they still fail to perceive how those words could properly be used in connection with the permanent obligations of the Colony and of this country to France. || It will hardly be suggested, that the French Government could be informed that Her Majesty's Government, having undertaken to give full effect to the arbitration, and having unexpectedly found their powers of carrying out the Treaties and Declarations imperfect, had decided that provision for the performance of their obligations should be made for the current year only, after which the present difficulties might recur. || In one respect only (putting aside the *modus vivendi* of 1891) could any part of the proposed Colonial legislation be considered temporary; that is to say, Her Majesty's Government were willing to agree that, if the necessary powers to carry out the award of the Arbitrators and the Treaties and Declarations were now secured in a Colonial Act, the question as to the respective jurisdiction of the Courts and Naval Officers should be considered at an early date, and, if the terms of another Bill could be agreed upon, some provisions of the Colonial Act might hereafter be amended by further legislation. In this sense, and in this sense only, Her Majesty's Government were willing that the legislation should be of a temporary nature. || It is to be regretted, that there should have been a misapprehension as to the nature and intention of your proposals; but, however such misapprehension may have arisen, Lord Knutsford would have thought that there could have been no misapprehension as to the meaning of the language in which Her Majesty's Government expressed their practical acceptance of the first proposal. The words were: — "If by that time" (i. e., the Second Reading of the Bill in the House of Commons after Whitsuntide) "the Colonial Legislature has passed an Act which, in the opinion of Her Majesty's Government, sufficiently secures the observance and execution — first, of the *modus vivendi* for 1891; secondly of the decision of the Arbitrators upon the lobster question, and thirdly, of the Treaties and Declarations, — Her Majesty's Government will not go forward with this Bill. "No temporary Act could be held sufficient to secure the two last objects. || Until the question

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

Nr. 10407.
Frankreich.
29. Mai 1891.

whether there is to be such Colonial legislation as Her Majesty's Government can accept has been disposed of, Lord Knutsford does not think that there would be advantage in further discussing the other points referred to in your letter, which have, moreover, been substantially dealt with in the correspondence and debates. || His Lordship trusts, that he has clearly explained in what respects it is important that the legislation now urgently required should be permanent in form, though subject to revision or appeal whenever an altered condition of affairs may render that course possible; and he trusts, that you will yet be able to recommend to the Colonial Legislature the enactment of such a measure as may enable Her Majesty's Government, having regard to the obligations of which they cannot divest themselves, to withdraw the Bill which they introduced.

Robert G. W. Herbert.

To the Newfoundland Delegates.

Nr. 10408.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Nr. 10408. **FRANKREICH.** — Derselbe an Dasselbe. Resolution des Unterhauses.

Londres, 30 mai 1891.

Voici le texte de la résolution votée hier par la Chambre: || "La Chambre, ayant été informée qu'un acte satisfaisant a été voté par la Législature de Terre-Neuve, se déclare prête à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements conclus avec le Gouvernement de la France, et ne passe pas, quant à présent, à la seconde lecture du bill." || Cette résolution a été votée à l'unanimité. || Hier, j'avais communiqué par écrit à Lord Salisbury les observations que vous connaissez; aujourd'hui, je lui ai rappelé verbalement, en me référant à mes déclarations précédentes, que nous n'avions ni avis à émettre, ni conseil à donner sur une question d'ordre intérieur concernant uniquement le Gouvernement anglais et la procédure du Parlement britannique, mais que nous ne pouvions rester indifférents à l'effet que la marche suivie par le Gouvernement de S. M. la Reine pouvait avoir sur l'exécution de l'Arrangement conclu entre les deux pays. || Lord Salisbury m'a expliqué, que, dans un conseil tenu hier, le Cabinet avait décidé d'accepter la proposition des Délégués, mais d'insister en même temps pour le vote en seconde lecture du bill du Gouvernement. Cette procédure a été l'objet de vives attaques à la Chambre, non seulement de la part de l'opposition, mais aussi de plusieurs Députés conservateurs. C'est alors que M. Smith, qui représente le Gouvernement à la Chambre, a accepté la résolution proposée par M. Bryce. J'ai demandé à Lord Salisbury quelle était la portée véritable de la résolution votée par la Chambre. Il m'a répondu qu'elle engageait le parti libéral aussi bien que le parti conservateur, à l'exécution de l'Arrangement du 11 mars et qu'elle constituait l'approbation de cet Arrangement. Je l'ai alors prié de me remettre une déclaration écrite

sur ce point, ce qu'il m'a promis de faire. Je lui ai dit qu'une déclaration explicite était d'autant plus nécessaire qu'en France chacun se pose la question: qu'arrivera-t-il après 1893? Lord Salisbury m'a répondu que le Ministère et le Parlement anglais, quels qu'ils fussent, à cette époque, seraient dans l'obligation d'assurer l'exécution des actes internationaux, tout aussi bien que maintenant. Il m'a ensuite donné quelques éclaircissements sur le projet d'instituer un tribunal à Terre-Neuve pour juger les contestations relatives à l'interprétation des traités, et je lui ai rappelé que l'autorité d'un pareil tribunal ne pourrait être reconnue par la France. Il m'a répondu qu'il ne s'agissait pas, dans sa pensée, d'un tribunal, mais plutôt d'un commissaire civil (legal commissioner) connaissant le droit, nommé par la Reine, et qui serait embarqué à bord du navire monté par le commandant de la station anglaise; ce commissaire exercerait à peu près les fonctions actuellement confiées aux officiers anglais; les gens de Terre-Neuve, qui réclament si vivement contre l'autorité des officiers de marine, accepteraient sans doute l'institution d'un commissaire civil. Lord Salisbury a ajouté qu'il me donnait ces renseignements à titre provisoire et comme représentant ses idées personnelles, puisque la question n'avait pas encore été examinée.

Waddington.

Nr. 10408.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Nr. 10409. FRANKREICH. — Derselbe an Dasselbe. Derselbe Gegenstand.

Nr. 10409.
Frankreich.
30. Mai 1891.

Londres, 30 mai 1891.

Lord Salisbury a saisi une occasion de s'exprimer publiquement sur la portée du vote de l'amendement Bryce. Il a déclaré à la Chambre des Lords qu'il considérait ce vote comme engageant la Chambre à soutenir l'arrangement franco-anglais et à aider le Gouvernement de la Reine dans l'exécution de toutes ses obligations conventionnelles avec la France. || Lord Salisbury a, en même temps, réservé soigneusement notre appréciation du vote en question; il a toutefois répété que la Chambre des Communes s'était engagée à soutenir toute mesure législative qu'il pourrait être nécessaire d'adopter suivant l'attitude du Parlement de Terre-Neuve. Il a ajouté que, de deux choses l'une, ou le Gouvernement anglais se mettrait d'accord avec le Parlement colonial pour rendre permanent soit le bill provisoire, soit un acte analogue satisfaisant pour nous, ou bien il ne pourrait pas arriver à cet accord, et c'est alors que l'engagement pris avant-hier par la Chambre des Communes produirait son effet.

Waddington.

Nr. 10410. FRANKREICH. — Derselbe an Dasselbe. Antwort des englischen Premiers auf das Schreiben des französischen Botschafters vom 28. Mai. (Nr. 10407 Anlage.)

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

Londres, le 2 juin 1891.

Lord Salisbury m'a fait parvenir hier soir la réponse que j'attendais. J'ai l'honneur de vous en adresser ci-joint une copie. || Le Premier Ministre

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

Je déclare que la substitution au bill impérial d'un acte temporaire du Parlement de Terre-Neuve ne devrait pas être un motif pour le Gouvernement de la République de ne pas ratifier l'Arrangement du 11 mars, et il estime que nous n'avons pas à nous préoccuper des mesures que prendra le Gouvernement britannique pour nous garantir l'exécution de ce qu'il considère comme "un engagement d'honneur" pris par le Parlement anglais vis-à-vis de la France.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en Date du 2 juin 1891.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres.

Foreign Office, June 1, 1891.

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of the 28th ultimo, which reached me late on that evening. On the previous day, I had mentioned to you, that the Newfoundland legislature had passed an act enforcing the award to be delivered by the arbitrators in the lobster questions, which was in its terms satisfactory to Her Majesty's Government. We regretted, that it was made terminable in december 1893; but, as the interval thus secured would give full time for any Imperial legislation that might become necessary if the act was not renewed by the colony, we were disposed to accept their proposals for the present. We should, I said, probably carry the bill before Parliament to a second reading, but not press it any further, unless same new conditions arose. I was careful in mentioning these circumstances to observe, that I was not asking Your Excellency for an opinion, but had informed you of them as soon as they had been brought to my knowledge in as much as they originated with the recent convention between Great Britain and France; and I wished to give you the opportunity of making any observations upon them that seemed to you desirable. I understood you to reply, that the matter was one which did not concern France, for she looked to Great Britain for a fulfilment of her engagements, without caring to examine the process by which this result was arrived at; and in that view I entirely concur. You promised, however, to convey to me any observations which M. Ribot might make to you on the matter. || The note which I have now the honour to acknowledge was, therefore, so far a surprise to me that it appears to treat these circumstances as matters which are of such interest and concern to France that the French Government contemplated making them the ground for refusing to ratify the convention. This estimate of the position which has been created for the two countries by the circumstances now under review, I am unable to accept. || I prefer what I understood to be

your Excellency's earlier view, that France was concerned only with the result, not with the measures of internal policy by which the result was accomplished. It is no matter of interest to France whether we secure the execution of the engagements we have signed by one statute of permanent operation or by an infinite series of statutes annually renewed. Much of our most important legislative business is done in the latter way. Many of our taxes, most of our expenditures, the very existence of our army and navy, and the whole of the jurisprudence by which military and naval discipline is maintained, the most important part of our electoral system, — all these things depend entirely upon annual legislation. If, therefore we elected to execute any engagement with France in the same manner, we should only be treating them as we treat many of our most vital interests. || But it is unnecessary to dwell further upon this point, as the situation has been considerably modified by the events which took place on the same evening as that on which Your Excellency's letter was written. The House of commons, in lieu of proceeding to the second reading of the bill, has passed a resolution which must set at rest any doubt that may have occurred to M. Ribot's mind as to the intention of Parliament. It is to the following effect: "This House having been informed, that a satisfactory act has now passed the legislature of Newfoundland and declaring its readiness to support the Government, in taking all measures necessary for carrying out the treaty obligations of this country and the arrangements for arbitration made with de Government of France in this matter, does not now proceed to the second reading of the bill." || The above resolution was moved by a statesman belonging to the party in opposition and was accepted unanimously by the House. It distinctly pledges the House of Commons to make the requisite provision for fulfilling the engagements accepted by this country under the recent convention, and therefore pledges it to concur in Imperial legislation for that purpose if, in the year 1893, by any fault of the colony, Imperial legislation shall have become necessary. The engagement, indeed, constitutes a more solid security than would be furnished by a permanent act if it had been passed. An act, however permanent in its scopes, can be repealed as easily as it can be passed; but a resolution pledging to any third party the future action of the house of Commons, is an engagement of honour, which is certain to be observed and which, in fact, has never been disregarded. The views of the House of Lords upon the same matter are sufficiently recorded in the passage of the bill to which reference has been made. || I trust, that the French Government will concur with that of Her Majesty in the opinion that Parliament has approved of the convention, and has given full security for its execution; and that, as soon as it shall have been approved of by the Chamber in France, no reason will remain for any further postponement of the proceedings which are to be instituted before the arbitrators.

Salisbury.

Nr. 10410.
Frankreich.
2. Juni 1891.

Nr. 10411.
Frankreich.
3. Juni 1891.

Nr. 10411. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Entgegnung der französischen Regierung auf das vorige.

Paris, le 3 juin 1891.

Par votre dépêche en date d'hier vous m'avez transmis une lettre que lord Salisbury vous a adressée le 1er de ce mois en vue de préciser la signification des derniers incidents parlementaires auxquels a donné lieu la discussion du projet de loi anglais concernant Terre-Neuve. J'ai examiné avec attention cette importante communication et je m'empresse de vous faire part des observations qu'elle m'a paru comporter. || Comme le sait le Gouvernement de la Reine, nous avons le plus sincère désir de ne pas soulever de difficultés dans une affaire déjà si compliquée et qui ne peut être résolue que si on l'aborde dans un esprit mutuel de conciliation. Persuadés que les sentiments du Cabinet de Londres sont sur ce point pareils aux nôtres, nous ne doutons pas que le Gouvernement de Sa Majesté et le Parlement anglais n'aient l'intention bien arrêtée d'exécuter les engagements internationaux intervenus entre les deux pays. La résolution votée par la Chambre des Communes dans sa séance du 29 mai est à cet égard très significative; cette haute assemblée s'étant déclarée "prête à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements conclus avec le Gouvernement français", nous nous rendons compte de la portée d'une telle déclaration et il ne serait certainement pas conforme à notre intérêt de chercher à l'affaiblir. || Mais nous ne pouvons perdre de vue, d'autre part, que le Gouvernement anglais s'est reconnu sans moyens légaux de faire exécuter ces traités à Terre-Neuve, et qu'il a en conséquence saisi le Parlement d'un bill qu'il considérait comme absolument nécessaire. "Lord Salisbury, m'écriviez-vous, le 22 mars dernier, a pris le parti de s'adresser directement au Parlement Impérial et de lui demander de donner aux commandants des forces navales anglaises les pouvoirs que leur refuse le Parlement de Saint-Jean." Et plus loin: "Lord Salisbury tient absolument à ce que l'arrangement relatif à l'arbitrage soit fidèlement exécuté et, dans un précédent entretien, il m'a dit qu'il en ferait une question de cabinet." Dans ses déclarations devant la Chambre des Lords, le 27 avril, le Premier Ministre de la Reine n'a pas été moins affirmatif. Il a recommandé de la manière la plus pressante la deuxième lecture du bill, et un des motifs qu'il a invoqués est celui-ci: "La France exigera que nous mettions à exécution l'arrêt, quel qu'il soit, que rendront les arbitres." Le Ministre des Colonies s'est placé au même point de vue dans une lettre adressée en son nom par sir G. W. Herbert au Premier Ministre de Terre-Neuve le 8 mai. Les termes en sont on ne peut plus précis. Ce document porte que le Gouvernement de la Reine "s'est engagé expressément à assurer la parfaite exécution, non pas pendant une année, mais d'une façon absolue, des décisions des arbitres", et qu'un acte temporaire n'y saurait suffire. || Ainsi, le Gouvernement anglais a reconnu lui-même qu'une

loi temporaire était insuffisante pour assurer l'exécution de ses engagements. Il n'en pouvait être autrement. N'y a-t-il pas, en effet, contradiction à soumettre certaines difficultés à des arbitres et à déclarer en même temps dans un acte législatif que la décision de ces arbitres ne sera exécutée que pendant un laps de deux ou trois ans? || Dans la lettre précitée de lord Salisbury, le Principal Secrétaire d'État de la Reine invoque, à l'appui de la manière de voir qu'il croit devoir soutenir aujourd'hui, l'exemple d'autres cas de très considérable importance dans lesquels le Gouvernement de la Reine procède par bills successifs et annuels. Il cite les lois de finances, les lois militaires, etc. Mais il est impossible de ne pas remarquer que ces exemples confirment plutôt qu'ils ne détruisent notre argumentation. C'est précisément pour assurer le maintien de sa prérogative, pour être en mesure de refuser éventuellement les levées d'hommes et les perceptions d'impôts, que le Parlement procède par votes annuels dans les affaires de cet ordre. Lorsqu'il s'agit, au contraire, d'une obligation résultant d'un traité ou d'une sentence arbitrale, l'exécution ne peut être remise en question périodiquement, et nous ne pouvons que partager sur ce point l'opinion que le Gouvernement de la Reine exprimait naguère. || Le Gouvernement de la République était donc autorisé par les déclarations du Gouvernement anglais et par le texte même de l'arrangement conclu, à dire au Sénat, comme il l'a fait, que les Ministres de la Reine avaient pris l'engagement d'assurer l'exécution permanente de l'arbitrage. || C'est sur cette affirmation que le projet a été voté. Nous nous trouverions en présence d'une grave difficulté, si nous devons communiquer aux Chambres la récente décision du Gouvernement britannique de se contenter d'un acte temporaire dont il reconnaissait lui-même, naguère, l'insuffisance absolue. || Il y a d'ailleurs, dans cette affaire, plus qu'une question de procédure. Les Délégués de Terre-Neuve n'ont jamais dissimulé que, s'ils entendaient se borner au vote d'un acte temporaire, c'est qu'ils comptaient se mettre d'accord avec le Gouvernement métropolitain pour créer des tribunaux locaux qui seraient à l'avenir chargés de trancher les contestations relatives aux pêcheries. D'après les dépêches parvenues à Saint-Jean, le Gouvernement anglais aurait pris l'engagement d'entrer dans cette voie. || Il nous est impossible de croire que le Gouvernement de la Reine soit véritablement résolu à accueillir les prétentions formulées dans ce sens par la colonie. Ainsi que le disait Lord Salisbury lui-même à la Chambre des Lords, dans la séance du 27 avril, on ne saurait admettre qu'une Cour de justice pût "interpréter les traités d'après ses propres lumières". "Si l'on devait en venir là, disait-il, toute l'œuvre des arbitres tomberait et l'on se trouverait en face des mêmes difficultés qu'auparavant". Nous sommes absolument de cet avis. L'exécution des engagements internationaux est placée sous la garantie des gouvernements intéressés et non de tribunaux quels qu'ils soient. Dans le cas de Terre-Neuve, les Gouvernements français et anglais ont cherché sincèrement à trouver des bases d'entente et à éviter les conflits. Ils y sont heureusement parvenus jusqu'ici et il y a

Nr. 10411.
Frankreich.
3. Juni 1891.

Nr. 10411.
Frankreich.
3. Juni 1891.

tout lieu d'espérer qu'ils y réussissent de même dans l'avenir. Lorsqu'ils se sont trouvés, sur la question des homarderies, en présence de difficultés qui ne pouvaient être résolues par un accord direct entre les deux pays, ils sont convenus de recourir à un arbitrage comme au seul moyen de mettre un terme au différend. Les motifs invoqués par les Délégués de Terre-Neuve contre le principe d'une loi permanente, ne sauraient être admis, et il est nécessaire de dissiper toute équivoque sur un point si important. Nous avons en effet le plus grand intérêt à être renseignés sur l'exécution des traités après 1893. Le Gouvernement anglais, en présentant son bill, nous avait donné à ce sujet des garanties qui se trouvent aujourd'hui mises en question et nous ne pouvons accepter la perspective de nous trouver dans deux ans en face de nouvelles difficultés plus graves peut-être que celles dont nous voulons sortir. || Si nous avons accepté volontiers les ouvertures que le Cabinet de Londres nous a faites en vue d'un arbitrage, c'était dans l'espérance d'arriver à brève échéance à un règlement durable et à une situation bien définie. Ces intentions ne se trouvent point remplies. Nous en éprouvons un profond regret. Il nous semble, quant à nous, que si les colons de Terre-Neuve acceptent sans arrière-pensée l'arbitrage, ils n'ont aucun prétexte pour se refuser aux demandes du Gouvernement métropolitain. S'ils ont une arrière-pensée, le Gouvernement anglais tiendra, nous en sommes persuadés, à couper court à des revendications contraires aux engagements internationaux et qui ne peuvent que prolonger, de part et d'autre, un état pénible de trouble et d'incertitude. || Dans les circonstances où nous nous trouvons, fort différentes assurément de celles que nous croyions pouvoir espérer, nous ne nous départirons point, le Gouvernement anglais peut en être certain, des dispositions conciliantes, dont nous n'avons cessé de nous montrer animés dans tout le cours de la négociation. Nous ne nous refuserons pas à laisser à la Colonie et au Parlement tout le temps dont ils peuvent avoir besoin et à retarder l'arbitrage dans la mesure qui paraîtra nécessaire au Gouvernement anglais pour arriver à une entente complète sur les moyens d'assurer l'exécution permanente des arrangements intervenus entre les deux Cabinets. || Je vous serai reconnaissant de remettre le plus tôt possible à Lord Salisbury une note conçue dans le sens de la présente dépêche et de lui demander un entretien dans lequel vous voudrez bien en développer et en appuyer les conclusions,

Ribot.

Nr. 10412.
Frankreich.
8. Juni 1891.

Nr. 10412. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.

Londres, le 8 juin 1891.

J'ai l'honneur de vous faire connaître que j'ai adressé, à la date d'hier, à Lord Salisbury une note en réponse à sa lettre du 1^{er} de ce mois. || Cette note est rédigée dans le sens que me traçaient vos instructions du 3 juin.

Waddington.

Nr. 10413. **FRANKREICH.** — Derselbe an Dasselbe. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier über denselben Gegenstand. Nr. 10413.
Frankreich.
11. Juni 1891.

Londres, le 11 juin 1891.

Je suis allé hier demander à Lord Salisbury sa réponse à ma lettre du 7 juin. Une discussion assez longue s'est engagée entre nous; Lord Salisbury a d'abord repris la thèse exposée dans sa lettre du 1^{er} juin, à savoir que tant que le Gouvernement anglais se faisait fort d'exécuter ses engagements, nous n'avions pas à nous inquiéter des moyens qu'il jugerait à propos d'employer. Je lui ai répondu que, s'il voulait bien relire ma lettre du 7, il verrait que là n'était pas la question que j'avais soulevée, mais bien de savoir si la résolution votée par la Chambre des communes donnait au Gouvernement anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les Traités et l'Arrangement du 11 mars. "Êtes-vous, lui ai-je dit, en mesure de nous donner des assurances formelles à cet égard?" || La question ainsi nettement posée, je l'ai entretenu des tribunaux qu'il s'agirait d'instituer à Terre-Neuve, comme il l'avait déclaré dans son discours à la Chambre des Lords et comme les journaux l'annonçaient quotidiennement. || A ce propos, je lui ai rappelé qu'il m'avait parlé non de tribunaux, mais d'un commissaire jurisconsulte qui accompagnerait le commodore anglais. Je lui ai dit que nul ne pouvait ignorer quel sens la Colonie attachait à l'institution de ces tribunaux et qu'elle entendait que toutes les contestations relatives aux pêcheries leur seraient déférées au lieu d'être tranchées par les commandants de la Station navale ou par la voie diplomatique. || "C'est précisément, ai-je dit à Lord Salisbury, ce que nous ne pouvons accepter; si vous établissez ces tribunaux, vous vous désaisissez en leur faveur de tout ou partie de la puissance souveraine que vous avez exercée jusqu'à ce jour dans une question internationale. || Entendez-vous, le cas échéant, nous opposer leurs jugements et abriter votre responsabilité sous leurs décisions? || Ce système serait la négation du droit international, tel qu'il a été pratiqué jusqu'ici et introduirait un principe nouveau qui rendrait fort difficile l'exécution des traités. Voilà pourquoi nous ne voulons avoir affaire qu'au Gouvernement anglais seul." || Lord Salisbury, tout en reconnaissant ce qu'il y avait de vrai dans mes observations, m'a répondu que la procédure pour les extraditions fournissait un précédent, puisque la justice de chaque pays statuait sur l'extradition de criminels qui lui étaient étrangers. Je lui ai fait remarquer qu'il n'y avait aucune analogie entre les deux cas: les arrangements pour l'extradition réciproque des criminels sont bilatéraux, ils ont été sanctionnés après de longues et délicates négociations; ici, au contraire, il s'agirait d'imposer à une des parties des juges qu'elle repousse. || Lord Salisbury alors est revenu à son idée d'un commissaire (legal commissioner) chargé d'accompagner le commodore anglais et de l'éclairer de ses conseils. Je lui ai répondu que, si le Gouvernement anglais désirait placer auprès du commandant de son escadre un conseil judiciaire, c'était son affaire, mais que j'étais obligé de

Nr. 10413. ramener Sa Seigneurie à la question fondamentale, c'est-à-dire: "Traitons-nous
Frankreich. avec un Gouvernement à qui le Parlement garantit les moyens permanents de
11. Juni 1891. faire exécuter les engagements qu'il a conclus, et pouvez-vous me faire une
déclaration à cet égard?" || Lord Salisbury a différé sa réponse; il tient à
consulter le Chancelier et les conseils légaux de la Couronne. || La conver-
sation s'est terminée par une nouvelle affirmation, de ma part, de la position
nette que nous avons prise. "Nous ne voulons avoir affaire qu'au Gouverne-
ment anglais seal, muni de pouvoirs permanents." Waddington.

Nr. 10414.
Frankreich.
20. Juni 1891.

Nr. 10414. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Bot-
schafter in London. Verletzungen des Modus vivendi
in Neufundland.

Paris, le 20 juin 1891.

Le Ministre de la Marine vient de me faire savoir que plus de trente nouvelles homarderies anglaises fonctionnent entre Saint-Georges et Sainte-Marguerite, contrairement aux dispositions du modus vivendi. La Division navale britannique n'est pas intervenue et, d'ailleurs, n'a pas paru jusqu'ici à la côte ouest. || Veuillez signaler, sans retard, à Lord Salisbury ces violations des arrangements existants et lui demander de réitérer d'urgence au Commandant de la station anglaise ses instructions pour l'application du modus vivendi. Il est inadmissible que les habitants de Terre-Neuve puissent méconnaître aussi ouvertement les obligations qui les lient. Nous ne pouvons, de notre côté, et vous le ferez amicalement observer, que renouveler au Commandant Fournier la recommandation de tenir la main à ce que le modus vivendi, consenti par les deux pays, soit exactement observé. Ribot.

Nr. 10415.
Frankreich.
22. Juni 1891.

Nr. 10415. FRANKREICH. — Botschafter in London an das
französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.
Englische Erklärung.

Londres, le 22 juin 1891.

Je me suis empressé de faire à Lord Salisbury la communication que comportaient vos instructions d'avant-hier. Le Ministre était à Hatfield; il m'a fait savoir par Sir Th. Sanderson que le Gouvernement anglais n'avait pas jugé possible d'envoyer ses bâtiments sur la côte de Terre-Neuve aussi longtemps que ses officiers n'auraient pas de pouvoirs légaux pour faire exécuter le modus vivendi; mais que, depuis plusieurs jours (depuis le vote du Parlement de Terre-Neuve), ces officiers avaient reçu pour instructions de se mettre en route. Sir B. Walker a été autorisé par le télégraphe à se rencontrer avec le Commandant français à l'époque que fixera ce dernier. Des instructions détaillées seront envoyées au Commandant des forces navales anglaises, après le Conseil des Ministres qui doit se réunir demain matin. ||

J'ai prié Lord Salisbury de m'indiquer un rendez-vous pour après-demain. Je crois savoir qu'il interprète notre volonté de n'avoir affaire qu'au Gouvernement anglais seul, comme un refus de reconnaître toute autre autorité que celle de la marine anglaise. Je tiendrais à avoir, s'il est possible, demain soir, votre sentiment à ce sujet, pour le cas où, par exemple, le Ministre me demanderait mon avis sur la nomination d'un commissaire spécial, non pas local, mais anglais, devant résider à bord d'un des navires de la station britannique.

Waddington.

Nr. 10416. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Die englische Regierung allein wird verantwortlich gemacht für die Durchführung der Verträge und Abkommen.

Nr. 10416.
Frankreich.
23. Juni 1891.

Paris, le 23 juin 1891.

J'ai examiné attentivement la question que vous me posez dans la dernière partie de votre communication d'hier. Nous tenons à ce que le Gouvernement anglais, responsable vis-à-vis de nous de l'exécution des Traités, n'abandonne ni à des tribunaux ni à un commissaire, qui ne relèverait pas directement de lui, le soin d'assurer l'application des actes internationaux relatifs aux pêcheries de Terre-Neuve. Ce qui se passe en ce moment même démontre la nécessité d'une intervention effective et concertée des représentants des deux Gouvernements pour empêcher que les dispositions les plus formelles et les plus claires du *modus vivendi* ne deviennent lettre morte. Vous vous souvenez que Lord Salisbury a reconnu lui-même que le Gouvernement anglais avait contracté vis-à-vis de nous une obligation personnelle dont il ne peut se décharger sur personne. || Nous ne pourrions toutefois nous opposer à ce que le Commandant de la station anglaise fût assisté d'un commissaire spécial ayant pour mission de l'éclairer de ses avis, s'il était bien entendu que ce commissaire ne sera pas investi d'une autorité propre, mais d'une simple délégation du Gouvernement, et que, par conséquent, ce dernier ne pourra pas se retrancher derrière les avis de son délégué pour décliner les responsabilités qui lui incombent. || Je vous autorise à vous exprimer dans ce sens au cours de l'entretien que vous devez avoir avec Lord Salisbury.

Ribot.

Nr. 10417. FRANKREICH. — Botschafter in London an das auswärtige Amt. Englische Ansicht zur Sache.

Nr. 10417.
Frankreich.
24. Juni 1891.

Londres, le 24 juin 1891.

Lord Salisbury, avec qui je viens d'avoir un entretien au sujet de Terre-Neuve, m'a fait connaître la conclusion à laquelle il était arrivé, après avoir consulté le Chancelier et les conseillers de la Couronne: lorsque le Gouverne-

Nr. 10417.
Frankreich.
24. Juni 1891.

ment anglais, m'a-t-il dit, déclare à un Gouvernement étranger qu'il a les pouvoirs nécessaires pour exécuter une convention, ce Gouvernement étranger n'a pas le droit de discuter les moyens d'exécution; une discussion de ce genre aurait des inconvénients de toutes sortes et amoindrirait l'autorité du Pouvoir central. || "Cela dit, a-t-il ajouté, je suis prêt à vous donner officieusement des détails sur l'arrangement que nous sommes à la veille de conclure avec les Délégués de la Colonie et qui deviendra exécutoire après que la sentence arbitrale aura été rendue. || Un des griefs des habitants de Terre-Neuve était que leurs propriétés pourraient être saisies et même détruites par la seule autorité d'un officier de marine, ce qui est contraire à la loi anglaise telle qu'elle est appliquée partout ailleurs. Pour y remédier, nous proposons d'instituer un ou deux juges ou commissaires légaux nommés par la Couronne, sans l'autorisation desquels les officiers de marine ne pourront saisir ou faire démolir une propriété appartenant à un sujet britannique. Il y aura appel de leur décision devant le Conseil privé de la Reine à Londres." — "Cette procédure, lui dis-je, occasionnera de grandes lenteurs; il est, en outre, bien entendu qu'elle ne pourra s'appliquer qu'aux sujets-anglais. Qu'arrivera-t-il donc lorsqu'un citoyen français sera en cause? Nous ne pouvons reconnaître des juges de Terre-Neuve". — "Là où un Français sera en cause, m'a-t-il répondu, il n'y aura rien de changé, ce me semble: ou bien l'accord s'établira entre les deux commandants, ou bien il faudra avoir recours à la voie diplomatique. Il est certain, d'ailleurs, que, lorsque les arbitres auront rendu leur sentence, beaucoup de difficultés actuelles disparaîtront. Telle est mon opinion personnelle; mais je ne voudrais pas m'engager sur les questions délicates de droit qui peuvent surgir et qui pourront nécessiter une intervention diplomatique." || J'ai alors rappelé à Lord Salisbury ma lettre du 7 juin et notre entretien du 11 et je lui ai dit: "Pouvez-vous me donner une réponse précise à la question que je vous ai posée dans ma lettre du 7 juin? Pouvez-vous nous déclarer officiellement que vous avez des pouvoirs complets et permanents pour faire exécuter les traités avec la France et l'Arrangement du 11 mars? Pouvez-vous nous garantir que nous n'aurons affaire qu'au Gouvernement anglais seul?" Il m'a répondu qu'il croyait pouvoir m'écrire une lettre qui nous donnerait satisfaction sur ce point. || Lord Salisbury m'a confirmé que, pour l'exécution du *modus vivendi*, les instructions nécessaires avaient été expédiées au Commandant de la station navale anglaise. Waddington.

Nr. 10418.
Frankreich.
23. Juni 1891.

Nr. 10418. **FRANKREICH.** — Derselbe an dasselbe. Erklärung der englischen Regierung.

Londres, le 28 juin 1891.

Je m'empresse de vous communiquer ci-joint, en copie, la réponse que vient de m'adresser Lord Salisbury au sujet de l'exécution de l'Arrangement du 11 mars.

Waddington.

Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 28 Juin 1891.

Nr. 10418.
Frankreich.
28. Juni 1891.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française à Londres.

Foreign Office, June 26, 1891.

Since I received your Excellency's letter of the 7th inst^t, I have had the opportunity on two occasions of conferring with you upon it, and am replying to it now in the light of the further observations which were made to me by your Excellency in those two conversations.

I understand, that some of the communications which took place between Her Majesty's Government and the Ministers of Newfoundland, and some observations which were made upon this matter in the house of Commons, have left upon the mind of M. Ribot some apprehensions that Her Majesty's Government were either not able or not willing to fulfil the engagement, into which they have entered, that they will execute the award of the arbitrators appointed under the convention of the 11th of March. I will not enter into any discussion of the details which have attracted M. Ribot's observation, nor of the precise methods by which Her Majesty's Government propose to perform the duty which they have formally accepted. I abstain from doing so lest upon some other occasion, and under other circumstances, the precedent which would thus be set should be misinterpreted, and it might be thought, that Her Majesty's Government had recognised the right of a foreign Power to criticise or take exception to the municipal arrangements by means of which they proposed to fulfil their international obligations. Any such admission on their part would, of course, be impossible; and, therefore, I think it better to avoid any formal explanation to your Excellency of the legislative or executive measures which the Convention of the 11th of March may render necessary.

But I have great pleasure in assuring you, that M. Ribot's apprehensions, derived from the reports of what has taken place in this country, lest Her Majesty's Government should not have the power or the will to fulfil the solemn promise which they have given to execute the award, are absolutely without foundation. There is no danger, that in this matter any obstacle will prevent a scrupulous observance on their part of the promises by which they are bound, or that they will devolve upon any other persons or authority whatever the responsibility of vindicating their good faith.

Salisbury.

Nr. 10419.
Frankreich.
29. Jani 1891.

Nr. 10419. **FRANKREICH.** — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Französische Antwort auf das vorige.

Paris, le 29 juin 1891.

J'ai reçu la dépêche en date du 28 de ce mois, par laquelle vous m'avez transmis la réponse de Lord Salisbury à votre communication du 7 juin au sujet de l'exécution de la sentence arbitrale destinée à régler certaines difficultés pendantes à Terre-Neuve. || Dans votre communication précitée, vous demandiez à Sa Seigneurie de nous faire connaître comment devait être interprétée la résolution adoptée récemment par la Chambre des Communes et acceptée par le Gouvernement de la Reine. Devions-nous y voir pour le Parlement Impérial un engagement de voter à défaut du Parlement colonial un bill identique en ses effets à celui dont l'avait saisi Lord Knutsford, c'est-à-dire de donner au Gouvernement anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les traités avec la France et l'arrangement du 11 mars dernier? Vous ajoutiez que nous ne pouvions reconnaître aux autorités ou aux tribunaux de Terre-Neuve le droit de se mêler d'affaires internationales, et que nous attendions du Gouvernement anglais seul l'exécution des accords conclus avec lui. || Dans sa réponse, Lord Salisbury exprime l'opinion qu'à la suite de certains incidents parlementaires survenus à Londres et des communications auxquelles ils ont donné lieu, j'aurais éprouvé des doutes quant à la capacité ou à la volonté du Gouvernement de la Reine d'exécuter la décision des arbitres. Il fournit, en réponse, les assurances les plus formelles et les plus positives. || Je me permettrai d'observer que rien dans mes paroles n'a jamais pu donner lieu de croire que j'eusse aucun doute sur la ferme et loyale intention du Cabinet de Londres d'exécuter les engagements pris vis-à-vis de nous. Je le déclare de la façon la plus expresse, avec le vif désir, qu'une telle méprise sur mes véritables sentiments ne puisse ni se prolonger ni se renouveler. || Si j'ai demandé amicalement des éclaircissements sur la signification de la procédure suivie et qui me paraît nous mettre en face de garanties d'exécution limitées à trois campagnes seulement, c'est d'abord parce que le Gouvernement de la Reine avait reconnu par des déclarations publiques et qu'il m'est impossible d'ignorer, que dans son propre sentiment un acte temporaire ne saurait être considéré comme satisfaisant. Ainsi que je vous le rappelais récemment, la lettre adressée au Premier Ministre de Terre-Neuve par Sir G. W. Herbert, parlant au nom de Lord Knutsford, porte "que le Gouvernement de la Reine s'est engagé expressément à assurer la parfaite exécution, non pas pendant une année, mais d'une façon absolue des décisions des Arbitres", et qu'un acte temporaire n'y saurait suffire. || D'un autre côté, les Délégués de Terre-Neuve ont pu, comme vous le savez, écrire que le Gouvernement anglais avait promis de substituer, du jour où un acte permanent serait voté par la colonie, la juridiction de magistrats anglais à celle des deux Gouvernements qui a suffi jusqu'ici à éviter les conflits et à assurer

le respect des traités. Ces assertions ne pouvaient que causer chez nous de l'appréhension, et le Gouvernement de la République aurait manqué de prévoyance en ne provoquant pas des explications sur un point si important; nous étions, ce me semble, d'autant plus fondés à le faire, que les prétentions émises par les Délégués étaient, dans cette affaire encore, en contradiction avec les déclarations publiques du Cabinet de Londres. Lord Salisbury avait dit, en effet, dans son discours du 27 avril à la Chambre des Lords, qu'il était inadmissible qu'une "Cour de justice pût interpréter les traités d'après ses propres lumières". Au cas, continuait-il, où l'on en viendrait là "toute l'œuvre des arbitres tomberait, et l'on se trouverait en face des mêmes difficultés qu'auparavant". || La phrase finale de la lettre de Lord Salisbury, que vous venez de me transmettre, semble se rapporter à ce même ordre d'idées; mais je serais heureux d'être assuré que j'en comprends exactement la portée. Je ne peux concevoir par suite de quel malentendu fort regrettable le Gouvernement de la Reine a pu croire utile d'affirmer à nos yeux une bonne foi dont nous n'avons jamais douté, et de déclarer qu'il ne laisserait à aucune autorité ou personne quelconque le soin de l'établir. || Jamais la discussion n'a touché un point semblable, par la raison qu'il n'y a jamais eu de question à ce sujet. Ce qui était en question et ce sur quoi, en prévision des prochains débats parlementaires, des éclaircissements nous eussent été précieux, était le point de savoir si, dans l'avenir comme dans le passé, nous nous trouverions en face du Gouvernement anglais seul et sans l'interposition de magistrats auxquels, pas plus dans notre opinion que dans l'opinion exprimée à la Chambre des Lords par le marquis de Salisbury, il ne saurait appartenir d'interpréter et d'appliquer des arrangements internationaux. C'est sur cette question essentielle que nous demandions une réponse qui ne pût laisser de doute. || Lord Salisbury voudra bien reconnaître, j'en suis assuré, qu'il était difficile, en présence de données mal concordantes et dans une affaire aussi grave, de ne pas élucider ce point. Il reconnaîtra aussi l'empressement que nous avons mis à recommander aux Chambres françaises d'approuver l'arrangement intervenu entre nous et qui a déjà reçu la sanction du Sénat. Mais le vote prévu du Parlement anglais a causé, il n'y a pas à se le dissimuler, certaines inquiétudes dans notre pays, en raison des interprétations diverses auxquelles il se prêtait. || Dans les circonstances présentes, il est impossible de ne pas constater que le projet en ce moment soumis à la Chambre des Députés se heurterait à des objections que, faute de déclarations précises sur les points sus-mentionnés, le Gouvernement français aurait peine à réfuter complètement. Nous espérons que Lord Salisbury se rendra compte des sentiments qui ont inspiré notre attitude et sur la nature desquels aucun doute, je crois, n'est possible, et qu'il voudra bien nous mettre en mesure de lever des difficultés dont nous avons, autant que lui, le désir de dégager les relations des deux pays.

Ribot.

Nr. 10419.
Frankreich.
29. Juni 1891.

Nr. 10420.
Frankreich.
16. Juli 1891.

Nr. 10420. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Mündliche Verhandlung mit dem englischen Premier zur Sache.

Londres, le 16 juillet 1891.

Au cours de l'entretien que j'ai eu hier avec Lord Salisbury, je lui ai signalé, dans sa dernière note, ce malentendu qu'il importait d'écarter, à savoir que jamais nous n'avions suspecté la bonne foi du Gouvernement anglais et que nos doutes portaient seulement sur le pouvoir qu'aurait le Gouvernement de Sa Majesté, à la suite de l'abandon du bill Knutsford, d'exécuter d'une façon permanente l'arrangement du 11 mars. Je lui ai exposé que ces doutes n'avaient pas été entièrement dissipés par sa dernière communication. Je lui ai ensuite demandé quand il pourrait me faire connaître le texte du bill dont il était convenu avec les Délégués de Terre-Neuve. Il m'a répondu que les Délégués avaient refusé d'accepter le texte proposé par le Colonial Office, que l'accord n'était pas fait, et que peut-être, en fin de compte, il serait obligé de revenir devant le Parlement anglais pour demander des pleins pouvoirs. Je lui ai parlé des difficultés que susciterait l'intervention des commissaires-jurisconsultes ou des tribunaux à Terre-Neuve, je lui ai dit que, en dehors des questions de principe dont je lui avais signalé déjà la gravité, la procédure nouvelle était fort obscure et pouvait amener à propos de chaque incident des lenteurs infinies, puisqu'il y avait droit d'appel devant le Conseil privé de la Reine. A cela, il m'a répondu que, dans sa pensée, il devait toujours y avoir exécution provisoire et que l'appel ne pouvait porter que sur des questions de dommages-intérêts. Je lui ai ensuite expliqué la difficulté où vous vous trouveriez, puisqu'on ne manquerait pas de vous opposer ses propres paroles à la Chambre des Lords, celles de Lord Knutsford et celles du Sous-Secrétaire d'État aux Colonies, Sir G. W. Herbert, qui toutes condamnaient formellement la voie dans laquelle le Gouvernement anglais est lui-même entré depuis alors. || Il m'a demandé quand nos Chambres se séparaient. Je lui ai répondu que la prorogation aurait lieu dans quelques jours et qu'il ne serait possible de reprendre, s'il y avait lieu, la question de l'approbation de l'arrangement du 11 mars, déjà votée par le Sénat, qu'à la session d'octobre.

Waddington.

Nr. 10421.
Frankreich.
5. Febr. 1892.

Nr. 10421. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Wiederaufnahme der Verhandlung betreffend den Schiedsspruch.

Paris, le 5 février 1892.

Vous m'avez, lors de votre dernier séjour à Paris, signalé verbalement l'intérêt qu'il y aurait à reprendre, ou plutôt à continuer, avec Lord Salisbury, la négociation relative à l'arbitrage de Terre-Neuve. Après un mûr

examen des observations que vous m'avez soumises, il m'a paru qu'il y avait lieu en effet de poursuivre les pourparlers engagés l'année dernière et qui étaient assez avancés au moment où a pris fin la session du Parlement anglais. Je ne crois pas nécessaire de vous adresser à ce sujet de nouvelles instructions, vous ayant déjà fait connaître dans de nombreuses dépêches, auxquelles il me suffit de me référer, la manière dont j'envisage la question et la solution que j'entrevois aux difficultés survenues. || Je vous serai obligé de vous inspirer desdites instructions pour entretenir le Premier Ministre de la Reine de la question qui nous occupe. Je suis convaincu que Lord Salisbury sera sensible à la force des raisons que vous ferez valoir à l'appui de notre manière de voir, et nous mettra en mesure de soumettre à la Chambre le projet de loi concernant l'arbitrage déjà voté par le Sénat.

Ribot.

Nr. 10421.
Frankreich.
5. Febr. 1892.

Nr. 10422. FRANKREICH. — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.

Nr. 10422.
Frankreich.
18. Febr. 1892.

Londres, le 18 février 1892.

J'ai parlé à Lord Salisbury de l'opportunité de reprendre nos pourparlers relativement à l'arbitrage pour les affaires de Terre-Neuve. Il m'a répondu qu'il était prêt, mais que, le Parlement de l'île devant se réunir le 25, il conviendrait d'attendre que celui-ci eût statué sur le bill que le Gouvernement local doit lui soumettre, et dont le texte a été arrêté d'accord avec le Gouvernement de la Métropole.

Waddington.

Nr. 10423. FRANKREICH. — Derselbe an dasselbe. Erneuerung des modus vivendi.

Nr. 10423.
Frankreich.
5. April 1892.

Londres, le 5 avril 1892.

Ainsi que je vous l'ai télégraphié hier, j'ai constaté par écrit, au nom du Gouvernement de la République, le renouvellement pur et simple, pour l'année 1892, du modus vivendi de 1890 concernant la pêche et la préparation du homard à Terre-Neuve || J'ai l'honneur de vous transmettre, ci-jointe, la lettre que Lord Salisbury m'a adressée à ce sujet, ainsi que la réponse par laquelle j'ai constaté l'accord intervenu entre les deux Gouvernements.

Waddington.

I^{re} Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 5 avril 1892.

Le Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, à M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres.

Foreign Office, April 4, 1892.

In pursuance of verbal communications which have passed between your Excellency and me, I have the honour to propose, that the modus vivendi of

Nr. 10423.
Frankreich.
5. April 1892.

1890 relative to the catching and preparation of lobsters, which was renewed purely and simply for the fishery season of the last year, should again be renewed in the same manner for the fishery season of the present year. || I should esteem it a favour if your Excellency would notify to me the consent of your Government to this arrangement, if accepted by them, in which case Her Majesty's Government will consider the exchange of notes as an agreement between the two Governments and will give the necessary directions to carry it into execution on behalf of Great Britain.

Salisbury.

II^e Annexe à la Dépêche de M. Waddington à M. Ribot,
en date du 5 avril 1892.

M. Waddington, Ambassadeur de la République française, à Londres,
au Marquis de Salisbury, Principal Secrétaire d'État pour les
Affaires étrangères.

Londres, le 4 avril 1892.

J'ai reçu la lettre en date de ce jour par laquelle Votre Seigneurie veut bien me proposer de renouveler purement et simplement pour l'année 1892, ainsi que cela a été fait l'année dernière, le *modus vivendi* de 1890 relatif à la pêche et à la préparation du homard à Terre-Neuve. || Je m'empresse de faire savoir à Votre Seigneurie que mon Gouvernement consent au renouvellement de cette convention et j'accepte, en son nom, de considérer le présent échange de notes comme une constatation officielle de l'accord des deux Gouvernements à ce sujet.

Waddington.

Nr. 10424.
Frankreich.
17. Mai 1892.

Nr. 10424. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Ausführung des Abkommens vom 11. März 1891.

Paris, le 17 mai 1892.

Vous avez bien voulu me faire savoir, le 18 février dernier, que, conformément à mes instructions, vous aviez entretenu Lord Salisbury de l'opportunité de reprendre les pourparlers relatifs à l'arbitrage pour les affaires de Terre-Neuve. || Le Premier Ministre de la Reine vous a répondu que, la Législature de l'île devant se réunir le 25 du même mois, il jugeait préférable d'attendre qu'elle eût statué sur le bill que le Gouvernement local lui soumettrait à propos de ces affaires et dont les termes avaient été arrêtés d'accord avec le Gouvernement de la Métropole. || Je n'ai pas encore sous les yeux le texte de ce projet de loi, qui paraît n'être venu que tout récemment en discussion. Si les renseignements publiés par la presse sont exacts, nous aurions de sérieux motifs de nous plaindre de ce qu'on y eût introduit certaines dispositions que Lord Salisbury considérait d'abord, comme nous-mêmes, inaccep-

tables. || Vous vous souvenez, en effet, que nous avons toujours protesté contre toute innovation devant avoir pour résultat de transférer à des cours de justice, quelles qu'elles fussent, le pouvoir de connaître de l'application des Traités. Nos vues à ce sujet, conformes aux règles du droit international, sont consignées dans de nombreuses dépêches, où je rappelle incidemment les déclarations concordantes faites par Lord Salisbury devant la Chambre des Lords. || En raison des démarches que vous n'avez pas manqué de faire pour bien préciser ce point, nous étions fondés à croire qu'il ne pouvait devenir l'objet d'aucun malentendu. Les informations auxquelles je faisais allusion plus haut donnent néanmoins lieu de craindre que le Gouvernement de la Reine n'ait approuvé le dépôt d'un projet de loi conférant à une commission judiciaire des pouvoirs pour l'application des Traités. || Il paraît toutefois que le bill dont il s'agit aurait été rejeté par la Législature malgré les efforts du Premier Ministre local. || Nous nous trouvons donc, après un délai de près d'un an, exactement au point où nous étions lorsque est intervenu le vote de la Chambre des Communes (29 mai 1891) déclarant que le Parlement était prêt à soutenir le Gouvernement dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des traités et arrangements intervenus avec le Gouvernement de la France. Je n'ai pas à insister sur le caractère regrettable de ces retards, alors que les arbitres sont déjà désignés et qu'un règlement définitif eût pu intervenir dès cette année si une procédure différente avait été suivie. L'événement ne justifie que trop le souhait que nous avons exprimé de voir le Parlement britannique voter lui-même et sans attendre, la loi permanente que les déclarations du Gouvernement de la Reine avaient annoncée. || Quoi qu'il en soit, le Gouvernement anglais ne peut que reconnaître avec nous que trop de retards sont déjà intervenus et je ne doute pas qu'il ne recherche les moyens d'assurer la mise à exécution des arrangements du 11 mars 1891 en obtenant de la Chambre des Communes le vote du bill qui est resté en suspens. || Dans le cas, où, comme je l'espère, la réponse de Lord Salisbury serait satisfaisante, je m'empresserais de demander à la Chambre d'approuver l'arrangement du 11 mars auquel, comme vous le savez, le Sénat a déjà adhéré.

Ribot.

Nr. 10425. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das
auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand.

Nr. 10425.
Frankreich.
20. Mai 1892.

Londres, le 20 mai 1892.

Au reçu de votre lettre du 17, j'ai demandé à Lord Salisbury de présenter de nouveau au Parlement le bill qui avait été voté l'année dernière à la Chambre des Lords. || Lord Salisbury m'a répondu qu'il était prêt à le représenter s'il voyait la moindre chance de le faire passer, la fin de la session étant nécessairement très chargée. || J'ai fait remarquer que le vote du

Nr. 10125. Parlement de Terre-Neuve rendait au Gouvernement anglais sa liberté d'action.
 Frankreich. J'ai rappelé que le Gouvernement de la République avait toujours déclaré
 20. Mai 1892. qu'il ne pourrait accepter de soumettre à des tribunaux anglais l'interprétation
 d'un traité qui est essentiellement du ressort diplomatique, ainsi qu'il l'avait
 reconnu lui-même à la Chambre des Lords. || Lord Salisbury m'a répondu
 qu'il allait en parler à ses collègues de la Chambre des Communes, et exa-
 miner s'il y a quelque possibilité de faire passer le bill d'ici à la fin de la
 session.

Waddington.

Nr. 10426.
 Frankreich.
 20. Mai 1892.

Nr. 10426. FRANKREICH. — Auswärtiges Amt an den Bot-
 schafter in London. Gesetzesvorschlag für die Legis-
 latur von Neufundland.

Paris, le 20 mai 1892.

Je viens de recevoir le texte du bill qui a été soumis à l'approbation
 de la législature de Terre-Neuve relativement à la question des pêcheries et
 qui, d'ailleurs, a été rejeté depuis, ainsi que je vous l'ai fait savoir. || J'ai
 l'honneur de vous transmettre ci-joint ce document. || Je crois devoir vous
 signaler que, comme je le craignais, les termes de cet acte législatif ne con-
 cordent pas avec les conditions dans lesquelles il convient que les traités et
 arrangements existant entre la France et l'Angleterre soient exécutés.

Ribot.

Annexe à la Dépêche de M. Ribot à M. Waddington,
 en date du 20 mai 1892.

Projet de loi soumis au Parlement de Terre-Neuve.

[Après un préambule rappelant les actes internationaux qui régissent la matière,
 viennent les considérants et le dispositif ci-après.]

And whereas it is expedient, that permanent arrangements should be
 made, both for the legal enforcement of the provisions of the French treaties
 and of the arbitration award, and also for the decision of questions which
 may from time to time arise under those provisions upon the treaty coast
 and waters. || Be it therefore enacted by the Governor and Legislative
 Council and House of Assembly in Legislative Session convened as follows: ||
 1. — (1) Her Majesty the Queen may from time to time, by instrument under
 Her Royal Sign Manual and Signet, appoint Judicial Commissioners for the
 treaty coast and waters, and every Commissioner so appointed shall receive
 from the Governor a commission for the purposes of this Act.

(2) There shall be a superior Court of record, called the Judicial Commis-
 sion Court, and the said Judicial Commissioners shall be judges of that Court. ||
 2. — (1) "Where a naval officer holding the instructions of Her Majesty the

Queen given through the Commissioners of the Admiralty for fulfilling the French treaties and arbitration award thinks it necessary to take any action against any person or their property for the purpose of carrying into effect or enforcing the said treaties or award, or of maintaining peace and good order among the persons engaged in the fisheries on treaty coast and waters, he shall bring the matter before the Judicial Commission Court, and before taking any action obtain a judgment of the court directing such action.”

|| (2) Any person aggrieved by any act of a naval officer holding such instructions as aforesaid may bring the matter before the Judicial Commission Court. || (3) The Judicial Commission Court shall try every case in a summary manner, and decide it in accordance with the French treaties and arbitration award, and give such judgment as appears necessary for carrying into effect the decision so as to secure the due observance of the said treaties and award. || 3. — (1) A judgment of the Court may impose a fine, not exceeding five hundred dollars, grant an injunction mandatory or otherwise, award damages or costs, direct a sale, and give any other order or direction which appears to the Court necessary, for carrying into full effect the judgment of the Court, or for the execution of the French treaties or arbitration award. || (2) A judgment of the Judicial Commission Court shall have full effect and be executed, whether on land or at sea by any naval officer, or by any civil officer who executes the judgment of the Supreme Court, or of a stipendiary magistrate. || 4. — (1) Subject to any rules from time to time made by Her Majesty the Queen, and countersigned by one of Her Majesty's Principal Secretaries of State. || (a) Sittings of the Judicial Commission Court shall be held at such times and places, and either by one or more of the Commissioners as occasion appears to require, and that either simultaneously or at different times, and at certain fixed places; or at different places where a Commissioner may be, and either on board ship or on land; and || (b) The jurisdiction of the Court may be exercised by one Commissioner; and || (c) The Court may, where it deems it expedient, summon any persons having local knowledge and experience to sit with the Court as assessors; and || (d) The Court may from time to time appoint such officers as appear to the Court necessary, and remove such officers. || 5. — (1) There shall not, save as hereinafter mentioned, be any appeal from any judgment of the Judicial Committee Court in any case connected with the French treaties or arbitration award, nor shall the Court be liable in any such case to be restrained or interfered with in the exercise of their jurisdiction under this Act, whether by a prohibition, mandamus, certiorari, or otherwise; and any judgment, or other proceeding of the Court, shall not be deemed void by reason only of any formal defect; || (2) Provided, that: || (a) Nothing in this Act shall impair the right of appeal to Her Majesty the Queen in Council in accordance with such regulations as Her Majesty in Council may make; and || (b) If any party to a case determined by one Judicial Commissioner requires the case to be reheard before

Nr. 10426.
Frankreich.
20. Mai 1892.

a Court composed of more than one Commissioner the case shall be so reheard. || (3) Provided further, that an appeal or rehearing under subsection (2) of this section shall not operate as a stay of execution. || 6. — (1) The Judicial Commission Court shall, for the purposes of this Act, have the same jurisdiction and power of summoning and enforcing the attendance of parties and witnesses, of administering an oath, of protecting and enforcing respect for the Court, enforcing their judgment or summons, and otherwise, as the Supreme Court, or (as the case requires) any stipendiary magistrate.

(2) A naval officer shall have power with a view to any proceeding in the Judicial Commission Court, to take and bring before the Court any person, or vessel or boat or any tackle, equipment, or nets, and for that purpose, and for the purpose of the execution of any judgment of the Court, shall have the authority and be entitled to the immunities given by law to any sheriff, bailiff, tipstaff, constable, or officer executing a warrant or judgment of the Supreme Court, or (as the case requires) as any stipendiary magistrate. || 7. — (1) The Judicial Commission Court may, from time to time with the approval of Her Majesty the Queen, signified under the hand of one of Her Majesty's Principal Secretaries of State, make, revoke, and vary rules regulating the procedure, payment of assessors, practice, fees and costs, in waters under this Act, and providing for the reception of depositions in evidence, and such rules shall be published in the Royal Gazette, and while in force shall be binding as if enacted in this Act. || (2) All such fees, and also all fines imposed by the Court, shall be paid, accounted for, and applied as directed by the rules, and subject to any such direction shall be applied in aid of the expenses of the Court and the officers thereof, and so far as not required for that purpose shall be applied as part of the revenue of Newfoundland. || 8. — (1) Nothing in this Act shall apply to any matter arising otherwise than in relation to the French treaties and arbitration award. || (2) The jurisdiction and powers conferred by this Act shall be in addition to and not in derogation of any jurisdiction and powers of Her Majesty the Queen, or officers acting under Her orders, or of the Governor or any court magistrate, or officer of Newfoundland. || 9. In this Act, unless the context otherwise requires. || The expression "Naval Officer" means any officer, commissioned and in full pay, of one of Her Majesty's ships. || The expression "judgment" includes a decree or order. || The expression "French treaties" means the engagements between Great Britain and France recited in this Act, and includes any future agreement for a continuation (pending the arbitration) of the *modus vivendi* of 1890. || The expression "arbitration award" means any award made in pursuance of the arbitration agreement recited in this Act. || The expression "treaty coast and waters" means such portion of the coast of Newfoundland as is mentioned in the above-recited treaty of Versailles of the third day of September one thousand seven hundred and eighty-three, and such of the waters adjoining that portion of the coast as are within Her Majesty's juris-

diction. || Words importing the masculine gender shall include females, and words in the singular shall include the plural, and words in the plural shall include the singular. || 10. — The Newfoundland French Treaties Act of 1891 is hereby repealed. || 11. — This Act shall come into operation on such a day as may be notified by the Governor by proclamation, and may be cited as the "Fishery Treaties Act, 1892".

Nr. 10427. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an das französische auswärtige Amt. Vertagung der Sache.

Nr. 10427.
Frankreich.
20. Mai 1892.

Londres, le 29 mai 1892.

J'ai entretenu Lord Salisbury et M. Balfour, leader de la Chambre des Communes, du bill à présenter au Parlement pour l'exécution de l'arbitrage à Terre-Neuve. Ils m'ont déclaré que, informations prises, ils ne croyaient pas possible de faire passer le bill relatif à Terre-Neuve pendant le peu de temps que la session durera encore. Nous restons donc purement et simplement, comme il y a un an, sur le terrain du *modus vivendi*.

Waddington.

Handels-Verträge.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428. DEUTSCHES REICH und RUSSLAND. — Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Russland*). 20. März 1894.

(Uebersetzung.)

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reiches einerseits, und Seine Majestät der Kaiser von Russland andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu fördern, haben beschlossen, einen Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den beiden Ländern abzuschliessen und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Reichskanzler, Staatsminister und Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Preussen, Herrn Leo Grafen von Caprivi, || und || Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Hamburg, Herrn Max Freiherrn von Thielmann, || und ||

Seine Majestät der Kaiser von Russland: || Allerhöchstihren Generaladjutanten, ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Grafen Paul Schuwalow, || und || Allerhöchstihren Wirklichen Staatsrath, Vicedirektor des Departements für Handel und Manufakturen im Finanzministerium, Basil Timiriasew,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Angehörigen eines der beiden vertragschliessenden Theile, welche sich in dem Gebiete des anderen Theiles niedergelassen haben oder sich dort vorübergehend aufhalten, sollen dort im Handels- und Gewerbebetriebe die nämlichen Rechte geniessen und keinen höheren oder anderen Abgaben unter-

*) Vgl. Nr. 10201 (Bd. 52, S. 309). Anm. d. Red.

worfen werden, als die Inländer. Sie sollen in dem Gebiete des anderen Theiles in jeder Hinsicht dieselben Rechte, Privilegien, Freiheiten, Begünstigungen und Befreiungen haben wie die Angehörigen des meistbegünstigten Landes. || Es herrscht jedoch darüber Einverständniss, dass durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschliessenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 2.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu erwerben und zu besitzen, soweit dieses Recht nach den Landesgesetzen Angehörigen irgend einer fremden Nation jetzt oder künftig zusteht. Sie sollen berechtigt sein, darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Eheschliessung, letzten Willen oder auf andere Weise zu verfügen, sowie Vermögen durch Erbschaften zu erwerben und zwar unter denselben Bedingungen, welche jetzt oder künftig für die Angehörigen irgend einer anderen fremden Nation bestehen, ohne in einem der genannten Fälle unter irgend einer Bezeichnung anderen oder höheren Abgaben, Steuern oder Auflagen unterworfen zu sein, als die Inländer. || Ebenso sollen sie den Erlös aus dem Verkaufe ihres Eigenthums und ihr Vermögen überhaupt unter Beobachtung der Landesgesetze frei ausführen können, ohne als Ausländer zur Entrichtung anderer oder höherer Abgaben verpflichtet zu sein, als die Inländer unter gleichen Verhältnissen zu entrichten haben würden. || Sie sollen unter Beobachtung der Landesgesetze freien Zutritt zu den Gerichten haben, um als Kläger oder Beklagte aufzutreten, und sollen in dieser Hinsicht alle Rechte und Befreiungen der Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Sachwalter und Vertreter jeder Art zu bedienen.

Artikel 3.

Die Angehörigen jedes der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen zu Gerichts-, Administrativ- oder Munizipaldiensten mit Ausnahme der Vormundschaft nicht verpflichtet sein; ebenso bleiben sie frei von jedem persönlichen Dienste im Landheere, in der Marine, in der Reserve der Land- und Seemacht und in der Nationalmiliz, sowie von allen Lasten, Zwangsanleihen, militärischen Requisitionen und Leistungen jeder Art, welche im Kriegsfall oder in Folge von aussergewöhnlichen Umständen auferlegt werden; ausgenommen sind die aus irgend welchem Rechtstitel mit dem Besitze eines Grundstücks verbundenen Lasten sowie die Verpflichtung zur Quartierleistung und zu sonstigen besonderen Leistungen für die bewaffnete Macht, die den Inländern und den Angehörigen der meistbegünstigten Nation als Eigenthümern, Pächtern oder Miethern von Immobilien obliegen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in einem der beiden Länder nach den bestehenden Gesetzen rechtsgültig errichtet worden sind und dort ihren Sitz haben, sollen in dem anderen Lande als gesetzlich bestehend anerkannt werden und dort namentlich das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder als Beklagte Prozesse zu führen. || Es herrscht jedoch darüber Einverständniss, dass durch die vorstehende Bestimmung die Frage nicht berührt wird, ob derartige in einem der beiden Länder errichtete Gesellschaften in dem anderen Lande zum Handels- und Gewerbebetriebe zugelassen werden sollen oder nicht. Diese Frage bleibt, wie bisher, den in dem betreffenden Lande bestehenden oder noch einzuführenden Bestimmungen vorbehalten. || In jedem Falle sollen die gedachten Gesellschaften in dem anderen Lande dieselben Rechte geniessen, welche den gleichartigen Gesellschaften irgend eines Landes zustehen oder zugestanden werden sollten.

Artikel 5.

Die vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr- oder Ausfuhrverbote zu hemmen, auch die freie Durchfuhr zu gestatten, soweit es sich nicht um Wege handelt, die der Durchfuhr verschlossen sind oder sein werden. || Ausnahmen sind nur für solche Erzeugnisse zulässig, welche auf dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile den Gegenstand eines Staatsmonopols bilden oder bilden werden, sowie auch für gewisse Erzeugnisse, für die aus Rücksichten auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei und die öffentliche Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen ausserordentliche Verbotsmassregeln ergehen könnten.

Artikel 6.

Die russischen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche in Deutschland, und die deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse, welche in Russland eingeführt werden, sollen dort, sie mögen zum Verbrauch, zur Lagerung, zur Wiederausfuhr oder zur Durchfuhr bestimmt sein, der nämlichen Behandlung unterliegen und keinen höheren oder anderen Abgaben unterworfen werden, als die Erzeugnisse des in dieser Beziehung meistbegünstigten Landes. Insbesondere wird jede Begünstigung, jede Befreiung und jede Ermässigung der in dem Generaltarife oder in den Vertragstarifen enthaltenen Eingangszölle, welche einer der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht dauernd oder zeitweise zugesteht, ohne weiteres und bedingungslos auf die Boden- und Gewerbserzeugnisse des anderen ausgedehnt werden.

Artikel 7.

Die in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten deutschen Boden- und Gewerbserzeugnisse sollen bei ihrer Einfuhr in Russland und die in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten russischen Boden- und Gewerbserzeugnisse

sollen bei ihrer Einfuhr in Deutschland keinen anderen oder höheren Eingangszöllen unterliegen, als den in diesen Anlagen festgesetzten. || Wenn einer der vertragschliessenden Theile auf einen in Anlage A oder Anlage B des gegenwärtigen Vertrags angeführten Gegenstand einheimischer Erzeugung oder Fabrikation zum Vortheil der Staatskasse eine neue innere Steuer oder Accise oder einen Zuschlag zu einer solchen inneren Steuer oder Accise legen sollte, so kann der gleichartige Gegenstand bei der Einfuhr mit einer gleichen oder entsprechenden Abgabe belegt werden, vorausgesetzt, dass diese Abgabe für die Provenienzen aller Länder gleich ist.

Nr. 10128.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

Artikel 8.

Innere Abgaben, welche in dem Gebiete eines der vertragschliessenden Theile für Rechnung des Staates, der Gemeinden oder der Korporationen auf der Hervorbringung, der Bearbeitung oder dem Verbrauch eines Erzeugnisses ruhen oder ruhen werden, dürfen für Erzeugnisse des anderen Theiles unter keinem Vorwande höher oder lästiger sein als für die gleichartigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Artikel 9.

Bei der Ausfuhr von Waaren aus einem der beiden Länder nach dem anderen dürfen keine anderen oder höheren Ausgangsabgaben erhoben werden als bei der Ausfuhr nach dem in dieser Beziehung meistbegünstigten Lande. Auch jede sonst von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht für die Ausfuhr zugestandene Begünstigung wird ohne weiteres und bedingungslos dem anderen zu Theil werden.

Artikel 10.

Die Waaren aller Art, welche durch das Gebiet eines der beiden Theile auf einem dem Transithandel geöffneten Wege durchgeführt werden, sollen wechselseitig von jeder Durchfuhrabgabe frei sein, sei es, dass sie unmittelbar durchgeführt werden, sei es, dass sie während der Durchfuhr abgeladen, eingelagert und wieder aufgeladen werden.

Artikel 11.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages berühren nicht: || 1. die Begünstigungen, welche anderen angrenzenden Staaten zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb einer Grenzzone bis zu fünfzehn Kilometer Breite gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten, || 2. die von Deutschland auf Grund der bestehenden Zolleinigung dem Grossherzogthum Luxemburg und den österreichischen Gemeinden Jungholz und Mittelberg zugestandenen Begünstigungen, auf welche Gebietstheile im Uebrigen die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages Anwendung finden, || 3. die Begünstigungen, welche für die Einfuhr oder Ausfuhr den Bewohnern des Gouvernements Archangel sowie für die nördlichen und östlichen Küsten des

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

asiatischen Russlands (Sibirien) gegenwärtig gewährt sind oder in Zukunft gewährt werden sollten. || Es wird ausserdem der Vorbehalt gemacht, dass die Bestimmungen der Artikel 6, 9 und 10 des gegenwärtigen Vertrages weder auf die besonderen Abmachungen des Vertrages zwischen Russland und Schweden und Norwegen vom ^{26. April}_{15. Mai} 1838 noch auf diejenigen Vereinbarungen Anwendung finden sollen, welche die Handelsbeziehungen mit den angrenzenden Staaten und Ländern Asiens regeln oder regeln werden. Auf diese Abmachungen darf in keinem Falle Bezug genommen werden, um die Handels- und Schiffsverkehrsverhältnisse, wie sie zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen durch den gegenwärtigen Vertrag begründet worden sind, abzuändern.

Artikel 12.

Kaufleute, Fabrikanten und andere Gewerbetreibende, welche sich durch den Besitz einer von den Behörden des Heimathlandes ausgefertigten Gewerbelegitimationskarte darüber ausweisen, dass sie in dem Staate, wo sie ihren Wohnsitz haben, zum Gewerbebetriebe berechtigt sind, sollen befugt sein, persönlich oder durch die in ihren Diensten stehenden Reisenden in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Waareneinkäufe zu machen oder Bestellungen, auch unter Mitführung von Mustern, zu suchen. Die gedachten Kaufleute, Fabrikanten und anderen Gewerbetreibenden oder Handlungsreisenden sollen wechselseitig in den beiden Ländern hinsichtlich der Pässe und der den Handelsbetrieb treffenden Abgaben wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Die mit einer Gewerbelegitimationskarte versehenen Gewerbetreibenden (Handlungsreisenden) dürfen wohl Waarenmuster, aber keine Waaren mit sich führen. Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von den vorbezeichneten Handlungsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben unter der Voraussetzung zugestanden, dass diese Gegenstände, falls sie nicht verkauft worden sind, binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist wieder ausgeführt werden und die Identität der ein- und wieder ausgeführten Gegenstände ausser Zweifel ist, wobei es gleichgültig sein soll, über welches Zollamt die Gegenstände ausgeführt werden. || Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern bei der Einfuhr durch Niederlegung des Betrages der bezüglichlichen Zollgebühren oder durch Sicherstellung gewährleistet werden. || Die vertragschliessenden Theile werden sich gegenseitig Mittheilung darüber machen, welche Behörden zur Ertheilung von Gewerbelegitimationskarten befugt sein sollen, nach welchem Muster diese Karten ausgefertigt werden, und welche Vorschriften die Reisenden bei Ausübung des Gewerbebetriebes zu beachten haben. || Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile, welche sich in das Gebiet des anderen zum Besuche der Messen und Märkte begeben, um dort Handel zu treiben oder ihre Erzeugnisse feilzuhalten, werden wechselseitig wie die Inländer behandelt und keinen höheren Abgaben als diese unterworfen werden.

Artikel 13.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Russland und die russischen Schiffe und ihre Ladungen sollen in Deutschland ganz wie die inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden, gleichviel, von wo die Schiffe ausgelaufen oder wohin sie bestimmt sind, und woher die Ladungen stammen oder wohin sie bestimmt sind. || Jedes Vorrecht und jede Befreiung, welche in dieser Beziehung von einem der vertragschliessenden Theile einer dritten Macht eingeräumt werden sollte, soll ohne weiteres und bedingungslos auch dem anderen Theile zustehen. || Von den vorstehenden Bestimmungen wird jedoch eine Ausnahme gemacht || a) in Betreff derjenigen besonderen Begünstigungen, welche dem inländischen Fischfang und dessen Erzeugnissen in dem einen oder dem anderen Lande jetzt oder in Zukunft gewährt werden sollten, || b) in Betreff der jetzt oder künftig der nationalen Kauffahrteiflotte gewährten Begünstigungen. || Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden keine Anwendung auf die Küstenschifffahrt, welche nach wie vor durch die in jedem der beiden Länder jetzt oder künftig in Kraft stehenden Gesetze geregelt wird. Immerhin soll es den deutschen und den russischen Schiffen freistehen, aus einem Hafen des einen der beiden vertragschliessenden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes zu fahren, sei es, um dort die aus dem Auslande mitgebrachte Ladung ganz oder theilweise zu löschen, oder um eine nach dem Auslande bestimmte Ladung einzunehmen oder zu ergänzen.

Artikel 14.

Die Nationalität der Schiffe soll beiderseits nach den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen und Verordnungen auf Grund der an Bord befindlichen, durch die zuständigen Behörden ausgestellten Urkunden und Patente anerkannt werden. || Die von dem einen der vertragschliessenden Theile ausgestellten Schiffsmessbriefe werden nach Massgabe der zwischen den beiden vertragschliessenden Theilen getroffenen oder zu treffenden besonderen Vereinbarungen von dem anderen Theile anerkannt werden.

Artikel 15.

Die deutschen Schiffe, welche nach einem russischen Hafen, und umgekehrt die russischen Schiffe, welche nach einem deutschen Hafen kommen, nur um dort ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, sollen, vorausgesetzt, dass sie sich nach den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Staates richten, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen Theil ihrer Ladung irgend welche Gefälle zu bezahlen ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 16.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Von Tonnengeldern und Abfertigungsgebühren sollen in den Häfen eines jeden der beiden Länder völlig befreit sein: || 1. die Schiffe, welche von irgend einem Orte mit Ballast ein- und damit wieder auslaufen; || 2. die Schiffe, welche aus einem Hafen des einen der beiden Länder nach einem oder mehreren Häfen desselben Landes kommen und sich über die in einem anderen Hafen desselben Landes bereits erfolgte Zahlung jener Abgaben ausweisen können; || 3. die Schiffe, welche freiwillig oder nothgedrungen mit Ladung nach einem Hafen kommen und ihn, ohne irgendwie Handel betrieben zu haben, wieder verlassen. || Diese Befreiung wird nicht gewährt für Leuchtthurm-, Lootsen-, Remorquirungs-, Quarantäne- und sonstige auf dem Schiffskörper lastende Abgaben, welche für dem Verkehr dienende Leistungen und Vorkehrungen in gleichem Masse von den inländischen und von den Schiffen der meistbegünstigten Nation zu entrichten sind. || Ist das Einlaufen durch Noth veranlasst worden, so gelten nicht als Ausübung des Handelsbetriebes das zur Ausbesserung des Schiffes erfolgte Löschen und Wiedereinladen der Waaren, das Ueberladen auf ein anderes Schiff im Falle der Secuntüchtigkeit des ersten, die zur Verproviantirung der Schiffsmannschaft nothwendigen Aufwendungen und der Verkauf der beschädigten Waaren mit Genehmigung der Zollverwaltung.

Artikel 17.

Wenn ein Schiff eines der vertragschliessenden Theile an den Küsten des anderen Theiles strandet oder Schiffbruch leidet, sollen Schiff und Ladung dieselben Begünstigungen und Befreiungen geniessen, welche die Gesetzgebung des betreffenden Landes den eigenen Schiffen in gleicher Lage bewilligt. Es soll jederlei Hülfe und Beistand dem Führer und der Mannschaft sowohl für ihre Personen, wie für Schiff und Ladung geleistet werden. || Die vertragschliessenden Theile kommen ausserdem überein, dass die geborgenen Waaren keiner Zollabgabe unterliegen sollen, es sei denn, dass sie in den inländischen Verbrauch übergehen.

Artikel 18.

Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Strassen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, soll, insoweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr und den Handel im Allgemeinen bestimmt sind, gleichviel, ob sie vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung von Privatpersonen verwaltet werden, den Angehörigen des anderen vertragschliessenden Theiles unter gleichen Bedingungen und gegen Zahlung gleicher Gebühren wie den Angehörigen des eigenen Staates gestattet werden. || Solche Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden.

Artikel 19.

Die beiden vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, ihre Eisenbahntransporttarife nach eigenem Ermessen zu bestimmen. || Jedoch soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise noch hinsichtlich der Zeit und der Art der Abfertigung zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschliessenden Theile ein Unterschied gemacht werden. Insbesondere sollen für die von Russland nach einer deutschen Station oder durch Deutschland beförderten Gütertransporte auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke erhoben werden. Das Gleiche soll auf den russischen Bahnen für Gütersendungen aus Deutschland gelten, welche nach einer russischen Station oder durch Russland befördert werden. || Ausnahmen von vorstehenden Bestimmungen sollen nur zulässig sein, soweit es sich um Transporte zu ermässigten Preisen für öffentliche oder milde Zwecke handelt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Artikel 20.

Der gegenwärtige Vertrag soll am 20./8. März 1894 oder womöglich früher in Kraft treten und bis zum 31./18. Dezember 1903 in Geltung bleiben. || Im Falle keiner der vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Eintritt des letzten Termins seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu lassen, kundgibt, soll dieser in Geltung bleiben bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, wo der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn kündigt.

Artikel 21.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen in Berlin sobald als möglich ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben ihn die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

So geschehen zu Berlin, den $\frac{10. \text{ Februar }}{29. \text{ Januar }}$ 1894.

(Uebersetzung.)

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Unterzeichnung des zu Berlin am heutigen Tage abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Deutschland und Russland zu schreiten, sind die Unterzeichneten über folgende Punkte übereingekommen:

Erster Theil.

Zum Vertragstext.

Zu Artikel 1 und 12.

Im Passwesen werden die Angehörigen beider Theile wie die der meistbegünstigten Nation behandelt werden.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu den Artikeln 5, 6, 7, 9 und 10.

Im Hinblick darauf, dass zur Zeit in Russland gewisse Waaren bei der Einfuhr über die Landgrenze höheren Zollsätzen unterliegen als bei der Einfuhr über die Ostsee, besteht Einverständniss darüber, dass vom Tage des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages die Zölle bei der Einfuhr über die Landgrenze auf die Sätze der Zölle bei der Einfuhr über die Ostsee ermässigt werden sollen, und dass kein neuer, die Einfuhr über die Ostsee, das Schwarze und das Asow'sche Meer (mit Ausnahme der kaukasischen Küste) begünstigender Unterscheidungszoll eingeführt werden darf. || Die deutsche Regierung verpflichtet sich ihrerseits, an keiner Grenze des deutschen Reiches andere oder günstigere Zölle einzuführen als an der russischen Grenze. Eine Ausnahme wird jedoch gemacht für Salz, gesägte Blöcke und grobe Steinmetzarbeiten sowie für rohe Schieferplatten (Nr. 25t, 33d und 33e des deutschen Zolltarifs), für welche Waaren Deutschland sich vorbehält, die gegenwärtig bestehenden Unterschiede zwischen Seezöllen und Landzöllen aufrechtzuhalten.

Zu Artikel 6, 7 und 11.

Die Boden- und Gewerbeerzeugnisse einer dritten Macht, welche durch das Gebiet eines der vertragschliessenden Theile durchgeführt werden, sollen bei ihrem Eingang in das Gebiet des anderen Theiles keinen anderen oder höheren Zöllen unterworfen werden, als wenn sie direkt aus dem Ursprungslande eingeführt worden wären.

Zu den Artikeln 6 bis 9.

Die Kaiserlich russische Regierung erklärt sich bereit, bei Zollzahlungen deutsche Goldmünzen durch die Zollämter annehmen zu lassen und zwar 1000 Mark Gold als Gegenwerth von 308 Rubel Gold.

Zu Artikel 6 und 7.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich das Recht vor, bei der Einfuhr von Waaren zum Nachweise der einheimischen Erzeugung oder Bearbeitung die Vorlegung von Ursprungszeugnissen zu fordern. Es wird seitens der beiden Theile Fürsorge getroffen werden, dass die verlangten Zeugnisse den Handel möglichst wenig beengen.

Zu Artikel 13.

Die vertragschliessenden Theile behalten sich eine besondere Vereinbarung über die Ausübung der Schifffahrt auf dem Niemen, der Weichsel und der Warthe vor.

Zu Artikel 19.

Die vertragschliessenden Theile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Herstellung direkter Frachttarife, thunlichst unterstützen. Namentlich sollen solche direkte Frachttarife nach den deutschen Häfen Danzig (Neufahrwasser), Königsberg (Pillau) und Memel zur Vermittelung sowohl

der Ausfuhr aus als der Einfuhr nach Russland den Bedürfnissen des Handels entsprechend eingeführt werden. || Zugleich sollen die Frachtsätze für die im russischen Eisenbahntarif zum Getreide gerechneten Artikel sowie für Flachs und Hanf von den russischen Aufgabestationen bis zu den oben erwähnten Häfen nach denjenigen Bestimmungen gebildet und unter die am Transport beteiligten deutschen und russischen Bahnen vertheilt werden, welche für die nach den Häfen Libau und Riga führenden russischen Eisenbahnen jetzt in Kraft sind oder in Kraft treten werden. Die ausser den Frachtsätzen erhobenen Zuschläge (Nebengebühren) sollen in gleicher Weise gebildet und der Betrag derselben nach den russischen Vorschriften unter die beteiligten Linien vertheilt werden, wobei man darüber einverstanden ist, dass nur eine einzige Grenzgebühr, die den russischen und den deutschen, zur Grenze führenden Bahnen zu gleichen Theilen zufällt, erhoben werden darf. || Diese Verpflichtung bezieht sich nur auf die beiderseitigen Staatsbahnen; doch werden die beiden Regierungen dahin zu wirken suchen, dass die Privatbahnen bei der Tarifbildung und Frachtvertheilung auf ihren Linien die gleichen Grundsätze anwenden. Sollten sich jedoch trotzdem die am Verkehr in einer der bezeichneten Richtungen beteiligten Privatbahnen diesen Grundsätzen der Tarifbildung und Vertheilung nicht unterwerfen, so sollen diese Grundsätze auch für die Staatsbahnen der vertragschliessenden Theile nicht mehr bindend sein. || Die zur Zeit bestehenden besonderen Bestimmungen zur Regelung des Wettbewerbes zwischen Königsberg und Danzig bleiben in Kraft.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu Artikel 20.

Der zwischen beiden vertragschliessenden Theilen bestehende Konsularvertrag vom ^{8. Dezember}_{26. November} 1874 soll nicht früher als gleichzeitig mit dem gegenwärtigen Verträge gekündigt werden können.

Zweiter Theil.

Zum russischen Vertragstarif.

Zu Artikel 5 Absatz 3.

Die Bezeichnung: Getrocknete Cichorie, begreift jede durch irgend welches Verfahren getrocknete Cichorie in sich.

Zu Artikel 55.

Die grossen Häute werden nach den in Artikel 55 Absatz 3 festgesetzten Zollsätzen auch dann verzollt, wenn sie mit künstlich eingepressten Narben versehen sind.

Zu Artikel 72 Absatz 2.

Chamottemörtel (Fugenmörtel oder feuerfester Cement), das heisst eine Mischung von rohem und gebranntem feuerfestem Thon, das Ganze zerrieben, wird nach Artikel 72 Absatz 2 verzollt.

Zu Artikel 79 Absatz 1.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzten Einfuhrzölle für Stein-, Torf- und Holzkohle sowie für Torf, über die westliche Landgrenze eingeführt, können vom 1. Januar 1898 (alten Stils) an erhöht werden, falls nur die Höhe der Zölle für die westliche Landgrenze und für die Ostseehäfen dieselbe bleibt.

Zu Artikel 112.

Unter der Bezeichnung: nicht besonders genannte chemische und pharmazeutische Produkte, sind diejenigen Produkte dieser Art zu verstehen, welche im russischen allgemeinen Zolltarif vom 11. Juni 1891 nicht besonders genannt sind.

Zu Artikel 131.

Die in dem Artikel 131 aufgeführten Zölle treffen in gleicher Weise Bleiweiss und Zinkweiss, wenn sie mit anderen Stoffen vermischt sind, welche keinen höheren Zöllen unterliegen als Bleiweiss.

Zu Artikel 140 und 142.

Eisen und Stahl in Blättern und Tafeln, wie sie in den Absätzen 3 und 4 der Artikel 140 und 142 aufgeführt sind, unterliegen den dort festgesetzten Zollgebühren ohne Rücksicht auf die Form, in der die Blätter und Tafeln zugeschnitten sind.

Zu Artikel 141.

Die im russischen Zolltarif aufgeführten gewöhnlichen oder nicht kostbaren Metalle begreifen alle Metalle mit Ausnahme von Gold, Silber und Platin in sich. Aluminium gilt als gewöhnliches Metall, ausgenommen die Fälle, in denen es in den russischen Tarifartikeln mit höheren Zollsätzen besonders aufgeführt ist.

Zu Artikel 141, 147, 154, 155, 156 und 163.

Eisen, Stahl und Zink (sowie die Fabrikate daraus), welche durch irgend ein Verfahren (auf galvanischem Wege, durch Umguss, durch ein Walzverfahren oder anderswie) einen Ueberzug von gewöhnlichem Metall erhalten haben, werden ohne Zuschlag nach den für Eisen, Stahl und Zink und die Fabrikate daraus festgesetzten Zollsätzen verzollt, vorausgesetzt, dass der Metallüberzug im Gesamtgewicht jedes einzelnen Artikels nicht übersteigt: bei den in Artikel 141, 147, 154, 155 und 156 aufgeführten Waaren 25%, und bei den in Artikel 163 aufgeführten Waaren 10%.

Zu Artikel 150.

Die in Absatz 1 dieses Artikels festgesetzte Zollgebühr ist auf gusseiserne, mit Theer oder Asphalt überzogene Röhren anzuwenden, welche nicht auf irgend eine Weise bearbeitet sind, es sei denn, dass die Bearbeitung in dem Ausmerzen der Spuren besteht, welche nach Beseitigung der Gussnähte, Angüsse oder Gusszapfen am Metall zurückbleiben.

Zu Artikel 152.

Eiserne und stählerne Mannesmannröhren, auch mit Asphalt und Faserstoffen (gewöhnlichen und im rohen Zustand) überzogen, werden nach diesem Artikel verzollt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

Zu Artikel 153.

Alle eisernen und stählernen Bau- und Möbelbeschläge werden nach den betreffenden Absätzen des Artikels 153 verzollt, falls sie nicht in Artikeln des russischen Tarifs mit höheren Zollsätzen besonders aufgeführt sind. Vernickelung genügt für sich allein nicht, um Gegenstände dieser Art höher zu verzollen.

Zu Artikel 154 Absatz 1.

Geschirr aus emailirtem, lackirtem und mit Farbe überzogenem Eisenblech wird nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt, auch wenn die Ränder und Henkel mit einer anderen Farbe als die übrige Fläche überzogen sind.

Zu Artikel 155 Absatz 2.

Als elektrische Kabel gelten die metallischen Leitungen, welche mit Isolirstoffen (Kautschuk, Guttapercha, vegetabilischen oder animalischen Faserstoffen, Papier, alle diese Stoffe auch imprägnirt) überzogen und ausserdem mit einer gemeinschaftlichen Schutzhülle aus Hanf oder anderem Faserstoff in Verbindung mit Metall (Blei, Eisen, Stahl etc.) versehen sind. Dieser Metallüberzug kann ausserdem sogar mit getheertem Band oder Garn von Hanf, Jute etc. umwickelt sein.

Zu Artikel 156 Absatz 2b.

Nach diesem Absatz wird auch verzollt verzinnter oder verzinkter Draht, überzogen mit Faserstoffen oder Guttapercha. Was in Absatz 1a und 2b von Guttapercha gesagt ist, findet auch auf Kautschuk Anwendung.

Zu Artikel 158.

Tischmesser und -Gabeln mit Stielen aus gewöhnlichen Materialien werden nach Absatz 1 dieses Artikels verzollt.

Zu Artikel 160.

Unter diesen Artikel fallen alle grossen Gabeln jeder Art, wie z. B. Gabeln zum Ausnehmen von Zuckerrüben, Mistgabeln u. s. w.

Zu Artikel 161.

Holztheile von Werkzeugen werden, falls sie getrennt von den Metalltheilen eingeführt werden, nach den betreffenden Absätzen des Artikels 61 verzollt.

Zu Artikel 167 Absatz 2.

Als dynamo-elektrische Maschinen gelten die Maschinen und Apparate || 1. zur Umwandlung von Kraft in Elektrizität oder umgekehrt; || 2. zur Umwandlung eines elektrischen Stromes höherer Spannung in einen solchen niedrigerer Spannung oder umgekehrt (Transformatoren; || 3. zur Umwandlung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

eines konstanten elektrischen Stromes in einen wechselnden oder einen verschiedenartigen (Drehstrom) und umgekehrt. || Ebenso werden nach diesem Absatz verzollt Trockenbagger, Feuerleitern aus Metall und aller Art elektrische Akkumulatoren, sowie deren Zubehör.

Zu Artikel 169.

Ebenso wie die Apparate zur elektrischen Beleuchtung und deren Zubehör werden nach diesem Artikel auch verzollt die Zubehörstücke zu Signalapparaten und zu Apparaten für die Ueberleitung der Triebkraft, einschliesslich der Stromunterbrecher, Ausschaltungen, Vertauscher u. s. w.

Zu Artikel 177 Absatz 3.

Bei Kragen, Manschetten und Vorhemden aus Papier ist eine durch Pressung hervorgebrachte Nachahmung von Nähten nicht als Naht anzusehen.

Zu Artikel 183, Anmerkung.

Nach dieser Anmerkung werden auch die Selfaktorseile verzollt.

Zu Artikel 186.

Gebleichte Wolle wird wie nicht gefärbte verzollt.

Zu Artikel 191.

Jute- und Leinwandsäcke, welche zur Ausfuhr von russischem Getreide aller Art gedient haben, sind bei der Wiedereinfuhr zollfrei.

Zu Artikel 192 Absatz 3.

Tischtücher, Servietten und Handtücher werden nach Absatz 3 dieses Artikels verzollt, auch wenn sie mit einfachem, höchstens $\frac{1}{2}$ Zoll breitem Saum und einer Franse verziert sind, welche nicht an das Gewebe angenäht ist, sondern lediglich aus der Verlängerung der Webefäden besteht.

Zu Artikel 202.

Treibriemen aus Kamelhaar und Presstücher und -Säcke werden nach diesem Artikel verzollt.

Zu Artikel 205.

Nach den entsprechenden Absätzen dieses Artikels werden verzollt Strick- und Posamentierwaaren, Hand- oder Maschinenarbeit, regulär oder geschnitten, auch wenn geraut oder plüschartig, mit oder ohne Nähterei. Strickwaaren aus Baumwolle, Leinwand oder Wolle können, ohne deshalb höher verzollt zu werden, einen Besatz haben, wenn darin nur keine Seide enthalten ist. Kleidungsstücke aus Strickwaaren aller Art fallen unter Artikel 205. || Strick- und Posamentierwaaren, aus Seide, Halbseide und mit Seide vermischt, werden folgendermassen verzollt: als Seidenfabrikate oder -Arbeiten gelten diejenigen, bei denen 50 bis 100% der Oberfläche, Vorderseite und Rückseite zusammen genommen, mit Seide bedeckt sind; als Halbseidenfabrikate diejenigen, bei denen 20 bis 50% der bezeichneten Oberfläche, und als mit Seide vermischte

Fabrikate diejenigen, bei denen weniger als 20⁰/₀ der Oberfläche mit Seide bedeckt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu Artikel 212.

Bei der Verzollung nach diesem Artikel werden auch die Karten, auf denen die Knöpfe befestigt sind, mitgewogen.

Zu Artikel 216.

Auch die Schiefertafeln mit gewöhnlichen Holzrahmen, liniert oder unliniert, fallen unter Anmerkung 2 dieses Artikels.

Zu Artikel 218.

Muster von Geweben und Fabrikaten aller Art, welche nicht das Aussehen und die Natur von Waaren haben, fallen unter diesen Artikel, auch wenn sie auf Karten befestigt und diese geheftet oder gebunden sind.

Zu Artikel 220b.

Bei der Verzollung von Dynamitpatronen ist nur das Gewicht ihrer eigenen Verpackung mitzurechnen.

Dritter Theil.

Zum deutschen Vertragstarif.

Zu Nr. 29a.

Petroleum und die übrigen raffinirten Mineralöle, die Beleuchtungszwecken dienen und anderswo nicht genannt sind, können nach Wahl des Importeurs entweder nach dem Gewicht verzollt werden, wobei 100 Kilogramm als Einheit gelten, oder nach dem Rauminhalt, wobei 125 Liter, bei einer Temperatur von 15 Grad des hunderttheiligen Thermometers, 100 Kilogrammen gleichkommen sollen.

Vierter Theil.

Zu den Zoll-Reglements u. s. w.

§ 1.

Um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Reichen an der Landgrenze zu erleichtern, wird die Kaiserlich russische Regierung einige Zollämter in Aemter höherer Ordnung umwandeln und neue derartige Zollämter an Punkten, wo solche bisher nicht bestanden, einrichten, unter der Voraussetzung, dass die gegenüberliegenden deutschen Zollämter mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet werden; es sollen nämlich: || a) die Zollämter zweiter Klasse in Praszka und Herby sowie diejenigen dritter Klasse in Krottingen und Slupce in Zollämter erster Klasse, || b) die Nebenzollämter in Modrzejewo und Petrikau und der Uebergangspunkt in Osiek in Zollämter dritter Klasse, || c) die Uebergangspunkte in Wilczyn, Gniazdow, Gola, Czeladz, Sluziew (Rosno), Podlenka und Tworki in Nebenzollämter umgewandelt, und || d) in

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Karw und Zakrzewo Nebenzollämter und in Groszciencyk, Rakowka, Upidamisch, Bakalarzewo und Czarnowka Uebergangspunkte errichtet werden, || c) das an die Stelle des bisherigen Uebergangspunktes tretende Nebenzollamt in Wilczyn wird die Abfertigungsbefugniß für Salz erhalten, || f) der Uebergangspunkt in Degutzky wird die Abfertigungsbefugniß für deutsches Getreide erhalten, welches zur Vermahlung in der auf russischem Gebiete liegenden Wassermühle eingeht, und ebenso für das Mehl, das daraus gewonnen wird und ausgeht.

§ 2.

Die Befugniß zur Abfertigung von deutschen Gütern im Transit durch Russland soll den russischen Zollämtern erster Klasse, welche deutschen Hauptzollämtern gegenüberliegen, ertheilt werden, nämlich: || Tauroggen gegenüber Tilsit, || Wirballen gegenüber Eydtkuhnen, || Grajewo gegenüber Prostken, || Alexandrowo gegenüber Thorn, || Neschawa gegenüber Thorn, Sczypiorno gegenüber Skalmierzyce, || unter der Bedingung, dass auf diese Transitabfertigungen die russischen Bestimmungen Anwendung finden, welche für Land- und Flusstransporte dieser Art nach vorausgegangener Sanktion veröffentlicht werden sollen. || Es wird andererseits vorausgesetzt, dass die Befugniß zur Abfertigung von russischen Gütern im Transit durch Deutschland den vorbezeichneten deutschen Zollämtern verbleiben wird.

§ 3.

Die Befugniß zur Ueberweisung von Waaren unter Zollkontrolle an andere Aemter wird beiderseits auf alle Zollämter erster Klasse, welche keine Eisenbahnverbindung mit den Lagerämtern haben, ausgedehnt werden. Doch ist dabei Bedingung, dass solche Sendungen den einschlägigen Gesetzen und Vorschriften unterworfen bleiben.

§ 4.

Die Befugniß zur Rücksendung nicht verzollter Waaren nach dem Ausland wird — unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit für die deutschen Zollämter —, abgesehen von den Aemtern an Eisenbahnlinien oder in Hafenplätzen, noch folgenden russischen Zollämtern erster Klasse gegeben werden: || Tauroggen, || Georgenburg, || Neschawa, || Sczypiorno, || Werschewo.

§ 5.

Es besteht beiderseitiges Einverständniß, dass die Zollämter der beiden Länder an allen Tagen des Jahres geöffnet bleiben, mit Ausnahme der Sonntage und der nachbezeichneten Festtage:

A. In Russland.

I. Feste des Kaiserlichen Hauses: Die Geburts- und Namenstage Ihrer Kaiserlichen Majestäten und Seiner Kaiserlichen Hoheit des Grossfürsten-Thronfolgers, die Jahrestage der Thronbesteigung und der Krönung.

II. Bewegliche Feste: Freitag und Sonnabend der Karnevalswoche,

Gründonnerstag, Charfreitag und Charsamstag, Ostermontag und Osterdienstag, der Himmelfahrtstag, Pfingstmontag.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

III. Unbewegliche Feste: || 1. Januar (Neujahr) || 6. Januar (Heilige drei Könige) || 2. Februar (Lichtmess) || 25. März (Mariä Verkündigung) || 9. Mai (Skt. Nikolaus) || 29. Juni (Skt. Peter und Paul) || 6. August (Verklärung) || 15. August (Himmelfahrt) || 29. August (Enthauptung Johanns des Täufers) || 8. September (Mariä Geburt) || 14. September (Kreuzerhöhung) || 26. September (Johannis) || 1. Oktober (Schutz der Heiligen Jungfrau) || 22. Oktober (Unsere Liebe Frau von Kasan) || 21. November (Mariä Opfer) || 6. Dezember (Skt. Nikolaus) || 25., 26. und 27. Dezember (Weihnachten).

IV. Im Königreich Polen und einigen Grenz-Gouvernements, wo der grössere Theil der Bevölkerung katholisch ist, ruht die Arbeit auch während der ersten Tage der grossen Feste des römisch-katholischen Kalenders, ebenso zu Frohnleichnam und an Aller Heiligen.

B. In Deutschland.

Der Neujahrstag, der Buss- und Betttag — der Mittwoch vor dem letzten Sonntag im November —, Charfreitag, Himmelfahrt, Ostermontag und Pfingstmontag, die beiden Weihnachtsfeiertage und der Geburtstag Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preussen.

§ 6.

Die Dienststunden sollen in den Zollämtern der beiden Länder angeschlagen werden. || Die Dienststunden für die Revision der Reisepässe und der Legitimationskarten sollen für jeden Bezirk und jeden Grenzpunkt nach besonderer Vereinbarung zwischen den betreffenden Behörden der beiden Länder festgesetzt werden. Es sollen hierbei auf beiden Seiten die gleichen Stunden eingeführt, den örtlichen Bedürfnissen Rechnung getragen und bei den Zollämtern dritter Klasse, den Nebenzollämtern und den Uebergangspunkten eine Unterbrechung des Dienstes für die Mahlzeiten der Beamten gewährt werden.

§ 7.

Zollpflichtige Waaren, welche von Personen eingeführt werden, die sich im Besitze einer ordnungsmässigen Legitimation zur Ueberschreitung der Grenze befinden, sollen auf beiden Seiten mündlich deklariert werden können, und zwar auf allen Zollämtern innerhalb ihrer Zuständigkeit, vorausgesetzt, dass diese Waaren nicht zu Handelszwecken eingeführt werden, und dass die Gesammtheit der zu erhebenden Zollgebühren nicht übersteigt: || drei Rubel Gold für die Einfuhr nach Russland, und || neun Mark für die Einfuhr nach Deutschland. || Auf Grund dieser Ermächtigung sollen die Uebergangspunkte das Recht haben, Mundvorräthe (mit Ausnahme von Branntwein und anderen geistigen Getränken) sowie auch Erzeugnisse, die ausschliesslich zum Hausgebrauch bestimmt sind, zollamtlich abzufertigen.

§ 8.

Nr. 10423.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Der Mundvorrath der Arbeiter, welche täglich die Grenze überschreiten, soll zollfrei sein, ausgenommen Branntwein und andere geistige Getränke, Thee, Zucker und Wein; jede Person darf nicht mehr als den Bedarf eines Tages mit sich führen.

§ 9.

Die zollamtliche Durchsuchung der Passagiere der Memeldampfer soll beiderseits an Bord des Dampfers stattfinden unter der Bedingung, dass das Gepäck der Reisenden schon vorher an Bord des Schiffes, auf Deck oder an einer anderen zu bestimmenden Stelle, zusammengestellt ist.

§ 10.

An den russischen Landzollstellen soll die Vorzeigung des Frachtbriefes durch den Frachtführer der Zolldeklaration gleichgeachtet werden, wenn in einem der Frachtbriefe die ganze Ladung aufgeführt, das heisst die Zahl der Frachtbriefe und der die ganze Ladung bildenden Stücke vermerkt ist.

§ 11.

In Wagen nach Russland eingeführte Steinkohle soll dort nach dem auf den Frachtbriefen angegebenen Gewicht verzollt werden unter der Voraussetzung, dass dem Frachtbriefe der Wägeschein der Gruben beiliegt.

§ 12.

Blumen und lebende Pflanzen, frische Früchte und frische Fische, sowie alle einem raschen Verderbe ausgesetzten Waaren sollen beiderseits, vorbehaltlich Fälle höherer Gewalt, binnen 24 Stunden, vom Einbringen der Waaren in die Zolllager an gerechnet, verzollt werden.

§ 13.

Von eingeführten Waaren soll Lagergeld durch die russischen Zollämter nur für die Tage der wirklichen Lagerung in den Zolllagern, vom Tage des Beginns der Zollrevision an gerechnet, erhoben werden.

Jedoch soll die Zeit, während welcher die Lagerung gebührenfrei ist, begrenzt sein durch die an dem betreffenden Zollamt für die Deklaration von eingeführten Waaren gewährte Frist, d. h. 5 bis 14 Tage.

§ 14.

Die Kaiserlich russische Regierung verpflichtet sich, die Bestimmungen der Artikel 15 und 16 der Berner Konvention vom 14. Oktober 1890, welche das Verfügungsrecht des Absenders über seine Sendungen regeln, während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in keiner Weise zu ändern.

§ 15.

Das in Russland gegenwärtig bestehende System der Strafen für unzutreffende Deklarationen von eingeführten Waaren soll einer Revision unterzogen und vereinfacht werden. || Die Strafen für unabsichtliche Verstösse

sollen ermässigt und die Zuständigkeit der Zollämter hinsichtlich der Milde-
 rung und des Erlasses von Strafen erweitert werden. Bis zu dieser Reform,
 welche der Genehmigung der gesetzgebenden Gewalt unterbreitet werden
 muss, glaubt die Kaiserlich russische Regierung unter Berücksichtigung der
 von der Kaiserlich deutschen Regierung ausgesprochenen Wünsche vorläufige
 Massnahmen dahin treffen zu können, dass die sogenannten Accidentien, die
 bisher in den meisten Fällen in Höhe von 10 Prozent erhoben wurden, auf
 den Satz von 5 Prozent für alle Fälle einer unvollständigen Deklaration er-
 mässigt werden.

Nr. 10428.
 Deutsches
 Reich und
 Russland.
 20. März 1894.

§ 16.

Das Recht der Reklamation gegen Entscheidungen der russischen Zoll-
 behörden, die sich sowohl auf Strafen wegen einer unzutreffenden oder
 falschen Deklaration, als auf die Tarif-Klassifizierung der Waaren beziehen,
 soll dem Absender der Waare in gleicher Weise wie dem Deklaranten zu-
 stehen. || Eingaben dieser Art dürfen von dem Absender in deutscher Sprache
 abgefasst werden.

§ 17.

Die Reklamationsfrist in den im § 16 bezeichneten Angelegenheiten wird
 für den Absender wie für den Deklaranten auf drei Wochen festgesetzt
 werden, von dem Tage an gerechnet, wo die Entscheidung dem Deklaranten
 mitgetheilt worden ist.

Was die Entscheidungen über die Tarifrung von Waaren anlangt, so
 werden innerhalb dieser Frist Vorstellungen des Absenders nur dann zuge-
 lassen werden, wenn die streitigen Waaren die Zolllager noch nicht verlassen
 haben.

§ 18.

Die deutschen Konsuln in Russland und die russischen Konsuln in
 Deutschland sollen berechtigt sein, die ersteren mit dem russischen Zolldepar-
 tement, die letzteren mit den Vorständen der deutschen Zollbehörden (Pro-
 vinzial-Steuerdirektor u. s. w.) wegen der vor diesen Behörden schwebenden
 Zollreklamationen unmittelbar zu verkehren.

§ 19.

Falls Schaffner, Maschinisten und sonstige Eisenbahnbedienstete eines der
 beiden vertragschliessenden Theile überführt werden, in den Zügen Schmuggel-
 waaren in das Gebiet des anderen Theiles eingeführt zu haben, so sollen sie
 auf Ansuchen der zuständigen Zollbehörden des Rechtes, Bahnzüge nach der
 Grenze zu begleiten, verlustig gehen.

§ 20.

Alle Quarantäne- und veterinärpolizeilichen Massregeln, nämlich die Be-
 schlüsse wegen Schliessung oder Oeffnung der Grenze für irgend eine Waaren-
 gattung oder wegen Abänderungen der einschlägigen örtlichen Verordnungen
 u. s. w., sollen, sobald sie erlassen sind, wechselseitig von jedem der beiden

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

vertragschliessenden Theile dem andern mitgetheilt werden. || Die Einzelheiten dieser Frage werden auf diplomatischem Wege geregelt werden.

§ 21.

Die Quarantäne-Massregeln gegen die Einschleppung epidemischer Krankheiten sollen beiderseits auf alle die Grenze überschreitenden Reisenden, je nach der grösseren oder geringeren Ansteckungsgefahr, ohne Unterschied der Nationalität angewandt werden.

§ 22.

Es wird beiderseits der Wiederaufnahme von Reisenden, die wegen mangelhafter Reisepässe oder wegen Nichtzahlung von Zollgebühren zurückgewiesen werden, kein Hinderniss entgegengestellt werden; unter den bezeichneten Umständen sollen beiderseits selbst fremde Staatsangehörige wieder aufgenommen werden, zumal in den Fällen, wo sie noch nicht in das Innere des Landes gelangt sind. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden werden sich über die zu ergreifenden Massregeln verständigen. || Mit einem russischen Auswanderungsscheine versehene jüdische Auswanderer russischer Abkunft und andere, welche von den deutschen Behörden nach Russland zurückgesandt werden, müssen von den russischen Grenzbehörden zugelassen werden, vorausgesetzt, dass sich diese Personen in Deutschland nicht länger als einen Monat aufgehalten haben, von dem Tage an gerechnet, wo sie über die deutsch-russische Grenze gegangen sind.

§ 23.

Die Grenzbehörden jedes der beiden vertragschliessenden Theile sollen gehalten sein, passlose Landstreicher und andere Personen dieser Art, welche in das Gebiet des anderen Theiles, dessen Angehörige sie sind, wieder aufgenommen werden sollen, ausschliesslich nach denjenigen Grenzpunkten führen zu lassen, wo eine Abfertigung für Reisende stattfindet.

Das gegenwärtige Protokoll, welches einen wesentlichen Theil des Vertrages, auf den es sich bezieht, bilden wird, soll ohne besondere Ratifikation mit der blossen Thatsache des Austausches der Ratifikationen zum Vertrage selbst als von den betreffenden Regierungen genehmigt und bestätigt gelten. || Zu Urkund dessen haben es die Bevollmächtigten mit ihren Unterschriften versehen.

So geschehen zu Berlin, den $\frac{10. \text{ Februar}}{29. \text{ Januar}}$ 1894.

(Uebersetzung.)

Berlin, den $\frac{29. \text{ Januar}}{10. \text{ Februar}}$ 1894.

Herr Baron,

Im Laufe des Meinungs-austausches, welcher der Berliner Konferenz über einen Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Russland und Deutschland vorherging, konnte die Kaiserlich russische Regierung, bei welcher der Ent-

schluss feststand, den Zolltarif des Grossfürstenthums Finland dem Zolltarif des Reiches gleichzustellen, die Erklärung abgeben, dass es ihre Absicht sei, nur schrittweise mit der Erhöhung des ersteren dieser Tarife vorzugehen, sodass der finländische Tarif erst gegen Ende des Jahres 1905 endgültig mit dem russischen gleichgestellt werden sollte. || Indem die Kaiserlich russische Regierung gegenwärtig diesen Entschluss bestätigt, hegt sie den Wunsch, alle Unsicherheit auf diesem Gebiete als bedenklich für die Entwicklung der auswärtigen Handelsbeziehungen auszuschliessen und glaubt schon jetzt die hauptsächlichsten Zeitpunkte für die schrittweise Erhöhung des finländischen Tarifes festsetzen zu sollen. || Die Kaiserlich russische Regierung erklärt zu diesem Behuf, dass es nicht in ihrer Absicht liegt, mit dieser Erhöhung vor dem 19./31. Dezember des Jahres 1898 zu beginnen; von diesem Zeitpunkt ab wird der finländische Tarif um 50 % derjenigen Unterschiede erhöht werden können, welche zwischen den Sätzen des russischen und des finländischen Tarifes alsdann bestehen werden; nach dem 18./31. Dezember 1901 wird eine neue Erhöhung um 25 % der genannten Unterschiede eintreten können; vom 18./31. Dezember 1903 ab behält die Kaiserlich russische Regierung sich volle und unbeschränkte Freiheit vor hinsichtlich der endgültigen Gleichstellung des Zolltarifes des Grossfürstenthums Finland mit dem Zolltarif des Reiches. || Immerhin beschränken die vorstehenden Abmachungen, welche die Art der schrittweisen Erhöhung des finländischen Tarifes regeln, die zuständigen Behörden des Grossfürstenthums Finland nicht in ihrem Rechte, in dem genannten Tarif theilweise Aenderungen einzuführen, sofern solche in örtlichen Bedürfnissen des Handels und der Industrie ihre Begründung finden. || Es ist dabei wohlverstanden, dass die Wirkung des Handels- und Schiffahrtsvertrages, welcher am ^{29. Januar}_{10. Februar} 1894 zwischen Russland und Deutschland abgeschlossen worden ist, nebst den Bestimmungen im ersten Theile des Schlussprotokolls, welches einen integrirenden Theil des Vertrages bildet, sich auf das Grossfürstenthum Finland in Allem erstreckt, was darauf anwendbar ist, und besonders in Betreff der in den Artikeln 6, 9 und 13 enthaltenen Abmachungen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

An Seine Excellenz

Herrn Freiherrn von Marschall.

etc. etc. etc.

(Uebersetzung.)

Berlin, den 10. Februar 1894.

Herr Botschafter,

Euere Excellenz haben durch das gefällige Schreiben vom heutigen Tage mir von den nachstehenden Modalitäten Kenntniss gegeben, welche Ihre Re-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

gierung zum Zwecke der Gleichstellung des Zolltarifs des Grossfürstenthums Finland mit dem russischen Tarife festgesetzt hat. || Ihrem Schreiben zufolge beabsichtigt die russische Regierung mit der Erhöhung des finnischen Tarifs nicht vor dem 19./31. Dezember des Jahres 1898 vorzugehen. Die Kaiserlich russische Regierung behält sich vor, den genannten Tarif nach diesem Termine um 50 % derjenigen Unterschiede zu erhöhen, welche zwischen den Sätzen des russischen und des finländischen Tarifs alsdann bestehen werden, und nach dem 18./31. Dezember 1901 eine neue Erhöhung um 25 % der genannten Unterschiede eintreten zu lassen. || Unbeschadet der vorstehenden Abmachungen behält die Kaiserlich russische Regierung vom 18./31. Dezember 1903 ab sich volle und unbeschränkte Freiheit vor hinsichtlich der endgültigen Gleichstellung des Zolltarifs des Grossfürstenthums Finland mit dem Zolltarife des russischen Reiches; auch glaubt sie den zuständigen Behörden des Grossfürstenthums Finland das Recht wahren zu sollen, in dem genannten Tarife theilweise Aenderungen einzuführen, sofern solche in örtlichen Bedürfnissen des Handels und der Industrie ihre Begründung finden. || Im Uebrigen ist die Kaiserlich russische Regierung, wie das Schreiben Euerer Excellenz feststellt, damit einverstanden, dass die Wirkung des Handels- und Schifffahrts-Vertrages, welcher am $\frac{29. \text{Januar}}{10. \text{Februar}}$ 1894 zwischen Deutschland und Russland abgeschlossen worden ist, nebst den Bestimmungen im ersten Theile des Schlussprotokolls, welches einen integrirenden Theil des Vertrages bildet, sich auf das Grossfürstenthum Finland in Allem erstreckt, was darauf anwendbar ist, und besonders in Betreff der in den Artikeln 6, 9 und 13 enthaltenen Abmachungen. || Ich beeeile mich, im Namen meiner Regierung von den in Ihrem gedachten Schreiben enthaltenen Erklärungen Akt zu nehmen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

An Seine Excellenz den Kaiserlich russischen Botschafter

Herrn Grafen Schuwalow.

etc. etc. etc.

Aus der dem deutschen Reichstage bei Einbringung des russischen Handelsvertrages vorgelegten Denkschrift.

1. Einleitung.

Bei dem Abschlusse der Handels- und Zollverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz im Jahre 1891 sind die verbündeten Regierungen von der Ueberzeugung geleitet gewesen, dass diese Verträge geeignet sein würden, nicht allein die Handelsbeziehungen des Reiches zu den Vertragsstaaten zu erweitern und vor den aus dem Ablauf der europäischen Tarifverträge am 1. Februar 1892 drohenden Schädigungen zu bewahren, sondern auch den Ausgangspunkt für die vertragsmässige Sicherstellung der

Handelsbeziehungen zu anderen Staaten zu bilden. || Diese Erwartung hat sich inzwischen insoweit erfüllt, als es möglich geworden ist, auf der Grundlage der Gewährung des deutschen Vertragstarifes die Handelsbeziehungen des Reiches zu Spanien, Rumänien und Serbien zu regeln. || Das einzige grosse europäische Land, zu welchem Deutschland noch in keinem vertragsmässigen Verhältnisse stand, war Russland. Seit Jahrzehnten hatte sich Russland in der Zollpolitik volle Tarifautonomie gewahrt und, abgesehen von einigen, den selbständigen Tarif des Grossfürstenthums Finland betreffenden Verträgen, Tarifverträge mit anderen Staaten nicht geschlossen. Die autonome russische Zollgesetzgebung hatte daher freie Bahn, als sie begann durch fortgesetzte Zollerhöhungen den russischen Absatzmarkt gegen die Erzeugnisse der fremden Industrie mehr und mehr abzuschliessen. In Folge dessen war die Waarenausfuhr Deutschlands nach Russland einschliesslich Finlands, welche sich 1880 noch auf 215 Millionen Mark beziffert hatte, im Jahre 1887 bereits auf 124 Millionen Mark zurückgegangen. Zwar belebte sie sich während der nächsten Jahre in Folge des höheren Rubelkurses; indess gab dieser Umstand zu neuen Zollerhöhungen Anlass, welche einen weiteren Rückschritt des deutschen Absatzes bewirkten. Erst mit dem im Jahre 1891 in Kraft getretenen, hochschutzzöllnerischen neuen Tarife schienen die zollpolitischen Massregeln zu einem gewissen Abschlusse gelangt zu sein. Für die Jahre 1891 und 1892 weist die Statistik bezüglich der deutschen Ausfuhr nach Russland Ziffern von 145 und 129 Millionen Mark nach. || Unter diesen Umständen war es eine bedeutungsvolle Wendung in der russischen Zollpolitik, als die Kaiserlich russische Regierung mit Rücksicht auf die neuere Handelspolitik Deutschlands sich bereit erklärte, auf die weitere Durchführung des Prinzips der autonomen Zollgesetzgebung zu verzichten, und den Wunsch zu erkennen gab, mit Deutschland über einen in Anlehnung an die anderen deutschen Handelsverträge auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung abzuschliessenden Tarifvertrag sich zu verständigen.

Die damals eingeleiteten Vorbesprechungen haben, wie bekannt, zu einer Verständigung über eine Vertragsbasis nicht alsbald geführt. Nachdem dann Russland seinen kurz vorher neu geschaffenen Maximaltarif vom 1. August v. J. ab auf die deutsche Einfuhr angewendet hat, wurde deutscherseits als Gegenmassregel die russische Einfuhr nach Deutschland mit dem im deutschen Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 (§ 6) vorgesehenen Zollzuschlage von 50 Proz. belegt. Hierauf antwortete Russland mit einem 50prozentigen Zuschlage zu den Sätzen seines Maximaltarifes und Erhöhung der Kronslastengelder für deutsche Schiffe von 10 Kopeken auf 1 Rubel für die Last (= 2 Tonnen). Diese Massregeln, von denen die zolltarifarischen demnächst beiderseits auch auf Finland erstreckt wurden, sind bisher noch in Kraft. Gleichwohl wurden die nur auf kurze Zeit unterbrochenen Verhandlungen wiederaufgenommen durch Einleitung eines erneuten Meinungs austausches über die beiderseits aufzustellenden Forderungen. || Was Russland als Gegenleistung für die seinerseits

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

Nr. 1042^c.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

zu machenden Zugeständnisse von Deutschland verlangte, war im Wesentlichen die Gewährung der Meistbegünstigung für die russischen Bodenerzeugnisse. Nachdem in den letzten Jahren nach und nach alle an der Getreideeinfuhr nach Deutschland theilhabenden Länder die zunächst an Oesterreich-Ungarn zugestandenen Zollermässigungen für landwirthschaftliche Erzeugnisse durch Verträge, beziehungsweise durch Meistbegünstigung erlangt hatten, war Russland als der einzige Staat übrig geblieben, der hinsichtlich seiner Getreideausfuhr an dem deutschen Vertragstarife nicht Theil nahm, sondern auf die Zollsätze des autonomen deutschen Tarifes angewiesen blieb. || Bei der Prüfung des russischen Vorschlages kam es darauf an, ein klares Bild darüber zu gewinnen, wie die Gewährung der Meistbegünstigung an die Bodenerzeugnisse Russlands auf unsere Volkswirtschaft wirken würde. || Gegenwärtig wird die Differenzirung des russischen Getreides deutscherseits durch Anwendung des Systems der Ursprungszeugnisse und Beobachtung des russischen Getreideverkehrs nach den anderen europäischen Ländern erfolgreich durchgeführt. Dem russischen Getreide bleibt, wenn es nicht die deutschen Kampfzölle entrichtet, der Eingang nach Deutschland verwehrt, ohne dass es auf dem Umwege über meistbegünstigte Länder unter fremder Flagge über die deutsche Grenze zu dringen vermag. Wenn nun auch diese differentielle Behandlung des russischen Getreides zur Zeit sichergestellt ist, so ist es doch in hohem Masse zweifelhaft, ob sich dieselbe auf längere Zeit mit dem gleichen Erfolge würde durchführen lassen, namentlich im Falle einer Ausdehnung des Müllereigewerbes in den meistbegünstigten Nachbarländern. Aber selbst wenn sich zolltechnisch eine differentielle Behandlung Russlands andauernd sollte ermöglichen lassen, so würde doch der deutschen Landwirthschaft daraus kein Nutzen erwachsen, weil die Annahme, dass das Fernhalten des russischen Getreides den Preis der deutschen Bodenerzeugnisse günstig zu beeinflussen geeignet sei, nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zutrifft. || Die russische Getreideausfuhr ist bezüglich der von ihr zu erzielenden Preise lediglich abhängig von der jeweiligen Lage des Weltmarktes und der Preisbildung für die Welthandelsartikel der Getreidebörse, einschliesslich des Roggens. Die grossen russischen Ausfuhrplätze folgen daher in ihren Preisnotirungen den Börsenpreisen der Welthandelsplätze, in erster Linie Londons, dergestalt, dass die Notirungen der russischen Getreidebörsen an den Ausfuhrhäfen, in Kreditrubeln zum Tageskurse ausgedrückt, den gleichzeitigen Londoner Notirungen in Gold, nach Abzug von Fracht und Spesen, entsprechen. Russland vermag also sein Getreide im Auslande nur zu den Weltmarktpreisen zu verkaufen; die Getreideausfuhr Russlands nach Deutschland steht daher unter der vollen Einwirkung der Preisbildung auf dem Weltmarkte. Der Antheil Russlands an der Getreideversorgung Deutschlands hatte in den letzten Jahren, besonders nach der guten Ernte Mittel- und Südrusslands im Jahre 1888, erheblich zugenommen. Seit dem Jahre 1892 aber haben sich diese Verhältnisse wesentlich verschoben. Als hauptsächlichster Faktor, und zwar von dauernder Bedeutung, wirkte zu

dieser Verschiebung die erwiesene Steigerung der Leistungsfähigkeit der übrigen Getreideproduktionsländer. Die hier in Betracht kommenden Staaten — es sind vor Allem die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Argentinien, die Balkanstaaten und Rumänien — haben seit den letzten Jahren eine stetig wachsende Energie in der Aufnahme des Wettbewerbes mit Russland auf dem Weltgetreidemarkte bethätigt. Dazu kam ferner, dass die Missernten in Russland zu Beginn der neunziger Jahre zu Ausfuhrverboten führten, welche die russische Betheiligung an der Versorgung des europäischen Getreidebedarfs gerade in dem Zeitpunkte lahmlegten, wo die Leistungsfähigkeit und Ausfuhrthätigkeit jener anderen Länder einen nachhaltigen Aufschwung genommen hatte. Als Russland sich vom Platze zurückzog und seine Getreideausfuhr einstellte, traten sofort jene Konkurrenzländer an seine Stelle und nahmen den Antheil Russlands auf ihre Schultern. Die Folge war, dass trotz des Versiegens der russischen Bezugsquelle sich auf dem Weltmarkte ein Mangel an Brotrucht nicht fühlbar machte. Diese Vorgänge vollzogen sich ohne erhebliche Störungen; sie haben den Beweis geliefert, dass der Weltgetreidemarkt nunmehr auch ohne das Hinzutreten Russlands in der Lage ist, den Getreidebedarf der europäischen Länder, insbesondere auch Deutschlands, zu decken. Als dann Russland seine Getreideausfuhr wieder freigab, war seine Konkurrenz auf dem Weltmarkte wesentlich geschwächt, da es überall dem Wettbewerbe jener Länder begegnete, die sich in der Zwischenzeit eine feste Position bei ihren Abnehmern geschaffen hatten. Noch unzweideutiger aber trat die gedachte Verschiebung der Getreidebezugsquellen während des deutsch-russischen Zollkrieges hervor, der das russische Getreide behinderte, auf dem deutschen Markte den Wettbewerb wiederaufzunehmen. Diese Einschränkung war von um so grösserem Einfluss, als Russland im Jahre 1893 über eine gute Ernte zu verfügen hatte und nunmehr gezwungen war, für die Ueberschüsse an Weizen und Roggen neue Absatzgebiete zu niedrigeren Preisen aufzusuchen. In der durch die Unzugänglichkeit des hauptsächlichsten Absatzgebietes für das russische Getreide hervorgerufenen Minderwerthigkeit des letzteren auf dem Weltmarkt ist eine der Ursachen zu erblicken für den Preisrückgang der Brotrüchte, welcher gegenwärtig die Landwirthschaft aller Getreideproduktionsländer bedrückt. Wollte unter solchen Umständen Deutschland die Bodenerzeugnisse Russlands andauernd differentiell behandeln, so würde die deutsche Landwirthschaft einen Nutzen davon nicht ziehen; denn der deutsche Markt würde dann statt mit russischem Getreide, mit amerikanischer, rumänischer und anderer deutscherseits meistbegünstigter Waare versorgt werden, und zwar zu den Weltmarktpreisen, die durch das anderweit Absatz suchende russische Getreide fortgesetzt beeinflusst werden.

In Deutschland konnte sich diese Versorgung mit nichtrussischem Getreide um so glatter vollziehen, als die deutschen Ernten der letzten beiden Jahre gut ausgefallen waren, so dass der Bedarf an ausländischem Getreide erheblich geringer war als in den Vorjahren. Wie sehr aber die Leistungs-

Nr. 1042S.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

fähigkeit der Getreideproduktionsländer in der Fähigkeit zur Versorgung des deutschen Marktes an Stelle Russlands während der letzten Jahre zugenommen hat, ergibt sich aus den folgenden Zahlen der deutschen Reichsstatistik. Es gingen nach Deutschland ein:

an Weizen

aus den Vereinigten Staaten:

1890.....	519 884	Doppelzentner	=	7,7	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	1 435 391	"	=	15,8	" " "
1892.....	6 302 130	"	=	48,6	" " "
1893.....	3 149 282	"	=	44,7	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	35 993	Doppelzentner	=	0,39	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	737 508	"	=	5,69	" " "
1893.....	213 825	"	=	3,04	" " "

aus Rumänien:

1891.....	428 529	Doppelzentner	=	4,73	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	917 850	"	=	7,08	" " "
1893.....	1 435 778	"	=	20,41	" " "

aus Argentinien:

1891.....	123 968	Doppelzentner	=	1,36	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	661 697	"	=	5,10	" " "
1893.....	1 513 961	"	=	21,52	" " "

an Roggen

aus den Vereinigten Staaten:

1890.....	209 244	Doppelzentner	=	2,3	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	643 271	"	=	7,7	" " "
1892.....	1 361 291	"	=	24,8	" " "
1893.....	181 949	"	=	7,9	" " "

aus Rumänien:

1888.....	66 674	Doppelzentner	=	1,02	Proz. der Gesamteinfuhr,
1889.....	319 817	"	=	3,01	" " "
1891.....	232 996	"	=	2,76	" " "
1892.....	286 176	"	=	4,88	" " "
1893.....	527 400	"	=	23,17	" " "

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	330 955	Doppelzentner	=	3,9	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	1 135 411	"	=	20,6	" " "
1893.....	383 432	"	=	16,8	" " "

aus Serbien:

1891.....	19 796	Doppelzentner	=	0,23	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	93 525	"	=	1,7	" " "

an **Gerste**

aus den Vereinigten Staaten:

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

1890.....	12 175	Doppelzentner =	0,16	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	122 409	„ =	1,68	„ „ „
1892.....	102 936	„ =	1,76	„ „ „

aus Rumänien:

1890.....	475 998	Doppelzentner =	6,4	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	526 084	„ =	7,2	„ „ „
1892.....	773 035	„ =	13,2	„ „ „
1893.....	2 027 244	„ =	23,8	„ „ „

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	41 036	Doppelzentner =	0,56	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	183 481	„ =	3,14	„ „ „
1893.....	145 873	„ =	1,72	„ „ „

an **Hafer**

aus den Vereinigten Staaten:

1891.....	88	Doppelzentner =	0,007	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	52 443	„ =	6,07	„ „ „
1893.....	424 087	„ =	17,45	„ „ „

aus Rumänien:

1891.....	210	Doppelzentner =	0,02	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	63 133	„ =	7,2	„ „ „
1893.....	876 026	„ =	36,06	„ „ „

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1891.....	98	Doppelzentner =	0,008	Proz. der Gesamteinfuhr,
1892.....	64 952	„ =	7,39	„ „ „
1893.....	133 995	„ =	5,51	„ „ „

an **Mais**

aus den Vereinigten Staaten:

1888.....	109 334	Doppelzentner =	11,6	Proz. der Gesamteinfuhr,
1889.....	1 632 256	„ =	51,8	„ „ „
1890.....	3 665 982	„ =	65,2	„ „ „
1891.....	1 162 602	„ =	28,4	„ „ „
1892.....	4 476 036	„ =	62,7	„ „ „
1893.....	2 680 658	„ =	35,2	„ „ „

aus Rumänien:

1889.....	247 448	Doppelzentner =	7,8	Proz. der Gesamteinfuhr,
1890.....	476 664	„ =	8,4	„ „ „
1891.....	606 102	„ =	14,8	„ „ „

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

1892.....	620 915	Doppelzentner	=	8,6	Proz. der Gesamteinfuhr,
1893.....	3 487 933	„	=	45,8	„ „ „ „

aus der Türkei (mit Bulgarien):

1890.....	56 365	Doppelzentner	=	1,00	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	39 945	„	=	0,98	„ „ „ „
1892.....	219 742	„	=	3,06	„ „ „ „
1893.....	670 188	„	=	8,80	„ „ „ „

aus Argentinien:

1890.....	167 016	Doppelzentner	=	2,97	Proz. der Gesamteinfuhr,
1891.....	153 764	„	=	3,76	„ „ „ „
1892.....	501 406	„	=	6,99	„ „ „ „
1893.....	132 764	„	=	1,74	„ „ „ „

Im Ganzen führte Deutschland ein in den fünf Hauptgetreidearten an

	Weizen	Roggen	Gerste	Mais	Hafer
	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner
1891..	9 053 317	8 426 541	7 255 193	4 083 266	1 198 835
1892..	12 962 126	5 485 991	5 832 966	7 173 102	878 368
1893..	7 034 530	2 275 779	8 517 404	7 610 793	2 429 460

zusammen in den fünf Hauptgetreidearten in den Jahren:

1891	30 017 152	Doppelzentner,
1892	32 332 553	„
1893	27 867 966	„

davon aus Russland:

1891	16 315 000	Doppelzentner,
1892	5 925 000	„
1893	3 878 000	„

Diese Zahlen beweisen einerseits den grossen Aufschwung in der Ausfuhrthätigkeit der meistbegünstigten Länder, nachdem das deutsche Absatzgebiet für Russland verschlossen war; andererseits legen diese Zahlen die Fähigkeit jener Länder dar, sich dem Bedarf des deutschen Absatzgebietes anzupassen. Ferner zeigen diese Ziffern, dass in Folge der guten Ernten Deutschlands im Jahre 1892 und 1893 eine starke Abnahme der deutschen Getreideeinfuhr trotz der Ermässigung der deutschen Eingangszölle eingetreten ist. Der Rückgang in den Einfuhrmengen würde noch erheblicher sein, wenn nicht die Fehlerte Deutschlands in Futterstoffen im Jahre 1893 stärkere Zufuhren in gewissen Getreidearten bedingt hätte. || Wenn nun, wie die vorstehenden ziffermässigen Angaben darthun, die Einfuhr Deutschlands in den wichtigsten, unter den Vertragstarif fallenden Artikeln, in welchen, ausser Russland, noch eine Reihe anderer Länder lieferungsfähig ist, von diesen in grösstem Umfange gedeckt wird, so hat schon gegenwärtig, vor Einräumung der Meistbegünstigung an Russland, die deutsche Landwirthschaft gegenüber dem aus-

ländischen Mitbewerb nur mit dem Zollschatze des deutschen Vertragstarifes zu rechnen, und die Sätze des letzteren sind schon jetzt auch für die thatsächlichen Zolleinnahmen des Reiches in der Hauptsache massgebend. ||

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die in dieser Hinsicht hervorgetretenen Bedenken gegen eine Einräumung des deutschen Vertragstarifes an Russland können daher als zutreffend nicht erachtet werden. Ergiebt sich aus den vorstehenden Darlegungen zugleich, dass die Gewährung der Meistbegünstigung für die russischen Bodenerzeugnisse ohne Schädigung der deutschen Landwirthschaft erfolgen kann, so sprachen andererseits die Interessen der Industrie, des Handels und der Schifffahrt Deutschlands in zwingender Weise dafür, die russischerseits angebotene Verständigung auf der Basis der gegenseitigen Meistbegünstigung und der Ermässigung des russischen Zolltarifes nicht abzulehnen. Die russischerseits bei Beginn der Vorbesprechungen für die Vertragsverhandlungen vertretene Auffassung, dass Russland die Vorenthaltung von Tarifiermässigungen, für welche letzteren es eine genügende Gegenleistung nicht bot, als eine zur Beschwerde berechtigende Unbilligkeit ansehen müsste, konnte zwar deutscherseits nicht getheilt werden. Dagegen liess sich die Anschauung nicht abweisen, dass Russland auf den Mitgenuss jener Vortheile werde rechnen dürfen, wenn es sich zu analogen Gegenleistungen, wie die uns von anderen Vertragsstaaten gewährten, bereit finde. Eine prinzipielle Ablehnung des russischen Vertragsvorschlages würde nicht nur einen Verzicht auf die von der Industrie, dem Handel und der Schifffahrt dringend gewünschte Besserung und Sicherstellung unserer Handelsbeziehungen zu Russland, sondern eine Fortsetzung und voraussichtlich eine Verschärfung der im Sommer 1893 von beiden Seiten getroffenen Zollmassnahmen — und zwar, wie oben dargelegt, ohne Vortheil für die deutsche Landwirthschaft — bedeuten haben. || Ein Rückblick auf den Stand der Handelsbeziehungen Deutschlands zum russischen Reiche während der letzten Jahre ergiebt, welche Interessen für Deutschland auf dem Spiele standen, wenn der zwischen beiden Ländern entfesselte Zollkrieg zu einem dauernden Zustande wurde. || Was zunächst die Bedeutung des russischen Marktes für die deutsche Ausfuhr anlangt, so hatten sich die Absatzverhältnisse in Russland während des letzten Jahrzehnts zum Nachtheile Deutschlands fortgesetzt verschlechtert. Unter dem Schutze systematisch erhöhter Eingangszölle hatte im russischen Reiche die einheimische Industrie sich schnell entwickelt, besonders auf dem Gebiete des Eisens und der Gewebe. Mit dem Emporblühen dieser Industrie verlor der deutsche Absatz stetig an Boden in Russland. Wenn auch für eine Reihe von Gegenständen der deutschen Ausfuhr, wie gewisse Arten von Chemikalien, Maschinen und Instrumenten, welche die junge russische Industrie entweder noch gar nicht oder nicht in der genügenden Menge und Beschaffenheit oder nicht zu den sachentsprechenden Preisen herzustellen vermag, die deutschen Interessen noch nicht unmittelbar bedroht erschienen, so war doch zu befürchten, dass mit dem Erstarken der russischen Industrien auch der Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Russland weiter Schritt halten werde.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Schon um nur das bisher von der deutschen Industrie noch behauptete Gebiet zu halten, war eine Sicherung desselben durch Bindung der in Frage kommenden Positionen des russischen Tarifes im hohen Grade wünschenswerth. Viel gewichtiger aber war die Ansicht, welche die Eröffnung der jetzt abgeschlossenen Handelsvertragsverhandlungen bot, durch Erreichung von Zollermässigungen für hervorragende Artikel der deutschen Ausfuhr den bereits verlorenen Markt wiederzugewinnen und für andere eine weitere Ausdehnung des deutschen Absatzes anzubahnen. Andererseits hatte gegenüber diesen Erwartungen, welche sich an ein günstiges Ergebniss der Verhandlungen knüpften, der Verlauf des Zollkrieges im vergangenen Jahre gezeigt, dass Deutschland in Gefahr stand, eine ansehnliche Zahl von Artikeln, die es früher nach Russland geliefert, an andere Länder zu verlieren. Bestellungen, die sonst nach Deutschland gingen, und zwar in wichtigen Gegenständen der deutschen Industrie, richteten sich jetzt nach anderen Staaten, aus deren Gebiete der russische Abnehmer die Waare zu geringeren Zollsätzen beziehen konnte. || In der nebenstehenden Tabelle sind den Zahlen für die wichtigsten Artikel der deutschen Ausfuhr nach Russland für die Jahre 1892 und 1893 diejenigen Zahlen gegenübergestellt, welche den Einfluss des Zollkrieges auf die Gestaltung jener Ausfuhr veranschaulichen*).

Ebenso wie die deutsche Waarenausfuhr nach Russland litt auch unter dem Zollkriege der deutsche Handel, welcher sich bis dahin lebhaft an der Vermittelung der russischen Ausfuhr und an der Versorgung Russlands mit fremden Erzeugnissen betheiligt hatte. Beispielsweise gingen, wie die Tabelle ausweist, an Rohbaumwolle von Deutschland nach Russland

1892	34 194	Doppelzentner
1893	17 865	„

Am schwersten aber wurden durch den Zollkrieg betroffen die deutschen Rhedereien, welche bisher einen regen Verkehr von den deutschen Ost- und Nordseeplätzen nach Russland und Finland unterhalten hatten und jetzt durch die russischerseits verfügte Erhöhung der Schiffsabgaben von diesem Verkehr ferngehalten wurden. || Angesichts dieser Sachlage haben der Handel und die Industrie Deutschlands auf das Nachdrücklichste bekundet, dass sie das allgrösste Gewicht darauf legen, von den Fesseln, die der von Russland hervorgerufene Zollkrieg ihnen angelegt, so schnell wie irgend möglich wieder befreit zu werden. || Unter Berücksichtigung der vorstehenden Momente ist nach pflichtmässiger, unter dem Beirath berufener Vertreter der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels erfolgter Abwägung der für und wider sprechenden Momente in die Verhandlungen mit Russland eingetreten und unter ständiger dankenswerther Mitwirkung jener Vertrauenspersonen der vorliegende Handels- und Schiffsfahrtsvertrag vereinbart worden, durch welchen Russland auf der Basis gegenseitiger Meistbegünstigung für den deutscherseits gewährten Ver-

*) Diese Anlage ist hier fortgelassen. D. Red.

tragstarif nicht bloß die inzwischen anderen Staaten eingeräumten Tarifiermässigungen, sondern erheblich weitergehende, von den Interessenten als werthvoll erkannte Vergünstigungen zugestelt. Die Dauer des Vertrages ist auf zehn Jahre bemessen, wodurch für unsere Verkehrsbeziehungen mit Russland die nothwendige Stabilität geschaffen wird.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

II. Vertragstext.

Die Bestimmungen des Vertrages lehnen sich im Allgemeinen an die Systematik der neuen deutschen Handelsverträge an, zum Theil jedoch unter Berücksichtigung derjenigen Verträge, welche Russland früher mit anderen Staaten abgeschlossen hat.

Artikel 1 enthält den Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb, unter Zusicherung der Meistbegünstigung und mit der Massgabe, dass die Landesgesetze auf die Fremden Anwendung finden sollen. || Hierzu ist in dem Schlussprotokoll die Meistbegünstigung noch ausdrücklich hinsichtlich des Passwesens ausbedungen.

Artikel 2 sichert in Betreff des Erwerbs und der Veräusserung beweglichen und unbeweglichen Eigenthums den beiderseitigen Angehörigen die Meistbegünstigung und stellt bezüglich der Abgabepflichtigkeit bei Eigenthumsübergang jeder Art die Ausländer den Einheimischen gleich. || Eine solche Gleichstellung mit den Inländern sieht der Artikel auch vor hinsichtlich des Auftretens der Angehörigen des fremden Staates vor Gericht.

Artikel 3 setzt die Befreiung der Fremden von militärischen und anderen öffentlichen Leistungen fest; in letzterem Punkte ist nur eine Ausnahme gemacht bezüglich der Verpflichtung zur Annahme einer Vormundschaft. Zur Leistung der Grundlasten, einschliesslich der militärischen, können die beiderseitigen Angehörigen, sowohl als Pächter bez. Miether wie als Eigenthümer, geradeso wie die Inländer oder die Angehörigen der meistbegünstigten Nation herangezogen werden.

Artikel 4 bestimmt, dass Aktiengesellschaften ebenso wie andere kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile gesetzmässig begründet sind und dort ihren Sitz haben, in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles als zu Recht bestehend anerkannt werden. Auch wird ihnen in letzterem Gebiete die Befugniß des Auftretens vor Gericht zuerkannt, während die Frage der Zulassung zum Gewerbebetriebe von den gesetzlichen Bestimmungen des Landes abhängig bleibt, in welchem die Zweigniederlassung begründet werden soll, aber unter ausdrücklicher Wahrung der Meistbegünstigung. Durch Aufnahme dieser Bestimmungen ist der Inhalt des Abkommens zwischen Deutschland und

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Russland über die Zulassung der Aktiengesellschaften vom 30./18. Juli 1885, welches mit einjähriger Frist kündbar war, für die Vertragsdauer sichergestellt.

Durch Artikel 5 verpflichten sich die vertragschliessenden Theile, von Ausfuhr- und Einfuhrverboten im Allgemeinen Abstand zu nehmen, sowie den Transitverkehr auf den demselben geöffneten Wegen zuzulassen. Nur für Artikel, welche Gegenstand eines Staatsmonopols bilden, sind Ausnahmen von diesen Bestimmungen zulässig; desgleichen im Interesse der Gesundheits- und der Veterinärpolizei, ferner der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen schwerwiegenden Gründen. Nach der Fassung des Artikels haben die vertragschliessenden Theile freie Hand, namentlich im Falle von Epidemien, Viehseuchen oder bei eintretender Gefahr der Einschleppung von Schädlingen entsprechende Schutzmassregeln zu treffen.

Artikel 6 sichert den beiderseitigen Roden- und Gewerbezeugnissen generell die Meistbegünstigung zu hinsichtlich der Zollbehandlung einschliesslich des Verkehrs in zollamtlichen Niederlagen und des Wiederausfuhr- und Transitverkehrs. || Hierzu enthält das Schlussprotokoll die Verpflichtung russischerseits, dass mit dem Tage des Inkrafttretens des Vertrages die bestehenden Unterscheidungszölle für gewisse Waaren (es handelt sich dabei um Kohle, Koks, Baumwolle, Roh-Eisen) bei der Einfuhr über die Landgrenze bez. die baltischen Häfen Russlands fallen und künftighin derartige Unterscheidungszölle auf der deutschen Grenze Russlands für die Vertragsdauer ausgeschlossen sein sollen. || Deutscherseits wird in dem Schlussprotokoll die Verpflichtung übernommen, unbeschadet der Aufrechterhaltung der geringfügigen, bestehenden Unterscheidungszölle für den Land- bez. Seeweg, an der russischen Grenze keine höheren Eingangszölle zu erheben wie an den übrigen Grenzen.

Die beiderseitigen zolltarifarischen Zugeständnisse sind in den Anlagen A und B zu Artikel 7 enthalten, welche durch den zweiten und dritten Theil des Schlussprotokolls erläutert und ergänzt werden. || Der Text des Artikels 7 setzt asserdem unter Wahrung der Meistbegünstigung fest, dass neue innere Abgaben des Staates in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile, so weit sie sich auf die in den Anlagen A und B angegebenen Waaren beziehen, von den entsprechenden, aus dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles kommenden Waaren nur in gleicher Weise und Höhe wie von den gleichartigen inländischen Waaren erhoben werden dürfen.

Im Uebrigen ist bezüglich aller inneren Staats- und Gemeindeabgaben durch Artikel 8 ausbedungen, dass die Waaren des einen vertragschliessenden Theiles unter keinen Umständen in dem Gebiete des anderen Theiles schwerer belastet werden dürfen, als die einheimischen.

Der Artikel 9 setzt in Betreff der Zölle bei der Ausfuhr nach dem Gebiete des anderen Landes und für alle Ausfuhrerleichterungen die Meistbegünstigung fest.

Durchfuhrabgaben sind durch Artikel 10 ausgeschlossen. Bezüglich der Durchfuhr enthält das Schlussprotokoll (zu Art. 6, 7 und 11) die Bestimmung,

dass Erzeugnisse eines dritten Landes, wenn sie auf dem Wege über das Gebiet des einen vertragschliessenden Theiles in das Gebiet des anderen eingeführt werden, in letzterem keinen höheren Abgaben unterworfen werden können, als wenn sie unmittelbar aus ihrem Ursprungslande dorthin eingeführt worden wären. || Das Recht, Ursprungszeugnisse bei der Einfuhr der im Gebiete des anderen Landes erzeugten Waaren zu fordern, ist durch das Schlussprotokoll sichergestellt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nach Artikel 11 werden die bestehenden oder künftig zu gewährenden besonderen Erleichterungen im Grenzverkehr innerhalb einer Zone von 15 km an andere Nachbarstaaten durch die Bestimmungen des Vertrages nicht berührt. Dasselbe gilt bezüglich der Vergünstigungen, die Deutschland den mit ihm zollgeeeinten Gebieten und die Russland den Bewohnern des Gouvernements Archangel und Sibiriens bezüglich der Ein- und Ausfuhr gewährt. In letzterer Beziehung hat Russland bereits in dem Vertrage mit England vom 12. Januar 1859, Separat-Artikel II Nr. 2, und in den Verträgen mit Frankreich vom 14 bez. 24. Juni 1857, Separat-Artikel II Nr. 2, und vom 1. April 1874 (ebenda) eine entsprechende Abmachung getroffen. Ferner ist auch in Artikel 11 vereinbart, dass bezüglich des durch Vertrag zwischen Russland und Schweden vom 26. April
8. Mai 1838 geregelten besonderen Verkehrs im schwedisch-russischen Grenzgebiet, ebenso wie bezüglich des russisch-asiatischen Verkehrs Russland nicht verpflichtet ist, die entsprechenden Erleichterungen Deutschland zuzugestehen.

Artikel 12 regelt die Rechte und Befugnisse der Handlungsreisenden und gestattet denselben die Ausübung ihres Geschäfts in dem anderen Lande, und zwar, was das Passwesen und die Gebührenzahlung anlangt, auf dem Fusse der Meistbegünstigung. Die Mitführung von Waaren ist, wie auch in anderen Verträgen, untersagt, dagegen die Mitführung von Mustern gestattet. Letztere sollen unter dem Beding der Wiederausfuhr innerhalb einer bestimmten Frist und unter Sicherheitsleistung beiderseits zollfrei ein- und wieder herausgelassen werden. Die Handlungsreisenden weisen sich in dem anderen Lande, unbeschadet der bestehenden Passpflicht, über ihren Beruf durch Gewerbe-Legitimationskarten aus, hinsichtlich deren die Regierungen beider vertragschliessenden Theile sich gegenseitig die vorgeschriebenen Formulare und die anderen bezüglichlichen Bestimmungen mittheilen werden.

Artikel 13 bis 17 regeln die Rechte der beiderseitigen Schiffe und zwar im Allgemeinen auf der Basis der Gleichstellung der fremden Flagge mit der einheimischen und unter Wahrung der Meistbegünstigung. Für die Küstenschifffahrt sollen die Landesgesetze massgebend sein. || Auch die Fischerei ist von der Gleichstellung mit der einheimischen ausgeschlossen.

Der Artikel 18 sichert den beiderseitigen Angehörigen im Gebiete des anderen Landes das Recht der Benutzung der dort näher bezeichneten öffent-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

lichen Verkehrswege und Verkehrsanstalten unter Gleichstellung mit den Inländern.

Bezüglich der Schifffahrtsverhältnisse auf der Weichsel, dem Niemen und der Warthe behält das Schlussprotokoll zu Artikel 13 ein späteres Sonderabkommen vor.

Im Eisenbahnverkehr ist nach Artikel 19 beiden Reichen die unbeschränkte Freiheit zur Ausgestaltung der Tarife vorbehalten. Die bestehenden Tarife müssen indessen auf die Angehörigen beider Reiche gleichmässig angewendet werden; daher können auch im Güterverkehr Frachtsätze, welche für einheimische (oder aus dritten Staaten kommende) Waaren auf einer Eisenbahnstrecke festgesetzt sind, den gleichartigen Provenienzen des anderen Staates bei ihrer Beförderung auf derselben Eisenbahnstrecke in derselben Verkehrsrichtung nicht vorenthalten werden. || Diese Bestimmungen entsprechen den in den Handelsverträgen Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn und mit Belgien getroffenen Abreden.

Die Bestimmung des Schlussprotokolls zu Artikel 19 bezweckt insbesondere den deutschen Ostseehäfen Danzig, Königsberg und Memel die Theilnahme an der überseeischen Vermittelung des Verkehrs nach und von Russland zu wahren; es ist daher die weitere Ausbildung direkter Eisenbahntarife zwischen diesen Häfen und russischen Plätzen nach dem hervortretenden Bedürfniss in Aussicht genommen. Hierbei sollen auf den im Staatsbesitz befindlichen Eisenbahnen die Frachtsätze für Getreideartikel, sowie für Hanf und Flachs der russischen Ausfuhr bis zu den genannten Häfen durchgerechnet und gleichmässig vertheilt werden, und zwar nach denselben Grundsätzen, wie dieselben für den russischen Eisenbahnverkehr nach Libau und Riga jeweilig massgebend sind.

Artikel 20 setzt die Dauer des Vertrages fest und regelt die Kündigungsmodalitäten. Der vorgesehene Ablaufstermin deckt sich mit denjenigen der übrigen neuerdings abgeschlossenen Handelsverträge Deutschlands. Durch das Schlussprotokoll zu Artikel 20 wird der Konsularvertrag mit Russland vom 8. Dezember 1874, welcher gegenwärtig jederzeit kündbar ist, für die Vertragsdauer sichergestellt.

III.

A. Zölle bei der Einfuhr nach Russland.

Den russischerseits in der Anlage A des Vertrages zugestandenen Zollermässigungen und Bindungen liegt zu Grunde der allgemeine russische Zolltarif für den europäischen Handel vom 11./23. Juni 1891 ohne die am 1. August 1893 Deutschland gegenüber in Wirksamkeit getretenen Zuschläge für die Boden- und Industrieerzeugnisse derjenigen Länder, welche der russischen Einfuhr die Meistbegünstigung nicht gewähren. Von den 218 Positionen, ungerechnet die Zahl der Unterabtheilungen, in welche viele Artikel des rus-

sischen Zolltarifs zerfallen, sind die Zollsätze von 71 theils ermässigt, theils gebunden. Ferner hat Deutschland kraft seines vertragsmässigen Meistbegünstigungsrechtes auf die Zollermässigungen für 15 weitere Positionen, bez. Unterabtheilungen von solchen Anspruch, welche im französisch-russischen Handelsabkommen vom 5./17. Juni 1893 festgesetzt und in den vorliegenden Vertragstarif nicht übernommen sind. Auch im Schlussprotokoll sind werthvolle tarifarische Begünstigungen vereinbart. Die bezüglichlichen Bestimmungen enthalten zwar nicht unmittelbar eine Herabsetzung von Zollsätzen, besitzen aber gleichwohl eine erhebliche materielle Bedeutung, welche bei den in Betracht kommenden Artikeln des Näheren dargelegt ist. || Behufs Erleichterung der Vergleichung der Sätze des neuen russischen Konventionaltarifs mit den Sätzen des autonomen Tarifs von 1891 sind in der beigelegten Nachweisung die vereinbarten Zollbefreiungen und -Ermässigungen unter Gegenüberstellung mit den autonomen Sätzen übersichtlich aufgeführt. Dabei sind auch die Sätze der russischen Zolltarife von 1882 und 1885 sowie des französisch-russischen Abkommens von 1893, sodann die Werthe der deutschen Ausfuhr nach Russland in den Jahren 1882 bis einschliesslich 1892, auf Grund der amtlichen deutschen Statistik, für die Jahre 1889 bis 1892 in schrägen Ziffern unter der Zeile auch auf Grund der amtlichen russischen Statistik angegeben*).

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Im Uebrigen ist zu den russischen Tarifzugeständnissen Folgendes zu bemerken:

Die deutsche Ausfuhr von Kartoffelmehl und Stärke nach Russland ist bis zu der im Jahre 1882 für die letztere eingetretenen Zollerhöhung auf 1,40 Rubel, welche im Jahre 1891 auch auf Kartoffelmehl ausgedehnt wurde, nicht ohne Bedeutung gewesen. Die Jahre 1889 und 1890 weisen noch Ausfuhrziffern von 2206, bez. 2590 Doppelzentner auf. Wenn diese Ziffern in den Vorjahren kleiner waren, so hängt dies damit zusammen, dass die über Hamburg auf den russischen Markt gebrachten Mengen vor dem hamburgischen Zollanschluss nicht als Ausfuhr nach Russland zur Anschreibung gelangt sind. Für Kartoffelmehl wurde der Satz von 60 Kopeken des Zolltarifs von 1882 erzielt, welcher den im Jahre 1877 gültig gewesenen Zollsatz nur um 5 Kopeken übersteigt. Für Stärke und Dextrin bleibt der vereinbarte Satz von 1,15 Rubel hinter jenem von 1,20 Rubel des Zolltarifs von 1885 zurück. Einer weitergehenden Ermässigung des Stärkezolls stand im Wege, dass das Rohmaterial der Reisstärke mit 70 Kopeken das Pud belegt und eine zolltechnische Unterscheidung zwischen Reisstärke und anderer Stärke in Russland nicht thunlich ist. || Bei der in Packeten, Schachteln und anderen kleinen Aufmachungen eingehenden Stärke, wohl ausschliesslich Reisstärke, für welche ein Zollsatz von 1,30 Rubel festgesetzt ist, handelt es sich, wie russischerseits geltend gemacht wurde, um eine Waare, für deren Marktgängigkeit der Name und Ruf des Fabrikanten massgebend und die höhere Zollbelastung ohne Einfluss sei. Zum

*) Diese Anlage ist hier fortgelassen. [D. Red.]

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Satz von 1,40, bez. 1,75 Rubel wurden in den Jahren 1891 und 1892 3120 und 734 Doppelzentner Reisstärke nach Russland ausgeführt; es darf von der Ermässigung dieser Sätze auf 1,15, bez. 1,30 Rubel eine beträchtliche Steigerung des Absatzes nach Russland erwartet werden.

Durch den Zolltarif vom 1. Juli 1882 sind gewöhnliches Gemüse, Zwiebeln und Knoblauch, welche bis dahin zollfrei waren, mit einem Zoll von 10 Kopeken für 1 Pud belegt worden; der Zolltarif vom Jahre 1885 brachte eine Erhöhung auf 12 Kopeken gleich 2,38 M. für 100 kg. Durch die Wiederherstellung der Zollfreiheit ist dem vom Verbande der Handelsgärtner Deutschlands ausgesprochenen Wunsche, der Ausfuhr der Erzeugnisse des deutschen Gartenbaues nach Russland die möglichste Förderung angedeihen zu lassen, in wichtigen Beziehungen Rechnung getragen. Diese Ausfuhr hat nach der russischen Statistik in den Jahren 1889/1892 einen Werth von 199 000, 100 000, 31 000, 26 749 Rubel gehabt. || Gedarrte Cichorie wird seit 1. Juli 1891 mit 75 Kopeken das Pud verzollt, während sie früher mit bez. 40, 50 und 60 Kopeken zollpflichtig war. Die ehemals bedeutende Ausfuhr von gedarrter Cichorie nach Russland ist in Folge der Zollerhöhungen stark zurückgegangen; dieselbe betrug im Jahre 1880 25 981, 1886 noch 21 844, 1892 nur mehr 1449 Doppelzentner. Bei dem im Vertrag festgesetzten Satz von 40 Kopeken, welcher 1882 bestanden hat, dürfte wieder ein lohnendes Geschäft möglich sein. Durch die Schlussprotokollbestimmung zu Position 5 Ziffer 3 ist die Klassifikation von gedarrter Cichorie unter diese Ziffer gesichert.

Von den unter diese Position mit einem Zollsatz von 1,20 Rubel fallenden Früchten und Beeren kommen für den deutschen Export nur frische Früchte in Betracht. Der Zoll betrug vor 1882 nur 50 Kopeken, wurde dann auf 1 Rubel und im Jahre 1885 auf 1,20 Rubel erhöht. Diese Zollerhöhungen haben den früher blühenden Obstexport Deutschlands nach Russland stark beeinträchtigt, wodurch insbesondere die kleinen Besitzer empfindlich geschädigt wurden. Nach Lage der Verhältnisse beschränkt sich die Ausfuhr nach Russland auf feineres Tafelobst, welches einen Zollsatz von 60 Kopeken, wie er jetzt festgesetzt ist, zu tragen vermag. Es hat übrigens auch bei dem Zollsatz von 1,20 Rubel noch eine beträchtliche Ausfuhr von deutschem Obst stattgefunden.

Der Ertrag einer vollen Hopfenernte in Deutschland bezieht sich auf rund 350 000, der eigene Bedarf dagegen durchschnittlich nur auf rund 160 000 Doppelzentner. Auch bei einer Mittelernte, als welche diejenige des Jahres 1892 mit einem Ergebniss von rund 245 000 Doppelzentner zu bezeichnen ist, übersteigt die Produktion den Bedarf bei weitem. Abgesehen von den seltenen Jahren, in welchen, wie im Vorjahre, mit einem auf 128 000 Doppelzentner geschätzten Ernteertrag die Produktion den Inlandsverbrauch eben deckt oder gar dahinter zurückbleibt, ist Deutschland auf den Export von Hopfen in mehr oder weniger erheblichem Umfang angewiesen.

In früheren Jahren hat auch Russland nennenswerthe Mengen deutscher Hopfen aufgenommen. In Folge der 1887 eingetretenen Erhöhung des russischen Hopfenzolles von 1,45 auf 10 Rubel das Pud, wozu für die Zeit vom 16. August 1890 bis 1. Juli 1891 sogar noch ein 20prozentiger Zuschlag kam, hat jedoch die Ausfuhr sehr nachgelassen. Dieselbe betrug:

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

1880... 11 396 Doppelzentner	1887... 5 753 Doppelzentner
1881... 10 478 "	1888... 5 562 "
1882... 8 261 "	1889... 8 457 "
1883... 12 325 "	1890... 7 310 "
1884... 11 650 "	1891... 4 064 "
1885... 10 248 "	1892... 2 837 "
1886... 12 264 "	1893... 1 058 "

Deutschland hat demnach ein grosses Interesse an der Herabsetzung des russischen Hopfenzolles. Daher darf die 65prozentige Ermässigung des bestehenden Zolls von 10 auf 3,50 Rubel als ein werthvolles Zugeständniss bezeichnet werden, da Russland, dessen Hopfenproduktion überwiegend aus minderwerthiger Waare besteht, für die besseren deutschen Hopfen bei einem Satz von 3,50 Rubel aufnahmefähig ist. Die russische Hopfenproduktion hat ungeachtet des ihr gewährten ausserordentlichen Zollschutzes noch keine sehr grossen Fortschritte gemacht. Das Ergebniss der 1892er Ernte waren 21 000 Doppelzentner bei gleich hoher Schätzung, und jenes der guten vorjährigen Ernte wird schätzungsweise auf 30 000 Doppelzentner angegeben. Das Grossherzogthum Baden produzierte im Jahre 1892 dieselbe Hopfenmenge wie Russland.

Die Ausfuhr von Borstenfabrikaten und Pinseln aus Deutschland nach Russland ist eine ziemlich bedeutende; der durchschnittliche Werth der Ausfuhr wird von den Interessenten auf 350 000 bis 400 000 Mark für das Jahr, also beträchtlich höher geschätzt, als derselbe in der Statistik angegeben ist. Schon die in den Jahren 1882 und 1885 erfolgten russischen Zollerhöhungen haben auf die in Bayern und Württemberg bestehende und tausende von Arbeitern beschäftigende Industrie nachtheilig eingewirkt; insbesondere aber hat die im Jahre 1891 eingetretene Zollerhöhung von 2,44 auf 3 Rubel einen so starken Rückgang des Exportes zur Folge gehabt, dass die Industrie den völligen Verlust des russischen Absatzgebietes befürchtet. Dieselbe hat den dringenden Wunsch nach Wiederherstellung des vor 1885 bestandenen Zollsatzes von 2,44 Rubel ausgesprochen, zu welchem noch ein lohnender Absatz möglich war. Durch die Vereinbarung des Satzes von 2,50 Rubel ist diesem Wunsche nahezu entsprochen.

Die russische Industrie der hier in Frage stehenden feinen Lederarten (Ziffer 2 und 4) hat ungeachtet des ihr in steigendem Mass gewährten hohen Zollschutzes bisher nicht den erwarteten Aufschwung genommen. Den russischen Bedarf an diesen Lederarten deckt fast ausschliesslich das Ausland, und ist

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

hieran Deutschland hervorragend betheiligt. Die hohe Zollbelastung und die dadurch bewirkte Vertheuerung übt aber auf die Verwendung der Waare und damit auch auf den Absatz nach Russland einen nachtheiligen Einfluss. Der erzielte Zollerlass für Leder der Ziffer 2 von 15 auf 12 Rubel und für Leder der Ziffer 4 von 8,50 auf 6,80 Rubel — im französisch-russischen Abkommen sind die Sätze auf 12,75 und 7,22 Rubel festgesetzt — bedeutet für die diese Leder verarbeitenden russischen Gewerbszweige eine wesentliche Entlastung, von der ein erhöhter Verbrauch erhofft werden darf. Ferner sind ungenähte Maschinentreibriemen, lederne Pickers für Webstühle und kleine runde Treibriemen durch Versetzung aus der Position 57 Ziffer 6 mit dem Satz von 20 Kopeken das Pfund, gleich 8 Rubel das Pud, in die Ziffer 3 der Position 55 mit dem Satz von 6 Rubel das Pud im Zoll um 2 Rubel ermässigt. Die Bestimmung der in den Vertragstarif aufgenommenen Anmerkung 1, dass Abfälle und Stücke (Ab- und Ausschnitte) von bearbeiteten Häuten, falls dieselben nicht zu Schuhwerk oder anderen kleinen Fabrikaten zugeschnitten sind, den für die ganzen Häute festgesetzten Zollsätzen unterliegen, bezieht sich allgemein auf den Artikel 55 und bezweckt, die Behandlung solcher Abschnitte als Lederfabrikate nach Artikel 57 zu verhindern. || Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 55 soll die Gleichstellung des mit nachgepressten Narben versehenen Leders des Absatzes 3 mit dem unter den Absatz 2 fallenden Leder mit eingepressten Mustern ausgeschlossen werden.

Bisamfelle und Rothfuchswammen sind früher in sehr grossen Mengen von Deutschland nach Russland ausgeführt worden. In Folge der hohen Zollbelastung, welche 50 bis 100 Prozent vom Werth beträgt, ist in dem Absatz dieser billigen Rauchwaaren nach Russland eine starke Minderung eingetreten, welche in dem Rückgang des Werthes der deutschen Gesamtausfuhr von Rauchwaaren nach Russland von rund 9½ Millionen Mark im Jahre 1882 auf rund 3½ Millionen im Jahre 1892 seinen Ausdruck findet. Die Erweiterung des russischen Absatzes liegt nicht nur im Interesse des Handels, sondern auch der Pelz-Veredelungsindustrie und Zurichterei in Leipzig, woselbst Bisam- und Rothfuchsfelle, letztere meist deutscher Herkunft, in grossen Posten auf den Markt gebracht und der Bearbeitung unterworfen werden. Die vereinbarten Zollermässigungen von 18 auf 6,60, beziehungsweise 12 Rubel sind daher von besonderer Wichtigkeit.

Hier wurden über die von Frankreich erlangten Zollermässigungen von 2 auf 1,70 Rubel das Pfund für Fussbekleidung für Damen aus Chevreau, sowie von 3 auf 2,55 Rubel das Pfund für lederne Handschuhe aller Art, von welcher die erstere Mangels eines deutschen Exportinteresses in den vorliegenden Vertragstarif nicht übernommen ist, werthvolle Zugeständnisse erreicht. Für die in Ziffer 3 neben den Handschuhen genannten Fabrikate aus Sämisch- und Glacéleder, Saffian und Pergament ist die Zollgebühr allgemein auf 2 Rubel herabgesetzt und für Schreibbücher und Portefeuilles aus diesen Lederarten noch weiter auf 70 Kopeken ermässigt. Ferner ist bestimmt, dass

bei den Lederfabrikaten der Ziffer 5, wohin Reisekoffer, Reisesäcke, Reise- und Jagdtaschen, Schreibbücher und Portefeuilles, sowie nicht besonders benannte Lederfabrikate aller Art gehören, eine Verzierung von Seide und Halbside zulässig ist. Durch Sitzungsprotokoll ist ausdrücklich festgestellt worden, dass diese Ausstattung, je nach Art der Fabrikate, eine äussere oder innere sein kann. Durch diese Zollerleichterungen wird den Wünschen der Industrie feiner Lederwaaren entsprochen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Bei der noch immer ansehnlichen Ausfuhr von Holzfabrikaten der unter die nebenbezeichneten Tarifpositionen fallenden Art sind die erreichten Zollabschläge von 21, 10 und 25 Prozent nicht ohne Werth. Mit Beschränkung auf vergoldete Rahmen und Leisten hätte eine etwas grössere Herabsetzung des Zollsatzes für die Ziffer 3 durchgesetzt werden können; es erschien indessen vortheilhafter, den im französisch-russischen Vertrag für derartige Rahmen und Leisten festgesetzten Zollsatz von 4,50 Rubel, welcher den Zollsatz vom Jahre 1882 nur um 35 Kopeken übersteigt, unter Ausdehnung auf die ganze Position anzunehmen. || Die im allgemeinen russischen Zolltarif von der Verzollung zum Satz der Ziffer 3 von 6 Rubel, nunmehr 4,50 Rubel, ausgenommene hölzerne Schnitzarbeit ist solche mit Verzierungen aus Kupfer, Kupferlegirungen und anderen Materialien, mit Inkrustationen oder Einlagen aus Holz (ausser Parquetin), Kupfer, Stahl, Perlmutter, Elfenbein, Schildpatt und dergleichen.

Der Zollsatz für Zuckerrübensamen von 10 Kopeken das Pud ist mit Rücksicht auf die sehr grosse deutsche Ausfuhr derartigen Sameus nach Russland gebunden.

Der bestehende Zoll von 10 Kopeken das Pud belastet 1 Fass Cement, welches etwa ein Gewicht von 180 kg und einen Werth von 5 *M* hat, mit einer Zollabgabe von 3,57 *M*. Gleichwohl findet noch immer deutscher Cement in grossen, wenn auch je nach der Gestaltung der Bauhätigkeit schwankenden Mengen in Russland Absatz. || Der Cementverbrauch ist in Russland in beständiger Zunahme begriffen, welcher die dortige Produktion nicht zu genügen vermag; auch wird der deutsche Cement für gewisse Verwendungszwecke dem russischen Produkt vorgezogen. || Die russische Cementeinfuhr hat betragen:

	Im Ganzen:	Davon aus Deutschland:
1888	804 000 Pud,	215 000 Pud,
1889	891 000 „	466 000 „
1890	1 200 000 „	484 000 „
1891	996 000 „	360 000 „
1892	2 493 000 „	1 525 000 „

Die im Jahre 1882 erfolgte Zollerhöhung von 3 auf 7 Kopeken hatte dem Absatz des deutschen Cements nach Russland keinen Eintrag gethan; zu diesem Zollsatz hat nach der deutschen Statistik im Jahre 1883 die grösste je erreichte Cementausfuhr im Werthe von 1 643 000 *M* stattgefunden. Erst die durch den Zolltarif von 1885 eingeführte Zollerhöhung um weitere 2 Kopeken (66 Pfennig für das Fass von 180 kg) hatte eine beträchtliche Schmälerung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

des Absatzes dauernd zur Folge. || In der französisch-russischen Konvention ist der Zollsatz von 10 Kopeken für Cement aller Benennungen auf 9 Kopeken herabgesetzt; im vorliegenden Vertrag ist der Satz unter Ausdehnung auf Ziegel, Fliesen und Röhren aus Cement auf 8 Kopeken ermässigt.

Weder aus der deutschen noch aus der russischen Statistik ist Menge oder Werth der Ausfuhr von Bernstein, für welchen eine Zollermässigung von 3 auf 2,10 Rubel erzielt wurde, nach Russland zu ersehen, da die Position noch eine Reihe anderer Gegenstände enthält, nämlich Gagat, Perlmutter, Schildpatt, Meerscham, Elfenbein, Mammutsknochen, Celluloid, Email, Glasur und Mosaik. Die Gesamtposition hatte noch im Jahre 1890 für Deutschland einen Exportwerth von fast $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Die Ausnahme von der Zollermässigung bezieht sich auf unverarbeiteten geschmolzenen Bernstein, welcher nach Position 87 Ziffer 1 mit 40 Kopeken das Pud zollpflichtig ist.

Die Schlussprotokollbestimmung, dass Chamottemörtel, d. i. eine Mischung von rohem und gebranntem feuerfestem Thon, unter der im Artikel 72, Absatz 2 aufgeführten „Chamottemasse in jeder Form“ (Zollsatz 4 Kopeken) begriffen ist, entspricht einem Antrag des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland und bezweckt, der vielfach vorgekommenen Behandlung des Chamottemörtels als hydraulischer Mörtel zum Satz von 10 Kopeken der Position 65 Ziffer 4 vorzubeugen.

Hier wurden neben einer allgemeinen Ermässigung der Zollsätze von 30 auf 25, beziehungsweise von 75 auf 60 Kopeken noch werthvolle besondere Vortheile für wichtige deutsche Exportartikel erreicht. Diese Vortheile bestehen in einer weiteren Ermässigung der Zollsätze für einfarbige Boden- und Wandbekleidungsplatten aus Thon und für einfarbige glatte Ofenkacheln und hervorspringende Theile von Kachelöfen (Bekrönungen und dergl.) auf 20, sowie für buntfarbige dergleichen Platten und Ofenkacheln und hervorspringende Theile von Ofenkacheln auf 50 Kopeken, ferner in der Bestimmung, dass die ermässigten Zollsätze auch dann Anwendung finden, wenn die fraglichen Platten, Ofenkacheln etc. glasirt oder mit eingepressten Reliefverzierungen versehen sind. Dem bisher zur Anwendung gebrachten Zollsatz der Nr. 74 Ziffer 3 von 1,50 Rubel unterliegen diese Gegenstände künftig nur, wenn sie vergoldet oder mit aus freier Hand gearbeiteten Ornamenten versehen sind. Als ein nennenswerthes Zugeständniss ist auch die Ausdehnung des Zollsatzes von 20 Kopeken auf Mineralwasserkrüge aus Steingut, auch glasirt, zu bezeichnen. Ferner wurden Boden- und Wandbekleidungsplatten aus Thon, Kacheln und hervorspringende Theile (Bekrönungen und dergl.) von Kachelöfen, vergoldet oder mit Skulptur, welche bisher dem Satze von 3,75 Rubel der Position 75 Ziffer 3 unterlagen, in die Position 74 Ziffer 3 zum Satze von 1,50 Rubel eingestellt. || Die Bedeutung der vorstehend erörterten russischen Zugeständnisse kann nicht nach der seitherigen deutschen Ausfuhr nach Russland beurtheilt werden, welche in Folge der ungünstigen Zollklassifikation der fraglichen Artikel vielfach unterbunden war.

Der Zollsatz für die unter Nr. 75 Ziffer 2 fallenden Fayencewaaren mit einfarbigen Mustern etc. ist in der französisch-russischen Handelskonvention von 1,40 auf 1,26 Rubel herabgesetzt und ist jetzt auf 1,25 Rubel abgerundet worden. Dieser Satz bleibt um 5 Kopeken hinter jenem vom Jahre 1885 zurück; der Zollsatz von 3,75 Rubel für bemaltes vergoldetes Fayence der Ziffer 3 wurde dagegen auf den Satz von 3,30 Rubel des Zolltarifs von 1885 gebracht. Die deutsche Ausfuhr von Waaren der Nr. 75 Ziffer 2 und 3 ist von keiner besonderen Bedeutung, war aber auch zur Zeit der niedrigeren Zollsätze des Tarifs von 1892 keine erheblich grössere.

*Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Der Zollsatz für Majolika jeder Art, auch mit modellirten Verzierungen, ist von 5,30 auf 3,30 Rubel ermässigt, und Majolika ist nunmehr demselben Satz unterworfen wie die bemalte etc. Fayence, welcher sie auch dem Werthe nach annähernd gleichsteht. Im französisch-russischen Abkommen ist für Majolika, auch mit Modellirverzierungen (Wortlaut des Tarifs), ein Satz von 3,97 Rubel festgesetzt. Die deutsche Fassung entspricht der Herstellungsweise der Majoliken und sichert eine zutreffende Verzollung. Von der sehr beträchtlichen Zollermässigung darf eine Vergrößerung des Absatzes von Majolika nach Russland erwartet werden.

Die Zollermässigungen für geblasene Waaren aus weissem und halbweissem Glas und Krystall, ungeschliffen etc., der Ziffer 2, von 4 auf 3,20 Rubel und für Waaren aus weissem Glas und Krystall, geschliffen etc., der Ziffer 3, von 6 auf 4,80 Rubel beruhen auf einem russischen Angebote, welches mit Rücksicht darauf angenommen wurde, dass immerhin eine, wenn auch kleine deutsche Ausfuhr von Waaren der fraglichen Art nach Russland besteht. || Der bisher nach Nr. 215 behandelte Christbaumschmuck aus Glas ist jetzt nach Ziffer 5 dem Zollsatz von 10 Rubel unterstellt, zu welchem Satz, wie die Interessenten erklären, ein lohnender Export nach Russland möglich sei. Es ist dies ein günstiger Erfolg für die Nürnberger Industrie.

Durch die Herabsetzung der Zollsätze für Stein- etc. Kohlen und Koks beim Eingang über die westliche Landgrenze Russlands von 2 auf 1, bez. von 3 auf $1\frac{1}{2}$ Kopeken wird die zu Gunsten der Einfuhr über die baltischen Häfen bestehende differenzielle Zollbehandlung beseitigt, welche der auf die Landeinfuhr angewiesenen schlesischen Steinkohlen- und Koksindustrie berechtigten Anlass zu lebhaften Klagen gegeben hat. Stein- etc. Kohlen sowohl wie Koks gingen bis zum Jahre 1885 in Russland zollfrei ein; damals wurde für Steinkohlen und Koks bei der Einfuhr über die westliche Landgrenze ein Satz von $1\frac{1}{2}$ Kopeken, bei der Einfuhr über die baltischen Häfen ein solcher von $\frac{1}{2}$ Kopeken festgesetzt; der Zolltarif von 1891 brachte für Stein- etc. Kohlen eine Zollerhöhung auf 2, bez. 1 Kopeken und für Koks auf 3, bez. $1\frac{1}{2}$ Kopeken. Während deutscher Koks ungeachtet der Zollmassnahmen in steigenden Mengen nach Russland ausgeführt wird, ist in der Ausfuhr von Steinkohlen alsbald nach der russischerseits verfügten Zollbelastung eine stetige und erhebliche Abnahme eingetreten und der Ausfuhrwerth von 3 Millionen

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

auf 1 Million Mark gesunken. Der Minderabsatz von Kohlen ist auch durch die starke Entwicklung der Kohलगewinnung in Russisch-Polen veranlasst. Die deutsche Ausfuhr nach Russland beschränkt sich jetzt auf Qualitätskohlen, welche in den polnischen Kohlenbecken nicht vorkommen. Die polnische Kohle ist auch im Allgemeinen von geringerer Güte als die oberschlesische, so dass es in Folge der 50prozentigen Zollermässigung vielleicht möglich sein wird, für die letztere einen erweiterten Absatz, insbesondere bei der benachbarten polnischen Eisenindustrie zu finden. Russland hat sich übrigens im Schlussprotokoll die Erhöhung des Kohlenzolls vom Jahre 1898 an vorbehalten; dieselbe muss jedoch für die westliche Landgrenze und die baltischen Häfen gleichmässig erfolgen.

Die beträchtliche Ausfuhr von gemahlenem Schwerspath und Witherit aus Deutschland nach Russland war keinen starken Schwankungen unterworfen, da die Steigerung des Zolls von 50 Kopeken im Jahre 1877 auf 55 Kopeken im Jahre 1882 und auf 60 Kopeken im Jahre 1891 keine übermässige war. Der Vertrag stellt den im Jahre 1877 eingeführten Zollsatz wieder her. Von minderer Wichtigkeit ist die Zollermässigung von 1 Rubel auf 80 Kopeken für künstliches schwefelsaures und kohlenaures Baryum, welches auch nur in geringen Mengen nach Russland geht.

Der für Salze der Chromsäure vereinbarte Zollsatz von 2,15 Rubel ist um 5 Kopeken geringer als der Satz des Jahres 1882, zu dem noch eine grössere Ausfuhr nach Russland stattgefunden hat.

Für die im Zoll von 6 auf 5 Rubel ermässigte Gerbsäure besteht ein erhebliches deutsches Exportinteresse. Die Gesamtausfuhr betrug im Jahre 1892 6045 Doppelzentner, davon gingen nach Russland 1560 Doppelzentner; der durchschnittliche Ausfuhrwerth wird mit 260 \mathcal{M} für 100 kg angegeben.

Die deutsche Ausfuhr von Kupfervitriol nach Russland wurde durch die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung des Zolls von 60 Kopeken auf 1 Rubel stark zurückgedrängt; der vereinbarte Satz von 80 Kopeken ist zwar noch um 20 Kopeken höher als der Satz des Zollltarifs von 1885, bringt aber der deutschen Industrie eine Erleichterung für ihren Absatz nach Russland. Bei einer Gesamtausfuhr von 21 438 Doppelzentnern Kupfervitriol sind im Jahre 1892 3788 Doppelzentner im Werth von 29 \mathcal{M} für 100 kg nach Russland gegangen; die Gesamtausfuhr von Zinkvitriol, das nur einen Wert von 12 \mathcal{M} hat, betrug 3097 Doppelzentner, wovon nach Russland eine Ausfuhr nicht nachgewiesen ist. Chlorzink ist in der Statistik nicht besonders angeschrieben.

Der Zoll für Brechweinstein ist durch den Tarif von 1891 von 2,40 auf 4 Rubel erhöht, ohne dass dadurch die deutsche Ausfuhr nach Russland zurückgegangen wäre. Im Jahre 1888 wurden insgesamt 2744 und im Jahre 1892 4188 Doppelzentner ausgeführt, davon 675, bez. 735 Doppelzentner nach Russland. Das fragliche Präparat hat einen Werth von etwa 190 \mathcal{M} für 100 kg und findet insbesondere als Beize für Anilinfarben in der Färberei und Zeugdruckerei Verwendung. Der Vertragszollsatz beträgt 3 Rubel.

Die Zollermässigung von 2,40 auf 1,50 Rubel für chemische und pharmazeutische Produkte, im Tarif anderweit nicht genannt, gehört zu den wichtigeren Errungenschaften des Vertrages. Unter die Position fallen zahlreiche und bedeutende deutsche Exportartikel, deren Ausfuhrwerth in den Jahren 1890 und 1891 5 Millionen Mark überstieg. Der im Jahre 1892 ohne eine inzwischen erfolgte Zollerhöhung eingetretene Rückgang auf 3,7 Millionen ist wohl auf vorübergehende ungünstige Verhältnisse in Russland zurückzuführen. In der russisch-französischen Konvention ist der Satz für die Position 112 auf 1,80 Rubel festgesetzt. || Im Schlussprotokoll ist bestimmt, dass alle diejenigen chemischen und pharmazeutischen Produkte unter Nr. 112 klassifiziert werden, welche im russischen Zolltarif vom 11. Juni 1891 nicht besonders genannt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung des Zollsatzes für Kreide und Talk von 6 auf 15 Kopeken hat einen bedeutenden Rückgang der Ausfuhr von gemahlener und geschlemmter Kreide nach Russland im Gefolge gehabt. Im Jahre 1888 wurden noch 13 221 Doppelzentner gemahlene und 21 264 Doppelzentner geschlemmte Kreide, im Jahre 1892 aber nur mehr 267, beziehungsweise 7046 Doppelzentner ausgeführt. Die Ausfuhr von Talk, welcher unter einer Sammelnummer angeschrieben wird, ist nicht festzustellen. Bei dem geringen Werth der Kreide und der gewöhnlichen Sorten von Talk ist der Zollabschlag von 3 Kopeken für die Hebung der Ausfuhr von Bedeutung.

Für Bleiweiss und Zinkweiss besteht in Deutschland ein grosses Exportinteresse. Im Jahre 1892 betrug die Gesamtausfuhr von Bleiweiss 137 117 Doppelzentner (Werth 31 *M*) und von Zinkweiss einschliesslich Zinksulfidweiss (Lithopon) 105 948 Doppelzentner (Werth 36 *M*), wovon 4047, bez. 7413 Doppelzentner nach Russland gingen. Durch die Herabsetzung des Zolls von 60 auf 50 Kopeken wird für Blei- und Zinkweiss der im Jahre 1877 bestandene Zollsatz wiederhergestellt. Lithoponweiss, welches als Ersatz für Zinkweiss dient und aus einer Mischung von Schwerspath und Schwefelzink besteht, wird jetzt nach Position 137 mit 3 Rubel für 1 Pud verzollt. Die tarifarische Gleichstellung des Lithoponweiss mit dem Zinkweiss ist durch die Schlussprotokollbestimmung zu Position 131 gesichert, wonach Mischungen von Bleiweiss oder Zinkweiss mit anderen nicht höher tarifirten Stoffen nach Artikel 131 zu behandeln sind. Dadurch wird einem dringenden Wunsche der deutschen Industrie Rechnung getragen.

Die Zollermässigung für Bleimennige (Bleioxydate) von 40 auf 35 Kopeken steht im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Zolls für Bleiweiss. Die deutsche Gesamtausfuhr von Bleimennige, das einen Werth von 29 *M* für 100 kg hat, betrug in den Jahren 1888 und 1892 55 914 und 54 358 Doppelzentner, davon 2047 und 2655 nach Russland. Die deutsche Bleiproduktenindustrie (Bleiweiss etc.) ist darauf angewiesen, drei Viertel ihrer Erzeugnisse auszuführen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Russland war bisher der bedeutendste Abnehmer deutscher Kupferfarben, obwohl durch die im Jahre 1891 erfolgte Zollerhöhung von 2,20, bez. für Grünspan von 3,30 auf 4 Rubel die Ausfuhr stark beeinträchtigt wurde. Während noch im Jahre 1888 bei einer Gesamtausfuhr von 2875 Doppelzentner der Absatz nach Russland 754 Doppelzentner betragen hat, ging im Jahre 1892 die Gesamtausfuhr nach Russland auf 362 Doppelzentner zurück. Der durchschnittliche Werth von Kupferfarben wird auf 125 *ℳ* geschätzt. Bei der Zollbemessung für Kupferfarben und besonders für Grünspan kommt der russische Kupferzoll von 2,50 Rubel für 1 Pud in Betracht. Der russische Zoll für Grünspan war bis zum Jahre 1891 um 0,50 bis 1,10 Rubel höher als für andere Kupferfarben.

Von den unter diesen Artikel fallenden Farbstoffen etc. sind vorzugsweise Alizarin sowie Anilin- und andere Theerfarbstoffe für den deutschen Export von hervorragender Wichtigkeit. An der Gesamtweltproduktion von Alizarin ist Deutschland mit 90 Prozent und an jenen von Anilin- etc. Farbstoffen mit 75 Prozent betheilig; in den Rest von 10 und 25 Prozent theilen sich England, die Schweiz und Frankreich. Die führende Stellung Deutschlands in der Produktion kommt bei der Ausfuhr dieser Farbstoffe zum entsprechenden Ausdruck. Im Jahre 1892 hat eine Ausfuhr von 76 770 Doppelzentner Alizarin, davon 4 268 Doppelzentner nach Russland, und von 170 251 Doppelzentner Anilin- etc. Farbstoffe, davon 5 159 Doppelzentner nach Russland stattgefunden. Der Gesamtausfuhrwerth ist in der Statistik unter Zugrundelegung eines Durchschnittswerthes von 155 bez. 490 *ℳ* für 100 kg beim Alizarin mit 11 899 000 *ℳ* (russischer Antheil 662 000 *ℳ*) und bei den Anilin- etc. Farbstoffen mit 52 553 000 *ℳ* (russischer Antheil 2 528 000 *ℳ*) angegeben. Der Durchschnittswerth für Alizarin von 155 *ℳ* dürfte indessen bei der russischen Ausfuhrquote zu niedrig bemessen sein, da derselbe sich wohl auf die in Deutschland üblichen Konzentrationen in Teigform mit 20 Prozent Trockengehalt bezieht, während die Ausfuhr von Alizarin nach Russland wegen des bestehenden hohen Gewichtszolls (337,30 *ℳ* für 180 kg) in Pulverform, also in fünffacher Konzentration (100 Prozent) erfolgt. Die im Jahre 1892 nach Russland ausgeführte Alizarinmenge repräsentirt daher thatsächlich einen Werth von 3 331 000 *ℳ*. Auch für Anilin- etc. Farbstoffe wird der Durchschnittswerth von 490 *ℳ* für die nach Russland ausgeführte Menge mit Rücksicht darauf nicht als zutreffend erachtet werden können, dass wegen der Zollbelastung nur höherwerthige Qualitäten dahin zur Ausfuhr kommen. Der durchschnittliche Werth dieser Exportquote darf um 33 Prozent höher auf 654 *ℳ* für 100 kg und der Gesamtwert auf 3 370 660 *ℳ* geschätzt werden. || In Russland hat die Theerfarbenindustrie erst in Folge der ausserordentlich erhöhten Zölle Fuss gefasst. Im Jahre 1882 wurde der Zoll von 4,40 auf 15 Rubel und im Jahre 1890 auf 18 Rubel erhöht; der Zolltarif von 1891 ermässigte den letzteren Satz um 1 Rubel, und der vorliegende Vertrag bringt eine weitere Ermässigung von 3 Rubel. Die russische Industrie besteht nur

aus kleineren Betrieben, welche sich, abgesehen von zweien, in deutschen Händen befinden, und beschränkt sich theils auf die in Umwandlung des in Pulverform bezogenen Alizarins in die gebräuchliche Teigform, theils auf die Fabrikation billiger Anilinfarbstoffe aus den von auswärts bezogenen Zwischenprodukten (Anilinöl, Naphtol, Naphtylamin, Benzidin etc.), welche nur zum Satz von 2,40 Rubel (jetzt 1,50) der Position 112 zollpflichtig sind. Darin liegt auch die Erklärung des in den letzten Jahren erheblich gesteigerten deutschen Absatzes dieser Zwischenprodukte nach Russland, wogegen andererseits die deutsche Ausfuhr der fertigen Anilin- etc. Farbstoffe eine Abnahme erfahren hat. Durch die Herabsetzung des Zolls für die fertigen Farbstoffe auf 14 Rubel und für die Zwischenprodukte auf 1,50 Rubel wird der deutschen Theerfarbenindustrie die Mitbewerbung mit den in Russland weit geringeren Zollsätzen unterliegenden vegetabilischen Farbstoffen erleichtert. || Die auf Substrate (meist gemahlener Thon) niedergeschlagenen Theerfarbstoffe (Körperfarben) wurden bisher vielfach mit dem hohen Zoll von 17 Rubel für Theerfarben belegt, obwohl dieselben viel geringwerthiger sind. Durch den Vertragstarif ist nunmehr bestimmt, dass unter Verwendung von Theerfarben hergestellte Farben und Farblacke, auch mit Oel angemacht, dem Zollsatz von 3 Rubel der Nr. 137 unterliegen, wenn darin nicht mehr als 10 Prozent Theer-Farbstoffe enthalten sind; es handelt sich hierbei fast ausschliesslich um Druckfarben.

Der Zollsatz von 5 Rubel für Miniaturfarben etc. wurde unter Aufführung der Farben in Porzellan- (Fayence-) Näpfchen, in Tuben und in Zinnhülsen, ferner der flüssigen chinesischen Tusche in Fläschchen, gebunden. Seit 1877 ist nur eine Erhöhung um 60 Kopeken eingetreten.

Die Herabsetzung des Zolls von 35 auf 30 Kopeken beseitigt die differentielle Behandlung des über die westliche Landgrenze nach Russland eingehenden Roheisens gegenüber der Seezufuhr, wodurch das obereschlesische Roheisen benachtheiligt wurde. Eine weitergehende Zollermässigung konnte mit Rücksicht darauf nicht in Frage kommen, dass nach gesetzlicher Bestimmung die Zollgebühr für Roheisen bis zum 1. Januar 1898 keiner Herabsetzung unterliegt. Eine solche würde auch in weit höherem Masse der englischen Hochofenindustrie zu gute kommen als der deutschen. Die letztere wird in erster Linie auf die gleichmässige Behandlung ihrer Erzeugnisse mit denen der übrigen in Russland in Mitbewerbung tretenden Länder Werth zu legen haben; ihr Interesse an einer Ermässigung des russischen Roheisenzolls dürfte nur ein beschränktes sein. Ungeachtet der ausserordentlichen Höhe dieses, 100 Prozent vom Werth betragenden Zolls gelangen dennoch sehr grosse, wenn auch schwankende Mengen Roheisen zur Zufuhr nach Russland; so im Jahre 1891 aus England 563 580 Doppelzentner, aus Deutschland 53 640 Doppelzentner, im Jahre 1892 aus England 632 580 Doppelzentner, aus Deutschland 54 420 Doppelzentner, im Jahre 1893 (bis 30. November) aus England 1 288 710 Doppelzentner, aus Deutschland 53 600 Doppelzentner. Die Erzeugungsbedingungen für Roheisen sind in Russland nur in wenigen Bezirken (im Donetzgebirge, im südwestlichen

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland,
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Polen, am Ural und im Kaukasus), woselbst sich Kohlen und Erze beisammen finden, günstige. An anderen Orten müssen entweder Kohlen oder Erze auf weite Strecken transportirt werden, wodurch die Herstellungskosten sich sehr erhöhen. Andererseits liegen die Walzwerke, Giessereien etc. in den Ostseeprovinzen, in Petersburg und im mittleren Russland von den Hauptproduktionsstätten des Roheisens weit entfernt, so dass der Transport desselben zu den gedachten Betriebsstätten theuer zu stehen kommt. Diese Umstände und theilweise auch die bessere Qualität ermöglichen dem ausländischen Roheisen die Mitbewerbung mit dem hochgeschützten russischen Produkt, wenn auch in erheblich verminderterem Umfang als vordem, da die Produktion in Russland beträchtlich — von 535 000 Tonnen im Jahre 1875 auf 984 000 Tonnen im Jahre 1892 — gestiegen ist. Die durch die Produktionsverhältnisse und das Zollsystem bedingten hohen Eisenpreise verhindern eine ausgedehnte Verwendung von Eisen; dieselbe beträgt jährlich nur 8 bis 9 kg auf den Kopf der Bevölkerung gegen 74 bis 75 kg in Deutschland.

Bei Beurtheilung der russischen Zugeständnisse für Band- und Sortireisen und -Stahl, Schienen, Façoneisen und -Stahl, sowie für Bleche der Positionen 140 und 142 ist in Berücksichtigung zu ziehen, dass der Roheisen Zoll 30 Kopeken beträgt und dass dieser Zoll für die Bemessung der Zölle der Eisen- und Stahlfabrikate bestimmend ist. Die deutsche Ausfuhr von Fabrikaten der gedachten Art nach Russland ist in Folge der verschiedenen Zollerhöhungen allerdings beträchtlich zurückgegangen, aber immer noch von sehr erheblicher Bedeutung. Nach der russischen Statistik hat die Einfuhr aus Deutschland betragen von:

	1888	1889	1890	1891	1892
	Pud	Pud	Pud	Pud	Pud
Band- etc. Eisen {140,1} und Stahl ... {142,1}	1434 000	1741 000	1798 000	1535 000	1311 539
Schienen {140,2} {142,2}	9000	21 000	47 000	50 000	—
Bleche {140,3-4} {142,3-4} . . .	513 000	698 000	346 000	503 000	518 219.

Diese Ziffern stehen indessen mit den bezüglichen Angaben der deutschen Statistik nicht im Einklang. Nach der letzteren stellt sich die Ausfuhr bei den einschlägigen Artikeln folgendermassen, wobei noch die Ziffern der Jahre 1880, 1884, 1892 und 1893 (bis 30. November) beigefügt sind:

	1880	1884	1889	1891	1892	1893 (11 Monate)
	Doppelzentner		Doppelzentner		Doppelzentner	
Eck- und Winkleisen	10 890	12 160	48 740	56 930	45 960	85 120
Stabeisen	534 310	241 820	328 510	242 080	215 540	296 870
Eisenbahnschienen . .	203 240	5210	5150	16 500	11 610	10 880
Luppeneisen, Ingots	390	13 140	4140	310	1240	—
Bleche und Platten	146 220	129 820	138 260	77 440	60 730	121 780.

Deutschland ist an der Versorgung des russischen Marktes mit Eck-, Winkel- und Stabeisen, Blechen und Platten in erster Linie und erheblich stärker betheiligt als England; letzteres hat ausgeführt:

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

	1891	1892	1893 (11 Monate)
	Doppelzentner	Doppelzentner	Doppelzentner
Eck-, Winkel- und Stabeisen	16 530	24 790	24 140
Bleche und Platten	42 490	32 420	57 300.

Die vereinbarten Zollermässigungen gewähren dem deutschen Eisen beträchtliche Erleichterungen, welche nicht nur die Erhaltung des seitherigen Absatzes sichern, sondern voraussichtlich auch eine ansehnliche Steigerung desselben im Gefolge haben werden. || Als ein werthvolles Zugeständniss ist auch die Schlussprotokollbestimmung zu bezeichnen, nach welcher Eisen- und Stahlbleche und Platten auch dann unter die Positionen 140 und 142 fallen, wenn dieselben rund, schräg oder sonst in einer anderen Form geschnitten sind.

Diese Position umfasst Weissblech und anderes veredeltes Blech. Bezüglich des ersteren ist Deutschland nur in sehr beschränkter Weise exportfähig; dagegen ist für die anderen veredelten Bleche die erreichte Zollermässigung in Verbindung mit den Bestimmungen des Schlussprotokolls zum Artikel 141 von Bedeutung. Hiernach gelten, abgesehen von Gold, Silber und Platina, alle anderen Metalle im Sinne des russischen Zolltarifs als ordinäre, und unterliegt Blech der Verzollung zum Satz des Artikels 141 auch dann, wenn dasselbe, sei es auf galvanischem Wege oder durch Umguss, durch ein Walzverfahren oder irgend ein anderes Verfahren einen Ueberzug aus ordinärem Metall oder Legirungen solcher Metalle erhalten hat, falls derselbe 25 Prozent des Gewichtes des überzogenen Bleches nicht übersteigt.

Zinnfolie unterliegt dem Satze von 20 Kopeken das Pfund = 8 Rubel das Pud der Position 165. Die Einstellung von Zinnfolie im Gewicht von nicht mehr als 1 Solotnik auf 25 Quadratzoll englisch in die Position 144 Ziffer 3 bedeutet daher für die fragliche Zinnfolie eine Zollermässigung von 6 Rubel.

Gegenüber einem Zollsatz von 10 Kopeken für Rohblei war der Zollsatz von 30 Kopeken für gewalztes Blei in Rollen, Blättern, Draht und Röhren zu hoch bemessen. Durch die Herabsetzung des Satzes auf 25 Kopeken ist der Zollschutz für das Auswalzen auf 3 \mathcal{A} für 100 kg reduziert. Im Jahre 1892 wurden 37 220 Doppelzentner Rohblei und nur 5551 Doppelzentner gewalztes Blei nach Russland ausgeführt.

Die deutsche Ausfuhr von Rohzink nach Russland hat im Jahre 1890 eine sehr bedeutende Steigerung, nämlich von 7185 Doppelzentnern im Vorjahre auf 25 762 Doppelzentner erfahren, welche in den beiden folgenden Jahren mit einer Ausfuhrmenge von 40 623 und 39 283 Doppelzentnern sich fortsetzte und im Jahre 1892, wohl in Folge der inzwischen eingetretenen

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zollerhöhung, wieder eine rückläufige Bewegung auf 36 737 Doppelzentner machte. Der vereinbarte Zollsatz von 45 Kopeken war bereits in den Jahren 1885 bis 1891 in Geltung und hat für den Aufschwung der deutschen Ausfuhr kein Hinderniss gebildet. Behufs Beseitigung einer Unsicherheit in der Zollbehandlung wurde Zinkasche in die Position 147 Ziffer 1 eingestellt. Die deutsche Ausfuhr von Zinkblech nach Russland war nur in den Jahren 1880, 1881, 1889 und 1890 von grösserer Bedeutung. Die Zolltarife von 1885 und 1891 hatten zwischen den Sätzen von Rohzink und Zinkblech eine Differenz von 40 und 50 Kopeken gelassen; diese Differenz wird durch den Vertrag auf 35 Kopeken ermässigt. Im französisch-russischen Abkommen sind die Zollsätze auf 45 und 90 Kopeken festgesetzt.

Von den Vertretern der Industrie wurde geltend gemacht, dass zu den früheren Eingangszöllen für Goldwaaren etc. ein bedeutender und lohnender Absatz aus Deutschland nach Russland stattgefunden habe. So oft die Zölle auf Goldwaaren erhöht worden seien, habe der Export einen Ausfall erlitten und betrage jetzt nur noch den vierten Theil des früheren Absatzes, repräsentire aber immer noch einen Werth von $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark. Der hohe russische Gewichtszoll stehe der Einfuhr um so mehr im Wege, als in Russland überwiegend Nachfrage nach schweren Goldwaaren bestehe. Im Zolltarif von 1877 waren Goldwaaren mit 33 Rubel das Pfund belegt, in den Zolltarifen von 1882 und 1885 mit 36,30 und 43,45 Rubel, während im Zolltarif von 1891 ein Satz von 44 Rubel festgesetzt ist. Der Vertragszollsatz von 35,20 Rubel bleibt hinter dem Satz des Tarifs von 1882 zurück.

Die hierher gehörigen Fabrikate aus Kupfer und Kupferlegirungen waren noch im Zolltarif von 1885 in einer Position vereinigt und mit einem Zoll von 4 Rubel belegt. Der Zolltarif von 1891 brachte unter Erhöhung des Kupferzolls von 1,50 auf 2,50 Rubel die Unterscheidung in Kupferwaaren ohne und mit Verzierungen sowie eine Zollerhöhung auf 4,80 Rubel für die ersteren und auf 16 Rubel für die letzteren. Die sehr ansehnliche deutsche Ausfuhr derartiger Fabrikate nach Russland ist in Folge dieser Zollerhöhung nicht unbeträchtlich zurückgegangen, wie die der deutschen Statistik entnommenen Ziffern ergeben:

1889	5052	Doppelzentner
1890	6202	„
1891	5698	„
1892	5468	„

Die deutsche Gesamtausfuhr hat in diesen Jahren betragen bez. 50 366, 53 058, 51 363 Doppelzentner. Der Vertragssatz für die Position 1 ist zwar noch um 32 Kopeken höher als der Satz des Tarifs von 1885, aber gleichwohl für die deutsche Kupferindustrie günstiger, weil die Differenz zwischen Rohkupfer- und Fabrikatzoll auf 1,82 Rubel vermindert ist, während sie früher 2,50 Rubel betragen hat. Dagegen ist es nicht gelungen, für die Position 2 ein den früheren Satz von 4 Rubel annähernd wiederherstellendes

Zugeständniss zu erreichen. Immerhin ist der vereinbarte Satz von 13,60 Rubel geringer als jener von 14,40 Rubel des französisch-russischen Abkommens, und ausserdem ist für Löffel und Gabeln aus Britanniametall mit gepressten Verzierungen, welche bisher nach dem Satz von 16 Rubel verzollt worden sind, die Behandlung nach Position 1 zum Satz von 4,32 Rubel gesichert und dadurch einem dringenden Wunsche der heimischen Britanniametallindustrie Rechnung getragen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Wegen der verschiedenartigen Anschreibung der Eisenfabrikate in der deutschen und russischen Statistik ist bei den meisten einschlägigen Positionen des russischen Zolltarifs eine Vergleichung mit der deutschen Statistik nicht möglich. Im Allgemeinen ist die Ausfuhr deutscher Eisenfabrikate nach Russland in der Zeit von 1880 bis 1892 dem Werthe nach auf die Hälfte zurückgegangen. Dieselbe hat ohne Einrechnung einerseits des Roheisens und andererseits der Lokomotiven, Lokomobilen, Maschinen und Eisenbahnfahrzeuge betragen:

1880	42 002 000 <i>ℳ</i> .
1884	21 278 000 „
1889	22 506 000 „
1890	18 439 426 „
1891	15 674 283 „
1892	12 652 100 „

Der Rückgang ist hauptsächlich veranlasst durch Minderausfuhr von Eisendraht und von groben Eisenwaaren der Positionen 6e, 2α, β und γ des deutschen Tarifs. Bei den letzteren beruht der Ausfall überwiegend auf einer geringeren Werthung der Waare, während das Quantum der ausgeführten Eisenwaaren besonders in den letzten Jahren kein erhebliches Minus aufweist. Beispielsweise ist in der Statistik der Werth der Ausfuhrmenge des Jahres 1881 von 87 361 Doppelzentner mit 12 817 000 *ℳ*, und jener der Ausfuhrmenge des Jahres 1889 von 88 816 Doppelzentner mit nur 8 325 000 *ℳ* angegeben. Dagegen ist die Ausfuhr von Eisendraht, welche noch im Jahre 1882 235 760 Doppelzentner im Werthe von 5 422 000 *ℳ* betragen hat, auch quantitativ auf ein Minimum (1892 3 924 Doppelzentner im Werthe von 49 050 *ℳ*) zurückgegangen. Die russische Drahtindustrie ist der Art erstarkt, dass eine Einfuhr von ausländischem Draht in grösserem Umfange auch bei weitgehenden Zollermässigungen ausgeschlossen erscheint. Ferner hat die deutsche Ausfuhr von Eisenbahnschienen nach Russland nahezu vollständig aufgehört, und jene von Stabeisen und Eisenblech ist fast auf die Hälfte gesunken. Eine Steigerung haben nur Eck- und Winkeleisen sowie feine Eisenwaaren erfahren.

Im Einzelnen ist Folgendes zu bemerken:

Die gusseisernen Abgüsse ohne Bearbeitung der Position 150 Ziffer 1, für welche über den im französisch-russischen Abkommen festgesetzten Satz von 68 Kopeken hinaus eine Ermässigung auf 60 Kopeken — d. i. der Satz

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20 März 1894.

des Tarifs von 1885 — erreicht wurde, sind nach der russischen Statistik nur im geringen Umfang Gegenstand der Ausfuhr von Deutschland nach Russland; dieselbe bezifferte sich in den Jahren 1888/92 auf 28 000, 42 000, 28 000, 28 000, 34 242 Pud. Die unter die gedachte Position fallenden gusseisernen Röhren sollen nach der Schlussprotokollbestimmung zur Position 150 dem Satz von 60 Kopeken auch dann unterliegen, wenn sie einen Ueberzug von Theer oder Asphalt haben, oder wenn die Angüsse, Gussnähte und Gusszapfen beseitigt und geglättet sind. Auf derartige Röhren findet jetzt tarifmässig der höhere Satz von 1,70 Rubel der Position 150,3 Anwendung. || Für die Positionen 150 Ziffer 3, 151, 152, 153 Ziffer 1, 167 Ziffer 2 und 168 Ziffer 2 besteht im Tarif vom Jahre 1891 der Satz von 1,70 Rubel, welcher bei 150 Ziffer 3, 153 Ziffer 1 und 167 Ziffer 2 durch das französisch-russische Abkommen auf 1,53 Rubel ermässigt ist. Im vorliegenden Vertrag ist die Zollgebühr für die sämmtlichen genannten Positionen auf 1,40 Rubel festgesetzt; ein weitergehendes Zugeständniss wurde russischerseits mit Bezug auf den Roheisenzoll und unter dem Hinweis darauf abgelehnt, dass eine gleichmässige Zollbehandlung der Eisen- und Stahlfabrikate der vorerwähnten Positionen mit den eisernen Maschinen (Art. 167,2) wegen der Schwierigkeit der Unterscheidung nicht zu umgehen sei.

Nach der russischen Statistik sind von den in Betracht kommenden Eisen- und Stahlfabrikaten in den Jahren 1888/92 folgende Mengen nach Russland ausgeführt worden: || Position 150, Ziffer 3. Bearbeitete, polirte etc. Gusseisenfabrikate 50 000, 73 000, 45 000, 32 479 Pud. || Position 151. Geschmiedete etc. unbearbeitete Eisenfabrikate 37 987, 50 571, 59 000, 28 706 Pud. || Position 152. Eisen- und Stahl-Kesselarbeiten etc. 109 000, 126 000, 99 000, 64 879 Pud. || Position 153,1. Eisen- und Stahlfabrikate, bearbeitete etc., über 5 Pfund, 76 000, 64 000, 69 000, 60 829 Pud. || Position 167,2. Eiserner Maschinen etc. 70 610 Pud im Jahre 1891 und 559 847 Pud im Jahre 1892. || Position 168,2. Waagen und Waagentheile 2198 Pud im Jahre 1891 und 4255 im Jahre 1892; die Mengen für 1888/90 waren bei den Positionen 167,2 und 168,2 nicht zu ermitteln. || Zu Position 152 ist die für Mannesmannröhren vereinbarte Bestimmung zu erwähnen, wonach dieselben dieser Position auch dann unterliegen, wenn sie mit Asphalt unter Zusatz von gewöhnlichen, rohen Faserstoffen überzogen sind.

Hierher gehören Eisen- und Stahlfabrikate, bearbeitete, polirte etc., mit einem Gewicht im Stück von 5 Pfund oder weniger. Der tarifmässige Satz von 2,70 Rubel ist durch das französisch-russische Abkommen auf 2,43 und durch den vorliegenden Vertrag auf 2,20 Rubel, den Satz des Tarifs von 1882, herabgesetzt worden. In der russischen Statistik ist die Einfuhr dieser Fabrikate aus Deutschland für die Jahre 1888/92 mit 24 000, 29 000, 33 000, 28 000, 22 828 Pud angegeben. Die bisherige Unsicherheit in der Zollbehandlung der Bau- und Möbelbeschläge aus Eisen, welche vielfach nach Position 153,3 oder nach anderen Positionen mit höheren Sätzen verzollt wurden,

gab Veranlassung, im Schlussprotokoll die Bestimmung zu treffen, dass derartige Beschläge, auch vernickelt, dem Satz der Ziffer 2 unterliegen, sofern dieselben nicht in anderen Positionen mit höheren Zollsätzen namentlich aufgeführt sind.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Unter diese Position, für welche der bestehende Zollsatz von 3 auf 2,25 Rubel, um 25 Kopeken unter den Satz des Zollltarifs von 1877 herabgesetzt ist, fallen Blechfabrikate jeder Art sowie lackirte, emaillirte, verzinkte etc. Fabrikate aus Eisenblech. Nach der russischen Statistik bezieht sich die Einfuhr aus Deutschland in den Jahren 1888/92 auf 13 000, 18 000, 19 000, 22 000, 21 928 Pud. Im Schlussprotokoll ist zu Position 154,1 die Bestimmung getroffen, dass bei emaillirtem, lackirtem und mit Farbe überzogenem Geschirr die Herstellung der Ränder und Henkel in einer von der Farbe des Grundes verschiedenen Farbe als eine Verzierung, welche die Behandlung nach Absatz 2 der Position 154 zur Folge hätte, nicht anzusehen sei. Die Schlussprotokollbestimmungen wegen des Begriffes des ordinären Metalls, der Herstellungsweise und der zulässigen Stärke von 25 Prozent eines Ueberzugs von ordinärem Metall beziehen sich auch auf Blechfabrikate.

Der geltende Zollltarif belegt in der Position 155 Absatz 2a Telegraphenkabel jeder Art mit 4 Rubel das Pud. Im Vertragstarif ist dieser Satz für elektrische Kabel aller Art auf 2 Rubel herabgesetzt. Darunter sind nach dem Schlussprotokoll zu verstehen metallene Leitungen, mit isolirenden Stoffen (Kautschuk, Guttapercha, vegetabilischen oder thierischen Faserstoffen, auch imprägnirt) überzogen und ausserdem mit einer Schutzhülle aus Hanf oder einem anderen Faserstoff und aus Metall (Blei, Eisen, Stahl etc.) versehen, welche überdies mit Band oder Gespinnst aus Hanf, Jute etc. umwickelt sein kann. Ausser diesem Zugeständniss wurde eine Verminderung des Zolzuschlags für verzinnnten, verzinkten und mit anderen gewöhnlichen Metallen überzogenen Draht aller Art von 50 auf 25 Prozent erreicht. Die Schlussprotokollbestimmungen bezüglich des Begriffes der ordinären Metalle, der Herstellungsweise und der zulässigen Stärke von 25 Prozent eines Ueberzugs aus solchen Metallen finden auch auf überzogenen Draht Anwendung.

Im Uebrigen wurden die Zollsätze der Position 155 gebunden.

Hier sind folgende Zugeständnisse erreicht:

Die Zollgebühr für den bisher tarifmässig nach Ziffer 2b zum Satz von 9 Rubel zollpflichtigen Draht aus Stahl und Eisen, auch verzinkt oder verziinkt, überzogen mit Textilstoffen, Guttapercha oder Kautschuk, ist durch Einstellung dieses Drahtes in die Ziffer 1a auf 3,20 Rubel herabgesetzt. || In Ziffer 1b ist der Satz von 4,40 Rubel für Kratzen und Kratzenbeschläge über den im französisch-russischen Abkommen festgesetzten Satz von 3,52 Rubel auf 3,20 Rubel ermässigt. || In Ziffer 2b ist der Satz von 9 Rubel für Kupferdraht von Nr. 29 nach Birminghamer Kaliber und darunter, mit faserigen Materialien, Guttapercha oder Kautschuk überzogen, auf 7,50 Rubel ermässigt. || Ferner ist die Anmerkung gebunden, welche bestimmt, dass der mit Seide,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

auch mit Beimengung von anderen faserigen Materialien überzogene Draht einem Zuschlag von 20 Prozent unterliegt. Nach der Schlussprotokollbestimmung zur Position 156 Absatz 2b können die in 3b genannten isolirten Kupfer- etc. Drähte auch verzinkt oder verzinnt sein. Ferner gelten für den überzogenen Draht die Schlussprotokollbestimmungen bezüglich des Begriffs der ordinären Metalle, der Herstellungsweise und Stärke von 25 Prozent des Metallüberzugs. || Für die in Ziffer 3 genannten Drahtnägeln etc. hat das französisch-russische Zollabkommen den tarifmässigen Satz von 2,70 Rubel auf 2,43 Rubel ermässigt; diese Erleichterung kommt Deutschland auf dem Wege der Meistbegünstigung zu gute. || In der russischen Statistik für 1892 ist die Einfuhr von Kratzenbeschlägen aus Deutschland mit 514 000 Rubel bewerthet; nach der deutschen Statistik hat Russland in den Jahren 1889/92 674, 744, 529, 522 Doppelzentner Kratzenbeschläge im Durchschnittswerth von 600 *M* für 100 kg aus Deutschland bezogen, d. i. etwa der dritte Theil der deutschen Gesamtausfuhr. Die im Jahre 1891 erfolgte Erhöhung der Zollgebühr von 2,75 auf 4,40 Rubel hat die Ausfuhr stark eingeschränkt. Der deutsche Absatz isolirter Drähte für elektrische Zwecke nach Russland kann weder nach der russischen noch nach der deutschen Statistik annähernd genau angegeben werden.

Für die hierher gehörigen Messerwaaren, Scheeren, Pincetten, Messerklingen und Gabeln ohne Stiele wurde eine 15prozentige Zollermässigung von 16 auf 13,60 Rubel zugestanden; ferner ist im Schlussprotokoll bestimmt, dass Tischmesser und -Gabeln mit Stielen aus ordinären Materialien dem gleichen Satz unterliegen. Durch die letztere Bestimmung wird an der Vereinbarung wegen Behandlung der Gabeln aus Britanniametall nach Position 149 ¹ nichts geändert. Der Satz von 13,60 Rubel ist nur um 40 Kopeken höher als jener des Tarifs von 1882. Die russische Statistik giebt den Werth der Einfuhr aus Deutschland in den Jahren 1889/92 mit 21 000, 32 000, 23 000, 67 677 Rubel an.

Diese beiden Positionen sind von hervorragender Wichtigkeit für die deutsche Kleineisenindustrie, welche ungeachtet der 1885 und 1891 erfolgten Zollerhöhungen noch einen bedeutenden Absatz nach Russland aufrechterhalten hat. Nach der russischen Statistik wurden in den Jahren 1888/92 aus Deutschland eingeführt: 59 000, 91 000 (Werth 812 000 Rubel), 61 000 (Werth 520 000 Rubel), 77 000 (Werth 607 000 Rubel), 58 939 (Werth 471 336 Rubel) Pud Sensen, Sicheln, Häckselmesser, Spaten, Schaufeln, Heugabeln etc. und 120 000, 154 000 (Werth 1 445 000 Rubel), 131 000 (Werth 1 259 000 Rubel), 120 000 (Werth 1 004 000 Rubel), 99 619 (Werth 985 585 Rubel) Pud Handwerkszeuge. Der Satz von 1,40 Rubel des geltenden Zolltarifs ist für beide Positionen im russisch-französischen Abkommen auf 1,19 Rubel herabgesetzt; deutscherseits konnte noch eine Ermässigung um 9 Kopeken auf 1,10 Rubel erreicht werden, welcher Satz um 10 Kopeken niedriger ist als jener von 1,20 Rubel des Zolltarifs von 1885. Durch die

Schlussprotokollbestimmung zu Position 160 ist die tarifarische Gleichstellung der Rüben-, Dünger- und ähnlichen Gabeln mit den Heugabeln gesichert, und zu Position 161 ist bestimmt, dass Holztheile von Werkzeugen, welche ohne Metallbestandtheile eingeführt werden, den Sätzen für Holzwaaren (Position 61) unterliegen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

An der Herabsetzung des Zollsatzes dieser Position von 4,80 auf 4,32 Rubel hat insbesondere die in Deutschland hochentwickelte Lampenindustrie ein wesentliches Interesse. Der Export von Lampen und Theilen von solchen aus Zinkguss mit Kupferüberzug war schon bisher von Bedeutung und erfährt durch die 10prozentige Zollermässigung immerhin eine ins Gewicht fallende Erleichterung. Die Schlussprotokollbestimmung bezüglich der Herstellungsweise eines Ueberzugs von Metall gilt auch für die Zinn- und Zinkwaaren der Position 163 mit der Massgabe, dass bei denselben der Ueberzug nicht mehr als 10 Prozent des Gewichts der Waare betragen darf, während bei den übrigen in Betracht kommenden Positionen als Gewichts-antheil des Metallüberzuges 25 Prozent zulässig sind.

Für die deutsche Maschinenindustrie ist das russische Absatzgebiet noch immer von hervorragender Bedeutung, wengleich die verschiedenen Zoll-erhöhungen eine wesentliche Minderung der Ausfuhr, insbesondere von schwer ins Gewicht fallenden und dabei ohne besonderen Arbeitsaufwand herzustellen- den Maschinen, zur Folge gehabt haben. || Die deutsche Ausfuhr von Loko- motiven und Lokomobilen sowie Maschinen der Positionen 15 b 1, bez. 15 b 2 α bis γ unseres Zolltarifs nach Russland hat sich in den Jahren 1880 bis 1892 der Menge und dem Werthe nach folgendermaassen gestaltet:

Lokomotiven und Lokomobilen		Maschinen u. Maschinentheile		
(Position 15 b 1)		(Position 15 b 2 α bis γ)		
Menge	Werth	Menge	Werth	
à 100 kg	<i>ℳ</i>	à 100 kg	<i>ℳ</i>	
1880	39 846	4 048 000	194 131	12 338 000
1881	1 683	168 000	134 584	8 738 000
1882	8 333	833 000	146 587	10 127 000
1883	3 496	343 000	151 056	9 971 000
1884	8 317	791 000	107 695	6 792 000
1885	6 076	547 000	86 099	5 478 000
1886	1 847	161 000	92 904	5 500 000
1887	1 810	157 000	73 296	4 525 000
1888	1 973	181 000	81 641	5 067 000
1889	2 567	270 000	113 792	7 956 000
1890	2 394	263 340	126 092	8 989 800
1891	1 553	170 830	122 443	8 656 700
1892	1 324	150 936	119 085	7 630 154

Ferner sind in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November 1893 2660 Doppelzentner Lokomotiven und Lokomobilen sowie 119 550 Doppel-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

zentner Maschinen und Maschinentheile nach Russland gegangen. In der russischen Statistik ist der Werth der deutschen Einfuhr von Maschinen und Apparaten des Artikels 167 (einschliesslich Lokomotiven und Lokomobilen) in den Jahren 1889/92 auf 8 726 000, 9 056 000, 7 834 000, 9 845 631 Rubel angegeben. || Das wichtigste der für die deutsche Maschinenindustrie erreichten Zugeständnisse ist die Herabsetzung des Zolls auf dynamo-elektrische Maschinen jeder Art von 4,80 auf 1,40 Rubel durch Versetzung derselben aus der Ziffer 1 in die Ziffer 2 der Position 167. Dieses Zugeständniss ist von besonderem Werth mit Rücksicht auf die grosse Zukunft der Elektrizität und die hervorragende Entwicklung und Leistungsfähigkeit der heimischen elektrotechnischen Industrie. Die gedachten Maschinen sind in Ziffer 1 des geltenden Zolltarifs mit demselben Zollsatz belegt, wie die Maschinen und Apparate ganz oder überwiegend aus Kupfer oder dessen Legirungen. Für die letzteren ist eine Ermässigung der Zollgebühr wie für die Kupferwaaren der Position 149¹ um 10 Prozent auf 4,32 Rubel zugestanden. Russischerseits wird zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung ein gleicher Zollsatz für beide Arten von Kupferfabrikaten für erforderlich erachtet und ein weiteres Entgegenkommen wegen des bestehenden Rohkupferzolls von 2,50 Rubel für unthunlich bezeichnet. Im Uebrigen darf auf die Bemerkungen zur Position 149¹ Bezug genommen werden. || Der Schwerpunkt der Maschinenzölle liegt in der Position 167², welche für die bei weitem grössere Menge der nach Russland gehenden Maschinen massgebend ist und durch die Einstellung der dynamo-elektrischen Maschinen noch eine erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Als solche sind nach der Schlussprotokollbestimmung zu 167² Maschinen und Apparate zu verstehen, welche dienen zur Umwandlung || a) von Kraft in Elektrizität oder umgekehrt, || b) eines elektrischen Stroms von höherer Spannung in einen solchen von niedrigerer Spannung oder umgekehrt (Transformatoren), || c) eines Gleichstroms in einen Wechselstrom oder Drehstrom und umgekehrt. || Dasselbst ist ferner bestimmt, dass Trockenbagger, Feuerleitern aus Metall und elektrische Akkumulatoren aller Art nebst Zubehör der Behandlung nach Position 167² unterliegen. || Der tarifmässige Satz von 1,70 Rubel ist im französisch-russischen Abkommen auf 1,58 und im vorliegenden Vertrag auf 1,40 Rubel herabgesetzt, ein Satz, welcher auch für die Positionen 150 Ziffer 3, 151, 152, 153 Ziffer 1 und 168 Ziffer 2 vereinbart ist. || Für Ziffer 3 (Lokomotiven etc.) wurde von Russland eine Zollermässigung von 2 auf 1,80 Rubel zugestanden. || Der tarifmässige Zoll von 70 Kopeken für landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe der Ziffer 4 wurde bereits durch das französisch-russische Abkommen auf 52 Kopeken herabgesetzt; im vorliegenden Vertrag ist der Zollsatz in Folge des russischen Angebots auf 50 Kopeken abgerundet. Die im Jahre 1885 erfolgte Einführung eines Zolls von 50 Kopeken hat den Absatz nicht erheblich vermindert; denn die russische Statistik giebt noch für das Jahr 1889 den Werth der deutschen Einfuhr mit 1 353 000 Rubel an; dagegen ist nach der in den Jahren 1890 und 1891

eingetretenen Erhöhung der Zollgebühr um je 20 Prozent der Ausfuhrwerth auf 1 102 000, bez. 789 000 Rubel zurückgegangen. Die Ursache der Minder-
ausfuhr im letztgedachten Jahr ist zum Theil auch auf die schlechte Ernte
in weiten Gebieten des russischen Reichs und die dadurch geschwächte Kauf-
kraft der russischen Landwirthschaft zurückzuführen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Die deutsche Ausfuhr von Waagen war bisher ohne Bedeutung, wohl in Folge der hohen Zollbelastung, welche durch den vorliegenden Vertrag eine ansehnliche Verminderung von 4 und 1,70 auf 3 und 1,40 Rubel erfahren hat.

Im französisch-russischen Abkommen ist die Zollgebühr für den ganzen Artikel von 8 auf 6,80 Rubel herabgesetzt. Dieser Satz steht Deutschland auf Grund des Meistbegünstigungsrechts zu und ist im Allgemeinen ausreichend zur Sicherung des bisherigen guten Absatzes der unter die Position 169 fallenden Gegenstände der Feinmechanik, Optik u. s. w. Deutscherseits wurde noch eine weitere Zollermässigung auf 6 Rubel erreicht für Apparate nebst Zubehör für elektrische Beleuchtung aus gestanztem oder gedrücktem, auch gebeiztem oder lackirtem, jedoch nicht polirtem Metall in Verbindung mit ordinären Materialien wie Porzellan, Glas, Holz. Dazu ist im Schlussprotokoll bestimmt, dass Zubehötheile zu Signalapparaten und zu Apparaten für die Ueberleitung der Triebkraft, einschliesslich der Stromunterbrecher, Ausschaltungen, Kumulatoren u. s. w. den gleichen Zollsatz entrichten.

Für Uhrmacherwaaren wurden wichtige Zugeständnisse erreicht, die insbesondere der auf dem Schwarzwalde betriebenen Fabrikation von Uhrwerken nach amerikanischem System sehr wesentliche Erleichterungen gewähren. || Zur Zeit unterliegen Uhrwerke zu Wand-, Reise-, Kamin- und Tischuhren, ohne Gehäuse oder getrennt von Gehäuse eingeführt, einem Stückzoll von 1 Rubel und ausserdem einem Gewichtszoll von 75 Kopeken das Pfund; der letztere ist im Vertrag auf 50 Kopeken herabgesetzt. || Ferner unterliegen Wand-, Kamin-, Reise- und Tischuhren mit vom Gehäuse ohne Hülfe eines Instruments untrennbaren Uhrwerken der Gewichtsverzollung nach dem Material des Gehäuses und ausserdem einem Stückzoll von 2,50 Rubel; im Vertrag ist der Stückzollsatz auf 1,50 Rubel ermässigt. || Dagegen wird vertragsmässig von Uhrwerken nach amerikanischem System, welche ohne Gehäuse oder getrennt vom Gehäuse eingehen, unter Ausschluss der Erhebung eines Gewichtszolls lediglich ein auf 60 Kopeken ermässigte Stückzoll und von Wand- etc. Uhren mit einem Werk nach amerikanischem System, wenn dasselbe ohne Hülfe eines Instrumentes nicht vom Gehäuse getrennt werden kann, neben dem nach Massgabe des Materials des Gehäuses treffenden Gewichtszoll der bezeichnete ermässigte Stückzoll von 60 Kopeken erhoben. Unter Uhrwerken nach amerikanischem System werden solche mit gegossenen oder gestanzten, auch gebeizten und lackirten Gestellen und Rädern, sowie mit nicht geschnittenen Hohltrieben verstanden. || Die Fabrikation von Uhren nach amerikanischem System, bez. derartiger Uhrwerke, wird auf dem Schwarzwald an Stelle der nur mehr wenig beliebten eigentlichen Schwarzwälderuhren, welche

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1891.

nach Position 171 Ziffer 4 des russischen Zollltarifs mit 40 Kopeken das Stück zollpflichtig sind, in ausserordentlich grossem Umfang betrieben. Diese Industrie, welche sich auch mit der Herstellung der sogenannten Massivuhren, für welche ebenfalls Zollerleichterungen, wenn auch in geringerem Umfange, vereinbart sind, befasst und für einen grossen Theil ihrer Produktion auf den Export angewiesen ist, beschäftigt etwa 25 000 Personen. || Ausser den vorstehend erörterten Zollerleichterungen für Uhren und Uhrwerke ist auch für nicht zusammengestellte Uhrwerktheile jeder Art (Ziffer 6) eine Herabsetzung des tarifmässigen Zolls von 75 Kopeken auf 50 Kopeken russischerseits angeboten und von uns angenommen worden.

Abgesehen von den transportablen Orgeln, Fisharmonikas, Positiven und Harfen, deren Ausfuhr nach Russland nicht von Bedeutung ist, haben die Zollsätze für musikalische Instrumente aller Art eine beträchtliche, bei der wichtigsten Klasse, den kleinen Instrumenten, auf 50 Prozent sich belaufende Herabsetzung erfahren, nämlich für Flügel und nicht transportable Orgeln (Ziffer 1) von 132 auf 112 Rubel das Stück, für Pianinos (Ziffer 2) von 80 auf 64 Rubel das Stück und für alle anderen musikalischen Instrumente (Ziffer 4), die vorgenannten ausgenommen, von 20 auf 10 Kopeken das Pfund. Unter den letzteren Satz fallen auch die separat eingeführten Zubehörtheile von musikalischen Instrumenten, mit Ausnahme der metallenen Saiten- und der Klavierstifte, welche nach Position 155, bez. 156 Ziffer 3 zollpflichtig sind. Die Zollgebühr für Pianinos war schon durch das französisch-russische Abkommen auf 64 Rubel festgesetzt; dasselbe Abkommen enthält auch eine Ermässigung des Zollsatzes der Ziffer 4 von 20 auf 16 Kopeken. Der Vertragssatz für Pianinos ist um 2 Rubel niedriger als der Satz des Zollltarifs von 1882, und jener für nicht besonders benannte musikalische Instrumente und für Zubehörtheile bleibt sogar hinter dem Satz von 1868 zurück, welcher 15 Kopeken Kreditvaluta betragen hat. Der Werth der nach Russland ausgeführten musikalischen Instrumente und Zubehörtheile ist in der deutschen Statistik für die Jahre 1889/92 mit 1 284 000, 1 831 000, 1 714 000, 1 453 000 *ℳ* und in der russischen Statistik für die Jahre 1889/92 mit bez. 772 000, 819 000, 864 000, 646 975 Rubel angegeben.

Hier wurde in erster Linie für Kragen, Manschetten und Vorhemden aus Papier mit weissem oder bedrucktem baumwollenem Stoff, auf einer oder beiden Seiten überzogen, ohne Näharbeit, welche nach dem geltenden Zollltarif als baumwollene Leibwäsche zum Satz der Position 209 Ziffer 1 von 1,80 Rubel das Pfund gleich 72 Rubel das Pud zollpflichtig sind, durch Einstellung in die Position 177 Ziffer 3 mit dem Satz von 2,40 Rubel das Pud eine sehr werthvolle Zollerleichterung erreicht, welche der bisher vom russischen Markt ausgeschlossenen Waare ein weites und lohnendes Absatzgebiet eröffnen wird. Zu dem in die fragliche Bestimmung des Vertragstarifs aufgenommenen Ausdruck „ohne Spur von Näharbeit“ ist zu bemerken, dass unter einer „Spur von Nähterei“ nach der in das Schlussprotokoll aufgenommenen Erläuterung eine

die Naht nachahmende Prägung nicht zu verstehen ist. An den in Rede stehenden Kragen, Manschetten und Vorhemden befindet sich thatsächlich keinerlei Näharbeit; der Zeugstoff wird auf das Papier lediglich aufgeklebt. || Für geleimtes, weisses und in der Masse gefärbtes Papier ohne Verzierungen, feine Kartons und Pappen, Papierspulen, mit Zeugstoffen unterklebtes Papier, Kalquir- und Kopirleinwand der Ziffer 4 wurde der geltende Zollsatz von 4 Rubel auf den Satz des Tarifs von 1882 von 3,30 Rubel, welcher nur um 30 Kopeken höher ist als der Satz des Tarifs von 1877, herabgesetzt, ferner für Luxuspapier, Buntpapier, Cigarettenpapier, verarbeitetes Papier, künstliche Blumen aus Papier u. s. w. der Ziffer 6 eine weitere Herabsetzung des schon im französisch-russischen Abkommen von 10,60 auf 9,54 Rubel ermässigten Satzes auf 8,75 Rubel erzielt, welcher Satz in der Hauptsache demjenigen des Tarifs von 1882 entspricht. Endlich hat Russland für Oeldruckbilder und Chromolithographien der Ziffer 7 eine werthvolle Zollermässigung von 8 auf 5 Rubel zugestanden. || Die deutsche Ausfuhr von Papier und Papierwaaren ist in Folge der russischen Zollmassnahmen seit 1887 wesentlich zurückgegangen, aber noch immer von Bedeutung; der Werth derselben war nach der deutschen Statistik in den Jahren 1889/92 1 573 000, 1 732 000, 1 497 000, 1 369 000 *M.*, nach der russischen Statistik in denselben Jahren 888 000, 761 000, 800 000, 648 811 Rubel; vor 1881 hat der Ausfuhrwerth 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragen.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Der Werth der deutschen Ausfuhr von Noten, Karten und Plänen, für welche russischerseits eine Zollermässigung von 4 auf 3,20 Rubel zugestanden wurde, ist in der russischen Statistik für die Jahre 1889/91 mit 123 000, 115 000, 105 000 Rubel angegeben.

Bisher bestand zu Ungunsten der Einfuhr über die Landgrenze eine Mehrbelastung der rohen Baumwolle um 15 Kopeken das Pud. Diese ist durch die Vereinbarung beseitigt, so dass während der Dauer des Vertrages die Zollgebühr für die Einfuhr zu Land und zur See gleichheitlich bemessen sein wird; dies ist wichtig für den bremischen Handel wie für die preussischen Eisenbahnen.

Die folgende Nachweisung ergibt die Gestaltung der deutschen Ausfuhr von Baumwollen-, Leinen-, Seiden- und Wollenwaaren aller Art nach Russland in den Jahren 1880, 1884, 1889/92 der Menge und dem Werthe nach. Es ist daraus zu ersehen, welche grosse Bedeutung das russische Absatzgebiet für die deutsche Textilindustrie früher gehabt hat, und auf welchen Umfang der Absatz in Folge der russischen Zollmassnahmen jetzt beschränkt ist.

In einzelnen Positionen ist Folgendes zu bemerken:

Durch die im Schlussprotokoll erfolgte Verweisung der Selfaktorseile unter die Position 183 wird der seitherigen Behandlung derselben zu höheren Zollsätzen als Posamentenwaaren vorgebeugt.

Unter den Gegenständen des deutschen Exportes nach Russland haben Kammzug und Kammgarn während einer Reihe von Jahren einen der ersten

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Plätze eingenommen. Der frühere ungemein grosse Absatz der deutschen Wollkammereien und Kammgarnspinnereien nach Russland hat aber seit 1890 und 1891 in Folge der in den Jahren 1889 und 1891 eingetretenen Zoll-erhöhungen einen starken Rückschlag erfahren. Die Ausfuhr von Kammzug hat im Jahre 1890 mit einem Werthe von 9 294 006 *M* ihren Höhepunkt erreicht und fiel in den Jahren 1891 und 1892 auf 4 093 000 *M* und 2 927 000 *M*; der Werth des ausgeführten Kammgarns, welcher in den Jahren 1882, 1885 und 1886 je zwischen 10 und 11 Millionen Mark und auch noch in den Jahren 1888 und 1889 gegen 10 und 8 Millionen betragen hat, sank in den Jahren 1890/92 auf 5 512 000, 3 850 000, 2 246 000 *M*||

Es darf angenommen werden, dass der deutsche Absatz von Wollgarn nach Russland ausschliesslich in Kammgarn besteht, da Russland Streichgarne kaum einführt. Die russische Kammgarnindustrie, welche etwa 200 000 Spindeln gegen 1 600 000 in Deutschland im Betriebe hat, vermag auch bei angestrengtester Arbeit den Bedarf der russischen Weberei nicht zu decken. Die deutschen Interessenten erhoffen deshalb von einer Ermässigung des Zollsatzes eine erhebliche Belebung der Ausfuhr deutschen Kammgarns nach Russland.

Waarengattung.	1880	1884	1889	1890	1891	1892	1880	1884	1889	1890	1891	1892
	Mengen in 100 kg netto						Werth in 1 000 Mark					
1. Baumwollenwaaren der Pos. 2b bis 2d nebst Anm. 1 bis 3	24186	5471	5262	4893	4929	3662	9048	3726	2744	2642	2370	1538
2. Leinenwaaren der Pos. 22a bis 22k nebst der 1. Anm. zu f und g ...	4798	2059	1763	2341	2361	1897	1696	544	423	437	436	314
3. Seidenwaaren der Pos. 30b bis f nebst allen Anmerkungen	2442	2655	1118	889	822	583	11050	10165	4382	3430	3092	1990
4. Wollenwaaren der Pos. b bis 41 d 8	24675	23769	34763	34543	22705	15629	18877	15336	20398	19438	11997	7670

Russland hat folgende Sätze zugestanden: || Für einfaches Kammgarn ungefärbt 8,50 Rubel (geltender Satz 9, 1882er Satz 7,50 Rubel), || für einfaches Kammgarn gefärbt 9,80 Rubel (geltender Satz 10,50 1882er Satz 9 Rubel), || für gezwirntes Kammgarn ungefärbt 9,80 Rubel (geltender Satz 10,50 1882er Satz 7,50 Rubel), || für gezwirntes Kammgarn gefärbt 11,40 Rubel (geltender Satz 12 1882er Satz 9 Rubel). || Die bestehenden Zollsätze für gekämmte Wolle, ungefärbt oder gefärbt, von 5,50 und 7 Rubel wurden um je 1 Rubel gekürzt und dadurch auf den Stand des Tarifs von 1889 zurückgebracht. Hierbei kommt in Betracht, dass der Zoll für rohe Wolle und für gefärbte Wolle,

welcher im Tarif von 1882 auf 1 und 2 Rubel festgesetzt war, seit 1889 2, bez. 3 Rubel beträgt. || Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 186 ist gebleichte Wolle, welche bisher vielfach zu den höheren Sätzen für gefärbte Wolle verzollt wurde, der ungefärbten Wolle gleichgestellt.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland,
20. März 1894.

Nach der Anmerkung 2 zu den Positionen 187 und 188 ist bei baumwollenen Geweben jeder Art, Tüchern, Servietten, Tischtüchern und dergleichen eine unbedeutende Beimischung von Seide mit der Massgabe zugelassen, dass auf derartige Gewebe, auch wenn sie ungefärbt etc. sind, der Zollsatz von 1,45 Rubel der Position 188 Ziffer 4 Anwendung findet. Eine andere als unbedeutende Beimischung von Seide hat die Behandlung der Gewebe als halbseidene zum Satz von 3 Rubel der Position 197 zur Folge. Diese Bestimmung wurde durch den Vertrag dahin erweitert, dass die gedachten Gewebe, auch wenn sie mit eingewebten seidenen Mustern und Streifen versehen sind, nur einen Zuschlag von 50 Prozent zu den Sätzen der Positionen 187 Ziffer 2 und 3, bez. 188 Ziffer 2 und 3 zu entrichten haben, und, falls sie in 1 Pfund Gewicht mehr als 16 Quadrat-Arschin enthalten, nur mit den Sätzen von 1,35, bez. 1,45 Rubel der Position 187 Ziffer 4, bez. 188 Ziffer 4 ohne Zuschlag belegt werden.

Durch die Schlussprotokollbestimmung zur Position 191, wonach Leinen und Jutesäcke, welche zur Ausfuhr von Cerealien aller Art aus Russland gedient haben, bei der Wiedereinfuhr zollfrei zu belassen sind, wird einem alten und dringenden Wunsch des deutschen Getreidehandels entsprochen.

Durch die jetzigen Zollsätze sind in Verbindung mit der Zollklassifikation die hierher gehörigen Erzeugnisse der deutschen Leinen- und Jute-Industrie vom russischen Markt fast ausgeschlossen. Von den im Verträge erreichten Zollermässigungen auf 40 Kopeken für Ziffer 1, 50 Kopeken für Ziffer 2 und 90 Kopeken für Ziffer 3, und den weiter vereinbarten Zollerleichterungen, durch welche die im Artikel 192 genannten Gewebe, wenn sie mit seidenen Mustern oder Streifen verziert sind, an Stelle der Behandlung als halbseidene Gewebe einem 30prozentigen Zollzuschlag unterworfen werden, und ferner die Verzollung von Tischtüchern, Servietten und Handtüchern mit Hohl säumen oder sogenannter Ajourkante in einer Breite von nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Zoll oder auch mit angewebten (durch die Fäden des Gewebes gebildeten) Fransen nach Ziffer 3 gesichert wird, ist wenigstens für bessere Waaren eine Steigerung des Absatzes nach Russland zu erwarten.

Für Sammete und Plüsche, Sammet- und Plüschbänder, bei welchen der Pohl aus Seide (Rohseide oder Floretseide) besteht, Kette und Schuss aber, abgesehen von einem auf beiden Seiten zulässigen seidenen oder halbseidenen Rand von höchstens $\frac{1}{2}$ Zoll englisch Breite, Seide nicht enthalten, wurde eine Herabsetzung des tarifmässigen Zolls von 7,50 auf 3 Rubel erzielt. Dieses Zugeständniss ist für die grosse deutsche Industrie halbseidener Sammete und Plüsche, welche überwiegend Waaren der gedachten Art herstellt, ausserordentlich werthvoll.

No. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Für die unter Position 199b fallenden Gewebe, ganz oder theilweise aus Kammwollgarn, ist der tarifmässige Satz von 1,50 durch das französisch-russische Abkommen auf den Satz von 1,20 Rubel für Gewebe etc. aus Streichgarn der Position 199a herabgesetzt worden. Deutschland hat für beide Positionen eine weitere Ermässigung auf 1,05 Rubel erlangt. Ferner wurde unter Bindung der Position 200, welche für bedruckte Wollgewebe etc. einen Zollzuschlag von 30 Prozent festsetzt, der Zuschlag für die Beimischung von Seide in Form von eingewebten Mustern und Streifen von 30 auf 20 Prozent herabgesetzt. || Seitens der deutschen Interessenten wird ein erheblicher Werth auf die gleichheitliche Bemessung der Zollsätze für die Kammgarn- und Streichgarngewebe gelegt, da für den Nichtfachmann die Unterscheidung zwischen den beiden Waarenkategorien vielfach nicht möglich ist. Die seitherige Festsetzung verschiedener Zollsätze hat zu Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung und zu hohen Zollstrafen Anlass gegeben. Die deutsche Wollindustrie, welche vielleicht mehr wie jede andere heimische Industrie auf den Export angewiesen ist, liefert etwa 67 Prozent des gesammten russischen Bedarfs an Wollengarn und Wollenwaren. Der Tarif vom 11. Juni 1891 hatte den Zollsatz für Streichgarngewebe etc. von 1,10 auf 1,20 Rubel und für Kammgarngewebe von 1,10 auf 1,50 Rubel erhöht und dadurch die Einfuhr von Wollengeweben, insbesondere der letzteren Art, stark eingeschränkt. Die deutsche Ausfuhr nach Russland ist von 3 212 000 *ℳ* Werth im Jahre 1890 auf beziehungsweise 2 912 000 und 1 809 000 *ℳ* in den Jahren 1891 und 1892 herabgegangen. Für die Ausfuhr von bedruckten Wollengeweben besteht in Deutschland nur ein untergeordnetes Interesse.

Im Schlussprotokoll sind Kameelhaartreibriemen und Presstücher auch in Sackform aus Wolle und Kameelhaaren dem Satz von 13 Kopeken der Position 202 unterstellt. Die Zollbehandlung derselben erfolgte bisher vielfach zu höheren Sätzen.

Hier sind sehr werthvolle russische Zugeständnisse zu verzeichnen, sowohl in Bezug auf die Zollsätze als die Waarenklassifikation. In erster Linie steht die Zollermässigung für gestrickte (gewirkte) baumwollene Fabrikate von 1 Rubel auf 50 Kopeken, d. i. auf die Hälfte des geltenden Satzes; auch die Zollermässigung für wollene etc. gestrickte (gewirkte) Fabrikate von 1 Rubel auf 60 Kopeken, welchem Satz auch alle anderen nicht besonders genannten gestrickten (gewirkten) Fabrikate, leinene etc. unterliegen, ist von grossem Werth. Minder wichtig sind die für seidene und halbseidene gestrickte (gewirkte) Fabrikate erzielten Zollherabsetzungen von 7,50 auf 5, bez. von 3 auf 1,90 Rubel, da es sich dabei nicht um Gegenstände eines Massenverbrauches handelt. Dagegen kommt der Zollermässigung für seidene und halbseidene Posamentierarbeiten von 3 auf 1,90 Rubel keine wesentlich geringere Bedeutung zu als jener von 1 Rubel auf 60 Kopeken für die baumwollenen, wollenen etc. Zu erwähnen ist noch die Herabsetzung des Zollzuschlags von 30 auf 20 Prozent für gestrickte (gewirkte) Fabrikate und Posamentierarbeiten

aus Baumwolle, Wolle etc., mit Verzierungen von Seide oder von geplättetem, unechtem Gold- oder Silberdraht. || Welch ungünstigen Einfluss die durch den Tarif vom 11. Juni 1891 so sehr erhöhten Zollsätze auf die deutsche Ausfuhr von Waaren der Position 205 nach Russland hatten, geht aus der starken Verminderung des Ausfuhrwerthes von 2 169 000 und 2 031 000 *M* in den Jahren 1889 und 1890 auf 1 655 000 und 571 000 *M* in den Jahren 1891 und 1892 hervor; die russische Statistik giebt die deutsche Einfuhr in den Jahren 1889/92 mit 1 010 000, 842 000, 690 000, 231 154 Rubel an. Im französisch-russischen Abkommen sind die Sätze für 205 Ziffer 1b und c und 2a und b auf 2,70 und 0,80 Rubel festgesetzt. || Ebenso werthvoll wie die Ermässigung der Zollsätze sind die übrigen Vereinbarungen zur Position 205. Hiernach sind als Wirkwaaren im Sinne der Ziffer 1 auch die aus Wirkstoffen durch Zuschneiden und Nähen gefertigten Fabrikate zu verstehen; sogenannte reguläre Fabrikate können ebenfalls mit Näharbeit versehen sein. Auch ist bestimmt, dass gestrickte (gewirkte) Kleider aller Art unter die Position 205¹ fallen. Der Umstand, dass die Fabrikate geraut oder plüschartig sind, hat auf die Tarifrung keinen Einfluss, ebensowenig das Anbringen eines Besatzes, welcher Seide nicht enthält, an baumwollenen, leinenen und wollenen Wirkwaaren. Ferner soll die Behandlung als seidene Wirk- und Posamentierwaaren nur Platz greifen, wenn mehr als die Hälfte der Oberfläche, Vorder- und Rückseite zusammengenommen, mit Seide bedeckt ist, und als halbseiden dasjenige Fabrikat angesehen werden, bei welchem sich die Bedeckung mit Seide auf 20 bis 50 Prozent der bezeichneten Oberfläche erstreckt, während Fabrikate mit einer unter 20 Prozent zurückbleibenden Bedeckung der Oberfläche mit Seide der Verzollung als mit Seide nur verzierte Gewebe, das ist dem Zuschlag von 20 Prozent zu den Zollsätzen von 50, bez. 60 Kopken (1c, d und 2b), unterliegen.

Eine Ermässigung des Zolls für die Position 206, Ziffer 1 wurde besonders von der Tüllgardinenindustrie lebhaft gewünscht. Es ist jedoch bei der Rücksicht, welche die russische Regierung namentlich ihrer Baumwollenindustrie in jeder Gestalt zuwendet, nicht möglich gewesen, mehr zu erreichen, als die Herabsetzung des Zolls von 1,50 Rubel auf 1,20 Rubel.

Im französisch-russischen Abkommen ist der Zollsatz der Position 207 Ziffer 1, wohin handgearbeitete Spitzen jeder Art und seidene Maschinenspitzen, seidene Stickereien und Einsätze gehören, von 7,50 auf 6,75 Rubel herabgesetzt. Die deutsche Industrie hat an dieser Zollerleichterung einiges Interesse und nimmt daran auf Grund des Deutschland zustehenden Meistbegünstigungsrechtes Theil. Für die Maschinenspitzen der Ziffer 2 hat Deutschland eine Zollermässigung von 3,50 auf 3,15 Rubel erreicht. Die früher bedeutende Ausfuhr dieser Spitzen, welche in den Zolltarifen von 1877, 1882 und 1885 mit 3; 3,30; 3,95 Rubel belastet waren, ist seit mehreren Jahren stark im Rückgange begriffen und hatte im Jahre 1892 nur noch einen Werth von 383 000 *M*. Die gleiche Zollermässigung für die unter die Tarif-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

nummer 207,2 fallenden Stiekereien zu erreichen, ist ungeachtet der hierauf gerichteten Bemühungen nicht gelungen; für die russische Regierung kam hier vorwiegend der Schutz der in Russland verbreiteten Hausindustrie (Handarbeit) in Betracht.

Die Zollermässigung für Männerkleider mit oder ohne Garnitur aus Wollenzeugen von 2 auf 1,55 Rubel steht im Zusammenhang mit der Herabsetzung des Zolls für gewebte wollene Zeugwaren der Position 199 und 200. || Die russischerseits Frankreich zugestandene Zollermässigung für Damenhüte und anderen Kopfputz der Ziffer 7 von 18 auf 15 Rubel das Pfund kommt Deutschland auf dem Wege der Meistbegünstigung zu gute; das deutsche Interesse an dieser Zollerleichterung ist nur ein geringes.

Dasselbe ist der Fall bei der im französisch-russischen Abkommen enthaltenen Herabsetzung des Zolls für Filzhüte von 1,20 Rubel auf 90 Kopeken das Stück.

Russland hat für Regenschirme etc. aller Art, ausgenommen die mit Seidenzeug überzogenen, erhebliche Zugeständnisse gemacht. Die im Zolltarif den seidenen gleichgestellten halbseidenen Regenschirme etc., auch mit Futter und Besatz, sind im Zoll von 2,50 auf 1,50 Rubel das Stück herabgesetzt, die wollenen Regenschirme etc., auch mit Besatz, von 1 Rubel auf 60 Kopeken, und alle anderen Schirme, bezogen oder nicht bezogen, auch mit Besatz und verziertem (geschnitztem) Griff, von 1 Rubel, bez. 50 Kopeken auf 35 Kopeken. Nach dem Zolltarif von 1891 unterliegen die nicht besonders genannten Schirme, das sind alle mit Ausnahme der seidenen, halbseidenen und wollenen Schirme, falls dieselben mit Besatz oder geschnitztem (verziertem) Griff versehen sind, nicht dem Satz der Ziffer 3 von 50 Kopeken, sondern jenem von 1 Rubel der Ziffer 2. Seitens der heimischen Industrie wird auf die bei den Verhandlungen erzielte Beseitigung der Unterscheidung nach der Beschaffenheit des Griffes grosser Werth gelegt, da für baumwollene Schirme, welche vielfach mit geschnitzten Griffen hergestellt werden, das hauptsächlichste Ausfuhrinteresse besteht.

Die deutsche Ausfuhr von Knöpfen der Ziffer 1, Perlmutterknöpfe, Metallknöpfe jeder Art mit Ausnahme der goldenen etc., sowie leinene, baumwollene, wollene und seidene Knöpfe jeder Art, welche, abgesehen von dem erstgenannten, eine Zollermässigung von 80 auf 60 Kopeken das Pfund erfahren haben, ist nach der deutschen und russischen Statistik von erheblicher Bedeutung. Dagegen sind in der deutschen Statistik als Ausfuhrwerth von Perlen der Ziffer 2, woselbst neben den im Zoll von 40 auf 25 Kopeken ermässigten Porzellanperlen, noch Perlen aus Glas, Holz, Knochen u. s. w. genannt sind, nur wenige tausend Mark angegeben, während die russische Statistik für die Jahre 1889/91 einen deutschen Einfuhrwerth von 220 000, 157 000, 120 000 Rubel nachweist. Die erzielten Zollerleichterungen sind als werthvoll zu bezeichnen.

Die von Frankreich für zugerichtete Schmuckfedern, künstliche Blumen aus Zeugstoffen u. s. w. erlangte Zollermässigung von 8 auf 6,80 Rubel das Pfund brutto und jene von 4 auf 3,40 Rubel für echte und imitirte Schmuckfedern etc. im unverarbeiteten Zustand und für Bestandtheile von künstlichen Blumen kommen Deutschland auf Grund des Meistbegünstigungsrechtes zu gute. Das deutsche Exportinteresse ist nicht ganz unerheblich. Als Ausfuhrwerthe für 1891 und 1892 sind in der russischen Statistik 65 030 und 71 719 Rubel angegeben.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Bezüglich der Galanterie- und Toilettesachen etc., sowie Kinderspielwaaren hat Russland die Sätze des Abkommens mit Frankreich zugestanden. In diesem Abkommen sind die Sätze für werthvolle etc. dergleichen Waaren (Ziffer 1) mit 1,80 Rubel und für ordinäre etc. dergleichen Waaren (Ziffer 2) mit 40 Kopeken das Pfund festgesetzt, gegenüber den tarifmässigen Sätzen von 2 Rubel, bez. 50 Kopeken. Dagegen wurde, wie oben bemerkt, hinsichtlich der Zollklassifikation ein neues und wichtiges Zugeständniss erreicht, welches insbesondere für die deutsche Spielwaarenindustrie von grossem Werthe ist. Diese Industrie stellt überwiegend minderwerthige Waaren her, welche, um ihnen ein besseres Ansehen zu geben, mit seidenen oder halbseidenen Zuthaten etc. ausgestattet werden. In Folge dessen hat man russischerseits diese Spielwaaren, welche ohne die fragliche Ausstattung nach Ziffer 2 zum Satz von 50 Kopeken zollpflichtig gewesen wären, dem hohen Satz von 2 Rubel unterstellt. Die Vertragsanmerkung zur Position 215 Ziffer 2 wird eine wesentliche Erleichterung bei der Verzollung von Spielwaaren in Russland herbeiführen, da dieselbe bei den unter Ziffer 2 genannten Waaren eine Ausstattung von Seide oder Halbseide zulässt. || Die deutsche Ausfuhr von Waaren der Ziffer 1 ist zwar nicht von sehr grosser Bedeutung (400 000 bis 500 000 *M* jährlich), aber im Steigen begriffen; dagegen nahm die Ausfuhr von Waaren der Ziffer 2 seit der im Jahre 1885 erfolgten Zollerhöhung von 37 auf 45 Kopeken stetig ab. Die Ausfuhrwerthe für die Jahre 1885/92 sind 2 119 000, 1 901 000, 802 000, 615 000, 394 000, 582 000, 465 000, 339 000 *M*. Die russische Statistik giebt bei Ziffer 2 beträchtlich höhere deutsche Einfuhrwerthe an, nämlich für die Jahre 1889/91 872 000, 768 000, 676 000, 679 108 Rubel.

Unter den in Position 216 genannten Schreib- etc. Materialien besteht ein erhebliches deutsches Exportinteresse nur für Blei- und Farbenstifte. In dem Zollsatz dieser Position ist seit der 1885 erfolgten Erhöhung von 33 auf 40 Kopeken das Pfund keine Aenderung eingetreten. Auch hier sind in der deutschen Statistik erheblich niedrigere Ausfuhrwerke angegeben als in der russischen; so für die Jahre 1889/91 202 000, 170 000, 142 000 *M* gegen 388 000, 337 000, 278 000 Rubel. Die deutsche Bleistiftindustrie erhofft von der Zollermässigung auf 35 Kopeken eine befriedigende Entwicklung des Absatzes nach Russland. || Ausserdem wurde für liniirte und mit gewöhnlichen Holzrahmen versehene Schiefertafeln sowie für nicht überzogene Schiefergriffel,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

welche bisher nach Position 216 verzollt worden sind, eine besondere Begünstigung durch Festsetzung eines Satzes von 90 Kopeken das Pud erzielt.

Durch die Schlussprotokollbestimmung zu dieser Position, wonach Muster von Zeugstoffen und Fabrikaten aller Art, welche nicht das Ansehen und den Charakter von Waaren haben, auch dann zollfrei sein sollen, wenn die Muster auf Kartons befestigt und die letzteren in Buchform geheftet oder gebunden sind, wird den vielfachen Klagen über die Verzollung derartiger Musterbücher abgeholfen.

Die zu dieser Position vereinbarte Bestimmung des Schlussprotokolls bezweckt, dass lediglich die Schachteln, welche die Dynamitpatronen enthalten, zum zollpflichtigen Gewicht der Waare gerechnet werden, die als äussere Umschliessung dienenden Gummieinlagen und Holzkisten dagegen nicht zur Verzollung gezogen werden.

B. Zölle bei der Ausfuhr aus Russland.

Der russische Ausfuhr-Zolltarif umfasst 7 Positionen, von denen die Nummern 1, 2, 3, 4 und 6 einige Waaren mit Zollgebühren belegen, während die Position 5 ein bedingtes Ausfuhrverbot für Eisenerze und Schlacken aus Polen enthält und die Position 7 bestimmt, dass die im Tarif nicht genannten Waaren zollfrei sind. Hiervon hat Russland die für Deutschland wichtige Bindung des Ausfuhrzolls von 30 Kopeken das Pud Lappen und Lumpen jeder Art, wollene Abschnitzel und Papierhalbmasse zugestanden.

IV. Zölle bei der Einfuhr nach Deutschland.

Im Tarif B*) des Vertrages und in dem darauf bezüglichen Theil III des Schlussprotokolls sind die deutscherseits auf dem Gebiete des Zolltarifs Russland einzuräumenden Zugeständnisse enthalten. Abgesehen von wenigen Ausnahmen handelt es sich hierbei lediglich um Bindungen von Vertragszollsätzen, welche auch ohne besondere Festlegung mit Rücksicht auf die vertragsmässig vereinbarte allgemeine Meistbegünstigung Russland nicht vorenthalten werden könnten. Die Ausnahmen beziehen sich auf die Bindung einiger autonomen Tarifpositionen, bez. Theile von solchen und auf die unter Aufrechthaltung der Autonomie des Zollsatzes bewilligte alternative Verzollung der gereinigten Mineralleuchtöle nach Gewicht oder nach Mass.

Die über den deutschen Vertragstarif hinaus Russland zugestandenen Zollbindungen sind folgende:

Tarifnummer	Zollsatz Mark
1 c.	Lumpen aller Art; Papierspänc; Makulatur, beschriebene und bedruckte; alte Fischernetze, altes Tauwerk und alte Stricke; gezupfte Charpie. frei

*) Hier fortgelassen. D. Red.

Tarifnummer		Zollsatz Mark	Nr. 10428. Deutsches Reich und Russland. 20. März 1894.
7 aus a.	Asbestfaser, auch gereinigt; Asbestkitt und Asbestanstrich- masse	frei	
7 b.	Pappe und Papier aus Asbest in Bogen, Rollen oder Platten:		
	1. ungeformt	10	
	2. geformt, auch durchlocht	24	
8.	Nicht besonders genannte vegetabilische Spinnstoffe	frei	
aus 13 aus d.	Stuhlrohr, gebeiztes oder gespaltenes	3	
13 Anm. 1 zu g.	Hornstäbe aus Büffel oder anderen Thierhörnern, geebnete, glatte, oder sonst zur Verwendung bereits vorgerichtete	40	
15 b 2 α.	Maschinen ganz oder überwiegend aus Holz	3	
25 n.	Kaviar und Kaviarsurrogate	150	
26 k.	Fischspeck, Fischthran	3	
26 aus 1.	Knochenfett und sonstiges Thierfett, anderweit nicht genannt	2	
36.	Pech; Harze aller Art	frei	
aus 41 d 1.	Tuchleisten	frei	
41 d 2.	Grobe unbedruckte, ungefärbte Filze	3	
41 d 6 α.	Bedruckte Wollwaaren, soweit sie nicht zu den Fussdecken gehören, im Gewicht von mehr als 200 Gramm auf den Quadratmeter Gewebefläche; ferner Posamentier- und Knopfmacherwaaren; Plüsch; Gespinnste in Verbin- dung mit Metallfäden	150	
41 d 6 β.	Bedruckte Wollwaaren, soweit sie nicht zu den Fussdecken gehören, im Gewicht von 200 Gramm oder weniger auf den Quadratmeter Gewebefläche	220	

Hierzu ist zu bemerken:

Bei der Einfuhr von Lumpen (Position 1 c) aus Russland handelt es sich überwiegend um solche aus Leinen, welche in Deutschland nicht in der für die Herstellung von besserem Schreibpapier erforderlichen Menge gewonnen werden. || In den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, der Schweiz und Griechenland ist die Position 7 a mit Ausnahme von Asbestfaser, Asbestkitt und Asbestanstrichmasse, wofür diese Staaten kein Exportinteresse haben, gebunden. Deutschland ist auf die Einfuhr der fraglichen Artikel angewiesen, weshalb dieselben bei der im Jahre 1885 erfolgten Aufnahme von Asbest und Asbestwaaren in den Zolltarif nicht mit einem Zoll belegt worden sind. Im Jahre 1892 betrug die Einfuhr, wobei Russland wesentlich in Betracht kommt, 8746, die Ausfuhr 962 Doppelzentner. Dagegen wird die Einfuhr von Asbest-Pappe und -Papier der Positionen 7 b 1 und 2 von der Ausfuhr bedeutend übertroffen; im Jahre 1892 stand einer Einfuhr von 74 eine Ausfuhr von 2893 Doppelzentner gegenüber. Wünsche wegen Erhöhung des Zollschatzes sind seit der durch die Tarifnovelle vom 22. Mai 1885 erfolgten Zollklassifikation dieser Waaren nicht laut geworden. Die gebundenen Zollsätze von

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

10 und 24 \mathcal{M} betragen 15 Prozent vom Werth. || Für Flachs, Hanf, Werg und andere Abfälle ist in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien die Zollfreiheit gebunden. Von den übrigen unter die Tarifnummer 8 fallenden vegetabilischen Spinnstoffen ist lediglich Jute von Bedeutung; auf die anderen nicht besonders genannten Spinnstoffe entfällt nur eine Quote von 3 Prozent der Gesamteinfuhr. || Gebeiztes etc. Stuhlrohr ist der einzige Artikel der Tarifposition 13d, welcher in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien Mangels eines Exportinteresses dieser Staaten nicht gebunden wurde. Die Einfuhr von veredeltem Stuhlrohr steht hinter der Ausfuhr weit zurück (1362 gegen 23 101 Doppelzentner im Jahre 1892), wogegen rohes Stuhlrohr, welches nach Position 13a zollfrei ist, in grossen Mengen (99 670 Doppelzentner im Jahre 1892) eingeführt wird. || Die in der Anmerkung 1 zu Position 13g aufgeführten bearbeiteten Hornstäbe aus Thierhörnern haben durch die Tarifnovelle vom 22. Mai 1885 eine Zollerhöhung von 30 auf 40 \mathcal{M} erfahren. Ein Bedürfniss für eine weitere Steigerung des Zollsatzes ist seitdem nicht mehr hervorgetreten. || Die Position 15b 2 α ist nur noch zum Theil autonom, da im Vertrag mit der Schweiz für eine Anzahl von Maschinen ganz oder überwiegend aus Holz der Zollsatz von 3 \mathcal{M} gebunden ist. Auch abgesehen davon, würde eine Zollerhöhung für Maschinen der bezeichneten Position mit Rücksicht auf die Bindung der Position 13d und die Schwierigkeit der zolltechnischen Unterscheidung von Holzwaaren dieser Position und hölzernen Maschinen, bez. Maschinentheilen nicht thunlich sein. || Der Zoll für Kaviar und Kaviar-surrogate der Position 25n ist durch die erwähnte Tarifnovelle von 100 auf 150 \mathcal{M} erhöht worden. Bei dem hervorragenden russischen Exportinteresse konnte die beantragte Bindung um so weniger abgelehnt werden, als eine weitere beträchtliche Zollerhöhung vermuthlich einen Rückgang des Konsums und daher keine Steigerung des Zollaufkommens zur Folge haben würde. || Deutschland ist in sehr grossem Umfang auf die Einfuhr von Fisch- und Robbenspeck und Fischthran (Position 26k) angewiesen. Einer Zollerhöhung stehen wichtige Interessen der diese Rohstoffe verwendenden inländischen Industrien entgegen. || Für Talg von Rindern und Schafen ist der Zollsatz von 2 \mathcal{M} im Vertrag mit Belgien gebunden. Unter diesen Umständen erscheint eine Zollerhöhung für das ebenfalls unter die Position 26l fallende minderwerthige Knochenfett und sonstiges anderweit nicht genanntes Thierfett aus wirtschaftlichen und auch aus zolltechnischen Gründen ausgeschlossen. || Aus der Tarifnummer 36 ist Asphalt (Bergtheer) und Theer in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien, bez. Griechenland gebunden. Eine Zollbelegung der bisher autonomen Artikel Pech und Harze kann nicht in Frage kommen. || Die Einfuhr sowohl als die Ausfuhr von Tuchleisten der Position 41 d 1 ist ohne jeden Belang. Grobe Filze aus Rindviehhaaren werden in nicht unbedeutenden Mengen und zwar fast ausschliesslich aus Russland eingeführt (im Jahre 1892 3247 bei einer Gesamteinfuhr von 3341 Doppelzentner); die Ausfuhr ist wesentlich geringer (898 Doppelzentner im Jahre 1892). An-

träge auf Zollerhöhung für diese Filze sind seit der Tarifreform von 1879 nicht hervorgetreten. || Die Einfuhr von bedruckten wollenen Webe- und Strumpfwaren der Positionen 41 d α und β und der darunter fallenden Posamentier- etc. Waaren, Plüsch etc. kommt gegenüber der Ausfuhr kaum in Betracht; in der Statistik für 1892 ist erstere mit 436, letztere mit 29 502 Doppelzentner angegeben. Die Zollsätze für unbedruckte wollene Webe- etc. und Strumpfwaren sind in den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien gebunden. Die Bindung der Positionen 41 d α und β erscheint völlig unbedenklich. || Ausser den vorstehend erörterten Bindungen wurde Russland noch ein ferneres Tarifzugeständniss gemacht durch die im III. Theil des Schlussprotokolls zu Tarifnummer 29a enthaltene Bestimmung über die wahlweise Verzollung von gereinigtem, zu Beleuchtungszwecken geeignetem Petroleum und anderen dergleichen Mineralölen nach Gewicht oder nach Mass. Hierbei ist festgesetzt, dass 125 Liter bei einer Temperatur von 15° C. gleich 100 kg netto gerechnet werden. Der Zollsatz selbst bleibt völlig autonom. || Auf der nämlichen Grundlage beruht die Festsetzung eines Zollsatzes von 10 Franken für 100 Liter zur Beleuchtung verwendbarer gereinigter Mineralöle und Essenzen im französisch-russischen Handelsübereinkommen vom 17. Juni v. J. Nach dem Minimaltarif beträgt der Gewichtszoll für die fraglichen Leuchtöle 12,50 Franken für netto Kilogramm; gemäss autonomer Bestimmung wird aber dieser Satz nicht in Anwendung gebracht, vielmehr unterliegen die nach dem Minimaltarif zu behandelnden Mineralöle und Essenzen der gedachten Art ausschliesslich dem Masszoll von 10 Franken. Sowohl dem deutschen als dem französischen Zugeständniss liegt die Annahme zu Grunde, dass die Dichtigkeit des Leuchtöls durchschnittlich 0,800 beträgt. Dies trifft für das russische Produkt nicht zu, dessen mittlere Dichte 0,820 ist. Es ergeben daher 100 kg netto russisches Leuchtöl 122, dagegen 100 kg Leuchtöl von 0,800 Dichte 125 Liter. Bei Erhebung des Zolles nach Gewicht ist das russische Produkt gegenüber dem Leuchtöl von 0,800 Dichte um den auf 3 Liter Oel treffenden Zollbetrag im Nachtheil. Der deutsche Zoll beträgt 6 \mathcal{M} für 100 kg brutto, wozu ein 25prozentiger Zuschlag für Tara kommt, so dass 100 kg netto mit 7,50 \mathcal{M} belastet sind; 3 Liter russisches Leuchtöl wiegen durchschnittlich 2,5 (genau 2,46) kg, wofür sich ein Abgabenbetrag von 19 Pfg. (genau 18,75 Pfg.) berechnet. Diese Mehrbelastung von 2½ Prozent des tarifmässigen Zolles würde nach Inkrafttreten des Vertrages für das russische Leuchtöl in Wegfall kommen und daraus unter der Annahme einer Leuchtöleinfuhr aus Russland von 500 000 Doppelzentner jährlich — sie ist thatsächlich etwas geringer — ein Zollaussfall von 75 000 \mathcal{M} sich ergeben. || In den vorliegenden Tarif B ist aus den Verträgen mit Oesterreich-Ungarn und Italien der begünstigte Zollsatz von 10 \mathcal{M} für rothen Wein und Most zu rothem Wein zum Verschneiden unter Kontrolle ohne die in den Schlussprotokollen zu diesen Verträgen enthaltenen bezüglichen Bestimmungen übernommen. Hierzu ist zu bemerken, dass Inhalts eines Verhandlungsprotokolls russischerseits unter Vorbehalt des Meistbegün-

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

stigungsrechts die gesetzlichen und Verwaltungs-Vorschriften, welche bezüglich des Begriffs der Verschnittweine und hinsichtlich der Kontrolle der Verwendung derselben zum Verschneiden in Deutschland zur Zeit bestehen oder künftig erlassen werden, als verbindlich anerkannt wurden.

V. Zollabfertigungsverfahren und Grenzverkehr.

(Vierter Theil des Schlussprotokolls.)

Zu den in dieser Beziehung getroffenen Vereinbarungen ist Folgendes zu bemerken:

§. 1.

Die geringe Zahl der russischen Grenzzollämter in Verbindung mit der beschränkten Abfertigungsbefugniß der unteren Zollstellen war bisher ein viel beklagtes Hemmniss für die Entwicklung des Handelsverkehrs sowohl als des kleinen grenznachbarlichen Verkehrs ausgedehnter deutscher Gebietstheile. Durch das Entgegenkommen der russischen Regierung, welche sich bereit erklärt hat, je 2 Zollämter II. und III. Klasse zu solchen I. Klasse, sowie 2 Nebenzollämter und 1 Uebergangspunkt zu Zollämtern III. Klasse zu erheben, ferner 7 Uebergangspunkte in Nebenzollämter umzuwandeln und 2 solche sowie 5 Uebergangspunkte neu zu errichten, wird dem Verkehrsbedürfniss im Wesentlichen Rechnung getragen. || Nach dem russischen Zollgesetz sind die Zollämter I. Klasse zur Zollbereinigung jeder ausländischen Waare, deren Einfuhr nicht verboten ist, mit der Massgabe befugt, dass die Verzollung binnen Jahresfrist zu erfolgen hat. Den Zollämtern II. Klasse ist die Zollbereinigung gestattet:

a) aller zollfreien Waaren; b) aller zollpflichtigen Waaren, mit Ausnahme derer, welche nach der Verzollung einer amtlichen Identifizierung unterliegen, ferner mit Ausnahme von Thee, Wein, spirituoson Getränken, rohem und gestossenem Zucker, Farben, Apothekermaterialien sowie von punzirungspflichtigen goldenen und silbernen Gegenständen. Ausserdem dürfen c) von den mit Banderolen zu versehenen Waaren über Zollämter II. Klasse eingeführt werden: raffinirter Zucker im Hut und in Stücken, Rauch- und Schnupftabak und Cigarren.

Die Zollbereinigung muss im Laufe von 2 Monaten erfolgen. Den Zollämtern III. Klasse stehen dieselben Befugnisse zu wie den Zollämtern II. Klasse, mit dem Unterschied, dass von Maschinen nur landwirthschaftliche einzuführen gestattet ist, und dass die Zollbereinigung binnen Monatsfrist zu erfolgen hat. Ueber Nebenzollämter kann jede zollfreie Waare, von zollpflichtigen Waaren jedoch nur Mehl eingeführt werden. Das zu errichtende Nebenzollamt Wilczyn wird jedoch die Befugniß zur Eingangsabfertigung von Salz erhalten. || Die Uebergangspunkte dienen zur Zeit nur dem Personenverkehr, eine Waareneinfuhr ist nicht zulässig. Nach §. 7 Absatz 2 des Schlussprotokolls Theil IV

werden indessen die Uebergangspunkte ermächtigt werden, die Verzollung von Lebensmitteln, ausgenommen Branntwein und andere Spirituosen, sowie von ausschliesslich zum häuslichen Gebrauch bestimmten Erzeugnissen vorzunehmen, wenn im einzelnen Fall der zu erhebende Zollbetrag 3 Rubel Gold nicht übersteigt und der Einbringer mit einer vorschriftsmässigen Legitimation zur Ueberschreitung der russischen Grenze versehen ist. Die Ausfuhr von Waaren russischer Provenienz ist über alle die vorgenannten Zollanstalten gestattet. || Wie oben bemerkt, sind die nach der Verzollung der amtlichen Identifizierung unterliegenden Waaren mit den angegebenen Ausnahmen von der Einfuhr über Zollämter II. und III. Klasse ausgeschlossen. Zum Schutze des legitimen Handels mit ausländischen Waaren werden in Russland solche Waaren, welche wegen der hohen auf ihnen lastenden Zollsätze zum Schmuggelverkehr Anlass geben könnten und andererseits für die Etikettirung oder Plombirung Schwierigkeiten nicht bieten, nur etikettirt oder plombirt aus den Zollämtern abgelassen. Es handelt sich dabei um die nachverzeichneten Waaren:

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1874.

Bettdecken aus Bay (grober Wolle), wollene Pferdedecken, Cigarettenpapier. Baumwollene Gewebe aller Art. Baumwollene Posamentierwaaren, gestrickte und geflochtene Fabrikate, mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite, sowie auch von Schnüren. Mussirende Traubenweine in Glasflaschen. Wachstaffet und Wachstuch aller Art. Nähnadeln. Kalamenka aller Art und Canevas zu Stickereien. Hutstumpen, modellirte. Lederwaaren: Fussbekleidung, Handschuhe und dergleichen, ausgenommen in zugerichteter Form, sowie auch Sattlerwaaren* aller Art. Zubereitete Häute, ausgenommen die grossen Häute und diejenigen, welche für Fussbekleidung zugeschnitten sind. Spitzen. Korallen auf Schnüren. Geköperte Gewebe aus Leinen und Hanf mit eingewirkten Verzierungen. Leinene gestrickte und gewirkte Fabrikate, mit Ausnahme von Schnüren, sowie von Band und Fitzelband von weniger als ein $\frac{1}{4}$ Zoll Breite. Gewebe, Tücher und Bänder (von mehr als ein $\frac{1}{4}$ Zoll Breite) aus reiner Seide, Seidenabfällen oder Halbseide. Edelmetalle in Barren. Flitter auf Spuren. Desgleichen in Strähnen. Rauchwaaren, mit Ausnahme von zusammenge nähten Fellen, die nicht mit Gewebe bezogen sind, Eichhörnchen-, Bismarratten-, Fuchs- und anderen Schwänzen, auch Arbeiten aus denselben wie Boas und dergleichen. Papiertapeten. Genähte Kleider und Wäsche, Segeltuch, Zwillich zu Matratzen und Möbeln, Teppichgewebe aus Leinen, Hanf, Jute und dergleichen; schwere Gewebe aus Leinen und Hanf, mit oder ohne Beimischung von Baumwolle. Perlmutterknöpfe. Leinewand und Battist, sowie Taschentücher aus Leinewand und Battist. Raffinadezucker in Hüten. Geistige Getränke in Behältern jeder Art, ausgenommen solchen aus Holz, sowie mussirender Cognac. Geflechte aus Stroh und Holzspähnen, ausgenommen Körbe. Rauchtabak, jeder Art, geschnitten, Schnupftabak, Cigarren, Cigaretten, Papiros und Pachitos. Gewebe,

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

fertige Kleider aus Gummi und Fabrikate jeder Art aus Kautschuk in Verbindung mit Seide, Wolle, Leinen und Hanf, z. B. Hosenträger und Strumpfbänder. Türkische Gewebe. Chinesische Gewebe, welche über Irkutsk zollfrei eingeführt werden. Feze oder wollene türkische Kappen. Hopfen. Thee in grösseren Kisten. Seidene und halbseidene Posamentierwaaren, mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite, sowie von Schnüren. Wollene Gewebe jeder Art, sowie wollene Shawls, Tücher, Gürtel, Schärpen, Filzzeuge und Teppiche. Wollene Posamentierwaaren, sowie auch gewirkte und gestrickte Waaren mit Ausnahme von Fitzelband und Band von weniger als $\frac{1}{4}$ Zoll Breite und von Schnüren. Hüte und Mützen jeder Art.

Zu § 2.

Zur Vornahme von Transitabfertigungen waren bisher nur die Hauptzollämter und die an Eisenbahnen sowie in Hafenplätzen gelegenen Zollämter I. Klasse befugt. || Diese Befugniß wird nunmehr allen russischen Zollämtern I. Klasse beigelegt, welche diesseitigen Hauptzollämtern gegenüberliegen. Für die Beförderung ausländischer Transitgüter auf den russischen Eisenbahnen sind unterm 26. Oktober 1890 zollamtliche Vorschriften erlassen worden.

Zu § 3.

Gegenwärtig sind nur die Hauptlagerzollämter und die an Eisenbahnen gelegenen Zollämter I. Klasse befugt, die Ueberweisung unter Zollkontrolle stehender Waaren auf ein anderes Zollamt vorzunehmen. Durch die getroffene Vereinbarung wird diese Befugniß auch denjenigen Zollämtern I. Klasse beigelegt, welche mit den Hauptlagerzollämtern keine Eisenbahnverbindung haben.

Zu § 4.

Nach den geltenden Bestimmungen ist die Rücksendung unverzollter Waaren ins Ausland während der Lagerfrist, das ist die für die Zollbereinigung gegebene Frist, nur den Hauptzolllagerämtern und den in Hafenplätzen oder an Eisenbahnen liegenden Zollämtern I. Klasse gestattet. Diese Befugniß wird vertragsmässig auf fünf für den Verkehr in Betracht kommende russische Zollämter I. Klasse ausgedehnt, bei welchen die fragliche Voraussetzung nicht zutrifft. || Es ist übrigens auch zulässig, verzollte Gegenstände, welche nicht im Gebrauche waren, dem Zollamt zur Rücksendung ins Ausland zu übergeben. Die Rückerstattung der Zollgebühr bedarf in diesem Falle der Genehmigung des Finanzministers.

Zu § 7.

Zur Zeit sind die russischen Zollstellen mit Ausnahme der Uebergangspunkte ermächtigt, im Verkehr der Passanten Waaren aller Art für den eigenen Gebrauch auf mündliche Anmeldung bis zu 1 Rubel Gesamtzollwerth und für solche Reisende, welche mit einem vom russischen Konsul visirten ordnungsmässigen Auslandspasse versehen sind, bis zu 3 Rubel Gold Gesamtzollwerth abzufertigen. Durch die vorliegende Vertragsbestimmung wird die

mündliche Anmeldung allen Passanten, welche sich im Besitze einer vorschriftsmässigen Legitimation (Grenz-Legitimationskarte, deutscher Pass oder Passkarte) zur Ueberschreitung der russischen Grenze befinden, bis zu einem Gesamtzollwerth von 3 Rubel Gold unter der Voraussetzung gestattet, dass die Waaren nicht zum Handel bestimmt sind. Zugleich wird den Uebergangspunkten die Ermächtigung zur Verzollung von Lebensmitteln — Branntwein und andere Spirituosen ausgenommen — und von zum häuslichen Gebrauch bestimmten Gegenständen beigelegt. || In Deutschland bedarf es nach der Bestimmung des Vereinszollgesetzes für Waaren im Zollwerth bis zu 9 *M*, gleichviel ob zum Handel bestimmt oder nicht, und für die von Reisenden mitgeführten Waaren, welche nicht zum Handel bestimmt sind, ohne Rücksicht auf den Zollwerth keiner schriftlichen Deklaration.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu § 10.

Deutscherseits ist im Interesse der Erleichterung des Verkehrs und behufs Kostenersparung der Antrag gestellt worden, dass bei den Landzollämtern durch die Vorlegung des Frachtbriefes seitens des Frachtführers die Einreichung der Zolldeklaration ersetzt wird. Die russische Regierung hat diesem Antrage mit der Massgabe zugestimmt, dass bei einer Mehrzahl von Frachtbriefen auf einem derselben die Zahl der Frachtbriefe sowie der Wagen und Kolli, aus denen die ganze Sendung besteht, zu vermerken ist.

Zu § 13.

Das russische Zollstatut bestimmt, dass die Lagergebühr für je 3 Monate erhoben wird und zwar in gleicher Höhe für die ersten 3 Monate, wie für die folgenden, wobei es gleichgültig ist, ob die Waare volle 3 Monate oder eine kürzere Frist gelagert hat. Ausser Ansatz bleibt die Gebühr nur, wenn die Waare nicht länger als 3 Tage auf dem Lager war; nur die Hälfte der dreimonatlichen Gebühr kommt in Ansatz bei einer, 1 Monat nicht überschreitenden Lagerung. Ueber diese Erhebungsweise, durch welche fast jede einem russischen Zollamt zur Verzollung vorgeführte Waare wenigstens mit der Lagergebühr für $1\frac{1}{2}$ Monat belegt wird, sind vielfach Klagen laut geworden. Die russische Regierung hat dem deutscherseits gestellten Antrage entsprechend zugestanden, dass die Lagergebühr nach Tagen der wirklichen Lagerung berechnet und erst von dem Tage an erhoben wird, an welchem die Revision beginnt. Zur letzteren wird nicht früher als 24 Stunden nach Einreichung der Deklaration geschritten, wenn nicht der Deklarant die frühere Vornahme der Revision beantragt. Die Frist für die Einreichung der Deklarationen ist bei den Landgrenzzollämtern auf 5 Tage und bei den Hafenzollämtern auf 7 Tage bemessen; in Häfen mit zwei Zollämtern, einem Vor- und einem Hauptzollamt, gilt für letzteres eine zweiwöchentliche Frist. Durch das russischerseits gemachte werthvolle Zugeständniss wird den von deutschen Interessenten hinsichtlich der Lagergebühren geäusserten Wünschen im Wesentlichen entsprochen. Zu bemerken ist, dass die frühere Unterscheidung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

zwischen der Lagerung in den Revisionsräumen und in den eigentlichen Niederlagen nicht mehr besteht.

Zu § 14.

Von deutschen Interessenten ist die Aufnahme einer Bestimmung in den Vertrag beantragt worden, wonach der Absender oder sein bevollmächtigter Beauftragter zur Verfügung über die in der Zollniederlage befindliche Waare ohne Rücksicht darauf befugt sein soll, ob der Adressat die Annahme verweigert hat oder nicht. Das Verfügungsrecht des Waarenversenders ist in der Berner Konvention (Artikel 15 und 16) vom 14. Oktober 1890, welcher Russland beigetreten ist, geregelt. Nach der seitens der russischen Regierung im Schlussprotokoll abgegebenen Erklärung werden die fraglichen Bestimmungen der Berner Konvention in Russland während der Dauer des Handelsvertrages keine Aenderung erfahren. Auch ist bei den Verhandlungen russischerseits eine Beeinträchtigung dieser Bestimmungen durch das Zollabfertigungsverfahren für ausgeschlossen bezeichnet worden.

Zu § 15.

Auf die deutschen Anträge wegen Aufhebung, bez. Milderung der strengen Strafbestimmungen bei unvollständigen Deklarationen und anderen minder erheblichen und unabsichtlichen Verfehlungen gegen die Deklarationsvorschriften und bei unbedachten Formverletzungen u. s. w. wurde von der russischen Regierung im Schlussprotokoll zugesagt, dass die für ungenaue Zolldeklarationen bestehenden Strafbestimmungen einer Revision unterzogen würden, um dieselben zu vereinfachen. Die auf unabsichtliche Verfehlungen gesetzten Strafen sollen ermässigt und die Befugnisse der Zollämter hinsichtlich der Milderung und des Erlasses dieser Strafen erweitert werden. Abgesehen davon hat die russische Regierung eine sofort in Wirksamkeit tretende Ermässigung der für unvollständige Deklaration im Betrage von 10 Prozent der Zollgebühr zur Erhebung gelangenden Accidenzien auf 5 Prozent zugestanden. Um die Bedeutung dieses Zugeständnisses zu veranschaulichen, werden nachstehend die hauptsächlich in Betracht kommenden Fälle aufgeführt, in welchen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gemäss die Erhebung einer 10prozentigen Accidenzgebühr eintritt. Dies ist der Fall:

1. Wenn der Deklarant erklärt, er habe über Beschaffenheit und Menge der Waare noch keine Mittheilung erhalten und könne daher die entsprechenden Angaben in der Deklaration nicht machen. || 2. Wenn bei gleichzeitiger richtiger Angabe der Zeichen und fortlaufenden Nummern die Zahl der Kolli unrichtig angegeben ist. || 3. Wenn in Deklarationen, in denen die Waare nach ihrer Beschaffenheit benannt ist, die gegenübergestellten Artikel oder Unterabtheilungen des Tarifs der Waare nicht entsprechen. || 4. Wenn in der Deklaration Beschaffenheit und Menge der Waare überhaupt nicht oder nur Beschaffenheit oder Menge allein angegeben ist. || 5. Wenn eine Waare in mehreren Verpackungen eingeführt wird, von denen nur die inneren der

Tabelle über die Tara entsprechen, in der Deklaration aber das Bruttogewicht mit allen Verpackungen angegeben ist. || 6. Wenn im Falle der unrichtigen Deklaration der Art und der Menge der Waare glaubhafte Beweise von der Unabsichtlichkeit der Verfehlung beigebracht werden, so tritt an die Stelle der verwirkten Geldstrafe die Erhebung einer Accidenz, welche bei Bezeichnung einer besseren Waare als geringere, wie auch bei Deklarirung einer Waare in geringerer (8 bez. 10 Prozent übersteigender) Menge 10 Prozent beträgt und zwar ersterenfalls von dem ganzen erhobenen Zollbetrage, letzterenfalls von dem Zollbetrage, welcher für den strafbaren Gewichtsüberschuss zu erheben ist.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu §§ 16, 17 und 18.

Nach den Bestimmungen des russischen Zollstatuts ist nur der Deklarant, nicht aber der ausländische Absender einer Waare befugt, in Zolltarifungs- oder Zollstrafangelegenheiten Beschwerden zu erheben. Abgesehen davon machen es auch die kurz bemessenen Fristen dem Waarenabsender unmöglich, den Deklaranten zur rechtzeitigen Anbringung von Beschwerden in den Stand zu setzen. Der erstere hat aber, selbst wenn die Zollzahlung nicht zu seinen, sondern zu Lasten des russischen Abnehmers erfolgt, ein sehr grosses Interesse an einer den Vorschriften des Zolltarifs entsprechenden Waarentarifung, da durch die Belegung der Waaren mit zu hohen Zollsätzen der Absatz beeinträchtigt oder sogar gänzlich behindert wird. Ebenso ist der Waarenversender aus ähnlichen Gründen bei den Straffestsetzungen lebhaft interessirt, indem er in der Regel für die entrichteten Accidenzien, Zollstrafen und Zolldifferenzen regresspflichtig gemacht wird. || Mit Rücksicht darauf ist deutscherseits der Antrag gestellt worden, die Befugniss zur Erhebung von Zollreklamationen unter entsprechender Verlängerung der Beschwerdefrist auch dem Absender der Waare zu gewähren. Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, das Beschwerderecht, welches dem Deklaranten gegen die Strafbeschlüsse der Zollbehörden wegen ungenauer oder falscher Deklaration und gegen die Entscheidungen über die Zolltarifung von Waaren zusteht, auch dem deutschen Waarenversender einzuräumen und zu dem Zweck die Frist für die Einreichung der Beschwerde auf 3 Wochen, gerechnet vom Tage der Zustellung der Entscheidung an den Deklaranten, zu erstrecken. Dabei ist die Abfassung der Eingaben in deutscher Sprache zugestanden. Ferner wurde dem auf die Zulassung eines unmittelbaren Verkehrs der deutschen Konsuln in Russland mit dem russischen Zolldepartement in derartigen Zollangelegenheiten gerichteten deutschen Anträge entsprochen. || Zur Wahrung der Zollinteressen der Versender deutscher Waaren nach Russland sind somit durch das Entgegenkommen der russischen Regierung werthvolle Kautelen geschaffen. || Soweit in den §§ 1 bis einschliesslich 18 des Schlussprotokolls Theil IV, welche von Deutschland gestellte Anträge zum Gegenstand haben, reziprok diesseitige Zugeständnisse, beziehungsweise Erklärungen enthalten sind, so handelt es sich dabei, abgesehen von der etwa in Frage kommenden Errichtung

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

und Kompetenzerweiterung einiger Zollstellen und von dem zugelassenen unmittelbaren Verkehr der russischen Konsuln mit den deutschen Zolldirektivbehörden, lediglich um Bestimmungen, welche auf gesetzlicher Grundlage oder einer Verwaltungsanordnung beruhen und schon seit vielen Jahren in Geltung sind. Die Errichtung etc. von Zollstellen und die Regelung des Verkehrs der in Deutschland funktionirenden Konsuln auswärtiger Staaten mit den Landesbehörden ist ebenfalls Verwaltungssache.

Zu § 19.

Die Vereinbarung, dass Schaffner, Lokomotivführer und andere der Einschmuggelung von Waaren in den von ihnen begleiteten Zügen überführte Eisenbahnbeamte vom Dienst bei den nach der Grenze gehenden Zügen zu entfernen sind, schafft für das betheiligte diesseitige Eisenbahnpersonal keine neue Disziplinarvorschrift, sondern entspricht den Grundsätzen der Königlich preussischen Staatseisenbahnverwaltung über Beamtendisziplin. Deutschland zieht aus der Abmachung überdies den Vortheil, dass eintretenden Falls auch das russische Eisenbahnpersonal vom Grenz-Zugdienst auszuschliessen ist.

Zu § 20.

Der vereinbarten gegenseitigen Mittheilung der in Bezug auf die Handhabung der Quarantaine und der Veterinärpolizei an der gemeinschaftlichen Grenze getroffenen autonomen Massnahmen kommt eine lediglich formelle Bedeutung zu. Die volle Freiheit in den beiderseitigen Massnahmen selbst wird dadurch nicht berührt. Auch steht die Abmachung in keinem Zusammenhang mit dem ursprünglichen russischen Antrage auf Abschluss eines Viehseuchenübereinkommens. Russland hat seinen diesbezüglichen Antrag zurückgezogen, nachdem deutscherseits gleich Anfangs erklärt worden war, dass ein Fallenlassen dieser Forderung eine der Vorbedingungen für den Eintritt in die Vertragsverhandlungen bilde.

Zu § 21.

Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften gegen die Einschleppung ansteckender Krankheiten werden deutscherseits auf die aus Russland kommenden Reisenden schon jetzt ohne Rücksicht auf die Nationalität derselben ausschliesslich nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Behaftung mit Ansteckungstoffen angewendet.

Zu § 22.

Die Vereinbarungen (Abs. 1) wegen der Zurücknahme von Reisenden, welchen Mangels eines vorschriftsmässigen Passes oder der erforderlichen Mittel zur Entrichtung der Zollgebühren für die von ihnen mitgeführten Gegenstände der Zutritt in den anderen Staat verweigert wird, stehen mit der bezüglichen Praxis im Einklang. || Die von Russland eingegangene Verpflichtung (Abs. 2), die mit Urkunden über ihre Entlassung aus dem Unterthanenverbannde versehenen russischen Auswanderer binnen Monatsfrist nach dem

Grenzübertritt wieder aufzunehmen, ist für Deutschland insofern von Werth, als russischerseits zur Zeit eine Verpflichtung zu einer derartigen Zurücknahme überhaupt nicht anerkannt wird.

Nr. 10428.
Deutsches
Reich und
Russland.
20. März 1894.

Zu § 23.

Seitens der diesseitigen Behörden werden die nach Russland abzuschiebenden Landstreicher etc. schon jetzt nach Grenzpunkten dirigirt, woselbst sich eine für die Uebernahme solcher Individuen zuständige russische Behörde befindet.

VI. Die Abmachungen betreffend Finland.

Das Grossfürstenthum Finland ist bekanntlich ein mit dem russischen Reiche nicht vollständig verschmolzenes Staatswesen; es musste deshalb durch eine besondere Abmachung festgesetzt werden, dass Finland von den Wirkungen des Vertrages erfasst wird. Dies ist durch den gleichzeitig mit dem Handelsvertrage vollzogenen Notenaustausch geschehen; doch waren hierbei hinsichtlich des Zollwesens die besonderen Verhältnisse Finlands zu berücksichtigen. Dass es gelungen ist, den gegenüber dem russischen Zolltarif erheblich niedrigeren gegenwärtigen finländischen Zolltarif in seiner Gesamtheit auf fünf Jahre zu binden und für die darauf folgenden fünf Jahre eine genau vorgezeichnete, nur staffelweise Erhöhung desselben zu bedingen, darf als ein grosser Gewinn nicht allein für den Handel der deutschen Ostsee-Städte, sondern in gleich hohem Masse für die heimische Industrie bezeichnet werden; denn Finland ist im Verhältniss seiner Bevölkerungsziffer ein starker Abnehmer deutscher Erzeugnisse. || Die Freiheit, welche in den ausgetauschten Noten der finländischen Regierung hinsichtlich theilweiser Verschiebungen im Tarif in Berücksichtigung örtlicher Interessen gewahrt worden ist, kann in dieser Beschränkung für Deutschland in keiner Weise bedenklich erscheinen. Finland besitzt eine zum grösseren Theile minder bemittelte Bevölkerung und eine nur in wenigen speziellen Artikeln entwickelte Industrie; die finländische Regierung sowohl wie die Bevölkerung sind daher stets bestrebt gewesen, den Bezug der unentbehrlichen Industrieerzeugnisse aus dem Auslande möglichst billig zu gestalten und nicht durch höhere Zölle zu vertheuern. Wenn also die allgemeine Lage des russischen Reiches die gänzliche Verschmelzung der beiden Zollsysteme nach dem Jahre 1905 fordert und die staffelweisen Vorbereitungen hierzu in den Jahren 1899 bis 1903 eintreten sollen, so liegt in den obwaltenden Verhältnissen für Deutschland die völlige Gewähr dafür, dass die finländische Regierung bis zum Jahre 1898 einschliesslich keine solchen Verschiebungen innerhalb des Tarifs vornehmen wird, welche die deutsche Ausfuhr in nennenswerther Weise schädigen könnten. || Als wichtig ist noch hervorzuheben, dass mit dem ersten Theile des Schlussprotokolls zum Vertrage auch die namentlich für den Lübeckischen Handel bedeutsame Bestimmung

Nr. 10428. (siehe Schlussprotokoll zu Artikel 6, 7 und 11 des Vertrages) für Finland in
 Deutsches Kraft tritt, nach welcher Erzeugnisse fremder Länder, die durch Deutschland
 Reich und transitiren, keinem höheren Zolle unterliegen, als wenn sie unmittelbar aus
 Russland. dem Ursprungslande eingeführt werden. Solche Begünstigungszölle für direkte
 20. März 1894. Einfuhr bestanden früher in Finland mehrfach, z. B. für Rohzucker, Kaffee,
 Wein.

Nr. 10429. DEUTSCHES REICH und URUGUAY. — Handels- und
 Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche
 und der Orientalischen Republik Uruguay.

Nr. 10429. Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des
 Deutsches Deutschen Reiches einerseits, und Seine Excellenz der Präsident des Frei-
 Reich und staates Uruguay andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen
 Uruguay. zwischen beiden Ländern zu erhalten und zu befestigen, haben beschlossen, zu
 20. Juni 1892. diesem Zweck einen Vertrag abzuschliessen, und haben zu Ihren Bevoll-
 mächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Aller-
 höchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister
 bei dem Freistaat Uruguay, Geheimen Legationsrath Dr. Richard
 Krauel und

Seine Excellenz der Präsident des Freistaates Uruguay: || Ihren
 Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Manuel Herrero y
 Espinosa,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form
 befundenen Vollmachten, sich über folgende Artikel geeinigt haben:

Artikel 1.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem
 Gebiete des anderen Theiles den Schutz der Regierung für ihre Person, ihr
 bewegliches und unbewegliches Vermögen, sowie für ihren sonstigen Besitz
 geniessen, und es sollen ihnen dieselben Rechte, Vorthelle und Freiheiten für
 ihren Handel, ihre Industrie, ihren Geschäfts- und Gewerbebetrieb zustehen,
 wie solche den Landesangehörigen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt
 werden. Dabei sind sie jedoch den bestehenden Gesetzen und Vorschriften
 unterworfen.

Artikel 2.

Die deutschen Schiffe und ihre Ladung in den uruguayischen Häfen und
 die uruguayischen Schiffe und ihre Ladung in den deutschen Häfen sollen in
 allen Angelegenheiten wie Schiffe der meistbegünstigten Nation und deren

Ladung behandelt werden. || Die Küstenschifffahrt bleibt von der gegenwärtigen Bestimmung ausgeschlossen und den bezüglichen Gesetzen der beiden Staaten unterworfen.

Nr. 10429.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1892.

Artikel 3.

Alle Handelsgegenstände, welche aus den Gebieten des einen der vertragschliessenden Theile in die Gebiete des anderen Theiles eingeführt werden, sollen in gleicher Weise behandelt und insbesondere nicht mit höheren Abgaben belegt werden, als die gleichartigen Handelsgegenstände der meistbegünstigten Nation. || Derselbe Grundsatz soll für die Wiederausfuhr und Durchfuhr gelten. || Für die Ausfuhr irgend welcher Handelsgegenstände von Uruguay nach Deutschland oder von Deutschland nach Uruguay sollen keine anderen noch höheren Abgaben erhoben werden, als solche für die Ausfuhr ähnlicher Gegenstände von den Angehörigen der meistbegünstigten Nation erhoben werden. || In gleicher Weise sollen hinsichtlich der Ortsabgaben, der Maklergebühren, der Zollvorschriften und -Formalitäten der von Handlungsreisenden eingeführten Muster und Modelle, sowie in allen sonstigen Handelsangelegenheiten die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile in den Gebieten des anderen Theiles dieselben Rechte geniessen, wie die Angehörigen irgend einer dritten meistbegünstigten Nation.

Artikel 4.

Die in dem gegenwärtigen Vertrage enthaltenen Bestimmungen umfassen nicht die Fälle, in welchen die Regierung des Freistaates Uruguay den Bürgern oder Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Brasilien, der Argentinischen Republik und der Republik Paraguay in Angelegenheiten des Handels besondere Begünstigungen, Befreiungen und Privilegien gewähren sollte. Diese Begünstigungen können deutscherseits auf Grund des Rechts der meistbegünstigten Nation nicht beansprucht werden, solange sie nicht auf andere dritte Staaten ausgedehnt werden. In diesem letzten Falle sollen jene Zugeständnisse in der gleichen Form erfolgen, d. h. unentgeltlich, wenn das Zugeständniss ein unentgeltliches war, und gegen Gewährung einer Entschädigung von gleichem Werthe, wenn das Zugeständniss ein bedingtes war. Dabei versteht es sich jedoch, dass die erwähnten besonderen Vergünstigungen, Befreiungen und Privilegien keine Anwendung finden können auf Erzeugnisse, welche den deutschen Erzeugnissen gleichartig sind, und dass sie auf die Schifffahrt nicht ausgedehnt werden können.

Artikel 5.

Die diplomatischen und konsularischen Vertreter eines jeden der beiden vertragschliessenden Theile, die in den Gebieten des anderen Theiles ihren Wohnsitz haben, sollen alle Amtshandlungen ausüben können und alle Freiheiten und Vorrechte geniessen, welche den Beamten gleichen Grades der meistbegünstigten Nation bewilligt sind oder in Zukunft bewilligt werden. ||

Nr. 10429. Dabei versteht es sich jedoch, dass in Fällen, wo über einen Nachlass nicht
 Deutsches letztwillig verfügt ist, den konsularischen Vertretern der beiden vertrag-
 Reich und schliessenden Theile keine andere Einmischung zusteht, als solche durch die
 Uruguay. Gesetze und Verordnungen der betreffenden Länder gestattet ist.
 20. Juni 1852.

Artikel 6.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt werden und der Austausch der Ratifikations-Urkunden soll sobald als möglich in Montevideo stattfinden. || Der gegenwärtige Vertrag soll zwei Monate nach dem Tage des Austausches der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und drei Jahre, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, in Wirksamkeit bleiben. || Wenn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist keiner der vertragschliessenden Theile dem anderen amtlich seine Absicht kundgibt, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, so soll derselbe noch ein Jahr von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem einer der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag in doppelten, in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt.

So geschehen zu Montevideo den zwanzigsten Juni Eintausendachthundert-zweiundneunzig.

(L. S.)

gez. R. Krauel.

(L. S.)

gez. Man. Herrero y Espinosa.

Denkschrift,

dem deutschen Reichstage bei Einbringung des
 vorstehenden Vertrages vorgelegt.

Zwischen dem deutschen Zollverein und dem Freistaat Uruguay ist am 23. Juni 1856 ein Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Massgabe abgeschlossen worden, dass derselbe acht Jahre gültig sein und nach Ablauf dieser Frist im Falle nicht erfolgter Kündigung stillschweigend als von Jahr zu Jahr verlängert gelten sollte. Der Vertrag war ein sogenannter bedingter Meistbegünstigungsvertrag, da er im Artikel 3 die Bestimmung enthielt, dass Begünstigungen, welche ein Kontrahent in Handels- oder Schiffahrtsangelegenheiten künftig einem dritten Staate gewähren würde, dem anderen Kontrahenten unentgeltlich nur dann zu gute kommen sollten, wenn das Zugeständniss zu Gunsten des dritten Staates unentgeltlich erfolgt, dagegen unter Gewährung einer Entschädigung von möglichst gleichem Werthe, falls das Zugeständniss ein bedingtes gewesen sei.

Dieser Vertrag ist von Seiten Uruguays im Oktober 1873 gekündigt worden, nachdem der Senat und die Kammern des Freistaates aus Abneigung gegen internationale Verpflichtungen im September desselben Jahres ein Gesetz angenommen hatten, wonach die Kündigung sämmtlicher, mit fremden Mächten

abgeschlossenen Verträge nach Ablauf der für ihre Dauer vereinbarten Frist erfolgen sollte. || Auf Grund der Kündigung ist der Vertrag am 15. Oktober 1874 ausser Kraft getreten. Es gelang indessen im folgenden Jahre dem damaligen Kaiserlichen Vertreter bei dem Freistaate, den uruguayischen Minister des Auswärtigen zur Unterzeichnung eines Protokolls zu bewegen, in welchem beide Länder sich zusagten, sich bis zum Abschluss eines neuen Vertrages auf dem Fusse der meistbegünstigten Nation zu behandeln. || Deutscherseits ist der Abschluss eines förmlichen Handelsvertrages lange Zeit hindurch nicht in Anregung gebracht worden, weil darauf gerichtete Bemühungen bei der in Uruguay herrschenden Strömung und wegen der häufigen Unruhen im Innern des Landes keine Aussicht auf Erfolg darboten.

Nr. 10429.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1892.

Im Verlaufe der Zeit machte sich ein Umschwung in der vertragsfeindlichen Stimmung der Republik bemerkbar. Zuerst erfolgte im Jahre 1882 die Ratifikation des bereits am 19. Juli 1870 zwischen Uruguay und Spanien abgeschlossenen Handelsvertrages, und weitere Handelsverträge kamen 1885 mit Italien und Grossbritannien zu Stande. || Da inzwischen der Handelsverkehr Deutschlands mit dem Freistaate, insbesondere der Absatz deutscher Industrieartikel dorthin, sich nicht unwesentlich gehoben und die Zahl der in Uruguay ansässigen Reichsangehörigen sich vermehrt hatte, so schien der Zeitpunkt gekommen, den Handelsbeziehungen des Reiches zu Uruguay die bisher fehlende vertragsmässige Grundlage zu geben, und es wurde der Kaiserliche Gesandte in Buenos Aires beauftragt, mit der uruguayischen Regierung das Erforderliche zu dem Zweck zu vereinbaren. Das Ergebniss der geführten Verhandlungen bildet der vorliegende, zu Montevideo am 20. Juni 1892 unterzeichnete Vertrag.

Im Einzelnen ist zu dem Vertrage Folgendes zu bemerken. || Im Artikel 1 wird den Angehörigen des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen Theiles der Schutz für ihre Person und ihr Eigenthum sowie die Gleichstellung mit den Nationalen bezüglich des Handels- und Geschäftsbetriebes zugesichert. || Nach Artikel 2, 3 und 5 soll der Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung Anwendung finden auf den Schiffahrts- und Handelsverkehr zwischen beiden Ländern sowie auf die Befugnisse der beiderseitigen diplomatischen und konsularischen Vertreter. || Artikel 4 ist auf Wunsch der uruguayischen Regierung eingeschaltet worden und enthält eine Einschränkung der dem Reiche in Uruguay zugestandenen Meistbegünstigung in Handelssachen zu Gunsten der Staaten Brasilien, Argentinien und Paraguay. Für die Handelsbeziehungen zwischen den vertragschliessenden Theilen, insbesondere für die Ausfuhr Deutschlands nach Uruguay, sind Schwierigkeiten auf Grund dieser Bestimmung nicht zu befürchten; denn einmal ist ausdrücklich bedungen, dass die den genannten drei Ländern uruguayischerseits etwa einzuräumenden besonderen Handelsvortheile auf die Schiffahrt nicht ausgedehnt werden und sich lediglich auf solche Erzeugnisse erstrecken dürfen, welche den deutschen Provenienzen nicht gleichartig sind; und ferner bleibt das Reich von etwaigen

Nr. 10429.
Deutsches
Reich und
Uruguay.
20. Juni 1892.

solchen Vergünstigungen nur solange ausgeschlossen, als dieselben nicht auf andere Länder ausgedehnt werden. || Artikel 6 setzt die Dauer des Vertrages auf drei Jahre fest; doch soll danach der Vertrag stets ein Jahr bis nach erfolgter Kündigung seine Geltung behalten. Die verhältnissmässig kurze Frist von drei Jahren ist auf Verlangen der uruguayschen Regierung vereinbart worden, welche nach Ablauf der Handelsverträge mit Italien und Grossbritannien im Jahre 1896 in ihren handelspolitischen Entschliessungen freie Hand zu haben wünscht. || Der Vertrag hat in Uruguay bereits die Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

Der Konflikt zwischen Frankreich und Siam (1893)*.

Nr. 10430. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Frankreich schlägt die Neutralisation Siams vor.

Foreign Office, April 3, 1889.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to-day, by appointment, to make a proposal for the neutralization of Siam. He stated, that the French Government had a twofold object in view. They wished to establish a strong independent Kingdom of Siam, with well-defined frontiers on both sides; and they desired to come to an arrangement by which a permanent barrier might be established between the possessions of Great Britain and France in the Indo-Chinese Peninsula. Such an arrangement would be advantageous to both countries, and would prevent the complications which otherwise might arise between them. || It would be necessary, in the first instance, that the frontier between Cochin China and Siam should be fixed, and Her Majesty's Government would no doubt desire a settlement of the boundaries of Burmah. || As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southwards to the Mekong, and below that point to make the river the dividing line between the two countries until it entered the territory of Cambodia. They considered, that, both on the French and English side, the boundaries of Siam should be defined up to the Chinese frontier. || I said, that, while fully sympathizing with the general objects indicated by his Excellency, I was unable, without fuller particulars as to the contemplated arrangements, to express an opinion on his proposals, but that I would have the question examined, and

Nr. 10430.
England.
3. April 1889.

*) Die nachfolgenden Dokumente sind entnommen dem englischen Blaubuche "Siam. Nr. 1 (1894)." Vgl. Nr. 1074 bis Nr. 10399.

Nr. 10430. that I should be glad if he could let me have more exact details as to the
England.
3. April 1889. proposed line of frontier between Cochin China and Siam.

Salisbury.

Nr. 10431. ENGLAND. — Der englische Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter. — Die Grenzen Siams.

Foreign Office, August 27, 1889.

Nr. 10431.
England.
27. Aug. 1889. M. l'Ambassadeur, || I have been in communication with the India Office with regard to the proposal for the neutralization of Siam which was made to me by your Excellency on the 3rd April last. || Her Majesty's Government are favourably inclined to such an arrangement, by which a strong independent Kingdom of Siam, with well-defined frontiers, would be established. || As I understood your Excellency's proposal, it requires as a first step a settlement of the boundaries of Siam in the direction of China, Cochin China and of Burmah. || I have now the honour to forward to your Excellency a map which has been supplied to me by the India Office, and which shows the approximate boundaries of Siam towards the north-west and north, such as they have hitherto been considered to exist. The western boundary of Siam has been absolutely demarcated as far as the northern limit of British possessions previous to 1885. || On hearing from your Excellency what are the views of the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east, I shall be happy to consider with you what is the next step that should be taken for the purpose of carrying your proposal into effect. || I understand the object which your Excellency has in view is to determine what shall be the definition of the words "Empire of Siam," if they should become the subject of any agreement between the two Governments, either in the way of guarantees or of formal recognition for mutual guidance. || The extent of territory claimed by Siam, and the validity of those claims, can, of course, only be determined in communication with the Government of Siam itself.

Salisbury.

Nr. 10432. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die indische Regierung. — Frankreich will die englische und französische Machtsphäre durch den Mekong begrenzen.

Foreign Office, February 16, 1892.

Nr. 10432.
England.
16. Feb. 1892. Sir, || The French Ambassador, in the course of conversation to-day, alluded to Lord Lamington's speech in the House of Lords on the moving of the Address. He said, that its terms, though they had not been referred to subsequently in the debate, had excited some notice in Paris, as they were directed against a statement made by M. Ribot to the French Chamber. M. Ribot had laid down that up to the Mekong French influence had been extended, and this claim Lord Lamington had characterized as an undue

display of French ambition. || He then said, that he had mentioned it for the purpose of making an unofficial suggestion. His Government were of opinion that in order to avoid further differences between the two Powers, it might be advantageous that each Power should bind itself to the other not to extend its influence beyond the Mekong. Neither Power had yet advanced practically to the banks of that river; but this engagement would prevent either Power suspecting the other of desiring to encroach upon what was essentially Siamese territory. I objected, that such an engagement would have the appearance of giving respectively to the French and English Governments territory which did not belong to the other of the two Powers, and was therefore not at its discretion to assign. He said, that that was not his intention. He did not propose any engagement of a positive character; he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong; he only proposed the negative engagement, that each Power should bind itself to the other not to cross that river. I said, that the proposal was one of which it was impossible for me to judge without consulting Departments immediately concerned, and that I would communicate his suggestion to the India Office without delay.

Nr. 10432.
England.
16. Feb. 1892.

Salisbury.

Nr. 10433. ENGLAND. — Indische Regierung an das Auswärtige Amt. — Frankreich soll seine Vorschläge näher auseinandersetzen.

India Office, April 5, 1892.

(Extract.) || I am desired by Viscount Cross to state, for the information of the Marquis of Salisbury, that the Government of India observe that the proposal submitted by the French Ambassador in regard to the Mekong appears to them sure to be misinterpreted as anticipated by the Secretary of State for Foreign Affairs. || Lord Lansdowne's Government further remark, that Kyaing Chaing has not been transferred to Siam, and, if the offer of this State be declined by Siam, the Indian Government will find themselves in possession of territory on the eastern side of the Mekong River. || In these circumstances, the Viceroy of India strongly advises that for the present we should confine ourselves to an expression of our desire to respect the integrity of Siam, and of our readiness to examine the French Ambassador's proposal when it has been more fully explained.

Nr. 10433.
England.
5. April 1892.

Nr. 10434. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die englische Botschaft in Paris. — Frankreich wiederholt seine Vorschläge.

Foreign Office, May 10, 1892.

Nr. 10434.
England.
10. Mai 1892.

My Lord, || M. Waddington called at the Foreign Office to-day, and as-

Nr. 10434. England.
10. Mai 1892. ked me again for an answer from the Indian Government with regard to his proposal respecting the Mekong River, which I described in my despatch to Mr. Egerton of the 16th February last. || His Excellency repeated the substance of his original proposal, viz., that the Upper Mekong should be a boundary across which neither the French to the westward nor the British to the southward should extend their respective spheres of influence. || M. Waddington explained, that he did not by this mean to say that the present sphere of influence either of France or Great Britain actually extends up to the Mekong at the present moment. || His proposal was not an assertion of present rights, but, as he expressed it, a prophylactic. || I promised his Excellency, that I would solicit an answer from the Government of India on the subject.

Salisbury.

Nr. 10435. **ENGLAND.** — Auswärtiges Amt an die indische Regierung. — Frankreich hat seine Vorschläge präzisirt.

Foreign Office, May 14, 1892.

Nr. 10435. England.
14. Mai 1892. Sir, || With reference to your letter of the 5th April last, I am directed by the Marquis of Salisbury to transmit to you, to be laid before the Secretary of State for India, a copy of a despatch to Her Majesty's Ambassador at Paris, recording a further conversation with the French Ambassador at this Court respecting his proposal that the Mekong River should form the limit of British and French influence in the districts adjacent to it. || It will be seen that M. Waddington worded his proposal somewhat more definitely on this occasion, limiting it to the Upper Mekong, and suggesting an engagement that the French should in no case extend their sphere of influence to the westward of the river, nor the British to the southward of it. || Lord Salisbury has promised to endeavour to obtain an answer from the Government of India to this proposal, and he would be glad if Viscount Cross could favour him with an opinion as to the terms of the reply. || If the proposal is still considered in any respect to be ambiguous, his Lordship will be glad to know what are the points on which a fuller or more definite statement is desired. || If the Government of India desire its rejection, Lord Salisbury will be ready to consider carefully any suggestions as to the grounds on which a refusal could be founded. || He would, however, deprecate a merely evasive answer, as likely to induce the belief that Her Majesty's Government have designs on the other side of the river, and that speedy action on the part of France is necessary to secure for her a share in the contemplated annexation.

T. H. Sanderson.

Nr. 10436. ENGLAND. — Indische Regierung an das Auswärtige Amt. — Ablehnung der französischen Vorschläge.

India Office, May 27, 1892.

Nr. 10436.
England.
27. Mai 1892.

Sir, || I am desired by Viscount Cross to acknowledge the receipt of your letter of the 14th May relative to M. Waddington's amended proposal that the Upper Mekong should form the limit of British and French influence in the districts adjacent to it, the French engaging in no case to extend their sphere of influence to the westward of the river, nor the British to the southward of it. || 2. In reply, I am desired by his Lordship to submit the following observations for the consideration of the Marquis of Salisbury: The State of Kyaing Chaing (a dependency of Kyaington, itself a feudatory of the Indian Government) lies astride of the Mekong; this State has been offered to Siam as a part of the proposals for the demarcation of the northern frontier of Siam. It is not yet known if Siam will accept the offer. If it is accepted, it is further in contemplation to negotiate with China for the delimitation of the northern frontier of Kyaing Chaing and the Siamese Province of Luang Prabang, where these frontiers abut on Kiang Hung, a State which had feudal relations with Burmah, but which the Government of India proposes to leave to China. On the other hand, if Siam declines the offer of Kyaing Chaing, that State, which is intersected by the Mekong, will continue to be under British protection. Consequently, for the present, and until the arrangements as to demarcation above alluded to are completed, the exercise of British influence cannot be restricted to the territory lying west of the Mekong. || 3. I am to observe, in this connection, that M. Waddington's proposal in regard to the south of the Mekong seems to be made without reference to the course of the river at the point where our interests at present lie. We might advance to the east of it, but not, from our present position, to the south of it. || 4. Adhesion to the engagement suggested by the French Ambassador would, it is believed, prove an embarrassment to Her Majesty's Government, inasmuch as it would interpose difficulties in promoting the demarcation between Siam and China of the Trans-Mekong tracts above specified, while it appears to imply that France, which is still at a considerable distance from the Upper Mekong, might advance in that direction from Tonquin without being exposed to any remonstrance from Her Majesty's Government in consequence of the acceptance of the engagement now proposed. The engagement would thus seem to fetter the action of Her Majesty's Government in certain contingencies, while it would tend to facilitate the progress of the French westwards from Tonquin whenever they may determine to advance their borders. || 5. In these circumstances, I am desired to state that Lord Cross sees no advantage, from an Indian point of view, in acceding to the proposal made by M. Waddington, inasmuch as British influence does extend up to the Mekong by reason of the Kyaington State having placed itself under British protection.

Horace Walpole.

Nr. 10437. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Frankreich kommt auf seinen Vorschlag zurück.

Foreign Office, October 26, 1892.

Nr. 10437.
England.
26. Okt. 1892.

My Lord, || The question of the delimitation of French and British spheres of influence in Indo-Chinese territories was raised by the French Ambassador during an interview which I had with his Excellency this afternoon. He told me, that he had suggested to Lord Salisbury that the limit between the two spheres should be the Mekong River. Lord Salisbury was inclined to agree to this proposal, but had referred it to the India Office for observations. This was six months ago, and since then nothing further had passed on the subject. || I informed M. Waddington, that the matter had not been brought to my notice, but that I would lose no time in making inquiries at the India Office.

Rosebery.

Nr. 10438. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Die Abgrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, December 23, 1892.

Nr. 10438.
England.
23. Dec. 1892.

M. l'Ambassadeur, || I have been in communication with Her Majesty's Secretary of State for India on the proposal which your Excellency made to me in conversation on the 26th October last for a definition of the British and French spheres of influence in the districts adjacent to the Upper Mekong River. The view of your Government, as I understand it, is that the two Powers should bind themselves to one another not to extend their influence beyond that river. || In reply, I am able to inform your Excellency that Her Majesty's Government have recently come to an arrangement with that of Siam with regard to the frontier between Burmah and Siam. As a part of this settlement, Great Britain has proposed that Siam should exercise exclusive jurisdiction over the State of Kyaing Chaing which lies on both sides of the Mekong, and over which the State of Kyaington once had rights. This offer has been accepted by the Siamese Government. || The State of Kyaington itself, which has accepted British protection, extends up to the Mekong only in one portion of its frontier, and in this part of its course the river will form the boundary between the British Protectorate and the Siamese dominions. But nowhere will the British possessions or Protectorate under the recent arrangement extend beyond the River Mekong. || Her Majesty's Government are also engaged in discussing with China a delimitation of the frontier between that country and Burmah. The proposals made by Her Majesty's Government involve a transfer to China, on certain conditions, of the rights over the Province of Kiang Hung, which Great Britain has acquired in virtue of the annexation of Burmah. || A joint British and Siamese Commission is at

the present moment engaged in marking the frontier agreed upon between the two countries. If a settlement of the frontier with China on the proposed terms is arrived at, Her Majesty's Government further contemplate offering their assistance to Siam for the demarcation of the northern frontier of the Province of Kyaing Chaing, which will be in immediate contiguity to the Chinese dominions, and they think it would be to the general advantage that the demarcation should be continued with similar assistance along the northern frontier of the Siamese Province of Luang Prabang so far as it abuts on Chinese territory. || The above explanations of the intentions of Her Majesty's Government will, I trust, be entirely satisfactory to your Government; but Her Majesty's Government doubt whether, under present circumstances, a specific engagement between France and Great Britain of the nature suggested by your Excellency would be advisable. || It would be open to misconstruction, and would, in their opinion, be more likely to excite alarm and suspicion on the part of Siam, than to reassure her as to the intention of the two Powers to respect her integrity.

Nr. 10438.
England.
23. Dec. 1892.

Rosebery.

Nr. 10439. FRANKREICH.—Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Das englisch-siamesische Abkommen widerspricht der Erklärung Salisburys und Roseberys, dass Englands Einfluss den Mekong nicht überschreiten werde.

Londres, le 22 Février, 1893. (February 23. *)

M. le Comte, || Le 26 Octobre dernier, j'ai eu l'honneur de vous rappeler les pourparlers engagés par moi avec votre prédécesseur en vue d'établir un accord touchant la situation respective de la France et de l'Angleterre en Indo-Chine, et j'ai demandé à votre Seigneurie de vouloir bien me confirmer les dispositions qu'avait témoignées à ce sujet M. le Marquis de Salisbury et qui ont toujours été favorables à l'idée de limiter la zone d'influence de nos deux pays dans cette partie du monde. || Le 23 Décembre suivant, vous avez bien voulu m'adresser par écrit votre réponse et me déclarer que, nulle part, les possessions ou le Protectorat de la Grande-Bretagne ne s'étendraient au delà du Mékong. || Je suis chargé par mon Gouvernement de prendre acte de cette déclaration et je n'aurais qu'à en remercier votre Seigneurie, puisque la limite que vous voulez bien assigner à l'extension à venir de l'autorité Anglaise en Indo-Chine est celle-là même que nous nous étions spontanément déclarés prêts à reconnaître et que votre prédécesseur a accepté. Mais votre Seigneurie ajoute à ces assurances des indications qui, permettez-moi de vous le dire, nous ont causé la plus vive surprise. || En effet, vous voulez bien me faire savoir qu'après avoir suivi avec nous les pourparlers dont j'ai fait men-

Nr. 10439.
Frankreich.
22. Feb. 1893

*) Die in Klammern gesetzten Daten geben das Datum des Empfanges an. Anm. der Red.

Nr. 10439.
Frankreich.
22. Feb. 1893.

tion, c'est avec le Siam que le Gouvernement Britannique a conclu un arrangement dont vous me faites connaître les points principaux. Cet arrangement, dont nous n'avions reçu aucune notification et que nous ignorions, attribuerait non seulement à l'influence Anglaise les territoires situés sur la rive droite du Haut Mékong, mais il porterait même atteinte à notre influence sur la rive gauche où nous avons pourtant expressément et à diverses reprises déclaré que l'action d'aucune Puissance Européenne ne devait, suivant nous, s'exercer en dehors de la nôtre. || Ces indications me paraissent être en contradiction: || 1. Avec les déclarations de votre prédécesseur, qui m'a répété plusieurs fois, quand, au cours de ces dernières années, nous avons discuté cette affaire, que l'Angleterre était encore loin d'atteindre au Mékong et par conséquent m'a donné implicitement l'assurance que la question ne pouvait pas se trouver préjugée au cours même de nos pourparlers. || 2. Avec les déclarations qu'a bien voulu me faire votre Seigneurie elle-même, dans sa communication précitée. En effet, si l'Angleterre déclare borner à la rive droite du Mékong ses prétentions, elle ne peut en même temps, semble-t-il, se disposer à exercer son influence ou son intervention sur la rive gauche. C'est pourtant ce qui se produirait si le Gouvernement de Sa Majesté la Reine donnait suite aux projets dont m'entretient votre Seigneurie et d'après lesquels il songerait à offrir son assistance au Siam pour le règlement d'une question de délimitation entre cet État et l'Empire Chinois, à l'est du Mékong.

Ce résultat serait en opposition absolue avec les préoccupations qui avaient engagé le Gouvernement de Sa Majesté la Reine et celui de la République dans des pourparlers dont nous étions fondés à considérer le principe comme hors de toute contestation et dont le but était précisément d'écarter à l'avance et d'un commun accord, par un arrangement précis, toute possibilité d'un conflit d'influence entre nos deux pays dans ces régions. Pour ce qui nous concerne, notre préoccupation dès l'origine, il n'est pas inutile de le rappeler en ce moment, a été, en outre, de sauvegarder l'indépendance et la neutralité du Siam. C'est dans cette vue que nous avons proposé d'abord de réserver à cet État des contrées s'étendant au sud de la frontière Chinoise, entre la Salouen et le Mékong d'une part, entre le Nam Hou et le Mékong d'autre part, notre renonciation à toute influence sur les territoires situés à l'ouest du Nam Hou ayant pour contre partie la renonciation de l'Angleterre aux territoires situés à l'est de la Salouen. Nous avons plus tard, dans un but de simplification et pour hâter, dans l'intérêt commun, une solution, nous avons proposé de substituer à nos propositions premières un projet par lequel les deux pays auraient borné leur sphère d'influence au Mékong, mais les deux pays également. Lord Salisbury de son côté m'a déclaré plusieurs fois qu'il était personnellement favorable à cette proposition. Quant à nos dispositions et à notre manière de voir concernant la garantie des intérêts du Siam, nous ne les avons modifiées en rien. || Les offres d'assistance que ferait à cette Puissance le Gouvernement Britannique auraient donc incontestablement le carac-

tère d'une immixtion que nous étions d'accord pour prévenir et qui motiverait par conséquent une protestation formelle de notre part. || Aussi je veux espérer, M. le Comte, que vous voudrez bien me mettre en mesure d'adresser à mon Gouvernement les éclaircissements qui lui sont nécessaires sur ce point et, en même temps, que vous verrez comme moi tout avantage à reprendre le plus tôt possible les pourparlers commencés entre votre prédécesseur et moi et à les conclure par un accord définitif. Ces négociations ne sauraient, pensons-nous, être interprétées comme impliquant un danger pour le Siam; car elles ont toujours eu à nos yeux et devront conserver pour base la nécessité d'assurer l'indépendance de cet État.

Waddington.

Nr. 10440. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Frankreich behauptet, die Ostseite des Mekong gehöre nicht zu Siam.

Foreign Office, March 8, 1893.

My Lord, || M. Waddington spoke to me to-day on the subject of the Mekong River and the boundaries of Siam. I pointed out to his Excellency that there seemed to be one initial difficulty. || It was that the Mekong appeared to run through Siam, and that we could hardly say that one part of Siam was under British influence and another part under French. || M. Waddington rejoined, that his Government did not admit that any part of Siam lay on the left bank of the Mekong, but regarded the country lying on that side as belonging to Annam. || I could not conceal my surprise at this communication.

Rosebery.

Nr. 10441. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Ablehnung des französischen Vorschlages über die Begrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, April 3, 1893.

M. l'Ambassadeur, || The note which your Excellency did me the honour to address to me on the 22nd February, with regard to respective spheres of influence of Great Britain and France in the vicinity of the Upper Mekong River, has received the careful attention of Her Majesty's Government. || I must be allowed, in the first place, to correct what appears to be a misapprehension of the tenour of my note of the 23rd December, though it may perhaps be only an inaccuracy of expression. || I did not in that note "declare," as your Excellency says, "that nowhere would the possessions of the Protectorate of Great Britain extend beyond the Mekong." || What I stated was that, under the recent arrangement between Great Britain and Siam, the Mekong would

Nr. 10441.
England.
8. April 1893.

in a part of its course form the boundary between a British Protectorate and the Siamese dominions, but that nowhere would the British possessions or Protectorate under that arrangement extend beyond that river. || In this paragraph of my note I was therefore only dealing with the arrangement concluded between Great Britain and Siam. || In the next paragraph of the note I stated, that Her Majesty's Government were proposing to transfer to China, on certain conditions, the rights over the Province of Kiang Hung, which Great Britain has acquired in virtue of the annexation of Burmah. || There can be no doubt as to the existence of these rights any more than of the rights formerly possessed by Kyangton over the State of Kyaing Chaing, and although Her Majesty's Government are willing to cede them to China on certain conditions, as they have already agreed to cede Kyaing Chaing to Siam, they cannot consent to their being ignored or denied pending the conclusion of an arrangement. If these arrangements with China and Siam be effected the British possessions or Protectorate will, as a matter of fact, here as elsewhere not extend beyond the Mekong. || In ceding to Siam territory to the east of the Mekong, and the eastern portion of which is surrounded by other Siamese possessions, Her Majesty's Government are retrenching the area of the British Protectorate; but it is obvious that if Siam should at any time abandon the district of Kiang Chaing, the rights of the British Crown in regard to the whole of that district, whether lying to the east or the west of the Mekong, would revive. || In any case, Her Majesty's Government cannot consider that any other Government could have any sufficient ground for objecting to the participation of Great Britain in the demarcation of the frontier between Kiang Hung and Kyaing Chaing. || Nor do they think, that such objection could be taken to her affording assistance for the further demarcation of the frontier between districts in the sole possession of China and Siam, if this were desired by the two Powers principally concerned. || But as regards this latter point, I did not go further in my note of the 23rd December than to express a belief that assistance of this description would be to the general advantage. Her Majesty's Government have reason to believe, that the participation of a third Power in the demarcation of the boundaries between countries in the sole possession of China and Siam would be unpalatable to the Chinese Government, and they do not, therefore, intend to make any proposal on the subject. || I have not found in the archives of this Department any record of the assurances which your Excellency states, that you received from Lord Salisbury that he was personally favourable to the proposal that Great Britain and France should declare that their respective spheres of influence should be limited by the Mekong River. I presume, however, that these statements were simply informal expressions of a *prima facie* and purely personal opinion, for I find in his Lordship's despatch to Her Majesty's Minister at Paris, recording the conversation which he had had with you on the 16th February, 1892, and in which you first brought the proposal forward, the following observation: "I

said that the proposal was one of which it was impossible for me to judge without consulting Departments immediately concerned, and that I would communicate his suggestion to the India Office without delay." || Nor have I been able to find any official record of the previous proposal of the French Government now mentioned by you, to reserve to Siam countries extending to the south of the Chinese frontier, between the Salween and Mekong on one side and between the Nam Oo and Mekong on the other. || I find a record of a conversation between your Excellency and Lord Salisbury on the 3rd April, 1889, in which you made unofficially a proposal for the neutralization of Siam, and stated the desire of the French Government to establish that country as a strong independent kingdom, with well-defined frontiers on both sides, by which a permanent barrier might be established between the possessions of Great Britain and France in the Indo-Chinese Peninsula.

Nr. 10441.
England.
3. April 1893.

Your Excellency went on to say: || "It would be necessary, in the first instance, that the frontier between Cochin China and Siam should be fixed, and Her Majesty's Government would no doubt desire a settlement of the boundaries of Burmah. || As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southward to the Mekong, and below that point to make the river the dividing-line between the two countries until it entered the territory of Cambodia. They considered that, both on the French and English side, the boundaries of Siam should be defined up to the Chinese frontier." || Lord Salisbury adds: || "I said that, while fully sympathizing with the general objects indicated by his Excellency, I was unable, without fuller particulars as to the contemplated arrangements, to express an opinion on his proposals, but that I would have the question examined, and that I should be glad if he could let me have more exact details as to the proposed line of frontier between Cochin China and Siam."

On the 27th August following, Lord Salisbury addressed to your Excellency a note, in which he stated that Her Majesty's Government were favourably inclined to such an arrangement as you had proposed, by which a strong independent Kingdom of Siam with well-defined frontiers will be established. He forwarded a Map showing the approximate boundaries of Siam towards the north-west and north, such as they had hitherto been considered by Her Majesty's Government to exist, and stated that, on hearing from you what were the views of the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east, he should be happy to consider with you what step should next be taken for carrying your proposal into effect. He added, that the extent of territory claimed by Siam and the validity of those claims could, of course, only be determined in communication with the Government of Siam itself. || No answer has been received to this note, and Her Majesty's Government have never been placed in possession of the views of the French Government as to the limits of Siam on the east and north-east. They are only aware

Nr. 10441.
England.
3. April 1893.

from the tenour of your Excellency's communication of the 3rd April, 1889, above referred to, that the French Government did not claim to extend the frontier of Cochin China so far as the Mekong, in the neighbourhood of Luang Prabang, and that they further considered that the boundaries of Siam did extend up to the Chinese frontier, and should be defined up to it. || Her Majesty's Government have not attempted to express an opinion, or to enter into any discussion on the question of the proper frontier of Siam towards the French possessions. But they do not consider it admissible, and they scarcely conceive that the French Government can wish to propose, that the two Governments should assume exclusive spheres of influence in territory which actually belongs or which may hereafter be assigned to Siam, and that their respective interests in the independence and integrity of that kingdom should be divided by the Mekong River. Such an arrangement has, as far as I am aware, no precedent in international practice, and seems at variance with the principle of the national independence of Siam, which both Governments wish to preserve. || As regards territories outside of Siam, Great Britain, as I have already explained, has acquired certain rights to the east of the Mekong in virtue of her annexation of Burmah and her Protectorate of Kyangton. Some of those rights Her Majesty's Government have arranged to cede to Siam, and the others they are proposing to cede on certain conditions to China. They have frankly explained their intentions to the French Government, who will see that they are not of a nature to give rise to uneasiness or jealousy on the part of France. But until these arrangements are completed, and they are furnished with some more definite explanations of the views of the French Government with regard to the frontiers of Siam on the east and north-east, it does not seem to them that there is a sufficiently clear basis for a formal engagement between the two Governments with regard to their respective interests and spheres of influence in these regions.

Rosebery.

Nr. 10442. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. — England kann nicht zwischen Frankreich und Siam interveniren.

Foreign Office, April 12, 1893.

Nr. 10442.
England.
12. April 1893.

Sir, || I received on the 7th instant a pressing request for an interview from the Siamese Minister. || As I was unfortunately unable to receive the Minister, Mr. Verney, the English Secretary of the Siamese Legation, called in the course of the afternoon, and communicated a telegram from the Siamese Minister for Foreign Affairs, of which the following is the substance:— || The *modus vivendi* proposed by Siam has been refused by France, who insists upon the withdrawal of the Siamese military and official posts east of the Mekong. In their place Annamite posts will be set up, and the French claims will be pushed forward as far as possible. || The Siamese Government are

unable to grant the terms asked, but will be ready to submit the matter to international arbitration. || The French gun-boat now at Bangkok evidently intends to remain there, and another gun-boat now on the way is expected to arrive on the 8th instant. || Although friendly intentions towards Siam are professed, there is every appearance of forcing unacceptable terms upon the Siamese Government by menaces. Negotiations between the two parties are still pending, but the Siamese Government are determined to resist to the utmost. || The present state of affairs is much more serious than was anticipated, and the Siamese Government are anxious lest excitement should be caused by the presence of French gun-boats at Bangkok and in the centre of trade, and thus injure the interests of all nations concerned. || The Siamese Minister was instructed to see me at once, and ascertain the attitude of Her Majesty's Government. || Mr. Verney called again on the 10th instant, and repeated the Minister's request for an interview. He stated, that a fresh telegram had been received from the Siamese Government to the effect that it was urgent that a protest against the proceedings of the French should at once be presented. || My answer to these communications was to the effect that I regretted sincerely to hear that the relations between France and Siam had assumed so unsatisfactory an aspect, but that I doubted whether the intervention of Her Majesty's Government would tend to improve matters. Arbitration could, of course, only be resorted to if both parties agreed to accept it. It was equally a matter of experience that mediation was rarely, if ever, successful unless both parties desired it, and that an unsuccessful attempt at mediation tended only to embitter the dispute. The Minister must be aware of the unfounded allegations in the French press, that the British Government had, for purposes of their own, been encouraging the Siamese Government to assume an aggressive attitude towards France. These statements and suspicions, however groundless, made it unlikely that representations by Her Majesty's Government on behalf of Siam would tend to allay any irritation which might exist on the part of the French Government. || I thought, therefore, that it would be more prudent if the Siamese Minister refrained from asking for an official interview, which was sure to be noticed in the press, and confined himself to informal communications through Mr. Verney. As regards the protest mentioned in the telegram, it seemed to me that it must be to the French Government that it was to be presented. In the event of its being disregarded, the Siamese Government had still the alternative of appealing generally to all the friendly Powers with whom Siam is in diplomatic relations; but before taking so serious a step they would, I thought, do wisely to warn the French Government of their intention. || I have suggested, that it would be desirable that I should be made acquainted with the exact nature of the French demands, of which we have at present only the vaguest intimation, and a knowledge of which is essential to the proper consideration of the matter.

Rosebery.

Nr. 10442.
England.
12. April 1893.

Nr. 10443. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreichs Forderungen an Siam.

Bangkok, April 13, 1893. (April 13.)

Nr. 10443.
England.
13. April 1893. (Telegraphic.) || I have received your Lordship's telegram of the 12th instant. || The French demands up to the present time are as follows: — || 1. The immediate evacuation by the Siamese of all the posts established since 1888 on assumed Annamite territory. || 2. The immediate release of a Siamese subject who was put into prison by the Siamese Government in 1890 for having raised the French flag on assumed Annamite territory. || 3. The payment to certain French traders of heavy compensation on account of losses which they allege they have sustained owing to the action of Siamese officials in the provinces in the interior. Still, I am inclined to believe that the recent seizures effected by the French on the Lower Mekong will allow them to remain satisfied for the present.

Nr. 10444. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Siams Vorschläge.

Bangkok, April 14, 1893. (14. April.)

Nr. 10444.
England.
14. April 1893. (Telegraphic.) || I have the honour to report, in continuation of my preceding telegram on the questions at issue between France and Siam, that the Siamese continue to maintain their original proposals, viz.: — || 1. The provisional neutralization of the belt of territory within which the frontier common to both countries will be determined. || 2. Actual occupation, modified by such prior rights as may be proved by either one party or the other, shall constitute the basis of possession. || 3. A reference to international arbitration of all questions which it shall be found cannot be possibly settled otherwise. || The French gun-boat sent to Bangkok in the first instance still remains here.

Nr. 10445. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich besteht auf seinen Forderungen.

Bangkok, April 24, 1893. (April 24.)

Nr. 10445.
England.
24. April 1893. (Telegraphic.) || I have the honour to state to your Lordship, that the Siamese Government have been informed by the French Minister that his Government decline to entertain proposed arbitration or to remove their gun-boat from Bangkok before the Siamese comply with their demands. || The Siamese Government are disposed to invite the United States' Government to mediate between them and the French Government.

Nr. 10446. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Bangkok. — Siam soll vorsichtig vorgehen.

Foreign Office, April 24, 1893.

(Telegraphic.) || Referring to your telegram of this day's date respecting the relations between France and Siam, you should take an opportunity of urging prudence on the Siamese Government, and should impress upon them the necessity of abstaining from any action whereby a rupture with France might be precipitated.

Nr. 10446.
England.
24. April 1893.

Nr. 10447. **FRANKREICH.** — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Die Erklärungen Rosebergs über die Begrenzung der Interessensphären widersprechen denen Salisburys.

Londres, le 30 Avril, 1893. (May 3.)

M. le Comte, || Il appartiendra à mon successeur de continuer avec votre Seigneurie les négociations relatives aux sphères respectives d'influence de la France et de l'Angleterre; mais, avant de quitter cette Ambassade, il est de mon devoir de vous signaler quelques inexactitudes qui se sont glissées dans votre dépêche du 3 Avril dernier. || Votre Seigneurie m'écrit qu'elle n'a pas trouvé dans les archives de son Département la trace de la proposition que j'avais faite à Lord Salisbury de réserver au Siam les territoires au sud de la frontière Chinoise entre la Salouen et le Mékong, d'un côté, et entre le Mékong et le Nam Hou de l'autre. Cette proposition a été faite au cours d'un long entretien que j'ai eu avec Lord Salisbury le 4 Avril, 1889, entretien que j'ai consigné par écrit en sortant du Foreign Office en ces termes: — "Comme vous êtes maîtres de l'embouchure de la Salouen, nous proposons que ce fleuve, qui constitue déjà sur une partie de son cours la frontière entre vous et le Siam, le soit dans toute son étendue vers le nord. D'autre part, comme la France est maîtresse des bouches du Mékong, nous proposons pour frontière orientale du Siam le cours de ce fleuve depuis la limite du Cambodge jusqu'à un point à déterminer en aval de Luang Prabang. Cette ville, avec un territoire à déterminer, ferait partie du Siam, et la frontière suivrait ensuite le cours du Nam Hou vers le nord jusqu'à sa rencontre avec la frontière Chinoise." || C'était donc un très grand territoire que nous nous propositions à cette époque de confier au Siam, territoire alors occupé par une foule de tribus plus ou moins barbares et indépendantes; je l'indiquai à Lord Salisbury sur une Carte du Foreign Office qui était déployée devant nous. || Ces premiers pourparlers n'ayant pas abouti, la négociation ne fut sérieusement reprise que le 16 Février, 1892, et alors je proposai pour la première fois formellement à Lord Salisbury de prendre pour limite de nos zones respectives d'influence le cours même du Mékong qui coupe en deux le territoire qu'il était question d'attribuer d'une façon générale au Siam. || Lord Salisbury me

Nr. 10447.
Frankreich.
30. April 1893.

Nr. 10447.
Frankreich.
30. April 1893.

répondit que l'idée méritait un examen sérieux, et qu'il en parlerait à son collègue des Indes. || Le 11 Mai, 1892, j'eus une nouvelle conversation avec votre prédécesseur sur le même sujet. Il me dit alors qu'il était personnellement favorable à l'adoption de la ligne du Mékong, mais qu'il n'avait pas encore reçu le rapport du Ministre des Indes, et il a ajouté: — || "Comme nous sommes encore fort loin du Mékong, mon collègue des Indes ne regarde pas probablement la question comme bien urgente." || Vous trouverez, sans doute, dans les archives du Foreign Office les notes de Lord Salisbury sur ce dernier entretien. || Depuis lors je n'ai plus eu occasion de reprendre le sujet avec lui en détail; mais plusieurs fois il m'exprima incidemment une opinion favorable à la proposition que j'avais faite. Waddington.

Nr. 10448. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die französische Botschaft in London. — Die Unterhandlungen zwischen Waddington und Salisbury über die Abgrenzung der Interessensphären.

Foreign Office, May 12, 1893.

Nr. 10448.
England.
12. Mai 1893.

M. le Chargé d'Affaires, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note addressed to me by M. Waddington on the 30th ultimo respecting certain communications which had passed between his Excellency and my predecessor on the respective spheres of influence of Great Britain and France in the neighbourhood of the Mekong, and which his Excellency considers to be incorrectly described in my note of the 3rd of that month. || M. Waddington refers in the first place to a conversation which took place between him and Lord Salisbury on the 4th April, 1889, and in the course of which he states that he proposed that the Salween should form the frontier between the British possessions and Siam throughout its course to the north, while the Mekong should form the eastern frontier of Siam from the limits of Cambodia up to a point to be fixed below Luang Prabang, that that place with a certain amount of territory to be determined should belong to Siam, and that the frontier should then follow the course of the Nam Ou northwards up to the Chinese frontier. || I transmit to you herewith a copy of a despatch from Lord Salisbury to the Earl of Lytton, which appears to be a record of this conversation, but which is dated the 3rd April, 1889, and states that the interview had taken place on that afternoon. The terms of M. Waddington's proposal are given somewhat differently, but there is nothing in Lord Salisbury's description of it which conflicts with M. Waddington's statement, and I have only to thank his Excellency for supplying some further particulars which Lord Salisbury omitted to record. || Of the conversation to which his Excellency next refers, and which took place on the 16th February, 1892, I find a record in a despatch to Mr. Egerton of that date, of which I also inclose a copy. Lord Salisbury appears to have understood, that the proposal

made to him on that occasion was put forward unofficially, and not formally, and he states that he spoke of it as one of which it was impossible for him to judge without consulting Departments immediately concerned. || Of the conversation which M. Waddington describes as having taken place on the 11th May, 1892, a record exists in a despatch to the Marquis of Dufferin, dated the previous day, as you will see by the inclosed copy of this despatch. Lord Salisbury does not mention, that he offered any opinion on the proposal. M. Waddington states, that Lord Salisbury on this and other occasions expressed himself as personally favourable to it; but I understand that Lord Salisbury does not himself recollect having said more than that an arrangement on the subject between the two Powers was desirable. In any case it would be very natural, that his Lordship should have thought it unnecessary to place on official record an observation of this nature which could have no ground or binding effect, as he had made it clearly understood that a decision could only be taken after the views of the Secretary of State for India had been received and considered. || I think it will be clear from the above that, with the exception of a slight and unimportant discrepancy as to the exact days on which two of the conversations took place, the account of them given in Lord Salisbury's despatches and in my note of the 3rd ultimo substantially agrees with that given by M. Waddington, although certain details were wanting which I am obliged to his Excellency for supplying.

Rosebery.

Nr. 10449. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den englischen Minister des Auswärtigen. — Zusammenstoss zwischen Franzosen und Siamesen.

Paris, May 16, 1893. (May 16.)

(Telegraphic.) || News from the Mekong has just been received by the Siamese Government that many Annamite soldiers and some French officers have been killed in a fight which took place on the Mekong on the 3rd instant. Loss on the Siamese side inconsiderable. || French officer in command, Captain Thoreux, a prisoner, but well treated. || The French Minister for Foreign Affairs had received no confirmation of this late last night. Report emanates from a Bangkok telegram to Siamese Legation here.

Nr. 10449.
England.
16. Mai 1893.

Nr. 10450. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll den Bruch mit Frankreich vermeiden.

Foreign Office, June 4, 1893.

(Telegraphic.) || Private information has reached me from Paris to the effect that the Siamese have refused the demands made on them by the French Government, and that it is probable that the Siamese Minister in Paris will

Nr. 10450.
England.
4. Juni 1893.

Nr. 10450. demand his passports. || You should urge the Siamese Government, if any
 England. opportunity occurs, to consider how extremely important it is to avoid a breach
 4. Juni 1893. of friendly relations between the two countries. || The Siamese Government can
 surely have no grounds for refusing the demand made by France that they
 should use their best endeavours to obtain the liberation of the French officer
 who was taken prisoner, if it be true, as they assert, that the encounter
 occurred in territory over which they claim that their authority extends, and
 was in opposition to their wishes and instructions.

Nr. 10451. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den eng-
 lischen Minister des Auswärtigen. — Ermordung
 Grosgurins durch Siamesen.

Paris, June 17, 1893, 12.50 P.M. (June 17, 3 P.M.)

Nr. 10451. (Telegraphic.) || Following appeared in this morning's press from the
 England. Governor-General of French Indo-China: —
 17. Juni 1893.

“Do-Son, 15 Juin, 6.20 soir.

Je vous signale une trahison dont s'est rendu coupable le Mandarin
 Siamois qui occupait le poste de Cam-Mon. Sur l'injonction du Résident
 Luce il avait remis ses fusils et regagnait le Mékong, reconduit par l'Inspecteur
 de la Milice Grosgurin, qui le protégeait contre la vengeance des habitants,
 s'en remettant aux deux Gouvernements du soin de régler la question. Arrivés
 à King Kien l'Inspecteur Grosgurin étant tombé malade, le Mandarin a fait
 venir d'Houtènc, sur la rive droite du Mékong, une bande de Siamois armés
 qui ont cerné la maison de l'Inspecteur et massacré les quatorze miliciens de
 son escorte. Lui-même d'un coup de revolver a assassiné dans son lit
 l'Inspecteur qui y était cloué par la maladie.”

Nr. 10452. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Bangkok an den Minister
 des Auswärtigen. — Siam will Genugthuung für die
 Ermordung Grosgurins geben.

Bangkok, June 19, 1893. (June 19).

Nr. 10452. (Telegraphic.) || With reference to the reported massacre of M. Grosgurin,
 England. a French officer, with fourteen Annamites at Kammuen, M. Pavie now demands
 19. Juni 1893. satisfaction from the Siamese Government. || The latter are willing to make
 reparation if the French account of the incident is confirmed; but it rests
 solely upon the statements of three Annamites who are said to have escaped
 and the particulars which they give are improbable in many respects. It is
 impossible to get any news of what really happened in less than a fortnight.

Nr. 10453. ENGLAND. — Der englische Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Die französischen Forderungen.

Bangkok, June 19, 1893. (June 19.)

(Telegraphic.) || The proposal of the Siamese Government to send a Special Mission to Paris has been refused by the French Government, who insist that certain personal claims at Bangkok should first be settled. The Siamese Government have replied, that they do not wish to ask for any favour, but merely to obtain a conciliatory solution of all points of dispute between the two countries. They cannot separate these.

Nr. 10453.
England.
19. Juni 1893.

Nr. 10454. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England hofft, nicht in den französisch - siamesischen Konflikt verwickelt zu werden.

Foreign Office, June 19, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires informed me to-day, that he had written to his Government, pointing out the conciliatory nature of my reply to Lord Lamington's question in the House of Lords respecting Siam. || I observed, in reply, that I had held aloof most carefully from any contact with the question. I appreciated the difficulties which the French Government had to meet, and, bearing them in mind, would certainly consider as confidential the assurance that we should be informed were any new movement of the French fleet intended. All this showed the friendly disposition I desired to evince, for Her Majesty's Government hoped not to be drawn into the question at all. But, of course, our interests in that region were great, and I might, against my will, be obliged to intervene.

Nr. 10454.
England.
19. Juni 1893.

Rosebery.

Nr. 10455. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, June 19, 1893. (June 20.)

My Lord, || During the course of a visit I paid to M. Develle to-day, I touched upon the subject of the occupation of the Island of Samit, reported in the French press. He said, that the island belonged to Cambodia, though from an observation he subsequently made, he seemed to admit that this might be a point open to discussion. He again repeated his assurance, that there was no intention of sending the French fleet to Bangkok. It had been ordered to concentrate off Saigon, in view of late events in Siam, and espe-

Nr. 10455.
England.
19. Juni 1893.

Nr. 10455.
England.
19. Juni 1893.

cially of the recent murder of a French official by the Siamese. The French Government intended to insist upon reparation for that outrage, as well as upon satisfaction in reference to their other subjects of complaint. Under similar circumstances the English Government would not have hesitated for a moment to display equal energy. If, however, the required reparation were refused, it would be necessary to consider what further steps remained to be taken; but even in this contingency I did not understand his Excellency to imply that an advance upon Bangkok was in his mind. || I had already received, through Mr. Phipps, an assurance from the French Foreign Office authorities that any further movements of the French fleet would be communicated to this Embassy or to London.

Dufferin and Ava.

Nr. 10456. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Offizieller französischer Bericht über den Tod Grosgurins.

Paris, June 27, 1893. (June 28.)

Nr. 10456.
England.
27. Juni 1893.

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship the text of a telegram, published this day, from the Governor-General of French Indo-China respecting the recent murder of Inspector Grosgurin and his escort in Siam.

E. C. H. Phipps.

Inclosure. Newspaper Extract.

M. Delcassé vient de recevoir de M. de Lanessan le télégramme suivant, qui confirme la trahison de Kenkiec, et fait connaître les circonstances dans lesquelles elle s'est produite: —

“Haiphong, le 25 Juin, 1893.

“Le Résident Luce vient d'arriver. Il m'a confirmé tous les renseignements et toutes les appréciations que je vous avais télégraphiés d'après lui relativement à l'assassinat de l'Inspecteur Grosgurin et au massacre de son escorte. Voici comment les faits se sont passés: — || En abandonnant son poste de Cammon, le Mandarin Siamois remit à M. Luce une lettre où il disait en substance: — || ‘Puisque je suis obligé de quitter ce poste, je vous le remets ainsi que tout son territoire, et, plus tard, nos deux Gouvernements décideront, d'après les cartes, à qui doit appartenir le pays.’ || M. Luce fit réunir lui-même les éléphants nécessaires pour transporter le Mandarin Siamois et ses bagages, et annonça à ce dernier qu'il lui donnerait une escorte de vingt hommes, commandée par l'Inspecteur Grosgurin, pour le protéger contre la vengeance des habitants, dont il était détesté. || Pendant les deux premiers jours de la route, la conduite du Mandarin Siamois fut convenable, mais l'In-

specteur Groscurin ayant été obligé de s'arrêter et de s'aliter, en proie à un accès pernicieux très grave, le Mandarin commença à menacer les habitants de représailles, et écrivit ensuite au Gouverneur Siamois d'Houtène, sur la rive droite du Mékong, le pressant de venir avec tout son monde à Kenkiec pour le délivrer. || Quelque temps après, l'Inspecteur Groscurin étant toujours malade dans une paillotte Laotienne, une troupe de 200 Siamois armés arriva d'Houtène. Le Mandarin Siamois, suivi de trois officiers de cette troupe, demanda à Groscurin un entretien. Les miliciens de l'escorte voulurent prendre leurs armes; mais Groscurin le leur défendit, disant que les Siamois venaient non pour se battre, mais pour s'entretenir avec lui. || Cependant, à peine entré, et après avoir adressé quelques mots à Groscurin, le Mandarin, dirigeant son revolver sur ce dernier, le tua d'un coup à la tête. || En entendant le coup de revolver, ce qui était sans doute le signal convenu, les Siamois se jetèrent sur les armes des miliciens, et en assassinèrent dix-sept, les trois autres, ayant pu s'échapper et regagner le poste Français, à Cammon, où ils ont rapporté ces détails, qui concordent pleinement d'ailleurs, avec le récit fait par les habitants." Nr. 10456.
England.
27. Juni 1893.

Nr. 10457. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Frankreich will die Unabhängigkeit und Neutralität Siams nicht gefährden.

Foreign Office, June 28, 1893.

Sir, || In reply to an inquiry which I addressed to him, the French Chargé d'Affaires informed me to-day, that he had no recent news from Siam. || I observed, that we were naturally interested in the affairs of that country, as being those of a neighbouring kingdom in which we had large interests. The Siamese were unable to tell us what were the demands of the French Government and what were the wrongs the French Government alleged. Therefore, though I did not wish to mix myself up with the affair at this stage, I was naturally anxious to have some information. || M. d'Estournelles said he thought ample assurances had been given by M. Develle to Lord Dufferin, and that it had always been stated that there was no idea of any attack on the neutrality or independence of the Kingdom of Siam. || He then dwelt at some length — but speaking, as he said, personally — on the attempts that had been made by the French Government to come to an understanding with Her Majesty's Government for the establishment of the Upper Mekong as the dividing line between British and French interests. On this point our discussion was purely academic; but I took occasion to repeat, that we had not intervened between France and Siam, hoping that matters would not proceed so far as to demand our intervention in any shape or form. Nr. 10457.
England.
28. Juni 1893.

Rosebery.

Nr. 10458. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Englische Matrosen in Siam.

Paris, June 29, 1893. (June 29.)

Nr. 10458.
England.
29. Juni 1893.

(Telegraphic.) || M. Develle, whilst making casual reference to a report that British sailors were instructing the Siamese in torpedo practice, repeated the assurances which he had already given, that no active steps will be taken at Bangkok without previous information being given to Her Majesty's Government. || He also expressed his satisfaction at the language employed by your Lordship yesterday in the House of Lords.

Nr. 10459. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Dasselbe.

Foreign Office, June 29, 1893.

Nr. 10459.
England.
29. Juni 1893.

(Telegraphic.) || I will make inquiry as to the report mentioned by M. Develle, and referred to in your telegram of to-day, that instruction in torpedo practice is being given to the Siamese by British sailors. || No information has reached me that anything of the sort is being done; but it is possible that there may be some British subjects employed in the Siamese navy.

Nr. 10460. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Bewegungen der französischen Flotte.

Foreign Office, June 29, 1893.

Nr. 10460.
England.
29. Juni 1893.

(Telegraphic.) || Lord Dufferin's despatch of 19th instant. || It might be well that you should remind the French Foreign Office of M. Develle's promise that we should be informed beforehand of any further movements of the French squadron which has been ordered to Saigon. According to the newspapers the fleet are advancing in the direction of Bangkok.

Nr. 10461. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, June 30, 1893. (June 30.)

Nr. 10461.
England.
30. Juni 1893.

(Telegraphic.) || M. Develle informs me, that no notice should be taken of apparent "communications" in the press on Siamese matters. None such have been authorized by him. || France, his Excellency declares solemnly, has no intention of interfering with Siamese integrity, but release of Captain Thoreux, which was promised five weeks ago, must be obtained, as also redress for two separate acts of abuse. || M. Develle fears lest Siamese may be encouraged in their resistance to French claims by the language used by Sir Edward Grey yesterday in the House of Commons.

Nr. 10462. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Englische Matrosen in Siam.

Foreign Office, June 30, 1893.

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday. || I have received a telegram from Captain Jones stating, that report referred to in your telegram of yesterday as to English sailors instructing Siamese in torpedo practice is wholly without foundation.

Nr. 10462.
England.
30. Juni 1893.

Nr. 10463. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — England hat Siam nicht zum Widerstande ermuthigt.

Foreign Office, July 1, 1893.

(Telegraphic.) || With reference to your telegram of yesterday, I have to state to you, that no encouragement whatever has been given by Her Majesty's Government to the Siamese to offer resistance to the French troops. For some time past I have had no personal communication with the Siamese Legation in London; but Her Majesty's Minister at Bangkok has received strict injunctions to advise the Siamese Government to arrange their differences with the French in a friendly manner. || Her Majesty's Government would indeed be glad to contribute, as far as lies in their power, to the attainment of such a result. || But in view of the possibility that on the approach of the French fleet a rising of the native population at Bangkok may occur, causing danger to life and property, it is necessary that some of Her Majesty's ships should be on the spot for the protection of British commercial interests, which are dominant at that place. || I have had much pleasure in taking note of the pacific assurances you have received from the French Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10463.
England.
1. Juli 1893.

Nr. 10464. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich verlangt von Siam nur Abstellung von drei Beschwerden.

Paris, June 30, 1893. (July 3.)

(Extract.) || M. Develle this evening expressed to me his apprehensions lest the language used by the Under-Secretary of State for Foreign Affairs in the House of Commons yesterday should encourage the Siamese Government in their attitude of resistance to the legitimate demands of France. || His Excellency said he could give me a solemn assurance, that the French Government had no idea of interfering with the integrity of the Siamese Empire. But France had three grievances which must be redressed. || About six months ago the property, valued at about 80,000 fr., of a French merchant had been seized and sold. A French factory had also been destroyed, and finally Cap-

Nr. 10464.
England.
30. Juni 1893.

Nr. 10464.
England.
30. Juni 1893.

tain Thoreux had been captured by the Siamese, and had not been given up, in spite of repeated promises made during the last five weeks. There was also the murder of M. Groscurin, committed by a Siamese Mandarin, for which his Government must be held responsible. || Only a few days ago his Excellency had told the Siamese Representative that, if the fresh promises were broken and these grievances were not redressed, the French Minister would be withdrawn from Bangkok, when Prince Vadhana would receive his passports. || As yet the French Government, animated by feelings of longanimity, had effected but one operation, and that a pacific one. All the Siamese posts on the left bank of the Mekong had been removed without collision, and the removal of the last of these posts had been necessary in order to prevent Tonquin being cut off from Annam. France had also taken possession of Samit, and when an attempt had been made on the part of the Siamese to interfere, they had been driven off. But if Captain Thoreux were not given up, and any further attempts made to temporize, France would have to get redress by arms. || His Excellency could not help regretting the announcement made by Sir Edward Grey of the arrival of a second, and perhaps of a third, British ship, as tending possibly to encourage Siam in its recalcitrant attitude. || M. Develle finally observed, apparently still referring to Sir E. Grey's speech, that no communications which had appeared in the press had been authorized by him; he objected to such a mode of conveying the intentions of the Government, and he hoped that no attention would be paid to them.

Nr. 10465. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger.

Foreign Office, July 3, 1893.

Nr. 10465.
England.
3. Juli 1893.

Sir, || I received a visit to-day from the French Chargé d'Affaires, who called to furnish me with a spontaneous explanation from M. Develle respecting the course of affairs in Siam. He said, with some strength of language, that for the last ten years France had been suffering a series of paltry wrongs and encroachments on the part of Siam, which she had hitherto been too much occupied by the difficulty of organizing her administration in Tonkin to resent. Of late, however, she had thought it necessary to do so, as well as to assert her right to the left bank of the Mekong. The Siamese had resisted these proceedings, had fired on the French troops, and had also captured a French officer, whom they had promised to deliver up, though they had not done so. || I asked if it were not the fact that Captain Thoreux was coming from the Mekong by land, and whether it did not take a long time to make the journey. || M. d'Estournelles said, that was the fact, and that this prolonged journey was a further aggravation. In any case, the Siamese had shown backwardness and tardiness in offering satisfaction for this outrage,

and the French Government could wait no longer. He then went on to complain of the language of Sir E. Grey in the House of Commons, as tending to give an impression in Siam and in France that Great Britain was giving her support to the Siamese. || This view I at once contested, stating that I did not think Sir E. Grey's words could be so interpreted. The dispatch of British ships to Siam was rendered necessary by the fact that our merchants loudly demanded protection, not against France, but against a native rising which they feared was imminent. Complaints had been already made that I was too supine in the matter, but if a rising were to take place, and British life and property were to be injured, I should be very seriously and justifiably attacked. || I reminded M. d'Estournelles, that the official map published in France showed that the places recently invaded by the French were in Siamese territory. But I had always sedulously kept aloof, and I authorized him to tell M. Develle, that from the very inception of this business I had never seen the Siamese Minister or any one connected with him. On the other hand, through Sir T. Sanderson and through Her Majesty's Minister at Bangkok, I had inculcated the desirability of coming to a prompt understanding and peaceful settlement with France, which should include all pending difficulties, and settle the frontier question on a permanent basis. Further, with regard to the ships sent to Bangkok, I gave him full authority to assure M. Develle, that they were dispatched with the single object of protecting British life and property. || M. d'Estournelles, who had made some observations in reply to my first remarks, thanked me for the latter part of this communication.

Rosebery.

Nr. 10466. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dem französischen Minister ist mitgetheilt, dass England Siam nie ermuthigt hat.

Paris, July 5, 1893. (July 6.)

My Lord, || I have the honour to inclose copy of a note which I addressed to the French Minister for Foreign Affairs, conveying the substance of your Lordship's telegram of the 1st instant, relative to the attitude of Her Majesty's Government in the Siamese question. || I thought it useful at the same time, in accordance with the suggestion previously made by your Lordship, to place officially on record M. Develle's assurances in regard to any movements of the fleet towards Bangkok. || I take this opportunity of pointing out, that M. Develle, in his conversation with me on the 30th ultimo, made a declaration that the French Government had no intention of interfering with the integrity of the Siamese Empire.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10465.
England.
3. Juli 1893.

Nr. 10466.
England.
5. Juli 1893.

Nr. 10466, Inclosure. Englische Botschaft an den französischen Minister des Auswärtigen.
 England.
 5. Juli 1893.

Paris, July 1, 1893.

M. le Ministre, || I did not fail to communicate to Lord Rosebery the observations which your Excellency made to me during the course of our interview yesterday relative to the questions at issue between the French Government and that of Siam. || His Lordship, whilst taking note with pleasure of the pacific assurances thus conveyed by your Excellency, states to me, that the Siamese Government are undoubtedly not encouraged by that of Her Majesty in the attitude of resistance to which your Excellency made reference. Whilst Lord Rosebery has not been for some time past in personal communication with the Siamese Legation in London, Her Majesty's Minister in Bangkok has received strict orders to recommend there the conclusion of a friendly arrangement with the French Government, and Her Majesty's Government would gladly take any steps in their power to contribute to such a result. But in view of the possibility, to which your Excellency also was fully alive, of a native rising at Bangkok, caused by the rumoured approach of the French fleet, and to the dangers which might result therefrom to life and property, it appears to Her Majesty's Government necessary to have ships to protect the British commercial interests which there are dominant. || I may add, that I have not omitted also to convey to Her Majesty's Government the various assurances given by your Excellency that any further movements of the French fleet will be intimated to them.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10467. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. Siam will den Kapitän Thoreux ausliefern.

Bangkok, June 6, 1893. (July 10.)

Nr. 10467, (Extract.) || I inclose herewith a copy of the note verbale tendered to the
 England.
 6. Juni 1893. French Minister here on the 2nd instant by the Siamese Minister for Foreign Affairs, on the matter of the rendition of the French prisoner, Captain Thoreux. || It has been decided to surrender this officer to the French Minister at Bangkok, and he will be brought here as soon as possible from Bassac, on the Mekong, where he is now detained.

Inclosure. Note Verbale.

M. Pavie asks from the Government of His Majesty the King the release of Captain Thoreux. His demand is based on the fact that, as it was telegraphed to him by his Government, the Siamese Government had expressed regret for the capture of Captain Thoreux. || Prince Devawongse answers, that the fact of the regrets expressed in the before-mentioned sense of an apology must rest on a misunderstanding on which he had already the opportunity to give explanations in a preceding interview. As for the release of Captain Thoreux, His Majesty's Government would be quite prepared to give a fa-

vourable answer if it is asked as an act of courtesy and of good-will towards a Power with which they desire to remain on peaceful terms; but they cannot admit, even indirectly, that, in capturing Captain Thoreux when in command of an aggressive and hostile expedition they acted wrongly, or would act wrongly, in doing the same in similar circumstances. || In compliance with a demand of M. Lanessan, M. Pavie remarks, that the French did not capture any Siamese. || Prince Devawongse replies, that he is not yet sure if this is the case or not, but that the main question is, if the capture of Captain Thoreux is, or is not, legitimized by an act of war, which, in any case, he hopes may not be followed by others.

Foreign Office, Bangkok, June 2, 1893.

Nr. 10467.
England.
6. Juni 1893.

Nr. 10468. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich will zwei weitere Kriegsschiffe in die siamesischen Gewässer schicken.

Bangkok, July 11, 1893. (July 11.)

(Telegraphic.) || A communication has been addressed to the Siamese Government by M. Pavie on behalf of the French Government, in which he states that it has been decided to send two more French gun-boats to Siamese waters for the protection of French subjects during the present state of uncertainty. The reason given is that Her Majesty's Government have ordered several ships to proceed for this object, and that the French Government are only following the example initiated by other Powers. M. Pavie states, that these vessels can arrive off the bar at the mouth of the river on the 13th instant, and the French Admiral asks that arrangements may be made for supplying them with pilots, and that they may be permitted to proceed to Bangkok according to what he considers to be a right under the Treaties. || The answer of the Siamese Government is to the effect, that they have received no notice that Her Majesty's Government intend to send ships to Bangkok or to any other point on the Menam besides Her Majesty's ship "Swift", which now lies off the British Legation, just as the French gun-boat "Lutin" is anchored near the French Legation. They suppose, that as the French Government wish to act similarly with Great Britain and the other Powers, they will not send any more ships up the river. They observe, that the initiative was certainly taken by the French Government, and that this was done on the 14th March in the most menacing manner. If the French gun-boat were to be withdrawn even now, tranquillity and confidence would be restored. They protest against the claim, that any foreign Power can, as a matter of absolute right, send as many ships as it thinks fit to Bangkok. Siam would thereby be deprived of her natural right to protect herself, and if she were to accept such an interpretation of the Treaties she would thereby abdicate her right to maintain her own independence.

Nr. 10468.
England.
11. Juli 1893.

Nr. 10469. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — England glaubt nicht an ein feindliches Vorgehen Frankreichs.

Foreign Office, July 12, 1893.

Nr. 10469.
England.
12. Juli 1893.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Government have been informed from Bangkok of a rumour, that the French Admiral threatens to enter the river by force. We place no belief in this report, as we have absolute confidence in the assurances which have been given to us by M. Develle. It is said, however, that the Admiral's action is based upon the fact that three of Her Majesty's ships are to remain in the Menam. It may be well, therefore, that, when you communicate to the French Government the statements above referred to, you should mention that the two additional ships, which have recently been ordered to proceed to Siamese waters for the protection of British subjects, will not cross the bar of the river, and that Her Majesty's ship "Swift" will alone remain off Bangkok, where she has been lying for some weeks. Such rumours as I have above referred to must necessarily tend to produce the very agitation which it is desired to guard against, and we cannot but regret that they should arise.

Nr. 10470. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, July 13, 1893. (July 13.)

Nr. 10470.
England.
13. Juli 1893.

(Telegraphic.) || By the 15th Article of the Treaty of 1856, French ships are allowed to advance as far as Paknam, and from thence, the Siamese Government having been previously warned, they may proceed to Bangkok; but I am informed by M. Develle, that the ships already sent will remain outside the bar, and that the intention of sending others to Bangkok has been abandoned in consequence of my last night's communication. Moderation is thus shown. || I am reporting fully by bag to-night; but I am sure, from the language used by the Minister for Foreign Affairs, the principal grievance is the retention of Captain Thoreux. French may be obliged to proceed to extreme measures unless this officer is at once handed over. || Such action on the part of the Siamese would have a calming effect here.

Nr. 10471. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dasselbe.

Paris, July 13, 1893. (July 14.)

Nr. 10471.
England.
13. Juli 1893.

My Lord, || On receipt of your Lordship's telegram of yesterday I at once addressed a private communication to M. Develle on the subject of the proposed action attributed to the French Admiral in Siamese waters, and I called upon his Excellency by appointment this afternoon, in accordance with a desire which I had expressed. M. Develle stated that, under the circumstances ex-

plained by me, it had been decided that such French ships as would be sent would remain outside the bar, leaving only the "Lutin", as at present, off Bangkok; but in doing this he added, that the French Government were exhibiting a continuance of the moderation which they had already evidenced. The XVth Article of the Franco-Siamese Treaty of 1856 was explicit, and allowed French ships to penetrate into the river as far as Paknam, and, after previous warning to the Siamese Government, to proceed to Bangkok. The intentions of the French Government had been founded on rumours, similarly current at Bangkok, as to the immediate arrival of British ships, rumours which were corroborated by Sir E. Grey's language. || I said, that the intentions of Her Majesty's Government had been based upon the necessity of protecting our commercial interests in Bangkok, where, as his Excellency was aware, we absorbed three-quarters of the trade. As I understood, we did not enter into the merits of such grievances as France might have against Siam; but it was obvious that, if a powerful nation which had litigious international questions with a weak Power were to make an imposing naval demonstration within its territory, the latter would be deprived of all power of defending itself. || M. Develle replied, that the patience and moderation of the French Government proved that this consideration was not lost sight of, but Captain Thoreux was not yet given up, and if in a few days that were not achieved, France would have to take further measures. I reminded his Excellency, that your Lordship had expressed a desire to smooth down, in any manner possible, pending differences, and asked whether that was the principal point to which he attached importance.' || M. Develle said, that it was now admitted by the Siamese that M. Groscurin was murdered in cold blood, and in his bed, and the only point was how far such act had been the result of any attack by Annamite soldiers. As to Captain Thoreux' being given up, French dignity did not permit of asking for the intervention of any foreign Power in order to secure this legitimate demand, which, if not acceded to, would have to be enforced.

Nr. 10471.
England.
13. Juli 1893.

Nr. 10472. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Fordert Aufklärung über das Vorgehen zweier französischer Kriegsschiffe.

Foreign Office, July 14, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your telegram of last evening, reporting that M. Develle had abandoned the intention of sending additional ships of war to Bangkok. But at the same time that your telegram arrived conveying his assurances I received one from Her Majesty's Minister at Bangkok stating that the French ships had passed the bar and ascended the Menam. || I do not doubt the good faith of M. Develle himself, but I also believe that the French Government are drifting into a position of extreme gravity owing to the action of their officers, which appears to be uncontrolled and irrespon-

Nr. 10472.
England.
14. Juli 1893.

Nr. 10472. sible. || Already material injury has been done to British trade, and this last
England. movement on the part of the French ships has seriously increased the pro-
14. Juli 1893. bability of a rising, which would imperil the lives and property of all foreign
residents. || You should impress on M. Develle the difficult position in which
Her Majesty's Government are placed as to giving such an explanation of the
facts as may neither arouse indignation in this country nor cause offence in
France, either of which contingencies might imperil the maintenance of our
friendly relations. || Questions will certainly be asked in one or both Houses
of Parliament this afternoon, and I trust that M. Develle will supply me with
the means of replying to them.

Nr. 10473. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des
Auswärtigen. — Die französischen Schiffe haben
die Instructionen nicht erhalten.

Paris, July 14, 1893. (July 14.)

Nr. 10473. (Telegraphic.) || With reference to your Lordship's telegram of to-day,
England. M. Develle, at the review this afternoon, explained recent events as follows: — ||
14. Juli 1893. Three days ago orders were dispatched to Admiral Humann, under the circum-
stances then existing, to send additional ships to Bangkok, not to attempt to
force the passage of the river, but to enter a protest should admission be
refused. || On the 12th the orders given were to remain outside the bar. || Ap-
parently the modified orders had not been received; but the Siamese, instead
of protesting, opened fire on the ships, in violation of the Treaty of 1856. ||
Upon his Excellency expressing his annoyance at this misunderstanding, I there-
fore inquired whether the additional ships would be withdrawn. || His Excellency
replied, that he was too incompletely informed as to circumstances to be able
to reply, but that he would see me the following morning; that the whole
affair must, however, now be brought to a conclusion. || His Excellency will
see me to-morrow.

Nr. 10474. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des
Auswärtigen. — Note an den französischen Minister
des Auswärtigen über die Haltung der französischen
Schiffe in Siam.

Paris, July 14, 1893. (July 15.)

Nr. 10474. My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship
England. copy of a note which I addressed to M. Develle this morning, confirming in
14. Juli 1893. an official form the communication which I had addressed to his Excellency
on the evening of the 12th instant on receipt of your Lordship's telegram of
the 12th instant on the subject of the proposed action of the French Admiral
in Siamese waters.

E. C. H. Phipps.

Inclosure.

Paris, July 14, 1893.

Nr. 10474.
England.
14. Juli 1893.

M. le Ministre, || In confirmation of the private communication which I addressed to your Excellency on the evening of the 12th instant, I have the honour to inform your Excellency that, according to advices received by Her Majesty's Government from the British Minister at Bangkok, a rumour was current there that the French Admiral threatened to force an entrance into the Menam River. || Her Majesty's Government feeling absolute confidence in the assurances conveyed by your Excellency, did not place credence in that report. Nevertheless, as the proposed action attributed to the French Admiral was stated to be based on the fact that three of Her Majesty's ships were remaining in the River Menam, Her Majesty's Government had instructed me to state, that the additional ships intended for the protection of British subjects had been intended to remain outside the bar, whilst the "Swift" would remain in the river, where it had been for some weeks past. || I added, that Her Majesty's Government regretted the rumour to which I have referred as tending to produce that agitation against which Her Majesty's Government was desirous to guard.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10475. **ENGLAND.** — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. Die französische Regierung hat seit dem 13. keine Nachricht aus Siam.

Paris, July 15, 1893. (July 15.)

(Telegraphic.) || M. Develle, whom I have just left, is afraid that telegrams have been intercepted, as since he received the actual report of what occurred on the 13th, his Excellency has had no information telegraphed to him. || Admiral Humann, in a telegram from Saigon, talks of an ambuscade, and the Commander of French ships reports, that fire was immediately opened upon them, whereas on the other hand the Siamese Minister asserts, that a warning was given by the firing, first of blank cartridges and then of shots intentionally aimed wide. || An entry was to be attempted on the 8th, under the circumstances which then existed, and if refused permission to do so, they were to retire after protesting. Hostilities were under no circumstances to be provoked until matter had been referred home. || On the receipt of British assurances orders were issued on the evening of the 12th July that they were not to cross the bar.

Nr. 10475.
England.
15. Juli 1893.

Nr. 10476. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Erklärung der Regierung im Parlament.

Foreign Office, July 17, 1893.

(Telegraphic.) || Following statement was made in both Houses of Parliament this afternoon: — || "In order to consider justly and dispassionately the

Nr. 10476.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10476.
England,
17. Juli 1893.

present position of affairs between France and Siam, it is necessary to keep distinct several questions which, from the course of events, have become intermingled. But it is right to premise, that perhaps the main difficulty in forming any conclusion on those questions lies in obtaining clear and definite information; and in the absence of such information Her Majesty's Government are not prepared to offer any decided opinion as to the merits of the various points at issue. || "There are, first of all, certain claims by the French Government for compensation for losses suffered by some French merchants and travellers in consequence of the action of Siamese officials. These are not of large amount; but the French Government appear to have laid stress on these being satisfied as a preliminary to negotiations on more important matters; while the Siamese Government have made difficulties and objections which have not yet been withdrawn. || "There is, secondly, the question of the frontier between France and Siam in or adjacent in the Mekong Valley. This is a question of a complicated character on which Her Majesty's Government have not sufficient information to pronounce a definite opinion, and in which — provided it be kept within certain limits and does not assume such proportions as to affect the independence and integrity of the Siamese Kingdom — Great Britain is not directly interested. || "There is, thirdly, the question of the capture of a French officer, Captain Thoreux, and the alleged murder of another, with some Annamite soldiers. It is reported in the papers this morning, that Captain Thoreux, whose liberation was promised by the Siamese Government some time ago, has now been actually conveyed into French territory and surrendered. In regard to the other incident, the facts are contested, and it is not known what the demands of the French Government may be. || "Fourthly, there is the forcible ascent of the Menam by two French gun-vessels against the opposition of the Siamese authorities. In regard to this act, we are not at present in possession of all the facts, the information received by Her Majesty's Government being little, if at all, more than that which has appeared in the public press. But there is reason to believe, that it was contrary to the directions of the French Government, and to the expressed wish of the French Representative at Bangkok. It is absolutely necessary to await more detailed information before an opinion can be pronounced on the merits of the question. Our last advices from Paris, however, state, that the French Commanders positively assert that they were subjected to an unprovoked fire in the exercise of their undoubted right to ascend as far as Paknam. || "Fifthly, there is a question of the protection of British subjects and property and those of other European Powers at Bangkok. Her Majesty's Government have for some time past been making provision for this; they are assured by the naval authorities that the arrangements are complete, and the force sufficient. Should more ships be required they will be immediately available. || "Finally, there is the question of the integrity and independence of Siam. Her Majesty's Government are fully sensible, that this is a subject of grave im-

portance to the British, and more especially to the British Indian, Empire. But the French Government declare themselves to be not less anxious than ourselves to maintain and respect that independence and integrity. || "Her Majesty's Government are fully alive to their responsibilities in this matter, and they will not lose any opportunity which may present itself of facilitating a satisfactory solution."

Nr. 10476.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10477. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich fordert die Abtretung des linken Mekongufers.

Paris, July 17, 1893. (July 17.)

(Telegraphic.) || Following is M. Develle's full statement of facts and intentions: — || The original declarations of the French Government were to the effect that an attack on Bangkok was not contemplated. Should such necessity be forced upon it, information would, in view of important commercial interests and large number of subjects, be in due time conveyed to Her Majesty's Government in order that necessary protective measures should be adopted. || Subsequently declarations of a similar nature were exchanged to the effect that the forces on the spot should not be increased. || The additional French ships, under orders to proceed as far as is allowed by Treaty of 1856, left Saigon on the 10th; but it was understood that, as above indicated, in consequence of arrangements subsequently made with Siamese Government, which were communicated to Her Majesty's Government, that, pending receipt of instructions, French ships should wait at bar. || They were subjected to unprovoked fire at bar, where they had intended to remain; they returned fire after they had received two discharges. Fire was then opened upon them by Siamese fleet and by island, and in consequence they proceeded to Bangkok without stopping at Paknam. || French Government had so little contemplated undertaking hostilities that they had dispatched M. Le Myre de Vilers on the 8th from Paris. His instructions were to come to a settlement with the Siamese Government of the grievances at issue, involving the cession of the left bank of the Mekong and pecuniary compensations necessary. || As regards the future, an undertaking cannot be given by the French Government that they will withdraw ships which have just been exposed to an unprovoked attack. If placed in similar circumstances Her Majesty's Government would not act otherwise. Making exception for their demand for the cession of the left bank of the Mekong, French Government declare, that they do not intend to interfere with the integrity of the Siamese Kingdom. || French demands for indemnity will, of course, be increased by the destruction of the "Say." A considerable interruption in telegraphic communications has occurred, and the information to hand is for the most part incomplete. It is even unknown whether the positive orders given to the French naval officers were disobeyed in any respect.

Nr. 10477.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10478. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam bittet um die Vermittlung Englands.

Foreign Office, July 17, 1893.

Nr. 10478.
England.
17. Juli 1893.

(Extract.) || The Siamese Minister sent to me on the 15th instant a message requesting that I would see him in the course of the day. || I thought it better, however, as on previous occasions during the present discussions between France and Siam, that either he or the English Secretary of Legation should see Sir Thomas Sanderson, at all events in the first instance, and I so informed him. || He called, accordingly, in the course of the afternoon, accompanied by the English Secretary, Mr. Verney, and by an interpreter. || He said, that his object was to appeal to Her Majesty's Government to use their good offices with that of France in order to obtain for Siam less severe treatment than she had recently experienced, and moderate terms of arrangement. || Sir T. Sanderson stated, that he would of course report to me the request for the good offices of Her Majesty's Government, but that they must themselves feel that the recent encounter between the Siamese batteries and the French gun-boats at the mouth of the Menam would render an arrangement much more difficult, and would indispose the French to listen to conciliatory advice on the part of a third Power. || The Siamese Minister begged, that it might be remembered that the encounter on the Mekong had taken place against the wishes of the Siamese Government, who were greatly embarrassed by the difficulties of communication with their officers. The same difficulty might have been the cause of the encounter at Paknam, as the Siamese Government had apparently relied on the assurance of the French Minister that the gun-boats would not attempt to ascend the Menam. But he was not in possession of any details. || He strongly urged, that in the interests of the whole foreign community at Bangkok and elsewhere in Siam, and of the large commercial interests involved, it was most expedient that a speedy settlement of the differences with France should be obtained. || Sir T. Sanderson again promised, that he would at once lay before me the request for the good offices of Her Majesty's Government. || I am not, however, of opinion, that under present circumstances it would be of any avail for Her Majesty's Government to offer those good offices, as they are only desired by one side in the quarrel, and would be resented by the other.

Nr. 10479. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die französischen Forderungen. — Vgl. Nr. 10385.

Paris, July 19, 1893. (July 19.)

Nr. 10479.
England.
19. Juli 1893.

(Telegraphic.) || The demands which are now to be immediately addressed by telegraph to Siam are as follows: — || 1. Whole of left bank of River Mekong to be ceded. || 2. In settlement of all claims, including compensation

to sufferers from the firing on the 13th July, and for the destruction and plunder of "Say", &c., 3,000,000 fr. to be paid as an indemnity. || 3. Officers responsible for the French ships being attacked and Groscurin's murderers to be punished.

Nr. 10479.
England.
19. Juli 1893.

The moderation of the demands of the French Government (which does not desire to disturb existing conditions in Siam, nor seek for territorial aggrandizement) is due to a wish to terminate the affair with rapidity. || Siamese Government are given forty-eight hours within which to comply, at the expiration of which delay, in event of non-compliance, French ships will leave Bangkok and a blockade of the Menam will be established. || Instant payment will not be pressed for, and on a pledge of the Battambang fisheries on the Grand Lac, or some such security being given, a month or more delay will be probably granted.

Nr. 10480. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an die Botschaft in Paris. — Wünscht nähere Bestimmung der ersten französischen Forderung.

Foreign Office, July 20, 1893.

(Telegraphic.) || Your telegram of yesterday, containing the terms of the French ultimatum to Siam, has been received. || The first Article is ambiguous, unless some definition is given as to the extent to which the left bank of the Mekong is being claimed by the French, and I should be glad if you could obtain information from M. Develle on this point.

Nr. 10480.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10481. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die nähere Bestimmung ist noch nicht möglich.

Paris, July 20, 1893. (July 20.)

(Telegraphic.) || The ultimatum addressed to the Siamese Government was sent last night at 7 P. M. || The Minister of Foreign Affairs was unable to define how far northwards the cession of the left bank of the Mekong would extend. That river is simply regarded as the proper natural frontier, as regards Siam, of French possessions; but the question is one open for discussion with Her Majesty's Government as far as British rights are concerned. || Whilst his Excellency's language was most conciliatory, he said he could not positively take engagements on a geographical question with which at the moment he was not conversant. || On examining the map with me, he was unable to specify how far from Xieng Khong other rights would be interfered with; but he will consult the Colonial Office.

Nr. 10481.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10482. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Er soll nach Paris zurückkehren.

Foreign Office, July 20, 1893.

Nr. 10482.
England.
20. Juli 1893.

My Lord, || In view of recent events in Siam, and the ultimatum which has been presented by the French Government to the Court of Bangkok, it appears desirable, that you should without delay return to Paris to exchange views with the French Ministry regarding certain points in that ultimatum, which appear to require elucidation. || We do not conceive, that any part of that document calls for comment on the part of Her Majesty's Government, except that which relates to territorial concessions. The only information we have as to that Article imports that the French require, that the left bank of the Mekong shall be ceded to France. With regard to this two considerations arise. Firstly, we cannot doubt, that the term "left bank" is far too comprehensive in its scope. It cannot of course apply to any districts east of the Mekong River, which the Siamese Government have no power to cede, whether from rights of sovereignty, suzerainty, or reversion possessed by other Powers. And secondly, we are confident, that the expression "left bank of the Mekong" is used subject to the assurances repeatedly given by the French Government that they would respect the independence and integrity of the Kingdom of Siam. It is clear, that any provinces which indisputably form part of that Monarchy could not properly be made the subject of any such demands by the French Government. || On these points, therefore, it would be well, that you should have a full and friendly discussion with the Minister for Foreign Affairs, laying stress upon the limits which the considerations I have described appear to impose on the territorial rearrangement indicated by the ultimatum. || In this interchange of views your Excellency will not lose sight of the extreme importance in the interests of both countries of preserving a considerable belt of territory under the control of an independent kingdom between the French and British frontiers. || In requesting your Excellency to return to Paris for this purpose, I am not moved by any wish to supersede Mr. C. Phipps, to whose active services during an arduous and difficult period I have pleasure in testifying, but I have felt that, in a situation of delicacy like the present, your Lordship's authority as Ambassador, as well as your thorough knowledge of this subject from having occupied the high post of Viceroy of India at the time of the annexation of Burmah, should be made available. || From telegrams which have been recently communicated to me by the Siamese Minister here, I gather that his Government would be disposed to accept any advice that may be offered by Her Majesty's Government at this juncture. Should the question of territory be satisfactorily and definitely settled, Her Majesty's Government would be prepared to press generally on the Court of Bangkok the expediency of prompt compliance with the French demands.

Rosebery.

Nr. 10483. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen.

Bangkok, Juli 20, 1893. (July 21.)

Er theilt das französische Ultimatum mit; vgl. Nr. 10385.

Nr. 10483.
England.
20. Juli 1893.

Nr. 10484. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Nähere Bezeichnung der ersten französischen Forderung.

Paris, July 21, 1893. (July 21.)

(Telegraphic.) || First article of ultimatum is formally explained by Minister of Foreign Affairs as follows: — || Siam has been called upon by the French Government to recognize Annamite and Cambodian rights on the left bank of the Mekong, the islands included. Such demand being addressed to the Siamese alone. || Whenever desired, however, French Government is prepared to resume discussions commenced in 1892 and in February of this year, with Her Majesty's Government respecting the rights of Great Britain, and any questions concerning a neutral zone which may interest the two nations. || Rights of third parties will be scrupulously respected by France.

Nr. 10484.
England.
21. Juli 1893.

Nr. 10485. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kriegerische Nachrichten aus Bangkok.

Foreign Office, July 21, 1893.

(Telegraphic.) || The Borneo Company have received the following telegrams from their representative at Bangkok: — || "Prospects bad. Siamese Government continue obstinate. I have reason to expect fighting." || You may expect fighting unless British Government will use their influence to prevent. Our opinion is, that this is the only chance to avoid it."

Nr. 10485.
England.
21. Juli 1893.

Her Majesty's Minister at Bangkok has been instructed to dissuade the Siamese Government from any rash action pending negotiation as to the limits of the territorial cession demanded by France.

Nr. 10486. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafterin Paris. — Die Interpretation des Ultimatus muss mit den französischen Erklärungen übereinstimmen.

Foreign Office, July 23, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your Excellency's telegram of the 22nd instant*), reporting the substance of your conversation with M. Develle on the Franco-Siamese crisis. The impression I have derived from it on the whole is favourable; but the line now taken by the French in saying that they will only claim territory actually in the possession of Siam offers a strange com-

Nr. 10486.
England.
23. Juli 1893.

*) Siehe Nr. 10490.

Nr. 10486.
England.
23. Juli 1893.

mentary on their promises to us that they would respect the integrity of Siam. || The line of argument taken by your Excellency appears to me excellent throughout, especially where you warned M. Develle against listening to experts, who are frequently ready to risk embroiling the whole world for the possession of a worthless morass. Modifications cannot, it is true, now be made in the ultimatum, which has been published in the newspapers. It is, however, necessarily subject to the declarations previously made by the French Government as to the preservation of the independence of Siam, the maintenance of which no less affects their honour than does the maintenance of the ultimatum. These declarations are looked on by Her Majesty's Government as forming the authoritative and precedent materials for the interpretation to be placed on the terms of the ultimatum.

Nr. 10487. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Antwort Siams auf das französische Ultimatum.

Bangkok, July 23, 1893. (July 23, 5 P. M.)

Nr. 10487.
England.
23. Juli 1893.

(Telegraphic.) || The following is the reply returned by Siam to the French ultimatum: — || 1. The King of Siam declares, that no explicit definition has as yet ever been made to the Siamese Government as to what constitutes the rights of Cambodia and Annam on the Mekong. But as His Majesty is anxious at once to secure peace and security for his people, he agrees to cede to France the country lying to the south of the 18th parallel of latitude and to the east of the Mekong. || 2. The withdrawal of all Siamese posts within the above-mentioned territory to take place forthwith. || 3. The loss of life which has occurred in the recent actions between the French and the Siamese forces is regretted by the King, and the satisfaction required by France will be given in accordance with ordinary justice and the independence of Siam which the French Government affect to respect. || 4. Those found guilty of illegal aggression will receive condign punishment, and the sufferers will receive due reparation. || 5. The King agrees to pay the indemnity demanded on account of the claims advanced by French subjects, although the justice of many of them has been denied by the Siamese. His Majesty, however, suggests, that a Joint Commission should first investigate these claims. || 6. The sum of 3,000,000 fr. required as guarantee will be deposited, concurrently with the exchange of notes between the Representatives of France and Siam. After the equitable adjustment of all reasonable claims, the King trusts that French justice will restore to Siam any sum which may remain over. || This compliance with the demands of France will, the King trusts, be looked upon as a proof of his sincere desire to live with the French Republic on terms of friendship.

Nr. 10488. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Gesandte will Bangkok verlassen.

Bangkok, July 23, 1893. (July 23.)

(Telegraphic.) || As the Siamese reply to the French ultimatum refuses the concession of a considerable portion of the left bank of the River Mekong, the French Minister has notified to the Siamese Government, that he will leave Bangkok on the 26th instant. The French gun-boats leave immediately, and the protection of French subjects and interests will be confided to the care of the Dutch Representative.

Nr. 10488.
England,
23. Juli 1893.

Nr. 10489. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, July 23, 1893. (July 24.)

(Extract.) || I now proceed to report to your Lordship the substance of the conversation I had yesterday with M. Develle on the affairs of Siam. || I had informed his Excellency early in the morning of my arrival in Paris, and he had appointed 6 o'clock in the afternoon for our interview. Perhaps this late hour was named in order to give time for the arrival of the Siamese reply to the French ultimatum before M. Develle saw me; but it had not reached his hands when I presented myself at the Foreign Office. || After a short preliminary conversation, I informed M. Develle, that I had been sent with instructions to enter upon a friendly interchange of ideas with him in reference to the Siamese question, and more especially with regard to the interpretation which the French Government intended to place upon the first Article of their ultimatum, namely the demand, that Siam should recognize "the left bank of the Mekong" as the western boundary of the French possessions in Indo-China. I then communicated to his Excellency in very exact and careful language the entire substance of your Lordship's instructions to me as contained in your despatch of the 20th July, and I insisted at some length on the various considerations which had induced your Lordship to suppose, that in using the term "the left bank of the Mekong" his Excellency could not have intended to claim for France the immense tracts of Siamese territory extending not to the east, and abutting upon Annam, but to the northwards of the Upper Mekong, and conterminous with China, not to mention the districts lying beyond which had been incorporated with Her Majesty's Empire of India after the conquest of Burmah. || M. Develle replied, that as it was with Siam, and with Siam alone, that France was dealing, there could be no question of her laying claim to any territory outside the Kingdom of Siam, no matter how situated, and he incidentally gave me the further assurance, that there was no truth in the report, that his Government had any

Nr. 10489.
England,
23. Juli 1893.

Nr. 10459.
England.
23. Juli 1893.

intention of taking possessions of the Siamese Provinces of Battambang and Angkor. || I then produced a map which I had brought with me, and, pointing out the way in which the Mekong makes a sudden bend just above the 18th parallel of latitude to the southward and westward, and the subsequent bend in the same direction at the 20th parallel, I asked M. Develle whether the extensive territories at these points between the Mekong and the actual French boundary depicted upon the existing French maps, comprising the Principality of Luang Prabang and other districts, were also claimed by France as lying on "the left bank of the Mekong". M. Develle said, that they were intended to be included under that definition, and that France claimed a right to Luang Prabang and the adjacent countries as being ancient and historic dependencies of Annam; and that furthermore she had always insisted, that her territorial sovereignty extended all along the left bank of the Mekong. I ventured to express my extreme surprise at this latter statement, and I called M. Develle's attention to the fact, that on several occasions M. Waddington, in his communications with the Marquis of Salisbury, had, in the most explicit terms, repudiated any such pretensions on behalf of his Government. || On the 3rd April, 1889, in reference to a proposal for the neutralization of Siam, M. Waddington had observed, that it would be necessary in the first instance, that the frontiers between Cochin China and Siam should be fixed. "As regarded the frontier of Cochin China, the French Government did not wish to extend it to Luang Prabang, but they would propose to draw a line from a point nearly due east of that place southwards to the Mekong, and below that point to make the river the dividing line between the two countries until it entered the territory of Cambodia." Again, on the 16th February, 1892, M. Waddington told Lord Salisbury, "that he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong, but only the negative engagement, that they should not cross the river." On the 10th May of the same year M. Waddington observed to Lord Salisbury, "that he did not contend, that the present sphere of influence either of France or of Great Britain should be extended up to the Mekong. His proposal was not the assertion of present rights, but merely as a prophylactic." I further remarked, that, even if France had persistently advanced such a claim as M. Develle had supposed, which certainly she had not done through any authoritative channel, a claim by no means proved a right, and that many claims advanced both by nations and by individuals had been found on examination to be unsubstantial and unjust. || I then recurred to the proposed absorption by France of Luang Prabang and the adjacent districts, an area comprising nearly 100,000 square miles, which had been universally recognized for years past as integral parts of the Siamese Kingdom, and I recalled M. Develle's attention to that part of your Lordship's instructions in which you desire me to insist on the incompatibility of the confiscation by France of so considerable a proportion of the Kingdom of Siam with M. Develle's and the French Go-

vernment's previous assurances, that they had no intention to allow their disputes with Siam on the Lower Mekong to entail any measures which would jeopardize her integrity or her independence. How could these professions, I asked, which I knew had been made in perfect sincerity, be reconciled with the slicing off of what amounted to nearly a third of the kingdom? || M. Develle listened to me with his usual courtesy and attention, and it was impossible not to feel, that he was giving a very anxious consideration to my arguments. He seemed particularly struck with what I had told him about M. Waddington's communications to Lord Salisbury on the subject. || I then proceeded to touch upon another aspect of the question. I said, that our two Governments were pretty well agreed upon one very important point, namely, that it was desirable, that France and England should not become limitrophe in Asia, and that Siam as an independent State should be left as a buffer between them. Again referring to the map, I pointed out, that were France to take possession of the left bank of the Upper Mekong, it would bring her into direct contiguity with Burmah, in consequence of the two rapid bends which the Northern Mekong takes to the westward, and that the approach of a great military Power like France to a frontier at present lying naked to attack could not be regarded by us with indifference, even if the previous considerations I had submitted to him were for the moment to be left out of account. And in this connection I called M. Develle's attention to the fact, that in our recent cession to Siam of a Shan State which had hitherto been subject to Burmah, we had expressly stipulated, that it should never be allowed to pass under the jurisdiction of another Power, and that, consequently, we ourselves possessed a reversionary interest in this portion of Siamese territory "which was situated on the left bank of the Mekong." || Although there are some further considerations which it may be desirable to submit to M. Develle, I thought, that I had said enough for the present, and I therefore concluded by impressing upon him in as earnest terms as I could command the extreme gravity which the situation might assume were the French demands to be pressed upon Siam beyond what was just and reasonable, and in conformity with the legitimate interests of other Powers. Was it worth while, I asked, for the sake of a violent acquisition of territory to which France herself must know she had no legal right, to risk such grave complications as must inevitably arise were the claim to the left bank of the Mekong to be interpreted in an unrestricted and literal sense? But I said, that, if I rightly understood the terms of the first Article of the ultimatum as verbally communicated to Mr. Phipps (for we had never received a copy of it), it had itself contained some sort of qualification in a geographical reference to Cambodia and Annam. In any event, M. Develle could not have failed to understand, that, although at the outset of the dispute the English Government had considered the misunderstanding between France and her Siamese neighbour in regard to obscure questions of delimitation on the Lower Mekong as beyond

Nr. 10489.
England,
23. Juli 1893.

Nr. 10489.
England,
23. Juli 1893.

their purview, the situation was entirely changed when the expanding claims of the French Government jeopardized the integrity of the entire Kingdom of Siam, brought France nearly half-way down to Bangkok, and into actual juxtaposition with ourselves and Burmah. Such a transformation of the French pretensions was undoubtedly calculated to excite alarm in England, and the most serious apprehensions in the mind of Her Majesty's Government. || After again listening with the most courteous attention to this further exposition of our views, M. Develle observed, that the terms of the first Article of his ultimatum having been published to the world, and all France being acquainted with them, he could not now alter them, especially under manifest pressure from us. Public opinion in France was equally excited. The Siamese had been guilty of various outrages, and had committed considerable wrongs on French subjects. They had fired upon French ships of war, and we must not be surprised at France pursuing a line of conduct which England herself would have adopted in similar circumstances. But he himself was quite ready to recognize the force of my observations in regard to the necessity of leaving a "buffer" between the Asiatic possessions of France and England, and thus leave a door open for future negotiations. I thought it prudent to ask his Excellency to give me an assurance, that an acceptance on the part of the Siamese of the first Article of the ultimatum should not militate against a settlement of this part of the question in the sense desired by us. He was good enough formally to promise, that it should not, inasmuch as it referred to a different order of idea, and was a matter of joint interests to Great Britain and to France. In any event, he added, he must consult his experts. This observation filled me, I confess, with considerable misgivings. Of course I could raise no objection to such a course, but in as courteous a manner as was possible I ventured to observe, that subordinates in a public office were often fanatically anxious about special points, and were prone to sacrifice the larger interests of their country in pursuit of their own narrower preoccupations, and that it was his Excellency who was responsible for the peace of Europe and the world, about which these experts generally cared but little. || Before taking my leave I asked M. Develle what course he proposed to pursue in the event of the Siamese rejecting his ultimatum. He said, that in that case the French Representative would embark on board one of the Government ships now anchored before Bangkok, and that the French squadron would then retire outside the mouth of the Menam, with the view, as I understood, of instituting a blockade. On this I observed, that such a blockade would be like riding another man's horse with one's own spurs; that it would greatly injure German and English interests (it is stated, that the trade of England with Siam amounts to more than 2,500,000 l., or 80 per cent. of the whole tonnage), while it would not in the least touch French commerce. For this result M. Develle said there was no help. It was merely an accident of the situation. || Our conversation lasted an hour and a-half, and I need not say,

that it was conducted on either side in the most courteous and friendly spirit, as persons talk who are equally desirous of finding a solution to a difficulty, and are aware, that their failing to do so might entail serious consequences.

Nr. 10489.
England.
23. Juli 1893.

Nr. 10490. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger.

Foreign Office, July 25, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires called upon me this morning at my request, as he had sent me at a very late hour last night a notice, that his Government intended to declare a blockade of the Menam River. M. d'Estournelles explained, that it was not an official notification, but only a communication of the intention of the French Government to establish a blockade. || This, I said, imposed upon me the duty of making two inquiries. The first was, what arrangements would be made for giving notice to neutral commerce in the port of Bangkok? And, secondly, what facilities would be given for victualling our ships of war lying off the city for the protection of British subjects and property? || M. d'Estournelles took note of my inquiries, and then fell into more general conversation on the aspects of the present situation in Siam. He was convinced the questions at issue could be settled between M. Develle and myself without difficulty; but he did not disguise, that his correspondence with Paris disclosed a state of opinion in France of a most alarming character. Every one in France was convinced, to speak frankly, that the British ships had been ordered to Bangkok to encourage Siam in her resistance, and that our Minister there, with or without authority, had given advice to the Siamese Government in that direction. || I answered, that I could not admit either statement; that the universal demand of the mercantile community made it impossible for me not to send ships to Bangkok for the protection of British life and property, and that, as a matter of fact, I had offered to keep our ships outside the bar. With regard to Captain Jones, I had repeatedly telegraphed, cautioning him against the slightest interference with Siamese affairs, except in the direction of my own advice, which was to come to terms with France as quickly as possible, and he solemnly assured me, that he had literally obeyed my injunctions. Our policy, I continued, had all along been to rely on French promises, and I regretted to say that, no doubt under the force of circumstances, these had not been fulfilled. What I saw was, that we were moving fast towards a most dangerous and critical position. There was, however, one point in this controversy respecting which our interests were clear and definite. We could not have a conterminous frontier with France in Burmah. That would involve vast expenditure on both sides, and lines of armed posts garrisoned by European troops. || M. d'Estournelles appeared to agree, and brought forward a series of personal sugges-

Nr. 10490.
England.
25. Juli 1893.

Nr. 10490.
England.
25. Juli 1893.

tions, to the following effect: — || 1. There should be a reciprocal engagement by France and England not to cross the Upper Mekong. || 2. In order to avoid contact, it might be agreed, that the British posts should remain to the west of the water-parting between the Salween and the Mekong, and the French posts to the east of the water-parting between the Nam Ou and the Mekong. The populations situated between the Salween and the Nam Ou to remain in statu quo. || 3. As regards Luang Prabang, the French claim would not be advanced beyond the left bank of the Mekong. || I thanked M. d'Estournelles for the suggestions which, I said, might possibly form a basis for negotiation. But I could in no way pledge myself with regard to them. In any case, you were intrusted with the conduct of the negotiation, and if the proposals recommended themselves to M. Develle, it would be advisable for him to mention them to your Excellency.

Rosebery.

Nr. 10491. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister des Auswärtigen über die Haltung Englands.

Paris, July 25, 1893. (July 27.)

Nr. 10491.
England.
25. Juli 1893.

My Lord, || At my interview with M. Develle on Saturday afternoon I took the opportunity of a reference he made to his speech in the Chamber on the Siamese question on the 18th July to call his attention to the fact that he had described me as having formally announced to him, "on behalf of Her Majesty's Government," that England had no intention of intervening in the delimitation dispute which had then begun between the Siamese and the French in the neighbourhood of the Mekong River. As a matter of fact, I had never been instructed by Her Majesty's Government to make any communication to him on that subject, nor had I done so in their name; but I certainly did remember mentioning during the course of a very casual conversation that, as far as I could judge, the English Foreign Office was inclined to consider the delimitation squabble on the Lower Mekong, in its then phase, as beyond our purview. The remark was made in order to emphasize the predominance of our interests on the Upper Mekong. The matter, I added, was now of no practical importance, and I merely alluded to it in the interests of historical accuracy.

Dufferin and Ava.

Nr. 10492. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Frankreich schlägt einen Bufferstaat am linken Mekongufer vor.

Paris, July 26, 1893. (July 27.)

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

(Extract.) || I have now to report the result of my second interview with M. Develle. || The conversation began on M. Develle's part with a very bitter diatribe against the form in which the reply to the French ultimatum had

been drawn by the Siamese. I observed, in reply, that the Siamese were not well versed in the refined language of European diplomacy, and that practically they had acquiesced in all the demands of France, except in respect of a portion of the 1st Article. M. Develle did not exactly deny this, but complained, amongst other things, of their insisting, that whatever part of the money exacted was left over after satisfying the claims of individual Frenchmen should be handed back, to which I answered that, after all, the person who pocketed the cash might very well overlook a little ill-humour upon the part of the person who had to pay up. || We then proceeded to renew our discussion on the main question, during the course of which we went over a good deal of the ground which we had covered at our interview on Saturday, M. Develle still maintaining his two previous theses: first, that Luang Prabang was an actual dependency of Annam; and, secondly, that France *ab antiquo* had vindicated her right to the left bank of the Mekong. Upon my part, I urged, that to adduce Annam's historical claim to Luang Prabang was a dangerous line of argument, for we might on almost equally tangible grounds demand the retrocession of Normandy, Gascony and Guienne. M. Develle knew as well as I did, that in every French *Annuaire*, in every French map, in every French *Geographical Gazetteer*, Luang Prabang, until a year ago, had been described as an integral part of Siam. It was true, that within the last twelve months a mysterious revolution had occurred in the minds of French geographical authorities; but as an honest man he must be as convinced as I was, that the district in question was and had been for nearly a century *bonâ fide* Siamese territory, and that it could not be confiscated by France without a flagrant infringement of the formal assurances he had given us not to impair the integrity of Siam. As for the pretension advanced by France *ab antiquo* to the left bank of the Mekong, such a supposition was not only contradicted by M. Waddington's express declarations on the subject, but by the further fact, that under the Franco-Siamese Convention of 1886 the French had claimed the right of sending a Vice-Consul to Luang Prabang. This in itself was an absolute proof, that the locality belonged to Siam. M. Develle objected, that the Convention in question had been refused ratification by the French Chambers. That, I said, did not in any degree affect my contention. The draft Convention distinctly showed in what light Luang Prabang was at that time regarded by the French Government. || M. Develle then proceeded to reinforce his previous arguments by various other considerations, amongst them, that the tribes on the western borders of Tonquin had been lately giving a good deal of trouble, and that it was necessary therefore, that they should be subjected to French authority, and he endeavoured to minimize the character of the contemplated annexation. || At his point M. Develle put up the shutters on this compartment by saying, that, the ultimatum having once been published to France and to Siam, it was impossible for the Government, in the excited state of public opinion, to withdraw or modify it. || After expressing my great

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

Nr. 10492.
England.
26. Juli 1893.

regret at so untoward an intimation in regard to the ultimatum, which I could not help thinking had been launched somewhat "à la légère", I suggested to M. Develle, that we should proceed to a discussion of the further aspect of the question, namely, as it affected English interests apart from those of Siam, and I again reminded him, that it was quite out of the question, that we should accept an arrangement which made France conterminous with our Indian Empire. France herself had always advocated the policy of introducing an independent State as a "buffer" between the two countries, and it was evident, that it was for the advantage of both France and England, that a neutral territory should intervene between them. To this M. Develle cordially assented. He said, that he fully recognized our right to intervene in the Franco-Siamese question on these grounds, and that he was most anxious to consult our wishes and interests in the matter, whether as regarded our predilection in favour of the "buffer" principle, or our desire for facilities for trade with China in that neighbourhood. I then asked him whether he had in his own mind considered the width of the area which should be left between our respective frontiers, and as we bent over the map together I pointed out the Nam U, which flows into the Mekong a little to the west of Luang Prabang, as affording a suitable line of demarcation, if we were driven to a solution on this basis, and our views in regard to Luang Prabang were to be ignored. His Excellency did not seem to be averse to this suggestion, though he subsequently said he would prefer to substitute its western watershed for the river itself, on the understanding, that a parallel line should demarcate the Burmese frontier between the Salween and the Mekong. On this I told him, that, to the best of my belief, such a line already existed. In right of Burmah the jurisdiction of England had been extended over the Shan Province of Kyaing Chaing, which lay on both sides of the Mekong; but, with the view of consulting French susceptibilities, and in order to avoid the appearance of advancing too far eastwards, we ourselves had already re-enforced the "buffer" principle by handing this province over to Siam, and retiring to a considerable distance westwards from the Mekong. || I further reminded him, that Sir Edward Grey would be expected to give some account in the House of Commons to-morrow of the stage at which our negotiations had arrived. I recognized the difficulty there would be, if the French Government were to modify the position it had assumed. What, therefore, I would propose was this: that Sir Edward Grey should be authorized to announce, that the French Foreign Office was perfectly prepared, in consultation with your Lordship, to constitute a wide territory, independent both of England and of France, which should remain as a permanent "buffer" between the two countries.

Nr. 10493. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kann er ankündigen, dass Frankreich einen Bufferstaat errichten will?

Foreign Office, July 27, 1893.

(Telegraphic.) || May I understand from your Excellency's despatch of the 26th instant, that Her Majesty's Government are authorized to make a statement in Parliament that, although France is unable to introduce any alteration into the first Article of the ultimatum, she recognizes the necessity for the maintenance of a neutral territory between the French possessions and those of Her Majesty's Government in the extreme east? I consider, that the line of the Nam U mentioned in your despatch would be the proper eastern frontier of the intervening territory.

Nr. 10493.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10494. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Ankündigung des Bufferstaates.

Paris, July 27, 1893. (July 27.)

(Telegraphic.) || The terms in which the announcement should be made are as follows: — || Reports received from Lord Dufferin are to the effect, that the French Government would be willing, in accordance with the views it has always expressed in favour of the constitution of an independent territory between the French and Indian Empires, to negotiate with Her Majesty's Government as to the limits of the region in question. || No discussion of this phase of the question can, however, be entertained by the French Government until France shall have received, or shall be assured of receiving, the satisfaction from Siam to which she considers herself entitled, as set forth in her ultimatum.

Nr. 10494.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10495. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Austausch von Noten über den Bufferstaat ist wünschenswerth.

Foreign Office, July 27, 1893.

(Telegraphic.) || I have received your despatch of yesterday, recording the substance of your conversation on that day with M. Develle on the Franco-Siamese question. || It seems very desirable if possible to obtain an exchange of notes recording the agreement of the two Governments on the principle of maintaining a zone of neutral and independent territory between their respective possessions.

Nr. 10495.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10496. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Fordert Erklärung über die Blockade der siamesischen Küste.

Foreign Office, July 27, 1893.

Nr. 10496.
England.
27. Juli 1893.

(Telegraphic.) || I have repeated to you in my previous telegram of this evening a message from Her Majesty's Minister at Bangkok reporting the notification by the Commander of the French forces in Siamese waters of a blockade of the Siamese coast from the 26th instant. || It has caused me the greatest surprise, and I have to request, that your Excellency will at once ask M. Develle for explanations as to its meaning. || Practically, the blockade is solely directed against British commerce. Already the subject is attracting the liveliest attention in this country, and there can be no doubt, that it will provoke still more notice than it has even yet done. || As it appears from Captain Jones' telegram, that the blockade was proclaimed on the 26th instant, Her Majesty's Government have a right to demand, that they shall be furnished with the most precise details as to its character. || No declaration of war between France and Siam having been made, such unusual proceedings on the part of the French authorities cannot fail to raise international questions of a serious character.

Nr. 10497. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die französischen Bedingungen annehmen.

Foreign Office, July 27, 1893.

Nr. 10497.
England.
27. Juli 1893.

(Telegraphic.) || The nature of the advice which I have given to the Siamese Government has been constant and consistent in the sense, that they should come to terms with the French quickly. It is impossible for Her Majesty's Government now to change this view, or, indeed, to intervene with advice at this juncture. || The result of the inquiries that I have been able to make at Paris shows, that the tendency of the demands of the French is to increase, and rapidly so, if the Siamese continue to resist the conditions laid down in the ultimatum. || I am unable to see, under these circumstances, what Siam can hope to gain from maintaining her refusal to accept those conditions, nor what better course remains for her than to accept the French terms at once and unconditionally. || The engagements entered into by the Siamese Government with Her Majesty's Government in regard to Kyaing Chaing need not deter the Siamese Government from this course. The question as to the future status of that province must be discussed directly between Her Majesty's Government and that of France.

Nr. 10498. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat, Battambang und Angkor.

Paris, July 27, 1893. (July 28.)

(Extract.) || In accordance with a previous agreement with M. Develle, I repaired this morning to the French Foreign Office in order to concert the exact form in which the announcement of the willingness of the French Government to constitute a stretch of independent territory between the English and French possessions in Asia should be communicated to the House of Commons, and I have since transmitted this authorized version of the French declaration to your Lordship by telegraph. || We then reverted for a few moments to the subject of the neutral territory to be constituted, and having in my possession a map prepared by Captain Wisely in 1888, and therefore drawn up without any reference whatever to the questions upon which we were engaged, I pointed out to his Excellency, that the eastern limit of our Burmese Shan States was nearly conterminous with the 102nd degree of east longitude, and approached within a few miles of the Nam U, the river which I had suggested yesterday as a convenient western boundary of the independent State in question, should Her Majesty's Government consent to treat on that basis. On this M. Develle produced a map of his own, and showed, that the limit of this very Burmese State followed the crest of the range of mountains for which he had subsequently declared his preference as a boundary, it being the watershed of the Nam U. I further showed him on the same map, that the boundary of Burmah, according to his own French maps, extended much further east, as far as the 103½ degree, or nearly 100 miles closer to the Tonquin frontier than the line with which we had contented ourselves, so that by assigning the Shan State in question to Siam we had voluntarily retired nearly 300 miles further west than we need have done, with the view of avoiding umbrage to France by a too close approach to her Indo-Chinese possessions. || I then reverted to a different branch of the subject, namely, the 6th Article of the ultimatum as telegraphed by Captain Jones to your Lordship on the 20th July. The Article runs as follows: "Immediate deposit of 3,000,000 fr. in dollars as guarantee for the claims mentioned in Articles Nos. 4 and 5, or in default of this guarantee the right to farm the taxes of Battambang and Siamrep," or, in other words, as M. Develle explained, to impound the revenues derived from the fisheries on the Great Lake. In reference to this Article I said I would be glad to have some further explanations, and those explanations were all the more necessary in view of a book I had recently read by M. Lanessan, the present Governor-General of Indo-China, who had advocated the violation of the Treaty of 1867 (a Treaty by which France had expressly recognized the right of Siam to both these provinces), and their annexation to France. The independence and integrity of Siam was, I said, a matter of

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

the last moment to us as her immediate neighbour, and M. Develle had been good enough to recognize this fact by voluntarily telling me at the very outset of our first interview, that France had no designs upon any portion of these territories. But, with the declarations of so important a person as M. Lanessan astring us in the face, it was desirable, if we were to get these pending questions settled in an amicable manner, that we should receive some assurance in writing that, under cover of collecting these fishery revenues, no attempt would be made to obtain an indirect hold either on Battambang or on Angkor. || On this M. Develle, instead of giving me the positive and satisfactory assurance which I had expected, entered upon a long disquisition as to the views and intentions of his Government in reference to the point I had mooted. He again referred very bitterly to the form, in which the Siamese reply to his ultimatum had been couched, and complained that the Siamese should have desired a Commission for the examination of the claims of the French "victims," and should have further made some proposals in regard to the disposal of whatever sum might remain over after these claims had been satisfied. Such disrespectful hesitations and suggested modifications were intolerable when preferred by so insignificant a State to so great a Power as the Republic, and would fully justify France in now taking whatever military or other measures she might deem expedient. But surely, I said, the indemnities to the French claimants being fixed unreservedly at 2,000,000 fr., there is a possibility that the additional 1,000,000 fr. may more than cover the indemnities demanded under Article 4 for the "families of victims;" and to express a hope, that the surplus, if any, may be restored to the Siamese Government can only be regarded as a very justifiable and natural request. In any event it cannot be quoted as tantamount to a refusal to pay the money, since it implies the very contrary. Moreover, as the Siamese Government would have a perfect right to the surplus of the deposit—for the term "deposit" in itself implies the possibility of a residue—it is not unnatural, that the Siamese should desire some kind of fair and impartial inquiry as to the grounds on which the families of the victims in question found their demands. The expression of such a wish cannot be quoted against them as a crime, or indeed as in any way qualifying the assent they have already given to pay the money, especially as they expressly state, that it is a suggestion, and not a condition. What you have said to them is this: We consider we have certain claims against you, which certainly amount to 2,000,000 fr., and may amount to 3,000,000 fr.; therefore hand us over 3,000,000 fr., not as a payment, but as a deposit. The Siamese reply: Here are the 3,000,000 fr.; but as you yourselves imply, that this sum may more than cover the amount to be eventually demanded from us, we hope, that the surplus will be returned, and we are naturally curious as to the grounds upon which that section of the claims which you yourselves admit to be indeterminate are founded. M. Develle answered, Yes, but besides this there is the refusal of the 1st Article. || I have

reported this part of our conversation in some detail because it appeared to me, that M. Develle was anxious to found a right to a free hand in Battambang and Angkor on the strength of what he denounced as the irritating suggestions in Siam's reply. Before, however, this part of the question was dropped, M. Develle did give me a positive assurance, that, if the ultimatum pure and simple was accepted, including the 1st Article, the threats he had used of further military measures would of necessity fall to the ground.

Nr. 10498.
England.
27. Juli 1893.

Nr. 10499. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Blockade soll eine friedliche sein.

Paris, July 28, 1893. (July 28.)

(Telegraphic.) || I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's telegram of yesterday's date. In accordance with the terms laid down therein I will at once address a note to M. Develle with reference to the blockade. || His Excellency informed me yesterday, that the blockade was "un blocus pacifique," and that its enforcement would date from the 31st instant, as I already informed your Lordship.

Nr. 10499.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10500. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Blockade soll am 31. beginnen.

Paris, July 28, 1893. (July 28.)

(Telegraphic.) || A Secretary, who has been sent from the Quai d'Orsay expressly, explains, that the true date for the commencement of the blockade is, as stated to me yesterday by the Minister for Foreign Affairs, the 31st. Some telegraphic blunder must have caused the discrepancy in the dates as reported from Paris and from Siam. || Full details of the nature and extent of the blockade will be furnished in a note which is to be addressed to me immediately.

Nr. 10500.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10501. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England sieht die Blockade als eine kriegerische an.

Foreign, Office, July 28, 1893.

(Telegraphic.) || Notice has been received from the French Consul by the Governor of Singapore, that the French cruizer "Papin" is expected at that port. In view of the announcement of the intended blockade of the Siamese coast the Governor asks for instructions for his guidance. || If it is proposed, under the so-called "pacific blockade," that neutral vessels shall be treated as liable to capture and condemnation, Her Majesty's Government cannot do otherwise than look upon such a blockade, when formally notified, as constituting a state of belligerency. || At neutrals, their duty in such circumstances would

Nr. 10501.
England.
28. Juli 1893.

Nr. 10501.
England.
28. Juli 1893. seem to impose upon them the necessity of placing the customary restrictions on the facilities to be afforded to French ships of war which may visit British ports, especially such ports as are in the immediate vicinity of that part of the Siamese coast blockaded by the French squadron.

Nr. 10502. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — England besteht auf der Errichtung des Bufferstaates.

Foreign Office, July 28, 1893.

Nr. 10502.
England.
28. Juli 1893. My Lord, || Your Excellency is aware, that Her Majesty's Government have carefully refrained from intervening in the dispute between France and Siam, and that, in reply to communications from the Siamese Government, they have consistently pointed out the necessity of coming to terms with France as speedily as possible. But from the most recent intelligence there is some reason to fear, that the demands upon Siam may tend to increase considerably should further delay take place in accepting the conditions of the French ultimatum, while the Siamese are absolutely without any effective means of resistance. To refuse the French ultimatum would be to play into the hands of the more fanatical advocates of colonial expansion at any price, who, both in Paris and at Saigon, denounce these terms as inadequate, and would gladly find an excuse for further exaction. I have therefore dispatched a telegram to Her Majesty's Minister at Bangkok, of which I transmit a copy herewith, making known our view that no better course remains open to Siam than immediate and unconditional compliance with the French demands. || Whatever may be the decision of the Siamese Government, your Excellency should make it clear to M. Develle that Her Majesty's Government adhere firmly to their views as to the absolute necessity of maintaining a neutral territory between the British and French possessions in the peninsula. The eastern boundary of this territory should, in their opinion, be the River Nam U or its watershed, and in that case the western boundary might be framed to include the Province of Kyaing Chaing. It seems to Her Majesty's Government matter for consideration whether this neutral zone should not be placed under the jurisdiction of China in view of her claims over adjoining districts, as well as of her power to assert her authority. || Details must, of course, be left to subsequent negotiation; but, in order to avoid the possibility of future misunderstanding, Her Majesty's Government deem it essential that there should be an exchange of notes or a signed Agreement, as suggested in my telegram of yesterday's date, declaring the necessity of a neutral zone.

Rosebery.

Nr. 10503. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Mittheilung einer Note an den französischen Minister wegen des Anfangs der Blockade.

Paris, July 28, 1893. (July 29.)

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship Nr. 10503.
England.
28. Juli 1893. copy of a note which, in obedience to instructions, I have this day addressed to the French Government, pointing out the discrepancy in the date of the proclamation of the blockade of the Siamese coast as given by M. Develle and Her Majesty's Representative at Bangkok.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Paris, July 28, 1893.

M. le Ministre. || Lord Rosebery has received a telegram from the British Representative in Siam, informing him, that the French Commander has notified that the blockade began on the 26th July at 5 P.M., and includes all ports between Chulai and Lem Krabang. Three days are allowed to friendly vessels to leave. || Yesterday, in accordance with the communication your Excellency was good enough to make to me, I telegraphed to Lord Rosebery that the blockade was a pacific blockade, and that it would begin on the 31st. || Her Majesty's Minister for Foreign Affairs has expressed to me his astonishment to the discrepancy between the news forwarded to him from Bangkok and the statement which I myself have communicated on your Excellency's authority. || I am further instructed to observe, that this blockade, which is practically directed against British commerce alone, is already attracting the liveliest attention in Great Britain, and is sure to provoke more. As the blockade was proclaimed on the 26th instant, we are entitled to demand the most precise details as to its character, inasmuch as these strange proceedings without any declaration of war raise a serious international question.

Dufferin and Ava.

Nr. 10504. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Siam hat die französischen Bedingungen angenommen.

Foreign Office, July 29, 1893.

(Telegraphic.) || With reference to Captain Jones' telegram of yesterday evening, reporting, that the Siamese had accepted the terms of the French ultimatum unreservedly, I request, that your Excellency will ascertain from M. Develle whether he proposes, under these circumstances, that the blockade of the Siamese coasts shall be maintained. Nr. 10504.
England.
29. Juli 1893.

Nr. 10505. SIAM. — Die siamesische Gesandtschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen.

Paris, 31 Juli, 1893.

Nr. 10505.
Siam.

Mittheilung von Nr. 10392.

31. Juli 1893.

Nr. 10506. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterzeichnung eines Protokolls über die Errichtung einer neutralen Zone.

Paris, July 31, 1893, 11:45 A.M. (July 31.)

Nr. 10506.
England.
31. Juli 1893.

(Telegraphic.) || I have this morning signed a Protocol with French Minister for Foreign Affairs under which the establishment of a neutral zone between the possessions of England and France is agreed upon, the limits of which are to be settled by subsequent negotiations. || I have signed ad referendum.

Nr. 10507. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die französischen Garantieforderungen bewilligen.

Foreign Office, July 31, 1893.

Nr. 10507.
England.
31. Juli 1893.

Sir, || I received this afternoon from the Siamese Legation in London the substance of a telegram transmitted from the Siamese Minister in Paris. It was to the following effect: — || "The result of the French Cabinet Council is, that the French, by way of giving proofs of moderation towards Siam, will be satisfied by the following guarantees for the fulfilment of the Agreement between France and Siam: — || 1. The occupation of the town and river of Chantaboon until the complete and pacific evacuation of all positions on the left bank of the Mekong. || "2. Siam not to maintain any military force at Battambang and Siamrep, or within 25 kilom. of the Mekong River. Only police force and stores allowed within this zone." || In reply to this communication, I have caused the Marquis Maha Yotha to be informed, that, as the Siamese Government have accepted the French conditions, they would, in my opinion, be very unwise to refuse or make difficulties about the guarantees demanded.

Rosebery.

Nr. 10508. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über Battambang und Angkor.

Paris, July 29, 1893. (August 1.)

Nr. 10508.
England.
29. Juli 1893.

(Extract.) || This morning I waited upon M. Develle by appointment at 11 o'clock. || The conversation opened by M. Develle alluding to the Provinces of Battambang and Angkor, and suggesting some arrangement by which they might be handed over to France in exchange for a portion of the Siamese

territory in the north, recently surrendered under the terms of the ultimatum. I at once said, that I must decline to continue any discussion in the direction indicated. Any transaction of the kind would be not only a serious invasion of the integrity of Siam, but would equally destroy her independence in view of the proximity of those provinces to Bangkok. M. Develle deprecated what he evidently considered an unduly harsh remonstrance; but I persisted in opposing this attempt to create a new Siamese question totally distinct from those actually under discussion, and I added, that, although his proposal had come upon me as a surprise, and I had not of course any instructions from your Lordship, he might take it for granted, that the absolute refusal which I now expressed to listen to any such ideas as those which he had mooted represented the views of my Government. || I then asked M. Develle whether, now that the Siamese had accepted the French ultimatum, the blockade would be at once raised. He said, that a Council was to be held at Marly that day, and that he would see me again at 6 o'clock and acquaint me with the results of the decisions arrived at. || When, however, I returned at the hour named, his Excellency informed me, that no Council had been held, in consequence of the impossibility of getting together a quorum of Ministers at so short a notice.

Nr. 10508.
England.
29. Juli 1893.

Nr. 10509. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über die Aufhebung der Blockade.

Paris, July 30, 1893. (August 1.)

(Extract.) || In accordance with the arrangement made yesterday with M. Develle, I waited upon him this afternoon at 6 o'clock; but as he did not arrive till somewhat later, I thought it better to postpone our conversation upon the neutral zone until to-morrow. || I asked his Excellency, however, what the Ministry had decided in reference to the blockade. M. Develle said, that, provided the Siamese acquiesced in certain arrangements which were required to secure the satisfactory fulfilment of the conditions of the ultimatum, the blockade would be at once raised. I then inquired what these arrangements were. He said, that, in the first place, they did not concern any points outside of the four corners of the ultimatum, by which I understood that they did not raise any questions in regard to Battambang and Angkor, but that they referred to such a detail as that the Siamese, who had no gun-boat upon the Mekong at present, should undertake not to place one on that river, and as to the mode in which the Siamese posts were to be withdrawn within the months assigned for that purpose.

Nr. 10509.
England.
30. Juli 1893.

Nr. 10510. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Annahme des Ultimatums durch Siam. — Protokoll über den Bufferstaat.

Paris, July 31, 1893. (August 1.)

Nr. 10510.
England.
31. Juli 1893.

(Extract.) || This morning I waited upon M. Develle by appointment, and it having been officially announced in the newspapers, that the Siamese reply to the ultimatum had been accepted in a friendly spirit by the French Government, I permitted myself to congratulate M. Develle. || We then turned to the question of a neutral zone, which, I said, ought not to present any serious difficulties in view of what had already passed between us. || M. Develle began the discussion this morning by asking whether it would be possible to record at once our agreement to constitute a neutral zone between our respective possessions, and to defer its delimitation for the present. I said, that, if he remembered, I myself had suggested such a course; and I added, that I would be quite willing to adopt the words "sacrifices and concessions" on condition, that by those words I was understood to mean the surrender of our own Trans-Mekong Shan State. || I now beg to subjoin the terms of the Protocol, which we at once proceeded to sign: — || "With a view of obviating the difficulties which might arise from a direct contact between them, the two Powers are agreed to recognize the necessity of constituting, by means of mutual sacrifices and concessions, a neutral zone between their possessions. The limits of this neutral zone shall be subsequently determined.

Jules Develle.

Dufferin and Ava.

July 31, 1893."

We had also agreed to introduce a paragraph to the effect, that neither Power should cross the Mekong; but on my observing, that such an engagement could not hold good in respect of our Trans-Mekong Province if the negotiation should fall through, this Article was erased. || I also took the further precaution of informing M. Develle, that I only signed the Agreement ad referendum.

Nr. 10511. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Siam hat die von Frankreich verlangten Garantien bewilligt.

Bangkok, August 1, 1893. (August 1.)

Nr. 10511.
England.
1. Aug. 1893.

(Telegraphic.) || The French ultimatum contains the following additional terms: — || 1. Occupation of river and port of Chantaboon pending evacuation by Siam of left bank of Mekong. || 2. No Siamese troops to be permitted within 25 kilom. of the Mekong. || 3. No Siamese armed vessels to be stationed on Toulesap Lake. || 4. Right to establish Consulates at Nan and Korat reserved by France. || The above additional terms are accepted by Siamese Government.

Nr. 10512. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Nimmt die sofortige Aufhebung der Blockade an.

Foreign Office, August 1, 1893.

(Telegraphic.) || You will have learned from Captain Jones' telegram of this morning, which has been repeated to you, that the additional conditions of the French Government have been accepted by Siam. || Under these circumstances, I assume there can be no doubt, that the blockade, which causes considerable irritation here as being mainly directed against British commerce, and which M. Develle assured your Excellency yesterday would be withdrawn forthwith, will now be raised without further delay.

Nr. 10512.
England.
1. Aug. 1893.

Nr. 10513. ENGLAND. — Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, August 1, 1893. (August 2.)

My Lord, || I called upon M. Develle this morning for the purpose of asking what were his wishes in regard to the publication either of the Protocol itself or of its general purport. He replied, that once the supplementary conditions recently communicated to the Siamese Government were accepted there would be no objection to the publication of our Agreement. || I then inquired his Excellency's views in regard to another matter. The Siamese had now surrendered all the left bank of the Mekong up to our Trans-Mekong Burmese frontier to the French; but under our Protocol the stretch of territory lying, roughly speaking, between Luang Prabang and the point where the Mekong resumes a northerly course, was, in accordance with our previous conversation, to form the "buffer". From this region, according to the terms of the ultimatum, the Siamese troops, police and authorities were to retire within a month. What administration was to replace them? This, I said, was a question which very much interested us from every point of view, for it would be very inconvenient, that that part of the world should be allowed to fall into anarchy, should our negotiations be prolonged. || M. Develle replied, that, of course, the French had not yet considered at what moment they would send either troops or civil servants to so great a distance, and he implied, that things for the present would be allowed to remain pretty much as they are. The country was sparsely inhabited, he said, and he did not anticipate any disturbances.

Nr. 10513.
England.
1. Aug. 1893

Dufferin and Ava.

Nr. 10514. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Billigt das Verfahren des Botschafters.

Foreign Office, August 2, 1893.

Nr. 10514.
England.
2. Aug. 1893. My Lord, || I received yesterday morning your Excellency's despatch of the 31st ultimo, reporting what had passed at your interview in the morning with M. Develle in regard to the question of establishing a neutral zone between the British and French possessions in the region of the Upper Mekong. || I have to state, that Her Majesty's Government entirely approve your language on this occasion, and the terms of the Protocol which was then signed by your Excellency and M. Develle for carrying this arrangement into effect. || I should be glad, however, to receive from your Excellency a further expression of opinion on the point whether it is better to postpone the discussion of the detailed frontiers or not.

Rosebery.

Nr. 10515. FRANKREICH. — Französische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Aufhebung der Blockade.

Londres, le 4 Août, 1893. (August 4.)

Nr. 10515.
Frankreich.
4. Aug. 1893. M. le Comte, || Je m'empresse de faire savoir à votre Seigneurie, conformément aux instructions de M. le Ministre des Affaires Étrangères, que le Gouvernement Siamois ayant accepté sans restrictions ni réserves les conditions de l'ultimatum que le Gouvernement de la République avait dû lui adresser le 20 Juillet et ayant adhéré en outre aux demandes de garantie formulées dans la note de M. Develle, en date du 30, des ordres viennent d'être envoyés pour qu'il soit procédé à la levée du blocus concurremment avec l'occupation du port de Chantaboon qui doit nous être remis et être détenu par nous jusqu'à l'exécution complète des clauses de l'ultimatum. || M. Pavie a été autorisé à rentrer à Bangkok.

d'Estournelles de Constant.

Nr. 10516. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet eine vom französischen Minister des Auswärtigen erhaltene Note über den Anfang der Blockade.

Paris, August 4, 1893. (August 5.)

Nr. 10516.
England.
4. Aug. 1893. My Lord, || With reference to my despatch of the 28th ultimo, I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have received from the French Minister for Foreign Affairs in which his Excellency points out, that the discrepancy in the dates given at Bangkok and Paris for the commencement of the blockade can only be attributed to an error in the

interpretation of the orders given by the Minister of Marine. || In reply to my suggestion, that the notification of a blockade without any declaration of war might raise a serious question of international law, M. Develle cites various instances of alleged pacific blockades in support of the French action in the present instance.

Nr. 10516.
England.
4. Aug. 1893.

Doufferin and Ava.

Inclosure.

Paris, le 3 Août, 1893.

M. l'Ambassadeur, || En me faisant connaître, par sa lettre du 28 Juillet dernier, que le Secrétaire d'État des Affaires Étrangères de Sa Majesté avait reçu, du Représentant Britannique à Bangkok, un télégramme l'avisant, qu'aux termes d'une notification du Commandant Français, le blocus des côtes Siamois avait commencé le 26 Juillet à 5 heures du soir, votre Excellence a fait observer que l'information dont il s'agit ne concordait pas avec les déclarations que j'avais eu l'occasion de lui faire au sujet de l'établissement du blocus. || Ainsi que votre Excellence en a été informée verbalement le même jour, cet incident ne peut être attribué qu'à une erreur d'interprétation des ordres donnés par le Ministre de la Marine, et des instructions destinées à faire disparaître ce malentendu ont été envoyées, sans retard, par le télégraphe, au Commandant du "Forfait." || Par la même communication, votre Excellence signale à mon attention l'impression causée en Angleterre par l'établissement du blocus, en exprimant le désir d'obtenir des renseignements plus précis sur le caractère de cette mesure, dont l'application, sans aucune déclaration de guerre, soulève une importante question de droit international. || Bien que, en raison de la levée prochaine du blocus, la question n'ait plus d'intérêt pratique, je crois devoir faire remarquer à votre Excellence que la mesure dont il s'agit constitue, en réalité, un moyen de contrainte auquel un État est fondé à recourir, sans rompre la paix, pour rappeler une autre Puissance à l'observation de ses devoirs internationaux. La France, l'Angleterre et la Russie y ont eu, une première fois, recours en 1827, pendant l'insurrection de la Grèce. Divers autres blocus pacifiques ont eu lieu depuis lors. On peut citer notamment le blocus du Tage par la France en 1831; celui des côtes de la Nouvelle-Grenade par l'Angleterre en 1836; celui des ports du Mexique par la France en 1838; en 1838 et 1840, en 1845 et 1848, ceux de Buenos-Ayres par la France seule d'abord, et ensuite par la France et l'Angleterre. Enfin, pour prendre un exemple plus récent, le Commandant des Forces Navales Britanniques au Cap de Bonne-Espérance et à la Côte Occidentale d'Afrique a, en 1876, dans des circonstances offrant une grande analogie avec la situation actuelle, établi sur la côte du Dahomey un blocus dont la durée s'est prolongée pendant plusieurs mois. La France, à son tour, à l'occasion des difficultés survenues avec la Chine, en 1884, a recouru au blocus pacifique des côtes de Chine, et le Gouvernement Britannique, à cette époque, tout en formulant des réserves

Nr. 10516. sur les effets que pouvait entraîner la mesure dont il s'agit au regard des
 England. Puissances tierces et de leurs ressortissants, n'a pas contesté, en principe, le
 4. Aug. 1893. droit réclamé par le Gouvernement Français.

Jules Develle.

Nr. 10517. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Bot-
 schafter in Paris. — Bemerkungen über seine Unter-
 redungen mit Waddington.

Foreign Office, August 5, 1893.

Nr. 10517. My Lord, || I have received your Excellency's despatch of the 25th ultimo,
 England. relative to the statement made in M. Develle's speech in the Chamber that
 5. Aug. 1893. you had formally announced to him, on behalf of Her Majesty's Government,
 that Great Britain had no intention of intervening in the frontier question
 which had arisen between France and Siam. || I am glad, that your Excellency
 should have taken an opportunity of explaining to M. Develle that this was a
 misapprehension of what had been said by you. || I noticed in the same speech
 a statement, that as early as the 9th March I had spontaneously informed
 M. Waddington that I had received a visit from the Siamese Minister, who
 complained of the encroachments of France on the Mekong, but that I had
 replied, that the matter did not concern me. || I find on reference to my notes
 a record of a conversation with M. Waddington at this Office on the previous
 day, which is no doubt that alluded to. An account of it is also given in my
 despatch to your Excellency of the same day. But in neither is there any
 allusion to any statement of the kind. || As M. Waddington reported the fact in
 a despatch, I have no doubt, that some observation on the subject was made
 by me. The question between France and Siam, as far as I was aware of it
 at the time, was one merely of conflicting claims to portions of territory in-
 habited by wild tribes, and lying to the east of the middle course of the
 Mekong. I did not consider, that in its then position it was one in which
 Her Majesty's Government were called upon to intervene, and I probably made
 some observation to that effect, with the object of showing that there was no
 foundation for the rumours current in the French press that Her Majesty's
 Government were inciting the Siamese Government to oppose the French con-
 tentions. || But that my remarks did not go beyond this is to my mind sufficiently
 demonstrated by the fact that I made no record of them either in my private
 notes or in the official despatch giving an account of the conversation. || I have
 no doubt, that I expressed myself to your Excellency in the same sense. It
 is not necessary to observe, that the French pretensions as since revealed had
 not at that time been advanced in any practical shape, but I certainly had it
 in my mind that the Siamese should be recommended to abstain from a resistance
 on which the French might ground larger claims than they as yet had sought
 to assert. || The report of M. Develle's speech given in the "Times" of the
 19th July, which describes me as calling upon M. Waddington for the purpose

of making a communication on the subject, is of course entirely inaccurate, but I notice, that no such statement is made in the verbatim record of the speech published in the "Journal Officiel." To make this difference perfectly clear I subjoin both passages: what M. Develle really said, and what he was represented in the English press to have said.

The "Times" version is as follows: — || "As long ago as the 9th March Lord Rosebery came spontaneously to say to M. Waddington, that the night before he had received a visit from the Siamese Minister in London, complaining of the encroachments of the French on the Mekong, and that he told him he had nothing to do with the affair." || The actual words were the following: — || "Dès le 9 Mars dernier Lord Rosebery a spontanément déclaré à M. Waddington qu'il avait reçu la veille la visite du Ministre de Siam à Londres, qui se plaignait des empiétements de la France sur le Mékong, et qu'il lui avait répondu qu'il n'avait pas à s'occuper de cette affaire."

Rosebery.

Nr. 10518. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Unterhandlungen über die neutrale Zone sind zu verschieben.

Paris, August 5, 1893. (August 7.)

(Extract.) In reply to the question addressed to me in the last paragraph of your Lordship's despatch of the 2nd August as to whether it is better to postpone the discussion of the detailed frontiers or not, I have to state that in my opinion the French Government would absolutely refuse to renew negotiations at present, or until after the elections. || The President has left Paris, and M. Develle will be leaving to-morrow. Under these circumstances I do not think it would be desirable to press them on the point; nor do I think that the delay will militate against a satisfactory settlement.

Nr. 10519. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam, dessen Inhalt in Nr. 10375 bis Nr. 10379 angegeben ist.

Bangkok, 17. Juli 1893. (21. August.)

Nr. 10519.
England.
17. Juli 1893.

Nr. 10520. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Frankreich weist jede Intervention ab.

Bangkok, August 21, 1893, 7-10 P. M. (August 21, 9-30 P. M.)

(Telegraphic.) || The King of Siam gave audience yesterday to the French Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary. The usual complimentary formalities were exchanged. In the correspondence which took place previous

Nr. 10520.
England.
21. Aug. 1893.

Nr. 10520.
England.
21. Aug. 1893. to the interview the French Envoy asserted, that his instructions compelled him to refuse all intervention of any foreign adviser, and forbade him to discuss matters whit any but the King or His Majesty's Minister.

Nr. 10521. **ENGLAND.** — Derselbe an denselben. — Besetzung von Chantaboon. .

Bangkok, August 21, 1893, 9:50 P. M. (August 21, 11 P. M.)

Nr. 10521.
England.
21. Aug. 1893. (Telegraphic.) || Apparently the French Minister here spoke on his own authority when he asserted, that French troops would not occupy the town of Chantaboon. Intelligence has just arrived of its military occupation. Orders to this effect were given from the Governor-General of Cochin China. All knowledge of this preceeding is denied by the French Plenipotentiary.

Nr. 10522. **ENGLAND.** — Derselbe an denselben. — Fortgang der Verhandlungen zwischen Siam und Frankreich.

Bangkok, August 23, 1893. (August 23.)

Nr. 10522.
England.
23. Aug. 1893. (Telegraphic.) || M. le Myre de Vilers' negotiations are proceeding smoothly, and I have not heard of any difficulties arising. The only question on which some misunderstanding may have occurred was with regard to the occupation of the town of Chantaboon by Annamite troops; but this was soon settled. || Her Majesty's ship "Linnet" was ordered to Hong Kong on the 16th instant. I do not expect, that another gun-boat will be sent to replace her, and at present there seems no need for the presence of a British man-of-war.

Nr. 10523. **ENGLAND.** — Derselbe an denselben. — Französischer Vertragsentwurf.

Bangkok, August 24, 1893, 2:50 P. M. (August 24, 6:30 P. M.)

Nr. 10523.
England.
24. Aug. 1893. (Telegraphic.) || At the first meeting of the Plenipotentiaries of France and Siam Articles were proposed for the new Treaty of Peace and Friendship, of which the following is the tenour: — || 1. Government of Siam recognize rights of sovereignty of Annam and Cambodia over the islands in the Mekong and all the territories on left bank of the river. || 2. Police of the Mekong River and of Great Lake belongs to French Government, and on these waterways the Siamese Government renounces the right to keep any armed boats or vessels. || 3. No fortified post or military establishment shall be constructed by the Siamese Government within a radius of 25 kilom. on the right bank of the River Mekong or in the Provinces of Angkor and Battambang; within these limits all such will be destroyed. || 4. Nothing as regards the actual native administration will be changed in these reserved zones. The local authorities there will maintain no regular or irregular force, but the police will be under their direction. || 5. In the zones above specified no customs will be established, nor will any taxes be levied on imports or exports. || 6. On the

right bank of the Mekong the French Government may construct depôts of wood and coal, and any works necessary to navigation. || 7, 8 and 9. These relate to Consular and passport matters, and were not read. || 10. Those under French protection and French subjects registered in Consulate are all under French jurisdiction. || 11. French text will be alone valid. || These Articles are all, it will be noticed, in excess of terms accepted in the ultimatum.

Nr. 10524. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Der französische Unterhändler ändert seine Haltung.

Bangkok, August 25, 1893. (August 25, 10:30 A. M.)

(Telegraphic.) || In the conference this morning the French Plenipotentiary altogether changed his former manner. He insisted on acceptance in principle of all the additional conditions referred to in my telegram of the 24th instant, and hinted, that otherwise matters might change for the worse, as France has now four war-ships in the Gulf of Siam. A few more advantages for French colonials, he added, would be asked for, in return for which France would grant two favours, which were not, however, specified. The expulsion of all "Danish mercenaries" from Siam as also required.

Nr. 10523.
England.
24. Aug. 1893.

Nr. 10524.
England.
25. Aug. 1893.

Nr. 10525. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Uebersendet den Schriftwechsel zwischen Frankreich und Siam, dessen Inhalt in Nr. 10587 bis 10590 angegeben ist.

Bangkok, 25. Juli. (28. August.)

Nr. 10525.
England.
25. Juli 1893.

Nr. 10526. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Erkundigung nach dem Vertragstext.

Foreign Office, September 1, 1893.

(Telegraphic.) || I should be glad, if you could obtain the exact text of the Articles relating to Battambang and Angkor and the rest of the reserved zone, and send it to me by telegraph.

Nr. 10526.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10527. ENGLAND. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Die Sprache der englischen Presse erregt Aufsehen in Paris.

Paris, September 1, 1893. (September 2.)

My Lord, || The language of the English press, as well as that employed in the House of Commons, in regard to the so-termed French encroachments during the Siamese negotiations has frequently been referred to in the course of my conversations with official personages in Paris, and I may sum up the language which has been held to me in responsible quarters as follows: || It is felt, that what they designate as the persistent attacks levelled against France

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

in England are the cause of considerable embarrassment to the French Government. Disposed as the latter might be to disavow publicly the intentions attributed to them, they would inevitably be accused, were they to do so, of truckling to the pressure of England. France, it is maintained, was honestly desirous simply to revert to amicable relations with Siam as soon as the terms accepted by that country were executed. But if M. le Myre de Vilers, who had the habit of dealing with Orientals, were to await the good pleasure of the Siamese with his hands crossed, the object in view would be remote in its attainment, and he doubtless, at his discretion, may have used language which might be interpreted as threatening, in order to hasten the conclusion of his mission. In fulfilling his instructions to make a Commercial Treaty, he had proposed certain mutual concessions in regard to customs duties and importations between Battambang and Angkor and Cambodia. He had at once been accused of wishing to lay hands on the provinces. In order to improve the navigation of the Mekong, he had asked for the permission to extend to the right bank such works as might be necessary on the left bank, as well as to establish wood and coal dépôts. That, again, was distorted into a desire to lay hands on the provinces, when the very fact of the request having been made showed their respect for the right bank. A strong pressure had been exercised in France on the Government to obtain, after the refusal of the ultimatum, the retrocession of those provinces (regarded as legitimately belonging to Cambodia); but M. Develle, bearing in mind the declarations which he had made in regard to the independence and integrity of Siam, had firmly rejected all such influence brought to bear on him, and respected a Treaty which had undoubtedly been drawn up without full "connaissance de cause." I have been assured, that not one word is known at the French Foreign Office of the alleged erection of earthworks at Chantaboon; and the presence there of a French force one-tenth the number of that of the Siamese forbade any covert intentions such as were attributed to the French. An explanation of the desire to shelter the French force in a barrack had already been given to me. As to the assertions relative to French projects regarding the Kra Canal, I am told, that no mention of that canal or of such aims had ever been made in any correspondence, private or official, in the French Foreign Office. || As to the general question, it is not concealed that, had the circumstances and details now at hand been brought earlier to the notice of the French Government, demands of a less moderate nature would have been made. The report of the Commander of the "J. B. Say" it is said proves how unprovoked had been the action of the Siamese on the occasion of the French ships entering the Menam. || By a distinct arrangement made with M. Pavie, a Siamese officer was to have been sent to stop the passage of the French ships up the river. That arrangement had not been kept, and the ships arriving with their original orders from the Admiral at Saigon to advance to Bangkok had no notice of the modification of those orders which had been issued in consequence

of an understanding with Her Majesty's Government, but were received by a fire of artillery. Would British officers, it is asked, have acted under such circumstances otherwise than the French naval officers had acted? Her Majesty's Government, it is believed, would have ordered much stronger measures of retaliation. No demand had been made for the dismissal of the Danish officers, but it is understood that the Danish Government intends to withdraw those who are under its control, and who are not mere adventurers, such as often make their way to Oriental countries. Their presence, in view of the Report of the Commandant of the "J. B. Say," and of their action at the mouth of the Menam, is regarded as a danger to the good relations of France and Siam. A high official almost emotionally repudiated to me the accusations of bad faith which had been levelled at France, both in the English press and in the House of Commons, stating that when a member used a such an expression as "now that France has annexed Siam," it was difficult to inculcate moderation on the French press. || It has been pointed out to me, that the press has shown excessive forbearance both in the Aigues Mortes controversy and in the recent development of the Siamese question, if a comparison were drawn with its Italian and English compeers, and that the French Government could, however, only feel that the exaggerations of the English press on the Siamese question were due to its being, in many cases, dragged into the service of the Opposition, in order to make an attack on Mr. Gladstone's Government for its imputed impotence and inertness in the face of France, a most unjustifiable accusation, as the correspondence of Her Majesty's Embassy and the French Government must unquestionably prove. || I have invariably said that no one could read the reports of the language held by the official Representatives of Her Majesty's Government in Parliament without being convinced of its guarded character, and how little it became the echo of ungrounded statements, but I could not conceal my fears lest M. le Myre de Vilers would prove to be either exceeding his instructions, or to be executing them unjustifiably.

E. C. H. Phipps.

Nr. 10528. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Summarische Darstellung der Ereignisse.

Foreign Office, September 2, 1893.

My Lord, || The difference between France and Siam, which had at one time assumed so threatening an aspect, has happily been brought to a peaceful settlement. It was one in the later and more serious phases of which Great Britain could not be otherwise than greatly concerned, on account of her preponderant commercial intercourse with Siam, of her friendly relations with that kingdom, her desire to preserve its independence, and in view of the expediency, in the interests both of France and Great Britain, of maintaining a neutral territory between the British and French possessions in those regions.

Nr. 10527.
England.
1. Sept. 1893.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

The French Government have shown themselves equally alive to the importance of this last consideration, and your Excellency has been able to come to an agreement with the French Minister for Foreign Affairs as to the general principle of an arrangement for securing the object in view; and I do not doubt, that on your return to Paris you will find M. Develle ready to negotiate with you the details of that arrangement. || It will be useful, that I should preface the instructions which I have to give you on the subject with a brief summary of the course of events and of the position of Her Majesty's Government in regard to them. || As long ago as the 3rd April, 1889, the French Ambassador made to my predecessor a proposal for the neutralization of Siam. The conversation is thus recorded by Lord Salisbury in a despatch to the late Earl of Lytton, then Her Majesty's Ambassador at Paris: — (folgt Nr. 10430.)

M. Waddington's account of the proposal made by him gives it in somewhat different terms; but the substance of the proposal is the same. His Excellency says in a letter to me, dated the 30th April last: — (folgt Nr. 10448) *Cette proposition a été faite bis déployée devant nous.*

The proposal was the subject of prolonged consultation with the Secretary of State for India, and eventually Lord Salisbury returned to M. Waddington, on the 27th August, the following answer: — (folgt Nr. 10431.)

To this communication no answer was ever received; the subject was for the time dropped by the French Government, and it was not until the 16th February, 1892, that it was revived by M. Waddington, who made on that occasion an entirely new proposal. || His Excellency said, that his Government were of opinion that, in order to avoid further differences between the two Powers, it might be advantageous that each Power should bind itself to the other not to extend its influence beyond the Mekong. Neither Power had yet advanced practically to the banks of that river, but this engagement would prevent either Power suspecting the other of desiring to encroach upon what was essentially Siamese territory. || Lord Salisbury objected, that such an engagement would have the appearance of giving respectively to the French and English Governments territory which did not belong to the other of the two Powers, and was therefore not at its discretion to assign. M. Waddington replied, that that was not his intention. He did not propose any engagement of a positive character; he did not propose, that either Power should recognize the other as advancing as far as the banks of the Mekong; he only proposed the negative engagement, that each Power should bind itself to the other not to cross that river. || M. Waddington repeated this proposal on the 10th May following, explaining he did not mean to say that the present sphere of influence either of France or Great Britain actually extended up to the Mekong at that moment, that his proposal was not an assertion of present rights, but, as he expressed it, a prophylactic. || Lord Salisbury consulted the Secretary of State for India on the subject, but no reply was given to M. Waddington before the late Government quitted office. || His Excellency consequently re-

curred to the subject in conversation with me, and I explained the position and views of Her Majesty's Government in a note dated the 23rd December last. || In that note, and in a subsequent one of the 3rd April, I stated, that in virtue of the annexation of Burmah, and of the establishment of a British Protectorate over the State of Kyaington, Her Majesty's Government had acquired rights in certain districts to the east of the Mekong, notably in Kiang Hung and over Kyaing Chaing, which latter district lies on both sides of the Mekong. That they proposed to make over to China their rights in the former State as part of a general settlement of the frontier between Burmah and China, and that it was further their intention to cede Kyaing Chaing to Siam as part of the frontier settlement with that country; although, if Siam were at any time to abandon the district, the rights of the British Crown to the whole of it, whether lying to the east or west of the Mekong, would revive. I pointed out, that under these arrangements the possessions or Protectorate of Great Britain would nowhere extend to the east of the Mekong, but I stated that such a specific engagement as M. Waddington had suggested would be open to misconstruction, and likely to cause suspicion and arouse claims on the part of Siam. || M. Waddington replied to my note of the 23rd December in one dated the 22nd February, in which he asked for explanations on certain points, and expressed a hope that I should see the expediency of speedily resuming the negotiations and bringing them to a definitive agreement, adding that they could not, in the opinion of the French Government, be regarded as implying a danger for Siam, as they had always and should, in their opinion, continue to be based on the necessity of assuring the independence of that State. || In my reply of the 3rd April I observed: — (folgt Nr. 10441: "Her Majesty's Government have never been bis influence in these regions").

The negotiation has not been pursued further by the French Government, but throughout the course of their recent discussions with Siam they have constantly asserted their intention to respect the integrity and independence of that kingdom. I may mention in illustration of this fact the statement made to me by the French Chargé d'Affaires on the 28th June, and recorded in my despatch of that date, that he thought that ample assurances had been given by M. Develle to your Excellency, and that it had always been stated that there was no idea of any attack on the integrity and independence of the Kingdom of Siam. On the 30th June, only two days later, Mr. Phipps furnished to me, in his despatch, a report of a conversation with M. Develle, which commenced as follows: — || "His Excellency said he could give me a solemn assurance, that the French Government had no idea of interfering with the integrity of the Siamese Empire." || Her Majesty's Government had, therefore, every assurance that France, equally with Great Britain, was desirous of avoiding actual contact between the possessions of the two countries in these regions; that she was resolved to maintain and respect the integrity and independence of Siam, and that her territorial claims would not be so pushed

Nr. 10525.
England.
2. Sept. 1893.

as to trench upon that independence and integrity. || It must be admitted, that the exact limits of the territorial rights and jurisdiction of Siam are vague and indeterminate; but it was at least certain, that the State of Luang Prabang had for a period of over seventy years acknowledged Siamese suzerainty, and that it had for some years been practically under the control of a Siamese Commissioner. The French Government had, moreover, themselves acknowledged the sovereignty of Siam at Luang Prabang by the signature of the Convention of the 7th May, 1886, which provides for the appointment of a French Vice-Consul there, and by the request which they subsequently addressed to the Siamese Government to grant an exequatur to the officer so appointed. It is further an undoubted fact, that the country to the west of the Nam U up to latitude 22° has for some time been in Siamese possession, that the Siamese military posts extend along the course of that river up to that latitude; and that the Siamese Province of Maung Nan reaches some 60 miles to the north of the Mekong, where that river runs westerly from the town of Luang Prabang. || There was therefore to the east of the British possessions, where they approach or touch the Upper Mekong, a broad tract of territory generally admitted by French as well as by other explorers and travellers to belong to Siam. Moreover, on the French official map of Indo-China, published by the Ministry of War in 1886, there is a distinct frontier-line drawn considerably to the east of the Nam U, and described as "the frontier of Annam according to the Annamite maps;" while the country to the west of this line is stated to belong to States under the suzerainty of Burmah and Siam. || Under these circumstances, Her Majesty's Government were justified in considering that the disputes which had arisen between France and Siam, and which were understood to relate to the territory lying to the east of the Mekong and south of Luang Prabang, did not directly concern them; and that they were not called upon to express any opinion on the question, the merits of which it was very difficult to ascertain. I have no doubt, that I may have incidentally stated both to your Excellency and to M. Waddington that we did not desire to intervene in any local frontier dispute on the Lower Mekong, though, as your Excellency has pointed out in your despatch of the 25th July, and as I have explained in my despatch to you of the 5th ultimo, no such categorical statements of our being altogether unconcerned in the question were made either by you or me as might be inferred from M. Develle's language in the French Chamber. It is clear, indeed, that in a certain sense Her Majesty's Government could not be otherwise than concerned, for it was important to Great Britain that the question should be restricted within its actual limits, and should not be allowed to assume proportions that should affect our commerce or the essential independence and integrity of Siam. But action on our part was rightly and properly limited to endeavouring, by friendly advice, to facilitate a settlement, and to prevent any step on the part of Siam which might tend to bring matters into an acute phase. || Her Majesty's Go-

vernment neglected no opportunity of using their influence in this direction. || Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.
As French public opinion seemed much excited on the subject, and inclined to attribute to British instigation and support the opposition offered by Siam to the French demands, I avoided having any personal interviews with the Siamese Minister, which might have tended to give colour to these suspicions and to increase existing irritation. But in all written communications with him, in the messages which have been conveyed through Sir P. Currie and Sir T. Sanderson to the Siamese Legation, and in the instructions addressed to Her Majesty's Minister at Bangkok, I never failed to inculcate the importance for Siam of coming to a speedy settlement, of exercising great caution, and of avoiding anything which could give occasion for a rupture. Advice to this effect was given on the 24th April by Sir P. Currie to Mr. Verney, the English Secretary of the Siamese Legation, and Captain Jones was at the same time instructed to use language to the same effect. || Again, on the 4th June, after the capture of a French officer, Captain Thoreux, on the Mekong, I telegraphed to Captain Jones to urge on the Siamese Government, if he had the opportunity, to consider how extremely important it was to avoid a breach of friendly relations, and to represent that they could have no grounds for refusing to use their best endeavours for the liberation of Captain Thoreux if the encounter had taken place, as I understood them to state, in opposition to their wishes and instructions, and on territory over which they claimed to exercise authority. || On the 23rd June Mr. Verney, having intimated that the French Government refused to proceed with the discussion of the territorial question until the claims for compensation on account of injuries suffered by some French traders and travellers at the hands of the Siamese authorities had been disposed of, it was suggested to him that, in order to facilitate the progress of the negotiations, the Siamese Government would do well at once to deposit the full amount of these claims with some bank or neutral person pending a discussion of the details. || On the 5th July, as the French Government were complaining of the delay in the liberation of Captain Thoreux Sir T. Sanderson wrote again to Mr. Verney by my desire, urging that it should be effected at the earliest possible moment.

Of the incident which brought matters to their recent critical condition, and led to the presentation of the French ultimatum, I can only say, that it appears to have been principally, if not wholly, due to an unfortunate misunderstanding, and that the act of the French gun-boats in forcing their way up the Menam River to Bangkok was, as I believe, contrary to the orders of the French Government, as it certainly was inconsistent with their language to Her Majesty's Government. || On the 17th June your Excellency reported having received an assurance from the French Government, that the statement in the newspapers of the dispatch of the French fleet to Bangkok was not correct, that it would be concentrated near Cochin China, and if any further action was necessary, in consequence of the recent murder of a French sub-

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

ject, Her Majesty's Government would be informed. || In your despatch of the 19th June you stated, that M. Develle had again repeated the assurance that there was no intention of sending the French fleet to Bangkok. You added, that you had already received through Mr. Phipps an assurance from the French Foreign Office authorities that any further movements of the French fleet would be communicated to Her Majesty's Embassy, or to London. || On the 29th June the French Minister for Foreign Affairs, after expressing satisfaction at my language in the House of Lords, repeated once more that no active steps would be taken at Bangkok without previous warning. || In the note which Mr. Phipps addressed to his Excellency on the 1st July, and of which a copy was inclosed in his despatch of the 5th, he wrote as follows: — || "I may add, that I have not omitted also to convey to Her Majesty's Government the various assurances given by your Excellency that any further movements of the French fleet will be intimated to them." || No exception whatever was taken to this formal record of the assurances received; no intimation of any kind had been received by Her Majesty's Government of an intended movement of the French fleet, or any portion of it; they were justified in supposing that it was still under orders to remain concentrated in the waters of Cochin China, and that no fresh steps of an active nature at Bangkok had been decided upon. || When, on the 11th July, a report was received from Her Majesty's Minister at Bangkok, that the French Admiral was determined to send additional vessels of war to that capital, and to force the entrance of the river against the resistance of the Siamese, I must admit that, relying on the reiterated assurances of M. Develle, I did not believe that such a measure was seriously contemplated, or was at all events imminent. || As it was said, however, that the French Admiral based his action on the ground that additional English gun-boats were being sent to lie off Bangkok, I instructed Mr. Phipps to explain to M. Develle that the two vessels which had recently been sent for the protection of British life and property in case of disorder would remain at the entrance of the river, and that only the one which had for some weeks been lying off Bangkok would continue there. But I thought it only courteous to M. Develle to accompany this explanation with a statement that Her Majesty's Government felt absolute confidence in his assurances, and gave no credence to the report of an intention to force the entrance of the river. || I received from Mr. Phipps, late on the evening of the 13th July, a telegram stating that, in consequence of my communication, M. Develle had abandoned the intention of sending additional ships to Bangkok, and that the vessels sent would remain outside the bar at the entrance of the Menam. But simultaneously with this message arrived, to my extreme surprise, another one, from Her Majesty's Minister at Bangkok, reporting that the vessels in question had passed the defences at the bar, and were at that moment anchored opposite the French Legation. || Of the encounter which took place between the gun-boats and the Siamese forts on their passage up the

river, and which seems to have been the determining cause of the French ultimatum, the accounts from different sources are conflicting. It has been stated, that the French vessels were subjected to an unprovoked fire while taking up their anchorage outside the bar. This, however, can scarcely be the case, for the anchorage outside the bar is out of range of the fort at the entrance to the river. || From the reports since received from Her Majesty's Minister at Bangkok, and from the Commander of Her Majesty's ship "Pallas", which was stationed outside the bar, it appears, that the Commanders of the French gun-boats were informed by the latter on their arrival that they might expect a message from the French Minister at Bangkok outside the river. It was believed by the Commander of the "Pallas" (though I understand that the French Government state that this is a mistake), that they actually received a messenger from the Minister with an intimation of the arrangement made with the Siamese Government that they should remain outside. They were certainly warned by a Siamese officer, that their passage up the river would be opposed. Nevertheless, on the approach of evening, and under cover of a thunder-storm, they proceeded, by the help of a pilot obtained from a French merchant-steamer engaged in local traffic, to pass the obstacles which the Siamese had placed at the mouth of the river inside the bar, and it was then that, after two blank shots had been fired, the cannonade began, to which they at once replied. || It is, however, unnecessary, that I should discuss this incident or pronounce any opinion upon it. I have only detailed the previous circumstances with the object of showing that, in this and in other stages of the matter, the course of Her Majesty's Government has been based upon a loyal belief in the reiterated and solemn assurances of the French Government, and guided by an anxious desire to avoid taking any part in the dispute, but to prevent, as far as lay in their power, any action on either side which might bring about a crisis. || Those efforts had, unfortunately, been unavailing, and the immediate result was the presentation by the French Government of an ultimatum containing demands of a very different nature from any which had previously been made. || The first of these demands could not but be considered as affecting British interests in a high degree. It was thus expressed: "The recognition of the rights of the Empire of Annam and of the Kingdom of Cambodia over the left bank of the Mekong and over the islands." The words are not explicit; but the statements of M. Develle left no doubt that they were intended to imply the cession of all territory in Siamese possession on the left bank of the river. This interpretation was confirmed by the refusal of the French Government to accept as satisfactory the reply of the Siamese Government offering to recognize as Annamite and Cambodian territory all the country to the east of the Mekong southwards of the 18th parallel of north latitude. || Her Majesty's Government found themselves, therefore, suddenly and without any previous warning brought face to face with a peremptory claim by France for a vast tract of territory, including

Nr. 1052S.
England
2. Sept. 1893.

Nr. 10528.
England.
2. Sept. 1893.

the town and one-half of the district of Luang Prabang (which has been admittedly for many years under Siamese jurisdiction, and over which it has not hitherto been contended that Annam had any rights beyond some of tribute now for more than half-a-century non-existent), comprising also a considerable portion of the Siamese Province of Muang Nan, and bringing the French possessions into immediate contact with the British Protectorate of Kyaington, and with the neighbouring State of Kyaing Chaing, which Her Majesty's Government had ceded to Siam, but which would thus be cut off from the rest of the Siamese possessions, and over which the rights of Great Britain would naturally revive upon its abandonment by the Siamese Government. || I pass over the question whether such a demand is altogether consistent with that respect for the integrity of Siam which had formed the basis of the communications between the two Governments. It is sufficient to consider its practical effect. || The policy which hitherto has recommended itself for obvious reasons to both the British and French Governments has been that of keeping a considerable tract of territory under the jurisdiction of some native and neutral State between the limits of their respective possessions. But the French demand, if carried into effect to its full extent, would have brought the British and French frontiers into actual contact for an extent of at least 80 miles. In order to preserve the peace of the border it would be necessary to make arrangements for regularly garrisoning the frontier districts, and for bringing them under direct administrative control. A heavy charge which has hitherto been avoided would be thrown upon the finances of the British-Indian Empire, and both countries would have been constantly exposed to the occurrence of petty and irritating discussions from such incidents as must necessarily arise between the wild and uncivilized tribes which inhabit these regions. || On the other hand, if the Siamese Government should persist in their refusal to make concessions beyond those offered in their reply to the French ultimatum, a blockade of the Siamese coast was at once to ensue. This measure, although nominally directed against Siam, would probably have had but little effect on the mass of the population. The food supplies of the valley of the Menam are more than adequate for the wants of the inhabitants, the annual export of rice from Bangkok averaging a yearly value of 1,000,000 £., and with such commodities as furnish the staple articles of import they can very well dispense for a prolonged period. || But on British shipping visiting Bangkok, which, during the year 1892, amounted to 87 per cent. of the whole carrying trade of that port, and on British imports, which amounted in the same year to 97 per cent. of the whole, the effect could not be otherwise than serious. It was further to be anticipated, that the stoppage of the supply of rice to the British Colonial Settlements in the Malayan Peninsula and at Hong Kong might be productive of serious inconvenience and distress. || It was under these circumstances that Her Majesty's Government thought it expedient that your Excellency should at once return to Paris, in order to discuss with

M. Develle the means of avoiding contingencies which could not be otherwise than detrimental to the friendly relations between the two countries. I am happy to bear testimony to the moderate and conciliatory disposition which has been shown by that statesman, and which has resulted in an agreement for the establishment of a neutral zone between the British and French possessions on the Upper Mekong. || Her Majesty's Government, while refusing to give advice under circumstances for which they were in no way responsible, did not conceal from the Government of Siam their opinion that further resistance to the French demands was useless, and could only tend to bring on Siam greater losses and misfortunes. The latter, wisely recognizing the necessities of the situation, accepted the conditions laid down in the French ultimatum, and some supplementary ones which the French Government subsequently imposed. The blockade which the French Government had notified as to take place on the 31st July, but which the French Naval Commander, from misapprehension of the telegraphic instructions sent to him, had twice proclaimed as commencing first on the 26th, and then on the 29th, was consequently, after some delay, due, doubtless, to the same cause, formally and definitively abandoned; and it may be hoped, that the negotiations opened at Bangkok for the conclusion of a Definitive Convention may be speedily brought to a satisfactory issue. || There seems no reason why the discussions between your Excellency and M. Develle, which it was thought well to suspend until after the French elections, should not now be resumed, with the view of putting into definite and exact shape the agreement as to the neutral zone.

Rosebery.

Nr. 10529. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Text des Vertrages zwischen Siam und Frankreich.

Bangkok, September 2, 1893, 7:30 P.M. (September 3, 9:15 A.M.)

(Telegraphic.) || I Send, in compliance with the instructions contained in your Lordship's telegram of yesterday, the exact text of Articles III, IV, V, VII and VIII of the Treaty proposed to Siam by the French Plenipotentiary, as well as the text of Articles IX, XI and XIII, which have not been previously communicated to your Lordship by telegraph. || Article III. The Siamese Government will not construct any fortified post or military establishment in the Provinces of Angkor and Battambang, nor within a radius of 25 kilom. from the right bank of the Mekong. Those already existing within these limits will be demolished. || Article IV. In the reserved zones nothing will be changed as regards the existing native administration; the police will be undertaken by the local authorities, and no military force, regular or irregular, will be maintained there. || Article V. No Customs posts will be created; no taxes will be levied on importation or exportation within the zones reserved as above

Nr. 10529.
England, 1.
2. Sept. 1893.

Nr. 10529.
England.
2. Sept. 1893.

Nr. 10529.
England.
5 Sept. 1893.

mentioned. || Article VII. French citizens, subjects and those under French protection may freely circulate within the reserved territories with a passport delivered by French authorities, and reciprocity will be accorded to the inhabitants of the said zone. || Article VIII. Within this said zone French Government reserves the right of establishing Agencies wherever it may see fit in the interests of its subjects or those under its protection. The Siamese Government will concede gratuitously the necessary ground for the establishment of the said Agencies. || Article IX. French Government reserves the right of establishing Consulates at Nan and Korat. || Article XI. Plenipotentiaries by a special Convention will regulate the measures of execution of the said Treaty. || Article XIII. The present Treaty should be ratified within a delay of four months, counting from the day of signature.

Nr. 10530. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Antwort auf Nr. 10527.

Foreign Office, September 5, 1893.

Nr. 10530.
England.
5 Sept. 1893.

My Lord, || I have read with much interest Mr. Phipps' despatch of the 1st instant, giving an account of conversations he has had with various official personages on the Siamese question. || I note with much satisfaction the moderate and conciliatory tone of their remarks, and their strenuous contradiction of some of the reports that have been current as to the nature of the demands now being made by France upon Siam. || I think it however right to observe, that, upon some of the recent incidents, they seem to be imperfectly and even incorrectly informed, and the account given to Mr. Phipps of the entry of French gun-boats into the Menam differs essentially from that which Her Majesty's Government have received from their officers on the spot. || It seems clear from the reports of Her Majesty's Minister at Bangkok and of the Captain of Her Majesty's ship "Pallas," copies of which are inclosed herewith, that not only did the latter officer inform the Commanders of the "Inconstant" and "Comète," on their arrival off the bar, that they might expect a message from M. Pavie outside the river, but that they were duly warned by a Siamese officer that their entry would be opposed, and that about 5 P.M. a Siamese steam-launch arrived with a French officer, sent by M. Pavie, to communicate the arrangement come to with the Siamese Government. It was after they had been visited by this launch, and she had returned, that the gun-boats proceeded to the entrance of the river. It further appears, from the narrative of the master of the trading steamer "J. B. Say," published in the "Temps" (and inclosed in Mr. Phipps' despatch of the 29th ultimo), that on the vessels approaching the Siamese forts, which are situated within the mouth of the river, the latter fired two blank shots to warn them not to approach, which the vessels only answered by hoisting French ensigns at every mast-head, and continuing their course. However ill-advised and useless the resistance of the Siamese may have been, the responsibility for what followed rests

primarily with the French officers, who so acted in flagrant opposition to the engagement made by the Representative of their Government, and who I observe have been publicly noted for promotion in recognition of their conduct. || It must be acknowledged, that Her Majesty's Government have carefully avoided any action or language which could give ground for reproach or offence on the part of France. Over the English press Her Majesty's Government have no control, and it has naturally been the object of the Opposition in the House of Commons to represent in the strongest colours the risk and injury to British interests that will result from what is taking place. At the same time, it is impossible to disguise the fact, that a very bad impression has been created in this country by the course pursued by France towards a weak and defenceless Government; all the more so, as that course has, to all appearance, been principally dictated by M. de Lanessan, the present Governor of French Indo-China, and as it is in exact fulfilment of the programme of undisguised aggression and encroachment laid down in his published work on French colonial policy. It cannot be matter of surprise, that these coincidences should strike even a superficial observer, and that, under the circumstances, the constant increase of the French claims, the ultimatum, the supplementary guarantees, and now the reports of fresh demands and of ships summoned to support them by menace, should cause here deep suspicion and resentment. || That M. Develle should have resisted the pressure brought to bear on him in favour of tearing up the Treaty between France and Siam of 1867 is a proof of international good faith on his part which Her Majesty's Government gladly recognize, but which they would be sorry to consider exceptional. They hope they are justified in believing that the same feeling will prevent his countenancing any attempts on the part of the French Special Envoy to insist on conditions which would be in practical contravention of the stipulations of that Treaty.

Rosebery.

Nr. 10531. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Grundlose Beschwerden des französischen Unterhändlers.

Bangkok, September 5, 1893. (September 6.)

(Telegraphic.) || The Siamese Government are accused by M. le Myre de Vilers of being slow to carry out the conditions of the French ultimatum. The instances which he refers to are, however, unreasonable. The indemnity has already been paid, and every effort is made to fulfil promptly the obligations which have been undertaken.

Nr. 10530.
England.
5. Sept. 1893.

Nr. 10531.
England.
5. Sept. 1893.

Nr. 10532. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Die Verhandlungen in Bangkok. — Differenz zwischen dem Ultimatum und den Forderungen le Myres.

Foreign Office, September 7, 1893.

Nr. 10532.
England.
Sept. 1893.

My Lord, || The accounts which are received from various sources of the negotiations now proceeding between the French Special Envoy, M. le Myre de Vilers, and the Siamese Government, are of a nature to cause some disquietude. || Some of the reports which have been published in the press are no doubt exaggerated, and some altogether devoid of foundation. But those which have been received by telegraph from Her Majesty's Minister at Bangkok, the correctness of which there can be no reason for doubting, show that the tone of the Envoy has on occasions been threatening, and that the stipulations of the Treaty which he is proposing for the acceptance of the Siamese Government not only considerably exceed the terms of the ultimatum and of the supplementary guarantees assented to by Siam, but are calculated to materially impinge on that independence and integrity of the Siamese kingdom which the French Government have so explicitly pledged themselves to respect. || The inclosed comparison of these with the abstract of the draft Treaty received from Bangkok, and the account of other demands made by the Envoy, sufficiently establish this fact. || It will be desirable, that your Excellency should speak to M. Develle on this subject with perfect frankness. Her Majesty's Government have no wish to thwart any legitimate extension of French influence or commerce in those regions. But they are bound to watch over the British commercial interests already established, and they cannot ignore the weighty considerations which render the maintenance of Siam as an independent kingdom without further reduction of her territories a matter of serious importance to Great Britain. Her rights to the provinces which remain to the west of the Mekong are indisputable, and could not be infringed without serious, perhaps fatal, injury to her integrity and independence. || On this latter ground, Her Majesty's Government see strong objections to any proposals which would give to France a permanent hold over the port of Chantaboon, or the Provinces of Battambang and Angkor, and, indeed, to any further territorial acquisitions by France at the expense of Siam, such as would practically result from the establishment of dépôts, or from special engagements as to the administration of the country on the right bank of the Mekong. It now appears, that the condition that no military force shall be maintained by Siam within a distance of 25 kilom. of the Mekong is interpreted by the French Government as meaning that along the whole course of that river, where it forms, or will in future form, the frontier of Siam, a zone of 25 kilom. is to be kept clear of all military forces even for purposes of police, and that within that zone all fortified posts even of a purely defensive nature are to be destroyed. The stipulation may be

described as affecting a territory of not less than 8,000 square miles, which will thus be subtracted from the full exercise of Siamese sovereignty, and as throwing open the Siamese frontier for a distance of over 500 miles on the north and east. Even without attempting to supplement this by further provisions, as M. le Myre de Vilers now apparently proposes to do, it is sufficiently clear that the proposal is a grave blow at that integrity and independence of the Siamese kingdom which the French Government have so often and so specifically promised to respect. || Whatever facilities may be required on the right bank for the navigation of the river, as, for instance, stores of coal or sites for the construction of locks, could very easily be provided for by stipulations for the lease of land at spots to be determined upon by mutual agreement, so as to leave intact the Siamese rights of sovereignty. But even then it would seem a better arrangement, and one less open to suspicion, that the French Government should adhere strictly to the line laid down in their own ultimatum. || I have every reason to believe, that the report that M. le Myre de Vilers has asked, or has been instructed to ask, for a concession to a French Company for cutting a canal through the Kra Peninsula, is incorrect. Any measures or projects of this kind affecting the Siamese possessions in the Malay Peninsula, lying as these do between the Straits Settlements and the British-Indian possessions in Tenasserim, would seriously concern Great Britain, and Her Majesty's Government have a right to claim that they shall not be intrusted to the nationals of a third Power without their participation and consent. || I equally believe, that the report is unfounded, that the French Envoy has demanded the exclusive grant to French citizens of all concessions for public improvements, &c., in the Provinces of Battambang and Angkor. Such a stipulation would be in obvious contravention of the stipulation of Article X of the Treaty between Great Britain and Siam of 1855, which prescribes, that "the British Government and its subjects will be allowed free and equal participation in any privileges that they have been, or may hereafter be, granted by the Siamese Government to the Government or subjects of any other nation." || It may, therefore, be unnecessary for your Excellency to do more than make a passing allusion to these two points, as matters in regard to which any claim, such as that which has been reported in the press, would at once call forth an emphatic protest from us. || On the other hand, Her Majesty's Government cannot regard the demand, which M. le Myre de Vilers has apparently made, for the dismissal of the foreign officers employed in the Siamese service, and the condition laid down by him that the King's Belgian Adviser, M. Rolin Jacquemins, shall be altogether excluded from the negotiations, as otherwise than straining to the utmost point the independence of Siam, with respect to which the French Government have, as I have already said, given such explicit pledges. || You will remind M. Develle, that Her Majesty's Government, having informed that of Siam that in their opinion the best course would be to accept the French

Nr. 10532.
England.
7. Sept. 1893.

Nr. 10532.
England.
7. Sept. 1893.

ultimatum, and having afterwards recommended the concession of the supplementary guarantees, which were characterized by M. Develle, in a spirit of large and liberal definition, as not raising any points outside of the four corners of the ultimatum, feel bound to promote to the best of their ability the fair execution of the agreement arrived at, and its being kept, for all practical purposes, within the limits originally laid down. They have, as M. Develle knows, abstained from interference in the dispute between France and Siam except where British interests were concerned, as, for instance, in the maintenance of a neutral zone between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. But, as I have stated above, and as has been publicly announced in Parliament, they regard the independence and integrity of Siam as a British interest of high importance, and the attitude of reserve which they have observed has been largely due to the repeated assurances of the French Government that those were objects in which they were equally interested, and which they were equally determined to respect. || The foreign trade of Siam is at present almost entirely in British hands, and we could not preserve an attitude of benevolence or neutrality towards any attempt to impose restrictions on it with the view of diverting it into other channels. To fair competition Her Majesty's Government make, and can make, no objection; but in the event of attempts of the nature referred to, even if they were themselves disposed to be inactive (which they are not), the feeling of the commercial community in this country would at once compel a different attitude. There have not been wanting during the last few weeks manifestations of strong feeling on this point, which, if the reports that have been prevalent were confirmed, would soon be irresistible. || On this account, and in view of the irritation to which the question has given rise in both countries, I would wish your Excellency to impress upon M. Develle the importance for both Governments of bringing to a speedy settlement the negotiations proceeding at Bangkok, and those which you are conducting with him. If the question should continue much longer in its present phase, the effect on the relations between the two countries cannot be otherwise than most unfortunate. M. Develle's language has hitherto been so moderate and friendly, that I cannot but hope that you will find him equally desirous of bringing matters to a speedy and satisfactory issue. Rosebery.

Inclosure.

Terms of French Ultimatum, and of additional Guarantees.

Recognition of the rights of Cambodia and Annam to left bank of River Mekong and the islands. The Siamese shall evacuate within one month's time any posts which are there held by them. || No Siamese armed vessels to be stationed on Tonlé Sap Lake. || No military force shall be maintained by Siam at Battambang and Siamrath, or within a distance of 25 kilometres of the Mekong. Within this zone the Siamese shall be allowed to have only

police forces and stores. || Right to establish Consulates at Nan and Korat reserved by France.

Nr. 10532.
England.
7. Sept. 1893.

French demands on Siam, as made by M. le Myre de Villers.

1. Government of Siam recognize rights of sovereignty of Annam and Cambodia over the islands in the Mekong, and all the territories on the left bank of the river. || 2. Police of the Mekong River and of Great Lake belongs to French Government, and on these waterways the Siamese Government renounces the right to keep any armed boats or vessels. || 3. The Siamese Government will not construct any fortified post or military establishment in the Provinces of Angkor and Battambang, nor within a radius of 25 kilometres from the right bank of the Mekong. Those already existing within these limits will be demolished. || 4. In the reserved zones nothing will be changed as regards the existing native administration; the police will be undertaken by the local authorities, and no military force, regular or irregular, will be maintained there. || 5. No Customs posts will be created; no tax will be levied on importation or exportation within the zones reserved as above mentioned. || 6. On the right bank of the Mekong the French Government may construct depôts of wood and coal, and any works necessary to navigation. || 7. French citizens, subjects and those under French protection may freely circulate within the reserved territories with a passport delivered by French authorities; and reciprocity will be accorded to the inhabitants of the said zone. || 8. Within this said zone, French Government reserves the right of establishing Agencies wherever it may see fit in the interests of its subjects, or those under its protection. The Siamese Government will concede gratuitously the necessary ground for the establishment of the said Agencies. || 9. French Government reserves the right of establishing Consulates at Nan and Korat. || 10. Those under French protection and French subjects registered in Consulate are all under French jurisdiction. || 11. Plenipotentiaries by a special Convention will regulate the measures of execution of the said Treaty. || 12. The French text alone will be valid. || 13. The present Treaty should be ratified within a delay of four months, counting from the day of signature. || M. le Myre de Villers added, that a few more advantages for French Colonials would be asked for, in return for which France would grant two favours, which were not, however, specified. The expulsion of all "Danish mercenaries" from Siam was also required.

Nr. 10533. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Minister will die Unterhandlung über den Bufferstaat verschieben.

Paris, September 7, 1893. (September 8.)

My Lord, || Yesterday morning was the first opportunity I have had of seeing M. Develle since my arrival, his Excellency having been absent from Paris. || After congratulating his Excellency on his recent election, I informed

Nr. 10533.
England.
7. Sept. 1893.

Nr. 10843.
England.
Sept. 1893.

him that I had been instructed by your Lordship to renew our negotiations in relation to the independent territory to be erected between our respective Indo-Chinese possessions, and, consequently, that I had come to place myself at his disposal for that purpose. || M. Develle did not seem to be quite prepared for this announcement, and said that he could hardly undertake to discuss that branch of the question until after all matters connected with the recent dispute between France and Siam had been wound up, adding that the Siamese seemed inclined to delay the fulfilment of their obligations, even the Island of Khone not having been yet evacuated. || Upon my observing, that the two questions were quite independent the one of the other, he further remarked that he was still destitute of all the local information he wished to have before the region referred to was delimited. In short, he showed a strong desire to postpone entering at the present moment upon the discussion of the "buffer" State, in spite of my reminding him that it would be soon necessary for Her Majesty's Government to present to Parliament a Siamese Blue Book, in which, of course, your Lordship would be anxious to include the terms finally arrived at in relation to the various matters which had already been discussed between us. || The conversation then reverted to the mission of M. le Myre de Vilers; and the negotiations that were going on at Bangkok between the French and Siamese Representatives. || In reference to these M. Develle remarked, with surprise and regret, on the excitement exhibited, both in the English press and in the English Parliament, in regard to the Franco-Siamese dispute. Public opinion in France had long since considered the whole question as terminated, and was preoccupied by other matters; but the language of the English newspapers and of the English Representatives might produce a recrudescence of violent articles in the French press, which was a result to be deplored. || I said, that undoubtedly public opinion had been very much attracted of late to what was passing in Bangkok, and especially to the fact that the French Representatives had had the appearance of presenting three ultimatums. To use the language of the grammarians, the Siamese Government were now in the possession of an ultimatum, a penultimatum and an ante-penultimatum. In fact, the word "ultimatum" had completely lost its meaning, for each new one seemed to procreate a successor. On this, M. Develle exclaimed that M. le Myre de Vilers' conditions were in no sense an ultimatum; that they were merely proposals to be examined, such as was the case in every negotiation. || I said I was glad to hear that, for some of M. le Myre de Vilers' demands seemed to be altogether outside and in excess of the terms of the ultimatum. For instance, clause No. 5 seemed to have the appearance of incorporating the provinces of Battambang and Angkor with Cambodia in a kind of "Zollverein," which would be an arrangement quite incompatible with the maintenance of the independence and integrity of Siam, in respect to which his Excellency had given Her Majesty's Government so many assurances. || With regard to the desire of the French to obtain a grant of certain lands on the

right bank of the Mekong, M. Develle said that it was not territory that was sought, but merely small plots for the deposit of coal, and to facilitate whatever works might be necessary to improve the navigation of the river. || Before taking my leave, I asked M. Develle what his views were regard to the final disposal of the independent territory we were proposing to erect. He said, that he was inclined to persevere in his previous suggestion, that it might, under certain eventualities, be handed over to China.

Dufferin and Ava.

Nr. 10533.
England.
7. Sept. 1893.

Nr. 10534. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Die Verhandlungen über den Bufferstaat sind zu beschleunigen.

Foreign Office, September 9, 1893.

(Telegraphic.) || The present seems an extremely opportune moment for M. Develle and your Excellency to come to a settlement on the main features and, indeed, the details of the arrangement respecting the neutral territory to be interposed between the British and French possessions in the vicinity of the Upper Mekong. It is an opportunity of which a clear-sighted statesman will see the expediency of seizing. A settlement will be made difficult on both sides of the Channel by discussions in the press if the question is postponed. || With reference to the new demands put forward by France, the treatment of the two Provinces of Battambang and Angkor as separate and distinct from the other portions of the Siamese Kingdom, seems to us inadmissible. || Nor, as far as I am able to judge, is there any justification for an attempt to constitute a new boundary of Siam, which would practically be the effect of extending along the whole length of the Mekong a reserved zone of 25 kilom.

Nr. 10534.
England.
9. Sept. 1893.

Nr. 10535. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger in London über die Verhandlung in Bangkok.

Foreign Office, September 13, 1893.

(Extract.) || The French Chargé d'Affaires paid me a visit to-day, as he had received several confidential letters from M. Develle with reference to the Franco-Siamese negotiations, which it was stated his Excellency was anxious to bring to a conclusion. || I said, that I was rejoiced to hear this, for it coincided with my own view. But how, I asked, was I to forward matters which were entirely in M. Develle's hands and not in mine? || M. d'Estournelles replied, that the Siamese were unreasonable and constantly interposed difficulties. He thought that, if I made it quite clear that Her Majesty's Government preserved their neutral attitude, it would greatly accelerate the settlement of the affair. || In answer to this observation I spoke to M. d'Estournelles with earnest-

Nr. 10535.
England.
13. Sept. 1893.

Nr. 10535.
England.
13 Sept. 1893.

ness and emphasis. I told him I had never changed the neutral attitude I had endeavoured to preserve. I had indeed exceeded it by pressing on the Siamese the acceptance not merely of the first ultimatum, but also of the second. It was, however, impossible for me to press on them the third, which M. le Myre de Vilers had now produced at Bangkok. I could not help also remarking that the French Plenipotentiary had taken an unprecedented course in refusing to meet M. Jacquemyns, who, though he was a foreigner, had been for some time in the service of the Siamese Government. If Siamese independence was to be respected by placing a veto on the persons whom that Government thought fit to employ, there would be little left of it. Indeed, I thought the French Government had committed a mistake in their own interests in thus discarding a intelligent European as an channel of communication. || M. d'Estournelles, in reply, reiterated the wish, which he knew to be that of M. Develle, that the question should soon be settled, and with this I repeated my cordial concurrence. But it lay with him and not with me. The opportunity, I continued, was propitious. As I had telegraphed to your Excellency on Saturday last, it was now the obvious task of a real statesman in the position of M. Develle to finish the business immediately, before the meeting of the Chamber and before the recess of our Parliament, while public attention was not specially directed to it. Soon, for lack of other material, the newspapers in England, and perhaps in France, would begin once more to dilate on the question, and a polemical feeling would be awakened on both sides of the Channel. But instead of an attempt to close the controversy, your Excellency was told by M. Develle, that now was not the time to settle the new limits of the neutral State, and that this point should be adjourned until the French Plenipotentiary had obtained all that he desired of Siam. || In my opinion a greater mistake could not be made, or one more likely to injuriously affect the relations of the two countries. The Siamese desired to fulfil every term of the first and second ultimatums, and, as I had said before, I could not ask them to accept the third. || M. d'Estournelles promised to reflect on what I had said, and to communicate his impressions to M. Develle.

Nr. 10536. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Der französische Minister erklärt le Myres Eröffnungen für Vorschläge, nicht für Forderungen.

Paris, September 14, 1893. (September 15.)

Nr. 10536.
England.
11. Sept. 1893.

(Extrakt.) || I waited yesterday upon M. Develle, and having spoken to him at length in accordance with the tenour of your Lordship's despatch of the 7th instant, I proceeded to call his attention to the anxiety felt in England in regard to what appeared to be an entirely new series of demands recently presented by M. le Myre de Vilers to the Siamese Government, demands

which were undoubtedly in excess of, and outside, both the ultimatum and the "supplementary guarantees." I also remarked on an expression which was more than once repeated in M. le Myre de Vilers' paper, and which seemed to carry with it both an ambiguous and a sinister meaning, namely, the term "reserved districts." In regard to these districts, which appeared to comprise the Provinces of Battambang and Angkor and a zone 16 miles broad, and extending along the right bank of the Mekong up to the Chinese frontier, and including, therefore, many thousands of square miles, certain restrictions seemed to be imposed on the exercise of Siam's sovereign rights and the freedom of her executive action, for it was claimed that within this territory nothing could be changed as regards the existing native administration. In other words, were this clause to be agreed to, it would imply the erection of an imperium in imperio, which Siam would be precluded from reorganizing in such a manner as might be found advisable, and might eventually result in the complete emancipation of the local authorities from the control of the Government at Bangkok. Now, there was nothing in either the ultimatum or the additional guarantees which authorized exceptional treatment to be applied to this extensive region. The frontier of Siam acknowledged by France was the right bank of the Mekong, and though it was true her military cantonments were relegated to a certain distance from the river, it did not follow that Siam's sovereign rights on the one side of this military line differed in the slightest degree from her rights on the other. M. le Myre de Vilers' repeated allusions to the "reserved districts," and to the separate régime he seemed anxious to impose upon them, had the appearance of an endeavour to push the political frontier of Siam a considerable distance inland from the river bank and outside of the Provinces of Battambang and Angkor, and to place the intermediate territory, including the above-mentioned provinces, under a special system indirectly guaranteed by France. Such an arrangement, I observed was quite incompatible with the maintenance of Siam's integrity and independence, even according to the French definition of those terms, in regard to the preservation of which his Excellency had already given us so many assurances. || I then touched upon several other points in the list of M. le Myre de Vilers' proposals; but to these I need not more particularly refer, the important part of our conversation consisting in M. Develle's reply, which I now proceed to record. || M. Develle, who had listened to me, as he always does, with the greatest patience and courtesy, said as soon as I had finished: || "What Her Majesty's Government desires, as I understand, is the speedy termination of the negotiations now being conducted at Bangkok, and of those which we have in hand in Paris in reference to the constitution of a buffer territory. Well, the French Government is equally anxious to arrive at the same result in both directions. Nor are we in any degree responsible for the delays which have occurred. They arise from the inconceivable hesitation of the Siamese Government to fulfil their engagements and to carry out the arrangements set

Nr. 10536.
England.
14. Sept. 1893

Nr. 10536.
England.
14.Sept.1893.

forth in the ultimatum and in the paper of supplementary guarantees. Up to the present moment all that they have done has been to pay up the 3,000,000 fr. The evacuation of the territory upon the left or French side of the Mekong has not so much as commenced. Even the Island of Khone remains in the occupation of Siamese troops, and the Mandarin in command denies, that he has received any orders to move. The negotiations at Bangkok are at a standstill on account of the continued illness of the Siamese Prime Minister" (about the genuineness of which M. Develle seemed to have some doubts). "As to the occupation of Chantaboon by the French forces, you can assure Lord Rosebery that we are most desirous of leaving the place at the earliest opportunity. Our soldiers will not remain a day after the Siamese have fulfilled their engagements. With regard to the document submitted by M. le Myre de Vilers to the Siamese Government, what it contained were not demands, but proposals, to be discussed, to be accepted, modified, according to the views and interests of the contracting parties." || As to the expression the "reserved districts," it was, M. Develle admitted, an ill-chosen phrase, and would be changed. He could assure me, however, that there was no *arrière-pensée* in the mind of the French Government to arrive at a settlement outside of what had already been defined in the ultimatum and its supplement. He desired no better than to adhere to every assurance he had given me. He was actuated by the most loyal and straightforward intentions, and any misgivings in regard to his attitude, if such were entertained, were entirely unfounded. Of course, if the Siamese persistently and obstinately refused to evacuate the left bank of the Mekong, France would have to resort to force to compel them to do so, but, provided they honestly fulfilled their part of the bargain, he would as honestly carry out his. The negotiations at Bangkok ought not to take more than a week, or at most a fortnight, and immediately they were concluded he would be at my disposal to delimitate the buffer territory.

Nr. 10537. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Bangkok. — Siam soll die Verpflichtungen peinlich erfüllen.

Foreign Office, September 15, 1893, 4.45 P. M.

Nr. 10537.
England.
15.Sept.1893.

(Telegraphic.) || Her Majesty's Ambassador at Paris is informed by M. Develle, that no steps have been taken by the Siamese Government towards the fulfilment of the terms of the French ultimatum and supplementary guarantees beyond the payment of the money indemnity; that they have not even commenced the evacuation of the territory on the left side of the Mekong, and that the Siamese officer who is stationed on the Island of Khone asserts that he has received no orders for the withdrawal of his troops. || I should be glad to hear from you the exact position of matters in these respects. || It is of the greatest importance, that Siam should use her best efforts to carry out the engagements she has entered into with France with scrupulous punctuality.

Nr. 10538. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Fortgang der Verhandlungen.

Bangkok, September 25, 1893. (September 28.)

(Telegraphic.) || I have received your Lordship's telegram of the 15th instant by post from Saigon. All the conditions of the ultimatum have been complied with on the part of the Siamese. The left bank of the Mekong has practically been completely evacuated, and the statements of M. de Lanessan to the contrary have proved without foundation. In spite of all endeavours, heavy rains have delayed the withdrawal of a few distant posts. Articles 3 and 4 are the only clauses which are unsettled. The Siamese are willing to execute them in accordance with international law and custom, and have vainly asked the views of M. de Vilers on the question. Additional French troops have recently been sent to Chantaboon.

Nr. 10538.
England.
25. Sept. 1893.

Nr. 10539. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Neuer französischer Vertragsentwurf.

Bangkok, September 28, 1893. (September 29.)

(Telegraphic.) || The French Minister has now submitted a fresh draft Treaty, to the following effect: — || Article I. The Siamese Government are to renounce all their claims to the left bank of the Mekong and to the islands in the river. || Article II. The Siamese Government agree not to maintain any armed vessels on the Toulé Sap, or the River Mekong, or upon their tributary streams situated in the reserved territories. || Article III. No fortified post or military establishment shall be constructed in the Provinces of Battambang and Siamrep, or within 25 kilom. of the right bank of the Mekong. || Article IV. The police of the reserved zone shall be administered as usual by the local authorities with a force not exceeding what is strictly necessary. No military force, regular or irregular, shall be maintained there. || Article V. No custom-houses shall be established there, nor shall any tax be levied on imports or exports in the reserved zone; and reciprocally the produce of these districts shall pay no taxes in Cochin China or in Cambodia. || Article VI. The Siamese Government, at the request of the French Government, shall give all the necessary facilities for establishing on the banks of the Mekong workshops and dépôts of fuel which the development of the navigation may render necessary. || Article VII. French citizens, subjects and protected subjects may travel freely and trade in the reserved territory, furnished with passports from the French authorities which will be reciprocally granted to the inhabitants of the said zone. || Article VIII. The French Government may establish Agencies within the said zone, wherever these may be found expedient in the interests of French subjects. The Siamese Government shall grant gratuitously the land required for their installation. || Article IX. The French Government reserve the right to establish Consulates at Nan and Korat. || Article X. Every

Nr. 10539.
England.
28. Sept. 1893.

Nr. 10539. one who is registered in the French Consulate-General shall be under French
 England. jurisdiction. || Article XI. The French text of the present Treaty shall alone
 28.Sept.1893. be valid. || Article XII. The Treaty shall be ratified within four months from
 the date of signature.

Nr. 10540. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Einwände
 Siams gegen den Entwurf.

Bangkok, September 29, 1893. (September 29.)

Nr. 10540. (Telegraphic.) || The Siamese Government raise the following objections to
 England. the terms of the draft Treaty, as given in my telegram of yesterday: — ||
 29.Sept.1893. Article I differs materially from the corresponding Article of the French ultimatum. || Article III. The same regulations should be observed on the left bank of the Mekong by the French authorities. || Article V. Only the products of the reserved zone are to be granted reciprocity, and Annam is altogether excluded from the sphere in which the concession is made. || Article VI. This demand is considered to be too extensive. || Article VII. Only the inhabitants of the reserved zone are to enjoy reciprocity. || Article VIII is regarded as inadmissible.

Nr. 10541. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Modifikation
 des französischen Entwurfes.

Bangkok, September 30, 1893. (September 30.)

Nr. 10541. (Telegraphic.) || My telegrams of 28th and 29th instant. || M. le Myre de
 England. Vilers has still further modified his proposals, and has withdrawn those to
 30.Sept.1893. which the Siamese chiefly objected. This third form of Treaty will very probably be accepted. But he has now submitted the draft of a Convention, of which the following is the substance, and which is based upon the terms of the original French ultimatum: — || 1. All the Siamese military posts must be evacuated within one month from the 5th September at the latest. || 2. All fortifications in the reserved zone must be demolished at once. || 3. The authors of the crimes at Tong Chieng Kham and at Kammuon will be judged by the Siamese authorities in the presence of a French Representative. The latter will watch over the execution of the sentences passed. The French Government reserves to itself the right of judging whether the punishments awarded are sufficient. If these are not deemed sufficient, they may demand a fresh trial before a Mixed Tribunal, the composition of which they will themselves determine. || 4. The Siamese Government will deliver to the French Minister at Bangkok or to the French authorities on the frontier all French subjects, Annamites, Cambodians, or Laotians of the left bank of the Mekong who are detained under any pretext. They will throw no obstacle in the way of the return to the left bank of former inhabitants. || 5. The Bangbien of Tong Chieng Kham and his suite will be taken by a delegate of the Siamese Mi-

nister for Foreign Affairs to the French Legation, with the arms and the French flag which were seized by the Siamese authorities. || 6. The French Government will continue to occupy Chantaboon until the execution of the stipulations of the present Convention, and particularly until the complete evacuation and pacification of the left bank of the Mekong and the islands and the reserved zone. || The provisions of the foregoing Convention are so much in excess of the terms of the ultimatum that the Siamese Government find it impossible to accept them. The French Envoy, however, announces that he will leave Bangkok immediately, whether the Convention is signed or not.

Nr. 10541.
England.
30. Sept. 1893.

Nr. 10542. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Vertrag zwischen Frankreich und Siam.

Paris, October 2, 1893. (October 3.)

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship the text, as published in the 6 o'clock edition of the "Temps" of this evening, of the Franco-Siamese Treaty and Convention signed at Bangkok on the 1st instant.

Nr. 10542.
England.
2. Okt. 1893.

Dufferin and Ava.

(Folgt Nr. 10399.)

Nr. 10543. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Erläuterungen zur Konvention zwischen Frankreich und Siam.

Bangkok, October 2, 1893. (Received October 3.)

(Telegraphic.) || The following is the substance of the procès-verbal which explains the terms of the new Convention: — || With regard to Article I, the Siamese Plenipotentiary fears, that the furthest outposts cannot be evacuated by the 5th of this month. The French Plenipotentiary replies, that, as the obstacles are insurmountable, the Siamese Government have only to ask for an extension of the time, stating the names of the places, and the date by which the posts can be withdrawn, the necessary authority will at once be granted in cases where good cause is shown for an extension. || The Siamese Plenipotentiary inquires whether Article II necessitates the destruction of old city walls and fortifications which are now obsolete and useless. The French Plenipotentiary replies, that the Article only refers to military works which are capable of defence. || With regard to Article III, the Siamese Plenipotentiary asks where the Court of Appeal will sit. The answer is, that it will be at Bangkok. The expression "Mixed" is defined as meaning "Franco-Siamese". The Siamese Plenipotentiary remarks, that, by this arrangement, the Siamese will be withdrawn from their natural Judges. The French Plenipotentiary's

Nr. 10543.
England.
2. Okt. 1893.

Nr. 10543.
England.
2. Okt. 1893.

answer is, that foreign jurisdiction is already recognized in Siam, and that Mixed Courts already exist: the arrangement would therefore be no innovation. || The Siamese Plenipotentiary states, that the Bangbien has already returned to French territory. Under these circumstances it is impossible for the Siamese to conduct him to the French Legation. The French Plenipotentiary replies, that, of course, if the man has already crossed the frontier, the clause is withdrawn, and it will only be necessary to name in a special note the place where he left Siamese territory, in order that his presence may be ascertained. This principle applies also to the other persons who are referred to in Article V. || In reply to the request of the Siamese Plenipotentiary for an explanation of the term "pacification" in Article VI, the French Plenipotentiary states, that this reservation is made by his Government in order to provide against the possibility of trouble or rebellion being encouraged by the Siamese. The Siamese Plenipotentiary fears, that by this means a pretext will always be found for pretending that pacification has not been effected, and that the Siamese are stirring up trouble. The French Plenipotentiary says, that the Treaty and the Convention are made in good faith, and that the work of the Plenipotentiaries must be governed by this principle, otherwise negotiation is useless. || The Siamese Plenipotentiary then asks whether he can count upon the evacuation of Chantaboon as soon as the withdrawal of the Siamese troops has been completed. The French Plenipotentiary returns a negative answer, adding that it is necessary that the French Government should first feel assured that the conditions of the ultimatum will be scrupulously observed by Siam. The Siamese Plenipotentiary wishes to be informed by what means the French Plenipotentiary can guarantee the sincerity of his Government in bringing about the evacuation of Chantaboon. The latter replies, that his Government have no intention of retaining possession of that place, that it is their interest to hasten the evacuation on account of the heavy expenditure which it involves, and that, in any case, this must always be a question of good faith.

Nr. 10544. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Besprechung mit dem französischen Minister über Chantaboon und den Bufferstaat.

Paris, October 3, 1893. (October 7.)

Nr. 10544.
England.
3. Okt. 1893.

My Lord, || I called upon M. Develle this morning. His Excellency began at once remarking with regret upon the unfavourable view taken by the English newspapers of the Siamese Treaty, and the Convention appended to it. I told him, that I had received no instructions to communicate any opinion from your Lordship, and that there was no necessity that I should trouble him with observations of my own on the subject. The only circumstance which perhaps called for remark was the continued occupation of Chantaboon. His Excellency had been good enough to assure me, that the French Government

earnestly desired to withdraw their troops from that place; but the Convention seemed to imply a more prolonged stay. || M. Develle said, that I need be under no apprehension on that head. Chantaboon was a most inconvenient station for troops, and the French Government desired no better than to evacuate the place. It was true the small garrison had been slightly increased of late; but that was at the instance of the military authorities, who stated that this precaution was necessary in the presence of the large number of Siamese troops in the neighbourhood. He could not, of course, ignore these representations. Under the Convention the Siamese troops were to remove to the stipulated distance to the west of the Mekong within a month. Within a month, therefore, Chantaboon would be evacuated. || I then informed him, that my main purpose in waiting upon him was to ascertain if he was ready to take up the thread of the negotiations in regard to the "buffer" State, which had been suspended at the beginning of August. He said, that he was; and then he proceeded to suggest that the details of the business should be left to a couple of gentlemen whom he would nominate, and to two Secretaries of this Embassy. He himself, he said, was extremely busy, and it would be a convenience to him if this arrangement could be adopted. I observed, that such elaborate machinery seemed quite unnecessary, for the whole matter might be concluded in half-an-hour's conversation between himself and me. To this, however, M. Develle demurred, on the ground that in arranging delimitations it was necessary to attend to very minute particulars.

Dufferin and Ava.

Nr. 10545. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Verhandlung mit dem französischen Geschäftsträger über den Bufferstaat.

Foreign Office, October 25, 1893.

My Lord, || The French Chargé d'Affaires spoke to me to-day in a somewhat desponding manner about the buffer State negotiations in Paris. He said, that by retaining the cis-Mekong part of Kyaing Chaing, and assigning the other part to the buffer State, we should be remaining on the Mekong ourselves while keeping France away. I told him, that as Kyaing Chaing was a State under our suzerainty, we were, in giving up the trans-Mekong part, making a considerable concession, and, in retaining the cis-Mekong portion, only retaining what we already possessed. Moreover, I said, we were thus acting in uniformity with M. Waddington's proposition of making the Mekong the limits of our respective spheres of influence. || On the other hand, France was giving nothing, because she had not yet arrived at the territory which she professed to be willing to cede. It was true, that we had agreed in principle to give Kyaing Chaing to Siam, but when the French attacked Siam the Treaty to that effect had not even been drafted much less signed, and, even had it been signed, the province could not have been ceded to any other

Nr. 10544.
England.
3. Okt. 1893.

Nr. 10545.
England.
25. Okt. 1893.

Nr. 10545.
England.
25. Okt. 1893.

Power without our consent. If, therefore, the negotiations for the buffer State failed, we should retain Kyaing Chaing, and secure our position on both sides of the Mekong in that region. || M.d'Estournelles, after stating to me that he had understood (though he admitted that it had never been definitely expressed) that both parties were to withdraw from the Upper Mekong, said that after much reflection he had thought of a method by which matters might be arranged. It was that both parties should withdraw their military posts to 50 kilom. from the Mekong on both sides, making a neutral zone of at least 100 kilom., and that a Commission should then be appointed to arrange from a geographical and economic point of view the exact limits of this proposed zone. I replied, that, before considering any proposition of the kind, I should like to know what passed at the conference which was to be held at Paris to-day, for until I knew that I could not tell how the question precisely stood.

Rosebery.

Nr. 10546. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Langsamer Fortschritt der Verhandlungen.

Foreign Office, October 27, 1893.

Nr. 10546.
England.
27. Okt. 1893.

(Extract.) || Mr. Austin Lee, Secretary of Legation in Her Majesty's Embassy, arrived this morning, bringing reports of the discussions which have taken place between Mr. Phipps and him on the one side, and M. Jusserand and M. Revoil on behalf of the French Government, with regard to the neutral State to be established between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. || I regret to notice, that those discussions have resulted in but little satisfactory progress towards a settlement. || The main question involved in the negotiation is, as is stated in the Protocol of the 31st July, 1893, the necessity of constituting a neutral zone between the possessions of Great Britain and France. || It appears to Her Majesty's Government that it is of little use to endeavour to patch together, in a somewhat narrow and grudging spirit, a small neutral State on the Upper Mekong, unless the whole object and end of the arrangement be borne in mind, and steps be taken to properly confirm and secure the integrity and independence of Siam, which have been so freely recognized by both Governments, and without which any settlement must necessarily be illusory and incomplete. Her Majesty's Government believe, that it would be to the advantage of both countries to enter into a joint guarantee of the dominions of Siam as these have been left by the acceptance of the recent French ultimatum and subsequent conditions. If the French Government are prepared to enter promptly into such a guarantee, that is to say, to make a complete and not a partial arrangement, Her Majesty's Government would feel justified in dealing with the question of the northern neutral zone in a liberal spirit, so as to satisfy

public opinion in France, and thus facilitate the position of the French Government. But the question should be approached in a large and statesmanlike temper, and not be allowed to degenerate into petty squabbles over a few square miles of mountainous territory sparsely inhabited by nomad tribes, where one party is certainly not in possession, and over which neither party has as yet exercised any very regular control. || Should these negotiations, however, unfortunately fail, and should the French Government be unable to accept the above proposal (which is offered in the most conciliatory spirit), the British Government would have to take such measures as they might consider necessary for their own protection. These it is not necessary more particularly to define. But they would, at any rate, be compelled to maintain and strengthen their hold over the State of Kyaing Chaing on both sides of the Mekong, and over Kyaing Ton, which also extends for a certain distance along the left side of that river, in such manner as they might deem fitting, and, indeed, to assume a proper control of the river itself where it passes through their territories. They would also take into immediate consideration the measures necessary to preserve an independent State between the main body of the British dominions and those of France. This is a provision which they have always believed to be in accordance with the views, as it certainly is with the declarations, of the French Government, and one which they deem to be absolutely necessary for peaceful and good relations between the two countries. || Your Excellency will take the earliest opportunity of speaking to M. Develle in this sense, and, as this is a matter which appears specially to interest the French Colonial Office, it might be well to suggest that you should have a conference with the representative of that as well as of the Foreign Department.

Nr. 10546.
England.
27. Okt. 1893.

Nr. 10547. ENGLAND. — Rotschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, October 31, 1893. (November 1.)

(Extract.) || Yesterday I waited upon M. Develle, and during the course of a long conversation I submitted to him, in accordance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 27th instant, the various considerations to which my report of our negotiations in reference to Siam had given rise in your Lordship's mind; and I especially impressed upon his Excellency the obvious advantages which would accrue both to France and England if the independence and integrity of Siam were to be guaranteed by the Powers interested in the future welfare of that kingdom. || It is unnecessary for me to trouble your Lordship in detail with what I said, though I went very fully into the undesirable consequences which would inevitably ensue if we failed to come to an amicable agreement in respect to Siamese affairs, a

Nr. 10547.
England.
31. Okt. 1893.

Nr. 10547.
England.
31. Okt. 1893.

result which I scarcely thought possible, in view of the obvious utility as well as the reasonable nature of the arrangements which we had suggested. || M. Develle listened to me during the whole time with great attention, and when I had finished he informed me, that there was to be a meeting of the Council this morning; that he would acquaint the Ministers with the exact tenour of the communication I had made to him, and that he would give me the reply of the French Government in the course of the same day. || Accordingly, in obedience to an intimation that he wished to see me at 4 o'clock this afternoon, I again repaired to the French Foreign Office. || M. Develle received me with great cordiality. He told me he had fully explained your Lordship's views to his colleagues and to the Chief of the State, and that he had been authorized by them to inform me that they would not be unwilling, under certain circumstances, to give a favourable reception to your proposal. They fully recognized the friendly feelings by which England was actuated towards France in this matter, and they desired to reciprocate those feelings to the utmost.

Nr. 10548. ENGLAND. — Derselbe an denselben. — Räumung von Chantaboon.

Paris, November 9, 1893. (November 10.)

Nr. 10548.
England.
9. Nov. 1893.

(Extract.) || Having learnt on good authority, that all the Siamese troops were removed from the left bank of the Mekong, I brought this fact to the notice of M. Develle yesterday, and again pressed him both in regard to the evacuation of Chantaboon and the immediate resumption of our conversation on the question of the guarantee. || In reply, his Excellency said, that he would at once telegraph to M. Pavie, the French Agent at Bangkok, with the view, if possible, of fixing a date for the evacuation of Chantaboon, which he said without doubt would be very prompt.

Nr. 10549. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Der Botschafter soll mit dem französischen Minister über den Bufferstaat verhandeln.

Foreign Office, November 14, 1893.

Nr. 10549.
England.
14. Nov. 1893.

My Lord, || I have given my careful attention to the various reports given by Mr. Phipps of the interviews between the British and French Delegates who have been attempting to fix the limits of a neutral zone between French and British possessions in the Indo-Chinese Peninsula, and I am compelled to come to the conclusion that these negotiations have led to little or no result. They have degenerated, not, I think, by the fault of our Representatives, into somewhat petty polemics, and I am of opinion that it is better that your Excellency should personally come to the point with M. Develle. You should

propose, therefore, an interview with him, in which each, if necessary, might be accompanied by some assessor or expert, and you should then attempt to lay down in a broad and statesmanlike spirit the lines of a national Agreement, which should secure the interests, and not injure the susceptibilities, of either party. || With that object you should suggest, that the neutral State be composed of Kyaing Chaing (on both sides of the Mekong), and of the portion of Muang Nan to the north of that river, being bounded on the east by Luang Prabang, and on the west by the Mekong and the frontier between Kyaing Ton and Kyaing Chaing; that a Commission be appointed to ascertain the real frontier between Muang Nan and Luang Prabang, and to suggest any rectification of it which would make the neutral State more complete for its purpose, leaving, however, always a minimum breadth of 50 miles; finally, that in the event of the above being agreed to, Great Britain should engage to preserve inviolable the right of free navigation and transit on the Mekong where it is contiguous to the British dominions. || We shall in this way make a contribution of incomparably greater importance to the neutral State than any France will afford. And let me here dismiss the contention of acre for acre, which is not merely unworthy of two great States, but is obviously irrational in itself. Acre for acre is a sufficiently sound basis if the two acres are of equal value; but no one, I presume, would exchange an acre as Charing Cross for an acre in the Highlands, or an acre in the Champs-Élysées for an acre in Morocco. What would be given by the French under the proposed arrangement would be a wild, mountainous and practically unexplored country, over which their rights, such as they are, have only recently been extended, and which they have never visited, much less exercised in it the slightest authority. On the other hand, we should give Kyaing Chaing, a recognized State with a recognized capital. We should also give up villages undoubtedly belonging to Kyaing Ton, and we should abandon the complete control of the Mekong, which for some distance is exclusively ours. Less than the extent I have mentioned would not fulfil the purpose in view, nor would it satisfy the Chinese, who have a substantial interest in this question, and who would not improbably decline to undertake the control of a mere strip of territory between our two Empires. || I doubt if any French statesman—or any Frenchman—who takes the trouble to understand the subject will hastily reject any such proposition. Should you, however, find, contrary to my expectations, that the French Government are blind to serious advantages, and are prepared rather to take up the line assumed by their subordinates, it would be well, I think, for your Excellency to state that in our recent interviews you found me of opinion that, if a substantial State was not to be created, but one which would satisfy neither the Chinese nor ourselves, it would be better to abandon the idea of a neutral intermediate State, and content ourselves with maintaining, and actively asserting, our control over the territories already ours. We should then have the control of the Mekong from the south-eastern limits of Kyaing Ton up to the north

Nr. 10549.
England.
14. Nov. 1893.

Nr. 10549. of Kyaing Chaing, and we should also have to consider whether we should
 England. not preserve those undoubted rights over Kyaing Hung which otherwise we
 14. Nov. 1893. are disposed to cede to China in connection with the Burmah-Chinese frontier negotiations. || I need hardly say I should be glad to have from you as soon as may be possible an account of what passes at this interview, together with a reference for further instructions.

Rosebery.

Nr. 10550. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister
 des Auswärtigen. — Befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich.

Paris, November 11, 1893. (November 22.)

Nr. 10550. My Lord, || I have just had a very satisfactory interview with M. Develle.
 England. He was good enough again to give me the most positive assurances in regard
 11. Nov. 1893. to the policy of France in Indo-China, and he was most anxious that you should be convinced of the perfect loyalty with which he was acting. He said that the differences between France and Siam were now on the point of being closed. Siam was rapidly fulfilling her Treaty obligations; the left bank of the Mekong, he believed, was already evacuated, and the only matter which really remained unsettled was the punishment of the murderers of M. Groscurin. According to the promise made to me at a previous interview, he had telegraphed to the French Representative at Bangkok to impress upon the Siamese Government the necessity of hastening the trial in order that an early date might be fixed for the evacuation of Chantaboon. There was not the slightest intention of retaining the French troops at that place, and the moment the Siamese Government should have fulfilled its present engagements they would be withdrawn. || His Excellency then went on to speak of the desire of Her Majesty's Government for the placing of Siam under mutual guarantee. He considered, that such an arrangement would be most advantageous. It would be the surest way of avoiding in the future all chances of conflict or misunderstanding. "In short," he added, "I desire to renew the assurances I have already given you that the moment the Franco-Siamese Treaty is executed, I shall be quite ready to consult with you on the exact terms in which a reciprocal engagement to that effect may be most conveniently embodied." || The foregoing is but a short résumé of what passed between me and his Excellency; but your Lordship may consider it as an absolutely exact and almost literal reproduction of M. Develle's promises in regard to the proximate evacuation of Chantaboon, and the eventual neutralization of the Kingdom of Siam.

Dufferin and Ava.

Nr. 10551. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — China soll an dem Abkommen über den Bufferstaat theilnehmen.

Foreign Office, November 26, 1893.

My Lord, || I have received your Excellency's telegram* informing me of the two draft Protocols proposed by the French Government with regard to the constitution of a buffer State between the British and French possessions in the neighbourhood of the Upper Mekong. || Your Excellency should endeavour to obtain a modification providing for the participation of China in the delimitation of the neutral State. But if this should be objected to by the French Government you are authorized to sign the Protocols as they stand.

Nr. 10551.
England.
26. Nov. 1893.

Rosebery.

Nr. 10552. ENGLAND. — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet zwei Protokolle über den Bufferstaat. (Inhalt war telegraphirt.)

Paris, November 20, 1893. (December 2.)

My Lord, || I have the honour to transmit two Protocols, which the French Government have asked me to submit to your Lordship, in reference to the constitution of a buffer State between the possessions of Her Majesty and of the Republic in Indo-China. They are the result of the discussions between the French and English Commissioners and between M. Develle and myself. The first Protocol is to be signed by the Commissioners, and the second by the Minister and me. || In the first, the Commissioners recommend the appointment of a Commission of local experts to verify on the spot the leading geographical and political characteristics of the territory which it is proposed to deal with. || In the second, M. Develle and I accept the foregoing suggestion, and further agree to a breadth of 50 miles from east to west as the leading principle to be adhered to in the constitution of the buffer State; at the same time, that the experts are to examine how the political boundaries of the neighbouring provinces can be best rendered conformable to this desideratum. || The documents in question have only this moment reached my hand; consequently, I have had no time to examine their wording with any minuteness, having only heard them read out in M. Develle's room; but I send them at once to your Lordship by the bag which is just closing, having told M. Develle that I could do no more than promise to submit them to your Lordship's consideration, accompanied by the opinion that, at all events, they seemed to me to contain the germs of an agreement.

Nr. 10552.
England.
20. Nov. 1893.

Dufferin and Ava.

*) Vgl. Nr. 10552.

Nr. 10552.

England.

29. Nov. 1893.

Inclosure 1.

Les Soussignés, désignés par leurs Gouvernements respectifs pour examiner de quelle manière pourrait être constituée, au moyen de contributions réciproques, une zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises dans la région du Haut-Mékong; || S'étant trouvés arrêtés, aux cours de leurs travaux, par la difficulté de déterminer, d'après des données certaines, les limites et la configuration géographique des diverses provinces situées dans cette région, || Ont reconnu, d'un commun accord, que, pour établir dans des conditions géographiques normales, et sans occasionner de morcellement, une zone d'une étendue suffisante, il conviendrait de faire procéder à une enquête sur place par des agents techniques des deux pays.

Inclosure 2.

Les Soussignées, ayant pris connaissance du Protocole en date du || signé par les Commissaires Français et Anglais, et y ayant donné leur approbation, ont reconnu, d'un commun accord, que les agents techniques désignés pour se rendre sur le Haut-Mékong ne devront pas perdre de vue les points suivants: — || 1. L'examen géographique auquel ils auront à se livrer, portera sur le cours du Mékong, depuis son entrée dans le Xieng-Kheng jusqu'à son entrée dans le Luang-Prabang; sur les limites de la Province de Xieng-Kheng, et sur celles de la partie de Nan au nord du fleuve. || 2. La largeur que les deux Puissances Contractantes se proposent de donner à la zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises, est, dans la mesure où la configuration géographique et politique du pays le permettra, de 80 kilom. de marche, environ. Les agents techniques devront noter soigneusement quelles limites géographiques et politiques atteindraient le mieux ce but. || 3. Il est entendu que la navigation, le transit, et les moyens de communication seront libres de toute entrave dans la zone ainsi constituée, chacune des Parties Contractantes s'engageant à ne rechercher aucun avantage, qui ne soit également assuré à l'autre.

Nr. 10553. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Verhandlung mit dem französischen Minister über den Bufferstaat.

Paris, November 21, 1893. (December 2.)

Nr. 10553.

England.

21. Nov. 1893.

(Extract.) || Immediately upon my return from London I waited upon M. Develle at his Excellency's own request, and in accordance with the instructions contained in your Lordship's despatch of the 14th instant in relation to the configuration of the proposed buffer State, I gave him to understand that, in the opinion of Her Majesty's Government, there was little advantage in allowing our Commissioners to continue the purposeless wrangle in which they had become involved, not, as your Lordship considered, through the fault of our Representatives. The principle put forward by Messrs. Jusserand and Revoil that the French contribution to the buffer State should correspond

exactly acre for acre to the Province of Kyaing Chaing was altogether unreasonable. Kyaing Chaing was an organized State, with a capital of its own, and a more or less civilized population, whereas the territory which France proposed to cede consisted of the barren flanks of high mountains, frequented by a few nomad families, and, if M. Pavie's Map was to be our guide, with scarcely a village from one end of it to the other. Moreover, I added, the French Commissioners were always calling upon us to show our title to Kyaing Chaing, which was an inadmissible demand. To continue the negotiations under these conditions was evidently a waste of time. We had proposed the buffer State in the interests of both countries, for it was evident that, if our boundaries were contiguous any fussy or ill-conditioned frontier officer, whether French or English, would have it in his power to magnify every petty incident into a grave international question, which would be transferred to Europe, and thus grow into a cause of exacerbation between the two Governments, whereas, if a country like China were in the occupation of the intermediate territory, neither England nor France would ever hear a word of any little troubles of the sort, which would be settled to the satisfaction of every one concerned, according, to the customs of the country. But unless France would agree to a reasonable and statesmanlike plan, Her Majesty's Government would infinitely prefer the status quo. It is true, in that event, we should be compelled to assert our domination over Kyaing Chaing and on both sides of the Mekong in a more active and effective manner than had hitherto been found necessary, for our position in India was such that anything approaching to disputed jurisdiction along our frontier could not be tolerated. Under these circumstances, it was evident that our present conversation was of a somewhat critical nature. In the opinion of your Lordship, such a narrow tongue of land as was suggested by the French Commissioners would be useless for the purpose we had in view; nor could we decently ask China to take charge of so inconveniently shaped an appendage. The breadth of the desired zone should be at least 50 miles. An area short of this would be in manifest contradiction both to the letter and to the spirit of our original Protocol. || M. Develle replied, that he entirely recognized, and had always done so, the utility of a neutral zone between the Indian possessions of Her Majesty and those of France in Indo-China. The contemplated arrangement would undoubtedly be advantageous to both countries; nor did he dispute the desirability of interposing such a breadth of neutral territory as your Lordship had recommended. But in endeavouring to reach this result the French Government was precluded by many considerations from dismembering Luang Prabang. The integrity of Luang Prabang was as valid and reasonable a cause of solicitude to France as the integrity of Kyaing Ton was to us; nor would the French Chambers or French public opinion tolerate its disintegration. He thought, however, in the first place, that when the Commission of Experts examined the question on the spot, it would be found that the necessary area could be obtained without

Nr 10553.
England.
21. Nov. 1893.

seriously infringing the boundary of that province. Its western frontier was at present uncertain, and there probably would be no difficulty in delimitating it in such a manner as to secure the result we both desired, namely, a substantial buffer. He then said, that he would explain his views to the French Commissioners, and he suggested that the Commission should meet the next day. I replied, that your Lordship considered that the best chance of reaching an understanding was by dispensing with the Commission; but if his Excellency thought their meeting once more would be productive of good, I was quite ready to consent, upon the understanding that, if our Representatives could not come to a final understanding, they should adjourn to M. Develle's room, and that he and I should ourselves endeavour to cut the Gordian knot. In this mode of proceeding M. Develle was good enough to acquiesce. || On the evening of the next day but one I waited upon M. Develle, when he again assured me that he was most anxious to come to such a settlement as would satisfy our requirements, Shortly afterwards the four Commissioners entered the room, and, after some further debate, M. Revoil retired, and eventually brought back to us two Protocols—one of which he proposed should be signed by the four Commissioners—the gist of which was a recommendation that a local Commission of Surveyors should conduct the geographical examination of the districts out of which it was proposed the buffer State should be constructed, and the other a Protocol, to be signed by M. Develle and myself, in which it was laid down as a leading principle that the buffer State should contain a width of 50 miles, accompanied by a recommendation that the experts should examine how far the existing local lines of political demarcation were adaptable to this principle. || It being then very near post time, I had no opportunity of considering these proposals except in a very cursory manner; but on the face of them they appeared to me a great improvement upon what had been previously suggested. The acre for acre principle had been abandoned, and a buffer State of at least 50 miles broad was indicated as the chief desideratum. No question was raised as to our rights in Kyaing Chaing; and Kyaing Ton, except so far as its trans-Mekong villages are concerned, was recognized as lying outside of the territory it is proposed to neutralize. || I told M. Develle, after the proposed Protocols had been read, that I should not object to forward them the same night to your Lordship for consideration, but that, there not being time to examine their exact wording, I could not myself say more than that they appeared to me to contain the germs of a possible agreement. In fact, the documents did not reach me last night till just in time for the post, and I was therefore obliged to send them on to your Lordship under a simple coverer, without further examination, and unaccompanied by any comments. || I cannot conclude this despatch without expressing to your Lordship my sense of obligation to Mr. Phipps and Mr. Lee for the patience, tact and ability with which they conducted their discussions with the French Commissioners, who, they tell me, on their side, evinced per-

fect politeness. Mr. Phipps' painstaking Reports of the proceedings will already have conveyed to your Lordship's mind an idea of the intricate character of their debates.

Nr. 10553.
England.
21. Nov. 1893.

Nr. 10554. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Übersendet die unterzeichneten Protokolle über den Bufferstaat und den Notenwechsel mit dem französischen Minister.

Paris, December 1, 1893. (December 4.)

My Lord, || I have the honour to transmit to your Lordship herewith the original of the Protocol signed by the Representatives of this Embassy and of the French Foreign Office, to whom was delegated the task of determining the configuration of the neutral zone which, in accordance with the terms of the Protocol of the 25th November, signed by M. Develle and myself, is to be constituted between Her Majesty's and the French Republic's possessions in Indo-China. As your Lordship will observe, the Protocol in question recommends that a Technical Commission should be appointed with the view of ascertaining the geographical and political features of the area it is intended to neutralize. || I also inclose a second Protocol, signed by M. Develle and myself, which lays down as the leading principle of the proposed delimitation that the territory in question should comprise a breadth of not less than 50 miles between its eastern and western boundaries, accompanied by a recommendation that the Technical Commission should examine how the existing geographical and political characteristics of this region can be most conveniently harmonized with the foregoing desideratum. The Protocol also contains a reciprocal engagement precluding either Power from seeking to obtain exclusive advantages to the detriment of the other within the State to be thus constituted. || I also append two notes which have been exchanged between M. Develle and myself, in which an assurance is conveyed that neither England nor France has any intention of seeking to monopolize the rights of transit, whether by land or by water, through the province of Kyaing Hung.

Nr. 10554.
England.
1. Dec. 1893.

Dufferin and Ava.

Inclosure 1.

Les Soussignés, désignés par leurs Gouvernements respectifs pour examiner de quelle manière pourrait être constituée, au moyen de contributions réciproques, une zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises dans la région du Haut-Mékong;

S'étant trouvés arrêtés, au cours de leurs travaux, par la difficulté de déterminer, d'après des données certaines, les limites et la configuration géographique des diverses provinces situées dans cette région;

Ont reconnu, d'un commun accord, que, pour établir, dans des conditions géographiques normales et sans occasionner de morcellement, une zone d'une

Nr. 10554. étendue suffisante, il conviendrait de faire procéder à une enquête sur place,
 England. par des Agents Techniques des deux pays.
 1. Dec. 1893.

Fait à Paris, le 25 Novembre, 1893.

Jusserand.
 Paul Revoil.
 E. C. H. Phipps.
 H. Austin Lee.

Inclosure 2.

Les Soussignés, ayant pris connaissance du Protocole en date de ce jour signé par les Commissaires Français et Anglais, et y ayant donné leur approbation, ont reconnu, d'un commun accord, que les Agents Techniques désignés pour se rendre sur le Haut-Mékong ne devront pas perdre de vue les points suivants: —

1. L'examen géographique, auquel ils devront se livrer, portera sur le cours du Mékong, depuis son entrée dans le Kieng-Kheng jusqu'à son entrée dans le Luang-Prabang; sur les limites de la Province de Kieng-Kheng, et sur celles de la partie de Nan au nord du fleuve.

2. La largeur que les deux Puissances Contractantes se proposent de donner à la zone intermédiaire entre les possessions Françaises et Anglaises est, dans la mesure où la configuration géographique et politique du pays le permettra de 80 kilom. de marche, environ. Les Agents Techniques devront noter soigneusement quelles limites géographiques et politiques atteindraient le mieux ce but.

3. Il est entendu que la navigation, le transit et les moyens de communication seront libres de toute entrave dans la zone ainsi constituée, chacune des Parties Contractantes s'engageant à ne rechercher aucun avantage qui ne soit également assuré à l'autre.

Fait à Paris, le 25 Novembre 1893.

Jules Develle.
 Dufferin and Ava.

Inclosure 3.

Der englische Botschafter in Paris an den französischen Minister
 des Auswärtigen.

Paris, December 1, 1893.

My dear M. Develle, || In answer to the question that you were good enough to address to me on Tuesday, with reference to the rumour that we had come to an agreement with China concerning the State of Kyaing Hung, I beg to inform you that at present no such Treaty has been signed, and that we have no intention of seeking to obtain any monopoly, either for railways, Steam-boat Companies, or any other mode of transit or communication, to the detriment of any similar French commercial undertakings. It is under-

stood, that in the above respects the field is left as open to French as to English enterprise. || In acknowledging the receipt of this note, perhaps you will kindly intimate the willingness of the French Government to accede to a reciprocal engagement.

Dufferin and Ava.

Inclosure 4.

Der französische Minister des Auswärtigen an den englischen
Botschafter in Paris.

Paris, le 1^{er} Décembre, 1893.

Cher Lord Dufferin, || Vous avez bien voulu me faire savoir, par votre lettre de ce jour, qu'aucun Traité n'a été signé, jusqu'ici, entre la Grande-Bretagne et la Chine, au sujet de l'État de Kieng Hung, et que l'Angleterre n'a nullement l'intention de chercher à obtenir aucun monopole, soit pour les chemins-de-fer ou Compagnies de Navigation, soit pour toute autre mode de transit ou communication, au détriment d'entreprises commerciales Françaises de même ordre. Il est entendu que le champ devra demeurer libre, à cet égard, pour les entreprises Françaises et Anglaises. Je m'empresse de vous accuser réception de cette communication, dont je prends acte bien volontiers. Réciproquement et conformément à votre demande, j'ai l'honneur de vous faire savoir que la délimitation des possessions Françaises, du côté de Kieng Hung, n'a pas encore été faite, mais que, dans les négociations que le Gouvernement de la République aura à suivre, à ce sujet, avec le Gouvernement Chinois, il compte se guider d'après les principes mêmes que vous avez bien voulu énoncer dans votre lettre de ce jour, et auxquels je ne peux qu'adhérer sans réserve.

J. Develle.

Nr. 10555. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Genehmigung der Abkommen über den Bufferstaat.

Foreign Office, December 7, 1893.

My Lord, || I have received and laid before the Queen your Excellency's despatches of the 20th and 21st ultimo, giving an account of your negotiations with regard to the neutral State to be constituted between the British and French possessions in the vicinity of the Upper Mekong. I have also received and laid before Her Majesty your Excellency's despatch of the 1st instant, forwarding copies of the Protocols signed and of the notes exchanged between your Excellency and M. Develle on this question. || I have pleasure in conveying to your Excellency the entire approval of Her Majesty's Government, and their satisfaction at the arrangement which you have concluded. || The object of the two Governments has been to remove, as far as possible, all risk of irritating questions and subjects of dispute arising on their frontiers in these regions. The settlement which is sketched out in the Protocol signed

Nr. 10555.
England.
7. Dec. 1893.

Nr. 10555.
England.
7. Dec. 1893.

by you and M. Develle seems well calculated to secure that end. Her Majesty's Government feel, that this result is largely due to the ability with which you have carried on the negotiations, and to the statesmanlike and conciliatory disposition in which M. Develle has treated the matter. || I note with much pleasure your favourable mention of the manner in which Mr. Phipps and Mr. Lee have conducted the discussions in the Commission charged to examine the subject, and I request you to convey to them the expression of my approval.

Rosebery.

Nr. 10556. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Kommission zur Abgrenzung des Bufferstaates muss bald zusammentreten.

Foreign Office, December 8, 1893.

Nr. 10556.
England.
8. Dec. 1893.

(Telegraphic.) || Experts inform me that, if the Joint Commission for the examination of the limits of the buffer State does not start immediately and terminate its labours before the month of May, it will be necessary to wait until November next. || As soon as the French Government are ready, Her Majesty's Government would be prepared to send Mr. Scott, now Her Majesty's Chargé d'Affaires at Bangkok, as their Commissioner.

Nr. 10557. ENGLAND. — Botschafter in London an den Minister des Auswärtigen. — Note an den französischen Minister über die Bufferstaatskommission.

Paris, December 9, 1893. (December 11.)

Nr. 10557.
England.
9. Dec. 1893.

My Lord, || I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have addressed to M. Casimir-Perier, French Minister for Foreign Affairs, in accordance with the terms of your Lordship's telegram of the 8th instant, urging upon his Excellency the importance of the early appointment of a French Delegate to examine with Mr. Scott, British Commissioner, and Her Majesty's Chargé d'Affaires at Bangkok, the neutral State to be constituted between the British and French possessions in Indo-China.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Der englische Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, December 9, 1893.

M. le Président du Conseil, || According to information received by Her Majesty's Government from experts acquainted with the local conditions, it appears that unless the Commissioners appointed to examine the proposed neutral State, to be formed in accordance with the terms of the Protocol signed by your predecessor and myself on the 25th ultimo, are ready to start at once

and to complete their work before the month of May of next year, it will be necessary to delay the examination until the following month of November. || Nr. 10557.
England.
9. Dec. 1893.

I have therefore been instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform your Excellency, that Her Majesty's Government are prepared to send forthwith Mr. Scott, Her Majesty's Chargé d'Affairs at Bangkok, to act as British Delegate on the proposed Commission, and I trust that your Excellency will be in a position to inform me, that the Government of the French Republic are prepared on their side to appoint at once a Delegate in order that no delay may take place in carrying out the terms of the Agreement come to between the two Governments. I may mention, that M. Develle himself suggested that no time should be lost in the matter, and I accordingly wrote in that sense to Lord Rosebery.

Dufferin and Ava.

Nr. 10558. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Antwort des französischen Ministers.

Paris, December 11, 1893. (December 12.)

My Lord, || With reference to my despatch of the 9th instant, I have the honour to transmit herewith to your Lordship copy of a note which I have received from M. Casimir-Perier, in which his Excellency states that he hopes shortly to be in a position to reply to my inquiry as to the appointment of a French Delegate on the Commission to examine into the proposed buffer State.

Dufferin and Ava.

Inclosure.

Der französische Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris.

Paris, le 9 Décembre, 1893.

M. l'Ambassadeur, || J'ai l'honneur d'accuser réception à votre Excellence de sa communication de ce jour relative à la composition de la Commission Technique qui doit se rendre sur le Haut-Mékong. || J'en ai immédiatement fait part à M. le Sous-Secrétaire d'État des Colonies que j'avais, d'ailleurs, entretenu déjà de la question. || J'espère être incessamment en mesure de répondre à la demande dont vous avez bien voulu me saisir.

Casimir-Perier.

Nr. 10559. CHINA. — Chinesische Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — China wünscht an der Errichtung des Bufferstaates theilzunehmen.

Chinese Legation, December 16, 1893. (December 19.)

My Lord, || I am instructed by the Tsung-li Yamèn to inform your Lordship, that the Imperial Government, being extremely desirous of maintaining the independence and the territorial integrity of the Kingdom of Siam, have

Nr. 10559.
China.
16. Dec. 1893.

Nr. 10559. China.
16. Dec. 1893. learned with the most lively satisfaction that such was also the wish of the Governments of England and France; and, further, that they would be prepared to join them in any measures they may be pleased to take with the view of securing these objects. || As regards the buffer State which it is proposed to establish between the British and the French possessions on the Upper Mekong, and which your Lordship has been good enough to say Her Majesty's Government are desirous of placing under the sovereignty of China, I have the honour to state that in the event of its being of sufficient breadth, and the conditions attached to its acceptance free from any which, in the opinion of the Imperial Government, would be prejudicial to Chinese interests, they would be prepared to accept it if formally offered them. || As the buffer State will, on its northern side at least, necessarily be conterminous with Kiang Hung — the southern limit of which has never been clearly defined — the Imperial Government think that, apart from the question of its control, China ought to be represented on any Commission which may be appointed to delimitate it; and that reasons of expediency would seem to recommend the adoption of the Nam-U as its eastern boundary. || Until it emerges from Meung-U, one of the territorial divisions of Kiang Hung, the Nam-U is altogether a Chinese river, and, for some distance lower down, the right bank of it still belongs to China; so, were the Nam-U taken for the eastern limit of the buffer State, and the latter given to China, the difficult task of delimitating the frontier between it and Kiang Hung would be much simplified, should a delimitation still be deemed indispensable.

Sieh.

Nr. 10560. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Beginn der Arbeiten der Bufferstaatskommission.

Foreign Office, December 20, 1893.

Nr. 10560. England.
20. Dec. 1893. My Lord, || It has been represented to me, that climatic reasons will prevent the Technical Commission, charged with the delimitation of the neutral zone between the English and French possessions in the Indo-Chinese Peninsula, from usefully commencing its labours before the autumn of next year. || I should be glad if your Excellency would ascertain the views of the French Government in this matter.

Rosebery.

Nr. 10561. **ENGLAND.** — Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Dasselbe.

Paris, December 22, 1893. (December 23.)

Nr. 10561. England.
22. Dec. 1893. My Lord, || M. Jusserand, who has been acting as French Commissioner during the negotiations here for the constitution of a neutral zone between

the British and French possessions in the Indo-Chinese Peninsula, has informed Mr. Phipps, that for climatic reasons the French Government is of opinion that the Technical Commission agreed upon could not conveniently commence its labours until the autumn of next year. || As the delay thus proposed appears also to be in accordance with your Lordship's views, I have caused M. Jusserand to be informed that Her Majesty's Government agree to the opinion thus expressed by the French Government. || An understanding has been arrived at with M. Jusserand, on behalf of the French Government, that a date will be fixed for the assembly of the Technical Commission early next autumn.

Dufferin and Ava.

Nr. 10562. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Verhandlungen zwischen Frankreich und Siam über einen Handelsvertrag.

Paris, January 18, 1894. (January 19.)

My Lord, || I have the honour to inform your Lordship, that Prince Svasti, who had only just arrived in Paris, had an interview the day before yesterday with M. Casimir-Perier, the President of the Council, by special appointment, with reference to the opening of negotiations in Paris for the conclusion of the new Commercial Treaty provided for in the Franco-Siamese Treaty of the 3rd October. || I am informed, that Prince Svasti was well received by M. Casimir-Perier, who did not appear at all opposed to the idea, and who stated that he hoped, after consultation with his colleagues, to be able to give him a definite answer in three or four days. || M. Casimir-Perier observed at the same time, that he did not apprehend that there would be any conditions in the proposals to be submitted for the new Treaty of such a nature as to prevent the conclusion of a prompt and satisfactory arrangement.

Dufferin and Ava.

Nr. 10563. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an die chinesische Botschaft in London. — Antwort auf Nr. 10559.

Foreign Office, February 2, 1894.

M. le Ministre, || I duly received, and have given careful attention to, the note which you did me the honour to address to me on the 16th December, expressing the interest taken by your Government in the maintenance of the independence and territorial integrity of Siam, and their readiness to join in any measure which the Governments of Great Britain and France may take with the view of securing these objects. || Her Majesty's Government have received this statement with much satisfaction, and have taken due note of the views and intentions of the Government of China in this respect. || They also take note of the views of your Government with regard to the neutral

Nr. 10563.
England.
2. Febr. 1894.

State which it is intended to establish between the British and French possessions on the Upper Mekong. They believe, however, that it will be more judicious to defer bringing forward any definite proposals on these subjects until the conditions agreed to by Siam in the recent Convention between that country and France have been completely executed. This will probably be the case at no very distant date, as the only condition remaining unfulfilled appears to be that relating to the trial of the persons charged with the murder of M. Groscurin, and arrangements are now being made for the trial. That chapter will then, it is to be hoped, have been closed.

Rosebery.

Nr. 10564. ENGLAND. — Der Gesandte in Bangkok an den Minister des Auswärtigen. — Prozess der Mörder Groscurins.

Bangkok, February 23, 1894. (February 23.)

Nr. 10564.
England.
23. Febr. 1894.

(Telegraphic.) || I have the honour to state, that the 24th instant is the date fixed for the commencement of the sitting of the Siamese Court for the trial of the alleged murderers of Groscurin. Discussion as to the method of procedure and other minor matters have caused much delay. British counsel have been engaged on behalf of the accused, and an offer has been made by the Siamese Government to afford a similar advantage, at their own expense, to the prosecutor. Beyond one sworn deposition and one statement, there is no evidence for the prosecution, and no witnesses have arrived here. The appearance in court of witnesses for the prosecution, together with the production of all evidence relating to the case, which is demanded by the counsel for the defence, is ridiculed by the French as a wanton waste of time. No order on this demand has as yet been made by the Siamese presiding Judge. Either great delay will, I fear, be incurred, or the trial will end in failure.

Nr. 10565. ENGLAND. Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

Bangkok, March 17, 1894. (March 18.)

Nr. 10565.
England.
17. März 1894.

(Telegraphic.) || Groscurin case. I have the honour to report, that the accused in this case has been acquitted. The re-trial of the case at Saigon is being urgently pressed by the French Representative here.

Nr. 10566. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Räumung von Chantaboon.

Foreign Office, April 25, 1894.

Nr. 10566.
England.
25. April 1894.

My Lord, || M. d'Estournelles, at an interview with me to-day, informed me, that he was desired by M. Casimir-Perier to call my attention to the statements of Lord Rosebery and Sir E. Grey, that the French Government had promised that Chantaboon should be evacuated as soon as the final Judgment

had been given in the Groscurin case. || There appeared to M. Casimir-Perier to be some misunderstanding on their part, as the evacuation of that place was dependent on the fulfilment of all the stipulations of the Convention, in accordance with Article VI of that instrument. || I said, that I took note of this communication, and would examine what had passed on the subject between the British and French Governments. I would remark, however, that, according to the information we had received, the Siamese Government had already fulfilled all its obligations under the Convention, and nothing, therefore, remained except to dispose finally of the Groscurin case.

Nr. 10566.
England.
25. April 1894.

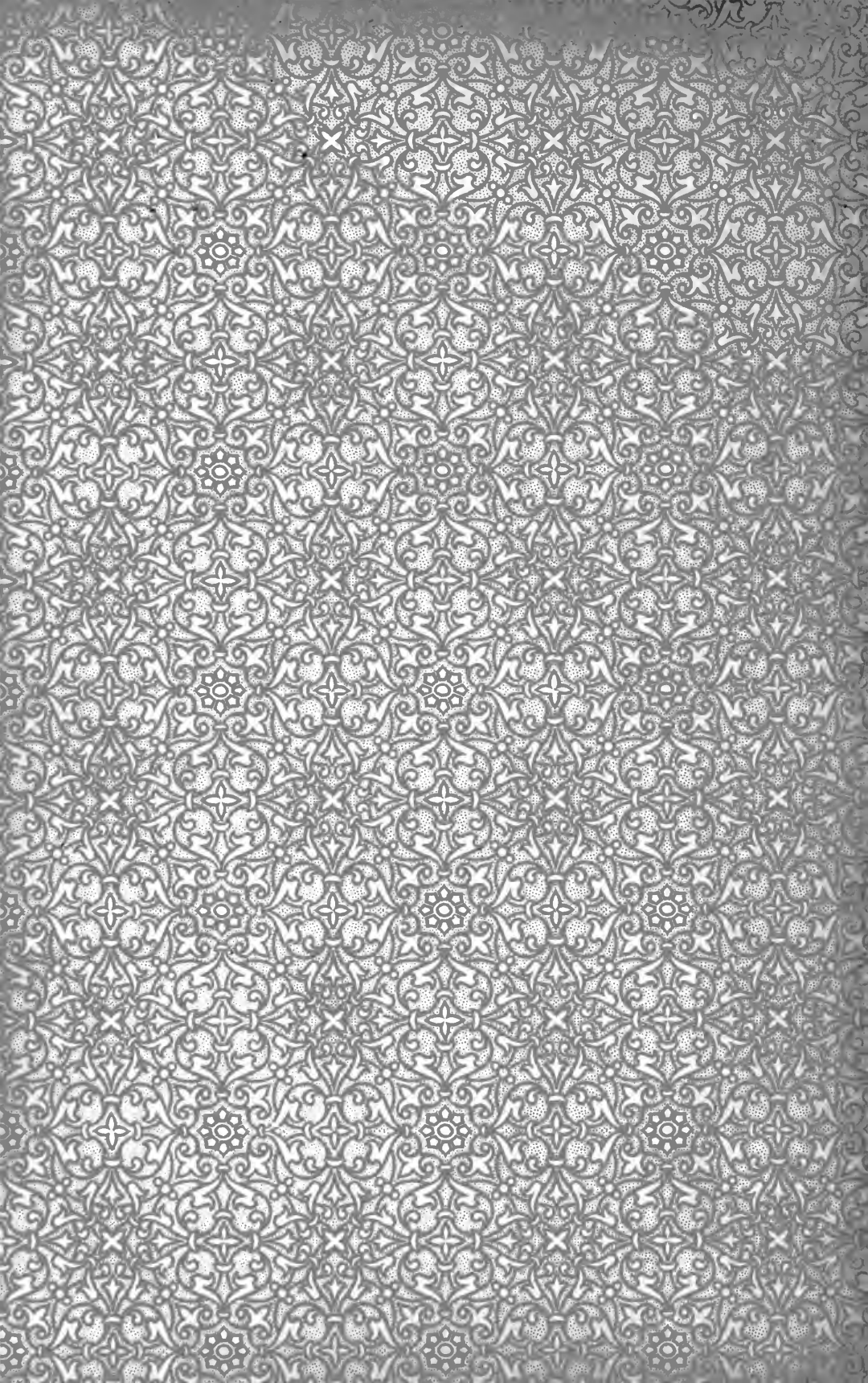
Kimberley.











UNIVERSITY OF FLORIDA



3 1262 08553 3379

327.65

5727

v.56

